

Beteiligungsbericht 2024

Jahresabschluss
2023

der Stadt Frankfurt am Main



Öffentliche Daseinsvorsorge
seit einem Vierteljahrhundert im Fokus

HERAUSGEBER

STADT  FRANKFURT AM MAIN

Der Magistrat
Stadtkämmerei
20.3 Beteiligungsmanagement
Paulsplatz 9
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: info.beteiligungsmanagement@stadt-frankfurt.de
Internet: <https://beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de>



Redaktionsschluss: 30.06.2024

Beteiligungsbericht der Stadt Frankfurt am Main 2024

Öffentliche Daseinsvorsorge seit einem Vierteljahrhundert im Fokus

Sehr geehrte Frankfurter:innen,
liebe Leser:innen,



gerade in einer dynamischen und vielfältigen Stadt wie Frankfurt am Main verlassen wir uns alle auf scheinbar selbstverständliche Dinge des Alltags: Das warme Wasser am Morgen, die pünktliche U-Bahn zur Arbeit, die zuverlässige Müllabfuhr, die Betreuung unserer Kinder in den Kitas und die vielfältigen kulturellen Angebote am Abend. All diese Leistungen sind keine Selbstverständlichkeiten – sie sind das Ergebnis der engagierten Arbeit unserer städtischen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe.

Die Stadt Frankfurt am Main ist an mehr als 600 Gesellschaften beteiligt, die gemeinsam mit der Kernverwaltung einen wesentlichen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge erbringen. Diese Gesellschaften decken eine breite Palette an Bereichen ab, von der Energie- und Wasserversorgung über den öffentlichen Nahverkehr bis hin zur Kinderbetreuung und dem Wohnungsbau. Auch international bedeutende Unternehmen wie die Messe Frankfurt und die Fraport AG gehören zu unseren Beteiligungen und prägen das Bild unserer Stadt.

Seit nunmehr 25 Jahren präsentieren wir den Beteiligungsbericht der Stadt Frankfurt am Main, der Ihnen einen umfassenden Einblick in die Arbeit unserer städtischen Unternehmen gibt. Auch in diesem Jahr zeigen wir, wie unsere Beteiligungsunternehmen in der Lage sind, die Zukunft aktiv zu gestalten und dabei maßgeblich zur Lebensqualität in Frankfurt beizutragen – gestern, heute und morgen. Besonders hervorheben möchte ich dabei die bedeutende Rolle unserer Unternehmen bei der Umsetzung von Zukunftsprojekten wie dem Klimaschutz, der Mobilitätswende und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

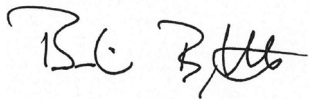
Im Jahr 2024 begehen wir nicht nur das 25-jährige Bestehen des Frankfurter Beteiligungsberichts, sondern wir führen auch eine Reihe von Innovationen ein. Zum vierten Mal in Folge erscheint der Bericht ausschließlich digital, ganz im Sinne von Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Die fortschreitende Digitalisierung spiegelt sich auch in stärker vereinheitlichten Abschnitten wider, in denen Links zu den Internetseiten der Beteiligungsgesellschaften prominenter platziert sind. Interessierte Leser:innen können so direkt in den vertiefenden Erläuterungen der Gesellschaften weiterlesen.

Gleichzeitig findet die im Jahr 2023 beschlossene Neufassung des Frankfurter Public Corporate Governance Kodexes erstmals ihren Niederschlag. Im Allgemeinen Teil wird in einem eigenen Kapitel über die Umsetzung der Kodex-Neufassung berichtet: Ergänzungen zum Thema

Geschlechtergerechtigkeit, Prüfungsausschuss und Risikomanagementsystem sowie die Aufnahme eines komplett neuen Abschnitts zur Compliance-Kultur.

Die kommunalen Unternehmen und Eigenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main arbeiten Hand in Hand mit der Kernverwaltung, um die Daseinsvorsorge für alle Bürger:innen zu sichern. Sie stellen sich den Herausforderungen der wachsenden Stadt und tragen dazu bei, das Gemeinwohl nachhaltig zu sichern. Doch all das wäre ohne die vielen engagierten Beschäftigten in den Beteiligungsunternehmen, ohne das Beteiligungsmanagement und ohne die Mitglieder der Aufsichtsgremien nicht möglich. Ihnen allen möchten wir an dieser Stelle meinen herzlichen Dank und meine Anerkennung aussprechen. Sie haben durch ihre Leistungen auch im vergangenen Jahr zur attraktiven Gestaltung unserer Stadt beigetragen und gezeigt, dass die Zahnräder des städtischen Lebens auch in herausfordernden Zeiten reibungslos ineinandergreifen, und wir gleichzeitig die Transformation gestalten.

Ich lade Sie herzlich ein, sich mit diesem Bericht auf eine Entdeckungsreise durch die facettenreiche Welt unserer städtischen Beteiligungen zu begeben. Erfahren Sie mehr über die Menschen und Projekte, die Tag für Tag daran arbeiten, unser Frankfurt noch besser zu machen – im Sinne der Nachhaltigkeit, der Innovation und im Dienst des Gemeinwohls.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B.C. Bergerhoff', written in a cursive style.

Dr. Bastian Bergerhoff
Stadtkämmerer

Allgemeine Hinweise

Mit dem **Beteiligungsbericht 2024** wird bereits der nunmehr **fünfundzwanzigste** Bericht in Folge vorgelegt. Und es gibt ein paar Neuerungen zu verkünden: Der nur noch in digitaler Form aufgelegte Bericht bietet eine verstärkte Verlinkung zu anderen Berichten wie den Geschäftsberichten der Beteiligungsgesellschaften sowie ein paar Zahlenarrondierungen (bei Geschlechterquoten und Geschäftsführungsvergütungen) an, die auf die Neufassung des Public Corporate Governance Kodexes der Stadt Frankfurt am Main zurückgehen. Inhaltlich folgt der Bericht grundsätzlich der bewährten Struktur, wobei weiterhin gilt, dass aktuelle Entwicklungen nur bis zum **Redaktionsschluss (30.06.2024)** erfasst werden können.

Der Bericht enthält **eingangs im Allgemeinen Teil** übergeordnete Informationen wie z. B. gesetzliche Grundlagen, das Thema Nachhaltigkeit oder den Umsetzungsstand des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) und die Organisation des Beteiligungsmanagements. Außerdem bildet der Allgemeine Teil zusammenfassende Zahlenübersichten ab. Diese basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen 2023. Bei den wesentlichen Veränderungen im Beteiligungsbestand konzentriert sich die Darstellung auf Beteiligungen von mindestens 20 Prozent (Definition gemäß Hessischer Gemeindeordnung (HGO) unter Berücksichtigung der Auslegung durch den Stadtverordnetenbeschluss (§ 841 vom 15.12.2016) der Stadt Frankfurt am Main). Die Gesamtzahl wird nachrichtlich genannt. Kurze Einzeldarstellungen zu direkten Beteiligungen unter 20 Prozent sind in den Anlagen zusammen mit dem Gros der mittelbaren Beteiligungen zu finden.

Im **zweiten Abschnitt** enthält der Beteiligungsbericht die **Einzeldarstellungen** zu den **wesentlichen Beteiligungen**, d. h. zu allen direkten Beteiligungen ab 20 % sowie zu ausgewählten indirekten Beteiligungen:

- Die jeweilige **Eckdatentabelle** listet grundlegende Daten wie Gründung, Unternehmensgegenstand und Organmitglieder mit **Stand 31.12.2023** auf. Beiräte werden aufgeführt, wenn es sich um satzungsgemäß begründete Organe von Beteiligungen ab 20 % handelt (Pflichtangabe gemäß HGO). Die Geschlechterquoten werden nicht mehr nur für den Aufsichtsrat, sondern entsprechend der Neufassung des PCGK auch für die Geschäftsführung sowie die 1. und 2. Führungsebene unterhalb der Geschäftsführung aufgeführt. Soweit Gesellschaften ihrerseits Beteiligungen halten, werden (analog zur HGB-Regelung) nur die wesentlichen unmittelbaren Beteiligungen ab 20 % in der Tabelle dargestellt.
- Danach folgen die Ausführungen über die Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2023 (bzw. 2022/2023 bei den beiden Beteiligungen Städtische Bühnen und Frankfurt Ticket mit abweichendem Geschäftsjahr). Sofern die Mitglieder der Geschäftsführung der Veröffentlichung ihrer Vergütung im Beteiligungsbericht zugestimmt haben, wird – entsprechend der Neufassung des PCGK – nicht nur die Gesamtvergütung, sondern diese auch differenziert nach Festvergütung und variabler Vergütung aufgeführt.
- Die Zahlentabelle mit den Jahresabschlussdaten und sonstigen Kennzahlen greift auf die softwaregestützte Datenbank des Beteiligungsmanagements zurück. Da die Angaben in Tausend-Euro erfolgen, können sich bei der Summenbildung umrechnungsbedingt Rundungsdifferenzen ergeben.
- Bei den Darstellungen von Bilanz und GuV kann es an einzelnen Stellen zu Abweichungen zum Jahresabschluss kommen. Dies liegt einerseits (softwarebedingt) an der standardisierten Gliederung im Beteiligungsbericht und fallweise an einer aus Sicht des Beteiligungsmanagements passenderen Umgliederung.
- Bis zum Redaktionsschluss nicht testierte Jahresabschlüsse sind als Entwurfsfassung gekennzeichnet.
- Wie jedes Jahr gilt: in Einzelfällen können sich Abweichungen vom Beteiligungsbericht des Vorjahres ergeben (ohne Ergebnisänderung), denn zum Zweck der Vergleichbarkeit wird im Falle von Änderungen die Struktur der GuV des Vorjahres an die veränderte Struktur des Geschäftsjahres angepasst. Die Änderung der Vorjahreswerte erfolgt jedoch nur, soweit sie auch im testierten aktuellen Jahresabschluss als Vergleichszahlen des Vorjahres ausgewiesen sind.

Der Beteiligungsbericht 2024 wurde wie in den Vorjahren ergänzt um den „Trägerbericht Nassauische Sparkasse“, der im **dritten Abschnitt** wiedergegeben ist.

Im **Nebenteil** werden seit der Änderung der HGO vom 16.12.2011 zusätzlich die **weiteren mittelbaren Beteiligungen** mit einem durchgerechneten Anteil ab 20 %, seit 2014 außerdem die direkten Beteiligungen unter 20 % sowie eine **grafische Darstellung** des **Gesamtportfolios** dargestellt.

Inhaltsverzeichnis

Hauptteil

I. Allgemeines

1.	Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main	1
2.	Gesetzliche Grundlagen	5
2.1	Europäisches Beihilferecht	8
2.2	Aktuelles zur Rechnungslegung	11
2.3	Besonderheiten bei Sparkassen	12
2.4	Umsetzung Public Corporate Governance Kodex	13
2.5	Nachhaltigkeit	16
2.6	Compliance-Bericht	22
3.	Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2023	24
4.	Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe	28
5.	Verzinsung des eingesetzten Kapitals	40
6.	Bericht Frauenförderung	41

II. Übersicht über die wesentlichen Beteiligungen

1. Wirtschaft und Stadtentwicklung	43	
1.1	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	43
1.2	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	46
1.3	Dom Römer GmbH	49
1.4	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	52
1.5	FinTech Community Frankfurt GmbH	55
1.6	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	58
1.7	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	63
1.8	Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	66
1.8.1	Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH	69
1.9	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	72
1.10	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	75
1.11	Messe Frankfurt GmbH und Konzern	78
1.12	Rebstock Projektgesellschaft mbH	84
1.13	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	87
1.14	Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH	90
1.14.1	Kompass – Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main – gemeinnützige GmbH	93
2. Verkehr, Ver- und Entsorgung	96	
2.1	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern	96
2.2	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	102
2.3	RTW Planungsgesellschaft mbH	106
2.4	Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH	109
2.5	Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	112

2.6	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern	115
2.6.1	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	121
2.6.2	BäderBetriebe Frankfurt GmbH	124
2.6.3	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern	127
2.6.4	Mainova AG und Konzern	134
2.6.5	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	141
2.6.6	In-der-City-Bus GmbH	146
2.6.7	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	150
2.7	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	153
3.	Wohnungsbau	156
3.1	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern	156
3.1.1	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG	163
3.1.2	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	166
3.1.3	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	170
3.1.4	WOHNHEIM GmbH	173
3.2	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern	176
4.	Kultur	183
4.1	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH	183
4.2	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	186
4.3	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	190
4.4	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	191
4.5	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	194
	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH (siehe 3.1.3)	170
4.6	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	197
4.7	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	200
5.	Freizeit und Bildung	203
	BäderBetriebe Frankfurt GmbH (siehe 2.6.2)	124
5.1	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	203
5.2	Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)	206
5.3	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	209
5.4	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	212
6.	Gesundheit und Soziales	215
6.1	Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH	215
6.1.1	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	219
6.1.1.1	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	222
6.1.1.2	Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	225
6.2	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	228
6.3	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	231
III.	Trägerbericht Nassauische Sparkasse	234

Nebenteil

IV. Übersicht über die direkten Beteiligungen unter 20 %

1. DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen gemeinnützige GmbH und Konzern	245
2. House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH	250
3. Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	253
4. Regionalpark Ballungsraum RheinMain gemeinnützige GmbH	257
5. Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH	260
6. Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH	263
7. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	266
8. RMA Rhein-Main Abfall GmbH	270
9. Genossenschaften	273

V. Übersicht über die weiteren mittelbaren Beteiligungen

1. Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region (siehe Hauptteil 1.6)

1.1 FrankfurtRheinMain Corp.	274
------------------------------	-----

2. Messe Frankfurt GmbH (siehe Hauptteil 1.11)

2.1 Messe Frankfurt Exhibition GmbH	275
2.1.1 fairnamic GmbH	277
2.1.2 Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires	278
2.1.3 MESAGO Messe Frankfurt GmbH	279
2.1.3.1 SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongress GmbH & Co. oHG, Nürnberg	280
2.1.4 Messe Frankfurt Asia Holding Limited	281
2.1.4.1 Messe Frankfurt (H.K.) Ltd. Hongkong/China	282
2.1.4.1.1 Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co. Ltd.	283
2.1.4.1.2 Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co. Ltd.	284
2.1.4.1.3 Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd., Shanghai	285
2.1.4.1.4 Messe Frankfurt Shenzhen Co. Ltd.	286
2.1.4.2 Messe Frankfurt Japan Ltd.	287
2.1.4.3 Messe Frankfurt Korea Ltd., Seoul	288
2.1.4.4 Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt. Ltd., Mumbai	289
2.1.5 Messe Frankfurt France S.A.S.	290
2.1.6 Messe Frankfurt Inc., Atlanta	291
2.1.6.1 PAACE Automechanika Mexiko LLC	292
2.1.6.2 PE Events LLC, Atlanta	293
2.1.6.2.1 Kingins LLC, Georgia/ USA	294
2.1.7 Messe Frankfurt Istanbul L.S.	295
2.1.8 Messe Frankfurt Italia Srl.	296
2.1.9 Messe Frankfurt Mexiko S. de R.L. de C.V., Mexico-City	297
2.1.10 Messe Frankfurt Middle East GmbH	298
2.1.11 Messe Frankfurt South Africa (Pty) Ltd.	299
2.1.12 Messe Frankfurt UK Ltd. Guildford	300
Messe Frankfurt Istanbul L.S. (siehe 2.1.7)	295
2.2 Messe Frankfurt Venue GmbH	301

2.2.1	Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main	302
2.2.2	Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	303
3. FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (siehe Hauptteil 2.1)		
3.1	FES Abfallmanagement- und Service GmbH	304
3.2	FES Wohnen und Leben GmbH	306
3.3	FFR GmbH	307
3.4	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG	309
3.5	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	310
3.6	RMB Rhein-Main Biokompost GmbH	312
3.7	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	314
3.8	TRAPP Handelsgesellschaft mbH	316
4. Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern (siehe Hauptteil 2.6)		
4.1	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	317
5. Fraport AG (siehe Hauptteil 2.6.3)		
5.1	Afriport S.A.	318
5.1.1	Daport S.A.	319
5.2	AirIT Services GmbH	320
5.3	Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH	321
5.3.1	Fraport Malta Business Services Ltd.	322
	Fraport Malta Ltd. (siehe 5.18)	342
	Fraport Peru S.A.C. (siehe 5.20)	344
5.4	Airport Cater Service GmbH	323
5.5	FRA-Vorfeldkontrolle GmbH	324
5.6	Fraport Ground Services GmbH	325
- 5.7	Fraport Antalya Havalimanı İşletme ve Yatırım A.S.	326
5.8	Fraport Asia Ltd.	327
5.9	Fraport Ausbau Süd GmbH	328
5.10	Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	329
5.11	Fraport Brasil Holding GmbH	330
5.12	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza	331
5.13	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre	332
5.14	Fraport Casa Commercial GmbH	333
5.15	Fraport Casa GmbH	334
5.16	Fraport Immobilienservice und –entwicklungs GmbH & Co. KG	335
5.16.1	Fraport Objekt Mönchhof GmbH	336
5.16.2	Fraport Objekt 162 163 GmbH	337
5.16.3	Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG	338
5.16.4	Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG	339
5.17	Fraport Malta Investment Ltd.	340
5.17.1	Fraport Bulgaria EAD	341
5.18	Fraport Malta Ltd.	342
5.19	Fraport Passenger Services GmbH	343
5.20	Fraport Peru S.A.C.	344
5.21	Fraport Philippines Services Inc. i.L.	345

5.22	Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH	346
5.23	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd. i.L.	347
5.24	Fraport Slovenija d.o.o. Zgornji Brnik	348
5.25	Fraport Turkey Havalimani Yatirimlan A. S.	349
5.26	Fraport USA Inc	350
	5.26.1 Airmall Inc.	351
	5.26.1.1 Airmall USA Inc.	352
	5.26.1.2 Fraport Cleveland Inc.	353
	5.26.1.3 Fraport Maryland. Inc.	354
	5.26.1.4 Fraport New York, Inc.	355
	5.26.1.5 Fraport Tennessee Inc.	356
	5.26.1.6 Fraport Washington LLC	357
	5.26.2 Fraport Newark LLC	358
5.27	FraSec Fraport Security Services GmbH	359
	5.27.1 FraSec Flughafensicherheit GmbH	361
	5.27.2 FraSec Services GmbH	362
	5.27.3 FraSec VG GmbH	363
5.28	Fraport Facility Services GmbH	364
6.	Mainova AG (siehe Hauptteil 2.6.4)	
6.1	ABGnova GmbH	365
	6.1.1 ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	366
6.2	Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	367
6.3	book´n´drive mobilitätssysteme GmbH	368
	6.3.1 HEAG book-n-drive Carsharing GmbH	369
	6.3.2 Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH	370
6.4	Chargemaker GmbH	371
6.5	Dynega Energiehandel GmbH	372
6.6	ENERENT GmbH	374
	6.6.1 ENERENT Schweiz GmbH	376
	6.6.2 ENERENT Service GmbH	377
	6.6.3 Hotmobil Deutschland GmbH	378
	6.6.4 mobiheat GmbH	379
	6.6.4.1 ENERENT Austria GmbH	380
6.7	Energieversorgung Main-Spessart GmbH	381
6.8	Energy Air GmbH	383
6.9	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	384
	6.9.1 Ohra Energie GmbH	385
	6.9.1.1 EDW Energiedienste GmbH	387
	6.9.2 Werraenergie GmbH	388
	6.9.2.1 WerraEnergiedienste GmbH	390
6.10	Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	391
	6.10.1 Main-Kinzig Netzdienste GmbH	393
6.11	Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	394
6.12	Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	395

6.13	Hessenwasser GmbH & Co. KG	396
6.14	Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	398
6.15	Infranova Bioerdgas GmbH	400
6.16	Lorenz Energie GmbH	401
6.17	Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	402
6.18	Mainova Datacenter Holding GmbH	403
6.19	Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	404
6.19.1	Ferme Eolienne de Migé SARL	406
6.19.2	Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	407
6.19.3	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	408
6.19.4	Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	409
6.19.5	Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	410
6.19.6	Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	411
6.19.7	Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	412
6.19.8	Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	413
6.19.9	Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	414
6.19.10	Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	415
6.19.11	Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	416
6.19.12	SEBG Energiepark GmbH	417
6.19.13	Solea GmbH	418
6.19.13.1	Solea Montage GmbH i.L	420
6.19.13.2	Solea Pinpoin Energy GmbH	421
6.19.13.3	Solea Service GmbH	422
6.19.13.4	Solea Solarpark Holding GmbH	423
6.19.13.5	Vorratsgesellschaften der Solea GmbH	424
6.19.14	WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	425
6.19.14.1	WP Fischborn GmbH & Co. KG	426
6.19.14.2	WP Fischborn Verwaltungs GmbH	427
6.19.15	Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	428
6.19.16	CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG	429
6.20	Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH	430
6.21	Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	431
6.22	Mainova WebHouse GmbH & Co. KG	432
6.22.1	Mainova WebHouse Management GmbH	433
6.22.1.1	MWH01 GmbH & Co. KG	434
6.23	Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG	435
	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (siehe 3.5)	310
6.24	NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	436
6.25	Oberhessische Gasversorgung GmbH	437
	Dynega Energiehandel GmbH (siehe 6.5)	371
6.25.1	Oberhessengas Netz GmbH	439
6.26	REmain GmbH & Co. KG	440
6.27	REmain Management GmbH	441
6.28	Service4EVU GmbH	442
6.29	SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH	443
6.30	Stadtwerke Hanau GmbH	444
	Dynega Energiehandel GmbH (siehe 6.5)	371

Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG (siehe 6.11)	394
Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH (siehe 6.12)	395
6.30.1 Hanau Netz GmbH	446
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG (siehe 6.19.3)	408
6.31 Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	448
7. ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (siehe Hauptteil 3.1)	
7.1 ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	449
7.2 ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	450
- 7.3 ABG Krifteler Wäldchen GmbH	451
7.4 ABG Riedberg GmbH & Co. KG	452
ABGnova GmbH (siehe 6.1)	365
Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG (siehe Hauptteil 3.1.1)	163
7.5 Bäderbaugesellschaft mbH	453
book´n´drive mobilitätssysteme GmbH (siehe 6.3)	368
HEAG book-n-drive Carsharing GmbH (siehe 6.3.1)	369
Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH (siehe 6.3.2)	370
7.6 CP Campus Projekte GmbH	454
7.7 EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH	455
Frankfurter Aufbau Aktiengesellschaft (siehe 3.1.2)	166
Garagen, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH (siehe 9.2)	469
7.8 Hellerhof GmbH	457
7.9 Merton-Wohnprojekt GmbH	458
7.10 MIBAU GmbH	459
7.11 Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG	460
7.12 Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH	461
8. Frankfurter Aufbau AG (siehe Hauptteil 3.1.2)	
8.1 ABG Projekte GmbH	462
8.2 FAAG Technik GmbH	463
8.3 Hofgarten Projektgesellschaft mbH	465
8.4 Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH	466
9. Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (siehe Hauptteil 3.2)	
9.1 Bauland - Offensive Hessen GmbH	467
9.2 Garagen-, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	469
9.3 NH ProjektStadt GmbH	471
9.4 WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	472
9.4.1 MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Kassel	474
10. Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH (siehe Hauptteil 6.3)	
10.1 Cook Company gemeinnützige GmbH	476
11. Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH (siehe Hauptteil 6.1)	
11.1 Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH	478
11.1.1 Fachklinik und Seniorenresidenz Main-Taunus-Kreis gGmbH	479

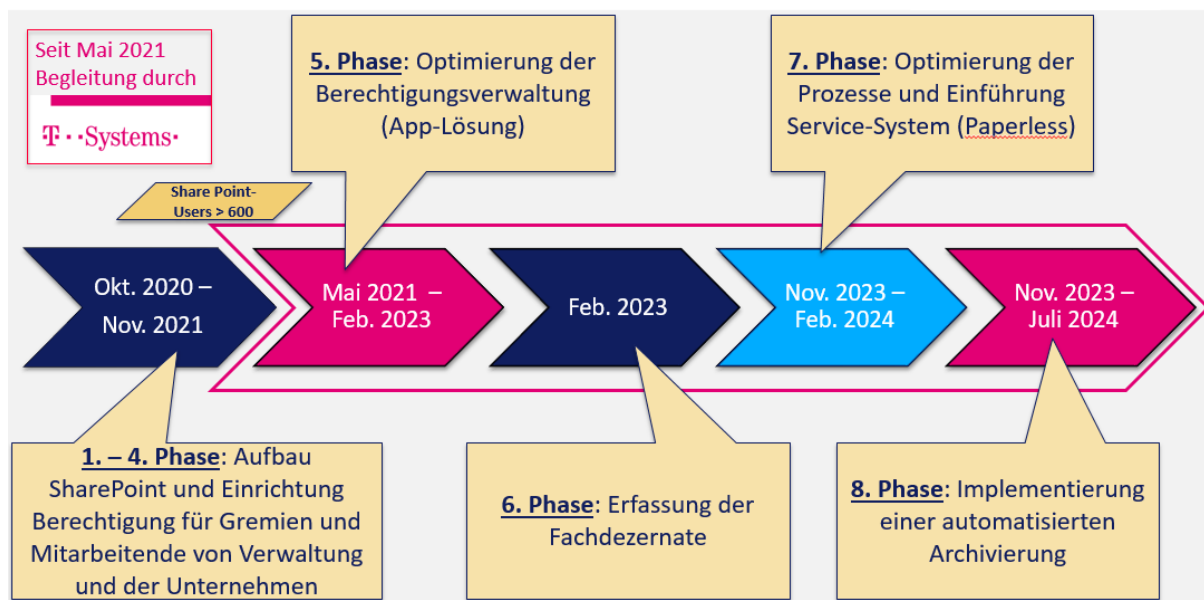
11.1.2 Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH	480
11.1.2.1 MTK Hofheim Leasing GmbH	481
11.1.3 Main-Taunus-Privatklinik GmbH	482
11.1.4 Medizinisches Versorgungszentrum Krankenhaus Hofheim gGmbH	483
11.1.5 MVZ GmbH im Main-Taunus-Kreis	484
	485
Anlagen	
Abkürzungsverzeichnis	485
Gesellschaftenverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Hauptteil oder Nebenteil	492
Erläuterungen und Begriffsdefinitionen	510
Gesetzestexte, Internetfundstellen	515
Grafische Gesamtübersicht der Beteiligungen	
1.1 Gesamtportfolio der Stadt Frankfurt am Main	537
1.2 Grafische Darstellungen der Einzelkonzerne	
1.2.1 Thüga Beteiligungen der Mainova AG	538
1.2.2 Mainova-Konzern	539
1.2.3 SÜWAG-Konzern	540
1.2.4 Fraport-Konzern	541
1.2.5 Stadtwerke-Konzern	542
1.2.6 ABG-Konzern	543
1.2.7 Messe-Konzern	544
1.2.8 FES-Konzern	545

1. Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main

Das Beteiligungsmanagement, eine Abteilung im Zentralamt Stadtkämmerei, wirkt mit seinen derzeit 20 Mitarbeitenden (rd.17 Vollzeitäquivalente) als zentrale Serviceeinheit bei der Aufgabe mit, die Beteiligungsunternehmen zu steuern und zu überwachen. Hierbei sind sowohl die Gemeinwohlorientierung als auch die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaften und Eigenbetriebe zu beachten. Im Rahmen des Beteiligungsmanagements werden die der Stadt Frankfurt am Main als Gesellschafterin obliegenden Funktionen ebenso wahrgenommen wie die Betreuung der städtischen Aufsichtsrats- sowie Betriebskommissionsmitglieder. Das Beteiligungsmanagement arbeitet insbesondere bei der Gründung, Umwandlung, Auflösung und Umstrukturierung von Gesellschaften mit. Daneben ist das Beteiligungsmanagement zuständig für die Erstellung des jährlichen Beteiligungsberichts der Stadt Frankfurt am Main, der auf dem Stadtverordnetenbeschluss vom 22.10.1998 sowie auf den Vorgaben der im Jahr 2005 geänderten Hessischen Gemeindeordnung (§ 123 a HGO) basiert.

Digitalisierung des Beteiligungsmanagements - Beteiligungsmanagement 4.0 -

Der aktuelle Ukraine-Konflikt hat die gestiegene Anforderung an die Konzernsteuerung noch einmal deutlich gesteigert. Der Datenaustausch innerhalb des Beteiligungsmanagements sowie zwischen dem Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main und den städtischen Beteiligungsunternehmen erfolgte in der Vergangenheit in der Regel über E-Mail-Verkehr. Durch fortschreitende Digitalisierung und umfangreichere Datenmengen reicht die begrenzte Übertragungsgröße von 10 MB in Outlook nicht mehr aus. Der Einsatz der Microsoft SharePoint-Technologie hat zu einer erheblichen Verbesserung der Datenzugriffsgeschwindigkeit geführt. Darüber hinaus wird auch die Transparenz und Datenverfügbarkeit im Beteiligungsmanagement deutlich erhöht, was aufgrund des verstärkten mobilen Arbeitens der Mitarbeitenden des Beteiligungsmanagements unerlässlich ist.



Der vom Beteiligungsmanagement (20.3) aufgebaute SharePoint, der seit Mai 2021 (**Projektphase 2**) von T-System begleitet wird, wurde in 6 Projektphase erstellt. Für die Verwaltung komplexer Berechtigungen wurde im Rahmen eines dezidierten Projekts gemeinsam mit der T-Systems International GmbH (kurz T-Systems) eine App

implementiert, welche ein komfortables Berechtigungsmanagement für alle rd. 28.000 Berechtigten der weit über 700 Nutzer innerhalb eines einheitlichen Frontends auf Basis des „T-Systems App Frameworks“ (**Projektphase 5**) ermöglicht. Diese App ist in einer ersten finalen Version bereits online, und wird vom Beteiligungsmanagement produktiv genutzt. Der Einsatz des SharePoint Beteiligungsmanagements 20.3 hat zu einer erheblichen Verbesserung der Effizienz der Kommunikation des immer komplexer werdenden Konzernverbundes Stadt Frankfurt am Main geführt. Allerdings bedingt dies dann auch ein komplexes Berechtigungskonzept, um die Vertraulichkeit der Daten zu gewährleisten. Außerdem sind hohe Anforderungen der IT-Sicherheit zu gewährleisten. Um dem Serviceaufwand entgegenzuwirken, der durch eine große Anzahl an Anfragen entsteht, wurde in der **siebten Projektphase** (ab Mai 2023) ein Kontaktformular und Service-System erstellt, um die Service-Qualität und -Prozesse der Nutzung des SharePoints zu verbessern. Vor dem Hintergrund der anstehenden Gremiensitzungen 2024 wurde das neue Ticketing-System für den SharePoint des Beteiligungsmanagements mit Unterstützung des Softwareunternehmens Paperless erstellt. Das System ermöglicht nun, zu jeder Zeit, auch ohne Anmeldung auf dem SharePoint, eine Anfrage an das Beteiligungsmanagement zu erstellen und gleichzeitig dem Beteiligungsmanagement zu helfen, die Anliegen schnellstmöglich und effizient zu bearbeiten. Das Kontaktformular wird direkt auf der öffentlich zugänglichen Internetseite des Beteiligungsmanagements erreicht (<https://beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de/>). Das Kontaktformular ist jederzeit erreichbar und kann vom Nutzer einfach und schnell ausgefüllt werden, sofern Probleme bei der Anmeldung oder der Nutzung des SharePoints auftreten. Nach erfolgreicher Einsendung des Anliegens des SharePoint-Nutzers erhält dieser eine Bestätigungsmail mit einer Ticketnummer unter der die Anfrage beim Beteiligungsmanagement geführt wird. Die Bearbeitungszeit pro Ticket kann je nach Anzahl der eingehenden Anfragen variieren, das Beteiligungsmanagement wird jedoch spätestens in 48 Stunden eine Rückmeldung senden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Service am Wochenende oder an Feiertagen vom Beteiligungsmanagement nicht gewährleistet werden kann. Insofern ist es wichtig, dass die Unterlagen für die Gremiensitzungen nicht erst wenige Stunden vor den Veranstaltungen durch die Gremienmitglieder eingesehen werden, sondern sich diese frühzeitig mit den Gremienunterlagen vertraut machen und diese frühzeitig im SharePoint abrufen.

Die Verwaltung der komplexen Inhaltsstrukturen erfolgte bisher ohne spezielle Hilfsmittel direkt auf der SharePoint-Seite. Bei der Pflege der Inhalte stellt sich insbesondere das Thema „Archivierung veralteter Inhalte“ (**Projektstufe 8**) als schwierig dar. Hintergrund ist die ausgedehnte Struktur, und die Menge der Inhalte. Der fachliche Hintergrund hierzu ist die Forderung nach Aktualität, Übersichtlichkeit, und Datensicherheit seitens der Benutzer. Die praktizierte manuelle Archivierung veralteter Dateien in das lokale Laufwerk war hierbei keine gute Lösung. Die händische Adressierung veralteter Inhalte war aufwändig und fehleranfällig. Auch fehlt ein guter Überblick über bestehende Inhalte und deren Aktualität auf der bestehenden Share-Point-Seite. Deshalb wurde für die Erfüllung der Anforderungen des Beteiligungsmanagements eine weitere App auf der Basis der T-Systems App Framework installiert. Dadurch kann die Archivierung für einzelne Dateien genauso erfolgen wie im Multi-Dateien Modus für mehrere selektierte Dateien. Der Button „Automatische Archivierung durchführen“ kann die Archivierung für alle Dateien unterhalb einer Gesellschaft automatisch durchführen.

Datenbankunterstützung im Beteiligungsmanagement-

Aufgrund der komplexen Datenmenge ist aus Effektivitätsgründen eine Softwarelösung notwendig, die neben der reinen Finanzdatenerfassung auch die Stammdaten der Beteiligungsgesellschaften (Personal, Adresse, Kapital, Beteiligungen, Mandate) erfasst und darüber hinaus stets aktuelle Auswertungen über das Beteiligungsportfolio der Stadt Frankfurt am Main liefern kann. Durch die historische Datenbank soll die Softwarelösung die Kernfunktion einer Beteiligungsverwaltung – die Gedächtnisfunktion – erfüllen. Deshalb stellt die Lösung, für die sich die Stadt Frankfurt am Main entschieden hat, alle beteiligungsrelevanten Informationen in einer zentralen Datenbank zur Verfügung. Alle Felder sind historisch geführt und lassen sich historisch auswerten. Die Software bietet eine PC- und eine Web-Oberfläche, automatisiert viele arbeitsintensive Prozesse im Beteiligungsmanagement und erlaubt

es, in einem speziellen Bereich Abschlüsse, Kennzahlen und weitere Controlling-Daten zu speichern und auszuwerten. Die Integration der webbasierten Datenbank war ein Meilenstein in der Geschichte des Beteiligungsmanagements und bereits damals (2006) ein wesentlicher Beitrag für die Digitalisierung in der Verwaltung.

Heute sind neben dem Kernmodul für die Verwaltung von Angaben über Personen, Adressen, Kapital und Beziehungsverflechtungen zehn weitere Module im Einsatz, darunter beispielsweise die Module „Dokumentenarchiv“ (Verwaltung, Archivierung und Anzeige von Dokumenten wie Gesellschaftsverträgen, Handelsregisterauszügen) und „Mandate“ (Informationen über Geschäftsführer, Betriebsleiter, Vorstände, Aufsichtsrats- und Betriebskommissionsmitglieder). Die Softwarelösung wird neben der Stammdatenverwaltung vor allem für das Beteiligungscontrolling genutzt. Sie ermöglicht den Gesellschaften und Eigenbetrieben eine webbasierte Eingabe der Quartals- und Jahresabschlusszahlen sowie der mittelfristigen Planzahlen direkt in die Datenbank des Beteiligungsmanagements. Die Beteiligungsgesellschaften können mithilfe der Software selbst eigene Auswertungen für ihre Zwecke erstellen.

Nachdem das städtische Beteiligungsmanagement die neue Datenbank mit den wesentlichsten Beteiligungen und deren Daten befüllt hatte, wurde die Software nach einem intern erstellten Berechtigungskonzept auf wesentliche Beteiligungsunternehmen sowie abteilungsübergreifende Mitarbeitende der Stadt ausgerollt. Aktuell haben knapp 100 Nutzer Zugriff auf die Software. Laut Public Corporate Governance Kodex wird das operative Beteiligungscontrolling der Stadt Frankfurt am Main in Form eines Quartals-Reportings vollzogen. Dazu werden die Quartalsabschlüsse der direkten und indirekten städtischen Mehrheitsbeteiligungen sowie der Eigenbetriebe vom Beteiligungsmanagement zu einem Gesamt-Quartalsbericht zusammengefasst. Über 40 Beteiligungen müssen ihre Quartalszahlen (Bilanz, GuV, Anzahl der Mitarbeitenden) bis zu einem vom Beteiligungsmanagement vorgegebenen Stichtag in die Datenbank eingeben. Viele Unternehmen nutzen dabei die Importfunktion der Software, was die Eingaben erleichtert und beschleunigt. Die Lieferfrist für die Daten konnte dadurch erheblich verkürzt und eine höhere Akzeptanz des Softwareeinsatzes aufgrund der einfachen und flexiblen Handhabung erreicht werden. Das Beteiligungscontrolling führt direkt nach Ende der Eingabefrist Vollständigkeits-, und Plausibilitätsprüfungen durch; dies verbessert die Datenqualität.

Zur Unterstützung der Analyse hat das Beteiligungsmanagement für die Gesellschaften und Eigenbetriebe Dashboards entwickelt. Hierbei handelt es sich um eine Zusammenstellung wesentlicher Finanz-, Personal- und Leistungskennzahlen über mehrere Jahre. Sie ermöglicht dem jeweiligen Nutzer einen schnellen Überblick über die Geschäftsentwicklung. Die Dashboard-Dateien werden in erster Linie aus den in der Datenbank gesammelten Unternehmensdaten gespeist. Es können Zeitreihen von zehn Jahren und darüber hinaus grafisch dargestellt werden. Mithilfe dieses Analysetools hat das Beteiligungsmanagement die Geschäftsentwicklung der Gesellschaften und Eigenbetriebe über einen großen Zeitraum stets im Blick. Neben dem Vorhalten von Kennzahlen und der Möglichkeit einer aufbereiteten Berichterstattung über Business Objects bietet die Softwarelösung auch darüberhinausgehende Informations- und Berichtsmöglichkeiten. Bisher hat das Beteiligungsmanagement weit über 100 Business-Objects-Berichte zu unterschiedlichen Sachverhalten generiert. Das Beteiligungsmanagement kann somit neben den wiederkehrenden Standardberichten auch mit Ad-hoc-Berichten auf kurzfristige Anfragen reagieren. Darüber hinaus gelangen die Datenbanknutzer über das Modul Dokumentenarchiv schnell an Unternehmensdokumente wie beispielsweise Satzungen, Geschäftsordnungen und Handelsregisterauszüge.

Zentrales Merkmal der eingesetzten Datenbank ist die „Gedächtnisfunktion“ für das Beteiligungsmanagement. Mit der Möglichkeit zur historischen Datenabfrage über einen selbst gewählten Betrachtungszeitraum und der Historie von mehr als 15 Jahren hat dieser Aspekt wesentliche Bedeutung. Gleichzeitig leistet die Datenbank seit vielen Jahren einen wirksamen Beitrag zur Digitalisierung in der Stadtverwaltung, insbesondere im Finanzdezernat. Die von der Stadt Frankfurt am Main im Beteiligungsmanagement eingesetzte Softwarelösung hat zu effizienteren Prozessen bei der Überwachung und Steuerung des Beteiligungsportfolios maßgeblich beigetragen.

Beispielsweise konnten durch den Einsatz der Software die Meldefristen für den Quartalsbericht für die Quartale eins bis drei von vormals 20 auf zehn Arbeitstage halbiert werden. Auch müssen die Bilanzseiten nicht mehr manuell überprüft werden. Die Software kann einen Bericht erstellen, der die Summen der Aktiva und Passiva gegenüberstellt und die Differenz bildet. Dort, wo sie nicht null ist, zeigt das Programm einen Alert an. Auch die korrekte Übernahme des GuV-Ergebnisses in die Bilanz kann automatisch geprüft werden. Einen zusätzlichen Qualitätsaspekt ermöglicht das Modul „Mailing“, indem bei Datenänderungen nach dem Stichtag eine automatische Nachricht an das Beteiligungsmanagement ausgelöst wird. Dies stellt sicher, dass keine falschen Datenbestände berichtet werden.

Um mit der Zeit zu gehen, hat AMI nach vielen Jahren ein neues Aussehen bekommen. Das neue Layout ist etwas ansprechender und soll dadurch insbesondere die Handhabung erleichtern. Die Inhalte und Funktionen haben sich nicht wesentlich geändert. Derzeit läuft der Prozess zur Umstellung von AMI als „On-Premises-Lösung“ auf „Hosting“. Hierbei stellt ein vom Softwareunternehmen beauftragtes, DSGVO konformes Rechenzentrum in Deutschland Hardware, Speicherplatz, Rechenzentrumskapazität sowie eine solide Internetanbindung zur Verfügung. Neben der reibungsfreien Bereitstellung ohne Umwege aus einer Hand ist die Wirtschaftlichkeit ein Argument für das AMI-Hosting beim Softwareunternehmen. Zudem kann somit im Hinblick auf die allgemeine Gefahrenlage die IT-Sicherheit (Funktionssicherheit und Datenschutz) weiter erhöht werden. Vom Beteiligungsmanagement wird durch das Hosting auch ein höherer Schutz sowie eine verbesserte Qualität bei Anwendung und Support für die über AMI zuliefernden Unternehmen angestrebt.

Den Beteiligungsbericht inkl. der mittelbaren Beteiligungen sowie der Grafikdarstellung mit Zoom-Funktion des städtischen Portfolios finden Sie im Internet unter: <https://beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de/>



2. Gesetzliche Grundlagen

Das den Gemeinden durch Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz garantierte Selbstverwaltungsrecht umfasst auch das Recht auf wirtschaftliche Betätigung. Konkretisiert wird dieses Recht durch die §§ 121 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). Hinter der dort normierten Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde steht das Ziel, ihr in möglichst optimaler Form zu ermöglichen, Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge zu erbringen. Zur Erfüllung dieses Zwecks darf die Gemeinde auch Gesellschaften gründen oder sich an solchen beteiligen, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet sind (§ 122 Abs. 1 HGO). Allerdings müssen die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllt sein, wonach für die wirtschaftliche Betätigung erforderlich ist, dass 1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, 2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und 3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann. Bereits keine wirtschaftliche Betätigung liegt vor, wenn 1. die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist oder 2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung oder 3. zur Deckung des Eigenbedarfs tätig ist.

Für den Bereich der erneuerbaren Energien ist die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung gegenüber der Subsidiaritätsklausel in § 121 Abs. 1 Nr. 3 HGO gelockert. Die Gemeinde darf sich gemäß Abs. 1 a auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung erneuerbarer Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie wirtschaftlich betätigen, wenn diese Betätigung innerhalb des Gemeindegebiets oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt.

Neben den oben genannten drei Voraussetzungen des § 121 HGO muss sichergestellt sein, dass die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit begrenzt ist (§ 122 Abs. 1 Nr. 2 HGO) und die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält (§ 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO). Weiterhin muss gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt und geprüft werden kann (§ 122 Abs. 1 Nr. 4 HGO). § 123 HGO installiert außerdem die Unterrichts- und Prüfungsrechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen gemäß §§ 53 und 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG). Für die städtischen Mehrheitsbeteiligungen und die Beteiligungen, an denen die Stadt mit mindestens 25 % beteiligt ist und bei denen ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zusteht, ist im Rahmen der Abschlussprüfung insbesondere auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen. In den Satzungen ist zu verankern, dass Revisionsamt und Landesrechnungshof die Rechte nach § 54 HGrG zustehen, d. h., dass sie sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck auch den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen können.

Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen

Einige Regelungen für die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden gelten ausdrücklich für unmittelbare und für mittelbare Beteiligungen:

So ist die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 51 Ziffer 11 HGO für die Errichtung, Erweiterung, Übernahme und Veräußerung von öffentlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen sowie eine unmittelbare Beteiligung oder mittelbare Beteiligung von größerer Bedeutung an diesen gegeben. Auch die Umwandlung der Rechtsform von Eigenbetrieben oder wirtschaftlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit größerer Bedeutung beteiligt ist, ist der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten (§ 51 Ziffer 12 HGO).

Die Stadt Frankfurt am Main hat den unbestimmten Rechtsbegriff „mittelbare Beteiligung von größerer Bedeutung“ mit **Stadtverordnetenbeschluss vom 15.12.2016 (§ 841)** näher konkretisiert:

Voraussetzung für eine mittelbare Beteiligung von größerer Bedeutung ist demnach, dass die Stadt Frankfurt am Main an dieser durchgerechnet mit mindestens 20 % beteiligt ist.

In der Gesetzesbegründung wird auf Holdingstrukturen und die Notwendigkeit verwiesen, in liberalisierten Märkten schnelle Entscheidungen zu treffen. Daher werden außerdem die Beteiligungsunternehmen der nachfolgenden (Teil-)Konzerne von der Vorlagepflicht gegenüber der Stadtverordnetenversammlung ausgenommen, sofern die Kapitalanteile an diesen sich auf jeweils nicht mehr als einen Betrag in Höhe von 20 % vom Eigenkapital (gemäß HGB-Definition zum Stand des letzten geprüften Jahresabschlusses) der jeweiligen Konzernmutter-Gesellschaft belaufen:

- Energiesektor: Mainova AG
- Luftfahrt: Fraport AG
- Verkehrsunternehmen im Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Konzern (insbes. Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH)
- Abfallwirtschaft/Entsorgung: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH
- Gesundheitswesen: Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH (mit Klinikum Frankfurt Höchst GmbH)
- Messewesen: Messe Frankfurt GmbH
- Wohnungswirtschaft: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH.

Bei den Kapitalanteilen wird von durchgerechneten Anteilen, und zwar durchgerechnet auf die jeweilige (Teil-)Konzernmutter-Gesellschaft, ausgegangen. Für alle mittelbaren Beteiligungen, die nicht unter diese Begriffsbestimmung fallen, liegt die Zuständigkeit beim Magistrat, der ermächtigt ist, die notwendigen Entscheidungen über Angelegenheiten dieser Beteiligungen im Sinne der laufenden Verwaltung zu handhaben. Die materiellen Voraussetzungen zur Gründung oder Beteiligung an Unternehmen in § 122 Abs. 1 bis 3 HGO gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 % unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will (§ 122 Abs. 5 HGO). Die Pflicht zur Sicherstellung der Unterrichts- und Prüfungsrechte nach § 123 HGO i. V. m. § 53 HGrG gilt ferner ebenfalls für mittelbare Beteiligungen, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 HGrG beteiligt ist.

In den innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellenden Beteiligungsbericht sind nach § 123 a HGO Informationen über unmittelbare und mittelbare Beteiligungen von mindestens 20 % aufzunehmen. Gemäß § 124 HGO sind Veräußerungsgeschäfte und ähnliche Rechtsgeschäfte betreffend Mehrheitsgesellschaften nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt unabhängig von der Stufe der Mehrheitsbeteiligung (§ 124 Abs. 2 HGO).

Vorsitz d. Oberbürgermeister:in in den Gesellschaftsorganen (§ 125 HGO)

Nach § 125 Abs. 1 und 2 HGO führt der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin oder das von ihm/ihr bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands in den Gesellschaftsorganen der städtischen Eigengesellschaften und Mehrheitsbeteiligungen den Vorsitz, außer es gelten weitergehende gesetzliche Vorschriften oder andere gesetzliche Regelungen stehen dem entgegen (z. B. Wahl des/der Vorsitzenden nach § 107 AktG).

Paritätische Besetzung von Aufsichtsgremien (§ 125 Abs. 2 HGO)

Seit der Änderung der HGO zum 01.01.2016 soll der Gemeindevorstand darauf hinwirken, dass die Gemeinde möglichst paritätisch durch Frauen und Männer vertreten wird. Für das Berichtsjahr 2016 ist diese Regelung erstmals zum Tragen gekommen. Auch das 2015 in Kraft getretene Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG I) enthält Regelungen zu Frauen- bzw. Geschlechterquoten, betrifft aber nur einen Teil der städtischen

Beteiligungsunternehmen. U. a. ist für Aufsichtsräte von Unternehmen, die börsennotiert und voll mitbestimmt sind, eine Geschlechterquote von 30 % vorgesehen, die seit dem 01.01.2016 sukzessive für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten zu beachten ist. Unternehmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmt sind, sind verpflichtet, Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und obersten Management-Ebenen festzulegen. Die Geschlechterquoten sind zum Stichtag 31.12.2023 jeweils in den Einzelbeiträgen der betroffenen Gesellschaften in der Stammdatentabelle unter der Liste der Aufsichtsratsmitglieder ausgewiesen. Ferner gilt darüber hinaus seit Inkrafttreten des am 25.06.2021 beschlossenen Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG II) für Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern ein Mindestbeteiligungsgebot von einer Frau und einem Mann, wobei bestehende Mandate bis zu ihrem vorgesehenen Ende wahrgenommen werden können.

Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts (§ 126 a HGO)

Den hessischen Gemeinden ist es erlaubt, Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu errichten oder Regie- oder Eigenbetriebe in eine solche umzuwandeln. § 126 a HGO enthält Regelungen zur Ausgestaltung, Organisation und Wirtschaftsführung sowie zu Befugnissen.

In dieser Rechtsform operiert die Nassauische Sparkasse. Der Träger des Geldinstituts (Eigentümerebene) ist seit 1989 der Sparkassenzweckverband Nassau, der von den Gebietskörperschaften des Rhein-Main-Gebiets gebildet wird. Neben den kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Wiesbaden gehören dazu die Landkreise Hochtaunus, Main-Taunus, Rheingau-Taunus, Limburg-Weilburg sowie in Rheinland-Pfalz die Landkreise Rhein-Lahn und Westerwald. Die Bank selbst ist als Universalkreditbank eine Anstalt des öffentlichen Rechts in kommunaler Trägerschaft. Rechtsgrundlagen sind das Hessische Sparkassengesetz und die durch den Verwaltungsrat der Sparkasse erlassene Satzung.

2.1 Europäisches Beihilferecht

Die EU-Kommission führt nach Maßgabe des Artikel 108 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der EU, einer der Kernregelungen des sog. Lissabon-Vertrags; Amtsblatt der EU Nr. C 115 v. 09.05.2008) die Überprüfung der Vereinbarkeit von Einzelbeihilfen und Beihilfenregelungen mit dem Binnenmarkt durch. Dabei überprüft sie fortlaufend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die bestehenden Beihilfenregelungen, zu denen auch etwaige Betrauungsakte hinsichtlich der Finanzierung von sog. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) gehören. Die Stadt Frankfurt am Main als Beihilfengeberin hat stets dafür Sorge zu tragen, dass die Betrauungsakte in der Praxis tatsächlich umgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten sind gemäß Artikel 8 des DAWI-Beschlusses 2012/21/EU verpflichtet, während des gesamten Betrauungszeitraums und mindestens zehn Jahre nach Ende des Betrauungszeitraums alle Informationen verfügbar zu halten, die der EU-Kommission ermöglichen zu prüfen, ob die gewährten Ausgleichsleistungen mit dem DAWI-Beschluss 2012/21/EU vereinbar sind.

Beihilfeverbot (Art. 107 Absatz 1 AEUV)

Eine verbotene Beihilfe nach Artikel 107 Abs. 1 AEUV ist jeder gewährte wirtschaftliche Vorteil ohne angemessene Gegenleistung, den das (Beteiligungs-) Unternehmen unter marktüblichen Bedingungen nicht erhalten hätte. Als klassisches Beispiel für verbotene Beihilfen sind direkte Zuwendungen (z. B. Betriebsmittelzuschuss, Bürgschaft), aber auch indirekte Zuwendungen (wie z. B. Personalüberlassung zu marktunüblichen Konditionen, Grundstücksveräußerungen unter Wert) zu nennen.

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI)

Gemäß Artikel 106 Abs. 2 AEUV gilt auch für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, also mit der klassischen Daseinsvorsorge, wie die städtischen Beteiligungsunternehmen, befasst sind - und oftmals strukturell defizitär arbeiten -, das Beihilfeverbot. Allerdings hält das EU-Beihilferecht hier Erleichterungen bereit z. B. mit dem Freistellungsbeschluss, dem Kern des sog. Almunia-Pakets (Mitteilung der EU-Kommission 2012/C 8/02). Danach können tatbestandsmäßige Beihilfen mittels eines Betrauungsaktes legitimiert werden. Ziel des Betrauungsverfahrens ist es, eine Überkompensation bzw. eine Quersubventionierung anderer erwerbswirtschaftlicher Unternehmensbereiche durch staatliche Zuwendungen zu verhindern. Dementsprechend wichtig sind Dokumentation und Kontrolle. Der Betrauungsakt muss an ein bestimmtes Unternehmen gerichtet und rechtlich verbindlich sein.

Umsetzung durch die Stadt Frankfurt am Main

Die Umsetzung des EU-Beihilfenrechts hat das Beteiligungsmanagement in den letzten Jahren vor große Herausforderungen gestellt. Denn mit dem Erlass eines Betrauungsakts allein ist es nicht getan. Trennungsrechnung und Überkompensationskontrolle beispielsweise zählen zu den laufenden Aufgaben, deren Überprüfung durch den/die Abschlussprüfer:in im Zusammenhang mit der jährlichen Abschlussprüfung daher auch bereits im Frühjahr 2014 vom Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main auf den Weg gebracht wurde. Basierend auf den gewonnenen Erfahrungen in den ersten Jahren der Geltung des Prüfungsstandard (PS) 700 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) hat das Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main das Prozedere im Zusammenhang mit der Jahresabschlussprüfung optimiert, um für alle Seiten das Handling transparenter zu gestalten. Dazu wurde ein Prüfungsstandard für die Jahresabschlussprüfung betrauter Beteiligungsunternehmen von dem Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main (mit Wirkung zum 01.01.2015) entwickelt.

Die Jahresabschlussprüfung ist für das Beteiligungsmanagement eines der wichtigsten Instrumente im Rahmen der Überkompensationskontrolle als beihilfengewährende Stelle. Insofern ist die Dokumentation der

Abschlussprüfung von besonderer Bedeutung. Mit dem Frankfurter Prüfungsstandard für die Jahresabschlussprüfung von betrauten städtischen Beteiligungsunternehmen wurde durch eine klare Strukturierung der Anforderungen an das Berichtswesen ein hohes Maß an Transparenz geschaffen, um den gesetzlichen Anforderungen des europäischen Beihilfenrechts Rechnung zu tragen.

Wie wichtig dieses Thema ist, wurde durch das Prüfverfahren der EU-Kommission im Bereich Wirtschaftsförderung (SA.44264/MX) deutlich. Im Schreiben vom 31.01.2019 weist die EU-Kommission ausdrücklich darauf hin, dass „...insbesondere eindeutige Betrauungsakte, die eine Beschreibung des Ausgleichsmechanismus und ex ante aufgestellte Parameter für die Berechnung, Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen umfassen (häufig in Deutschland; Verf.) fehlen.“ Diese generelle Aussage der EU-Kommission trifft für die Betrauungen der Stadt Frankfurt am Main jedoch nicht zu, die alle Anforderungen der DAWI-Vorschriften erfüllen.

Vorgabe ‚verbundene Unternehmen‘

Die Frage, ob die Gebietskörperschaften in Deutschland grundsätzlich als Obergesellschaft ihres gesamten Beteiligungsportfolios zu gelten haben, ist vor dem Hintergrund der Tatsache, dass häufig bereits weit über 50 % der Daseinsvorsorgeleistung der Gebietskörperschaften für die Bürger:innen in rechtsformprivatisierter Form (also über kommunale Beteiligungsunternehmen) und nicht durch die Kernverwaltung erbracht wird, von überaus hoher Praxisrelevanz.

Im kommunalen Kontext stellt sich die Frage, wie das Verhältnis von Trägerkommunen zu ihren Beteiligungsunternehmen im Hinblick auf die Vorgabe „verbundene Unternehmen“ einzuordnen ist. Da die Höchstgrenzen nach den Energiepreisbremsengesetzen an „verbundene Unternehmen“ anknüpfen, fragt sich, ob die Kommune als „Obergesellschaft“ ihrer Beteiligungsunternehmen anzusehen ist. Es ist keine Rechtsprechungsrichtlinie erkennbar, die die Anwendung von Art. 3 Abs. 3 Anhang I AGVO für die Frage, ob eine Gebietskörperschaft in Deutschland grundsätzlich als Obergesellschaft des eigenen Beteiligungsportfolios gesehen werden muss, zwingend vorgibt.

Da das EU-Beihilfenrecht überwiegend klassisches Richterrecht ist, ist die Rechtsprechung der europäischen Gerichte (EuG, EuGH; vgl. zuletzt auch Ryanair-Urteil EuGH, Urteil vom 19.05.2021, Rs. T-643/20, Ryanair/Kommission, Rn. 47, das die gefestigte Praxis recht gut zusammenfasst) und die Entscheidungspraxis der EU-Kommission von entscheidender Bedeutung. Es ist eine Frage des Einzelfalls und von Kommune zu Kommune unterschiedlich, ob die Interaktion zwischen ihr und dem jeweiligen Unternehmen so eng ist, dass im Regelfall von einem Verbund Kommune und Unternehmen ausgegangen werden muss. Die Rechtsprechung verlangt weitere enge Verbindungen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass das EU-Beihilfenrecht im Kern Wettbewerbsrecht ist. Es bezweckt, Wirkungen einer staatlichen Intervention auf den Wettbewerb zu begrenzen. Damit ist das EU-Beihilfenrecht stark marktbezogen. Nur wenn sich eine Beihilfe bezogen auf einen bestimmten Markt und/oder vor- und nachgelagerten Märkte auswirkt, kann sie beihilfenrechtlich relevant sein. Im Lichte der europäischen Entscheidungspraxis lässt sich also gut vertreten, dass verbundene Unternehmen nur solche sind, die einen hohen Grad an Integration etwa durch die Zugehörigkeit zum selben Konsolidierungskreis aufweisen. Das Gleiche gilt, wenn diese per Ergebnisabführungsvertrag finanziell miteinander verflochten sind. In gleicher Weise können Unternehmen als „verbunden“ gelten, wenn sie auf dem gleichen Markt tätig sind bzw. auf vor- und nachgelagerten Märkten gleiche und parallele Tätigkeiten ausüben.

Ausblick

Am 30.06.2024 ist Meldetermin gemäß Artikel 9 des Freistellungsbeschlusses (für die Jahre 2022 u. 2023). Der Trend der Europäischen Kommission geht klar zu einer Verdichtung der Kontrolle. So gibt es bei dem Legitimationsinstrument der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) keine Meldetermine mehr, sondern es tritt an deren Stelle eine Veröffentlichungspflicht sowie eine Meldepflicht an die EU-Kommission binnen 20 Arbeitstagen. Die AGVO kommt in Frankfurt am Main schwerpunktmäßig bei den Beteiligungen im Kulturbereich

zur Anwendung. Dabei erfolgt die Kurzmitteilung der Stadt Frankfurt am Main an das Hessische Landwirtschaftsministerium, das über eine elektronische Webanwendung (SANI – State Aid Notification Interactive) die Weiterleitung an das Bundeswirtschaftsministerium veranlasst, welches die Daten ebenfalls durch Freigabe (Validierung) an die EU-Kommission übermittelt.

Weitere Informationen sowie den Frankfurter Prüfungsstandard für die Jahresabschlussprüfung betrauter Beteiligungsunternehmen und das Handbuch „EU-Beihilferecht für Kommunen und kommunale Unternehmen“ finden Sie im Internet unter www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de



2.2 Aktuelles zur Rechnungslegung

Nachfolgend einige Neuerungen bzw. Besonderheiten aus dem Bereich Rechnungslegung – dieser Bericht hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Aufgrund europarechtlicher Vorgaben hat der Gesetzgeber die §§ 267, 267a und 293 HGB, die die Kriterien für die Größenklassen beinhalten, teilweise neu gefasst (Gesetz vom 17.04.2024). Die Werte für die Bilanzsumme und die Umsatzerlöse wurden erhöht, während die Anzahl der Arbeitnehmer:innen je Kategorie unverändert blieb. Die neuen Kriterien konnten bereits für das Vorjahr, also 2023, angewendet werden.

Die Kapitalflussrechnungen (Cash-Flow-Rechnungen) haben bereits für das Geschäftsjahr 2023 Änderungen durch das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee e.V. erfahren. Diese betreffen u. a. den Ausweis von Zuschüssen und Zuwendungen beim Zuschussempfänger und beim privaten Zuschussgeber sowie das Cash-Pooling. Während bisher ein Ausweis der erhaltenen Zuschüsse und Zuwendungen im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit vorgeschrieben war, so ist ab 2023 ein differenzierter Ausweis u. a. nach Zuwendungsgeber vorgeschrieben. Einzahlungen aus erhaltenen Ertrags- und Aufwandszuschüssen der öffentlichen Hand sind jetzt im Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit zu erfassen. Cash-Pooling Forderungen sind grundsätzlich nicht in den Finanzmittelfonds einzubeziehen, außer wenn diese jederzeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können und nur unwesentlichen Wertschwankungsrisiken unterliegen. Cash-Pooling-Verbindlichkeiten sind in den Finanzmittelfonds einzubeziehen und offen abzusetzen, soweit sie zur Disposition der liquiden Mittel gehören. Veränderungen beider Positionen sind grundsätzlich dem Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit zuzuordnen

Die Nichtfinanzielle Berichterstattung im Sinne von Nachhaltigkeit soll den gleichen Stellenwert erhalten wie die Berichterstattung über finanzielle Größen. Die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive - CSRD) trat am 05.01.2023 in Kraft und ist in nationales Recht umzusetzen. Der Regierungsentwurf aus dem Juli 2024 sieht eine 1:1-Umsetzung in deutsches Recht vor. So wird die Nachhaltigkeitsberichterstattung Bestandteil des Lageberichts. Ab 01.01.2024 gilt dies für Unternehmen, die bereits der Pflicht zur Abgabe einer nichtfinanziellen Erklärung unterlegen haben, und ab 01.01.2025 für alle anderen großen Unternehmen im Sinne des HGB. Da üblicherweise kommunale Unternehmen ihre Jahresabschlüsse nach den Regelungen für große Kapitalgesellschaften aufstellen müssen, würden sie sämtlich ab 2025 Nachhaltigkeitsberichte erstellen müssen. Es gibt über die Städtetage Bestrebungen, die jeweiligen Gemeindeordnungen zu ändern und auf die Größenkriterien des HGB für die kommunalen Unternehmen abzustellen. Somit bleibt die Umsetzung in der Hessische Gemeindeordnung (HGO) im Laufe dieses Jahres 2024 noch abzuwarten. Es wird also darauf ankommen, bei der Umsetzung in nationales Recht eine kluge Lösung auch für kleine und mittlere kommunale Beteiligungsunternehmen zu finden, damit der Public Sektor in Deutschland seine Vorbildfunktion auch in diesem Bereich erfüllen kann.

2.3 Besonderheiten bei Sparkassen

Bei den Bankenbeteiligungen der Stadt Frankfurt am Main handelt es sich in erster Linie um die kommunalen Beteiligungen an Sparkassen. Historisch betrachtet und im Sparkassengesetz verankert liegt der öffentliche Auftrag darin, die Bevölkerung im Geschäftsgebiet mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen zu versorgen (Kontoführung, Zahlungsverkehr, Kreditvergabe, Wertpapiergeschäfte) sowie die allgemeine Vermögensbildung zu fördern. Sparkassen sind dem Gemeinnutz verpflichtet, doch nicht gemeinnützig im steuerlichen Sinn. Der Verpflichtung, dem Gemeinwohl zu dienen, werden sie durch ihre Bankleistungen gegenüber der Bevölkerung und dadurch gerecht, dass Teile ihres Jahresüberschusses über Spenden für gemeinnützige, kulturelle, wissenschaftliche oder soziale Zwecke in ihrem Geschäftsgebiet der breiten Bevölkerung zufließen.

Eine wesentliche Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main liegt bei der **Nassauischen Sparkasse**. Der aus kommunalen Gebietskörperschaften gebildete Träger des Geldinstituts (Eigentümerebene) ist seit 1989 der Sparkassenzweckverband Nassau. Die Sparkasse selbst ist als Universalkreditbank eine Anstalt des öffentlichen Rechts in kommunaler Trägerschaft. Rechtsgrundlagen sind das Hessische Sparkassengesetz und die durch den Verwaltungsrat der Sparkasse erlassene Satzung. Der Sparkassenzweckverband Nassau wird von Gebietskörperschaften des Rhein-Main-Gebiets getragen. Neben den kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Wiesbaden gehören dazu die Landkreise Hochtaunus, Main-Taunus, Rheingau-Taunus, Limburg-Weilburg sowie in Rheinland-Pfalz die Landkreise Rhein-Lahn und Westerwald.

Für die Verbindlichkeiten des Sparkassenzweckverbandes haften die Verbandsmitglieder gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau untereinander „nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Verbandsmitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse sowie aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen. Maßgebend ist für jeweils fünf Jahre der Stand am 31. Dezember desjenigen Geschäftsjahres, das dem Beginn einer neuen Wahlzeit vorausgeht.“

Hieraus ergibt sich die Besonderheit, dass das Eigentümerverhältnis im Zweckverband keine feste Größe auf der Basis erworbener Gesellschafteranteile darstellt. Vielmehr wird es regelhaft alle fünf Jahre nach dem obigen Schema neu ermittelt. Seit 31.12.2015 lag der Haftungs- und Stimmanteil der Stadt Frankfurt am Main bei rd. 10 %. Die Neuberechnung erfolgte auf Grundlage der Jahresabschlusszahlen per 31.12.2020 und damit wie satzungsgemäß vorgeschrieben vor Beginn der neuen Wahlzeit. Der neu berechnete Haftungs- und Stimmanteil der Stadt Frankfurt am Main am Sparkassenzweckverband Nassau beträgt seit 31.12.2020 rd. 13 %. Der größte Haftungsanteil entfällt auf die Stadt Wiesbaden mit rd. 30 %, den geringsten Anteil mit rd. 7 % hält der Landkreis Hochtaunus.

Trotz derlei Besonderheiten sind Sparkassen im Grundsatz an die Regelwerke für Kreditinstitute gebunden, die nach der Bankenkrise 2008/2009 nochmals umfassender ausgestaltet worden sind. Hierzu gehören die Regeln der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), die Regelungen zur angemessenen Eigenkapitalausstattung (Basel I – IV), umfangreiche Regelwerke zur Liquiditätsausstattung und zum Risikomanagement sowie Verhaltens-, Anzeige- und Meldepflichten.

2.4 Umsetzung Public Corporate Governance Kodex

Durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.03.2010 (§ 7856, M 225) hat sich die Stadt Frankfurt am Main bereits zu einem vergleichsweise frühen Zeitpunkt eine „Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main“ (Kodex) gegeben. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung haben nunmehr eine **Neufassung dieses Kodexes** beschlossen (§ 2836 vom **02.02.2023**, M 221 vom 09.12.2022).

In dem am 02.02.2023 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen überarbeiteten Kodex wird in der Präambel ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei der Daseinsvorsorge die Erfüllung der **Selbstverpflichtung** der Stadt Frankfurt am Main, **bis zum Jahr 2035 klimaneutral** zu werden, zu beachten ist.

Seit der Einführung des Kodexes wurden diverse andere Public Corporate Governance Kodizes in Deutschland aufgestellt und der Regelungsbereich hat sich weiterentwickelt. Vor diesem Hintergrund erfolgte eine Überprüfung des Frankfurter Kodexes im Rahmen eines Forschungsprojekts mit dem Lehrstuhl für Public Management & Public Policy (Prof. Dr. Ulf Papenfuß) der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Auf Grundlage wissenschaftlicher Analysen wurde der Kodex im Vergleich mit anderen Public Corporate Governance Kodizes (PCGK) in Deutschland sowie mit Blick auf die fortschreitenden Entwicklungen evaluiert. Hieraus wurden anhand der Bedürfnisse der Stadt Frankfurt am Main Weiterentwicklungspotenziale abgeleitet und konkrete Weiterentwicklungsvorschläge gemacht, welche in der Praxis effiziente und effektive Arbeitsabläufe und Steuerungsmöglichkeiten der städtischen Beteiligungen weiterhin sicherstellen. Die Stärken des Frankfurter Kodexes, ein hoher Konkretisierungsgrad und die konsequente Umsetzungsorientierung, die im Rahmen des Forschungsprojekts als beispielhaft herausgestellt wurden, bleiben dabei erhalten.

Die bewährte Grundstruktur des Kodexes ist auch mit Rücksicht auf die Anwender:innen und Umsetzungsorientierung unverändert. Grob vereinfacht befasst sich Public Corporate Governance mit „Spielregeln“ guter Organisationsführung. Der Kodex als zentrales Instrument der Public Corporate Governance verfolgt die Zusammenstellung und Koordinierung von verschiedenen Grundsätzen, Standards und Prinzipien verantwortungsvoller Unternehmensführung zur Unterstützung der Leitung und Steuerung, Überwachung und Kontrolle sowie Transparenz von und in öffentlichen Unternehmen, um eine effiziente und effektive Aufgabenerbringung sicherzustellen. Der Kodex der Stadt Frankfurt am Main zeichnet sich durch seine Konkretheit hinsichtlich Regelungstiefe bzw. –umfang einzelner Regelungsfelder aus. Der Konkretisierungsgrad in vielen Bereichen der Ausgestaltung der Aufgaben und Zuständigkeiten der Organe der städtischen Beteiligungsunternehmen sowie der Beteiligten der Stadt ist im Vergleich zur PCGK-Landschaft Deutschlands beispielhaft. Hervorzuheben ist die umfangreiche Berichterstattung der Organe untereinander sowie die klare Kodifizierung von Umfang, Abläufen und Fristen der Berichtspflichten. Mit der „Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex - für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main“ (Kodex) verpflichtet sich die Stadt Frankfurt am Main (auf der Grundlage der Stadtverordnetenbeschlüsse § 7856 vom 25.03.2010 und § 2836 vom 02.02.2023), eine gute, verantwortungsvolle Unternehmensführung und -kontrolle bei ihren Beteiligungsunternehmen zu sichern. Neben der Aufgabe, die Unternehmen bei der Erfüllung des Unternehmenszwecks zu unterstützen und die wirtschaftliche Effizienz zu optimieren, hat die Stadt daher im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung gleichzeitig zu gewährleisten, dass bei der Leitung, Steuerung und Überwachung der Unternehmen insbesondere die öffentlichen Belange, d. h. die Daseinsvorsorge, angemessen berücksichtigt werden. Gemäß Abschnitt A 3.4 des PCGK ist im Beteiligungsbericht jährlich zusammenfassend über die Einhaltung des Kodex zu berichten.

In den städtischen Mehrheitsbeteiligungen wurden bereits zum zwölften bzw. 13ten Mal in Folge die im Kodex (Abschnitt B 1.4) eingeführten jährlichen Wirtschaftsplangespräche durchgeführt, nämlich im Berichtsjahr das 13te Plangespräch über den Wirtschaftsplan 2023 und bereits im Vorjahr das zwölfte Plangespräch über den Wirtschaftsplan des Berichtsjahres 2022. Grundlage der Gespräche ist jeweils der Entwurf des Wirtschaftsplans

mit ausführlichen Erläuterungen zu den Planungsgrundlagen (gem. Abschnitt B 1.3). Im Wirtschaftsplangespräch werden die Planungsprämissen mit zugrundeliegenden unternehmensspezifischen Annahmen von den zuständigen Beschäftigten des Unternehmens erläutert.

Da gemäß Kodex (vgl. Abschnitt B 2.2) die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften über die Einhaltung des Kodex berichten und die Abschlussprüfungen der städtischen Mehrheitsbeteiligungen von diversen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durchgeführt werden, die zudem nach spätestens fünf Jahren jeweils wechseln müssen, wurde mit Unterstützung einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Prüfkatalog „Umsetzungsprüfung PCGK“ als Arbeitshilfe erstellt. Die Durchführung der PCGK-Prüfung wird in den Wirtschaftsprüferberichten über die testierten Jahresabschlüsse dokumentiert und dem Aufsichtsrat jeweils im Rahmen seiner Bilanzsitzung vorgestellt. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen 2023 keine gravierenden Verstöße bei der Einhaltung des Kodex festgestellt wurden. Der Kodex der Stadt Frankfurt am Main stellt insbesondere die regelmäßige, zeitnahe und umfassende Information des Aufsichtsrates sicher (A 3.3.2). Der hohe Konkretisierungsgrad wird deutlich durch die Berichterstattungspflichten der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat, u. a. durch Quartalsberichte (A 3.3.2), explizite Empfehlungen zur Orientierung an § 90 AktG. bzgl. Inhalt und Turnus der Berichtspflichten (A 2.3.2), einen Bericht über die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems (A 3.3.2) sowie eine Nachhaltigkeitsberichterstattung (A 3.3.2), welche einzigartig in der deutschen PCGK Landschaft ist. Die umfangreiche Informiertheit des Aufsichtsrates ist die Grundlage für eine effektive Ausübung der Kontrollfunktion des Aufsichtsrates. Die Regelungen über die Arbeit des Aufsichtsrates, wie u. a. die Verpflichtung zur Kenntnis bzw. zum Erwerb erforderlichen Fachwissens und die Organisation regelmäßiger Fort- und Weiterbildungsangebote (A 3.2.6) sowie die effiziente Ausgestaltung der Sitzungen durch einen zeitgerechten Unterlagenversand (A 3.2.4) oder die Protokollierung des wesentlichen Sitzungsverlaufes (A 3.2.4) tragen zur Professionalisierung der Aufsichtsratsarbeit bei.

Eine regelmäßige Effizienzprüfung der Aufsichtsratsarbeit wird nicht nur vom Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK), sondern auch von zahlreichen Public Corporate Governance Kodizes und dem Kreditwesengesetz empfohlen bzw. gefordert. Sie ist ein bewährtes Instrument für das Kollegialorgan Aufsichtsrat, um die Gremienarbeit sowie die interne Kommunikation zu analysieren und zu verbessern. Für die Gremienmitglieder sieht das Konzept der webbasierten Effizienzprüfung einen deutlich vereinfachten Prozess und somit eine Reduzierung des zeitlichen Aufwands (ca. 30 Minuten) vor. Die Aufsichtsratsmitglieder können zeitlich flexibel und mit jedem Endgerät (Smartphone, Laptop, etc.) an der Online-Befragung teilnehmen. Das entwickelte Konzept sieht die Integration von zusätzlichen Informationen in die eigentliche Befragung vor (z. B. Begriffserklärungen, Verweise auf Handbücher des Beteiligungsmanagements usw.). Somit kann die Effizienzprüfung auch dazu genutzt werden, den Gremienmitgliedern wichtige Informationen und Hinweise zielgerichtet zu übermitteln, so dass die Effizienzprüfungen auch einen Fortbildungscharakter aufweisen.

Bei den meisten Änderungen des überarbeiteten PCGK (2023) handelt es sich um Konkretisierungen und Klarstellungen zu bereits bestehenden Regelungen. Zum Thema Geschlechtergerechtigkeit wurde der Kodex ergänzt. Abgebildet werden die für die Stadt Frankfurt am Main geltenden, seit 2010 eingeführten Regelungen (Gesetz, HGO, Stadtverordnetenbeschlüsse) sowie der Hinweis, dass eine paritätische Besetzung der Gremien als generelles Ziel angestrebt wird. Ergänzt wurden auch die Themen Prüfungsausschuss und Risikomanagementsystem. Neu in den Kodex aufgenommen wurde ein Teil C, der darauf hinweist, dass die Beteiligungsunternehmen die Compliance-Kultur zu pflegen und im Rahmen des Jahresabschlusses einen Compliance-Bericht zu erstellen haben. Der Kodex steht auf der Internetseite der Stadtkämmerei – Beteiligungsmanagement – zum Download als PDF-Datei zur Verfügung.

Die Umsetzung der Kodex-Neufassung in den Gremien der Beteiligungsunternehmen ist analog zum letzten Mal (2010) erfolgt. Die Geschäftsführungen der Mehrheitsgesellschaften wurden durch Gesellschafteranweisungen auf den Kodex verpflichtet. Außerdem wurden die jeweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden gebeten, den Kodex auf die

nächste anstehende Aufsichtsratstagesordnung zu nehmen, damit durch einen entsprechenden Aufsichtsratsbeschluss eine freiwillige Selbstverpflichtung des Aufsichtsrats erfolgt. Dies ist inzwischen flächendeckend geschehen.

Weitere Informationen sowie den Wortlaut des Public Corporate Governance Kodex finden Sie im Internet unter

www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de



2.5 Nachhaltigkeit

Nach Ziffer A.3.3.2 „Aufgaben und Zuständigkeiten“ des Kodexes sollte von der Geschäftsführung eine Nachhaltigkeitsberichterstattung verlangt werden. Nachhaltigkeitsberichte stellen die Tätigkeiten und Leistungen von Organisationen für eine nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf Ökonomie, Ökologie und Soziales dar und sind neben dem Geschäftsbericht wichtiger Bestandteil der Informationspolitik von Unternehmen. Neben den Kurzberichten an die Organe über Projekte und Maßnahmen, die auf eine nachhaltige Entwicklung abzielen und bei allen Beteiligungsunternehmen erfolgen, erstellen im Bereich der städtischen Beteiligungen vor allem die großen Konzernunternehmen eigenständige Nachhaltigkeitsberichte.

Die **Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH** (Nassauische Heimstätte) gibt seit 2014 jährlich einen Nachhaltigkeitsbericht heraus. Die Gesellschaft hat sich der Global Reporting Initiative und dem branchenspezifischen Standard des Gesamtverbands der Wohnungswirtschaft verschrieben und berücksichtigt die Anforderungen des Deutschen Nachhaltigkeitskodex. Die von der Nassauischen Heimstätte gegründete Initiative Wohnen.2050 ist ein wirksames Mittel Nachhaltigkeit beim Neubau, in der Modernisierung, in der Stadtentwicklung, beim Einkauf, bei der Mobilität, aber auch bei der Investitionsstrategie oder beim betrieblichen Gesundheitsschutz zu leben. Die Nassauische Heimstätte ist damit mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet worden: [Dafür stehen wir \(nhw.de\)](https://www.nhw.de).

Die **Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH** (SWFH) handelt als moderner kommunaler Infrastrukturentwickler und –betreiber konsequent nachhaltig. Dies bedeutet, die Gesellschaft nimmt die Verantwortung für Umwelt und Klima umsichtig wahr und achtet darauf, Gewinn- und Gemeinwohlorientierung miteinander zu vereinbaren.

Wirtschaftlicher Erfolg, Verantwortung für Ressourcen, Klimaschutz und Lebensqualität sowie gesellschaftliches Engagement sind die wesentlichen Orientierungspunkte, an denen die SWFH ihr Handeln ausrichtet. Die Gesellschaft reagiert auf die aktuellen, sich wandelnden Anforderungen einer wachsenden Metropole mit wirtschaftlich, ökologisch und sozial funktionsfähigen Konzepten. Das Ziel der SWFH ist es, den Bedürfnissen der heutigen Generation zu entsprechen, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen zu gefährden. Die Kernpositionen der SWFH, denen sich die SWFH als Konzern verpflichtet und die für jede operative eigenständige Tochtergesellschaft bestimmend sind, lauten:

- Stadt und Standort Frankfurt stärken,
- Lebensqualität erhöhen,
- Wirtschaftskraft steigern und
- Ressourcen und Nachhaltigkeit fördern.

Für ausführliche Informationen zur strategischen Ausrichtung und zu den Aktivitäten der SWFH im Bereich Nachhaltigkeit wird auf den Nachhaltigkeitsbericht der SWFH (Teil des Konzernberichts), unter <https://stadtwerke-frankfurt.de/publikationen> abrufbar, verwiesen.

Die **Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)** hat mit dem Nachhaltigkeitsbericht 2022 bereits den zwölften Nachhaltigkeitsbericht herausgebracht. Der Nachhaltigkeitsbericht ist auch auf der Internetseite des Unternehmens zu finden. Für das Jahr 2023 wurde noch kein Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht. Für die VGF bedeutet Nachhaltigkeit, in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht verantwortungsvoll zu handeln. Die Geschäftsführung verfolgt das Ziel, durch den Bericht einen schnellen Überblick über die Entwicklungen der VGF hin zu einem nachhaltigen Unternehmen zu geben. Mit ihren integrierten Mobilitätslösungen unterstützt die VGF die Stadt Frankfurt am Main beim Erreichen ihrer ehrgeizigen Klimaschutzziele. Als kommunales und energieintensives Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge steht die

VGF besonders in der Verantwortung, Energie effizient, umweltschonend und wirtschaftlich zu nutzen. Die diesbezüglichen Bemühungen der VGF sind sehr vielfältig. Hierzu zählt z. B. die geplante Modernisierung der derzeitigen Weichenheizungsanlagen der VGF. Ziel ist es, ein smartes, intelligentes, energiesparendes und zukunftsfähiges Weichenheizungssystem zu implementieren. Hiermit hat die VGF die Chance, ihre Energiekosten, ihren Instandhaltungsaufwand und ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren. Gleichzeitig können die Energieeffizienz und die Systemverfügbarkeit gesteigert werden ([Nachhaltigkeitsbericht | VGF \(vgf-ffm.de\)](#)).

Als städtische Busgesellschaft ist die **In-der-City-Bus GmbH (ICB)** im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main Tag für Tag mit mehr als 220 Bussen unterwegs. Sie deckt über 50 % des Frankfurter Busverkehrs ab. Mit der Umstellung der Busflotte auf alternative Antriebe unterstützt die ICB die übergeordneten Klimaschutzziele der Mainmetropole, damit – so die Agenda der Stadt Frankfurt – der ÖPNV bis Anfang der 2030er Jahre klimaneutral ist. Die ICB investiert seit 2018 in E-Busse, dazugehörige Ladeinfrastruktur und technisches Know-how und damit in die Zukunft: Den emissionsfreien Stadtverkehr. Nach den Batteriebusen kamen 2022 Wasserstoffbusse hinzu. Sie werden zukünftig vor Ort an der eigenen neuen Wasserstofftankstelle betankt. Buslinie für Buslinie wird auf alternative Antriebe umgestellt und so Schritt für Schritt die Luft- und Lebensqualität in Frankfurt verbessert.

Das Projekt Elektrifizierung ist mit hohen Investitionen verbunden: E-Busse sind deutlich teurer als die bisher verwendeten Dieselbusse. Die Ladeinfrastruktur muss aufgebaut, die Betriebshöfe müssen ertüchtigt werden. Parallel wird ein neuer Betriebshof-Standort geplant – ein weiteres großes Projekt, das Ressourcen bindet. Im Berichtsjahr ist es gelungen, im Sinne des Gemeinwohls gut zu wirtschaften. Zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags zählt auch der gewissenhafte Umgang mit den verfügbaren Mitteln.

Die ICB ist mit einem starken Team für Frankfurt im Einsatz. Über 700 Mitarbeitende tragen im Fahrdienst, in der Werkstatt und in der Verwaltung dazu bei, dass das Tagesgeschäft läuft. Es wird alles dafür getan, dass die Mitarbeitenden neben der sinnstiftenden Tätigkeit für die Stadt ein sicheres Arbeitsumfeld und optimale Arbeitsbedingungen vorfinden.

Ausführlichere Darstellungen sind den Nachhaltigkeitsberichten der ICB zu entnehmen: [Öffentliche Mobilität - für gutes Klima in Frankfurt! - ICB \(icb-ffm.de\)](#).

Nachhaltigkeit hat auch für die **traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ)** einen hohen Stellenwert. Als Aufgabenträgerorganisation der Stadt für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nimmt das Unternehmen deutlichen Einfluss auf die nachhaltige Mobilität in Frankfurt am Main. Die traffiQ berichtet ausführlich über Nachhaltigkeitsaspekte im jährlichen Geschäftsbericht, welcher auch auf der Internetseite des Unternehmens veröffentlicht wird (<https://www.traffiq.de/traffiq/medien/veroeffentlichungen.html>). Der Auftrag an traffiQ als lokale Nahverkehrsgesellschaft der Stadt Frankfurt am Main ist die Sicherstellung eines gleichermaßen attraktiven wie wirtschaftlichen Nahverkehrs.

Die ökonomisch motivierte Zielsetzung, durch einen attraktiven Nahverkehr mehr Fahrgäste für den öffentlichen Nahverkehr zu gewinnen, hat eine deutlich ökologische Komponente. Denn Frankfurts Busse und Bahnen leisten mit einem dichten Netz und modernen Fahrzeugen schon jetzt einen wichtigen Beitrag zur umwelt- und kundenfreundlichen Mobilität in Deutschlands Pendlerhauptstadt. Der Großteil der Nahverkehrsleistung – rund 80 % der Fahrgastfahrten – wird schon seit Jahrzehnten mit S-Bahnen, U-Bahnen und Straßenbahnen elektrisch erbracht.

Die über 400 Fahrzeuge starke Stadtbusflotte in Frankfurt am Main ist eine der modernsten und umweltfreundlichsten bundesweit. Zum Jahresende 2023 war mit 81 Elektrobussen bereits fast ein Fünftel der städtischen Busflotte lokal emissionsfrei unterwegs. Schon 2024 werden weitere 19 „Verbrenner“ durch Standard-Elektrobusse abgelöst. Ab 2025 rollen erstmals Gelenkbusse mit Wasserstoffantrieb im Stadtverkehr. Die Inbetriebnahme einer Wasserstofftankstelle auf dem ICB-Betriebshof Römerhof soll im Jahr 2024 erfolgen.

Öffentlicher Nahverkehr ist ein Garant für die Teilhabe am sozialen Leben. In der Stadt Frankfurt am Main besteht rund um die Uhr ein dichtes Nahverkehrsnetz (Konzept 24/7), mit dem alle Ziele erreichbar sind. Der Abbau von Barrieren, die den Zugang zum öffentlichen Nahverkehr erschweren, trägt der sozialen Komponente der Nachhaltigkeit Rechnung. Das gilt für den barrierefreien Ausbau von Bahn und Bus für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Das gilt gleichermaßen für Menschen, für die die finanzielle Situation eine Hemmschwelle darstellt, mit dem ÖPNV mobil zu sein. Mit günstigen Tarifen soll ihnen Mobilität als Bestandteil der Daseinsvorsorge ermöglicht werden.

Als soziale und attraktive Arbeitgeberin legt traffiQ großen Wert auf die Vielfalt, die Motivation und die Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeitenden. Rahmenbedingungen wie flexible Arbeits- und Teilzeitmodelle, Maßnahmen zur Teamentwicklung, Angebote für gemeinsame Aktivitäten, eine leistungsorientierte Vergütung, JobTicket und Zusatzversorgungsleistungen machen traffiQ zu einer attraktiven Arbeitgeberin. Zudem investiert traffiQ in die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und bildet Nachwuchskräfte aus. Mit Maßnahmen zur Gesundheitsprävention sollen die Gesundheit und damit die Leistungsfähigkeit bewahrt werden. Hierzu gehören unter anderem Zuschüsse für Fitness-Studios und Sportvereine sowie Rückenurse und Entspannungsangebote im Unternehmen.

Die **Mainova AG (Mainova)** veröffentlicht im Geschäftsbericht 2023 ab Seite 164 den nichtfinanziellen Bericht und einen separaten Nachhaltigkeitsbericht, die über die nachfolgenden Links eingesehen werden können:

[nichtfinanzieller-bericht-2023-data.pdf \(mainova.de\)](#)

[nachhaltigkeitsbericht-2023-data.pdf \(mainova.de\)](#)

Der Anteil der taxonomiekonformen und –fähigen Umsatzerlöse am Gesamtumsatz ist in 2023 nahezu auf Vorjahresniveau. Im Jahr 2023 konnte die Mainova den Anteil ihres taxonomiekonformen CapEx an den gesamten Investitionsausgaben auf rund 60 % verdoppeln. Der Anstieg steht im Zusammenhang mit dem Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2040. Die Schwerpunkte der Investitionen lagen auf der Umrüstung des Kohlekraftwerks sowie dem Neubau des hocheffizienten Gaskraftwerks in Hanau und höheren Investitionen in das Stromnetz. Der Anteil der taxonomiekonformen und –fähigen OpEx liegt leicht über dem Vorjahr.

Im separaten Nachhaltigkeitsbericht wird unter anderem auf den 2023 in Betrieb genommenen Solarpark Boitzenburger Land mit über 180 MW-Leistung und 321.000 Solarmodule hingewiesen. Rechnerisch kann dieser Park rund 285.000 Zwei-Personalhaushalte versorgen. Die Mainova hat eine Menschenrechtsbeauftragte, die das Risikomanagement überwacht mit dem Ziel, Menschenrechte und Umweltbelange in globalen Lieferketten zu schützen und zu verbessern. Der SAIDI-Wert – die durchschnittliche Unterbrechung des Stromnetzes - lag in 2022 bei der Mainova mit 9:13 Minuten deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 12:12 Minuten und zeigt die zuverlässige Stromversorgung der Mainova.

Seit dem Jahr 2010 erstellt die **FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES)** (seinerzeit als erstes Beteiligungsunternehmen der Stadt Frankfurt am Main) einen Nachhaltigkeitsbericht. Er erscheint alle zwei Jahre. Seit dem Jahr 2016 ist der Bericht ausschließlich online abrufbar unter <https://nhb.fes-frankfurt.de/>.

Das Nachhaltigkeitsmanagement des Unternehmens erstreckt sich über alle relevanten Bereiche, von Umweltschutz über Soziales bis hin zu wirtschaftlichen Aspekten. Als kommunales Unternehmen für Entsorgung und Sauberkeit trägt das Unternehmen zum Gemeinwohl der Stadt und damit auch zu ihrer zukünftigen Entwicklung bei. Seit dem Jahr 2014 ist Nachhaltigkeitsmanagement bei der FES organisatorisch verankert. Seit 2018 gibt es einen Nachhaltigkeitsbeauftragten, der alle Themen im Unternehmen zentral zusammenführt. Mit ihrer Mitgliedschaft im ÖKOPROFIT-Klub bekennt sich die FES zum nachhaltigen Wirtschaften. Jedes Jahr setzt sich das Unternehmen Ziele, um weitere Verbesserungen zu erreichen.

Die Schonung von Ressourcen, zeitgemäße Reinigung und Entsorgung in der Großstadt und die Erzeugung und Einsparung von Energie – das sind die großen Themen, die die Umweltorientierung bei der FES prägen. Mit

eigenen Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung reduziert die FES nicht nur CO₂-Emissionen. Das Unternehmen übernimmt auf diese Weise auch Verantwortung für den Energieverbrauch seiner Betriebe und Fahrzeuge. Einen großen Anteil der benötigten Energie stellt das Unternehmen selbst her. So verfolgt die FES-Gruppe das Ziel, den Energieverbrauch ihrer Betriebsstätten der Bilanz nach vollständig aus eigenen nachhaltigen Quellen zu decken. Die Eigenversorgungsquote bei Strom und Wärme erreichte im Jahr 2023 einen Wert von 222,7 %, 2022 waren es 206,4 %. Die Überdeckung entsteht unter anderem durch das Bioerdgas, das in der Bioabfallbehandlungsanlage der Rhein-Main Biokompost GmbH (RMB) erzeugt und in das lokale Versorgungsnetz eingespeist oder für den Betrieb von Blockheizkraftwerken genutzt wurde, die Strom und Wärme produzieren. Ein weiterer Baustein für die Erzeugung regenerativer Energie sind neun eigene Photovoltaikanlagen an unterschiedlichen Standorten sowie der Anteil am Solarpark der RMS in Dreieich.

Die Versorgung mit nachhaltiger Energie gehört zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Das moderne Müllheizkraftwerk in Frankfurt leistet hier einen wichtigen Beitrag für die Region. Hausmüll, der nicht anderweitig recycelt werden kann, wird durch das MHKW Frankfurt am Main zur nützlichen Ressource. So versorgt das gemeinsam mit dem Energieversorger Mainova betriebene moderne Kraftwerk die Nordweststadt, den Campus Westend, die Stadtteile Riedberg, Eschersheim und Bockenheim mit Strom und Fernwärme. Dabei entstehende Emissionen werden streng kontrolliert. Grenzwerte von Stickoxiden und anderen Schadstoff-Parametern werden nicht nur eingehalten, sondern regelmäßig deutlich unterschritten.

Neben der alltäglichen Aufgabe unterstützt das Unternehmen unterschiedliche Projekte, die sich mit den Themen der Nachhaltigkeit beschäftigen. Die FES engagiert sich auf vielfältige Weise für eine saubere Stadt. So motiviert und unterstützt das Unternehmen aktiv alle Bürger:innen, die über Patenschaften und Sammeltage ihrerseits etwas mehr tun wollen. Unter dem Motto #cleanffm startete die Stadt Frankfurt am Main 2017 eine breit angelegte Kampagne für mehr Sauberkeit. Die FES unterstützt die Aktionen aktiv als Kooperationspartner. Die Gesellschaft unterstützt mit ihrem Sponsoring langfristig zahlreiche Vereine und Initiativen in der Stadt Frankfurt am Main. Besonders im Fokus stehen dabei Nachhaltigkeit und sinnvolle Ideen für Kinder und Jugendliche. Als Leuchtturmprojekt im Bildungsbereich hat sich das Frankfurter Kooperationsprojekt „Schuljahr der Nachhaltigkeit“, das im Rahmen der Frankfurter Bewerbung zur „European Green Capital“ entwickelt wurde, etabliert. Die FES ist seit dem Start im Schuljahr 2012/13 Hauptsponsor und Partner des Projektes.

Bei der **Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH (SSF)** ist für beide Stadion-Standorte (PSD Bank Arena, Deutsche Bank Park) die Installation für Photovoltaik-Anlagen geprüft worden. Die Errichtung Photovoltaik-Anlage bei der PSD Bank Arena ist nahezu abgeschlossen. Die Anlage könnte nach ersten Schätzungen eine Leistung von rund 500 kW Peak erreichen. Mit einem Vertragspartner hat die SSF eine Vereinbarung geschlossen, wonach auf dem festen Dach des Stadions im Deutsche Bank Park eine Photovoltaikanlage errichtet werden wird. Die Umsetzung soll nach der UEFA Euro 2024 beginnen und wird voraussichtlich eine Leistung von 560 kW Peak erreichen können. Pro Jahr werden durch diese Anlage rund 510.000 kWh Ökostrom erzeugt. Damit könnte ein Großteil des täglichen Bedarfs (Grundlast) im Stadion abgedeckt werden. Als Ergebnis eines durchgeführten Lichtaudits sind im Deutsche Bank Park in den vergangenen Monaten 3.460 Leuchten von konventionellen Leuchtmitteln auf LED Technik umgerüstet worden. Die Energieeinsparungen aus dieser Umstellung werden auf ca. 365.474 kWh pro Jahr geschätzt.

Die **Messe Frankfurt GmbH** hat ihre vielfältigen Nachhaltigkeitsinitiativen konzeptionell im unternehmenseigenen Sustainability Board (SB) gebündelt. Auf Grundlage des intern entwickelten Sustainability Governance Codex (SGC) ist eine Zielarchitektur für Nachhaltigkeit erarbeitet worden. Dabei werden hinsichtlich der Nachhaltigkeitsdimensionen (ökologisch, sozial, ökonomisch) einerseits und für definierte Regionen der Unternehmensgruppe andererseits Ziele definiert, die mit entsprechenden Maßnahmen unterlegt werden. So ist bereits in der ökologischen Dimension das Ziel festgelegt worden, bis zum Jahr 2040 am Standort Frankfurt

klimaneutral zu agieren. Die Definition einer belastbaren Klimastrategie zur Reduktion der Treibhausgasemissionen erfordert valide Daten, die ab 2024 durch einen Geschäftspartner für Treibhausgasbilanzierung unterstützt wird. Ein Baustein zur Klimaneutralität liegt darin, dass die Messe Frankfurt seit 2024 ca. 30 % ihres Strombedarfs aus einem Solarpark bezieht, weitere 30 % sollen perspektivisch durch Windenergie abgedeckt werden. In 2023 hat die Messe Frankfurt das Audit für das international anerkannte Umweltmanagementsystem nach EMAS (Eco Management and Audit Scheme) erfolgreich absolviert. Die Urkunde über die erfolgreiche Validierung, die zugleich auch die Anforderungen der DIN EN ISO 14001 erfüllt, ist im November 2023 überreicht worden. Die Zertifizierung wird jährlich überprüft. Das EMAS-Zertifikat ist ein von der Europäischen Union entwickeltes Gütesiegel für nachhaltiges Umweltmanagement und legt das Augenmerk auf die kontinuierliche und eigeninitiierte Verbesserung der Umweltleistung im Hinblick auf Energie(verbrauch), Emissionen und Abfall, Material(verbrauch), Wasser(verbrauch), Flächenverbrauch und biologische Vielfalt. In 2022 ist erstmals ein ESG-Rating für die Messe Frankfurt Venue GmbH von EcoVadis durchgeführt worden, die Ergebnisse des überarbeiteten Ratings werden zur Jahresmitte 2024 erwartet. Das Ratingunternehmen EcoVadis setzt auf kontextspezifische Bewertungsstandards für die Teilbereiche Umwelt, Arbeits- und Menschenrechte, Ethik sowie nachhaltige Beschaffung. Auch die Teilnahme am UN Global Compact, einem weltweiten Netzwerk zwischen Unternehmen und der UN, um die Globalisierung sozialer und ökologischer zu gestalten, wird fortgeführt. Dabei greifen die genannten von der Messe Frankfurt aufgegriffenen Nachhaltigkeitswege wie Zahnräder ineinander, um die Nachhaltigkeitsperformance kontinuierlich zu verbessern. Für ihr Engagement auf dem Weg zu einem nachhaltigen Event-Business hat die Messe Frankfurt in 2023 den Excellence Award der AEO (Association of Event Organisers) in der Kategorie „Best Sustainability Initiative“ erhalten. Aufgrund der vielfältigen Nachhaltigkeitsinitiativen gehörte die Messe Frankfurt in 2023 auch zu den Nominierten für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis. In Vorbereitung auf die Verpflichtung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, der die Messe Frankfurt ab dem Jahr 2026 für das Geschäftsjahr 2025 unterliegt, hat das Unternehmen ab 2023 eine umfassende Wesentlichkeitsanalyse durchgeführt. Diese Analyse ist gleichermaßen verpflichtender Bestandteil wie auch Basis für die Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der europäischen Corporate Sustainability Reporting Directive und die sie ergänzenden European Sustainability Reporting Standards. Aus den Ergebnissen der Wesentlichkeitsanalyse resultieren die zu berichtenden Sachverhalte und Kennzahlen.

Für die **KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH** (KEG) ist nachhaltiges Handeln ein Grundprinzip der Geschäftspolitik. Die Konversion von vormals militärisch oder gewerblich genutzten Flächen und Baulichkeiten ist das vorrangige Geschäftsfeld der Gesellschaft. Hinzukommt die Konversion oder Instandsetzung und Modernisierung von nicht oder mindergenutzten Gebäuden sowie die Organisation von Zwischennutzungen für Wohnzwecke oder kulturelle Nutzungen. Die KEG verfolgt in ihren Projekten grundsätzlich einen ressourcenschonenden langfristig orientierten Ansatz. Neben der Wahrung der Ressourcen durch die Wiedernutzung alter Substanz setzt die KEG nachhaltige Energiekonzepte wie den Passivhausstandard bei allen Neubauten, Nahwärmenetze mit regenerativen Primärenergiequellen bei Quartiersentwicklungen und im Einzelfall sogar Energie-Plus-Häuser ein. Die Möglichkeiten nachhaltiger Mobilität wie Elektrofahrzeuge, car-sharing und Fahrradmobilität werden ebenfalls verfolgt.

CSRD-Berichtspflichten

Die Europäische Kommission hatte im April 2021 ihren Vorschlag für eine **Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)** veröffentlicht. Nach Verabschiedung durch das EU-Parlament soll die Richtlinie nun in nationales Recht umgesetzt werden. Die Umsetzung der CSRD-Berichtspflichten hat erstmalig im Jahr 2026 für das Jahr 2025 zu erfolgen.

Berichtspflichtig sind grundsätzlich große Kapitalgesellschaften, die am Bilanzstichtag mindestens zwei der drei Merkmale erfüllen: 250 Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt (unabhängig von einer Kapitalmarktorientierung)

und/oder Bilanzsumme von über 20 Mio.€ und/oder Umsatz von 40 Mio. €. Berichtspflichtig sind darüber hinaus alle börsennotierten Unternehmen (ausgenommen Kleinunternehmen). D.h. alle Unternehmen, deren Jahresabschlussaufstellung nach großen Kapitalgesellschaften erfolgt, sind berichtspflichtig ab dem Jahresabschluss 2025 (erstmalig in 2026). Für Gebietskörperschaften in Deutschland regeln die Gemeindeordnungen die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde (z. B. § 121 ff HGO). Danach darf eine Gemeinde eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen, wenn gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (§ 267 Abs. 3 HGB) aufgestellt und geprüft werden. Der staatliche Sektor in Deutschland (rd. 20.000 Unternehmen der öffentlichen Hand, davon rd. 90 % im kommunalen Besitz) ist hier also unmittelbar betroffen.

Der Vorschlag zur CSRD gibt vor, zu welchem Berichtsinhalten die (geplanten) European Sustainability Reporting Standards (ESRS) Vorgaben machen sollen:

1. Sechs Umweltziele der Europäischen Union

- Klimaschutz
- Anpassung an den Klimawandel
- Wasser- und Meeresressourcen
- Kreislaufwirtschaft
- Umweltverschmutzung
- Biologische Vielfalt und Ökosysteme

2. Angaben zu gesellschaftlichen Aspekten:

- Chancengleichheit für alle
- Arbeitsbedingungen
- Achtung der Menschenrechte, Grundfreiheiten, demokratischen Grundsätze und Internationale Standards

3. Angaben zu Governance-Aspekten:

- Rolle der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane des Unternehmens, auch in Bezug auf Nachhaltigkeitsbelange und ihre Zusammensetzung
- Unternehmensethik und Unternehmenskultur, einschließlich Korruptions- und Bestechungsbekämpfung
- Politisches Engagement des Unternehmens, einschließlich seiner Lobbying-Aktivitäten
- Management und Qualität der Beziehung zu Geschäftspartnern, einschließlich der Zahlungspraktiken
- Interne Kontroll- und Risikomanagementsysteme des Unternehmens, auch in Bezug auf den Berichterstattungsprozess des Unternehmens

Die geforderten Angaben sollen zukünftig im Lagebericht des Geschäftsberichts enthalten sein. Diese hohen Ansprüche sind nicht nur für große (börsennotierte) Unternehmen eine Herausforderung für das Rechnungswesen. Denn diese Themen waren in der Vergangenheit häufig nicht im Rechnungswesen angesiedelt. In der Fachliteratur wird häufig der Begriff der Zeitenwende verwendet, denn letztlich werden vom ESRS die Themen Umwelt, gesellschaftliche Aspekte und Governance-Aspekte nun auf Augenhöhe mit dem klassischen Finanzrechnungswesen gesetzt. Dies wird natürlich die kleinen und mittleren kommunalen Beteiligungsunternehmen noch viel stärker treffen. Es wird also darauf ankommen, bei der Umsetzung ins nationale Recht eine kluge Lösung auch für kleine und mittlere kommunale Beteiligungsunternehmen zu finden, damit der Public Sektor in Deutschland seine Vorbildfunktion auch in diesem Bereich erfüllen kann.

2.6 Compliance Bericht

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main hat in ihrer Sitzung am 02.02.2023 eine Neufassung der Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen“ (PCGK) beschlossen (§ 2836), die im Anschluss von den Gremien der Gesellschaften beschlossen wurde. Diese beinhaltet den neuen Teil C „Verhaltenskodex für städtische Beteiligungsunternehmen“, der unter 2 den Punkt Compliance-Management-System enthält. Bezugnehmend auf Punkt C.2 des PCGK hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main in ihrer Sitzung am 01.02.2024 (§ 4322) die „Compliance-Rahmen-Richtlinie für städtische Beteiligungsgesellschaften der Stadt Frankfurt am Main“ als Mindeststandard für die städtischen Beteiligungsgesellschaften (Mehrheitsbeteiligungen) beschlossen. Die Umsetzung erfolgt analog zur Umsetzung des Public Corporate Governance Kodexes der Stadt Frankfurt am Main. D. h. die städtischen Mehrheitsbeteiligungen wurden mit Gesellschafterbeschluss angewiesen die „Compliance-Rahmen-Richtlinie für städtische Beteiligungsgesellschaften der Stadt Frankfurt am Main“ als Mindeststandard anzuerkennen und umzusetzen. Die Geschäftsführungen der direkten Mehrheitsbeteiligungen, die selber über Beteiligungen verfügen, werden zudem angewiesen, die Geschäftsführungen der indirekten Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Frankfurt am Main durch Anweisung ebenfalls auf die Anerkennung und Umsetzung der Mindeststandards der „Compliance-Rahmen-Richtlinie für städtische Beteiligungsgesellschaften der Stadt Frankfurt am Main“ zu verpflichten. Eine Ausfertigung der „Compliance-Rahmen-Richtlinie für städtische Beteiligungsgesellschaften der Stadt Frankfurt am Main“, wurde dem Gesellschafterbeschluss beigelegt.

Die Compliance-Rahmen-Richtlinie steht auf der Internetseite der Stadtkämmerei – Beteiligungsmanagement – ([Publikationen | Stadt Frankfurt am Main](#)) zum Download als PDF-Datei zur Verfügung.

Sinn und Zweck der Compliance-Rahmenrichtlinie:

Die Aufgabenwahrnehmung im „Konzernverbund Stadt Frankfurt am Main“ erfolgt häufig über städtische Beteiligungsunternehmen, die, obwohl nicht Teil der Kernverwaltung, in der Öffentlichkeit als „verlängerter Arm“ der Stadt Frankfurt am Main wahrgenommen werden. Mit der für alle Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Frankfurt am Main als verbindlich geltenden Compliance-Rahmenrichtlinie werden Mindeststandards in Bezug auf ein Compliance Management System (CMS) festgeschrieben. Unter dem Begriff Compliance wird das Befolgen von Regeln jedweder Art verstanden, die der unternehmerischen Betätigung vorgegeben sind. Eine gelebte Compliance-Kultur schafft Transparenz und Vertrauen zwischen dem Unternehmen, den Mitarbeitenden und den Geschäftspartnern. Die Verantwortung für den Bereich Compliance einschließlich des zugehörigen Berichtswesens soll klar geregelt und bei der Geschäftsleitung angesiedelt werden.

Das rechtskonforme und verantwortungsbewusste Verhalten aller Mitarbeitenden und der Geschäftsleitung soll sichergestellt und die Integrität des Unternehmens durch gemeinsame Wertvorstellungen gestärkt werden.

Durch klare Verhaltensregeln soll den Mitarbeitenden zum persönlichen Schutz Rechtssicherheit für ihr Verhalten gegeben werden, insbesondere in Bezug auf Korruptionsprävention, Zuwendungen und Datensicherheit. So sollen Verfahrensabläufe in risikobehafteten Aufgabenfeldern bestimmten Regeln unterliegen, zum Beispiel dem Vieraugenprinzip, der Funktionsteilung, Rotationsregelungen etc. Die Dokumentation von und Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen trägt zur Transparenz und Kontrolle im Unternehmen bei. Gleichzeitig verdeutlichen sie möglichen Handlungsbedarf in Verfahrensabläufen. Auch die Aufsichtsräte von städtischen Beteiligungen sollten sich im Wege einer freiwilligen Selbstverpflichtung durch einen entsprechenden Gremienbeschluss ebenfalls den Verhaltensgrundsätzen – also den konkret ausgestalteten Compliance-Vorschriften – des städtischen Beteiligungsunternehmens unterwerfen. Ein Ansehensverlust des als „öffentlich“ wahrgenommenen Unternehmens, und damit auch der Stadt Frankfurt am Main, soll durch Minimieren von Fehlverhalten vermieden werden.

Ziel der Rahmenrichtlinie ist es, die Beteiligungen zur Einführung eines CMS zu verpflichten, alle Beteiligten für das Thema Compliance zu sensibilisieren, die Verantwortlichen zur Umsetzung im jeweiligen Unternehmen festzulegen und eine Berichtspflicht im Rahmen des Jahresabschlusses einzuführen sowie eine zusammengefasste Berichterstattung der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen des jährlichen Beteiligungsberichts zu etablieren. Nach aktueller Rechtsprechung haben gerade die Verantwortlichen in den kommunalen Beteiligungen durch geeignete Maßnahmen und Kontrollen Regelkonformität der Führungs- und Aufsichtsorgane sowie der Mitarbeitenden zu gewährleisten. Im Vergleich zum privatrechtlichen Bereich tragen die politisch Verantwortlichen im kommunalen Bereich sogar eine erhöhte beteiligungsbezogene Führungsverantwortung, die über die Pflicht zur gewissenhaften Ausübung der Beteiligungsrechte hinausgeht. Die Beteiligungen der Stadt Frankfurt am Main sind unterschiedlich groß und erfüllen sehr unterschiedliche Aufgaben. Ein einheitlicher Standard für ein Compliance Management System der städtischen Beteiligungsgesellschaften besteht aufgrund der Diversität der Unternehmen nicht. Die hier dargelegten Mindeststandards sollen insbesondere auch kleineren städtischen Beteiligungsunternehmen den Einstieg in das Compliance Management erleichtern, ohne möglicherweise bereits bestehende, dezidierte Regelungen – wie sie bei größeren Unternehmen wie z. B. der Mainova AG oder der Stadtwerke Frankfurt Holding GmbH existieren – zu ersetzen.

3. Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2023

Entsprechend der Vorgabe nach § 123 a HGO konzentriert sich der Beteiligungsbericht auf die 302 Beteiligungen (Vj. 231), an denen die Stadt Frankfurt am Main mit mindestens 20 % unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist (analog § 271 HGB). Alle anderen 378 (Vj. 371) direkten und indirekten Beteiligungen unter 20 % werden zusammengefasst in der Tabelle sowie im Gesamtstrukturbericht (Anlage Gesellschaftenverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Hauptteil oder Nebenteil) aufgeführt.

Die Anzahl der darin enthaltenen direkten Beteiligungen unter 20 % beträgt hierbei zwölf (Vj. zwölf) und enthält acht Gesellschaften sowie vier Genossenschaften. Diese Unternehmen werden auch weiterhin in Einzeldarstellungen erläutert, finden sich aber im Nebenteil zum Beteiligungsbericht wieder. Die Zahl aller Beteiligungen der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2023 beträgt insgesamt 680 (Vj. 602).

Anzahl der Beteiligungen ab 20 %

Zur Ermittlung der Anzahl der Beteiligungen wird die Tatsache berücksichtigt, dass aufgrund der komplexen Struktur des städtischen Beteiligungsportfolios eine Reihe von Gesellschaften mehrere Mütter haben. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden daher Gesellschaften mit Mehrfachbeziehungen der obersten Ebene zugeordnet. So ist z. B. die Stadt Frankfurt am Main an der WOHNHEIM GmbH und der Frankfurter Aufbau-AG (FAAG) sowohl direkt mit geringen Anteilen als auch indirekt über die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) mit höheren Anteilen beteiligt. Aufgrund der direkten Anteile der Stadt Frankfurt am Main werden diese Gesellschaften unter den direkten Minderheitsbeteiligungen ausgewiesen.

Zum 31.12.2023 war die Stadt Frankfurt am Main an 302 Gesellschaften direkt oder indirekt mit einem Anteil von mindestens 20 % beteiligt (Vj. 231). Im Jahr 2023 ergaben 74 Zugänge und drei Abgänge die Zunahme von 71 Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr. Im Einzelnen sind diese Gesellschaften aus der Tabelle am Ende dieses Abschnitts namentlich ablesbar.

Anzahl der Beteiligungen >= 20 %	2023		2022	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Direkte Beteiligungen >= 20 %	43	14,2%	43	18,6%
Direkte Mehrheitsbeteiligungen*	25	8,3%	24	10,4%
Direkte Minderheitsbeteiligungen**	18	6,0%	19	8,2%
Indirekte Beteiligungen >= 20 %	259	85,8%	188	81,4%
Beteiligungen 2. Grades	43	14,2%	43	18,6%
Beteiligungen 3. Grades	99	32,8%	96	41,6%
Beteiligungen 4. Grades	37	12,3%	34	14,7%
Beteiligungen ab 5. Grades	80	26,5%	15	6,5%
Beteiligungen mit einem Anteil von mindestens 20 % nach § 123 a HGO	302	100,0%	231	100,0%
<i>Andere Beteiligungen < 20 %</i>	<i>378</i>		<i>371</i>	
<i>davon direkt***</i>	<i>12</i>		<i>12</i>	
<i>Beteiligungen gesamt</i>	<i>680</i>		<i>602</i>	

* Anzahl inklusive sechs Eigenbetriebe, ** Anzahl inklusive einer Genossenschaft, *** Anzahl inklusive vier Genossenschaften

Von den 302 Gesellschaften entfallen mit unverändert 43 Gesellschaften 14,2 % (Vj. 18,6 %) auf die direkten Beteiligungen; hiervon sind 25 Gesellschaften (Vj. 24) direkte Mehrheitsbeteiligungen, d. h. Gesellschaften, an denen die Stadt Frankfurt am Main Anteile am Stammkapital von über 50 % hält. Der Anteil der Stadt Frankfurt am Main an der Rebstock Projektgesellschaft GmbH (RPG) hat sich im Geschäftsjahr 2023 aufgrund der Anteilsübertragung der anderen Mitgesellschafter von 50 % auf 100 % erhöht. Somit ist die Anzahl der direkten Beteiligungen um eine Gesellschaft gestiegen. Die Anzahl der direkten Mehrheitsbeteiligungen beinhaltet auch die sechs Eigenbetriebe. Unter den 18 (Vj. 19) Minderheitsbeteiligungen werden auch drei Gesellschaften (KEG Konversions-Grundstücksentwicklungs-gesellschaft mbH, Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH und Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH) mit einem Stammkapitalanteil von genau 50,0 % ausgewiesen. Im Vorjahresausweis war hier noch die RPG enthalten. Zudem werden unter den 18 direkten Minderheitsbeteiligungen weitere vier Gesellschaften (WOHNHEIM GmbH, FAAG, Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG und Klinikum Frankfurt Höchst GmbH) mit einem Stammkapitalanteil von unter 20 % ausgewiesen, bei denen aber die Gesamtquote aufgrund weiterer indirekter Anteile größer/gleich 20 % beträgt.

Die Zahl der indirekten Beteiligungen ab 20 % beträgt 259 (Vj. 188). Zu diesem Anstieg trägt der Erwerb der Solea GmbH durch die Mainova-Tochter Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG und die durch die Solea GmbH gegründeten Projektgesellschaften bei. Die Anzahl der Beteiligungen zweiten Grades (Enkelgesellschaften) beträgt 43 (Vj. 43); die Beteiligungen dritten Grades (Urenkelgesellschaften) summieren sich auf 99 (Vj. 96). Daneben bestehen 37 (Vj. 34) Beteiligungen vierten Grades und 80 (Vj. 15) Beteiligungen mit einem Grad größer gleich fünf.

Struktur nach Bereichen

Aufgrund der Konzernstrukturen besteht mehr als die Hälfte (66,2 %; Vj. 56,7 %) der Beteiligungen (200; Vj. 131) ab einem Anteil von 20 % in den Bereichen Verkehr, Ver- und Entsorgung, gefolgt von 47 (Vj. 46) Beteiligungen (15,6 %) im Bereich Wirtschaft und Stadtentwicklung sowie von 26 (Vj. 26) Beteiligungen (8,6 %) im Wohnungsbau. Für die Bereiche Gesundheit und Soziales mit 16 (Vj. 15) Beteiligungen sowie Kultur, Freizeit und Bildung mit 13 (Vj. 13) Beteiligungen ergeben sich Anteile von 5,3 % bzw. 4,3 %.

Wesentliche Portfolioveränderungen 2023

In der Tabelle am Ende dieses Abschnitts sind alle Zu- und Abgänge der Beteiligungen ab 20 % aufgeführt. Nachfolgend werden zunächst die dort ausgewiesenen wesentlichen Zugänge, im Weiteren dann die Abgänge erläutert; die Tabelle verweist darüber hinaus auf die Fundstellen im Beteiligungsbericht, an denen hierzu jeweils weitere Informationen zu finden sind.

Portfolioveränderungen – Zugänge:

Die Mainova AG hat sich in 2023 indirekt an der Solea AG (inzwischen umfirmiert in eine GmbH) mit ihren diversen Solarpark-Projektgesellschaften beteiligt. Die von der Solea gegründeten 63 Projektgesellschaften dienen der Planung und Errichtung von Solarparks. Nach der erfolgreichen Projektierung werden diese Gesellschaften veräußert. Bezüglich der im Teilkonzern der **Solea GmbH** enthaltenen **Projektgesellschaften** wird auf die in der **Anlage 6.19.13.5** enthaltene Tabelle im Nebenteil des Beteiligungsberichtes verwiesen.

Die **Solea Montage GmbH** wurde in 2023 von der Solea GmbH gegründet, mit dem Ziel Montageleistungen zu erbringen. Der Plan wurde allerdings von Solea verworfen, bevor es zu operativem Geschäft kam. Seit Ende 2023 befindet sich die Gesellschaft in Liquidation. Der Unternehmensgegenstand der **Solea Service GmbH** ist im Wesentlichen die Wartung, der Service und die Installation von elektrischen Anlagen. Die **Solea Solarpark Holding GmbH** funktioniert als Komplementärin für die von der Solea gegründeten Projektgesellschaften, welche der Planung und Errichtung von Solarparks dienen. Der Unternehmensgegenstand der **Solea Pinpoint Energy GmbH** ist im Wesentlichen das Halten der Beteiligung an der Pinpoint Energy K1 Private Limited.

Im Konzern ENERENT wurde die **ENERENT Service GmbH** für das Anbieten von Dienstleistungen im direkten Zusammenhang mit den originären Geschäftszwecken der Hotmobil Deutschland GmbH und mobiheat GmbH gegründet.

Die **Mainova Datacenter Holding GmbH** wurde in 2023 von der Mainova AG als Alleingesellschafterin erworben. Sie fungiert als Holdinggesellschaft für die Mainova WebHouse GmbH. Im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Rechenzentrums wurde die **MWH01 GmbH & Co. KG** gegründet. Die Komplementärin ist die Mainova WebHouse Management GmbH und alleinige Kommanditistin ist die Mainova WebHouse GmbH.

Die Messe Frankfurt Inc. Atlanta hat 35 % der Anteile an der Gesellschaft **Kingpins LLC, Atlanta/ USA** erworben, die Premium-Veranstaltungen für die Denim-Vorstufe in Amsterdam und New York organisiert.

Der Klinikverbund Frankfurt Main-Taunus (KFMT) hat über die Tochter KdMTK GmbH zum 01.01.2023 die **Hospiz Lebensbrücke gGmbH** übernommen. Das Hospiz ergänzt das Spektrum der KFMT als Anbieter möglichst umfassender Leistungen im Gesundheitswesen. Das Hospiz wurde vorher privat betrieben.

Im Rahmen der Ausschreibung für das Centermanagement an den Flughäfen Washington Dulles International Airport (IAD) und Ronald Reagan Washington National Airport (DCA) hat die Fraport USA im Juli 2023 die Gesellschaft **Fraport Washington LLC** gegründet.

Portfolioveränderungen – Abgänge:

Die Gesellschaft **Messe Frankfurt Traders-Link (Beijing) Co., Ltd., Beijing** wurde im September 2023 liquidiert. Die Gesellschaften **Airmall Boston Inc.** und **Fraport Pittsburgh Inc.** wurden geschlossen und mit der Airmall Inc. fusioniert.

Zugänge Beteiligungen >=20 % Anteilsbeteiligung in 2023	Beitrag in V. Nebenteil	Abgänge/Verschmelzungen Beteiligungen >= 20 % in 2023
ENERENT Service GmbH	6.6.2	Airmall Boston Inc.
Mainova Datacenter Holding GmbH	6.18	Fraport Pittsburgh Inc.
MWH01 GmbH & Co. KG	6.22.1.1	Messe Frankfurt Traders-Link (Beijing) Co., Ltd., Beijing
Kingpins LLC, Georgia/ USA	2.1.6.2.1	
Hospiz Lebensbrücke gGmbH	n.v.	
Fraport Washington LLC	5.26.1.6	
Solea GmbH	6.19.13	
Solea Montage GmbH i. L	6.19.13.1	
Solea Service GmbH	6.19.13.3	
Solea Solarpark Holding GmbH	6.19.13.4	
Solea Pinpoint Energy GmbH	6.19.13.2	
Weitere 63 Projektgesellschaften der Solea GmbH	6.19.13.5	

Sonstige Portfolioveränderungen:

Die Messe Frankfurt hat in 2023 ihr Portfolio in den USA. über ihre Konzerngesellschaft Messe Frankfurt Inc., Atlanta gestärkt. So hat die US-amerikanische Tochtergesellschaft ihre Anteile von 50 % an der **PAACE Automechanika Mexico LLC, Atlanta/ USA** im Rahmen einer Umstrukturierung um weitere 25 % auf 75 % aufgestockt.

Die Mainova AG hat weitere Beteiligungen im Bereich Erneuerbare Energien unter die Zwischenholding Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG gehängt und somit gebündelt. Einzig der Windpark Hohenlohe wurde bisher nicht umgehängt. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH hat ihren 10 %-Anteil der **Hanau Netz GmbH** veräußert.

Portfolioveränderungen: Ausblick

Die Stadt Frankfurt beabsichtigt sich im Jahr 2024 an der **Gigabitregion FrankfurtRheinMain GmbH** zu beteiligen. Dabei sollen zum 23.04.2024 Geschäftsanteile i. H. v. 3.900 € erworben werden, was zu einer prozentualen Beteiligung von 7,7% führt.

Die amerikanische Messe Frankfurt Inc., Atlanta/ USA beabsichtigt im Jahr 2024 ihre bestehende Beteiligung an der **PE Events LLC, Atlanta/ USA**, die im Bereich der Nahrungsmittelverarbeitung aktiv ist, von aktuell 50 % um zusätzliche 20 % auszubauen. In einem weiteren Schritt sollen dann in 2025 an dieser Gesellschaft weitere 15 % der Anteile erworben werden auf dann insgesamt 85 % der Anteile.

Die Gesellschaften **MWH02 GmbH & Co. KG**, **MWH03 GmbH & Co. KG** sowie **MWH04 GmbH & Co. KG** wurden im Februar 2024 gegründet. Komplementärin ist jeweils die Mainova WebHouse Management GmbH und alleinige Kommanditistin ist die Mainova WebHouse GmbH. Gegenstand der Unternehmen ist Erwerb, Planung, Bau, Ausbau und Betrieb von Rechenzentren und Rechenzentrumsgebäuden bei Bereitstellung von elektrischer Energie, Kühlleistung, Sicherheit und weiterer Leistungen sowie Erwerb und Erschließung von Grundstücken zu diesem Zweck.

Im Juni 2024 wurde der Kaufvertrag über den Verkauf von 50,1 % der Anteile an der **Mainova WebHouse GmbH** an einen Fonds, der von BlackRocks Diversified Infrastructure Team verwaltet wird, unterzeichnet. Mainova WebHouse, eine Tochtergesellschaft des Mainova-Konzerns, ist ein digitales Infrastrukturunternehmen, das sich auf die Entwicklung, den Bau und den Betrieb von Rechenzentren konzentriert.

Die Mainova AG hat zudem in 2024 ihre **WebHouse Beteiligung** umstrukturiert und erweitert, indem sie den Messdienstleister Metera Messdienste GmbH & Co. KG sowie deren Komplementärin Völker Verwaltungs-GmbH erworben hat.

4. Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe

Die nachfolgenden Darstellungen geben einen kurzen Einblick in die Ertrags- sowie die Vermögens- und Finanzlage der wesentlichen (bemessen an Anteil, Bilanz- und GuV-Werten) städtischen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe.

Von 24 direkten Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben der Stadt Frankfurt am Main werden 20 (darunter fünf aktive Eigenbetriebe) sowie 17 weitere Gesellschaften mit ihren Kennzahlen in den folgenden Tabellen 1 bis 4 berücksichtigt. Der Eigenbetrieb Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst sowie die BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, die Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH und die MuseumsBausteine Frankfurt GmbH finden aufgrund des Wesentlichkeitsprinzips keine Berücksichtigung.

Neben den direkten Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben werden die Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, die Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH (SBEV), die Wohnheim GmbH, Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) und die Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG (mit geringeren direkten, aber höheren indirekten Anteilen) sowie zwölf wesentliche mittelbare Mehrheitsgesellschaften in die Betrachtungen mit aufgenommen.

Um die gesamte Breite des Betätigungsfelds der in städtischem Besitz stehenden Gesellschaften möglichst adäquat darstellen zu können, wurden bei der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (Wohnungsbau), der Messe Frankfurt GmbH (Wirtschaft), der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (Entsorgung) und der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (Verkehr, Versorgung) zusätzlich zu den Einzelabschlüssen der Gesellschaften die jeweiligen Konzernabschlüsse abgebildet. Für die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (Kultur) enthalten die Übersichten die Abschlussdaten des abweichenden Geschäftsjahres vom 01.09.2022 bis zum 31.08.2023 (Vj. 01.09.2021 bis zum 31.08.2022). Für die übrigen aufgeführten Beteiligungen gilt Geschäftsjahr gleich Kalenderjahr. Die Bilanzkennzahlen stellen Stichtagswerte zum 31.12. (bzw. 31.08. Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH) dar, während sich die Kennzahlen der GuV auf den Zeitraum eines Geschäftsjahres beziehen.

Die hier dargestellten Kennzahlen 2023 für die Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) beziehen sich auf die Entwurfsfassung des Jahresabschlusses 2023.

Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich lagen bis zum Redaktionsschluss keine testierten Jahresabschlüsse vor. Demnach können für diese Gesellschaften auch keine Kennzahlen aus dem Geschäftsjahr 2023 dargestellt werden. In den folgenden Tabellen muss dies bei der Summenbildung für den Bereich und insgesamt sowie auch für die Grafiken berücksichtigt werden. Bei der Betrachtung der in der Tabelle ausgewiesenen Summen ist zudem zu berücksichtigen, dass keine Konsolidierung (Aufrechnung konzerninterner Vorgänge) berücksichtigt ist. Dies wird durch den Zusatz „nicht konsolidiert“ gekennzeichnet.

Eine Erläuterung zur Berechnung der Kennzahlen findet sich am Ende des Beteiligungsberichts.

Erläuterungen zu Tabelle 1

(Gesamtleistung und Jahresergebnis)

Tabelle 1 sowie die Abbildungen 1.1. und 1.2 geben einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtleistung und der Jahresergebnisse der einzelnen Gesellschaften zusammengefasst nach Unternehmensbereichen. Die Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main erbringen ihre Leistungen auf vielen verschiedenen Gebieten. So resultiert die Leistung der Gesellschaften des Kulturbereichs unter anderem aus verkauften Eintrittskarten, die des Krankenhauses überwiegend aus Erstattungen der Krankenkassen, während die Wohnungsunternehmen ihre Gesamtleistung zu einem großen Teil aus Mieteinnahmen erzielen.

Die Zahlen der Unternehmen im Kultur- und Sozialbereich zeigen, dass die monetäre Bewertung der Leistungen oft in keiner angemessenen Relation zu den tatsächlich anfallenden Kosten steht. Dem gegenüber steht jedoch der tatsächliche gesellschaftliche Nutzen der betreffenden Betriebe für die Stadt Frankfurt am Main und die Region. Gleiches gilt für die im Wirtschaftssektor angesiedelten Unternehmen zur Förderung des Tourismus und zur Stärkung der Wirtschaftskraft sowie für den öffentlichen Nahverkehr.

Einige der in der Tabelle 1 aufgeführten Gesellschaften schließen das Geschäftsjahr scheinbar „erfolglos“ ab, was in einem Jahresergebnis von Null zum Ausdruck kommt. Diese Gesellschaften hätten im Jahr 2023 Jahresüberschüsse (AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH, Frankfurter Aufbau AG (FAAG), Mainova AG, Messe Frankfurt Exhibition GmbH) oder Jahresfehlbeträge (BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Messe Frankfurt Venue GmbH, SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH, Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH (VGF)) erwirtschaftet, die im Rahmen von Ergebnisabführungsverträgen an die jeweilige Muttergesellschaft überwiesen oder von dieser durch Verlustübernahme ausgeglichen wurden. Bei der VGF, der Mainova AG, der AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH und der BäderBetriebe Frankfurt GmbH handelt es sich um Gesellschaften, die unter dem Dach der Stadtwerke Holding einen steuerlichen Querverbund bilden.

Beim Vergleich der Jahresergebnisse der Kulturgesellschaften Alte Oper und Städtischen Bühnen (SBF) ist zu berücksichtigen, dass die SBF über eigenes und gestelltes Personal verfügt, während die Alte Oper über kein eigenes Ensemble verfügt. Der größte Verlustbringer der hier dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe ist der Eigenbetrieb Kita Frankfurt mit einem Jahresergebnis von -160,86 Mio. € (Vj. -142,44 Mio. €). Der Eigenbetrieb ist damit auch der größte Zuschussempfänger der Stadt Frankfurt am Main. Zu den Aufgaben des Eigenbetriebs gehören die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ab acht Wochen bis zehn bzw. zwölf Jahren in Kindertageseinrichtungen. Aufgrund des sehr personalintensiven Betriebs sind die Personalaufwendungen von 163,01 Mio. € (Vj. 152,76 Mio. €) der größte Kostenfaktor.

Die VGF erzielt den zweithöchsten Jahresfehlbetrag im Vergleich mit den in der Tabelle 1 aufgeführten Beteiligungen. Die Verkehrsgesellschaft schließt ihr Geschäftsjahr grundsätzlich mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme ab. Im Jahr 2023 wurde ein Ergebnis vor Verlustübernahme (nicht in Tabelle 1 abgebildet) von -121,40 Mio. € (Vj. -132,32 Mio. €) erreicht. Dem folgen die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH mit einem Jahresergebnis von -100,35 Mio. € (Vj. -91,29 Mio. €) sowie die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (SBF) mit einem Jahresergebnis von -66,63 Mio. € (Vj. -81,86 Mio. €).

Zu den größten Gewinnbringern zählen die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH mit einem Jahresüberschuss von 64,62 Mio. € (Vj. 68,07 Mio. €) und die Mainova AG mit einem Ergebnis vor Gewinnabführung (nicht in Tabelle 1 abgebildet) von 53,34 Mio. € (Vj. 43,35 Mio. €) sowie die Frankfurter Aufbau AG (FAAG) mit einem Ergebnis vor Gewinnabführung (nicht in Tabelle 1 abgebildet) von 41,80 Mio. € (Vj. 39,21 Mio. €).

	Gesamtleistung (in T€)			Jahresergebnis (in T€)		
	2023	2022	Veränderung (in %)	2023	2022	Veränderung (in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	16.612	13.853	19,91	-83	-312	-73,42
Dom Römer	1.507	1.178	27,90	-1.450	-1.513	-4,17
Hafen und Markt (EB)	4.946	4.932	0,27	2.013	16.362	-87,69
HFM	24.202	23.367	3,57	4.965	4.954	0,24
Messe Frankfurt	54.180	51.748	4,70	-19.542	-7.951	145,78
Messe Frankfurt Exhibition	179.112	132.434	35,25	0	0	-
Messe Frankfurt Venue	162.848	177.256	-8,13	0	0	-
TCF	6.819	5.890	15,76	-8.944	-5.057	76,86
WIFÖ	2.356	3.331	-29,28	-6.076	-6.190	-1,84
Gesamt (nicht konsolidiert)	452.581	413.990	9,32	-29.116	292	-10.055,04
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	6.388	17.670	-63,85	0	0	-
BäderBetriebe	9.922	9.424	5,29	0	0	-
FES	256.529	252.032	1,78	27.452	27.434	0,07
ICB	29.912	28.653	4,40	1.964	1.404	39,94
Mainova	5.690.553	4.491.364	26,70	0	0	-
SBEV	20.977	34.147	-38,57	1	1	0,00
Stadtentwässerung (EB)	144.498	138.268	4,51	3.778	8.482	-55,46
SWFH	17.237	14.802	16,45	-100.350	-91.291	9,92
traffiQ	662	508	30,19	-12.186	-11.206	8,74
VGF	204.695	164.306	24,58	0	0	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	6.381.373	5.151.174	23,88	-79.339	-65.177	21,73
Wohnungsbau						
ABG	295.703	283.012	4,48	64.619	68.070	-5,07
Bäderbau KG	0	0	-	-130	-126	2,98
FAAG	108.445	104.649	3,63	0	0	-
Hellerhof	53.549	48.237	11,01	11.860	8.513	39,33
MIBA U	15.104	14.325	5,43	3.706	3.488	6,25
SAALBAU	8.697	8.466	2,73	0	0	-
WOHNHEIM	120.968	114.537	5,61	5.156	776	564,71
Gesamt (nicht konsolidiert)	602.466	573.226	5,10	85.212	80.721	5,56
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	13.778	10.803	27,54	-8.605	-7.362	16,88
Kita (EB)	66.379	64.867	2,33	-160.855	-142.443	12,93
Mousonturm	6.363	5.056	25,85	-4.103	-4.138	-0,85
SBF	12.617	7.666	64,59	-66.627	-81.864	-18,61
Schirn Kunsthalle	5.803	3.067	89,19	-4.159	-5.450	-23,70
Sportpark Stadion	13.851	10.460	32,42	-2.352	878	-367,95
VHS (EB)	9.231	7.631	20,96	-11.343	-12.516	-9,37
Gesamt (nicht konsolidiert)	128.022	109.550	16,86	-258.043	-252.896	2,04
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	9.909	9.046	9,53	-15.751	-16.165	-2,56
Klinikum FH	-	212.727	-100,00	-	-9.702	-100,00
Medizinisches Versorgungszentrum	-	2.013	-100,00	-	-762	-100,00
ZEG	-	2.400	-100,00	-	8	-100,00
Gesamt (nicht konsolidiert)	9.909	226.187	-95,62	-15.751	-26.620	-40,83
Summe dargestellter Beteiligungen	7.574.350	6.474.126	16,99	-297.037	-263.678	12,65

Tabelle 1: Gesamtleistung/Jahresergebnis

Anmerkung: Bei dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung werden die Zahlen aus dem Jahresabschlussentwurf 2023 angesetzt. Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) lagen für das Berichtsjahr 2023 bis zum Redaktionsschluss keine testierten Abschlüsse vor.

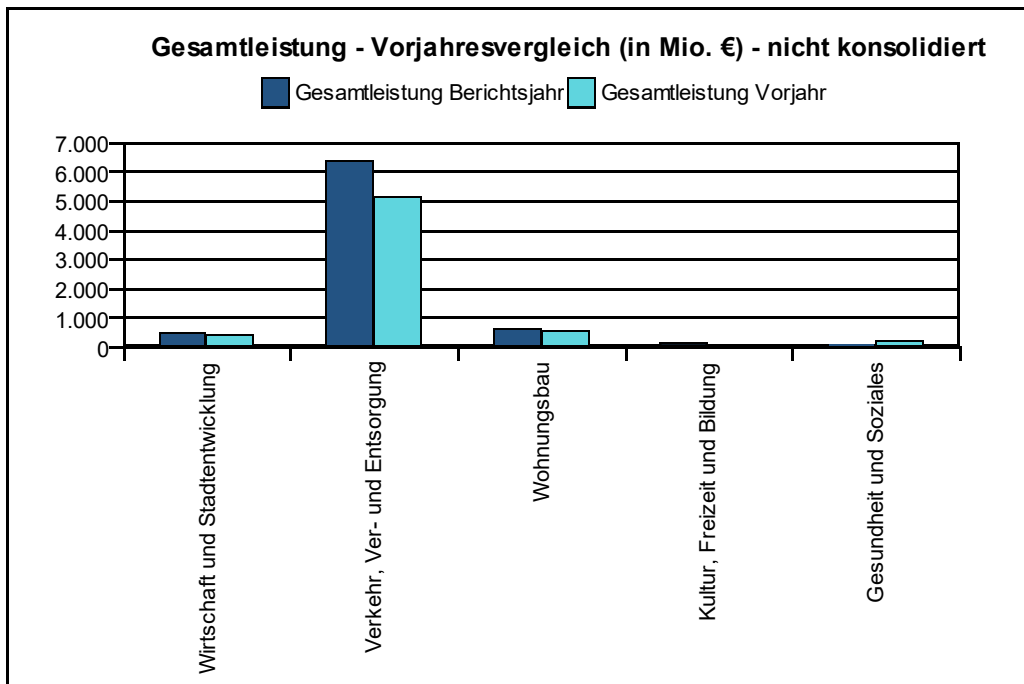


Abb. 1.1 Anmerkung: Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) enthält die Grafik für das Berichtsjahr 2022 keine Werte. Der Vergleich für den Bereich Gesundheit und Soziales ist somit verzerrt.

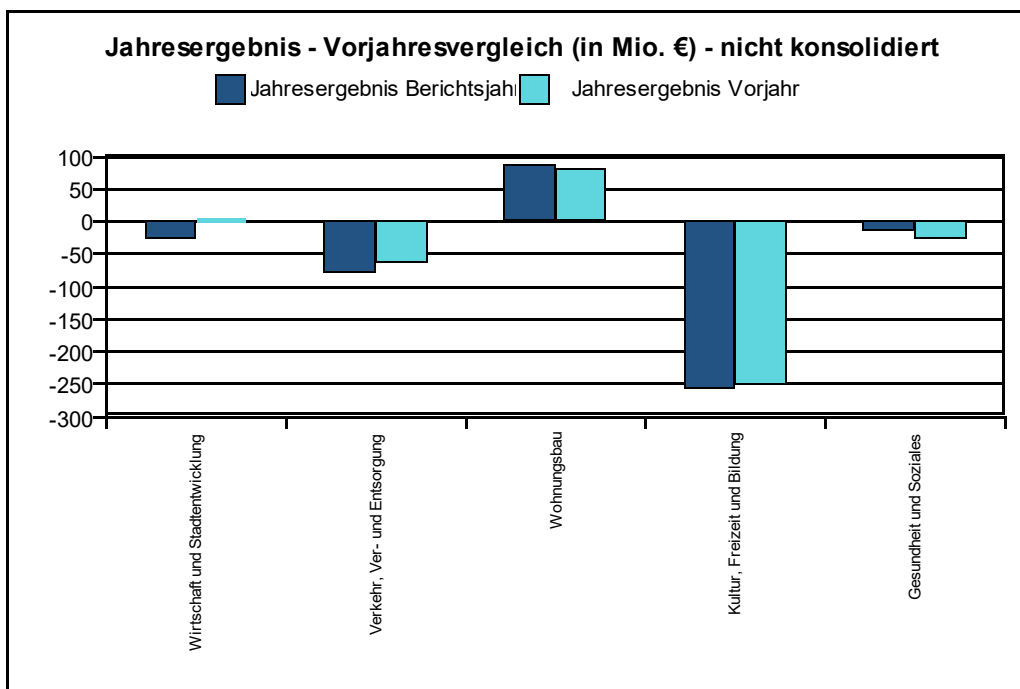


Abb. 1.2 Anmerkung: Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) enthält die Grafik für das Berichtsjahr 2022 keine Werte. Der Vergleich für den Bereich Gesundheit und Soziales ist somit verzerrt.

Erläuterungen zu den Tabellen 2 und 3

(Anlagevermögen, Bilanzsumme, Eigenkapital, Zahl der Mitarbeitenden)

Die Tabellen 2 und 3 sowie die Abbildung 2.1 fassen Daten zu Anlagevermögen, Bilanzsumme, Eigenkapital und Mitarbeitenden der Beteiligungen zusammen, teilweise ergänzt durch die Bildung von Kennzahlen: Eigenkapitalquote, Anlagenintensität und Produktivität. Zur Bewertung der Eigenkapitalquote der Gesellschaften wird häufig auf einen in anderen Wirtschaftsbereichen als ausreichend angesehenen Wert (z. B. mehr als 30,0 % der Bilanzsumme) verwiesen. Dabei ist jedoch einerseits zu beachten, dass diese Vergleichswerte sehr von der jeweiligen Branche geprägt sind und dass andererseits viele Unternehmen der öffentlichen Hand aufgrund ihres Gesellschaftszweckes durch Zuschüsse finanziert werden und sich somit nicht über den Kapitalmarkt refinanzieren müssen. Die größte Eigenkapitalquote mit 79,3 % besitzen die Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb). Die Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH - WIFÖ - (EK-Quote 78,8 %), die HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung (EK-Quote 76,4 %), die MIBAU GmbH (EK-Quote 73,5 %) und die Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG - BKRZ KG - (EK-Quote 72,7 %) folgen mit ebenfalls hohen Werten.

Wie im Vorjahr weist die Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH in der Bilanz einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ von 110 T€ (Vj. 134 T€) aus. Hierdurch wird kein negatives Eigenkapital auf der Passivseite ausgewiesen, sondern das Eigenkapital beträgt Null. Mittelfristig ist hier ein Ausgleich beim Eigenkapital anteilig über die Zuschussentwicklung und Reduzierungen beim Fehlbetrag angestrebt. Die Dom Römer GmbH weist ebenfalls ein Eigenkapital von Null und einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 2,05 Mio. € (Vj. 3,68 Mio. €) aus. Zum Ausgleich sind zukünftig weitere Einzahlungen in die Kapitalrücklage beabsichtigt. Die Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG hat ebenfalls ein Eigenkapital von Null und einen nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteil der Kommanditisten von 701 T€ (Vj. 571 T€). Den größten Wert beim Eigenkapital weist die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) mit 1,18 Mrd. € (Vj. 1,12 Mrd. €) aus.

Neben der ABG weisen auch die Mainova AG und die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) ein Anlagevermögen um die 2 Mrd. € aus.

Die ABG, die Mainova und die SWFH haben eine Bilanzsumme von über 2 Mrd. € und die Messe Frankfurt GmbH und die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) von über 1 Mrd. €.

Die größte Anlagenintensität (Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme) mit über 90 % errechnet sich bei folgenden Unternehmen: Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG, Messe Frankfurt Venue GmbH, Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH sowie Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb).

Die Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH (SBEV) verfügt über kein Anlagevermögen. Demnach kann in Tabelle 3 für die SBEV auch keine Anlagenintensität ausgewiesen werden. Da die SBEV im Auftrag der VGF tätig wird und kein dauerhaftes Eigentum erwirbt, erfolgt der Ausweis der während der Projektlaufzeit angefallenen Herstellungskosten aus den Projekten Stadtbahn Europaviertel und Verlängerung U5 zum Areal Römerhof unter den Vorräten - unfertigen Leistungen der SBEV. Die sehr hohe Produktivität (Quotient aus Gesamtleistung und Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt) der SBEV von 2,33 Mio. € in Tabelle 3 ergibt sich zwar rechnerisch, hat aber aufgrund des speziellen Geschäftsmodells keinen logischen Aussagewert.

Jeweils weit über 2.000 Mitarbeitende (im Jahresdurchschnitt) sind bei der Kita Frankfurt (Eigenbetrieb), der Mainova AG, der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) sowie dem Klinikum Frankfurt Höchst GmbH (gestellte und GmbH-eigene Mitarbeitende – aktuelle Anzahl für 2023 liegt noch nicht vor) beschäftigt. Mit durchschnittlich jeweils über 1.000 (aber unter 2.000) Mitarbeitenden folgen die FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (SBF) (gestellte und GmbH-eigene Mitarbeitende).

	Anlagevermögen (in T€)			Eigenkapital (in T€)		
	2023	2022	Veränderung (in %)	2023	2022	Veränderung (in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	134.536	134.219	0,24	102.829	102.993	-0,16
Dom Römer	11.352	11.798	-3,78	0	0	-
Hafen und Markt (EB)	29.846	29.924	-0,26	51.684	50.737	1,87
HFM	2.486	2.388	4,07	8.191	8.179	0,14
Messe Frankfurt	566.075	598.034	-5,34	497.650	517.192	-3,78
Messe Frankfurt Exhibition	139.752	131.623	6,18	46.637	46.637	0,00
Messe Frankfurt Venue	748.653	770.714	-2,86	402.862	402.862	0,00
TCF	420	331	26,71	4.821	1.984	142,95
WIFÖ	113	150	-24,83	4.401	3.055	44,08
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.633.232	1.679.181	-2,74	1.119.075	1.133.639	-1,28
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	4.567	6.052	-24,54	403	403	0,00
BäderBetriebe	63.069	57.336	10,00	37.710	37.710	0,00
FES	67.126	65.449	2,56	56.822	56.804	0,03
ICB	31.759	35.296	-10,02	8.678	6.714	29,26
Mainova	1.937.178	1.565.467	23,74	356.679	356.679	0,00
SBEV	-	-	-	36	35	3,57
Stadtentwässerung (EB)	711.160	704.915	0,89	179.996	180.442	-0,25
SWFH	1.795.340	1.355.574	32,44	356.967	360.534	-0,99
traffiQ	842	762	10,41	1.740	220	692,39
VGf	995.454	953.774	4,37	35.840	35.840	0,00
Gesamt (nicht konsolidiert)	5.606.493	4.744.626	18,17	1.034.871	1.035.380	-0,05
Wohnungsbau						
ABG	2.037.644	1.965.144	3,69	1.180.176	1.123.873	5,01
Bäderbau KG	43.091	25.806	66,98	0	0	-
FAAG	500.452	474.971	5,36	105.545	105.545	0,00
Hellerhof	124.098	128.518	-3,44	99.166	87.305	13,58
MIBAU	15.592	16.172	-3,59	31.248	27.542	13,46
SAALBAU	2	4	-42,71	25	25	0,00
WOHNHEIM	374.810	380.895	-1,60	141.150	135.994	3,79
Gesamt (nicht konsolidiert)	3.095.689	2.991.509	3,48	1.557.310	1.480.285	5,20
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	1.800	1.918	-6,15	901	2.355	-61,76
Kita (EB)	165.463	162.509	1,82	61.120	52.986	15,35
Mousonturm	283	241	17,07	0	0	-
SBF	17.697	19.211	-7,88	26.390	19.155	37,77
Schirn Kunsthalle	182	139	31,26	1.716	904	89,86
Sportpark Stadion	121.686	113.573	7,14	80.513	77.041	4,51
VHS (EB)	437	547	-20,06	4.544	2.844	59,77
Gesamt (nicht konsolidiert)	307.548	298.139	3,16	175.184	155.285	12,81
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	2.179	2.027	7,51	1.239	2.151	-42,37
Klinikum FH	-	34.391	-100,00	-	18.294	-100,00
Medizinisches Versorgungszentrum	-	1.134	-100,00	-	0	-
ZEG	-	270.265	-100,00	-	68	-100,00
Gesamt (nicht konsolidiert)	2.179	307.816	-99,29	1.239	20.512	-93,96
Summe dargestellter Beteiligungen	10.645.142	10.021.271	6,23	3.887.680	3.825.101	1,64

Tabelle 2: Anlagevermögen / Eigenkapital

Anmerkung: Bei dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung werden die Zahlen aus dem Jahresabschlussentwurf 2023 angesetzt. Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) werden für das Berichtsjahr 2023 keine Werte aufgeführt.

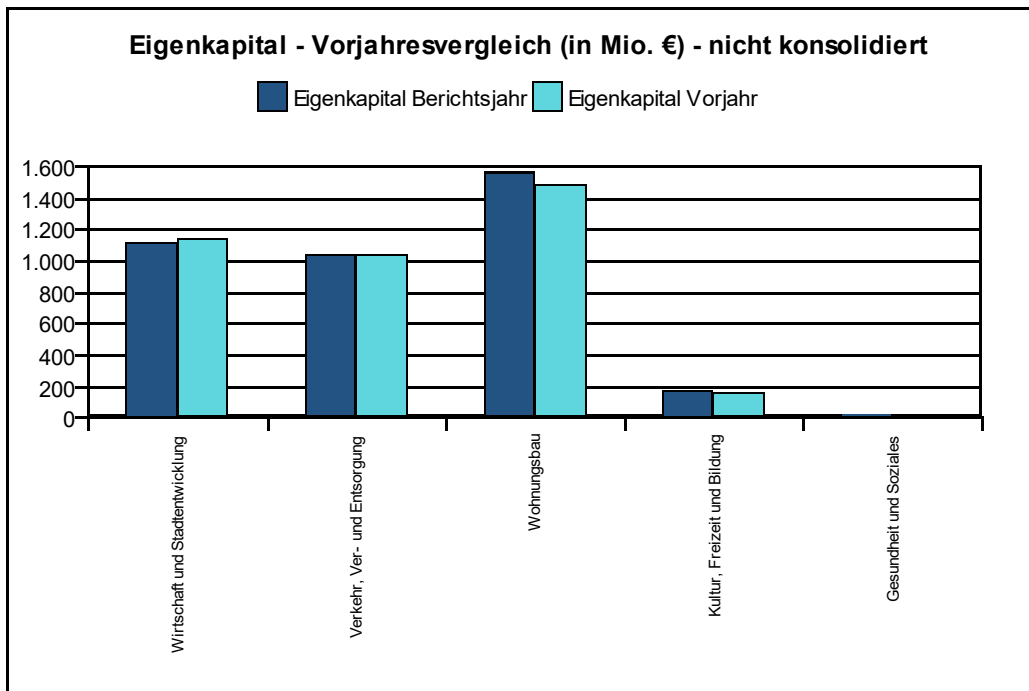


Abb. 2.1 *Anmerkung:* Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) enthält die Grafik für das Berichtsjahr 2022 keine Werte. Der Vergleich für den Bereich Gesundheit und Soziales ist somit verzerrt.

	Bilanzsumme 2023 (in T€)	Eigenkapital- quote (in %)	Anlagen- intensität (in %)	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt 2023	Produktivität (in T€)
Wirtschaft und Stadtentwicklung					
BKRZ KG	141.543	72,65	95,05	18	923
Dom Römer	20.097	0,00	56,48	8	188
Hafen und Markt (EB)	65.185	79,29	45,79	31	160
HFM	10.726	76,36	23,17	56	432
Messe Frankfurt	1.033.138	48,17	54,79	275	197
Messe Frankfurt Exhibition	191.112	24,40	73,13	290	618
Messe Frankfurt Venue	766.032	52,59	97,73	218	747
TCF	8.825	54,63	4,75	75	91
WIFÖ	5.584	78,82	2,01	45	52
Gesamt (nicht konsolidiert)	2.242.242	49,91	72,84	1.016	445
Verkehr, Ver- und Entsorgung					
AVA	5.419	7,44	84,28	0	-
BäderBetriebe	92.005	40,99	68,55	301	33
FES	150.631	37,72	44,56	1.364	188
ICB	52.066	16,67	61,00	713	42
Mainova	2.913.507	12,24	66,49	2.849	1.997
SBEV	205.273	0,02		9	2.331
Stadtentwässerung (EB)	761.666	23,63	93,37	464	312
SWFH	2.108.392	16,93	85,15	92	187
traffiQ	40.493	4,30	2,08	106	6
VGF	1.259.533	2,85	79,03	2.732	75
Gesamt (nicht konsolidiert)	7.588.985	13,64	73,88	8.630	739
Wohnungsbau					
ABG	2.341.918	50,39	87,01	425	696
Bäderbau KG	47.885	0,00	89,99	0	-
FAAG	556.702	18,96	89,90	58	1.870
Hellerhof	208.257	47,62	59,59	-	-
MIBAU	42.541	73,45	36,65	-	-
SAALBAU	1.029	2,43	0,21	105	83
WOHNHEIM	457.466	30,85	81,93	22	5.499
Gesamt (nicht konsolidiert)	3.655.796	42,60	84,68	610	988
Kultur, Freizeit und Bildung					
Alte Oper	9.496	9,48	18,96	40	344
Kita (EB)	208.304	29,34	79,43	2.869	23
Mousonturm	1.681	0,00	16,81	47	135
SBF	61.165	43,15	28,93	1.158	11
Schirn Kunsthalle	5.068	33,86	3,59	41	142
Sportpark Stadion	128.407	62,70	94,77	9	1.539
VHS (EB)	22.454	20,24	1,95	142	65
Gesamt (nicht konsolidiert)	436.574	40,13	70,45	4.306	30
Gesundheit und Soziales					
KKJF (EB)	13.535	9,16	16,10	314	32
Gesamt (nicht konsolidiert)	13.535	9,16	16,10	314	32
Summe dargestellter Beteiligungen	13.937.133	27,89	76,38	14.876	509

Tabelle 3: Bilanzsumme / EK-Quote / Anlagenintensität / Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt / Produktivität

Anmerkung: Bei dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung werden die Zahlen aus dem Jahresabschlussentwurf 2023 angesetzt. Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) werden für das Berichtsjahr 2023 keine Werte aufgeführt.

Erläuterungen zu Tabelle 4

(Verbindlichkeiten)

Tabelle 4 gibt Auskunft über den Schuldenstand der einzelnen Gesellschaften und den Anteil der Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten. Die Abbildung 4.1 stellt die Bankverbindlichkeiten dar. Beim Vergleich der Werte wird grundsätzlich deutlich, dass Unternehmen mit Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main zur Finanzierung hoher Anlageintensitäten ebenso auf Fremdkapital zurückgreifen wie Unternehmen ohne öffentliche Beteiligung. Sofern Tochtergesellschaften in ein Cash-Pooling mit ihrer Muttergesellschaft eingebunden sind, können auch Finanzierungen über Kreditaufnahmen durch die Muttergesellschaft stattfinden. Gesamtverbindlichkeiten von über 1 Mrd. € weisen die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH, die Mainova AG, die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) und die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) aus. Die größten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben die SWFH mit 1,39 Mrd. €, die ABG mit 438 Mio. €, die Stadtentwässerung mit 328 Mio. €, die Messe Frankfurt mit 249 Mio. €, die Frankfurter Aufbau AG (FAAG) mit 238 Mio. € und die Wohnheim GmbH mit 151 Mio. €.

	Verbindlichkeiten gesamt (in T€)			Verbindlichkeiten Kreditinstitute (in T€)		
	2023	2022	Veränderung (in %)	2023	2022	Veränderung (in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	33.462	26.677	25,43	30.802	24.216	27,20
Dom Römer	18.779	18.210	3,12	-	-	-
Hafen und Markt (EB)	413	107	284,98	-	-	-
HFM	1.360	1.187	14,60	-	-	-
Messe Frankfurt	517.202	546.574	-5,37	248.662	288.450	-13,79
Messe Frankfurt Exhibition	119.712	138.756	-13,72	-	-	-
Messe Frankfurt Venue	309.820	339.124	-8,64	-	-	-
TCF	2.655	2.053	29,28	-	-	-
WIFÖ	339	493	-31,15	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.003.743	1.073.183	-6,47	279.464	312.666	-10,62
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	4.963	16.201	-69,36	0	1.006	-100,00
BäderBetriebe	41.894	43.703	-4,14	-	-	-
FES	33.423	29.882	11,85	-	-	-
ICB	40.889	38.848	5,25	29.183	31.222	-6,53
Mainova	1.789.926	1.269.302	41,02	2.617	4.092	-36,04
SBEV	205.162	185.454	10,63	-	-	-
Stadtentw ässerung (EB)	384.537	367.870	4,53	328.333	297.353	10,42
SWFH	1.722.200	1.295.308	32,96	1.389.650	1.043.318	33,20
traffiQ	36.635	40.152	-8,76	-	-	-
VGF	1.083.343	990.766	9,34	271.294	341.653	-20,59
Gesamt (nicht konsolidiert)	5.342.971	4.277.485	24,91	2.021.078	1.718.645	17,60
Wohnungsbau						
ABG	1.051.546	1.018.096	3,29	437.742	439.800	-0,47
Bäderbau KG	47.877	28.619	67,29	-	-	-
FAAG	377.539	361.296	4,50	238.119	246.386	-3,36
Hellerhof	94.259	91.679	2,81	34.742	35.683	-2,64
MIBAU	8.655	8.316	4,07	1.786	1.969	-9,29
SAALBAU	798	299	167,14	-	-	-
WOHNHEIM	288.956	298.342	-3,15	150.618	161.914	-6,98
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.869.630	1.806.647	3,49	863.007	885.752	-2,57
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	3.817	4.522	-15,60	-	-	-
Kita (EB)	10.860	13.006	-16,50	174	515	-66,18
Mousonturm	1.295	1.353	-4,27	-	-	-
SBF	9.926	20.447	-51,46	-	-	-
Schirn Kunsthalle	2.961	2.082	42,19	-	-	-
Sportpark Stadion	33.255	37.357	-10,98	25.814	28.569	-9,64
VHS (EB)	2.537	1.907	33,04	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	64.650	80.675	-19,86	25.988	29.083	-10,64
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	1.047	1.000	4,63	314	440	-28,57
Klinikum FH	-	44.681	-100,00	-	-	-
Medizinisches Versorgungszentrum	-	1.883	-100,00	-	-	-
ZEG	-	702	-100,00	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.047	48.267	-97,83	314	440	-28,57
Summe dargestellter Beteiligungen	8.282.042	7.286.255	13,67	3.189.852	2.946.586	8,26

Tabelle 4: Verbindlichkeiten gesamt/Verbindlichkeiten Kreditinstitute

Anmerkung: Bei dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung werden die Zahlen aus dem Jahresabschlussentwurf 2023 angesetzt. Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) werden für das Berichtsjahr 2023 keine Werte aufgeführt.

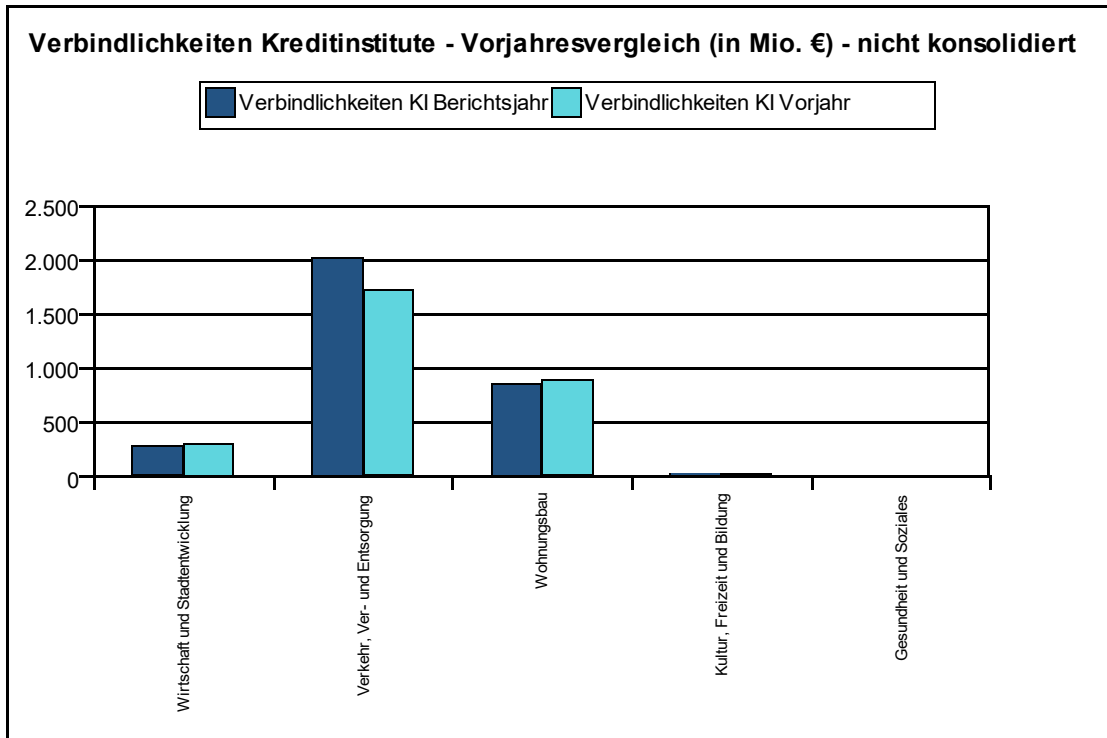


Abb. 4.1

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 8

(Ergebnisse der Konzerne)

Die Tabellen 5 bis 8 zeigen die o. g. Kennzahlen auf der Ebene der vier Konzerne. Bei den Werten der einzelnen Konzerne handelt es sich um konsolidierte Angaben der Muttergesellschaft und ihrer verbundenen Unternehmen. Die jeweiligen internen Finanzbeziehungen sind darin entsprechend der Einheitstheorie eliminiert. Im Unterschied dazu stellen die ebenfalls ausgewiesenen Summen in den vorhergehenden Tabellen keine Konsolidierung zwischen den Konzernen dar.

Den Kern des städtischen Beteiligungsportfolios bilden die vier Konzerne ABG (Wohnungsbau), FES (Entsorgung), Messe Frankfurt (Wirtschaft) und SWFH (Verkehr), auf die ca. 80 % des Vermögens und ca. 90 % der gesamten Leistung (bezogen auf die wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe) entfallen.

Konzerne	Gesamtleistung (in T€)			Jahresergebnis (in T€)		
	2023	2022	Veränderung (in %)	2023	2022	Veränderung (in %)
ABG	593.551	556.885	6,58	83.119	78.438	5,97
FES	285.128	277.766	2,65	30.350	30.036	1,04
Messe Frankfurt	609.123	454.121	34,13	13.671	-27.619	-149,50
SWFH	6.002.000	4.748.000	26,41	120.814	-28.370	-525,84
Summe dargestellter Beteiligungen	7.489.801	6.036.772	24,07	247.953	52.484	372,43

Tabelle 5: Gesamtleistung/Jahresergebnis (bei ABG, Messe und SWFH nach Anteilen anderer Gesellschafter)

Konzerne	Anlagevermögen (in T€)			Eigenkapital (in T€)		
	2023	2022	Veränderung (in %)	2023	2022	Veränderung (in %)
ABG	2.878.747	2.813.511	2,32	1.401.914	1.327.077	5,64
FES	83.911	79.498	5,55	83.571	80.656	3,61
Messe Frankfurt	802.581	826.878	-2,94	542.359	529.513	2,43
SWFH	4.450.503	3.949.521	12,68	1.404.064	1.173.043	19,69
Summe dargestellter Beteiligungen	8.215.742	7.669.407	7,12	3.431.909	3.110.290	10,34

Tabelle 6: Anlagevermögen/Eigenkapital

Konzerne	Verbindlichkeiten gesamt (in T€)			Verbindlichkeiten Kreditinstitute (in T€)		
	2023	2022	Veränderung (in %)	2023	2022	Veränderung (in %)
ABG	1.636.442	1.648.182	-0,71	902.742	927.052	-2,62
FES	22.866	22.516	1,55	2.031	2.844	-28,57
Messe Frankfurt	648.072	672.822	-3,68	251.355	291.138	-13,66
SWFH	3.347.479	2.782.817	20,29	1.987.456	1.727.320	15,06
Summe dargestellter Beteiligungen	5.654.859	5.126.337	10,31	3.143.586	2.948.354	6,62

Tabelle 7: Verbindlichkeiten gesamt/Verbindlichkeiten Kreditinstitute

Konzerne	Bilanzsumme	Eigenkapital-	Anlagen-	Mitarbeitende im	Produktivität
	2023 (in T€)	quote (in %)	intensität (in %)	Jahresdurchschnitt (2023)	(in T€)
ABG	3.256.743	43,05	88,39	761	780
FES	173.892	48,06	48,25	1.815	157
Messe Frankfurt	1.338.220	40,53	59,97	2.186	279
SWFH	5.837.708	24,05	76,24	6.878	873
Summe dargestellter Beteiligungen	10.606.562	32,36	77,46	11.640	643

Tabelle 8: Bilanzsumme/EK-Quote/Anlagenintensität/Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt/Produktivität

5. Verzinsung des eingesetzten Kapitals

Zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit wird der Zinsfuß angesetzt, der sich aus dem Mittelwert der Kämmererschuldzinsen (Investitionskredite Hoheitsbereich) der letzten zehn Jahre ergibt. Dieser beträgt 1,873% p. a. für die Jahre 2014 - 2023. Im Vorjahr betrug der Zinssatz für die letzten zehn Jahre 2,025 % p. a.

Die Aufstellung beruht auf der Methode der Opportunitätsanlagebetrachtung, bei der die Eigenkapitalbindung in dem entsprechenden Unternehmen mit einer Anlage am Kapitalmarkt verglichen wird.

Dabei ist zu beachten, dass rein erwerbswirtschaftliche Betätigungen, die ausschließlich darauf gerichtet sind, die finanzielle Situation der Gemeinde zu verbessern, nach einhelliger Meinung in Literatur und Rechtsprechung grundsätzlich nicht zulässig sind. Das Unternehmen muss unmittelbar durch seine Leistung, nicht nur durch seine Gewinne und Erträge, dem Wohl der Gemeindegänger:innen dienen. Maßgeblich ist deshalb, dass ein wirtschaftliches Unternehmen so zu führen ist, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird und ein Ertrag nur dann ausgeschüttet werden soll, wenn dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht gefährdet wird. Ausnahmsweise darf aber auch eine gewinnorientierte Tätigkeit bei einer rechtlich legitimierten Sachaufgabe wahrgenommen werden, insbesondere um sonst brachliegendes Wirtschaftspotenzial auszunutzen. Eine gewinnorientierte Betrachtung ist für eine Vielzahl der Unternehmen im städtischen Portfolio nicht angezeigt. Es handelt sich oftmals um Unternehmen – hierzu zählen auch die defizitären Eigenbetriebe –, die als reine Zuschussgesellschaften geführt werden. Ihr Geschäftszweck ist nicht auf wirtschaftlichen Erfolg ausgelegt, die Eigenkapitalausstattungen sind in der Regel stark beschränkt bzw. negativ. Nicht betrachtet werden auch gemeinnützige Gesellschaften sowie reine Projektgesellschaften.

Die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH entzieht sich ebenfalls der Betrachtung, da sie lediglich einen gesellschaftsrechtlichen Rahmen zur Realisierung des steuerlichen Querverbands zwischen Verkehr, Bäderbetrieben und Energieversorgung darstellt. Insofern werden nur die Gesellschaften bzw. Eigenbetriebe der geforderten Betrachtung unterworfen, die neben der Erfüllung des öffentlichen Zwecks eine Gewinnerzielungsabsicht vorweisen. Unabhängig von der Möglichkeit oder Zulässigkeit einer Gewinnerzielung sind alle Gesellschaften beauftragt, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel wirtschaftlich einzusetzen.

Eigenkapitalverzinsung 2023	durchschnittliches Eigenkapital (in T€)	Jahresüberschuss* (in T€)	Eigenkapitalrendite (in %)
ABG (Konzern)*	1.364.496	83.245	6,1%
BKRZ GmbH	31	2	6,5%
FES (Konzern)*	82.114	30.350	37,0%
Messe (Konzern)*	535.936	18.454	3,4%
Frischezentrum	12.098	1.507	12,5%
Hafen- und Markt (EB)	51.211	2.013	3,9%
HFM	8.185	4.965	60,7%
Frankfurt Ticket (30.06)	603	420	69,7%
Nassauische Heimstätte (Konzern)*	1.205.976	19.319	1,6%
Stadtentwässerung (EB)	180.219	3.778	2,1%

* Bei den Konzernen ABG, FES und Nassauische Heimstätte wird der Konzern-Jahresüberschuss inkl. der Anteile anderer Gesellschafter dargestellt.

6. Bericht Frauenförderung

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main berichtet im 3-Jahres-Rhythmus sowohl über den Fortgang der Gleichstellung von Frauen und Männern bei städtischen Mehrheitsgesellschaften als auch über den Sachstand der Entwicklung des Frauenanteils auf Führungsebenen bei städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben.

Die Berichterstattung basiert auf entsprechenden Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung aus den Jahren 2002, 2011 und 2013. Die letzte Berichterstattung umfasst die Jahre 2019 bis 2021. Die Abfrage erfolgte für die Mehrheitsgesellschaften erstmalig über die AMI-Datenbank, hier wurden entsprechende Datenfelder hinterlegt, die durch die Gesellschaften ausgefüllt werden.

Gleichstellung von Frauen und Männern bei Mehrheitsgesellschaften (ohne Eigenbetriebe)

Der Frauenanteil bei den Mitarbeitenden der Mehrheitsgesellschaften reduzierte sich von 37,2 % im Jahr 2019 auf rund 36 % zum Jahresende 2021. Betrachtet man die einzelnen Bereiche, liegt der Frauenanteil nach wie vor lediglich im Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung mit sinkender Tendenz bei rund 13 % unter den angestrebten 30 %, was auf dort benötigten Berufsgruppen (z. B. Berufskraftfahrer:innen, Müllabfuhr, Straßenreinigung) zurückzuführen ist. Mit einem unveränderten Frauenanteil von rund 76 % liegt der Bereich Gesundheit überdurchschnittlich hoch, hier spiegeln sich die Krankenpflegeberufe wider. Während im Bereich Wirtschaft eine steigende Tendenz von rund 60 % (2019: 58,5 %) erkennbar ist, stagnierte der Bereich Kultur und Freizeit bei rd. 46 % und der Bereich Wohnungsbau war mit rd. 37 % in 2019 auf rd. 35 % rückläufig.

Bei den Einstellungen lag der Frauenanteil 2019 noch bei 45,7 % und entwickelte sich zum Jahresende 2021 mit 38,5 % rückläufig.

Hier sind mit Ausnahme des Bereiches Wirtschaft und Stadtentwicklung (2019: 57,7 %; 2021: 65,6 %) alle Bereiche rückläufig. Auch hier liegt der Bereich Verkehr, Ver- u. Entsorgung mit 11,5 % in 2021 (2019: 16,5 %) besonders zurück, während der Bereich Gesundheit trotz rückläufiger Tendenz mit 72,3 % in 2021 (2019: 74,6 %) besonders hoch liegt.

Entwicklung des Frauenanteils auf Führungsebenen bei städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben

Der Frauenanteil auf Führungsebenen liegt insgesamt bei über 30 %, und stieg im Jahresvergleich von 38,0 % in den Jahren 2019 und 2020 auf 38,4 % zum Jahresende 2021.

Auch hier zeigt sich der Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung mit dem niedrigsten Frauenanteil von rd. 24 %, während der Bereich Bildung und Freizeit einen Frauenanteil von über 70 % aufweist. Der Bereich Gesundheit und Soziales hat im 3-Jahresvergleich die größte Steigerung des Frauenanteils auf Führungsebenen zu verzeichnen, hier lag der Anteil 2019 bei 42,0 % und zum Jahresende 2021 bei 50,4 %, das ist eine Steigerung um 8,4 %-Punkte. Bei Betrachtung der einzelnen Führungspositionen lag der weibliche Anteil bei der Geschäftsführung zum Jahresende 2021 im Durchschnitt bei 21,7 % (2019: 20,5 %, 2020: 19,8 %). Die 30 %-Marke wird hier nur von den Bereichen Kultur sowie Bildung und Freizeit erreicht bzw. überschritten. Eine steigende Tendenz ist in allen Bereichen festzustellen, der geringste Wert zum Jahresende 2021 mit 7,7 % findet sich im Bereich Wohnungsbau, hier ist auch eine leicht steigende Tendenz im 3-Jahresvergleich zu erkennen.

Der Frauenanteil auf der ersten Führungsebene erhöhte sich insgesamt von 35,6 % in 2019 auf 36,2 % in 2020 sowie in 2021 auf 36,9 % und überschreitet die 30 %-Marke mit steigender Tendenz. Lediglich der Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung lag mit 27,0 % unter der 30 %-Marke, aber auch hier ist im Jahresvergleich bereits eine Steigerung von 25,7 % im Jahr 2019 auf die vorgenannten 27,0 % zum Jahresende 2021 festzustellen. Der größte Frauenanteil findet sich im Bereich Kultur mit 52,6 %, dicht gefolgt vom Bereich Bildung mit 51,0 %.

Der Frauenanteil auf der zweiten Führungsebene lag mit minimalen Schwankungen bei rd. 41 % (2019: 41,5 %; 2020: 41,0 %) und variiert zwischen 24,0 % im Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung bis hin zu 87,8 % im Bereich Bildung und Freizeit.

Der ausführliche Bericht findet sich unter:

[PARLIS - a\) Anwendung des „Gleichstellungsdurchsetzungsgesetzes“ des Bundes bei Ausgründungen b\) Frauenanteil auf Führungsebenen der städtischen Gesellschaften erhöhen \(frankfurt.de\)](#)



1.1 BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH

Gründung: 21.12.1999		Unternehmensgegenstand: Beteiligung an der Firma „Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungszentrum-Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG“ in Frankfurt am Main als persönlich haftende Gesellschafterin. Ferner der Bau von Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main durch Drittfirmen sowie die Vermietung solcher Gebäude an die Stadt Frankfurt am Main.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Jackel Herr Prof. Reinhard Ries			
Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: n. v.		Anteil Frauen Geschäftsführung: Anteil Frauen Führungsebene: n. v. 0,00 %	

A. Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung an der Firma „Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum- Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG“ in Frankfurt am Main als persönlich haftende Gesellschafterin, ferner der Bau von Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main durch Drittfirmen sowie die Vermietung solcher Gebäude an die Stadt Frankfurt am Main. Außer den Geschäftsführungsaufgaben ist die Gesellschaft operativ nicht tätig.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Im Geschäftsjahr 2023 hat die Gesellschaft die Geschäftsführung für die Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum- Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG wahrgenommen. Die geschäftsführende GmbH hatte in 2023 zwei Geschäftsführer. Herr Professor Ries ging zum 31.01.2024 nach 25 Jahren als Geschäftsführer in den Ruhestand. Ihm folgt Markus Röck als nebenamtlicher Geschäftsführer.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Ries 24 T€ und von Herrn Jackel 5 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 50 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr 0,6 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die

Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 21.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 23.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 20.06.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[BKRZ GmbH & Co. KG | FM der Branddirektion Frankfurt am Main – Willkommen!](#)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum -
Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	42	40	2	5,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4	3	1	39,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	38	37	1	2,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	42	40	2	5,8
PASSIVA				
Eigenkapital	32	30	2	5,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	5	2	3	213,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	2	3	-2	-50,5
Rückstellungen	5	6	-1	-10,5
Verbindlichkeiten	5	4	1	32,4
Bilanzsumme	42	40	2	5,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	44	43	1	1,8
Gesamtleistung	44	43	1	1,8
sonstige betriebliche Erträge	0	3	-2	-89,5
Personalaufwand	-34	-36	2	-4,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-8	-6	-2	31,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	2	4	-2	-49,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2	4	-2	-49,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-1	0	-50,5
Ergebnis nach Steuern	2	3	-2	-49,5
Sonstige Steuern	-0	0	-0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	2	3	-2	-50,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2	3	-2	-50,5
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

1.2 Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG

Gründung: 21.12.1999	Unternehmensgegenstand: Bau von Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main sowie deren Vermietung an die Stadt.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %	
BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz - und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	0 € = 0,00 %	
	50.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Jackel Herr Prof. Reinhard Ries		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	5 Mitglieder Frau StRin Annette Rinn Herr Stv Jan Klingelhöfer Frau Stv Dana Kube Frau Stv Anna Pause Frau StRin Annette Rinn Herr Stv Dr. Christoph Rosenbaum	
Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 60,00 % bezogen auf städt. Mandate	Anteil Frauen Geschäftsführung: 0,00 %	Anteil Frauen Führungsebene: 1. Führungsebene: 100,00 % 2. Führungsebene: 50,00 %

A. Allgemeines

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich auf den Bau und die Instandhaltung von Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main sowie die Vermietung solcher Gebäude an die Stadt Frankfurt am Main. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt durch die BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum Grundstücksgesellschaft mbH, vertreten durch die Geschäftsführer Herrn Prof. Reinhard Ries und Herrn Thomas Jackel. Zur Erfüllung der Aufgaben bedient sich die Gesellschaft im Wesentlichen externer Unternehmen und freiberuflicher Berater:innen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

In der Feuer- und Rettungswache (FRW) 1 wurde der 2. Bauabschnitt Zentrale Leitstelle im Juli 2023 abgeschlossen. Die Umbaumaßnahmen des 3. Bauabschnitts dauern an und sind abhängig von der Einführung der neuen Leitstellentechnik durch die Branddirektion. Ebenfalls wurde das Dach auf der Süd- und Westseite sowie der Mehrzweckhalle saniert. Auch das Dach des BKRZ-Gebäudes ist sanierungsbedürftig, die Vergabe erfolgte und die Maßnahme soll bis Sommer 2024 abgeschlossen werden.

Die FRW wird grundsaniert, gleichzeitig entstehen Wohnungen in Kooperation mit der ABG auf dem Gelände, dazu wurde 2023 ein ARGE gegründet. Die Planungen der Leistungsphase 3 sind abgeschlossen.

Die FRW 2a wurde im 2. Quartal 2023 vollständig abgerissen, um neu gebaut zu werden. Die Baugenehmigung wurde Mitte 2023 erteilt und die ersten Vergaben (Erb- und Verbauarbeiten, Generalplaner) sind bereits erfolgt. Auch hier entstehen in Zusammenarbeit mit der ABG Wohnungen.

Für das Feuerwehrgerätehaus Griesheim wurde die Planung fortgesetzt und die Ausschreibung für den Bau veröffentlicht. In Oberrad soll mit einem privaten Investor ebenfalls ein Feuerwehrgerätehaus entstehen, hier wurden die Leistungsphasen 1-4 im 4. Quartal 2023 beauftragt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin BKRZ GmbH. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplanengespräche fanden statt am 21.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 23.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 20.06.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[BKRZ GmbH & Co. KG | FM der Branddirektion Frankfurt am Main – Willkommen!](#)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft
mbH und Co. KG**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	134.536	134.219	317	0,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	9	-6	-58,7
Sachanlagen	130.494	134.210	-3.716	-2,8
Finanzanlagen	4.038	0	4.038	-
Umlaufvermögen	7.003	640	6.363	994,0
Vorräte	383	383	0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.243	63	6.181	9.848,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	377	194	182	93,6
Rechnungsabgrenzungsposten	4	2	2	80,6
Bilanzsumme	141.543	134.861	6.681	5,0
PASSIVA				
Eigenkapital	102.829	102.993	-163	-0,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	50	50	0	0,0
Kapitalrücklage	105.894	105.975	-81	-0,1
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-3.032	-2.720	-312	11,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-83	-312	229	-73,4
Sonderposten	4.404	4.654	-250	-5,4
Rückstellungen	338	508	-170	-33,4
Verbindlichkeiten	33.462	26.677	6.785	25,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.802	24.216	6.586	27,2
Rechnungsabgrenzungsposten	509	30	479	1.624,2
Bilanzsumme	141.543	134.861	6.681	5,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	16.612	13.853	2.759	19,9
Bestandsänderung UE / FE	0	0	-0	-
Gesamtleistung	16.612	13.853	2.759	19,9
sonstige betriebliche Erträge	383	373	10	2,5
Materialaufwand	-8.875	-6.284	-2.590	41,2
Personalaufwand	-1.467	-1.401	-66	4,7
Abschreibungen	-5.541	-5.289	-252	4,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-714	-1.254	539	-43,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	397	-2	399	-19.544,3
Finanzergebnis	-479	-309	-171	55,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-82	-311	229	-73,5
Ergebnis nach Steuern	-82	-311	229	-73,5
Sonstige Steuern	-1	-1	0	-28,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-83	-312	229	-73,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-83	-312	229	-73,4
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	18	21	-3	-14,3

1.3 Dom Römer GmbH

Gründung: 28.07.2009	Unternehmensgegenstand: Projektentwicklung und Baureifmachung, sowie die Bebauung und Vermarktung des Dom Römer Areals sowie die Verwaltung und Vermietung eigenen und fremden Grundbesitzes, insbesondere auf dem Dom Römer Areal.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Holger Froschhäuser		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	8 Mitglieder Herr OB Mike Josef Herr Stv Ulrich Baier Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr StR Mikael Horstmann Herr OB Mike Josef Frau Stv Viktoria Krzelj Frau Brigitte Helene Reifschneider-Groß Frau Stv Julia Roshan Moniri	
Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 50,00 % bezogen auf städt. Mandate	Anteil Frauen Geschäftsführung: 0,00 %	Anteil Frauen Führungsebene: 1. Führungsebene: 0,00 % 2. Führungsebene: n. v.

A. Allgemeines

Die Gesellschaft wurde gegründet, um das neue Altstadtquartier zwischen Dom, Schirn Kunsthalle und Römerberg zu entwickeln. Auf dem Areal wurden das Stadthaus und 35 Altsadthäuser gebaut, davon 15 Rekonstruktionen und 20 Neubauten. Ein historisches Netz aus Gassen und Plätzen einschließlich des historischen Krönungswegs verbindet die Gebäude. Der Geschäftszweck wurde um die Verwaltung und die Vermietung des eigenen und fremden Grundbesitzes, insbesondere auf dem Dom-Römer-Areal, erweitert. Die Gesellschaft ist ausschließlich für die alleinige Gesellschafterin tätig und ist mit der Bebauung, Vermarktung und dem Gewährleistungsmanagement für das Dom-Römer-Areal, der Neugestaltung des Gehwegbereichs der Braubachstraße sowie der Umgestaltung des Domplatzes befasst; weitere städtische Projekte im Dom-Römer-Rathaus-Bereich sind im Gespräch.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Die Gesellschaft wies zum 31.12.2023 noch einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag aus. Aufgrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung wurde im Mai 2024 eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 5,00 Mio. € vorgenommen, so dass mit dieser Einzahlung das Eigenkapital wieder positiv ausgewiesen wird.

Das Jahresergebnis lag auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr. Der Anstieg der Umsätze im Vergleich zu 2022 geht auf die Anpassung der Indexmieten zurück. Das Finanzergebnis hat sich aufgrund der im Jahr 2023 weiter gestiegenen Zinsen der Europäischen Zentralbank negativ entwickelt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Froschhäuser 146 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 50 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr 0,6 T€.

davon:	Herr Froschhäuser
Festvergütung	104,3 T€
variable Vergütung	3,0 T€

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 25.10.2022 für das Planjahr 2023 und am 25.10.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 22.04.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Dom Römer \(domroemer.de\)](http://domroemer.de)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Dom Römer GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	11.352	11.798	-446	-3,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0,0
Sachanlagen	11.352	11.798	-446	-3,8
Umlaufvermögen	6.677	4.828	1.849	38,3
Vorräte	626	565	61	10,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.529	1.198	331	27,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.522	3.065	1.457	47,5
Rechnungsabgrenzungsposten	17	112	-94	-84,4
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.051	3.675	-1.624	-44,2
Bilanzsumme	20.097	20.413	-315	-1,5
PASSIVA				
Eigenkapital	0	0	0	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	66.493	63.419	3.074	4,8
Gew innvortrag / Verlustvortrag	-67.119	-65.606	-1.513	2,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-1.450	-1.513	63	-4,2
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.051	3.675	-1.624	-44,2
Rückstellungen	1.302	2.195	-893	-40,7
Verbindlichkeiten	18.779	18.210	569	3,1
Rechnungsabgrenzungsposten	17	7	9	128,2
Bilanzsumme	20.097	20.413	-315	-1,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.446	1.069	376	35,2
Bestandsänderung UE / FE	61	109	-48	-43,7
Gesamtleistung	1.507	1.178	329	27,9
sonstige betriebliche Erträge	134	190	-56	-29,3
Materialaufw and	-475	-534	59	-11,1
Personalaufw and	-731	-687	-43	6,3
Abschreibungen	-451	-462	11	-2,4
sonstige betriebliche Aufw endungen	-509	-638	128	-20,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-525	-954	428	-44,9
Finanzergebnis	-905	-559	-346	62,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-1.431	-1.513	82	-5,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-19	0	-19	-
Ergebnis nach Steuern	-1.450	-1.513	63	-4,2
Sonstige Steuern	-0	-0	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-1.450	-1.513	63	-4,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.450	-1.513	63	-4,2
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	8	8	0	0,0

1.4 FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH

Gründung: 25.06.2002		Unternehmensgegenstand: Die Unterstützung der Entwicklung der Biotechnologiewirtschaft im Rhein-Main-Gebiet, die Förderung und Erhaltung der in der Region vorhandenen Biotechnologie-Potenziale, die Ansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich der Biotechnologie in der Region und die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen in diesem Bereich, insbesondere durch den Betrieb eines Zentrums für biotechnologieorientierte Existenzgründer und Unternehmen.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main		40.000 € = 40,00 %	
Land Hessen		40.000 € = 40,00 %	
Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main		20.000 € = 20,00 %	
		100.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Christian Garbe			
Aufsichtsrat:		11 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau Staatsmin Prof. Dr. Kristina Sinemus	
Mandatsträger der Stadt:		Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
		Frau StRin Ina Hauck	
		Herr Prof. Dr. Stefan Schreiber	
		Frau StRin Stephanie Wüst	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Ulrich Caspar	
		Frau Staatsmin Angela Dorn	
		Frau Dr. Anna Carina Eichhorn	
		Herr Prof. Dr. Sven Klimpel	
		Herr Dr. Thomas Steigleder	
		Herr Staatssekr Dr. Martin Worms	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:
50,00 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	1. Führungsebene: 50,00 %
45,45 % bezogen auf AR gesamt			2. Führungsebene: 100,00 %

A. Allgemeines

Die Mietflächen in allen Gebäudeteilen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr vollständig ausgelastet. Die Verlängerung des Technischen Gebäudemanagements-Vertrages wurde im Januar abgeschlossen. Der Vertrag über die Leistungen der infrastrukturellen Gebäudemanagement Leistungen wurde im Juli abgeschlossen. Die Sanierung der Außenfassaden der Module F06 bis F10 wurde im Oktober ausgeschrieben. Im November wurde der Nachtrag über Leistungen der Grünanlagenpflege und des Winterdienstes mit einem Dienstleister abgeschlossen. Die Nebenkostenabrechnungen des FIZ 1 und 2 für 2022 wurden an die Mieter:innen versandt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Das Eigenkapital machte 7,31 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2023 mit einem Jahresfehlbetrag ab. Die erzielten Umsatzerlöse stammen aus der Vermietung von Büro- und Laborräumen vorwiegend an Biotechnologie-Unternehmen und lagen über dem Vorjahresniveau. Die Drohverlustrückstellung für FIZ 1 verminderte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr. Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen und bestehen im Wesentlichen aus Rechts-, Beratungs- und Buchhaltungsaufwendungen, Aufwendungen für EDV-Dienstleistungen sowie Werbungs- und Reisekosten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Die Finanzierung der FIZ ist durch eine Vereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt am Main gewährleistet, in der sich beide verpflichten, die Risiken der Gesellschaft jeweils zur Hälfte zu tragen. Für die FIZ standen im Produkthaushalt 2023 Mittel von 1,27 Mio. € zur Verfügung, die als Einzahlung in die Kapitalrücklage bereitgestellt wurden. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von 990 T€ erfolgt. Des Weiteren hat die Stadt Frankfurt am Main gemeinsam mit dem Land Hessen Sicherheiten (Patronatserklärung) von 17,41 Mio. € (Stand 31.12.2023) gewährt.

- **Organe der Gesellschaft**

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Dr. Garbe 294 T€. Die Aufsichtsräte erhalten keine Bezüge.

davon:	Herr Dr. Garbe
Festvergütung	186,0 T€
variable Vergütung	50,0 T€

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Home - FIZ \(fiz-biotech.de\)](http://fiz-biotech.de)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	741	888	-148	-16,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	8	14	-6	-43,9
Sachanlagen	733	874	-141	-16,2
Umlaufvermögen	2.772	3.062	-290	-9,5
Vorräte	2.000	2.223	-223	-10,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	510	398	112	28,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	263	442	-179	-40,4
Rechnungsabgrenzungsposten	58	47	11	23,4
Bilanzsumme	3.571	3.998	-426	-10,7
PASSIVA				
Eigenkapital	261	41	220	541,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	100	100	0	0,0
Kapitalrücklage	53.647	51.667	1.980	3,8
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-51.726	-50.098	-1.629	3,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-1.760	-1.629	-131	8,0
Rückstellungen	474	1.127	-653	-57,9
Verbindlichkeiten	2.836	2.830	6	0,2
Bilanzsumme	3.571	3.998	-426	-10,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	6.782	6.128	654	10,7
Bestandsänderung UE / FE	-223	300	-524	-174,4
Gesamtleistung	6.558	6.428	130	2,0
sonstige betriebliche Erträge	404	391	13	3,2
Materialaufwand	-6.804	-6.720	-84	1,3
Personalaufwand	-862	-872	9	-1,0
Abschreibungen	-203	-231	28	-12,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-746	-509	-237	46,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.654	-1.513	-141	9,3
Finanzergebnis	-106	-116	10	-8,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-1.760	-1.628	-131	8,1
Ergebnis nach Steuern	-1.760	-1.628	-131	8,1
Sonstige Steuern	-0	-0	0	-68,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-1.760	-1.629	-131	8,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.760	-1.629	-131	8,0
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	7	7	0	0,0

1.5 FinTech Community Frankfurt GmbH

Gründung: 22.07.2016	Unternehmensgegenstand: Aufbau und Pflege eines Netzwerkes der Start-Up und insbesondere FinTech Community sowie der Tech-Unternehmen in Frankfurt am Main und der Rhein-Main-Region
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	30.000 € = 25,00 %
Johann Wolfgang Goethe-Universität	30.000 € = 25,00 %
Technische Universität Darmstadt	30.000 € = 25,00 %
Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	30.000 € = 25,00 %
	120.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Dr. Peter Neu Herr Dr. Sebastian Schäfer
--

Beirat:	22 Mitglieder
Mandatsträger der Stadt:	Frau StR Stephanie Wüst Herr Stadtkämmerer Dr. Bastian Bergerhoff
Weitere Beiratsmitglieder:	Frau Sandra Bauer Herr Marc Billeb Herr Benjamin Bürkner Herr Tobias Czekalla Herr Jens Deutschendorf Herr Andreas Hackethal Herr Harald Holzer Herr Prof. Dr. Michael Huth Herr Timm Jäger Herr Matthias Lais Herr Sven-Olaf Leitz Herr Eric Leupold Herr Gottfried Milde Herr Dr. Michael Reckhard Herr Cornelius Riese Herr Christopher Schmitz Frau Nikola Steinbock Herr Jürgen von der Lehr Herr Prof. Dr. Joachim Wuermeling

A. Allgemeines

Die gestiegene Auslastungsquote und die Zunahme der Veranstaltungen haben sich positiv ausgewirkt. Es ist eine hohe Nachfrage von Start-ups am TechQuartier zu verzeichnen, auch ist die Mitgliederzahl gestiegen. Die Haupteinnahmequellen, die jeweils rund ein Drittel der Einnahmen ausmachen, sind Arbeitsplatzvermietungen und Veranstaltungen, Partnerschaften und Sponsoring und Einnahmen aus Programmen und strategischen Projekten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Eigenkapitalquote stieg gegenüber dem Vorjahr und betrug fast 15 %.

2023 konnte ein positives Ergebnis erwirtschaftet werden. Ein Sondereffekt kam durch die Auflösung von Rückstellungen für Mietnebenkosten zustande. Die Gesamtumsätze stiegen insbesondere durch Programme zur

Ausbildung und Förderung von Existenzgründern. Der Personalaufwand ist wesentlich gestiegen durch die Einstellung von erfahrenem Personal und Gehaltsanpassungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Beirat (Steering Committee).

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[TechQuartier - We build startup ecosystems.](#)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der FinTech Community Frankfurt GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	333	293	40	13,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	25	31	-6	-20,4
Sachanlagen	308	262	46	17,6
Umlaufvermögen	1.375	1.079	296	27,4
Vorräte	0	19	-19	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	324	351	-27	-7,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.050	709	342	48,2
Rechnungsabgrenzungsposten	22	11	10	93,4
Bilanzsumme	1.729	1.383	346	25,0
PASSIVA				
Eigenkapital	258	179	80	44,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	120	120	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	59	71	-12	-17,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	80	-12	92	-754,2
Rückstellungen	1.020	808	213	26,3
Verbindlichkeiten	192	194	-3	-1,4
Rechnungsabgrenzungsposten	258	202	56	27,7
Bilanzsumme	1.729	1.383	346	25,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	3.789	3.549	240	6,8
Gesamtleistung	3.789	3.549	240	6,8
sonstige betriebliche Erträge	664	357	307	85,9
Materialaufwand	-392	-296	-96	32,3
Personalaufwand	-1.803	-1.654	-150	9,0
Abschreibungen	-141	-107	-34	31,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.034	-1.864	-170	9,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	82	-15	97	-653,3
Finanzergebnis	-3	4	-6	-173,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	80	-11	91	-808,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-1	1	-
Ergebnis nach Steuern	80	-12	92	-753,4
Sonstige Steuern	-0	0	-0	-162,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	80	-12	92	-754,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	80	-12	92	-754,2
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	25	26	-1	-3,8

1.6 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region

Gründung: 24.03.2005	Unternehmensgegenstand: Internationales Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an diesem zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild der Region FrankfurtRheinMain als Marke zu entwickeln und zu pflegen. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	93.750 € = 37,50 %
IHK Frankfurt am Main	12.500 € = 5,00 %
Stadt Wiesbaden	10.000 € = 4,00 %
Landkreis Hochtaunus	8.750 € = 3,50 %
Landkreis Main-Kinzig	8.750 € = 3,50 %
Landkreis Main-Taunus	8.750 € = 3,50 %
Landkreis Offenbach	8.750 € = 3,50 %
Land Hessen	8.125 € = 3,25 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	7.500 € = 3,00 %
IHK Darmstadt Rhein Main Neckar	7.500 € = 3,00 %
IHK Forum Rhein-Main	6.250 € = 2,50 %
Landkreis Groß-Gerau	6.250 € = 2,50 %
Stadt Darmstadt	5.000 € = 2,00 %
Stadt Eschborn	5.000 € = 2,00 %
Stadt Offenbach am Main	5.000 € = 2,00 %
Stadt Raunheim	5.000 € = 2,00 %
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	5.000 € = 2,00 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	2.500 € = 1,00 %
Landkreis Gießen	2.500 € = 1,00 %
Landkreis Limburg-Weilburg	2.500 € = 1,00 %
Landkreis Rheingau-Taunus	2.500 € = 1,00 %
Landkreis Wetterau	2.500 € = 1,00 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500 € = 1,00 %
Stadt Gießen	2.500 € = 1,00 %
Stadt Hanau	2.500 € = 1,00 %
Stadt Rüsselsheim	2.500 € = 1,00 %
Landkreis Bergstraße	2.500 € = 1,00 %
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V.	2.500 € = 1,00 %
Rheinessen Standortmarketing GmbH	2.500 € = 1,00 %
Region Fulda Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH	1.875 € = 0,75 %
Landkreis Odenwald	1.250 € = 0,50 %
Stadt Dreieich	1.250 € = 0,50 %
Stadt Neu-Isenburg	1.250 € = 0,50 %
Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main	1.250 € = 0,50 %
IHK Wiesbaden	1.250 € = 0,50 %
	250.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Eric Menges

Aufsichtsrat:

37 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr OB Mike Josef

Mandatsträger der Stadt:

Herr OB Mike Josef

Frau StRin Stephanie Wüst

Frau Stv Tina Zapf-Rodriguez

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

Herr OB Udo Bausch

Herr OB Frank-Tilo Becher

Herr Prof. Dr. Wilhelm Bender

Herr OB Hanno Benz

Herr BM Martin Burlon

Herr Ulrich Caspar

Herr LRat Michael Cyriax

Herr Staatssekr Jens Deutschendorf

Herr LRat Christian Engelhardt

Herr Stephan Fink

Herr BM Dirk Gene Hagelstein

Frau Susanne Haus

Frau StRin Isabelle Hemsley

Herr OB Jürgen Herzing

Herr OB Alexander Hetjes

Frau BM Christiane Hinninger

Herr Verb.dir. Thomas Horn

Herr OB Adolf Kessel

Herr LRat Michael Köberle

Herr Michael Konow

Herr Präs. Matthias Martiné

Herr LRat Frank Matiaske

Herr Dr. Gunther Quidde

Herr LRat Oliver Quilling

BM David Rendel

Herr LRat Klaus Peter Schellhaas

Frau LRätin Anita Schneider

Herr Erster KrBg Thorsten Schorr

Herr OB Dr. Felix Schw enke

Herr BM Adnan Shaikh

Herr LRat Thorsten Stolz

Herr LRat Jan Weckler

Herr LRat Thomas Will

Herr LRat Sandro Zehner

Geschlechterquoten:

Anteil Frauen Aufsichtsrat: 66,67 % bezogen auf städt. Mandate 16,22 % bezogen auf AR gesamt	Anteil Frauen Geschäftsführung: 0,00 %	Anteil Frauen Führungsebene: n. v.
--	---	------------------------------------

Beirat:

20 Mitglieder

- Herr Dr. Oliver Dany
- Herr Prof. Dr. Theodor Dingermann
- Frau Gabriele Eick
- Frau Tanja Birkholz
- Herr Baki Irmak
- Herr Thorsten N. Kern
- Herr Peter Knapp
- Herr Ulrich Kreimeyer
- Herr Karl Heinz Krug
- Herr Matthias Lechner
- Herr Christian F. Mühlhäuser
- Herr Jürgen Pascoe
- Herr Dr. Quintus Russe
- Herr Markus Sandhöfner
- Herr Volker Schier
- Herr Prof. Tom Sommerlatte
- Frau Lilly Vasanthini
- Herr Jürgen Walther
- Frau Marion Weigand
- Herr Gerhard Wiesheu

Beteiligungen:

FrankfurtRheinMain Corp.

Kapitalanteile:

10.000 USD = 100,00 %

A. Allgemeines

Der hessische Landesgesetzgeber hat mit seinem Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein–Main vom 18.02.2011 seine Aufforderung zur freiwilligen Bildung eines Zusammenschlusses mit der Aufgabe des gemeinsamen Standortmarketings der Region bekräftigt. Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist über zwei Landesgrenzen (Rheinland-Pfalz und Bayern) hinweg tätig und bündelt somit die Stärken der Metropolregion FrankfurtRheinMain als Wirtschaftsraum. Mit Blick auf die vergangenen Jahre ergibt sich ein kontinuierliches Anwachsen des Gesellschafterkreises und damit eine noch stärkere Verankerung der Gesellschaft in der Region.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Aktivisch hat sich das Umlaufvermögen erhöht. Auf der Passivseite haben sich die Rückstellungen gesteigert, wobei dies wesentlich eine Rückstellung für einen Rechtsstreit im USA-Büro betraf. Die Eigenkapitalquote sank von 42,9 % im Vorjahr auf 32,0 %.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2023 schloss mit einem gegenüber 2022 erhöhten Jahresfehlbetrag. Aufgrund höherer Werbekosten und Marketingaufwendungen hat sich der Materialaufwand erhöht. Auch der Personalaufwand ist gestiegen. Dies beruht auf einem Anstieg der Anzahl der Beschäftigten, auf Gehaltsanpassungen sowie der Gewährung einer Inflationsausgleichsprämie. Aufgrund gestiegener Rechts- und Beratungskosten haben sich darüber hinaus auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2023 Mittel von 1,47 Mio. € zur Verfügung. Bis zum Jahresende wurden 1,50 Mio. € entsprechend der Verpflichtung aus der Satzung als Gesellschafterzuzahlung an die FRM geleistet. Der Differenzbetrag zum Haushaltsansatz wird aus dem Budget des Fachdezernats gedeckt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat. Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Menges 225 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

davon:	Herr Menges
Festvergütung	163 T€
variable Vergütung	36 T€

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Wirtschaftsstandort Frankfurt Rhein-Main](https://www.wirtschaftsstandort-frankfurt-rhein-main.de) | [FrankfurtRheinMain GmbH \(frm-united.de\)](https://www.frankfurtRheinMain GmbH (frm-united.de))

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	122	152	-30	-19,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	33	47	-14	-30,5
Sachanlagen	89	105	-15	-14,6
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	732	614	118	19,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	188	169	19	11,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	544	445	99	22,2
Rechnungsabgrenzungsposten	118	46	72	155,1
Bilanzsumme	972	812	160	19,7
PASSIVA				
Eigenkapital	311	348	-37	-10,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	250	250	0	0,0
abzüglich eigene Anteile	0	2	-2	-
Kapitalrücklage	24.727	23.833	894	3,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-24.666	-23.733	-933	3,9
Rückstellungen	368	201	167	83,1
Verbindlichkeiten	292	263	30	11,4
Bilanzsumme	972	812	160	19,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	937	914	22	2,4
Gesamtleistung	937	914	22	2,4
sonstige betriebliche Erträge	31	64	-34	-52,1
Materialaufw and	-2.140	-1.880	-260	13,8
Personalaufw and	-2.395	-2.078	-317	15,2
Abschreibungen	-55	-78	23	-29,6
sonstige betriebliche Aufw endungen	-1.230	-861	-369	42,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.852	-3.918	-934	23,8
Finanzergebnis	1	0	1	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-4.851	-3.918	-933	23,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	0	-0	-
Ergebnis nach Steuern	-4.851	-3.918	-933	23,8
Sonstige Steuern	-0	-0	-0	35,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.851	-3.918	-933	23,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.851	-3.918	-933	23,8
Gew inn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-23.733	-23.560	-173	0,7
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	3.918	3.745	173	4,6
Bilanzergebnis	-24.666	-23.733	-933	3,9
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	32	29	3	10,3
Zahl der Neuansiedlungen	51	32	19	59,4

1.7 Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH

Gründung: 27.09.2004	Unternehmensgegenstand: Technische und planerische Koordination der Entwicklung und Baureifmachung von Grundstücken mit den zu beteiligenden Behörden als Dienstleistung für Dritte, insbesondere im Gebiet Gateway Gardens am Flughafen in Frankfurt am Main. Nach § 34 c GewO erlaubnispflichtige Geschäfte sind ausgeschlossen. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Unternehmenszweck zunächst durch die Koordination von Planungs- und Realisierungskonzepten für das Gebiet Gateway Gardens für die gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main zu entwickelnde Bauleitplanung als Dienstleistung für die Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH.
--------------------------------	---

Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 100.000 € = 50,00 % 100.000 € = 50,00 % 200.000 € = 100,00 %
--	--

Geschäftsführung: Herr Jörg Guderian
--

Aufsichtsrat: Mandatsträger der Stadt:	12 Mitglieder Herr Stv Ulrich Baier Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau Stv Julia Frank-Millman Herr StR Prof. Dr. Marcus Gwechenberger Herr Sven-Erik Holm Herr Stv Simon Witsch
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Karl-Heinz Dietrich Herr Jürgen Groß Herr Felix Kreutel Herr Peter Matteo Herr Fritz Müller Herr Dr. Bernd Schade

Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 16,67 % bezogen auf städt. Mandate 8,33 % bezogen auf AR gesamt	Anteil Frauen Geschäftsführung: 0,00 %	Anteil Frauen Führungsebene: n. v.
---	---	------------------------------------

A. Allgemeines

In 2019 erfolgten der Abschluss des Bebauungsplanänderungsverfahrens (851 Ä zum Bebauungsplan 851, der am 12.09.2013 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde) sowie Ende 2019 die Inbetriebnahme der S-Bahn-Station Gateway Gardens. Damit wurden wesentliche Arbeitsschwerpunkte der Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH (GGP) erfüllt. Die weitere Betreuung der DB – insbesondere die weitere Begleitung der Herstellung des Stationsdachs – erfolgt über die Vertreter:innen der Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH (G³). Mit dem am 24.10. / 02.11.2023 abgeschlossenen 8. Nachtrag zum Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen G³ und GGP wurde die Laufzeit bis zum 31.12.2030 verlängert.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Das Eigenkapital machte 93,0 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Umsatzerlöse betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Erlöse aus der Geschäftsbesorgung für die Gesellschafterin G³. Den Erträgen stehen im Wesentlichen Materialaufwendungen für bezogene Leistungen sowie Personalaufwendungen gegenüber. Insgesamt hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss erwirtschaftet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

gateway-gardens.de

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	341	372	-31	-8,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6	15	-9	-58,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	335	357	-22	-6,1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0,0
Bilanzsumme	342	373	-31	-8,2
PASSIVA				
Eigenkapital	318	312	5	1,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	112	110	3	2,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	5	3	2	86,1
Rückstellungen	6	23	-17	-73,5
Verbindlichkeiten	18	37	-19	-51,6
Bilanzsumme	342	373	-31	-8,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	65	188	-123	-65,4
Gesamtleistung	65	188	-123	-65,4
sonstige betriebliche Erträge	4	2	2	74,4
Materialaufwand	-47	-56	9	-16,6
Personalaufwand	-4	-117	113	-96,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-9	-12	3	-21,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	9	5	4	82,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	9	5	4	82,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3	-2	-1	77,5
Ergebnis nach Steuern	5	3	2	86,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	5	3	2	86,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	5	3	2	86,1
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

1.8 Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Gründung: 01.01.1976		Unternehmensgegenstand: Vorhalten und Betreiben der städtischen Häfen, der Hafen- und Industriebahn einschließlich der dazugehörigen Einrichtungen, die Abhaltung und Unterstützung sowie Förderung von Märkten (Großmarkt für Lebensmittel, insbesondere für Obst und Gemüse, Einzelhandelsmarkthallen in der Innenstadt und im Stadtteil Höchst sowie offene Märkte) nach Maßgabe der Satzung zur Regelung des Marktwesens (Marktordnung) für die Märkte der Stadt Frankfurt am Main sowie die Bereitstellung von Gewerbe- und sonstigen Flächen, inklusive deren Erwerb, Entwicklung und Verkauf.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 11.500.000 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Ralf Karpa			
Betriebskommission:		10 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:		Frau StRin Stephanie Wüst	
Mandatsträger der Stadt:		Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
		Frau Stv Monika Christann	
		Frau StRin Ina Hauck	
		Frau Stv Natascha Kauder	
		Herr StR Claus Möbius	
		Herr Stv Frank Nagel	
		Herr StR Sieghard Pawlik	
		Herr Stv Nathaniel Ritter	
		Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch	
		Frau StRin Stephanie Wüst	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Betriebskommission:		Anteil Frauen Betriebsleitung:	Anteil Frauen Führungsebene:
50,00 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	1. Führungsebene: n. v.
50,00 % bezogen auf BK gesamt			2. Führungsebene: 0,00 %
Beteiligungen:		Kapitalanteile:	
Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH		1.688.100 € = 25,00 %	

A. Allgemeines

Seit dem 01.07.2002 hat die HFM den gesamten Geschäftsbetrieb der Hafengebiete gepachtet. Analog dazu hat die HFM zum 01.01.2007 auch den Geschäftsbetrieb der Marktbetriebe übernommen. Mit Wirkung zum 01.01.2018 wurden die beiden Eigenbetriebe Hafengebiete und Marktbetriebe zu einem Eigenbetrieb „Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main“ zusammengefasst. Ihre Unternehmenstätigkeit beschränkt sich im Wesentlichen auf die Vermögensverwaltung, die Aufgaben der Hafenbehörde als Ordnungsbehörde und die Betreuung des an die HFM gestellten Personals. Die Erlöse des Eigenbetriebes werden ausschließlich aus dem Pachtzins und der Erstattung der unmittelbaren Personalkosten erwirtschaftet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das Eigenkapital machte 79,3 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote). Im Geschäftsjahr erzielte der Eigenbetrieb einen Gewinn, der den Planwert überstieg. Dies resultierte vor allem aus nicht eingeplanten Erträgen aus Anlagenabgängen und Zinsen. Die Umsatzerlöse bestanden aus Personalkostenerstattungen, Pachterlösen aus Anlagevermögen und übrigen Pachteinahmen.

Das Finanzergebnis hat sich stark verbessert, bedingt durch die verbesserte Zinssituation. Das Jahresergebnis des Eigenbetriebes entfällt zu 67,7 % auf den Betriebszweig Hafen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 18.05.2022 für das Planjahr 2023 und am 25.03.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 14.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Hafen- und Marktbetriebe | Stadt Frankfurt am Main](#)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	29.846	29.924	-78	-0,3
Sachanlagen	28.138	28.213	-75	-0,3
Finanzanlagen	1.709	1.712	-3	-0,2
Umlaufvermögen	35.338	33.249	2.089	6,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	35.051	33.198	1.854	5,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	287	51	236	460,2
Bilanzsumme	65.185	63.173	2.012	3,2
PASSIVA				
Eigenkapital	51.684	50.737	947	1,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	11.500	11.500	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	36.797	20.435	16.362	80,1
Gew innvortrag / Verlustvortrag	1.374	2.440	-1.067	-43,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	2.013	16.362	-14.348	-87,7
Rückstellungen	3.120	2.419	701	29,0
Verbindlichkeiten	413	107	306	285,0
Passive latente Steuern	9.933	9.851	82	0,8
Rechnungsabgrenzungsposten	35	58	-23	-40,0
Bilanzsumme	65.185	63.173	2.012	3,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.946	4.932	13	0,3
Gesamtleistung	4.946	4.932	13	0,3
sonstige betriebliche Erträge	269	22.352	-22.083	-98,8
Personalaufw and	-2.216	-2.289	73	-3,2
Abschreibungen	-577	-676	99	-14,6
sonstige betriebliche Aufw endungen	-644	-493	-151	30,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	1.777	23.826	-22.049	-92,5
Finanzergebnis	1.058	94	964	1.020,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2.835	23.921	-21.085	-88,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-740	-7.559	6.819	-90,2
Ergebnis nach Steuern	2.095	16.362	-14.266	-87,2
Sonstige Steuern	-82	0	-82	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	2.013	16.362	-14.348	-87,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.013	16.362	-14.348	-87,7
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	31	33	-2	-6,1

1.8.1 Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH

Gründung: 29.01.2002	Unternehmensgegenstand: Betrieb eines Frischezentrums mit allen dafür erforderlichen Teilfunktionen.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Händler	5.060.450 € =	74,94 %
Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main	1.688.100 € =	25,00 %
Interessengemeinschaft Großmarkt Frankfurt e. V.	4.150 € =	0,06 %
	6.752.700 € =	100,00 %
Geschäftsführung: Frau Silke Pfeffer		
Aufsichtsrat:	12 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Stephanie Wüst	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Mikael Horstmann	
	N.N.	
	Frau StRin Stephanie Wüst	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Joachim Fricke	
	Herr Clemens Götzinger	
	Herr Peter Grundhöfer	
	Herr Aaron Jurk	
	Herr Wolfgang Lindner	
	Herr Erkan Satir	
	Herr Ralf Wisser	
	Frau Halime Yalcin	
	Herr Ruhi Yavuz	
Geschlechterquoten:		
Anteil Frauen Aufsichtsrat:	Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:
50,00 % bezogen auf städt. Mandate 18,18 % bezogen auf AR gesamt	100,00 %	1. Führungsebene: 0,00 % 2. Führungsebene: n. v.

A. Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt einen Lebensmittelgroßmarkt im Frankfurter Norden, bestehend aus einer Verkaufshalle, einer Lagerhalle und einem Bürogebäude. Die Stadt Frankfurt ist Minderheitsgesellschafterin, hält also weniger als 50 % der Anteile und ist die einzige Anteilseignerin der öffentlichen Hand. Die Gesellschafterstruktur ist divers, von Einzelpersonen bis zu mittelständischen Unternehmen. Im Jahr 2022 erwarb die Gesellschaft das Betriebsgrundstück von den Hafen- und Marktbetrieben der Stadt Frankfurt am Main.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Vermietungsquote in beiden Hallen sowie dem Bürogebäude betrug im Geschäftsjahr 100 %. Es wurden Investitionen von 455 T€ getätigt, insbesondere in die Energieeffizienz, die Infrastruktur und in notwendige Sanierungen. Die Investitionen werden sich in den Folgejahren (z. B. Dachsanierung) fortsetzen. Ihnen standen Abschreibungen von 902 T€ gegenüber. Durch ein deutlich besseres Finanzergebnis konnte eine Steigerung des Jahresergebnisses erzielt werden. Im Tagesgeschäft zeichnete sich eine Veränderung des Kundenverhaltens ab, das Liefergeschäft nahm zu und das Präsenzggeschäft stagnierte.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Großmarkt | Frischezentrum Frankfurt Am Main | Frankfurt Am Main \(frische-zentrum-frankfurt.de\)](#)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	36.167	36.502	-336	-0,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	3	-1	-49,9
Sachanlagen	36.165	36.499	-334	-0,9
Umlaufvermögen	14.162	9.988	4.174	41,8
Vorräte	67	28	39	143,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.082	2.102	-20	-0,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	12.013	7.858	4.154	52,9
Rechnungsabgrenzungsposten	11	14	-4	-24,7
Bilanzsumme	50.339	46.505	3.835	8,2
PASSIVA				
Eigenkapital	12.851	11.344	1.507	13,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	6.753	6.753	0	0,0
Kapitalrücklage	227	227	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.000	2.000	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	2.365	969	1.395	143,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1.507	1.395	111	8,0
Rückstellungen	588	448	140	31,1
Verbindlichkeiten	36.900	34.712	2.188	6,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26.353	24.448	1.905	7,8
Bilanzsumme	50.339	46.505	3.835	8,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	9.366	9.103	263	2,9
Gesamtleistung	9.366	9.103	263	2,9
sonstige betriebliche Erträge	182	184	-2	-1,1
Personalaufwand	-703	-700	-3	0,5
Abschreibungen	-902	-1.039	137	-13,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.995	-4.388	-607	13,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	2.948	3.160	-212	-6,7
Finanzergebnis	-567	-1.032	465	-45,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2.381	2.128	253	11,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-772	-630	-142	22,5
Ergebnis nach Steuern	1.609	1.498	111	7,4
Sonstige Steuern	-103	-103	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1.507	1.395	111	8,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.507	1.395	111	8,0
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	10	9	1	11,1
Vermietungsstand (in %)	100	100	0	0,4

1.9 HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung

Gründung: 02.04.2001	Unternehmensgegenstand: Die Verwaltung und der Betrieb sämtlicher Hafeneinrichtungen der Stadt Frankfurt am Main sowie die Durchführung eines Hafenbetriebs in all seinen Bereichen der Güterlogistik und der Lagerung. Außerdem die Verwaltung und der Betrieb sämtlicher Kleinmarkthallen und Wochenmärkte der Stadt Frankfurt am Main.
--------------------------------	---

Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %
---	--

Geschäftsführung: Herr Ralf Karpa

Aufsichtsrat:	5 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Stephanie Wüst
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Prof. Dr. Marcus Gwechenberger Frau Stv Natascha Kauder Herr StR Claus Möbius Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch Frau StRin Stephanie Wüst

Geschlechterquoten:	Anteil Frauen Aufsichtsrat:	Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:
	60,00 % bezogen auf städt. Mandate	0,00 %	1. Führungsebene: 50,00 % 2. Führungsebene: 50,00 %

Beirat:	5 Mitglieder
	Herr Michael Loulakis Herr Rudolf Sehring Herr Roger Simak Herr Dr. Alexander Theiss Herr Eberhard Weiß

A. Allgemeines

Seit dem 01.07.2002 hat die HFM den gesamten Geschäftsbetrieb der Hafenbetriebe (Eigenbetrieb) gepachtet. Analog dazu hat die HFM zum 01.01.2007 auch den Geschäftsbetrieb der Marktbetriebe (Eigenbetrieb) übernommen. Mit Wirkung zum 01.01.2018 wurden die beiden Eigenbetriebe Hafenbetriebe und Marktbetriebe zu einem Eigenbetrieb „Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main“ zusammengefasst.

Im Geschäftssegment Hafen liegt der Fokus der HFM auf der Stärkung der Gewerbe- und Industriegebiete im Osthafen und Gutleuthafen, der Attraktivitätssteigerung des Hafenstandortes und darauf, zur Ver- und Entsorgung des Wirtschaftsraumes Frankfurt am Main beizutragen. Hierzu unterstützt die Gesellschaft die Entwicklung und Realisierung logistischer Konzepte der Hafengewirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsträger Binnenschiff und Bahn. Im Geschäftssegment Markt spielt die Belebung des öffentlichen Raums durch Floh-, Spezial- und Wochenmärkte eine bedeutende Rolle. Durch die Besetzung von Kompetenzthemen (Lage, Qualität, Produkte) werden sich die Märkte in Zukunft weiterhin im Wettbewerb behaupten können.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gesunken. Das Eigenkapital machte 76,4 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote). Die Umsatzerlöse stiegen mit den größten Zuwächsen bei Platzmieten, Raummieten,

Markthallen und Märkten. Stark gesunken sind dafür die Einnahmen aus Hafengebühren und Abgabe von Energie und Wasser. Der Materialaufwand stieg und hatte einen Anteil von rd. 49 % an der Betriebsleistung. Er bestand im Wesentlichen aus bezogenen Leistungen und der Betriebspacht mit dem Eigenbetrieb Hafen- und Marktbetriebe. Die größten Positionen waren Gebäude, Energie und Bahnanlagen. Der Personalaufwand stieg bedingt durch tarifliche Veränderungen. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurde der größte Aufwand bei der Datenverarbeitung und sonstigem Verwaltungsaufwand verzeichnet.

Im Geschäftssegment Hafen stieg der Schiffsgüterumschlag vor allem in den Bereichen Erdöl, Mineralölzerzeugnisse und Gase, Erze und Metallabfälle sowie Steine und Erde. Der Bereich Hafengebühren verzeichnete Rückgänge der Tonnage, da einige Ausschreibungen von Transportleistungen ruhten.

Im Geschäftssegment Markt wurden durch die HFM 25 Wochenmarktveranstaltungen auf 20 Marktplätzen im Stadtgebiet Frankfurt organisiert. Die Standbetreiber:innen der Frankfurter Wochenmärkte und Markthallen hatten in Folge der Pandemie mit Personalmangel und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, was sich auf die Standplatzvermietungen und Einnahmen der Marktbetriebe auswirkte. Der Start für die Sanierung der Kleinmarkthalle ist bis Anfang 2025 unter laufendem Betrieb geplant.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Im Jahr 2023 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2022 von 4,17 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Karpa 198 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 50 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr 350 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplanengespräche fanden statt am 18.05.2022 für das Planjahr 2023 und am 25.05.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 14.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[HFM Frankfurt | HFM Frankfurt \(hfm-frankfurt.de\)](https://www.hfm-frankfurt.de)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.486	2.388	97	4,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	208	246	-38	-15,6
Sachanlagen	2.278	2.142	136	6,3
Umlaufvermögen	8.190	10.034	-1.844	-18,4
Vorräte	285	291	-6	-2,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.620	7.454	-1.835	-24,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.285	2.289	-3	-0,2
Rechnungsabgrenzungsposten	51	36	15	40,3
Bilanzsumme	10.726	12.459	-1.733	-13,9
PASSIVA				
Eigenkapital	8.191	8.179	12	0,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	675	675	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.525	2.525	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	4.965	4.954	12	0,2
Rückstellungen	1.000	2.930	-1.929	-65,9
Verbindlichkeiten	1.360	1.187	173	14,6
Rechnungsabgrenzungsposten	175	163	12	7,1
Bilanzsumme	10.726	12.459	-1.733	-13,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	24.202	23.367	835	3,6
Gesamtleistung	24.202	23.367	835	3,6
sonstige betriebliche Erträge	558	393	165	42,0
Materialaufwand	-11.871	-10.598	-1.273	12,0
Personalaufwand	-3.428	-3.317	-111	3,3
Abschreibungen	-177	-195	18	-9,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.770	-1.983	212	-10,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	7.513	7.667	-154	-2,0
Finanzergebnis	210	26	184	712,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	7.723	7.693	30	0,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.403	-2.389	-14	0,6
Ergebnis nach Steuern	5.320	5.304	16	0,3
Sonstige Steuern	-354	-350	-4	1,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	4.965	4.954	12	0,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4.965	4.954	12	0,2
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	56	57	-1	-1,8
Schiffsgüterumschlag (in t)	2.734.551	2.616.091	118.460	4,5
Hafenbahnverkehr (in t)	1.362.125	1.659.667	-297.542	-17,9

1.10 KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH

Gründung: 26.01.1995		Unternehmensgegenstand: Erwerb, Entwicklung und Veräußerung von Flächen, vorrangig im Stadtgebiet Frankfurt am Main, deren bisherige, insbesondere militärische Nutzung für andere Zwecke, vornehmlich den Wohnungsbau, geändert werden soll. Soweit es wirtschaftlich und städteplanerisch zweckmäßig erscheint, ist die Gesellschaft zudem berechtigt, mittel- und ggf. auch längerfristige Nutzungsverhältnisse (bspw. Vermietung an Dritte) zu begründen. Die Gesellschaft kann auch zum Zwecke der Errichtung von öffentlich geförderten Wohngebäuden Flächen erwerben, bebauen, verwalten und vermieten.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main BSMF Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH		Kapitalanteile: 40.000 € = 50,00 % 40.000 € = 50,00 % 80.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Klaus-Peter Kemper			
Aufsichtsrat:		10 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau StRin Sylvia Weber	
Mandatsträger der Stadt:		Herr StR Prof. Dr. Marcus Gwechenberger Herr Stv Johannes Lauterwald Herr Arndt-Philipp Seeger Frau StRin Elke Voitl Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Robert Faktor Herr Heinrich Liman Herr Gerald Lipka Frau Gaby Morr Herr Wolfgang Rhein	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat: 40,00 % bezogen auf städt. Mandate 30,00 % bezogen auf AR gesamt		Anteil Frauen Geschäftsführung: 0,00 %	
		Anteil Frauen Führungsebene: n. v.	

A. Allgemeines

Die Projekte der KEG zielen auf die Entwicklung von Wohnbauland sowie soziale und andere Infrastrukturprojekte ab. Aufgrund der starken Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt sind die Vermietungsbedingungen für den Immobilienbestand der KEG sehr positiv. Auch für die Spezialimmobilien zeichnet sich eine langfristige, dauerhafte Vermietung ab. Die Rahmenbedingungen für immobilienwirtschaftliche Unternehmen werden zunehmend komplexer.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Dies beruhte passivisch im Wesentlichen auf erhöhten sonstigen Verbindlichkeiten und aktivisch auf einer Zunahme des Sachanlagevermögens. Die im Umlaufvermögen bilanzierten Grundstücke zum Verkauf haben sich ebenfalls gesteigert. Die Eigenkapitalquote betrug 4,5 %.

Im Berichtsjahr hat sich die Erfolgslage des Unternehmens deutlich verschlechtert. Gegenüber einem signifikanten Jahresüberschuss im Vorjahr ist ein erheblicher Jahresverlust zu verzeichnen. Trotz höherer Erlöse aus der Hausbewirtschaftung und einer Bestandserhöhung blieb das Ergebnis aufgrund gestiegener Aufwendungen für Grundstücksverkäufe, Abschreibungen und Zinslasten weit unter dem Vorjahresergebnis. Prägend waren hier zum

einen der Verlust aus den Projekten des Liegenschaftsfonds (betrauter Bereich), der jedoch mit den in der Kapitalrücklage bilanzierten städtischen Zuschüssen verrechnet werden kann, und zum anderen Veränderungen bei der Abschreibung von Flüchtlingsunterkünften.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Gegenüber der Stadt Frankfurt am Main bestanden zum Stichtag Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 48,39 Mio. € (Vj. 36,97 Mio. €).

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Aktuelles \(keg-frankfurt.de\)](https://www.keg-frankfurt.de)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	220.855	213.401	7.454	3,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	-1	-42,9
Sachanlagen	220.228	213.079	7.149	3,4
Finanzanlagen	626	321	306	95,4
Umlaufvermögen	18.745	16.760	1.985	11,8
Vorräte	15.996	12.576	3.419	27,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.870	2.649	-779	-29,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	879	1.535	-656	-42,7
Rechnungsabgrenzungsposten	464	511	-47	-9,2
Bilanzsumme	240.064	230.672	9.392	4,1
PASSIVA				
Eigenkapital	10.702	11.453	-751	-6,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	80	80	0	0,0
Kapitalrücklage	2.000	2.269	-269	-11,8
Gew innrücklagen / variables Kapital	3.905	3.905	0	0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	6.436	3.978	2.458	61,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-1.718	1.222	-2.941	-240,6
Sonderposten	3.600	732	2.867	391,6
Rückstellungen	5.059	5.165	-106	-2,0
Verbindlichkeiten	218.097	210.721	7.377	3,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	161.649	167.484	-5.835	-3,5
Passive latente Steuern	2.483	2.497	-14	-0,6
Rechnungsabgrenzungsposten	122	103	19	18,2
Bilanzsumme	240.064	230.672	9.392	4,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	22.208	18.505	3.703	20,0
Bestandsänderung UE/ FE	3.419	98	3.321	3.390,5
Gesamtleistung	25.627	18.603	7.024	37,8
sonstige betriebliche Erträge	215	242	-26	-10,9
Materialaufw and	-10.839	-5.773	-5.066	87,8
Personalaufw and	-39	-31	-8	27,0
Abschreibungen	-11.134	-6.571	-4.563	69,4
sonstige betriebliche Aufw endungen	-1.432	-1.108	-324	29,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	2.397	5.362	-2.964	-55,3
Finanzergebnis	-4.166	-3.088	-1.078	34,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-1.768	2.274	-4.043	-177,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	355	-725	1.080	-149,0
Ergebnis nach Steuern	-1.413	1.549	-2.962	-191,2
Sonstige Steuern	-305	-327	22	-6,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-1.718	1.222	-2.941	-240,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.718	1.222	-2.941	-240,6
Gew inn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	5.200	3.978	1.222	30,7
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	1.236	0	1.236	-
Bilanzergebnis	4.717	5.200	-482	-9,3
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	4	3	1	33,3

1.11 Messe Frankfurt GmbH und Konzern

Gründung: 22.11.1907	Unternehmensgegenstand: Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen und Ausstellungen im In- und Ausland, durch Veranstaltung oder Durchführung von Kongressen und Tagungen und durch alle mit den Messe-, Ausstellungs-, Kongress- und Tagungsgeschäften zusammenhängenden Tätigkeiten. Zur Erfüllung dieses Zwecks unterhält die Gesellschaft Messe- und Ausstellungsanlagen sowie Kongress- und Tagungsräume, die sie für die Veranstaltungen nutzt oder gegen angemessenes Entgelt vermietet. Die Gesellschaft ist auch berechtigt, auf ihrem Gelände Veranstaltungen sportlicher, kultureller oder sonstiger Art durchzuführen oder ihre Anlagen für solche Zwecke zu vermieten.
--------------------------------	---

Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Land Hessen	Kapitalanteile: 108.000.000 € = 60,00 % 72.000.000 € = 40,00 % 180.000.000 € = 100,00 %
--	---

Geschäftsführung: Herr Uwe Behm Herr Detlef Braun Herr Wolfgang Marzin
--

Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	21 Mitglieder Frau StRin Stephanie Wüst Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau StRin Ina Hauck Herr OB Mike Josef Frau StRin Stephanie Wüst Herr Staatsmin Tarek Al-Wazir Herr Staatsmin Peter Beuth Frau Britta Böcher (AN) Herr Staatsmin Michael Boddenberg Herr Wolfgang Dimmer (AN) Herr Bernd Dombek (AN) Herr Bernd Ehinger Herr Klaus Gravemann Frau Dr. Isabella-Afra Holst Herr Andreas Pipperek (AN) Herr Dr. Lutz Raettig Herr Thomas Rathgeber (AN) Frau Christiane Rüdiger (AN) Frau Ute Schuchardt (AN) Herr Jürgen Vormann Herr Hamid Yazdtschi
--	---

Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 60,00 % bezogen auf städt. Mandate 33,33 % bezogen auf AR gesamt 33,33 % Zielgröße AR gesamt	Anteil Frauen Geschäftsführung: 0,00 %	Anteil Frauen Führungsebene: 1. Führungsebene: 25,00 % 2. Führungsebene: 25,00 %
---	---	--

Beteiligungen:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Frankfurt am Main
 Messe Frankfurt Venue GmbH

Kapitalanteile:

25.000.000 € = 100,00 %
 151.000.000 € = 100,00 %

A. Allgemeines

Die weltweite Durchführung von Messen und Ausstellungen zählt vor allem in den Bereichen Automotive & Logistik, Textil, Konsumgüter, Gebäude- und Nahrungsmitteltechnologie zum Kerngeschäft der 29 Konzerngesellschaften der Messe Frankfurt Unternehmensgruppe. Am Standort Frankfurt bietet sie zehn Messehallen und zwei eigene Kongresszentren für Messen, Kongresse, Konzerte, Sport- und Kulturveranstaltungen an.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023**Einzelabschluss der GmbH**

Als Konzernholding stellte die Messe Frankfurt GmbH zentrale Verwaltungsfunktionen für die Unternehmensgruppe zur Verfügung, die an die Konzerngesellschaften verrechnet wurden. Zugleich übte sie für die Konzernunternehmen die Funktion einer „internen Bank“ aus (Cash Pooling). Damit stellte das Finanzergebnis der Messe Frankfurt GmbH die wichtigste finanzielle Kenngröße dar. Es basierte einerseits auf den Ergebnissen, die sich aus den Ergebnisabführungsverträgen der unmittelbaren Tochtergesellschaften Messe Frankfurt Venue GmbH (Besitzgesellschaft) und Messe Frankfurt Exhibition GmbH (Veranstaltungsgeschäft) ergeben, andererseits auf dem Zinsergebnis. Bedingt durch einen Grundstücksverkauf konnte die Messe Frankfurt Venue GmbH in 2022 noch einen Gewinn abführen, während in 2023 eine hohe Verlustübernahme zu Buche schlug. Die Ergebnisverbesserungen im Zinsgeschäft und bei der Messe Frankfurt Exhibition GmbH konnten dies nicht ausgleichen, so dass die Messe Frankfurt GmbH per Saldo mit einem deutlich geringeren Finanzergebnis und damit auch Jahresergebnis 2023 abschloss als noch im Jahr davor.

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und wird auf der Aktivseite geprägt durch Finanzanlagen und Wertpapiere. Die Eigenkapitalquote beträgt 48,2 %.

Konzernabschluss

Die Konzernbilanzsumme verringerte sich aufgrund des Abbaus von Kreditverbindlichkeiten. Die Eigenkapitalquote lag unverändert bei rund 40 %. Die Verbindlichkeiten verringerten sich aufgrund der planmäßigen Tilgung und hatten einen Anteil von rund 48 % (Vj. rd. 50 %) an der Bilanzsumme und führten – im Verhältnis zum Eigenkapital – zu einem Verschuldungsgrad von rd. 120 % nach rd. 127 % im Vorjahr.

Der ganzjährig positive weltweite Geschäftsbetrieb spiegelte sich im Jahresüberschuss des Konzerns Messe Frankfurt wieder. Maßgeblich hierfür waren die weltweit gestiegenen Umsatzerlöse, wobei die Umsatzerlöse im Inland weniger deutlich zugelegt haben, was vor allem Messe turnusbedingt ist. Dagegen haben sich die Umsatzerlöse der im Ausland operierenden Konzerngesellschaften per Saldo im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht. Die betrieblichen Aufwendungen sind aufgrund des gestiegenen Geschäftsvolumens ebenfalls höher ausgefallen als im Vorjahr, jedoch entwickelten sie sich durchweg unterproportional zur Umsatzsteigerung. Unter Berücksichtigung der Ertragsteuern ergab sich bedingt durch das ganzjährig lebhaftes Messengeschäft im Berichtsjahr ein Konzernjahresüberschuss, nach einem Konzernverlust im Vorjahr.

Vertiefende Informationen zum Konzernabschluss finden sich auf der Internetseite der Gesellschaft:

<https://www.messefrankfurt.com/frankfurt/de/unternehmen.html#annualreport>

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Die Gesellschaft hat im Jahr 2023 keine Dividende ausgeschüttet.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Marzin 467 T€, von Herrn Braun 424 T€ und von Herrn Behm 431 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 47 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Stadt Frankfurt am Main verpflichtete sich in 2010 auf die Richtlinien verantwortungsbewusster Unternehmensführung für ihre Beteiligungsunternehmen (PCGK). Zeitversetzt dazu hat die Hessische Landesregierung in 2015 die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Landes Hessen verabschiedet. Die Stadt Frankfurt am Main hat in 2023 eine Neufassung ihres Kodexes beschlossen. Nunmehr soll für die Messe Frankfurt GmbH ein Corporate Governance Kodex festgelegt werden.

Für weitere Informationen zur Messe Frankfurt wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Messe Frankfurt - Unternehmensportal](#)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Messe Frankfurt GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	566.075	598.034	-31.959	-5,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.940	2.359	-419	-17,8
Sachanlagen	1.811	2.262	-450	-19,9
Finanzanlagen	562.323	593.412	-31.089	-5,2
Umlaufvermögen	464.562	482.876	-18.315	-3,8
Vorräte	4	1	2	186,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	96.872	113.195	-16.323	-14,4
Wertpapiere	267.513	253.725	13.788	5,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	100.174	115.956	-15.782	-13,6
Rechnungsabgrenzungsposten	2.502	2.303	199	8,6
Bilanzsumme	1.033.138	1.083.212	-50.074	-4,6
PASSIVA				
Eigenkapital	497.650	517.192	-19.542	-3,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	180.000	180.000	0	0,0
Kapitalrücklage	325.219	325.219	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	57.000	57.000	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-45.027	-37.076	-7.951	21,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-19.542	-7.951	-11.591	145,8
Rückstellungen	18.286	19.446	-1.161	-6,0
Verbindlichkeiten	517.202	546.574	-29.372	-5,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	248.662	288.450	-39.788	-13,8
Bilanzsumme	1.033.138	1.083.212	-50.074	-4,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	54.180	51.748	2.432	4,7
Gesamtleistung	54.180	51.748	2.432	4,7
sonstige betriebliche Erträge	5.339	2.276	3.062	134,5
Materialaufwand	-6.209	-4.181	-2.028	48,5
Personalaufwand	-33.135	-32.443	-693	2,1
Abschreibungen	-2.380	-2.678	297	-11,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-22.305	-20.658	-1.647	8,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.512	-5.935	1.423	-24,0
Finanzergebnis	-13.906	-3.059	-10.847	354,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-18.418	-8.994	-9.424	104,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.124	1.042	-2.167	-207,9
Ergebnis nach Steuern	-19.542	-7.951	-11.591	145,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-19.542	-7.951	-11.591	145,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-19.542	-7.951	-11.591	145,8
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	275	266	9	3,4
Anzahl der Messen u. Ausstellungen in Frankfurt	28	31	-3	-9,7
Anzahl der Aussteller:innen in Frankfurt	23.163	25.197	-2.034	-8,1
Vermietete Nettofläche (in Tsd. qm) in Frankfurt	753	811	-58	-7,2
Besucher:innen (in Tsd.) in Frankfurt	782	638	144	22,6
Kongresse, Events und weitere Veranstaltungen in Frankfurt	188	185	3	1,6

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Messe Frankfurt GmbH (Konzernabschluss)

Bilanz Konzern	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	802.581	826.878	-24.296	-2,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	53.024	56.634	-3.610	-6,4
Sachanlagen	748.264	770.224	-21.960	-2,9
Finanzanlagen	1.294	20	1.274	6.227,9
Umlaufvermögen	530.308	510.111	20.197	4,0
Vorräte	1.397	1.229	168	13,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	49.826	47.847	1.980	4,1
Wertpapiere	267.513	253.725	13.788	5,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	211.573	207.311	4.262	2,1
Rechnungsabgrenzungsposten	5.330	5.011	319	6,4
Bilanzsumme	1.338.220	1.342.000	-3.780	-0,3
PASSIVA				
Eigenkapital	542.359	529.513	12.846	2,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	180.000	180.000	0	0,0
Kapitalrücklage	352.234	352.219	14	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	86.281	86.090	191	0,2
Gew innvortrag / Verlustvortrag	-84.735	-56.847	-27.887	49,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	13.671	-27.619	41.290	-149,5
Anteile anderer Gesellschafter	4.540	1.752	2.788	159,1
Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-9.632	-6.082	-3.551	58,4
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	1.304	848	457	53,9
Sonderposten	9.035	6.084	2.951	48,5
Rückstellungen	122.911	116.534	6.378	5,5
Verbindlichkeiten	648.072	672.822	-24.750	-3,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	251.355	291.138	-39.783	-13,7
Passive latente Steuern	6.655	6.929	-274	-3,9
Rechnungsabgrenzungsposten	7.883	9.271	-1.387	-15,0
Bilanzsumme	1.338.220	1.342.000	-3.780	-0,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	608.972	454.161	154.810	34,1
Bestandsveränderung UE / FE	151	-41	191	-472,1
Gesamtleistung	609.123	454.121	155.002	34,1
sonstige betriebliche Erträge	32.314	60.025	-27.711	-46,2
Materialaufw and	-290.665	-229.821	-60.844	26,5
Personalaufw and	-175.745	-166.461	-9.284	5,6
Abschreibungen	-66.244	-60.072	-6.173	10,3
sonstige betriebliche Aufw endungen	-80.864	-74.441	-6.423	8,6
Betriebsergebnis	27.917	-16.650	44.567	-267,7
Finanzergebnis	2.010	-6.477	8.488	-131,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	29.927	-23.127	53.055	-229,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7.881	242	-8.123	-3.357,7
Ergebnis nach Steuern	22.046	-22.885	44.932	-196,3
Sonstige Steuern	-3.593	-2.787	-805	28,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	18.454	-25.673	44.126	-171,9
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-4.783	-1.946	-2.836	145,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	13.671	-27.619	41.290	-149,5

Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	2.186	2.111	75	3,6
Anzahl der gesamten Messen u. Ausstellungen	140	104	36	34,6
Anzahl der Aussteller:innen	86.397	46.507	39.890	85,8
Vermietete Nettofläche (in Tsd. qm)	2.498	1.513	985	65,1
Besucher:innen (in Tsd.)	3.601	1.805	1.796	99,5

1.12 Rebstock Projektgesellschaft mbH

Gründung: 21.02.1995		Unternehmensgegenstand: Entwicklung, Baureifmachung und Erschließung der Grundstücke auf dem Rebstockgelände in Frankfurt am Main sowie die wirtschaftliche und technische Baubetreuung von Bauvorhaben auf den dort gelegenen Grundstücken und die Vermarktung der Wohnbauflächen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 2.556.459 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Thomas Berge			
Aufsichtsrat:		11 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr StR Prof. Dr. Marcus Gwechenberger	
Mandatsträger der Stadt:		Herr Stv Ulrich Baier	
		Herr OV Thomas Gutmann	
		Herr StR Prof. Dr. Marcus Gwechenberger	
		Frau StRin Rosemarie Heilig	
		Herr Stv Sebastian Papke	
		Herr Stv Simon Witsch	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Dr. Frank Büchler	
		Herr Peter Jürges	
		Herr Dr. Bastian Messow	
		Herr Sebastian Netzel	
		Herr Carsten Schumacher	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung: %	Anteil Frauen Führungsebene:
16,67 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	1. Führungsebene: 100,00 %
9,09 % bezogen auf AR gesamt			2. Führungsebene: n. v.

A. Allgemeines

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main hat am 15.12.2022 dem Ankauf der Anteile der Mitgesellschafter Euroga B.V. i. L. (37,5 %) und ConCret Vermittlungs- und Verwaltungsgesellschaft i. L. (12,5 %) an der Rebstock Projektgesellschaft mbH (RPG) durch die Stadt Frankfurt am Main zugestimmt. Mit der Eintragung in das Handelsregister am 08.11.2023 beträgt der Anteil der Stadt Frankfurt am Main an der RPG 100 %.

Zur Erfüllung des Delegationsvertrages der RPG steht als letzter Schritt die Fertigstellung der Erschließung im Nordosten aus. Während der erste Erschließungsabschnitt Nordost bereits fertiggestellt und übergeben ist, fokussieren sich im zweiten Erschließungsabschnitt Nordost die Arbeiten auf die laufende Betreuung der Hochbauinvestoren. Im Zuge des laufenden Vertragsmanagements und –monitorings steht im zurückliegenden Berichtszeitraum umplanungsbedingt die Abstimmung eines Nachtrags zum Städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Frankfurt am Main und einem beteiligten Investor im Vordergrund. Darüber hinaus begleitete die RPG die Durchführung der Kampfmittelsondierung und –räumung im Rebstockwald.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 64,7 % der Bilanzsumme (Eigenkapitalquote).

Im zurückliegenden Kalenderjahr hat die Projektgesellschaft Umsatzerlöse erwirtschaftet und damit nahezu den geplanten Erlös verdreifacht. Entscheidende Faktoren für diese Entwicklung sind die, in diesem Umfang vorab nicht

absehbaren, Maßnahmen der Kampfmittelondierung im Rebstockwald und die kurzfristig realisierten Erlöse im Baugebietsmanagement. Des Weiteren konnten Erschließungsleistungen früher als geplant abgerechnet werden. Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein Jahresfehlbetrag ausgewiesen. Das verbesserte Ergebnis ist auf die Chancen im Baugebietsmanagement sowie auf die positive Zinsentwicklung von Kapitalanlagen zurückzuführen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Dr. Berge 96 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 5 T€.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Rebstockpark Frankfurt am Main – Grün findet Stadt \(rebstockpark-ffm.de\)](https://www.rebstockpark-ffm.de)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Rebstock Projektgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	0	0	-0	-98,9
Sachanlagen	0	0	-0	-98,9
Umlaufvermögen	3.081	3.361	-280	-8,3
Vorräte	893	978	-84	-8,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	74	101	-27	-27,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.114	2.282	-169	-7,4
Rechnungsabgrenzungsposten	1	2	-1	-53,0
Bilanzsumme	3.081	3.362	-281	-8,4
PASSIVA				
Eigenkapital	1.993	2.182	-189	-8,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	2.556	2.556	0	0,0
Kapitalrücklage	7.669	7.669	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	579	579	0	0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	-8.623	-8.365	-257	3,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-189	-257	69	-26,6
Rückstellungen	24	26	-2	-5,9
Verbindlichkeiten	1.056	1.155	-99	-8,5
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	8	-
Bilanzsumme	3.081	3.362	-281	-8,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	849	305	544	178,2
Bestandsänderung UE / FE	-84	-112	28	-25,0
Gesamtleistung	765	193	572	296,3
sonstige betriebliche Erträge	18	8	9	109,9
Materialaufw and	-717	-160	-557	348,8
Personalaufw and	-208	-196	-12	6,1
Abschreibungen	-0	-0	0	-9,0
sonstige betriebliche Aufw endungen	-93	-99	6	-6,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-235	-253	18	-7,1
Finanzergebnis	47	-4	51	-1.271,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-189	-257	69	-26,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-0	-
Ergebnis nach Steuern	-189	-257	69	-26,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-189	-257	69	-26,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-189	-257	69	-26,6
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2	2	0	0,0

1.13 Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main

Gründung: 07.06.1995		Unternehmensgegenstand: Vermarktung der Segmente Tourismus und Kongresse, Vermittlung und Erbringung von touristischen Dienstleistungen im Incoming-Management sowie der Kartenvorverkauf für Dritte, Einführung und Betrieb von City Soft Frankfurt am Main, die Durchführung von Volks- und Stadtfesten, Erbringung von touristischen und werblichen Leistungen für Dritte.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 51.130 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Feda			
Aufsichtsrat:		10 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr OB Mike Josef	
Mandatsträger der Stadt:		Herr Stv Gregor Amann	
		Frau Stv Beatrix Baumann	
		Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
		Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
		Herr StR Mikael Horstmann	
		Herr OB Mike Josef	
		Herr Stv Uwe Paulsen	
		Herr StR Christian Setzepfandt	
		Frau StRin Stephanie Wüst	
		Frau Stv Tina Zapf-Rodriguez	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:
50,00 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	1. Führungsebene: 71,43 % 2. Führungsebene: 60,00 %
Beteiligungen: Frankfurt Ticket RheinMain GmbH		Kapitalanteile: 5.200 € = 20,00 %	

A. Allgemeines

Die Stadt Frankfurt am Main ist alleinige Gesellschafterin der Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main (TCF). Im Kernbereich Tourismus- und Kongressmarketing werden touristische Veranstaltungen und die Stadt Frankfurt am Main im In- und Ausland beworben sowie Kongresse im Stadtgebiet akquiriert. Die großen Frankfurter Feste, darunter die Dippemess, das Museumsuferfest, das Mainfest und der Frankfurter Weihnachtsmarkt, werden jährlich von der TCF veranstaltet. Die Tourismusinformation wird betrieben und Stadtführungen werden vermittelt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Im Geschäftsjahr 2023 gab es mit 10,35 Mio. Übernachtungen und 5,98 Mio. Gästen das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten in Frankfurt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dieses Ergebnis einer Steigerung von 20,3 % bei den Übernachtungen und 25,8 % bei den Übernachtungsgästen. Im Binnenmarkt stieg die Zahl der Gäste auf rd. 3,9 Mio., die Übernachtungen nahmen um 16,7 % gegenüber dem Vorjahr zu. Bei den Übernachtungen ausländischer Besucher:innen wurde ebenfalls ein Plus von 25 % verzeichnet, die Zahl der Gäste nahm um 31,3 % zu. Die Verweildauer sank dagegen.

In 2023 wurden wieder alle großen Frankfurter Feste (Dippemess im Frühjahr und Herbst, Wäldchestag, Mainfest, Museumsuferfest und Weihnachtsmarkt) sowie zahlreiche kleinere Veranstaltungen durchgeführt. Dabei wurden die Sicherheitsauflagen der Polizei für das Museumsuferfest und den Weihnachtsmarkt verschärft, neue

Zugangssperren waren erforderlich. Insgesamt stiegen die Kosten für die Sicherheit bei allen Festen. Weil Eintracht Frankfurt das Finale des DFB-Pokals erreichte, wurde ein Empfang für den Fall des Sieges vorbereitet, der dann abgesagt wurde. Die Kosten wurden durch die Stadt Frankfurt am Main ersetzt. Zusätzlich wurde das „Jubiläum 175 Jahre Nationalversammlung in der Paulskirche“ durch ein Bürgerfest gefeiert. Weiterhin wurde die UEFA EURO 2024 Fanzone vorbereitet. Das Kongress- und Tourismusmarketing konnte post-Corona wieder ausgeweitet werden.

Vertiefende Angaben finden sich in den Publikationen der Gesellschaft:

[Frankfurt Publikationen: Berichte und Statistiken | #visitfrankfurt](#)

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2023 Betriebsmittel von 9,77 Mio. €, Reste i. H. v. 763 T€ sowie Mittel aus dem Tourismusbeitrag i. H. v. 1,24 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind bis zum Jahresende Auszahlungen von 11,78 Mio € erfolgt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Feda 205 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

davon:	Herr Feda
Festvergütung	137,0 T€
variable Vergütung aus 2021 und 2022	60,0 T€

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplanbesprechungen fanden statt am 24.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 07.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 21.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

<https://www.visitfrankfurt.travel/>

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	420	331	88	26,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	134	41	92	222,6
Sachanlagen	286	290	-4	-1,4
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	8.322	5.051	3.271	64,8
Vorräte	65	37	28	77,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.648	3.560	4.088	114,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	609	1.454	-845	-58,1
Rechnungsabgrenzungsposten	84	48	36	75,1
Bilanzsumme	8.825	5.430	3.395	62,5
PASSIVA				
Eigenkapital	4.821	1.984	2.837	143,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	51	51	0	0,0
Kapitalrücklage	13.714	6.990	6.723	96,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-8.944	-5.057	-3.887	76,9
Rückstellungen	1.242	1.243	-1	-0,1
Verbindlichkeiten	2.655	2.053	601	29,3
Rechnungsabgrenzungsposten	108	150	-42	-28,0
Bilanzsumme	8.825	5.430	3.395	62,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	6.819	5.890	929	15,8
Gesamtleistung	6.819	5.890	929	15,8
sonstige betriebliche Erträge	649	535	114	21,3
Materialaufwand	-10.696	-6.293	-4.403	70,0
Personalaufwand	-4.046	-3.644	-402	11,0
Abschreibungen	-81	-100	19	-19,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.620	-1.430	-190	13,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-8.975	-5.042	-3.933	78,0
Finanzergebnis	31	-12	43	-350,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-8.944	-5.054	-3.890	77,0
Ergebnis nach Steuern	-8.944	-5.054	-3.890	77,0
Sonstige Steuern	-0	-3	3	-95,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-8.944	-5.057	-3.887	76,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-8.944	-5.057	-3.887	76,9
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	75	72	3	4,2
Auszubildende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-
Anzahl der Messeauftritte	35	32	3	9,4
Anzahl der Stadtrundfahrten und -rundgänge	3.008	1.362	1.646	120,9
Anzahl der Kundenkontakte in den Touristinfos	377.632	313.830	63.802	20,3
Anzahl der durchgeführten Feste	20	19	1	5,3
Anzahl der vermittelten Übernachtungen	10.822	6.608	4.214	63,8

1.14 Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic

Gründung: 27.04.1987		Unternehmensgegenstand: Förderung aller Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt Frankfurt am Main dienen. Die Gesellschaft soll insbesondere im In- und Ausland für die Neuansiedlung von Unternehmen werben und bereits in der Stadt Frankfurt am Main ansässige Unternehmen zur Sicherung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraten.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Ansgar Roesse			
Aufsichtsrat:		6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau StRin Stephanie Wüst	
Mandatsträger der Stadt:		Herr Stv Gregor Amann	
		Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
		Frau StRin Ina Hauck	
		Herr StR Claus Möbius	
		Herr Stv Uwe Paulsen	
		Frau StRin Stephanie Wüst	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	
50,00 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	
		Anteil Frauen Führungsebene:	
		1. Führungsebene: 50,00 %	
		2. Führungsebene: 66,67 %	
Beteiligungen:		Kapitalanteile:	
Kompass - Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main - gemeinnützige GmbH		27.500 € = 100,00 %	

A. Allgemeines

Die Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH versteht sich als Lotse, One Stop Agency und auch als proaktiver Dienstleister für die Anliegen der Unternehmen. Die Kernziele des Handelns der Gesellschaft sind gemäß ihrem Auftrag:

- Sicherung von Wirtschaftskraft und Steigerung des Wirtschaftswachstums;
- Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen;
- Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft der Stadt Frankfurt am Main;
- Mittler und Netzwerker in der Stadt Frankfurt am Main und in der Region.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr erhöht. Das Eigenkapital machte 78,8 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Umsatzerlöse lagen unter dem Vorjahr, da einzelne Projekte wie die Frankfurt Fashion Week sowie das House of Creativity and Innovation entfallen sind. Außerdem hat sich im Ergebnis die angespannte Situation in der Immobilienbranche niedergeschlagen: Allerdings sanken sowohl der Personalaufwand als auch der sonstige betriebliche Aufwand aufgrund von Vakanzen sowie Planungsunsicherheiten bei Messestandpartnern. Zu den wesentlichen Projekten und Projektergebnissen in 2023 zählten:

- Deutsche Bewerbung um den Sitz der europäischen Anti-Geldwäsche-Behörde AMLA
- Ausbildungsmesse im Frankfurter Osten
- Fortsetzung der Industriekampagne FFMöglichmacher
- Frankfurter Gründerpreis

- „Flottes Gewerbe“ – kostenloser E-Lastenradtest für Frankfurter Unternehmen
- Machbarkeitsstudie Azubi-Wohnen
- Standortmarketing auf der Immobilienmesse MIPIM in Cannes

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2023 Betriebsmittel von 7,27 Mio. € sowie Reste von 698 T€ zur Verfügung. Hiervon sind bis zum Jahresende Auszahlungen von 7,42 Mio € erfolgt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Roesse 170 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten keine Vergütung.

davon:	Herr Roesse
Festvergütung	140 T€
variable Vergütung (für Tätigkeit als Prokurist in 2022)	20 T€

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 18.10.2022 für das Planjahr 2023 und am 24.10.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 23.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

<https://www.frankfurt-business.net/>

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	113	150	-37	-24,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	7	-2	-22,6
Sachanlagen	79	115	-36	-30,9
Finanzanlagen	28	28	0	0,0
Umlaufvermögen	5.184	4.057	1.127	27,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.104	1.216	888	73,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	3.080	2.841	239	8,4
Rechnungsabgrenzungsposten	287	308	-22	-7,0
Bilanzsumme	5.584	4.515	1.068	23,7
PASSIVA				
Eigenkapital	4.401	3.055	1.346	44,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	10.451	9.218	1.232	13,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-6.076	-6.190	114	-1,8
Rückstellungen	842	967	-124	-12,9
Verbindlichkeiten	339	493	-154	-31,1
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	-0	-8,0
Bilanzsumme	5.584	4.515	1.068	23,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.356	3.331	-975	-29,3
Gesamtleistung	2.356	3.331	-975	-29,3
sonstige betriebliche Erträge	49	48	0	0,9
Personalaufwand	-3.524	-3.742	218	-5,8
Abschreibungen	-39	-48	8	-17,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.926	-5.756	830	-14,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-6.085	-6.166	81	-1,3
Finanzergebnis	10	-23	33	-140,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-6.076	-6.190	114	-1,8
Ergebnis nach Steuern	-6.076	-6.190	114	-1,8
Sonstige Steuern	0	-0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-6.076	-6.190	114	-1,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-6.076	-6.190	114	-1,8
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-6.190	-6.381	192	-3,0
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	6.190	6.381	-192	-3,0
Bilanzergebnis	-6.076	-6.190	114	-1,8
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	45	47	-2	-4,3
Zahl der Neuansiedlungen (durch Vermittlung Wifö)	10	8	2	25,0
Begleitete Firmenfälle/-beratungen gesamt	1.586	1.175	411	35,0
davon Existenzgründungen	76	12	64	533,3
Anteil Drittfinanzierung der Projekte (in %)	62	71	-9	-12,4

1.14.1 Kompass – Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main – gemeinnützige GmbH

Gründung: 25.05.2000	Unternehmensgegenstand: Die Qualifizierung und Bildung von Arbeitslosen und/oder von Arbeitslosigkeit bedrohten zur beruflichen Selbständigkeit besonders im Dienstleistungssektor als Alternative zur Arbeitslosigkeit. Auch Hochschulabsolventen und Studienabbrecher stellen eine besondere Zielgruppe für die Gesellschaft dar. Die Gesellschaft fungiert als Orientierungsstelle und als regionale Netzwerkstelle.
Gesellschafter: Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development GmbH	Kapitalanteile: 27.500 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Ellen Bommersheim	

A. Allgemeines

Die Kompass gGmbH bietet Dienstleistungen im Bereich der Gründungsförderung, insbesondere für Gründer:innen und unterstützt diese bei der Lösung von Fragen rund um die Gründung. Weiterhin fungiert die Gesellschaft als regionale Netzwerkstelle. Im Sinne der Förderung von Existenzgründungen beteiligt sie sich an Aktivitäten mit regionalen Akteur:innen, mit kommunalen Gebietskörperschaften, insbesondere der Stadt Frankfurt am Main und ihrer Gesellschafterin Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH sowie regional ausgerichteten Gründungsprojekten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Das Eigenkapital machte 75,4 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Umsatzerlöse lagen unter dem Vorjahr, da ein Projekt mit einer zweimonatigen Verspätung startete und ein Projekt nicht zustande kam. Der Anstieg des Personalaufwands und des Materialaufwands ergab sich vor allem, da im Berichtsjahr mehr Honorarkräfte aufgrund der höheren Nachfrage nach Veranstaltungen eingesetzt und die Gehälter an die tariflichen Bestimmungen angepasst wurden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Frau Bommersheim 92 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten keine Vergütung.

davon:	Frau Bommersheim
Festvergütung	90,0 T€

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die

Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 08.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 18.10.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 23.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Startseite - kompass Frankfurt](#)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Kompass – Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main – gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	10	12	-2	-13,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	4	-2	-48,7
Sachanlagen	8	8	0	5,3
Umlaufvermögen	827	994	-167	-16,8
Vorräte	21	18	2	12,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	102	44	58	133,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	704	932	-228	-24,5
Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	-1	-
Bilanzsumme	837	1.007	-170	-16,9
PASSIVA				
Eigenkapital	631	685	-54	-7,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	28	28	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	546	546	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	112	116	-4	-3,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-54	-4	-50	1.303,8
Rückstellungen	72	78	-6	-7,9
Verbindlichkeiten	121	77	44	57,3
Rechnungsabgrenzungsposten	13	166	-153	-92,2
Bilanzsumme	837	1.007	-170	-16,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	805	817	-13	-1,5
Bestandsänderung UE / FE	5	16	-11	-69,7
Gesamtleistung	809	833	-24	-2,9
sonstige betriebliche Erträge	13	21	-7	-35,6
Materialaufwand	-114	-96	-17	18,0
Personalaufwand	-530	-519	-11	2,1
Abschreibungen	-11	-11	0	0,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-223	-226	3	-1,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-55	2	-56	-3.661,4
Finanzergebnis	4	1	3	519,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-51	2	-53	-2.461,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3	-6	3	-45,0
Ergebnis nach Steuern	-54	-4	-50	1.303,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-54	-4	-50	1.303,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-54	-4	-50	1.303,8
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	10	10	0	0,0
Zahl der beratenen Gründer:innen und Unternehmen	602	506	96	19,0
davon erfolgreich gestartete Existenzgründungen	76	60	16	26,7
Zahl der beratenen Gründer:innen und Unternehmen seit 2000	29.275	28.673	602	2,1
davon erfolgreich gestartete Existenzgründungen	6.185	6.109	76	1,2

2.1 FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern

Gründung:		Unternehmensgegenstand:	
03.07.1995		Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung, der Abfall- und Recyclingwirtschaft, der Stadt- und sonstigen Flächenreinigung sowie der Verkehrssicherung in öffentlichem und privatem Auftrag.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main		5.151.000 € = 51,00 %	
REMONDIS GmbH & Co KG - Region Süd, München		4.949.000 € = 49,00 %	
		10.100.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung:			
Herr Dirk Remmert			
Herr Benjamin Scheffler			
Aufsichtsrat:		16 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau StRin Rosemarie Heilig	
Mandatsträger der Stadt:		Frau StRin Rosemarie Heilig	
		Herr Stv Dr. Julian Langner	
		Herr Stv Roger Podstatny	
		Herr Stv Thomas Schlimme	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Frau Bettina Brauburger (AN)	
		Frau Katrin Büttner-Hoppe (AN)	
		Herr Thomas Conzendorf	
		Frau Cornelia Dörries (AN)	
		Herr Thomas Drew er	
		Herr Oliver Dziuba (AN)	
		Herr Stv Abdenassar Gannoukh (AN)	
		Herr Michael Gremm (AN)	
		Herr Sebastian Klein	
		Herr Sevket Ölcek (AN)	
		Herr Marcel Reisch (AN)	
		Herr Christian Tauchmann	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	
25,00 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	
25,00 % bezogen auf AR gesamt			
30,00 % Zielgröße AR gesamt		Anteil Frauen Führungsebene:	
		1.Führungsebene: 37,50 %	
		2.Führungsebene: 26,67 %	
Beteiligungen:		Kapitalanteile:	
FES Abfallmanagement- und Service GmbH		25.000 € = 100,00 %	
FES Wohnen und Leben GmbH		25.000 € = 100,00 %	
FFR GmbH		25.000 € = 100,00 %	
FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG		1.200.000 € = 100,00 %	
RMB Rhein-Main Biokompost GmbH		51.129 € = 100,00 %	
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH		12.500 € = 50,00 %	
RMS Rhein-Main Solarpark GmbH		50.000 € = 50,00 %	
TRAPP Handelsgesellschaft mbH		12.500 € = 50,00 %	

A. Allgemeines

Die FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) ist eine 51 %-Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main (Stadt). Die übrigen 49 % der Gesellschaftsanteile werden von der REMONDIS GmbH & Co. KG – Region Süd (REMONDIS) gehalten. FES ist der führende Komplettendienstleister für Entsorgung und Reinigung in der Rhein-

Main-Region. Die Gesellschaft und ihre Tochtergesellschaften (FES-Gruppe) bieten eine Vielzahl von Entsorgungs-, Reinigungs- und sonstigen Dienstleistungen für kommunale, gewerbliche und private Kunden an. Die Bedeutung der Abfallwirtschaft für die Erreichung der auf internationaler und nationaler Ebene gesetzten Klimaziele und für die Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften findet inzwischen allgemeine Anerkennung. Die Bereitstellung von Sekundärrohstoffen aus dem Abfallstrom, die Produktion von Strom und Wärme bei der thermischen Abfallbehandlung und die energetische Nutzung von Biomasse tragen zum Klimaschutz und zur Schonung von natürlichen Ressourcen bei.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Einzelabschluss der GmbH

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das Eigenkapital machte 37,7 % (38,9 %) der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Das Ergebnis liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Der Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf zusätzliche Beauftragungen im Rahmen des Projektes „Reinigung aus einer Hand“ und vertraglich vereinbarten Preisanpassungen zurückzuführen. Ca. 49,6 % (Vorjahr 45,7 %) der Umsatzerlöse der FES entfallen auf Leistungsverträge mit der Stadt Frankfurt am Main. Etwa ein Fünftel der Umsatzerlöse der FES betreffen den Entsorgungsvertrag mit der RMA für die Verbrennung von Abfällen im MHKW. Das Drittgeschäft beläuft sich auf rd. ein Drittel des Gesamtumsatzes. Die Mindererlöse gegenüber dem Vorjahr bei der Vermarktung von Sekundärrohstoffen konnten nicht durch das Wachstum in neuen Geschäftsfeldern und Preiserhöhungen kompensiert werden. Der Materialaufwand ist zurückgegangen, was im Wesentlichen auf geringere Verbrennungsentgelte an die MHKW zurückzuführen ist. Der Personalaufwand hat sich bei leicht angestiegener durchschnittlicher Mitarbeiterzahl und der Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie an die Mitarbeiter erhöht. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Dies ist vor allem durch die Dotierung einer Drohverlustrückstellung sowie höhere Instandhaltungsaufwendungen verursacht. Das Finanzergebnis hat sich bei gestiegenen Beteiligungserträgen und gestiegenem Zinsergebnis erhöht.

Konzernabschluss

Der Konzernabschluss bildet neben allen Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie allen Erträgen und Aufwendungen der FES auch die der Tochterunternehmen RMB Rhein-Main Biokompost GmbH (RMB), FES Abfallmanagement- und Service GmbH (FAS), FFR GmbH (FFR), FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7, Wiesbaden KG (FFR KG) und der im Jahr 2022 gegründete FES Wohnen und Leben (FWL) ab. Gegenstand der neu gegründeten FWL ist die Errichtung und der Betrieb von Wohnungen. Die Konzernbilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Eigenkapitalquote belief sich auf 48,1 % (Vj. 48,1 %). Das Konzernjahresergebnis liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Der Konzernumsatz ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Wesentlichen Anteil an den Erlösen hat die FES. Der überwiegende Teil der Investitionen betrifft die FES im Zusammenhang mit der Erneuerung des Fuhrparks.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

• Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Bei der FES handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Im Jahr 2023 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2022 von 11,78 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 15 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 09.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 21.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 22.03.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Startseite | FES Frankfurt \(fes-frankfurt.de\)](https://www.fes-frankfurt.de)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	67.126	65.449	1.677	2,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.152	2.331	-179	-7,7
Sachanlagen	59.982	58.126	1.856	3,2
Finanzanlagen	4.991	4.991	0	0,0
Umlaufvermögen	73.841	70.980	2.862	4,0
Vorräte	1.869	1.667	202	12,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	33.284	23.272	10.012	43,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	38.689	46.041	-7.352	-16,0
Aktive latente Steuern	7.869	7.979	-109	-1,4
Rechnungsabgrenzungsposten	1.795	1.315	480	36,5
Bilanzsumme	150.631	145.722	4.909	3,4
PASSIVA				
Eigenkapital	56.822	56.804	19	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.100	10.100	0	0,0
Kapitalrücklage	6.739	6.739	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	12.531	12.531	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	81,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	27.452	27.434	19	0,1
Rückstellungen	60.351	58.992	1.358	2,3
Verbindlichkeiten	33.423	29.882	3.541	11,8
Rechnungsabgrenzungsposten	35	44	-8	-18,8
Bilanzsumme	150.631	145.722	4.909	3,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	256.435	252.166	4.269	1,7
Bestandsänderung UE/ FE	94	-134	229	-170,1
Gesamtleistung	256.529	252.032	4.497	1,8
sonstige betriebliche Erträge	2.835	2.661	174	6,5
Materialaufwand	-69.634	-77.599	7.965	-10,3
Personalaufwand	-91.612	-87.317	-4.295	4,9
Abschreibungen	-11.832	-11.229	-603	5,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-49.005	-39.500	-9.505	24,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	37.281	39.048	-1.768	-4,5
Finanzergebnis	2.747	1.324	1.423	107,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	40.028	40.372	-344	-0,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-12.239	-12.580	341	-2,7
Ergebnis nach Steuern	27.789	27.792	-3	-0,0
Sonstige Steuern	-337	-358	22	-6,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	27.452	27.434	19	0,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	27.452	27.434	19	0,1
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	1.364	1.334	30	2,2
Auszubildende (Jahresdurchschnitt)	24	25	-1	-4,0

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	83.911	79.498	4.413	5,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.032	3.245	-212	-6,5
Sachanlagen	79.034	74.524	4.510	6,1
Finanzanlagen	1.844	1.729	116	6,7
Umlaufvermögen	80.022	78.566	1.456	1,9
Vorräte	2.076	1.861	214	11,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39.251	30.662	8.589	28,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	38.696	46.042	-7.347	-16,0
Aktive latente Steuern	8.122	8.227	-105	-1,3
Rechnungsabgrenzungsposten	1.837	1.345	492	36,6
Bilanzsumme	173.892	167.635	6.257	3,7
PASSIVA				
Eigenkapital	83.571	80.656	2.915	3,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.100	10.100	0	0,0
Kapitalrücklage	6.739	6.739	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	6.681	6.681	-0	-0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	29.701	27.100	2.601	9,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	30.350	30.036	314	1,0
Rückstellungen	66.089	63.163	2.926	4,6
Verbindlichkeiten	22.866	22.516	350	1,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.031	2.844	-812	-28,6
Passive latente Steuern	85	85	0	0,0
Rechnungsabgrenzungsposten	1.279	1.215	64	5,3
Bilanzsumme	173.891	167.635	6.256	3,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	285.034	277.901	7.133	2,6
Bestandsveränderung UE / FE	94	-134	229	-170,1
Gesamtleistung	285.128	277.766	7.362	2,7
sonstige betriebliche Erträge	3.311	3.380	-69	-2,1
Materialaufw and	-56.461	-65.727	9.266	-14,1
Personalaufw and	-116.021	-108.770	-7.251	6,7
Abschreibungen	-16.085	-15.503	-582	3,8
sonstige betriebliche Aufw endungen	-55.691	-46.539	-9.152	19,7
Betriebsergebnis	44.181	44.609	-427	-1,0
Finanzergebnis	1.234	231	1.003	433,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	45.416	44.840	576	1,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-14.656	-14.371	-285	2,0
Ergebnis nach Steuern	30.760	30.469	291	1,0
Sonstige Steuern	-410	-433	23	-5,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	30.350	30.036	314	1,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	30.350	30.036	314	1,0

Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	1.815	1.778	37	2,1
Auszubildende	25	28	-3	-10,7
Gesamelter Restmüll (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	150.900	149.500	1.400	0,9
Gesammelte organische Abfälle (aus Haushalten u. Gewerbe)	71.700	69.600	2.100	3,0
Sperrmüllmenge (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	28.500	31.700	-3.200	-10,1

2.2 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)

Gründung: 13.05.2002	Unternehmensgegenstand: Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der Länder Hessen und Rheinland - Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	60.500 € = 25,10 %
Land Hessen	30.500 € = 12,66 %
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	30.000 € = 12,45 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Groß-Gerau	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Hochtaunus	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Main-Kinzig	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Main-Taunus	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Offenbach	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Rheingau-Taunus	7.500 € = 3,11 %
Land Rheinland-Pfalz	7.500 € = 3,11 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	7.500 € = 3,11 %
Stadt Darmstadt	7.500 € = 3,11 %
Stadt Hanau	7.500 € = 3,11 %
Stadt Mainz	7.500 € = 3,11 %
Stadt Offenbach am Main	7.500 € = 3,11 %
Stadt Rüsselsheim	7.500 € = 3,11 %
Stadt Wiesbaden	7.500 € = 3,11 %
Eigener Anteil	7.500 € = 3,11 %
	241.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung:	
Frau Heike Mühlhans	
Frau Anne Rückschloß	

Aufsichtsrat:	19 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr LRat Ulrich Krebs
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Wolfgang Siefert
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr KrBg Johannes Baron
	Herr Staatssekr Jens Deutschendorf
	Herr StR Klaus Gocht
	Frau BM Sabine Groß
	Frau StRin Isabelle Hemsley
	Frau Erste KrBg Claudia Jäger
	Herr BM Dr. Oliver Jedynak
	Frau Esther Jung
	Herr Erster KrBg Lutz Köhler
	Herr StR Andreas Kowol
	Herr KrBg Winfried Ottmann
	Herr Prof. Knut Ringat
	Frau Bg Janina Steinkrüger
	Herr StR Paul Georg Wandrey
	Herr LRat Thomas Will
	Herr Staatssekr Dr. Martin Worms
	Herr LRat Sandro Zehner

Geschlechterquoten:

Anteil Frauen Aufsichtsrat:

0,00 % bezogen auf städt. Mandate

26,32 % bezogen auf AR gesamt

A. Allgemeines

Die ivm GmbH erarbeitet Handlungsansätze für eine zukunftsfähige, effiziente und nachhaltige Mobilität in der Region FrankfurtRheinMain. In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeitenden der ivm GmbH Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen bearbeitet werden. Die Projektarbeit wird auch im Jahr 2024 auf den bisher erfolgreichen Ansätzen, insbesondere im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, aufbauen. Hierzu zählt auch die Entwicklung und Weiterentwicklung von Softwarelösungen, wie sie den Bürgerserviceangeboten der ivm GmbH zu Grunde liegen. Um den Anforderungen eines zeitgemäßen Angebotes nachkommen zu können, beteiligt sich die ivm GmbH darüber hinaus als regionaler Partner an Forschungs- und Entwicklungsprojekten und macht die hierbei erarbeiteten Ergebnisse nutzbar für ihre Gesellschafter. Aktuelle Förderprojekte sind u. a. Mobility Data Space, LKW-Lotse 2.0, PundR2Scale, Digitale Informationsplattform Betriebliches Mobilitätsmanagement, Pendellabor, Mobitat 2050, Deine Schule per Rad, Zuständigkeitsübergreifendes Verkehrsmanagement Region FrankfurtRheinMain.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Eigenkapitalquote liegt bei 57,0% (Vj. 55,0%). Die Investitionen in das Anlagevermögen sanken im Vergleich zum Vorjahr deutlich und betreffen im Wesentlichen Software für die Infoplattform BMM und den Radtourenplaner Hessen. Die Forderungen aus Lieferung und Leistung sind ebenfalls stark gesunken. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus zeitlichen Unterschieden im Zahlungsverhalten und hierbei insbesondere aus den Mittelabrufen zum Jahresende für das Förderprojekt Zuständigkeitsübergreifendes Verkehrsmanagement, das Fachzentrum Schulisches Mobilitätsmanagement und die Umlagenzahlung des RMV. Die Verringerung der Verbindlichkeiten aus

Lieferungen und Leistungen ist maßgeblich auf die hohen Investitionen im Geschäftsjahr 2022 zurückzuführen. Letztere wurden in der Mehrheit erst im Schlussquartal 2022 seitens der Lieferanten in Rechnung gestellt und im Geschäftsjahr 2023 bezahlt.

Die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen der Gesellschaft werden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger (894 T€) und des Landes Hessen (445 T€) sowie vom Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) (250 T€) und durch Kofinanzierung Dritter (1,70 Mio. €) ausgeglichen. Bei den Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Förderungen und Drittmittel aus den Projekten: Fachzentrum Schulisches Mobilitätsmanagement (452 T€), Zuständigkeitsübergreifendes Verkehrsmanagement Region FrankfurtRheinMain (859 T€) und dem Kooperationsvertrag Radroutenplaner Hessen (134 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Bei der ivm handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Die Gesellschaft finanziert sich durch Zuschüsse der Gesellschafter sowie durch Drittmittel. Das Land Hessen leistet seinen Beitrag im Rahmen einer anteiligen Fehlbedarfsfinanzierung. Die Stadt Frankfurt am Main steuert einen jährlichen Betrag von rd. 645 T€ bei. Den restlichen Finanzierungsanteil leisten die beteiligten Gebietskörperschaften, mit Ausnahme des Landes Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Mainz, in Form einer einwohnerbezogenen Umlage von 0,13 € pro Einwohner. Das Land Rheinland-Pfalz leistet seinen Finanzierungsanteil in Form einer Projektfinanzierung, die Stadt Mainz durch eine Personalabstellung.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 1 T€. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Startseite - ivm \(ivm-rheinmain.de\)](http://ivm-rheinmain.de)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	575	798	-222	-27,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	517	726	-209	-28,8
Sachanlagen	58	71	-13	-17,9
Umlaufvermögen	2.181	1.128	1.052	93,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	283	886	-603	-68,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.897	242	1.655	683,4
Rechnungsabgrenzungsposten	18	21	-3	-14,9
Bilanzsumme	2.774	1.947	827	42,5
PASSIVA				
Eigenkapital	1.003	281	722	256,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	241	241	0	0,0
abzüglich eigene Anteile	8	8	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	48	0	48	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	722	48	674	1.407,9
Sonderposten	575	798	-222	-27,9
Rückstellungen	49	49	-0	-0,8
Verbindlichkeiten	1.147	819	328	40,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	125	-125	-
Bilanzsumme	2.774	1.947	827	42,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	3.665	3.528	137	3,9
Materialaufwand	-1.210	-1.488	277	-18,6
Personalaufwand	-790	-730	-60	8,2
Abschreibungen	-371	-242	-129	53,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-571	-1.018	447	-43,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	723	51	672	1.329,9
Finanzergebnis	-1	-3	1	-50,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	722	48	674	1.407,9
Ergebnis nach Steuern	722	48	674	1.407,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	722	48	674	1.407,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	722	48	674	1.407,9
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	14	12	2	19,1

2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH

Gründung:		Unternehmensgegenstand:	
27.11.2008		Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb der Infrastruktur der Regionaltangente West für die Erbringung von Verkehrsleistungen durch Verkehrsunternehmen.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main		10.000 € = 33,33 %	
Land Hessen		5.000 € = 16,67 %	
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)		5.000 € = 16,67 %	
Landkreis Hochtaunus		2.500 € = 8,33 %	
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe		2.500 € = 8,33 %	
Landkreis Offenbach		2.100 € = 7,00 %	
Landkreis Main-Taunus		900 € = 3,00 %	
Stadt Eschborn		400 € = 1,33 %	
Stadt Neu-Isenburg		400 € = 1,33 %	
Stadt Schw albach		400 € = 1,33 %	
Stadt Bad Soden		400 € = 1,33 %	
Gemeinde Sulzbach		400 € = 1,33 %	
		30.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung:			
Herr Horst Amann			
Aufsichtsrat:		15 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr StR Wolfgang Siefert	
Mandatsträger der Stadt:		Frau Stv Kristina Luxen	
		Herr StR Wolfgang Siefert	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr KrBg Johannes Baron	
		Herr BM Dr. Frank Blasch	
		Herr BM Elmar Bociek	
		Herr MinDirigent Elmar Damm	
		Herr BM Dirk Gene Hagelstein	
		Herr BM Alexander Immisch	
		Frau Erste KrBg Claudia Jäger	
		Herr BM Dr. Oliver Jedynak	
		Herr Dr. Andre Kawai	
		Herr MinDirigent Bernhard Maßberg	
		Herr Prof. Knut Ringat	
		Herr Erster KrBg Thorsten Schorr	
		Herr BM Adnan Shaikh	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:			
50,00 % bezogen auf städt. Mandate			
13,33 % bezogen auf AR gesamt			

A. Allgemeines

Nach jahrelanger Planung soll die Regionaltangente West – kurz RTW – ab 2028 Realität werden. Die westlich und südwestlich der Stadt verlaufende RTW verbindet die umliegenden Kreise und Gemeinden und schafft neue Direktverbindungen zwischen dem Hochtaunuskreis (Bad Homburg, Oberursel und Steinbach), dem Main-Taunus-

Kreis (Bad Soden, Eschborn und Sulzbach), Frankfurt Höchst, dem Flughafen Frankfurt am Main und dem Kreis Offenbach (Neu-Isenburg und Dreieich). Sie entlastet damit wesentlich den Knotenpunkt Frankfurter Hauptbahnhof sowie die stark frequentierten Linien ins Stadtzentrum.

In der Gesellschafterversammlung vom 28.11.2019 haben die Gesellschafter die Baurealisierung sowie die damit zusammenhängende Finanzierung der Regionaltangente West aus Gesellschafter-, Bundes- und Landesmitteln einstimmig beschlossen. Der Gesellschaftsvertrag der RTW enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor. Das Budget der Gesellschaft wurde 2019 auf 292,27 Mio. € aufgestockt. Zusammen mit dem Gründungsbudget i. H. v. 5,78 Mio. € ergibt sich hieraus ein Gesamtbudget von 298,05 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr stark angestiegen. Das Eigenkapital machte inkl. Sonderposten 47,3 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote). Das Jahresergebnis ist systembedingt null. Die sonstigen Erträge haben sich vermindert, was überwiegend auf die gesunkenen Projekterträge, die niedrigeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen sowie die gesunkenen Erträge aus Projektversicherungen zurückzuführen ist, während sich die höheren aktivierten Eigenleistungen der Gesellschaft gegenläufig entwickelt haben.

Die Betriebsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dies betrifft die korrespondierend zu den Projekterträgen gesunkenen Aufwendungen für bezogene Leistungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die sich im Wesentlichen aufgrund der geringeren Aufwendungen aus der Zuführung zum Sonderposten für Investitionszuschüsse vermindert haben. Gegenläufig haben sich die Personalaufwendungen aufgrund von Gehaltsteigerungen und der gestiegenen Mitarbeitendenzahl erhöht. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Zinserträge ergibt sich insgesamt ein Mehraufwand aus der Geschäftstätigkeit, der sich gegenüber dem Vorjahr vermindert hat.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

• Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Bei der RTW GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

• Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2023 betragen die Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter insgesamt 15,75 Mio. € (Vj. 15,90 Mio. €), wovon auf die Stadt Frankfurt am Main ein Anteil von 9,78 Mio. € (Vj. 9,87 Mio. €) fällt.

• Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Amann 256,3 T€. Die Aufsichtsräte üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und erhalten keine Vergütung.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Home - RTW-Hessen \(regionaltangente-west.de\)](https://www.regionaltangente-west.de)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
RTW Planungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	53.925	41.774	12.151	29,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	12	17	-5	-28,5
Sachanlagen	53.913	41.757	12.156	29,1
Umlaufvermögen	60.061	33.274	26.787	80,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.993	6.665	-1.672	-25,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	55.068	26.609	28.460	107,0
Rechnungsabgrenzungsposten	24	32	-8	-24,8
Bilanzsumme	114.011	75.081	38.930	51,9
PASSIVA				
Eigenkapital	22	22	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	30	30	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-8	-8	0	0,0
Sonderposten	53.925	41.774	12.151	29,1
Rückstellungen	882	434	449	103,4
Verbindlichkeiten	59.181	32.850	26.331	80,2
Bilanzsumme	114.011	75.081	38.930	51,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
andere aktivierte Eigenleistungen	1.668	1.222	446	36,5
Gesamtleistung	1.668	1.222	446	36,5
sonstige betriebliche Erträge	16.864	18.714	-1.849	-9,9
Materialaufwand	-523	-1.347	824	-61,2
Personalaufwand	-3.799	-3.650	-148	4,1
Abschreibungen	-71	-96	25	-26,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-14.582	-14.842	260	-1,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-443	0	-443	-466.347,6
Finanzergebnis	443	0	443	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	1	0	1	821,8
Ergebnis nach Steuern	1	0	1	821,8
Sonstige Steuern	-1	-0	-1	821,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	39	36	3	8,3

2.4 Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH

Gründung: 05.08.2015		Unternehmensgegenstand: Realisierung von Bauprojekten ausschließlich im Bereich der bestehenden oder zukünftigen Schieneninfrastruktur für Straßen- und Stadtbahnen der VGF, sofern die VGF der Gesellschaft dazu einen Auftrag erteilt. Die Gesellschaft erstellt die beauftragten Bauwerke und Anlagen einschließlich der Tunnelbauwerke und vergibt die dafür notwendigen Bau- und Planungsleistungen vollständig im eigenen Namen und auf eigene Rechnung an Dritte, Planungs- oder Bauleistungen erbringt die Gesellschaft selbst nicht. Die Gesellschaft baut die Bauwerke und Anlagen im Auftrag der VGF und erlangt selber weder Eigentums- noch Nutzungsrechte daran. Die Gesellschaft ist nur für die VGF tätig	
Gesellschafter: Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 12.750 € = 51,00 % 12.250 € = 49,00 % 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Florian Habersack Herr Ingo Kühn			
Geschlechterquoten: Anteil Frauen Geschäftsführung: 0,00 % Anteil Frauen Führungsebene: n. v.			

A. Allgemeines

Die Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH (SBEV) wurde am 24.06.2015 als 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) gegründet und am 05.08.2015 ins Handelsregister eingetragen. Am 11.11.2015 erwarb die Stadt Frankfurt am Main 49 % der Anteile an der SBEV. Somit hält die VGF seitdem 51 % der Anteile. Am 30.11.2022 erfolgte mit Eintragung im Handelsregister die Umfirmierung sowie die Änderung des Gesellschaftszwecks.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Das Geschäftsjahr schließt unverändert gegenüber dem Vorjahr mit einem Jahresüberschuss von 1 T€ ab. Die Entwicklung der Ertragslage ist geprägt durch den Projektfortschritt im Berichtsjahr. Dies spiegelt sich in der Veränderung der einzelnen Ertrags- und Aufwandsposten wider. Die VGF vereinnahmt als Antragsteller und Begünstigter die Zuwendungen gemäß den Zuwendungsbescheiden von Bund, Land und der Stadt Frankfurt am Main. Die Refinanzierung der SBEV erfolgt durch die Weiterleitung dieser Mittel gemäß Projektfortschritt. Die VGF zahlt an die SBEV dazu auf Basis einer zu generierenden Zahlungsvorschlagsliste Abschläge. Diese sollen die SBEV in die Lage versetzen, den von ihr insbesondere gegenüber den bauausführenden Unternehmen und den sonstigen Projektbeteiligten eingegangenen finanziellen Verpflichtungen vertragstreu nachzukommen. Aufgrund der Unwägbarkeiten im Rahmen der komplexen Herstellung der Tiefstation Güterplatz sowie aufgrund anhaltender Lieferengpässe und Kapazitätsprobleme ist eine Inbetriebnahme bis Ende 2025 nicht mehr realisierbar. Derzeit wird von einer Inbetriebnahme Ende 2027 ausgegangen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Herstellung der Stadtbahn Europaviertel sah der städtische Haushalt für das Jahr 2019 einen Investitionszuschuss von 3,51 Mio. € (bei einem geplanten Volumen von 92,7 Mio. €) vor. Tendenziell werden die Kosten steigen, im Haushalt 2023 wurde bereits ein Investitionszuschuss von 14,54 Mio. € (bei einem Gesamtvolumen von 183,00 Mio. €) veranschlagt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung; der Aufsichtsrat hat sich erstmals 2024 konstituiert.

Im Geschäftsjahr 2023 betrugen die Gesamtbezüge von Herrn Habersack 43 T€ und von Herrn Kühn 202 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 01.09.2022 für das Planjahr 2023 und am 25.09.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 16.04.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[SBEV | SBEV Frankfurt \(sbev-frankfurt.de\)](https://sbev-frankfurt.de)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	205.273	185.554	19.719	10,6
Vorräte	203.804	183.793	20.010	10,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	580	413	167	40,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	889	1.348	-459	-34,0
Bilanzsumme	205.273	185.554	19.719	10,6
PASSIVA				
Eigenkapital	36	35	1	3,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	10	9	1	14,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1	1	0	0,0
Rückstellungen	75	65	10	15,3
Verbindlichkeiten	205.162	185.454	19.708	10,6
Bilanzsumme	205.273	185.554	19.719	10,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	967	881	86	9,7
Bestandsänderung UE / FE	20.010	33.266	-13.256	-39,8
Gesamtleistung	20.977	34.147	-13.170	-38,6
sonstige betriebliche Erträge	11	9	2	23,3
Materialaufwand	-19.280	-32.531	13.251	-40,7
Personalaufwand	-1.027	-977	-49	5,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-726	-648	-78	12,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-45	-1	-45	7.747,2
Finanzergebnis	44	5	39	846,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-1	4	-5	-126,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2	-3	5	-182,4
Ergebnis nach Steuern	1	1	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1	1	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1	1	0	0,0
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	9	9	0	0,0

2.5 Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Gründung: 17.12.1998		Unternehmensgegenstand: Reinhaltung und naturnahe Entwicklung der Gewässer in Frankfurt am Main durch umweltschützende Ableitung und Reinigung des Abwassers, durch naturgerechte Gewässerunterhaltung und naturnahen Gewässerausbau bei angemessenem Hochwasserschutz.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 7.669.378 € = 100,00 % 7.669.378 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Andreas Hickmann Herr Karsten Jost			
Betriebskommission:		13 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:		Herr StR Wolfgang Siefert	
Mandatsträger der Stadt:		Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau StRin Ina Hauck Herr Stv Dr. Julian Langner Herr StR Sieghard Pawlik Herr Stv Roger Podstatny Frau StRin Annette Rinn Herr Stv Martin-Benedikt Schäfer Herr Stv Thomas Schlimme Herr StR Wolfgang Siefert Frau Stv Friederike von Franqué Herr Stv Eyup Yilmaz	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder		Herr Uwe Geider (AN) Herr Volker Überall (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Betriebskommission:	Anteil Frauen Betriebsleitung:	Anteil Frauen Führungsebene:	
27,27 % bezogen auf städt. Mandate 23,08 % bezogen auf BK gesamt	0,00 %	1. Führungsebene: 60,00 % 2. Führungsebene: 29,17 %	

A. Allgemeines

Der Jahresabschluss und der Lagebericht über das Geschäftsjahr 2023 lagen zum Redaktionsschluss nur im Entwurf vor.

Die SEF hat die gesetzlichen Pflichtaufgaben der ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung im Stadtgebiet durch Sammlung, Ableitung und Reinigung des anfallenden Abwassers und der Unterhaltung der fließenden Gewässer zweiter und dritter Ordnung, jeweils entsprechend den wasserrechtlichen Vorschriften.

Zur Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebes betreibt die SEF öffentliche Entwässerungskanäle mit einer Gesamtlänge von 1.631 km ebenso wie zahlreiche Pumpwerke, Regenentlastungen, Regenüberlaufbecken und Stauraumkanäle sowie zwei Abwasserreinigungsanlagen (ARA) mit einer Gesamtkapazität von ca. 2,2 Mio. Einwohnergleichwerten. Die Entsorgung der anfallenden Schlämme erfolgt in einer Schlammmentwässerungs- und -verbrennungsanlage (SEVA).

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das Eigenkapital machte 23,6 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Der Jahresüberschuss lag unter dem Vorjahresergebnis. Die Umsatzerlöse lagen im Wesentlichen aufgrund höherer Kanalbenutzungsgebühren, einem höheren Entgelt der Nachbargemeinden, einer höheren Entnahme aus den Rückstellungen und Verbindlichkeiten für Rückzahlungsverpflichtung wegen Kostenüberdeckung über dem Vorjahr. Der Materialaufwand erhöhte sich aufgrund der höheren Aufwendungen für Energie und Wasser gegenüber dem Vorjahr. Die Abschreibungen verringerten sich aufgrund geringerer Aktivierungen. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergab sich ein Anstieg u. a. durch periodenfremde Aufwendungen, Verluste aus Anlagenabgängen und die Abwasserabgabe. Die Erhöhung des negativen Finanzergebnisses resultierte im Wesentlichen aus den gestiegenen Zinsaufwendungen für Darlehensaufnahmen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplanengespräche fanden statt am 14.09.2022 für das Planjahr 2023 und am 06.09.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 10.09.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

www.stadtentwaesserung-frankfurt.de

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) (Entwurfassung)

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	711.160	704.915	6.244	0,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	54	852	-798	-93,6
Sachanlagen	711.105	704.063	7.042	1,0
Umlaufvermögen	50.506	35.685	14.821	41,5
Vorräte	7.783	7.403	380	5,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	42.193	27.982	14.211	50,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	530	300	230	76,7
Bilanzsumme	761.666	740.601	21.065	2,8
PASSIVA				
Eigenkapital	179.996	180.442	-446	-0,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	7.669	7.669	0	0,0
Kapitalrücklage	167.023	154.842	12.181	7,9
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	1.526	9.449	-7.923	-83,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	3.778	8.482	-4.704	-55,5
Sonderposten	131.889	137.065	-5.176	-3,8
Rückstellungen	60.622	50.602	10.020	19,8
Verbindlichkeiten	384.537	367.870	16.667	4,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	328.333	297.353	30.981	10,4
Rechnungsabgrenzungsposten	4.622	4.622	0	0,0
Bilanzsumme	761.666	740.601	21.065	2,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	142.343	135.847	6.496	4,8
andere aktivierte Eigenleistungen	2.155	2.421	-266	-11,0
Gesamtleistung	144.498	138.268	6.230	4,5
sonstige betriebliche Erträge	1.771	1.099	672	61,1
Materialaufwand	-57.411	-49.530	-7.881	15,9
Personalaufwand	-36.427	-36.419	-8	0,0
Abschreibungen	-24.686	-25.302	616	-2,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-19.203	-15.826	-3.377	21,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	8.542	12.291	-3.749	-30,5
Finanzergebnis	-4.220	-3.440	-779	22,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	4.322	8.851	-4.528	-51,2
Ergebnis nach Steuern	4.322	8.851	-4.528	-51,2
Sonstige Steuern	-544	-369	-175	47,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	3.778	8.482	-4.704	-55,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	3.778	8.482	-4.704	-55,5
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	464	464	-0	-0,1
Auszubildende (Jahresdurchschnitt)	28	26	2	7,8
Öffentliche Entwässerungskanäle in km (ca.)	1.631	1.631	0	0,0

2.6 Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern

Gründung:		Unternehmensgegenstand:	
01.01.1995		Erwerb, Halten und Verwalten von Beteiligungen jeder Art an Unternehmen, deren Gegenstand die Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser, Telekommunikation sowie artverwandten Dienstleistungen und das Erbringen von Verkehrs- und Verkehrsdienstleistungen ist und die Beteiligung an Unternehmen, deren Gegenstand der Bau, die Unterhaltung und der Betrieb von Hallen- und Freibädern ist.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main		52.001.000 € = 100,00 %	
		52.001.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung:			
Herr Peter Arnold			
Herr Thomas Raasch			
Aufsichtsrat:		20 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
Mandatsträger der Stadt:		Herr Stv Dimitrios Bakakis	
		Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
		Herr Rachid Boumart	
		Frau Stv Ursula Busch	
		Frau Stv Martina Düwel	
		Frau StRin Ina Hauck	
		Herr OB Mike Josef	
		Herr StR Claus Möbius	
		Herr Stv Yanki Pürsün	
		Herr StR Wolfgang Siefert	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Frau Tanja Hauch (AN)	
		Herr Eckehard Kalweit (AN)	
		Frau Cornelia Kröll (AN)	
		Herr Sebastian Marten (AN)	
		N.N. (AN)	
		Herr Peter Pirmann (AN)	
		Frau Saskia Schnee-Wiese (AN)	
		Herr Alexander Scholl (AN)	
		Herr Athanasios Stavrakidis (AN)	
		Herr Armin Vessali (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:
30,00 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	1. Führungsebene: 20,00 %
31,58 % bezogen auf AR gesamt			2. Führungsebene: 14,29 %
30,00 % Zielgröße AR gesamt			

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	25.500 € = 100,00 %
BäderBetriebe Frankfurt GmbH	26.600 € = 100,00 %
In-der-City-Bus GmbH	10.572.000 € = 100,00 %
Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	25.000 € = 100,00 %
Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	25.565 € = 100,00 %
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	11.000.000 € = 100,00 %
Mainova AG	107.062.963 € = 75,22 %
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide	193.444.529 € = 20,92 %

A. Allgemeines

Die Stadt Frankfurt am Main bedient sich der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) bei der Erfüllung der ihr obliegenden gesetzlichen Aufgaben im Versorgungs- und Verkehrsbereich. Die Gesellschaft ist gehalten, die hierbei die Stadt Frankfurt am Main als öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger treffenden Verpflichtungen aus Gesetz, Verordnung oder behördlichen Verfügungen nach pflichtgemäßer Prüfung zu beachten. Die SWFH unterstützt die Tochtergesellschaften in der Unternehmensgruppe mit zentralen Dienstleistungsangeboten. Neben der Vermietung des Verwaltungsgebäudes liegen die Leistungen für den Konzern vor allem in den Bereichen betriebsärztlicher Dienst, Betriebsrestauration, Rechnungswesen, Revision sowie Treasury.

Der Konzern Stadtwerke Frankfurt am Main steht vor einer erheblichen Herausforderung: Er modernisiert eine in die Jahre gekommene Infrastruktur für die aktuellen und künftigen Anforderungen. Die Energie- und Mobilitätswende erfordert den Ausbau des Stromnetzes, der erneuerbaren Energie und des Nahverkehrsnetzes sowie die Umstellung der Busflotte auf alternative Antriebe.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Einzelabschluss der GmbH

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr stiegen. Das Eigenkapital ist auf 16,9 % der Bilanzsumme gesunken (Eigenkapitalquote).

Das operative Ergebnis der Gesellschaft verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr. Im Vorjahresvergleich sind die Umsatzerlöse gestiegen, was überwiegend an den ab dem Berichtsjahr durch die Gesellschaft bereitgestellten zusätzlichen D&O Policen an Tochterunternehmen sowie der höheren Mietzahlung der Stadt Frankfurt am Main für das Kundenzentrum in der Kurt-Schumacher-Straße 10 lag. Der Anstieg des Materialaufwands ist hauptsächlich auf die höheren Aufwendungen für Energiekosten der Gebäude zurückzuführen. Der Anstieg des Personalaufwands resultierte aus dem gestiegenen Stammpersonal und einer im April 2023 getroffenen Tarifeinigung zur Zahlung eines steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleichs in Höhe von 3 T€. Die Ertragslage der Gesellschaft ist maßgeblich durch das Finanzergebnis bestimmt, welches sich aus dem Beteiligungsergebnis und dem sonstigen Finanzergebnis zusammensetzt. Das Beteiligungsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Dies resultierte aus den niedrigeren Erträgen aus Gewinnabführung. Die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH erzielte im Vergleich zum Vorjahr ein niedrigeres Ergebnis, dagegen verbesserte sich das Ergebnis der Mainova AG im Vergleich zum Vorjahr. Bei den Aufwendungen aus Verlustübernahmen verringerten sich die Verluste der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF). Gegenläufig stiegen die Verluste der BäderBetriebe Frankfurt GmbH (BBF).

Konzernabschluss

Die Konzernbilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Eigenkapitalquote belief sich auf 24,1 % (Vj. 23,3 %). Die Verbindlichkeiten hatten einen Anteil von 57,3 % (Vj. 55,4 %) an der Bilanzsumme.

Das Konzernjahresergebnis hat sich verbessert. Der Anstieg des Materialaufwands resultierte vor allem aus gestiegenen Strom- und Gasbezugskosten, die mit den gestiegenen Umsatzerlösen korrespondieren. Der Anstieg des Personalaufwands beruhte vor allem auf der Tarifierpassung des Berichtsjahres und dem Anstieg der Beschäftigtenzahl. Höhere Investitionen führten zu gestiegenen Abschreibungen. Das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen ergab sich aus Erträgen und Aufwendungen durch die Fortschreibung des Equity-Buchwerts um die Jahresergebnisse und betrug rd. 166,30 Mio. € (Vj. 73,90 Mio. €). Verantwortlich für den Anstieg des Ergebnisses aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen waren höhere Ergebnisbeiträge aus einzelnen Beteiligungen sowie geringere Belastungen aus Impairment-Tests.

Vertiefende Informationen zum Konzernabschluss finden sich auf der Internetseite der Gesellschaft:

<https://stadtwerke-frankfurt.de/publikationen/#Berichte>

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung sind erfüllt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Im Haushalt 2023 wurden 100,00 Mio. € zur Verlustübernahme des geplanten Jahresfehlbetrages der SWFH eingestellt, der sich aus den Verlustübernahmen gegenüber der VGF und der BBF ergibt und nicht durch die Erträge der gewinnbringenden SWFH-Tochtergesellschaften und Beteiligungsunternehmen gedeckt ist. Hiervon wurden, basierend auf der Hochrechnung des vierten Quartals 2023 und unter Verrechnung der Spitzabrechnung für 2022, Mittel von 96,78 Mio. € ausgezahlt. Die Spitzabrechnung für das Jahr 2023 erfolgt mit dem testierten Jahresabschluss 2023. Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2023 auf 40,24 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen). Weiterhin hat die SWFH GmbH eine Garantie von 8 Mio. € für die Stille Einlage bei der Nassauischen Sparkasse erhalten.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Arnold 44 T€ und von Herrn Raasch 212 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 26 T€.

davon:	Herr Arnold	Herr Raasch
Festvergütung	40,0 T€	137,0 T€
variable Vergütung	keine	60,0 T€

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 28.10.2022 für das Planjahr 2023 und am 31.10.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 29.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH \(stadtwerke-frankfurt.de\)](https://stadtwerke-frankfurt.de)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der SWFH Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.795.340	1.355.574	439.765	32,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	7	-3	-37,2
Sachanlagen	22.591	22.395	196	0,9
Finanzanlagen	1.772.744	1.333.173	439.571	33,0
Umlaufvermögen	313.053	328.155	-15.102	-4,6
Vorräte	9	12	-3	-27,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	312.918	328.019	-15.101	-4,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	125	123	2	1,3
Bilanzsumme	2.108.392	1.683.729	424.663	25,2
PASSIVA				
Eigenkapital	356.967	360.534	-3.567	-1,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	52.001	52.001	0	0,0
Kapitalrücklage	671.523	574.741	96.783	16,8
Gew innvortrag / Verlustvortrag	-266.208	-174.917	-91.291	52,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-100.350	-91.291	-9.058	9,9
Rückstellungen	29.053	27.697	1.355	4,9
Verbindlichkeiten	1.722.200	1.295.308	426.892	33,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.389.650	1.043.318	346.332	33,2
Rechnungsabgrenzungsposten	172	190	-18	-9,4
Bilanzsumme	2.108.392	1.683.729	424.663	25,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	17.237	14.802	2.435	16,4
Gesamtleistung	17.237	14.802	2.435	16,4
sonstige betriebliche Erträge	983	1.112	-129	-11,6
Materialaufwand	-6.364	-5.504	-860	15,6
Personalaufwand	-9.827	-9.164	-663	7,2
Abschreibungen	-947	-931	-16	1,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.311	-3.852	-2.459	63,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-5.229	-3.537	-1.692	47,9
Finanzergebnis	-94.930	-87.605	-7.326	8,4
Ergebnis v or Steuern (EBT)	-100.159	-91.141	-9.018	9,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	79	145	-66	-45,5
Ergebnis nach Steuern	-100.080	-90.996	-9.084	10,0
Sonstige Steuern	-269	-295	26	-8,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-100.350	-91.291	-9.058	9,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-100.350	-91.291	-9.058	9,9
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	92	86	6	7,0

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
SWFH Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	4.450.503	3.949.521	500.981	12,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	102.535	87.533	15.002	17,1
Sachanlagen	2.782.790	2.402.728	380.062	15,8
Finanzanlagen	1.565.177	1.459.260	105.917	7,3
Umlaufvermögen	1.291.810	1.070.831	220.978	20,6
Vorräte	308.614	328.529	-19.915	-6,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	969.393	728.827	240.567	33,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	13.802	13.476	327	2,4
Rechnungsabgrenzungsposten	5.370	5.631	-261	-4,6
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	90.025	0	90.025	-
Bilanzsumme	5.837.708	5.025.984	811.724	16,2
PASSIVA				
Eigenkapital	1.404.064	1.173.043	231.021	19,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	52.001	52.001	0	0,0
Kapitalrücklage	671.474	574.741	96.734	16,8
Gew innrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gew innvortrag / Verlustvortrag	340.165	379.797	-39.632	-10,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	120.814	-28.370	149.184	-525,8
Anteile anderer Gesellschafter	219.610	194.875	24.735	12,7
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	72.033	72.033	0	0,0
Sonderposten	295.988	292.663	3.325	1,1
Rückstellungen	671.013	686.761	-15.748	-2,3
Verbindlichkeiten	3.347.479	2.782.817	564.662	20,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.987.456	1.727.320	260.136	15,1
Passive latente Steuern	31.736	0	31.736	-
Rechnungsabgrenzungsposten	15.395	18.667	-3.272	-17,5
Bilanzsumme	5.837.708	5.025.984	811.724	16,2

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	5.973.330	4.719.183	1.254.147	26,6
Bestandsveränderung UE / FE	-10.063	-459	-9.604	2.092,6
andere aktivierte Eigenleistungen	38.732	29.276	9.457	32,3
Gesamtleistung	6.002.000	4.748.000	1.254.000	26,4
sonstige betriebliche Erträge	176.173	208.385	-32.212	-15,5
Materialaufw and	-5.243.616	-4.067.214	-1.176.402	28,9
Personalaufw and	-539.912	-532.702	-7.210	1,4
Abschreibungen	-169.986	-157.073	-12.913	8,2
sonstige betriebliche Aufw endungen	-264.020	-241.849	-22.171	9,2
Betriebsergebnis	-39.361	-42.452	3.091	-7,3
Finanzergebnis	121.001	41.149	79.852	194,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	81.639	-1.303	82.943	-6.363,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	62.291	-5.094	67.385	-1.322,9
Ergebnis nach Steuern	143.930	-6.397	150.327	-2.349,9
Sonstige Steuern	-7.824	-6.942	-882	12,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	136.107	-13.339	149.445	-1.120,4
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-15.293	-15.032	-261	1,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	120.814	-28.370	149.184	-525,8
Bilanzergebnis	120.814	-28.370	149.184	-525,8
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	6.878	6.750	128	1,9

2.6.1 AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH

Gründung: 02.04.2001		Unternehmensgegenstand: Sanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt in Frankfurt am Main zur Sicherstellung der Entsorgungssicherheit in der Region. Dies umfasst auch die Finanzierung, die Vergabe, die Durchführung, die Projektsteuerung und das Projektcontrolling der Sanierungsmaßnahmen. Die Gesellschaft ist Eigentümerin der Anlage. Sie ist berechtigt, alle im Zusammenhang mit der Erhaltung der Betriebsbereitschaft der Anlage und der Sicherstellung der operativen Entsorgungstätigkeit erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen. Die Gesellschaft kann mit dem Betrieb der Anlage Dritte beauftragen oder den Betrieb in eigenem Namen und für eigene Rechnung durchführen.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH		Kapitalanteile: 25.500 € = 100,00 % 25.500 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Udo Findt			
Aufsichtsrat:		6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau StRin Rosemarie Heilig	
Mandatsträger der Stadt:		Herr Stv Mehmet Agatay	
		Frau StRin Rosemarie Heilig	
		Herr StR Sieghard Pawlik	
		Herr Stv Roger Podstatny	
		Herr Stv Thomas Schlimme	
		Frau Dr. Therese Schwager	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene: n. v.
33,30 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	

A. Allgemeines

Gesellschaftszweck ist - nach Beendigung der Sanierung von vier Verbrennungslinien der Abfallverbrennungsanlage in der Nordweststadt in Frankfurt am Main im Juli 2009 -, alle im Zusammenhang mit der Erhaltung der Betriebsbereitschaft der Anlage und der Sicherstellung der operativen Entsorgungstätigkeit erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen.

Seit Beendigung der Sanierung der vier Verbrennungslinien stehen der Stadt Frankfurt am Main und der Region eine genehmigte Kapazität von 525.600 Jahrestonnen für die Verbrennung von Haus- und Gewerbemüll zur Verfügung. Die AVA hat die Abfallverbrennungsanlage sowie das angrenzende Heizkraftwerk (HKW) der Mainova AG langfristig an die MHKW GmbH verpachtet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Das Eigenkapital machte 7,4 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Das Ergebnis vor Gewinnabführung lag unter dem Niveau des Vorjahres. Die Umsätze aus der Verpachtung der Verbrennungslinien beruhten auf dem Pachtvertrag zwischen der AVA und der Betreibergesellschaft MHKW GmbH. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultierte daraus, dass im Berichtsjahr keine Sonderpacht der MHKW GmbH erbracht wurde. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthielten vor allem die Erstattung der bei der AVA angefallenen Verwaltungs- und Betriebskosten durch die MHKW GmbH. Der Materialaufwand beinhaltete ausschließlich Aufwendungen aus bezogenen Leistungen, die im Rahmen der Anmietung des Heizkraftwerkes der Mainova angefallen sind.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Bei der AVA handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Bezüge von Herrn Findt 47 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 20.10.2022 für das Planjahr 2023 und am 10.10.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 18.03.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

www.stadtwerke-frankfurt.de/beteiligungen/#AVA

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	4.567	6.052	-1.485	-24,5
Sachanlagen	4.567	5.052	-485	-9,6
Finanzanlagen	0	1.000	-1.000	-
Umlaufvermögen	852	10.619	-9.767	-92,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	852	10.619	-9.767	-92,0
Bilanzsumme	5.419	16.670	-11.252	-67,5
PASSIVA				
Eigenkapital	403	403	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	377	377	0	0,0
Rückstellungen	53	67	-14	-21,2
Verbindlichkeiten	4.963	16.201	-11.237	-69,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	1.006	-1.006	-
Bilanzsumme	5.419	16.670	-11.252	-67,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	6.388	17.670	-11.282	-63,8
Gesamtleistung	6.388	17.670	-11.282	-63,8
sonstige betriebliche Erträge	693	678	15	2,2
Materialaufwand	-2.951	-2.802	-148	5,3
Personalaufwand	-46	-45	-1	1,8
Abschreibungen	-628	-600	-27	4,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-668	-666	-2	0,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	2.789	14.235	-11.446	-80,4
Finanzergebnis	6	-6	12	-197,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2.795	14.229	-11.434	-80,4
Ergebnis nach Steuern	2.795	14.229	-11.434	-80,4
Sonstige Steuern	-66	-66	-0	0,1
Gewinnabführung	-2.729	-14.163	11.434	-80,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

2.6.2 BäderBetriebe Frankfurt GmbH

Gründung: 02.01.2003		Unternehmensgegenstand: Bau, Unterhaltung und Betrieb von Hallen- und Freibädern sowie die Durchführung von Veranstaltungen innerhalb und außerhalb dieser Einrichtungen. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH		Kapitalanteile: 26.600 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Boris Zielinski			
Aufsichtsrat:		9 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr OB Mike Josef	
Mandatsträger der Stadt:		Frau Stv Julia Eberz	
		Herr OB Mike Josef	
		Frau Stv Natascha Kauder	
		Herr Stv Jan Klingelhöfer	
		Herr Stv Emre Telyakar	
		Herr Constantin Theodor Trapp	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Harald Kümbel (AN)	
		Herr Markus Rolle (AN)	
		Herr Armin Vessali (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:
33,33 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	1.Führungsebene: 12,50 %
22,22 % bezogen auf AR gesamt			2.Führungsebene: 27,50 %

A. Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt sieben Freibäder und sechs Hallenbäder, einschließlich der Erlebnisbäder Titus Thermen und Panoramabad sowie des im Neubau befindlichen Rebstockbades. Das Rebstockbad wurde am 01.05.2021 geschlossen und ist mittlerweile vollständig abgerissen. Das Rebstockbad und ein Schwimmbad an der Eissporthalle, das das Panoramabad ersetzen soll, werden derzeit neu gebaut. Das Gartenbad Fechenheim (Hallenbad) wird von der TG Bornheim als Vereinsbad betrieben.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

2023 besuchten 2.099.459 Personen die Frankfurter Schwimmbäder. Auf die Hallenbäder entfielen davon 1.296.338 Eintritte, auf die Freibäder 803.121, witterungsbedingt weniger als im Vorjahr. Dabei waren die Titus Thermen, das Panoramabad, das Hallenbad Höchst und das Stadionbad die Bäder mit den meisten Besucher:innen. Im Geschäftsjahr wurden die beiden großen Neubauprojekte Neues Rebstockbad (Eröffnung voraussichtlich 2026) und Familienbad an der Eissporthalle (Eröffnung voraussichtlich Ende 2024) vorangetrieben, das Riedbad Bergen-Enkheim wurde seit Ende des Jahres 2022 saniert und im Sommer 2023 wiedereröffnet. Zusätzlich wurden im Hausener Freibad und im Riedbad Traglufthallen errichtet. Dadurch können weggefallene Wasserflächen des Rebstockbads in der Winterzeit teilweise kompensiert werden. Für das Freibad Niedereschbach ist ebenfalls eine Traglufthalle für den Winter vorgesehen, im Geschäftsjahr liefen die Planungen dafür. Es wurden rund 800 Schwimmkurse angeboten und verschiedene Veranstaltungen in den Bädern oder auf deren Gelände durchgeführt.

Vertiefende Angaben finden sich im Konzerngeschäftsbericht der Muttergesellschaft:

[SWFH_Konzerngeschäftsbericht_2023.pdf \(stadtwerke-frankfurt.de\)](#)

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Bei den BäderBetrieben handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Dr. Zielinski 202 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 50 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr rd. 2 T€.

davon:	Herr Dr. Zielinski
Festvergütung	128,0 T€
variable Vergütung	20,0 T€

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 28.09.2022 für das Planjahr 2023 und am 27.09.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 13.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

www.frankfurter-baeder.de

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
BäderBetriebe Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	63.069	57.336	5.733	10,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	34	25	9	34,0
Sachanlagen	63.036	57.311	5.725	10,0
Umlaufvermögen	28.936	34.381	-5.445	-15,8
Vorräte	183	290	-107	-36,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28.690	34.026	-5.337	-15,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	63	64	-1	-1,8
Bilanzsumme	92.005	91.717	289	0,3
PASSIVA				
Eigenkapital	37.710	37.710	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	27	27	0	0,0
Kapitalrücklage	37.683	37.683	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	9.430	7.516	1.914	25,5
Verbindlichkeiten	41.894	43.703	-1.809	-4,1
Rechnungsabgrenzungsposten	2.972	2.789	184	6,6
Bilanzsumme	92.005	91.717	289	0,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	9.922	9.424	498	5,3
Gesamtleistung	9.922	9.424	498	5,3
sonstige betriebliche Erträge	1.639	1.116	523	46,9
Materialaufwand	-17.899	-11.969	-5.930	49,5
Personalaufwand	-18.044	-17.643	-401	2,3
Abschreibungen	-2.637	-2.527	-109	4,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-13.490	-9.305	-4.185	45,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-40.508	-30.905	-9.603	31,1
Finanzergebnis	-1.746	-1.530	-216	14,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-42.254	-32.435	-9.819	30,3
Ergebnis nach Steuern	-42.254	-32.435	-9.819	30,3
Sonstige Steuern	-31	-116	86	-73,6
Erträge aus Verlustübernahme	42.285	32.551	9.734	29,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	301	290	11	3,8
Auszubildende (Jahresdurchschnitt)	14	15	-1	-6,7
Besucher:innen insgesamt	2.099.459	2.137.838	-38.379	-1,8
Besucher:innen Erlebnis- und Hallenbäder	1.296.338	1.130.914	165.424	14,6
Besucher:innen Freibäder	803.121	1.006.924	-203.803	-20,2

2.6.3 Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern

Gründung:

02.07.1924

Unternehmensgegenstand:

Der Betrieb, die Unterhaltung, die Entwicklung und der Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main. Der Betrieb, die Unterhaltung, die Entwicklung und der Ausbau anderer Flughäfen im In- und Ausland und die Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen sowie die Nutzung und Vermarktung der dabei gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten im In- und Ausland.

Gesellschafter:

Streubesitz (einschl. Fraportmitarbeitende)
Land Hessen
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

Kapitalanteile:

441.722.999 € = 47,77 %
289.519.512 € = 31,31 %
193.444.529 € = 20,92 %
924.687.040 € = 100,00 %

Vorstand:

Frau Anke Giesen
Frau Julia Kranenberg
Herr Dr. Pierre Dominique Prümm
Herr Dr. Stefan Schulte
Herr Prof. Dr. Matthias Zieschang

Aufsichtsrat:

19 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr Staatsmin Michael Boddenberg

Mandatsträger der Stadt:

Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff
Herr OB Mike Josef

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Devrim Arslan (AN)
Frau Karin Becker-Lienemann (AN)
Herr Hakan Bölükmeşe (AN)
Frau Kathrin Dahnke
Frau Dr. Margarete Haase
Herr Harry Hohmeister
Herr Frank-Peter Kaufmann
Herr Sidar Kaya (AN)
Herr Staatsmin a. D. Lothar Klemm
Frau Karin Knappe (AN)
Herr Felix Kreutel (AN)
Herr Matthias Pöschko (AN)
Herr Mathias Venema (AN)
Frau Sonja Wärtges
Frau Prof. Dr. Katja Windt
Herr Özgür Yalcinkaya (AN)

Geschlechterquoten:

Anteil Frauen Aufsichtsrat:

0,00 % bezogen auf städt. Mandate
31,58 % bezogen auf AR gesamt
30,00 % Zielgröße AR gesamt

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
Afriport S. A., Luxemburg	1.850.000 € = 100,00 %
AirIT Services GmbH, Lautzenhausen	500.000 € = 100,00 %
Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH, Frankfurt am Main	52.000 € = 100,00 %
Airport Cater Service GmbH, Frankfurt am Main	25.564 € = 100,00 %
FraGround Fraport Ground Handling Professionals GmbH	50.000 € = 100,00 %
Fraport Antalya Havalimani Isletme ve Yatirim A.S., Istanbul/Türkei	7.351.200 TRL = 100,00 %
Fraport Asia Ltd., Hong Kong	895 € = 100,00 %
Fraport Ausbau Süd GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	75.000 € = 100,00 %
Fraport Brasil Holding GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza	151.477.225 € = 100,00 %
Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre	133.149.550 € = 100,00 %
Fraport Casa Commercial GmbH	250.000 € = 100,00 %
Fraport Casa GmbH	1.000.000 € = 100,00 %
Fraport Facility Services GmbH	1.025.000 € = 100,00 %
Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %
Fraport Malta Investment Ltd.	25.658.750 € = 100,00 %
Fraport Passenger Services GmbH	50.000 € = 100,00 %
Fraport Philippines Services Inc. i. L. , Manila/ Philippinen	26.180.300 PHP = 100,00 %
Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %
Fraport Slovenija	15.842.626 € = 100,00 %
Fraport Turkey Havalimani Yatirimlan A.S., Antalya/Türkei	68.372.538 TRL = 100,00 %
Fraport USA, Inc.	3.000 USD = 100,00 %
FraSec Fraport Security Services GmbH, Frankfurt am Main	470.450 € = 100,00 %
FRA - Vorfeldkontrolle GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	34.999 PEN = 100,00 %
Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	1.499 € = 99,93 %
Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	480.000 USD = 90,00 %
Lima Airport Partners S. R. L. (LAP), Lima/Peru	37.220.230 € = 80,01 %
Fraport Regional Airports of Greece A S.A.	15.600 € = 65,00 %
Fraport Regional Airports of Greece B S.A.	15.600 € = 65,00 %
Fraport Regional Airports of Greece Management Company S.A.	15.600 € = 65,00 %
Fraport Tw in Star Airport Management AD, Varna/Bulgarien	3.898.345 € = 60,00 %
NICE Aircraft Services & Support GmbH, Frankfurt am Main	676.000 € = 52,00 %
FraCareServices GmbH	25.500 € = 51,00 %
Media Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	133.015 € = 51,00 %
AirIT Systems GmbH	1.000.000 € = 50,00 %
FraAlliance GmbH	= 50,00 %
Frankfurt Airport Retail GmbH & Co. KG	1.249.221 € = 50,00 %
Frankfurt Airport Retail Verwaltungs GmbH	12.500 € = 50,00 %
Medical Airport Service GmbH, Kelsterbach	19.175 € = 50,00 %
operational services GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	62.500 € = 50,00 %
Shanghai Frankfurt Airport Consulting Services Co., Ltd. Shanghai/China	103.043 € = 50,00 %
Terminal for Kids gGmbH	12.500 € = 50,00 %
FCS Frankfurt Cargo Services GmbH	3.174.048 € = 49,00 %

ASG Airport Service Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	127.400 € = 49,00 %
Fraport TAV Antalya Yatirim, Yapim ve Isletme A.S., Istanbul/Türkei	= 49,00 %
Fraport TAV Antalya Terminal Isletmeciligi Anonim Sirketi, Antalya/Türkei	6.067.151 € = 38,56 %
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	100.000 € = 33,33 %
Thalita Trading Limited	68.825 € = 25,00 %
VVSS Limited Liability Company (im Englischen NCG Holding Limited Liability Company), St. Petersburg	= 25,00 %
Flughafen Parken GmbH	5.000 € = 20,00 %
Ineuropa Handling Alicante U.T.E., Madrid/Spanien	38.391 € = 20,00 %
Ineuropa Handling Madrid U.T.E., Madrid/Spanien	121.359 € = 20,00 %
Ineuropa Handling Mallorca U.T.E., Madrid/Spanien	154.308 € = 20,00 %
Ineuropa Handling Teneriffa U.T.E., Santa Cruz/Spanien	538.439 € = 20,00 %

A. Allgemeines

Der Flughafen Frankfurt ist eine der größten lokalen Arbeitsstätten Deutschlands. Die Fraport AG zählt mit ihrem internationalen Portfolio zu den weltweit führenden Flughafen-Betreiber-Gesellschaften. Neben dem Hauptstandort Frankfurt am Main, einer der bedeutendsten Passagier- und Frachtflughäfen weltweit, gehören unter anderem zu den weiteren wesentlichen Standorten 14 Flughäfen in Griechenland, der Flughafen Lima in Peru sowie zwei Flughäfen in Brasilien. Am Flughafen Frankfurt wurden 2023 rund 59 Mio. Passagiere abgefertigt. Er ist damit gemessen an der Passagierabfertigungsanzahl der sechsgrößte Flughafen in Europa. Der Flughafen Frankfurt befindet sich national und international im Wettbewerb mit anderen Flughäfen. Global konkurriert der Flughafen Frankfurt aufgrund seiner Funktion als internationaler Transferflughafen um nationale und internationale Umsteigepassagiere sowie Umladefracht. Die größten Wettbewerber um Transferpassagiere sind vor allem die Hub-Flughäfen London-Heathrow, Paris-Charles de Gaulle, Amsterdam-Schiphol, Istanbul und München, die insbesondere durch das weltweite Streckennetz ihrer ansässigen Hauptkunden British Airways, Air France-KLM, Turkish Airlines und Lufthansa Group geprägt sind. Aufgrund der dynamischen Entwicklungen vieler Fluggesellschaften und Flughäfen aus Nahost steht der Standort Frankfurt mit diesen ebenfalls im interkontinentalen Wettbewerb.

In diesem Jahr begeht das Unternehmen ein besonderes Ereignis: 100 Jahre Luftverkehr in Frankfurt. Angefangen als Südwestdeutsche Luftverkehrs-AG am „Flugplatz“ Rebstock hat sich das Unternehmen zur heutigen Fraport AG als einem führenden internationalen Luftverkehrskonzern entwickelt. Die aktuellen Herausforderungen wie z. B. „Wachstum und Nachhaltigkeit“, Effizienz und Innovationen“ und „Top-Arbeitgeber“ werden durch die Strategie Fraport.2030 angepackt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Einzelabschluss der GmbH

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Eigenkapitalquote beträgt 22,8 % (Vj. 21,7 %) der Bilanzsumme.

Mit einem Aufkommen von rd. 59,4 Mio. Passagieren wurde am Flughafen Frankfurt im Berichtsjahr im Vergleich zu 2022 ein Wachstum von 21,3 % erzielt. Gemessen am Verkehrsaufkommen des Vorkrisenjahres 2019 entsprach dies einer Erholung auf rd. 84,0 %. Die Fraport erwartet, etwa bis zum Jahr 2026 wieder das Passagieraufkommen von 2019 zu erreichen. Das Cargo-Aufkommen ging im Vergleich zu 2022 um 5,0 % auf rd. 1,9 Tonnen zurück. Gegenüber 2019 bedeutet dies einen Tonnagerückgang von 10,6 %.

Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 329,10 Mio. € (Vj. -88,40 Mio. €).

Die Umsatzerlöse lagen mit 2.313,10 Mio. € um 536,90 Mio. € höher als 2022. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus verkehrsmengen- und preisbedingt höheren Umsatzerlösen aus Flughafenentgelten (+ 196,00 Mio. €) sowie gestiegenen Erlösen aus Infrastrukturentgelten (+ 76,40 Mio. €) und Bodenverkehrsdienstleistungen (+ 57,60 Mo. €). Auch die Retail- und Parkierungserlöse erhöhten sich verkehrsmengenbedingt um 51,80 Mio. €.

Der Anstieg des Personalaufwands resultiert vor allem aus dem Tarifabschluss des laufenden Geschäftsjahres. Gegenläufig wirkte sich die gegenüber dem Vorjahr geringere Mitarbeiterzahl aus.

Konzernabschluss

Die Konzernbilanzsumme der Fraport AG hat sich gegenüber dem Vorjahr mit 18.890,90 Mio. € um 1.283,30 Mio. € erhöht. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich auf 22,9 % (Vj. 22,2 %).

Das Konzernjahresergebnis hat sich um 263,90 Mio. € verbessert. Es wurde ein Jahresüberschuss von 430,50 Mio. € erreicht. Die Umsatzerlöse waren mit 4.000,50 Mio. € um 806,10 Mio. € höher als im Vorjahr. Der Anstieg des Personalaufwands trotz einer gesunkenen durchschnittlichen Beschäftigtenanzahl ist im Wesentlichen auf die Tarifsteigerungen am Standort Frankfurt am Main zurückzuführen. Die Brutto-Finanzschulden lagen mit 11.753,90 Mio. € um 828,30 Mio. € über dem Vorjahreswert. Die Konzern-Liquidität erhöhte sich um 174,40 Mio. € auf 4.041,30 Mio. €. Die Netto-Finanzschulden stiegen korrespondierend um 653,90 Mio. € auf 7.712,60 Mio. €. Die Nettoverschuldung zum EBITDA erreichte einen Wert von 6,4 (i. Vj. 6,9).

Vertiefende Informationen zum Konzernabschluss finden sich auf der Internetseite der Gesellschaft:

www.geschäftsbericht.fraport.de

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung sind erfüllt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen im Geschäftsjahr 8,81 Mio. €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 1,32 Mio. €.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

www.geschäftsbericht.fraport.de

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	11.280.600	10.754.100	526.500	4,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	38.700	34.200	4.500	13,2
Sachanlagen	7.674.800	7.088.400	586.400	8,3
Finanzanlagen	3.567.100	3.631.500	-64.400	-1,8
Umlaufvermögen	2.400.700	2.090.900	309.800	14,8
Vorräte	18.100	16.000	2.100	13,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	384.600	310.700	73.900	23,8
Wertpapiere	368.200	124.300	243.900	196,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.629.800	1.639.900	-10.100	-0,6
Aktive latente Steuern	303.100	341.900	-38.800	-11,3
Rechnungsabgrenzungsposten	44.300	38.900	5.400	13,9
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	4.600	0	4.600	-
Bilanzsumme	14.033.300	13.225.800	807.500	6,1
PASSIVA				
Eigenkapital	3.205.100	2.876.000	329.100	11,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	924.700	924.700	0	0,0
abzüglich eigene Anteile	800	800	0	0,0
Kapitalrücklage	606.300	606.300	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	1.510.300	1.345.800	164.500	12,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	164.600	0	164.600	-
Sonderposten	7.400	7.800	-400	-5,1
Rückstellungen	486.600	507.700	-21.100	-4,2
Verbindlichkeiten	10.280.900	9.786.200	494.700	5,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.587.100	6.990.400	596.700	8,5
Passive latente Steuern	21.400	14.300	7.100	49,7
Rechnungsabgrenzungsposten	31.900	33.800	-1.900	-5,6
Bilanzsumme	14.033.300	13.225.800	807.500	6,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.313.100	1.776.200	536.900	30,2
andere aktivierte Eigenleistungen	37.300	28.800	8.500	29,5
Gesamtleistung	2.350.400	1.805.000	545.400	30,2
sonstige betriebliche Erträge	57.200	58.700	-1.500	-2,6
Materialaufw and	-1.006.900	-732.900	-274.000	37,4
Personalaufw and	-589.500	-573.300	-16.200	2,8
Abschreibungen	-333.400	-308.400	-25.000	8,1
sonstige betriebliche Aufw endungen	-161.800	-167.100	5.300	-3,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	316.000	82.000	234.000	285,4
Finanzergebnis	92.400	-165.600	258.000	-155,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	408.400	-83.600	492.000	-588,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-79.300	-4.800	-74.500	1.552,1
Ergebnis nach Steuern	329.100	-88.400	417.500	-472,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	329.100	-88.400	417.500	-472,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	329.100	-88.400	417.500	-472,3
Entnahme aus den Gew innrücklagen	0	88.400	-88.400	-
Einstellungen in die Gew innrücklagen	-164.500	0	-164.500	-
Bilanzergebnis	164.600	0	164.600	-

Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	7.165	7.309	-144	-2,0
Auszubildende (Jahresdurchschnitt)	227	246	-19	-7,7
Passagiere (Mio.)	59	49	10	20,7
Cargo (Fracht+Post, ohne Transit, in Tsd. t)	1.869	1.967	-98	-5,0
Flugzeugbewegungen (ohne Militär, in Tsd.)	430	382	48	12,6
Passagiere/Flugbew. (Linien- u. zivil. Charter-Verk.)	150	143	7	4,7

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	15.053.100	14.366.100	687.000	4,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.263.100	3.884.300	378.800	9,8
Sachanlagen	8.951.500	8.371.800	579.700	6,9
At Equity bilanzierte Beteiligungen	518.000	491.400	26.600	5,4
Kurzfristige Vermögenswerte	3.837.800	3.241.500	596.300	18,4
Vorräte	28.000	25.500	2.500	9,8
Forderungen aus Lieferg. u. Leistg.	271.500	177.100	94.400	53,3
Sonstige Vermögensgegenstände	1.127.800	453.700	674.100	148,6
Flüssige Mittel	2.410.500	2.585.200	-174.700	-6,8
Bilanzsumme	18.890.900	17.607.600	1.283.300	7,3
PASSIVA				
Passiva	18.890.900	17.607.600	1.283.300	7,3
Eigenkapital	4.592.300	4.131.900	460.400	11,1
Anteile des Konzerns	4.318.700	3.909.400	409.300	10,5
Minderheitenanteile	273.600	222.500	51.100	23,0
Langfristige Schulden	11.718.300	11.232.600	485.700	4,3
Kurzfristige Schulden	2.580.300	2.243.100	337.200	15,0
Verbindl. aus Lieferungen und Leistungen	430.800	444.400	-13.600	-3,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.000.500	3.194.400	806.100	25,2
andere aktivierte Eigenleistungen	50.500	39.900	10.600	26,6
Gesamtleistung	4.051.000	3.234.300	816.700	25,3
sonstige betriebliche Erträge	59.000	139.300	-80.300	-57,6
Materialaufw and	-1.637.300	-1.101.600	-535.700	48,6
Personalaufw and	-1.076.000	-1.036.700	-39.300	3,8
Abschreibungen	-501.200	-465.300	-35.900	7,7
sonstige betriebliche Aufw endungen	-192.700	-205.500	12.800	-6,2
Betriebsergebnis	702.800	564.500	138.300	24,5
Finanzergebnis	-148.900	-330.600	181.700	-55,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	430.500	166.600	263.900	158,4
Minderheitsgesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	37.300	34.200	3.100	9,1
Gesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	393.200	132.400	260.800	197,0
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	17.840	18.850	-1.010	-5,4
davon in Deutschland beschäftigt	14.385	15.691	-1.306	-8,3

2.6.4 Mainova AG und Konzern

Gründung: 23.10.1998	Unternehmensgegenstand: Versorgung mit Energie und Wasser, insbesondere die Erzeugung, Gewinnung, Beschaffung, Nutzung, Fortleitung, Übertragung, Verteilung, der Transport, Handel und Vertrieb und die Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen, die Planung, Errichtung und der Betrieb von Telekommunikationseinrichtungen.
Gesellschafter: Stadwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Thüga Aktiengesellschaft Streubesitz	Kapitalanteile: 107.062.963 € = 75,22 % 34.829.056 € = 24,47 % 443.981 € = 0,31 % 142.336.000 € = 100,00 %
Vorstand: Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Peter Arnold Herr Martin Giehl Frau Diana Rauhut	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	20 Mitglieder Herr OB Mike Josef Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Herr Stv Martin Huber Herr OB Mike Josef Herr StR Claus Möbius Herr Stv Roger Podstatny Frau StRin Stephanie Wüst Frau Stv Tina Zapf-Rodriguez
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Gabriele Aplenzen Herr Dr. Jörg Becker (AN) Herr Thomas R. Becker (AN) Frau Nicole Brunner (AN) Herr Dr. Matthias Cord Herr Thomas Dumke (AN) Herr René Gehringer (AN) Herr Holger Klingbeil (AN) Frau Cornelia Kröll (AN) Frau Beate Mensch (AN) N.N. Herr Ralf-Rüdiger Stamm (AN)
Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 37,50 % bezogen auf städt. Mandate 36,84 % bezogen auf AR gesamt 30,00 % Zielgröße AR gesamt	
Beirat: Beiratsvorsitz:	39 Mitglieder Herr OB Claus Kaminsky

Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Dr. Bernd Heidenreich
Weitere Beiratsmitglieder:	Herr Dr. Jochen Ahn
	Herr BM Dr. Frank Blasch
	Herr BM Martin Burlon
	Herr Dr. Udo Corts
	Herr LRat Michael Cyriax
	Herr Holger Follmann
	Herr Dr. Christian Garbe
	Herr Prof. Dr. med. Jürgen Graf
	Frau Susanne Haus
	Herr BM Leonard Helm
	Herr OB Alexander W. Hetjes
	Herr Verb. Dir. Thomas Horn
	Herr Frank Junker
	Herr BM Lars Keitel
	Herr BM Christoph König
	Herr LRat Ulrich Krebs
	Herr Dr. Joachim Kreysing
	Herr Matthias Kruse
	Herr BM Albrecht Kündiger
	Herr LRat Dr. Alexander Legler
	Herr Wolfgang Marzin
	Herr Stefan Messer
	Herr Frank Nickel
	Frau Julia von Opel
	Herr BM Klaus Schindling
	Herr OB Dr. Felix Schwenke
	Herr BM Christian Seitz
	Herr BM Adnan Shaikh
	Herr BM Gregor Sommer
	Herr BM Christian Vogt
	Herr LRat Jan Weckler
	Herr BM Dirk Westedt
	Herr Dr. Andreas Widl
	Herr Dr. Ingo Wiedemeier
	Frau Eva Wunsch-Weber
	Herr Prof. Dr. Matthias Zieschang

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg	5.000.000 € = 100,00 %
Energy Air GmbH, Frankfurt am Main	52.000 € = 100,00 %
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen	7.300.000 € = 100,00 %
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	25.000 € = 100,00 %
Mainova Datacenter Holding GmbH	26.000 € = 100,00 %
Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	1.000 € = 100,00 %
Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH	25.000 € = 100,00 %
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	50.000 € = 100,00 %
Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG	6.000 € = 100,00 %
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	500.000 € = 100,00 %
REmain GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
REmain Management GmbH	25.000 € = 100,00 %
SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH	25.000 € = 100,00 %
ENERENT GmbH	25.001 € = 93,72 %
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	5.740.200 € = 90,00 %
Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	20.040 € = 50,10 %
Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	12.525 € = 50,10 %
ABGnova GmbH	50.000 € = 50,00 %
Chargemaker GmbH	15.000 € = 50,00 %
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	4.300.000 € = 50,00 %
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	12.500 € = 50,00 %
Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	1.800.000 € = 50,00 %
Service4EVU GmbH	50.000 € = 50,00 %
Lorenz Energie GmbH	154.562 € = 49,92 %
Infranova Bioerdgas GmbH	49.900 € = 49,90 %
Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau	7.485.023 € = 49,90 %
Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	6.000.000 € = 36,36 %
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau	11.100 € = 36,33 %
book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	16.873 € = 33,00 %
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	307.970 € = 29,90 %
Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich	2.100.000 € = 26,25 %
Netzeigentums-gesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	6.508 € = 26,03 %
Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach	2.566.740 € = 25,10 %
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	2.510.000 € = 25,10 %
Syneco Verwaltungs GmbH i.L. München	6.275 € = 25,10 %
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	10.000 € = 20,00 %

A. Allgemeines

Auf der Hauptversammlung der Mainova AG am 30.08.2023 wurde für eine Laufzeit von fünf Jahren die Schaffung eines genehmigten Kapitals beschlossen. Hierdurch wird dem Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats erlaubt, das Grundkapital während der Laufzeit je nach Investitions- und Finanzierungsbedarf flexibel bis höchstens 71,2 Mio. € durch Ausgabe von bis zu 2.780.000 neuen Stückaktien in Form von Namens- und Inhaberaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen. Den Aktionären und Aktionärinnen wird grundsätzlich ein Bezugsrecht gewährt.

Mit Wirkung zum 30.10.2023 wurden 74,9 % der Anteile an der Solea GmbH, einem der führenden Komplettanlagenanbieter der Photovoltaikbranche in Deutschland, erworben. Die Gesellschaft betreut Solarstromprojekte von der Planung und Entwicklung bis hin zur Wartung.

Der langjährige Vorstandsvorsitzende der Mainova AG, Herr Dr. Constantin H. Alsheimer, hat zum 01.01.2024 den Vorstandsvorsitz bei der Thüga Aktiengesellschaft übernommen. Der Aufsichtsrat der Mainova AG hat Herrn Dr. Michael Maxelon für fünf Jahre in den Vorstand der Mainova AG bestellt. Bis zu seinem Amtsantritt am 01.04.2024 hat der Aufsichtsrat der Mainova AG das Vorstandsmitglied Herrn Peter Arnold zum Vorstandsvorsitzenden berufen

und Herrn Uwe Kettner für den Übergangszeitraum zum Mitglied des Vorstands ernannt. Zudem wurde die Bestellung von Frau Diana Rauhut als Mitglied des Vorstands für weitere fünf Jahre bis zum 31.10.2028 durch den Aufsichtsrat der Mainova AG verlängert.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Einzelabschluss der AG

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, auf der Aktivseite insbesondere durch Investitionen und auf der Passivseite im Wesentlichen durch die Aufnahme eines Darlehens von der SWFH sowie höhere Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling und Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung.

Die Folge der Energiekrise waren steigende Energiepreise, die zu höheren Umsatzerlösen und Materialaufwendungen führten. Höhere investitionsbedingte Abschreibungen sowie höhere Zinsaufwendungen und eine gestiegene Verlustübernahme der NRM konnten insbesondere durch geringere Personalaufwendungen (Sondereffekte im Vorjahr), Einmaleffekte aus einem Vergleichsverfahren, Portfolioeffekte im Handel, der Vermarktung von Kraftwerksleistungen und einer optimierten Beschaffungsstrategie für Emissionszertifikate überkompensiert werden. Insgesamt wurde das geplante und Vorjahres-EBT übertroffen.

Konzernabschluss

Die bereinigte Konzernbilanzsumme hat sich ebenfalls im Wesentlichen aus den gleichen Gründen wie im Einzelabschluss erhöht. Da das bereinigte Ergebnis über der Gewinnabführung an die SWFH lag, erhöhte sich anders als im Einzelabschluss das bereinigte Eigenkapital. Die bereinigte Eigenkapitalquote belief sich auf 35,9 % (Vj. 39,7 %). Der Anteil des bereinigten langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich auf 74,7 % (Vj. 76,4 %) und wurde zu 48,1 % (Vj. 51,8 %) durch das Eigenkapital gedeckt. Die Summe der Investitionen betrug knapp 490,00 Mio. €.

Das bereinigte Konzernjahresergebnis 2023 hat sich ebenfalls gegenüber 2022 verbessert. Anders als im Einzelabschluss verbesserte sich die Position Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Finanzanlagen durch höhere Ergebnisbeiträge aus einzelnen Beteiligungen und durch geringere Belastungen aus Impairment-Tests.

Vertiefende Informationen zum Einzel- und Konzernabschluss finden sich auf der Internetseite der Gesellschaft: [hv-geschaeftsbericht-2023-data.pdf \(mainova.de\)](https://www.mainova.de/hv-geschaeftsbericht-2023-data.pdf)

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

• Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung sind erfüllt.

• Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat, der Beirat und die Hauptversammlung. Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen im Geschäftsjahr 2,55 Mio. €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 362 T€.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Mainova AG – Bundesweite Energieversorgung aus Frankfurt](https://www.mainova.de)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Mainova AG

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.937.178	1.565.467	371.711	23,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	30.664	31.768	-1.104	-3,5
Sachanlagen	1.292.288	1.069.389	222.900	20,8
Finanzanlagen	614.225	464.310	149.915	32,3
Umlaufvermögen	972.911	859.256	113.655	13,2
Vorräte	197.459	279.204	-81.744	-29,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	774.023	579.118	194.905	33,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.429	934	494	52,9
Rechnungsabgrenzungsposten	3.419	3.648	-229	-6,3
Bilanzsumme	2.913.507	2.428.371	485.136	20,0
PASSIVA				
Eigenkapital	356.679	356.679	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	142.336	142.336	0	0,0
Kapitalrücklage	207.083	207.083	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	7.260	7.260	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	309.729	306.031	3.698	1,2
Rückstellungen	457.130	496.298	-39.168	-7,9
Verbindlichkeiten	1.789.926	1.269.302	520.624	41,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.617	4.092	-1.475	-36,0
Rechnungsabgrenzungsposten	43	61	-18	-29,3
Bilanzsumme	2.913.507	2.428.371	485.136	20,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	5.685.541	4.486.263	1.199.278	26,7
Bestandsänderung UE/ FE	23	-222	245	-110,2
andere aktivierte Eigenleistungen	4.989	5.323	-334	-6,3
Gesamtleistung	5.690.553	4.491.364	1.199.190	26,7
sonstige betriebliche Erträge	38.646	33.689	4.957	14,7
Materialaufwand	-5.059.588	-3.907.070	-1.152.518	29,5
Personalaufwand	-258.760	-263.680	4.920	-1,9
Abschreibungen	-78.112	-76.005	-2.107	2,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-219.396	-211.944	-7.452	3,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	113.343	66.355	46.989	70,8
Finanzergebnis	-24.009	17.871	-41.879	-234,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	89.335	84.226	5.109	6,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-28.873	-34.901	6.028	-17,3
Ergebnis nach Steuern	60.462	49.324	11.138	22,6
Sonstige Steuern	-7.120	-5.974	-1.146	19,2
Gewinnabführung	-53.342	-43.350	-9.992	23,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Bilanzergebnis	0	0	0	-
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2.849	2.807	42	1,5
Auszubildende (Jahresdurchschnitt)	92	84	8	9,5

Konzernabschluss zum 31.12.2023 des Mainova-Konzerns

Bilanz Konzern	31.12.2023 T€	31.12.2022 T€	Veränderung inT€	in %
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	4.327.411	5.817.933	-1.490.522	-25,6
Immaterielle Vermögenswerte	117.117	101.682	15.435	15,2
Sachanlagen	2.248.656	1.921.107	327.549	17,1
nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	881.660	874.249	7.411	0,8
Übrige langfr. Ford. u. finanzielle Vermögenswerte	1.039.485	2.883.337	-1.843.852	-63,9
Latente Steueransprüche	40.493	37.558	2.935	7,8
Kurzfristige Vermögenswerte	1.237.450	1.263.435	-25.985	-2,1
Vorräte	270.878	301.190	-30.312	-10,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	772.935	551.416	221.519	40,2
Forderungen aus Ertragsteuern	15.174	6.499	8.675	133,5
Sonstige Vermögensgegenstände	167.830	394.901	-227.071	-57,5
Flüssige Mittel	10.633	9.429	1.204	12,8
Bilanzsumme	5.564.861	7.081.368	-1.516.507	-21,4
PASSIVA				
Eigenkapital	1.586.606	1.558.170	28.436	1,8
Anteile des Konzerns	1.570.668	1.550.687	19.981	1,3
Gezeichnetes Kapital	142.336	142.336	0	0,0
Kapitalrücklage	207.082	207.082	0	0,0
Sonstige Rücklagen	1.221.250	1.201.269	19.981	1,7
Nicht beherrschende Anteile	15.938	7.483	8.455	113,0
Langfristige Schulden	2.611.657	4.062.087	-1.450.430	-35,7
Erhaltene Zuschüsse	287.705	294.051	-6.346	-2,2
Langfristige Finanzschulden	923.384	587.105	336.279	57,3
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	907.264	2.743.224	-1.835.960	-66,9
Latente Steuerverpflichtungen	202.441	193.759	8.682	4,5
Pensionsrückstellungen	80.776	73.995	6.781	9,2
Andere langfristige Rückstellungen	210.087	169.953	40.134	23,6
Kurzfristige Schulden	1.366.598	1.461.111	-94.513	-6,5
Kurzfristige Finanzschulden	158.688	186.135	-27.447	-14,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	636.155	426.213	209.942	49,3
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	63.849	103.338	-39.489	-38,2
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	507.906	745.425	-237.519	-31,9
Bilanzsumme	5.564.861	7.081.368	-1.516.507	-21,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	in %
	T€	T€	inT€	
Umsatzerlöse	4.604.112	7.150.393	-2.546.281	-35,6
Bestandsveränderungen UE/FE	5.942	-97	6.039	-6225,8
Andere aktivierte Eigenleistungen	29.474	24.406	5.068	20,8
Gesamtleistung	4.639.528	7.174.702	-2.535.174	-35,3
Sonstige betriebliche Erträge	3.418.464	3.791.436	-372.972	-9,8
Materialaufwand	-4.141.172	-7.174.217	3.033.045	-42,3
Personalaufwand	-286.051	-273.656	-12.395	4,5
Abschreibungen	-118.828	-115.936	-2.892	2,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.384.729	-3.751.681	366.952	-9,8
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bil. Finanzanlagen	81.452	65.116	16.336	25,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	208.664	-284.236	492.900	-173,4
Finanzergebnis	-26.623	5.891	-32.514	-551,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	182.041	-278.345	460.386	-165,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-48.670	95.023	-143.693	-151,2
Ergebnis nach Steuern	133.371	-183.322	316.693	-172,8
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (incl. Minderheiten)	133.371	-183.322	316.693	-172,8
Minderheitsgesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	893	1.900	-1.007	-53,0
Gesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	132.478	-185.222	317.700	-171,5

Kennzahlen	2023	2022	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	3.169	3.085	84	2,7
Absatz Gasverkauf (o. Betriebsverbrauch) (Mio. kWh)	17.274	20.540	-3.266	-15,9
Absatz Stromverkauf (Mio. kWh)	18.718	17.153	1.565	9,1
Gasversorgungsnetz (km)	5.109	5.106	3	0,1
davon Verbund	4.507	4.506	1	0,0
Stromversorgungsnetz (km)	7.696	7.667	29	0,4
davon Verbund	7.696	7.667	29	0,4

Bilanz Konzern - bereinigt	31.12.2023 Mio. €	31.12.2022 Mio. €	Veränderung Mio. €	in %
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	3.400,2	3.064,3	335,9	11,0
Kurzfristige Vermögenswerte	1.150,8	948,7	202,1	21,3
Bilanzsumme	4.551,0	4.013,0	538,0	13,4
PASSIVA				
Eigenkapital	1.633,9	1.587,9	46,0	2,9
Langfristige Schulden	1.720,0	1.389,7	330,3	23,8
Kurzfristige Schulden	1.197,1	1.035,4	161,7	15,6
Bilanzsumme	4.551,0	4.013,0	538,0	13,4
Gewinn- und Verlustrechnung - bereinigt	31.12.2023 Mio. €	31.12.2022 Mio. €	Veränderung Mio. €	in %
Umsatzerlöse	5.762,4	4.566,1	1.196,3	26,2
Bestandsveränderungen UE/FE	5,8	-0,1	5,9	-5.900,0
Andere aktivierte Eigenleistungen	29,5	24,5	5,0	20,4
Gesamtleistung	5.797,7	4.590,5	1.207,2	26,3
Sonstige betriebliche Erträge	37,8	30,1	7,7	25,6
Materialaufwand	-5.107,1	-3.938,5	-1.168,6	29,7
Personalaufwand	-286,1	-273,7	-12,4	4,5
Abschreibungen	-118,8	-115,9	-2,9	2,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-236,1	-219,4	-16,7	7,6
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bil. Finanzanlagen	87,4	46,4	41,0	88,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	174,8	119,5	55,3	46,3
Finanzergebnis	-26,6	5,9	-32,5	-550,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	148,2	125,4	22,8	18,2

2.6.5 Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Gründung:		Unternehmensgegenstand:	
15.12.1995		Erbringung von Verkehrsdienstleistungen beim Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs, von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen und Gütern. Darüber hinaus obliegen der Gesellschaft die Planung, der Bau und die Instandhaltung der oberirdischen Straßen- und Stadtbahnstrecken und der unterirdischen Stadtbahnstrecken inklusive der Tunnelbauwerke.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH		11.000.000 € = 100,00 %	
		11.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung:			
Frau Kerstin Jerchel			
Herr Thomas Raasch			
Herr Michael Ruffer			
Aufsichtsrat:		20 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr StR Wolfgang Siefert	
Mandatsträger der Stadt:		Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
		Frau Stv Ursula Busch	
		Frau Stv Julia Eberz	
		Herr Stv Martin Huber	
		Frau Stv Dr. Katharina Knacker	
		Frau Stv Kristina Luxen	
		Herr Stv Nathaniel Ritter	
		Herr StR Wolfgang Siefert	
		Herr Stv Hüseyin Sitki	
		Herr Stv Simon Witsch	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Frau Tülay Cesur (AN)	
		Herr Thomas Heimbürger (AN)	
		Herr Eric Hermann (AN)	
		Herr Jochen Koppel (AN)	
		Herr Michael Kraus (AN)	
		Herr Arno Poka (AN)	
		Herr Olaf Schüssler (AN)	
		Herr Richard Senf (AN)	
		Frau Pia Tegeler (AN)	
		Frau Tugce Yildirim (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	
Anteil Frauen Führungsebene:			
40,00 % bezogen auf städt. Mandate		33,33 %	
35,00 % bezogen auf AR gesamt			
30,00 % Zielgröße AR gesamt			
		1.Führungsebene: 30,95 %	
		2.Führungsebene: 15,34 %	
Beteiligungen:		Kapitalanteile:	
Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH		12.750 € = 51,00 %	

A. Allgemeines

Die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) ist tätig als Verkehrsdienstleister beim Betrieb des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen. Die VGF ist in den Konzern der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) eingebunden, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht. Grundlegend für das Unternehmen ist die im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main erfolgte Direktvergabe Schiene, die der VGF Rechte und Pflichten zur Erbringung von Schienenverkehrsleistungen (Straßen- und Stadtbahnen) in ihrem Zuständigkeitsgebiet gewährt. Die Übertragung dieser gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen erfolgte im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags nach den Art. 3 bis 5 VO (EG) Nr. 1370/2007. Eine Neufassung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA Schiene) gilt ab 01.01.2024 bis zum Jahr 2046. Weitere Betrauungsgrundlage ist der Freistellungsbeschluss aus kulturellen Zwecken für das Verkehrsmuseum und Sonderlinienverkehr mit historischen Fahrzeugen. Die VGF erbringt Infrastrukturdienstleistungen sowie Kundendienst- und Vertriebsleistungen im Busbereich auf Basis des Infrastrukturdienstleistungsvertrages. Der ICB wird neben dem Betriebshof Rebstock inklusive Werkstattgebäude im Rahmen einer Personalgestellung auch das Werkstattpersonal zur Verfügung gestellt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Das Geschäftsjahr 2023 stand, in Analogie zu den Vorjahren, im Schatten unterschiedlichster dynamischer Entwicklungen. Die Auswirkungen der Corona Pandemie ließen nach, jedoch setzten sich andere Herausforderungen fort; darunter anhaltende geopolitische Konflikte und eine gesteigerte Inflationsrate von zeitweise 6,0 %. Die Einführung des Deutschlandtickets spiegelte sich in der durchweg positiven Entwicklung der Fahrgastzahlen der VGF wider. Nach dem pandemiebedingten Einbruch und der langsamen Erholung der Fahrgastzahlen konnten im vergangenen Jahr 182,11 Mio. Fahrgäste befördert werden, was lediglich einem Rückgang von 11,04 % im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 entspricht. Mit dem neunten Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes wurde am 16.03.2023 die Einführung des Deutschlandtickets vom Bundestag beschlossen. Erstmals wurde die gesetzliche Grundlage für ein bundesweites und einheitliches Nahverkehrsticket geschaffen, welches am 01.05.2023 eingeführt wurde und für den Preis von 49 Euro in einem monatlichen Abonnement erworben werden konnte. Es entschieden sich viele Kund:innen dazu, auf das Deutschlandticket umzusteigen. Die daraus resultierenden Mindereinnahmen wurden zu gleichen Teilen vom Bund und Land Hessen erstattet, um die Liquidität der Verkehrsunternehmen unterjährig sicherzustellen. Neben den wirtschaftlichen Herausforderungen spürte die VGF ebenso die Auswirkungen des demografischen Wandels durch eine angespannte Personalsituation. Die Bewältigung des Fachkräftemangels, vor allem im Fahrdienst, wird eine Herausforderung in den kommenden Jahren bleiben, um weiterhin ein nachhaltiges und zuverlässiges Nahverkehrsangebot sicherzustellen.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen. Zurückzuführen ist dies auf der Aktiv-Seite vor allem auf höhere geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sowie Forderungen aus dem Cash-Pooling. Auf der Passivseite sind vor allem die Verbindlichkeiten und insbesondere die Finanzierungsverbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin deutlich angestiegen. Die Erhöhung der Umsatzerlöse (insbes. Erlöse aus Verkehrsleistungen) ist auf höhere Fahrgastzahlen zurückzuführen. Den höchsten Anteil am betrieblichen Aufwand nimmt der Personalaufwand ein, der im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Inflationsausgleichsprämie und dem größeren Gesamtpersonalbestand angestiegen ist. Demgegenüber sind die Materialaufwendungen aufgrund geringerer Aufwendungen für Strom deutlich gesunken.

Vertiefende Angaben finden sich im Geschäftsbericht der Gesellschaft:

[Geschäftsberichte | VGF \(vgf-ffm.de\)](https://www.vgf-ffm.de)

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2023 auf 173,52 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Frau Jerchel 153 T€, von Herrn Raasch 127 T€ und von Herrn Rüffer 247 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 200 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr 29 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 07.09.2022 für das Planjahr 2023 und am 25.09.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 16.04.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main | VGF \(vgf-ffm.de\)](https://www.vgf-ffm.de)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
VGF Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	995.454	953.774	41.680	4,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.013	547	466	85,4
Sachanlagen	994.427	953.214	41.214	4,3
Finanzanlagen	14	14	0	0,0
Umlaufvermögen	263.314	201.757	61.557	30,5
Vorräte	30.835	25.977	4.858	18,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	230.393	173.275	57.118	33,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.086	2.505	-418	-16,7
Rechnungsabgrenzungsposten	764	343	421	122,7
Bilanzsumme	1.259.533	1.155.875	103.658	9,0
PASSIVA				
Eigenkapital	35.840	35.840	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	11.000	11.000	0	0,0
Kapitalrücklage	16.591	16.591	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	8.249	8.249	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	128.450	113.919	14.532	12,8
Verbindlichkeiten	1.083.343	990.766	92.576	9,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	271.294	341.653	-70.359	-20,6
Rechnungsabgrenzungsposten	11.900	15.350	-3.450	-22,5
Bilanzsumme	1.259.533	1.155.875	103.658	9,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	197.208	160.088	37.120	23,2
Bestandsänderung UE / FE	1.340	-377	1.717	-455,4
andere aktivierte Eigenleistungen	6.147	4.595	1.552	33,8
Gesamtleistung	204.695	164.306	40.389	24,6
sonstige betriebliche Erträge	83.965	121.518	-37.552	-30,9
Materialaufw and	-129.410	-148.727	19.317	-13,0
Personalaufw and	-185.853	-178.792	-7.060	3,9
Abschreibungen	-54.059	-51.204	-2.856	5,6
sonstige betriebliche Aufw endungen	-27.712	-23.331	-4.381	18,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-108.374	-116.230	7.856	-6,8
Finanzergebnis	-12.765	-15.827	3.063	-19,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-121.138	-132.057	10.919	-8,3
Ergebnis nach Steuern	-121.138	-132.057	10.919	-8,3
Sonstige Steuern	-259	-259	1	-0,2
Erträge aus Verlustübernahme	121.397	132.316	-10.919	-8,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-

Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2.732	2.685	47	1,8
Auszubildende	114	125	-11	-8,8
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	28.895	29.862	-967	-3,2
davon Straßenbahn	7.644	7.716	-72	-0,9
davon U-Bahn	21.251	22.146	-895	-4,0
Platzkilometer (in Mio.)	5.303	5.670	-367	-6,5
davon Straßenbahn	1.350	1.393	-43	-3,1
davon U-Bahn	3.953	4.277	-324	-7,6
Anzahl der Fahrten (beförderte Personen) (in Mio.)	182	156	26	16,7
davon Straßenbahn	67	54	13	23,9
davon U-Bahn	133	109	24	21,7

2.6.6 In-der-City-Bus GmbH

Gründung: 08.09.1992		Unternehmensgegenstand: Verkehrsbedienung in Frankfurt am Main im Umfang der jeweiligen Betrauung. Darüber hinaus ist die Gesellschaft tätig als Verkehrsdienstleisterin beim Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen und Gütern im Rhein-Main-Gebiet.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH		Kapitalanteile: 10.572.000 € = 100,00 % 10.572.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Martin Hulecki Frau Stephanie Schramm			
Aufsichtsrat:		9 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr StR Wolfgang Siefert	
Mandatsträger der Stadt:		Frau Stv Julia Eberz Frau Stv Kristina Luxen Herr Stv Nathaniel Ritter Herr Stv Omar Shehata Herr StR Wolfgang Siefert Herr Stv Hüseyin Sitki	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Tayar Isilti (AN) Herr Mustapha Kadar (AN) Herr Ali Yasar (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:	Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:	
33,33 % bezogen auf städt. Mandate 22,22 % bezogen auf AR gesamt	50,00 %	1. Führungsebene: 25,00 % 2. Führungsebene: n. v.	

A. Allgemeines

Bis zum 31.08.2014 war die In-der-City-Bus GmbH (ICB) ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) mit Sitz in Frankfurt am Main. Zum 01.09.2014 wurden im Zuge einer Neuausrichtung der Busaktivitäten im Konzern sämtliche Anteile an der Gesellschaft von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) übernommen. Gegenstand des Unternehmens ist die Verkehrsbedienung für Personen und Güter. Das Tätigkeitsgebiet der Gesellschaft ist aufgrund der öffentlichen Dienstleistungsaufträge mittels Direktvergabe gemäß VO (EG) Nr. 1370/2007 auf das Stadtgebiet Frankfurt am Main und die drei bestehenden Verkehrsverträge begrenzt. Eine Teilnahme an anderen wettbewerblichen Verfahren zur Vergabe von Leistungen im ÖPNV ist der Gesellschaft ebenfalls versagt. Die ICB betreibt die sogenannten Frankfurter Bus-Linienbündel C, D und E. Die Verkehrsverträge haben eine Laufzeit von jeweils zehn Jahren. Der Fahrplan wird durch den lokalen Aufgabenträger jährlich vorgegeben. Auf das Linienbündel C entfielen im Jahr 2023 rund 4,00 Mio. Fahrplan-Kilometer, auf das Linienbündel D rund 3,40 Mio. und auf das Linienbündel E insgesamt 3,10 Mio. Fahrplan-Kilometer. Die Gesellschaft betreibt damit ca. 50,0 % der gesamten Busverkehrsleistungen im Frankfurter Nahverkehr. Der Fuhrpark der Gesellschaft umfasst hierbei über 220 Linienbusse. Darüber hinaus erbringt die ICB auch Sonderlinien- und Gelegenheitsverkehre. Hierunter fällt insbesondere die Durchführung von Schienenersatzverkehren im Auftrag der VGF und Verkehren für die Messe Frankfurt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das Eigenkapital machte 16,7 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Jahresüberschuss erhöht. Die Umsatzerlöse sind angestiegen, was im Wesentlichen auf die Tarifsteigerung des Rhein-Main-Verkehrsverbunds (RMV) zurückzuführen ist. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich leicht erhöht. Der Materialaufwand hat sich verringert, was vor allem mit einer Änderung der Kontierungsvorgaben der ICB zusammenhängt. Der Personalaufwand ist insbesondere aufgrund der Erhöhung des LHO-Tarifs ab Juli 2022 gestiegen. Die Abschreibungen lagen im Berichtsjahr über dem Vorjahreswert. Wesentliche Treiber dieses Anstiegs sind die Aktivierung der neuen Brennstoffzellenbusse sowie die Übernahme des Inventars der ehemaligen Main-Mobil-Frankfurt GmbH (MMF) im Rahmen der Verschmelzung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere wegen des Anstiegs der Miet- und Pachtkosten, der EDV-Kosten, der Kosten für Marketing sowie der Reparatur und Instandhaltung von Gebäuden erhöht. Gegenläufig haben sich die periodenfremden Aufwendungen reduziert. Der Zinsaufwand im Jahr 2023 entsprach nahezu dem Vorjahreswert. Gegenläufig sind die Zinserträge im Berichtsjahr aufgrund der angepassten Cashpool-Konditionen im Rahmen der allgemeinen Zinsentwicklung stark angestiegen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

• Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

• Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Für die Geschäftsführung wurde im Jahr 2023 eine Jahresvergütung von 334 T€ einschließlich D&O Versicherung verbucht. An Mitglieder des Aufsichtsrats wurden insgesamt 3,4 T€ ohne Umsatzsteuer vergütet.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 05.10.2022 für das Planjahr 2023 und am 06.10.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 23.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Mit der ICB fahren jedes Jahr 31 Mio. Menschen durch Frankfurt. - ICB \(icb-ffm.de\)](https://www.icb-ffm.de)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
ICB In-der-City-Bus GmbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	31.759	35.296	-3.538	-10,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	167	176	-9	-5,0
Sachanlagen	31.591	35.120	-3.529	-10,0
Umlaufvermögen	20.261	12.370	7.891	63,8
Vorräte	1.092	1.043	49	4,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.163	11.320	7.843	69,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	6	6	-0	-5,2
Aktive latente Steuern	33	0	33	-
Rechnungsabgrenzungsposten	12	1	11	1.028,2
Bilanzsumme	52.066	47.667	4.398	9,2
PASSIVA				
Eigenkapital	8.678	6.714	1.964	29,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.572	10.572	0	0,0
Kapitalrücklage	155	155	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	29	29	0	0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	-4.042	-5.446	1.404	-25,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1.964	1.404	561	39,9
Rückstellungen	2.443	2.042	402	19,7
Verbindlichkeiten	40.889	38.848	2.041	5,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.183	31.222	-2.039	-6,5
Rechnungsabgrenzungsposten	55	64	-9	-13,6
Bilanzsumme	52.066	47.667	4.398	9,2
Gewinn- und Verlustrechnung				
	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	29.912	28.653	1.259	4,4
Gesamtleistung	29.912	28.653	1.259	4,4
sonstige betriebliche Erträge	44.956	44.673	283	0,6
Materialaufw and	-23.137	-24.849	1.712	-6,9
Personalaufw and	-39.492	-38.147	-1.345	3,5
Abschreibungen	-4.752	-4.557	-195	4,3
sonstige betriebliche Aufw endungen	-5.439	-4.090	-1.348	33,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	2.049	1.683	366	21,8
Finanzergebnis	101	-277	378	-136,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2.150	1.406	744	52,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-184	0	-184	-
Ergebnis nach Steuern	1.966	1.406	560	39,8
Sonstige Steuern	-2	-3	1	-22,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1.964	1.404	561	39,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.964	1.404	561	39,9

Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	713	723	-10	-1,4
Auszubildende (Jahresdurchschnitt)	13	18	-5	-30,1
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	9.902	10.360	-458	-4,4
davon ICB in Eigenleistung (inkl. Main Mobil Frankfurt GmbH)	9.902	10.335	-433	-4,2
davon ICB in Subunternehmerleistung	0	25	-25	-
Platzkilometer (in Mo.)	927	1.142	-215	-18,8
davon ICB in Eigenleistung (inkl. Main Mobil Frankfurt GmbH)	927	1.140	-213	-18,7
davon ICB in Subunternehmerleistung	0	2	-2	-

2.6.7 Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Gründung: 11.12.1996	Unternehmensgegenstand: Bereitstellung von Energiedienstleistungen. Die Gesellschaft ist tätig als Energiedienstleistungsunternehmen auf dem Energiemarkt. Die Gesellschaft betätigt sich in folgenden Bereichen: Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von elektrischer Energie und Wärme/Kälte sowie der Errichtung der hierfür erforderlichen Anlagen, soweit dies im Rahmen der Unternehmensziele zur Deckung des Bedarfs an Energiedienstleistungen erforderlich ist; Durchführung von Energiesparprogrammen, Beratung, Förderung und kooperative Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Verminderung des Bedarfs an Energie.
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Alexander Lühr	

A. Allgemeines

Die Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main (SSWG) ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH). Zwischen SSWG und SWFH besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, mittels dem die SSWG in den ertragsteuerlichen Organkreis der SWFH einbezogen ist. Die Gesellschaft hat (noch) kein eigenes operatives Geschäft.

Gegenstand der Gesellschaft laut künftigem Gesellschaftsvertrag ist das Halten und die Verwaltung einer Beteiligung an der Mainova AG. Zur Vorbereitung dieser Tätigkeit wurde der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der SWFH und der SSWG einvernehmlich mit Ablauf des 31.12.2023 beendet. Mit Datum vom 22.12.2023 wurde ein Ausgliederungs- und Übernahmevertrag mit der SWFH abgeschlossen. Mit Wirkung zum 01.01.2024 überträgt die SWFH im Wege der Ausgliederung gemäß UmwG 3.620.587 Namens-Stückaktien der Mainova AG (WKN 655340) auf die SSWG. Außerdem überträgt die SWFH ihren mit der Mainova AG bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der Maßgabe, dass der Anspruch auf Gewinnabführung der SSWG erst ab dem Geschäftsjahr 2024 zusteht, auf die SSWG. Die SSWG ist dem bestehenden Konsortialvertrag zwischen der SWFH und der Thüga AG beigetreten. Zur Durchführung der Ausgliederung beschließt die SWFH eine Erhöhung des Stammkapitals der SSWG im Jahr 2024 um 4 T€ auf 30 T€. Die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind ab dem 01.01.2024 mit der Ergebnisentwicklung der Mainova verknüpft.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme bleibt zum Bilanzstichtag unverändert bei 26 T€. Das Umlaufvermögen setzt sich aus den Forderungen gegen die SWFH in Höhe von 26 T€ (i. Vj. 26 T€) zusammen. Durch die vollständige Einbindung ins Cash Pooling der SWFH weist die SSWG keine liquiden Mittel zum Jahresende auf. Die Eigenkapitalquote liegt weiterhin bei 100 % der Bilanzsumme.

Die geschäftlichen Aktivitäten beschränkten sich im Geschäftsjahr 2023 auf die von der SWFH abgewickelte laufende Verwaltung der Gesellschaft. Die laufenden Verwaltungskosten der Gesellschaft trug die SWFH. Das in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene positive Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 1 T€ (i. Vj. 0 T€), resultierte aus den Zinsen und ähnlichen Erträgen, welche den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüberstanden. Gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ist der Gewinn des Jahres 2023 vollständig an die SWFH abzuführen. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt nach der Gewinnabführung mit 0 T€ ab.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätte. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussgespräche fanden aufgrund der Funktion der Gesellschaft als sog. Mantelgesellschaft nicht statt.

Für weitere Informationen wird auf folgende Internetseite verwiesen:

<https://stadtwerke-frankfurt.de/publikationen>

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	26	26	0	1,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26	26	0	1,7
Bilanzsumme	26	26	0	1,7
PASSIVA				
Eigenkapital	26	26	0	1,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	1,7
Gew innvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	0,0
Bilanzsumme	26	26	0	1,7
Gewinn- und Verlustrechnung				
	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Aufw endungen	-0	0	-0	-
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-0	0	-0	-
Finanzergebnis	1	0	1	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	1	0	1	-
Ergebnis nach Steuern	1	0	1	-
Gew innabführung	-1	0	-1	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen				
	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

2.7 traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Gründung: 31.08.2001		Unternehmensgegenstand: Die Wahrnehmung der im Allgemeininteresse liegenden, nicht gewerblichen Aufgaben der Stadt Frankfurt am Main als Aufgabenträgerin im öffentlichen Personennahverkehr und in sonstigen Verkehren, soweit nicht öffentlich-rechtliche Vorschriften dies zwingend ausschließen. Die Gesellschaft soll die der Stadt Frankfurt am Main zugewiesenen Aufgaben gemäß § 5 und § 7 Hessisches ÖPNV-Gesetz sicherstellen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 25.600 € = 100,00 % 25.600 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Prof. Dr. Tom Reinhold			
Aufsichtsrat:		9 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr StR Wolfgang Siefert	
Mandatsträger der Stadt:		Frau Stv Ursula Busch	
		Frau Stv Julia Eberz	
		Frau Stv Dr. Katharina Knacker	
		Herr Stv Johannes Lauterwald	
		Frau Stv Kristina Luxen	
		Herr Nico Richter	
		Herr Stv Dr. Uwe Schulz	
		Herr StR Wolfgang Siefert	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Holger Reich (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:
50,00 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	1. Führungsebene: 50,00 %
44,44 % bezogen auf AR gesamt			2. Führungsebene: 0,00 %

A. Allgemeines

Die traffiQ nimmt im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main die Aufgaben und Befugnisse wahr, die nach dem Hessischen ÖPNV-Gesetz dem Aufgabenträger zugewiesen sind (Aufgabenübertragungs- und Beleihungsvertrag zwischen der traffiQ und der Stadt Frankfurt am Main). Dazu gehört insbesondere die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die traffiQ ist zudem das Bindeglied zum Rhein-Main-Verkehrsverbund, der für den regionalen Nahverkehr verantwortlich ist.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Finanzierung von traffiQ erfolgt durch Zuweisungen des Gesellschafters, die seit dem Geschäftsjahr 2004 in Kapitalrücklagen eingestellt werden. In Höhe des Jahresfehlbetrages erfolgt dann eine Auflösung der Kapitalrücklage durch Gesellschafterbeschluss. Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 ist gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Veränderung der Aktivseite ist durch den Rückgang der Treuhandforderungen geprägt und resultierte im Wesentlichen aus geringeren Forderungen im Zusammenhang mit Billigkeitsleistungen. Die Entwicklung spiegelte sich auf der Passivseite wider. Der Anstieg der liquiden Mittel lag in den höheren unterjährigen Einzahlungen durch die Gesellschafterin in die Kapitalrücklage begründet, die deutlich über dem Jahresergebnis valutierte. Die Eigenkapitalquote belief sich auf 4,3 %.

Da die traffiQ alle Aufgaben und Befugnisse des Aufgabenträgers (Stadt Frankfurt a.M.) gem. § 4 und 7 Hess. ÖPNV-Gesetzes wahrnimmt und insofern kein wesentliches eigenes operatives Geschäft hat, ist das Ergebnis der

traffiQ in erster Linie durch die Aufwendungen für den sog. Eigenbedarf geprägt. Der Jahresfehlbetrag ist gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch höhere Personalaufwendungen und die höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen gestiegen. Der Anstieg des Personalaufwands resultierte aus allgemeinen Tarifiergestigerungen, einer gestiegenen Anzahl von Mitarbeitenden sowie vor allem aus gestiegenen personalbezogenen Rückstellungen für Urlaub, Überstunden und Deputate. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultierte im Wesentlichen aus gestiegenen Fremdleistungen für Unternehmensprozesse und -projekte, Mieten und sonstigen Gebäudeaufwendungen sowie Fortbildungskosten. Gegenläufig entwickelten sich die Rechts- und Beratungskosten. Insgesamt sind die Erträge geringer gestiegen als die Aufwendungen. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2023 durch Auflösung der Kapitalrücklage auszugleichen. Die restliche Kapitalrücklage wird wieder von der Gesellschafterin Stadt Frankfurt per Gesellschafterbeschluss zurückgefordert.

Vertiefende Angaben finden sich im Geschäftsbericht der Gesellschaft:

<https://www.traffiq.de/traffiq/medien/veroeffentlichungen.html>

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Bei der traffiQ handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Im Haushalt 2023 der Stadt Frankfurt am Main standen für die traffiQ Mittel von 100,42 Mio. € zur Verfügung, davon 14,74 Mio. € für den Eigenbedarfsbereich und 85,68 Mio. € für den Treuhandbereich. Insgesamt wurden für das Jahr 2023 im Eigenbedarfsbereich Mittel von 13,90 Mio. € von der Stadt Frankfurt am Main in die Kapitalrücklage gezahlt. An Treuhandmitteln wurden insgesamt 73,90 Mio. € von der Stadt Frankfurt am Main angefordert.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Prof. Dr. Reinhold 236,4 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 3,1 T€.

davon:	Herr Prof. Dr. Reinhold
Festvergütung	155,0 T€
variable Vergütung	45,0 T€

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 17.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 16.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 16.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[traffiQ: Home](#)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	842	762	79	10,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	287	250	37	14,7
Sachanlagen	554	512	43	8,3
Umlaufvermögen	39.565	41.336	-1.771	-4,3
Vorräte	0	3	-3	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38.280	40.813	-2.533	-6,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.285	520	765	147,0
Rechnungsabgrenzungsposten	87	97	-10	-10,7
Bilanzsumme	40.493	42.196	-1.702	-4,0
PASSIVA				
Eigenkapital	1.740	220	1.520	692,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	13.900	11.400	2.500	21,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-12.186	-11.206	-980	8,7
Rückstellungen	2.118	1.825	294	16,1
Verbindlichkeiten	36.635	40.152	-3.517	-8,8
Bilanzsumme	40.493	42.196	-1.702	-4,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	662	508	153	30,2
Gesamtleistung	662	508	153	30,2
sonstige betriebliche Erträge	413	175	238	135,8
Materialaufwand	-306	-242	-64	26,3
Personalaufwand	-8.256	-7.518	-739	9,8
Abschreibungen	-188	-159	-29	18,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.317	-3.821	-496	13,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-11.992	-11.056	-935	8,5
Finanzergebnis	41	-10	51	-503,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-11.951	-11.067	-884	8,0
Ergebnis nach Steuern	-11.951	-11.067	-884	8,0
Sonstige Steuern	-235	-139	-96	68,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-12.186	-11.206	-980	8,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-12.186	-11.206	-980	8,7
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	106	100	6	6,0
Verwaltete Treuhandgelder (in T€)	419.784	400.307	19.477	4,9
Anzahl d. Linien d. gesamten integr. ÖV auf dem Stadtgebiet	160	159	1	0,6
Angebotskilometer pro Jahr (in Mio. Nutzkilometer)	47	48	-1	-2,5
Anzahl der Haltestellen**	811	810	1	0,1

3.1 ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern

Gründung:		Unternehmensgegenstand:	
16.01.1890		Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben, Verwaltung von Beteiligungen.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main		102.530.260 € = 99,99 %	
Frankfurter Sparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts		1.970 € = 0,01 %	
		102.532.230 € = 100,00 %	
Geschäftsführung:			
Herr Frank Junker			
Aufsichtsrat:		21 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr OB Mike Josef	
Mandatsträger der Stadt:		Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
		Frau Stv Julia Frank-Millman	
		Frau Stv Eisa Grote	
		Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
		Herr OB Mike Josef	
		Herr Stv Johannes Lauterwald	
		Herr Stv Sebastian Papke	
		Herr Arndt-Philipp Seeger	
		Herr Stv Holger Tschierschke	
		Frau StRin Elke Voitl	
		Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Karima Akil (AN)	
		Frau Susanne Bachmann (AN)	
		Frau Berit Beierlein (AN)	
		Herr Mike Blanc (AN)	
		Herr Stephan Edel (AN)	
		Frau Andrea Emmerich (AN)	
		Frau Brigitte Feik (AN)	
		Frau Iris Marquardt (AN)	
		Herr Frank Möhler (AN)	
		Herr Eberhard Sachse (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:
54,55 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	1. Führungsebene: 20,00 %
52,38 % bezogen auf AR gesamt			2. Führungsebene: 38,46 %
50,00 % Zielgröße AR gesamt			

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	25.000 € = 100,00 %
ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	25.000 € = 100,00 %
ABG Krifteler Wäldchen GmbH	25.000 € = 100,00 %
Bäderbaugesellschaft mbH	25.000 € = 100,00 %
SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	25.000 € = 100,00 %
WOHNHEIM GmbH	34.103.200 € = 98,81 %
Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	14.125.056 € = 96,80 %
ABG Riedberg GmbH & Co. KG	23.725 € = 94,90 %
Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG	9.400 € = 94,00 %
MIBAU GmbH	4.285.050 € = 92,09 %
Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG	22.250 € = 89,00 %
Hellerhof GmbH	13.238.050 € = 86,83 %
ABGnova GmbH	50.000 € = 50,00 %
CP Campus Projekte GmbH	12.500 € = 50,00 %
EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH Wiesbaden	12.500 € = 50,00 %
Merton-Wohnprojekt GmbH	25.600 € = 50,00 %
Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH	12.500 € = 50,00 %
book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	16.873 € = 33,00 %
Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	5.200 € = 20,00 %

A. Allgemeines

Über ihren eigenen Bestand hinaus betreut die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) den Liegenschaftsbestand der WOHNHEIM GmbH, der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, der Hellerhof GmbH, der MIBAU GmbH, der ABG Riedberg GmbH & Co. KG, der Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG mit rund 29.665 Wohnungen, 22.133 Garagen und Abstellplätzen, 536 gewerblich genutzten Objekten und 84 sozialen Einrichtungen. 63,5 Mio. € wurden im Geschäftsjahr in Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen investiert.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Einzelabschluss der GmbH

Die Bilanzsumme hat sich erhöht und das Reinvermögen ist gestiegen. Das Anlagevermögen ist um mehr als 58 % durch eigene Mittel finanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt 50,4 %. Die Eigenkapitalrentabilität ging auf 5,5 % zurück.

Die Umsatzerlöse sind leicht gestiegen. Dies resultierte aus der Hausbewirtschaftung, die fast 90 % der Umsätze ausmacht. Die Erlöse aus der kurzfristigen Vermietung der Saalbauten stiegen weiter an. Das verbesserte Finanzergebnis war auf höhere Erträge aus Beteiligungen, aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und höhere Zinserträge zurückzuführen. Die höhere Anzahl der Beschäftigten ergab sich aus dem Wechsel von Mitarbeitenden aus den Töchtern der ABG zur Muttergesellschaft.

Konzernabschluss

Die Konzernbilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Eigenkapitalquote belief sich auf 43 %. Das Konzernjahresergebnis hat sich verbessert. Die Investitionen in Instandhaltungen und Modernisierungen betragen im Geschäftsjahr mehr als 144 Mio. €. Die Umsatzerlöse sind insbesondere aus der Hausbewirtschaftung durch Erstvermietungen gestiegen. Die Investitionen in aktivierungspflichtige Modernisierungsmaßnahmen und Neubauwohnungen betragen mehr als 128 Mio. €. Das Reinvermögen hat sich auf 1,4 Mrd. € erhöht.

Vertiefende Informationen zum Konzernabschluss finden sich auf der Internetseite der Gesellschaft:

[Berichte der ABG FRANKFURT HOLDING - ABG FRANKFURT HOLDING GmbH](#)

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Im Jahr 2023 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2022 von 7,00 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 4 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 10.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 09.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 24.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[ABG FRANKFURT HOLDING – Wir machen Räume wahr](#)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.037.644	1.965.144	72.501	3,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.552	1.754	-201	-11,5
Sachanlagen	1.716.116	1.681.430	34.686	2,1
Finanzanlagen	319.976	281.959	38.016	13,5
Umlaufvermögen	300.421	254.648	45.772	18,0
Vorräte	59.160	49.195	9.965	20,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	215.962	201.145	14.817	7,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	25.299	4.309	20.990	487,1
Rechnungsabgrenzungsposten	3.852	3.908	-56	-1,4
Bilanzsumme	2.341.918	2.223.700	118.217	5,3
PASSIVA				
Eigenkapital	1.180.176	1.123.873	56.303	5,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	102.532	102.532	0	0,0
Kapitalrücklage	38.016	38.016	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	974.995	915.195	59.800	6,5
Gew innvortrag / Verlustvortrag	13	59	-46	-78,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	64.619	68.070	-3.451	-5,1
Sonderposten	6.952	7.174	-221	-3,1
Rückstellungen	73.791	53.125	20.666	38,9
Verbindlichkeiten	1.051.546	1.018.096	33.450	3,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	437.742	439.800	-2.058	-0,5
Rechnungsabgrenzungsposten	29.452	21.432	8.020	37,4
Bilanzsumme	2.341.918	2.223.700	118.217	5,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	285.524	282.832	2.692	1,0
Bestandsänderung UE / FE	9.963	-120	10.083	-8.395,9
andere aktivierte Eigenleistungen	216	300	-84	-27,9
Gesamtleistung	295.703	283.012	12.691	4,5
sonstige betriebliche Erträge	7.656	6.758	898	13,3
Materialaufw and	-151.931	-135.781	-16.150	11,9
Personalaufw and	-34.435	-29.050	-5.384	18,5
Abschreibungen	-39.303	-36.857	-2.446	6,6
sonstige betriebliche Aufw endungen	-19.200	-23.777	4.578	-19,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	58.491	64.305	-5.814	-9,0
Finanzergebnis	29.669	27.331	2.338	8,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	88.161	91.636	-3.476	-3,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-23.351	-23.552	201	-0,9
Ergebnis nach Steuern	64.810	68.085	-3.275	-4,8
Sonstige Steuern	-190	-14	-176	1.237,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	64.619	68.070	-3.451	-5,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	64.619	68.070	-3.451	-5,1

Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	425	360	65	18,1
Auszubildende (Jahresdurchschnitt)	14	15	-1	-6,7
Anzahl Wohnungen preisfrei	19.216	19.060	156	0,8
Anzahl Wohnungen preisgebunden	5.757	5.487	270	4,9
Anzahl Wohnungen gesamt	24.973	24.547	426	1,7
davon Neubaufertigstellungen	427	219	208	95,0

**Konzernabschluss zum 31.12.2023 der
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.878.747	2.813.511	65.237	2,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.607	1.881	-274	-14,6
Sachanlagen	2.820.473	2.774.215	46.258	1,7
Finanzanlagen	56.668	37.415	19.253	51,5
Umlaufvermögen	373.732	319.785	53.946	16,9
Vorräte	157.194	135.003	22.191	16,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	190.674	179.824	10.850	6,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	25.863	4.958	20.905	421,6
Rechnungsabgrenzungsposten	4.264	4.712	-448	-9,5
Bilanzsumme	3.256.743	3.138.008	118.736	3,8
PASSIVA				
Eigenkapital	1.401.914	1.327.077	74.837	5,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	102.532	102.532	0	0,0
Kapitalrücklage	48.040	48.040	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	1.054.343	994.543	59.800	6,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	106.382	96.047	10.335	10,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	83.245	78.571	4.675	5,9
Anteile anderer Gesellschafter	7.373	7.346	27	0,4
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	47.443	47.443	0	0,0
Rückstellungen	120.462	78.706	41.756	53,1
Verbindlichkeiten	1.636.442	1.648.182	-11.740	-0,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	902.742	927.052	-24.309	-2,6
Rechnungsabgrenzungsposten	50.482	36.600	13.882	37,9
Bilanzsumme	3.256.743	3.138.008	118.736	3,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	566.147	549.623	16.524	3,0
Bestandsveränderung UE/ FE	22.186	1.846	20.340	1.101,7
andere aktivierte Eigenleistungen	5.218	5.416	-198	-3,7
Gesamtleistung	593.551	556.885	36.666	6,6
sonstige betriebliche Erträge	17.893	13.456	4.437	33,0
Materialaufw and	-327.914	-290.815	-37.099	12,8
Personalaufw and	-60.857	-59.813	-1.044	1,7
Abschreibungen	-75.794	-73.978	-1.816	2,5
sonstige betriebliche Aufw endungen	-20.951	-20.900	-50	0,2
Betriebsergebnis	125.928	124.834	1.093	0,9
Finanzergebnis	-16.754	-21.038	4.284	-20,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	109.174	103.796	5.378	5,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-25.734	-25.207	-527	2,1
Ergebnis nach Steuern	83.440	78.589	4.850	6,2
Sonstige Steuern	-194	-18	-176	949,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	83.245	78.571	4.675	5,9
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-127	-133	6	-4,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	83.119	78.438	4.681	6,0
Gew inn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	106.508	96.180	10.329	10,7
Bilanzergebnis	189.627	174.617	15.010	8,6

Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	761	759	2	0,3
Auszubildende	16	17	-1	-5,9
Anzahl Wohnungen preisfrei	37.755	37.669	86	0,2
Anzahl Wohnungen preisgebunden	16.883	16.453	430	2,6
Anzahl Wohnungen gesamt	54.638	54.122	516	1,0
davon Neubaufertigstellungen	515	252	263	104,4

3.1.1 Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG

Gründung: 11.07.2017		Unternehmensgegenstand: Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, der Bau und der Betrieb des Familienbads Bornheim.□	
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH		Kapitalanteile: 22.250 € = 89,00 %	
Stadt Frankfurt am Main		2.750 € = 11,00 %	
		25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Frank Junker			
Aufsichtsrat:		6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr OB Mike Josef	
Mandatsträger der Stadt:		Frau Stv Julia Eberz	
		Herr OB Mike Josef	
		Frau Stv Natascha Kauder	
		Herr Stv Jan Klingelhöfer	
		Herr Thorsten Sinning	
		Herr Stv Emre Telyakar	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	
33,30 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	
		Anteil Frauen Führungsebene: n. v.	

A. Allgemeines

Die Bäderbau KG wurde am 11.07.2017 gegründet. Das Kommanditkapital beträgt 25 T€ und wurde in voller Höhe eingezahlt. Die Stadt Frankfurt am Main war bis zum 22.10.2018 alleinige Kommanditistin der Bäderbau KG. Mit Kaufvertrag vom 22.10.2018 erwarb die ABG 89 % der Kommanditanteile. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 05.11.2018. Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung eines Familienbads an der Eissporthalle, das das Panoramabad Bornheim ersetzen soll. Die Übernahme eines Erbbaurechtes ist bereits im Jahr 2018 erfolgt. Ende 2019 wurde der Bauantrag für das Familienbad eingereicht. Der Baubeginn erfolgte im August 2021.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 die Entwicklung ihres Projektes im Bereich des Familienbades Bornheim weitergeführt. Die Rohbauarbeiten sind inzwischen abgeschlossen und der Innenausbau hat begonnen. Die Gesamtkosten sollen voraussichtlich 63 Mio. € betragen. Die Fertigstellung ist für das dritte Quartal 2024 vorgesehen. Das Bad soll danach an die BäderBetriebe Frankfurt GmbH zur Einregulierung übergeben werden. Die Eröffnung erfolgt voraussichtlich im Dezember 2024.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Für die Tätigkeit des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr keine Vergütungen gewährt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 10.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 09.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 10.04.2024 statt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	43.091	25.806	17.284	67,0
Sachanlagen	43.091	25.806	17.284	67,0
Umlaufvermögen	4.094	2.251	1.843	81,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.985	2.158	-174	-8,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.109	93	2.017	2.178,7
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	701	571	130	22,7
Bilanzsumme	47.885	28.628	19.257	67,3
PASSIVA				
Eigenkapital	0	0	0	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	-701	-571	-130	22,7
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	701	571	130	22,7
Rückstellungen	8	9	-1	-7,8
Verbindlichkeiten	47.877	28.619	19.257	67,3
Bilanzsumme	47.885	28.628	19.257	67,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Gesamtleistung	0	0	0	-
sonstige betriebliche Erträge	2	7	-6	-78,7
Materialaufwand	-71	-71	0	0,0
Abschreibungen	-2	-2	-0	0,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-50	-52	2	-3,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-121	-118	-4	3,2
Finanzergebnis	-1	-1	0	0,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-122	-119	-4	3,2
Ergebnis nach Steuern	-122	-119	-4	3,2
Sonstige Steuern	-7	-7	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-130	-126	-4	3,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-130	-126	-4	3,0
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

3.1.2 Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Gründung: 15.08.1947	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Bebauung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Wohn- und Geschäftsgrundstücken in der Stadt Frankfurt am Main und ihrer näheren Umgebung sowie die Ausführung von Architekten- und Ingenieurleistungen für öffentliche und private Bauherren und die Durchführung aller damit zusammenhängenden Aufgaben, auch über die Grenzen der Stadt Frankfurt am Main hinaus.
--------------------------------	---

Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 14.125.056 € = 96,80 %
Stadt Frankfurt am Main	466.944 € = 3,20 %
	14.592.000 € = 100,00 %

Vorstand:
Herr Frank Junker

Aufsichtsrat:	21 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Sylvia Weber
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Ulrich Baier Frau Stv Julia Frank-Millman Herr Stv Johannes Hauenschild Herr Sven-Erik Holm Herr Kai Raffel Frau Stv Julia Roshan Moniri Herr StR Wolfgang Siefert Herr Stv Holger Tschierschke Frau StRin Elke Voitl Frau StRin Sylvia Weber Herr Stv Simon Witsch
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Wolfram Dittmar (AN) Frau Andrea Emmerich (AN) Herr Peter Haßenpflug (AN) Frau Heike Heeg (AN) Frau Siv Hoppenrath (AN) Frau Yvonne Köhler (AN) Herr Norbert Kreile (AN) Frau Iris Marquardt (AN) Herr Enrico Parisi (AN) Frau Petra Weigert (AN)

Geschlechterquoten:	Anteil Frauen Aufsichtsrat:	Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:
	36,36 % bezogen auf städt. Mandate 47,62 % bezogen auf AR gesamt 50,00 % Zielgröße AR gesamt	0,00 %	1. Führungsebene: 0,00 % 2. Führungsebene: 0,00 %

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
ABG Projekte GmbH	25.000 € = 100,00 %
FAAG Technik GmbH	4.000.000 € = 100,00 %
Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH	26.000 € = 100,00 %
Hofgarten Projektgesellschaft mbH	25.000 € = 50,00 %

A. Allgemeines

Die Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) hat mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) einen Geschäftsbesorgungsvertrag für die Verwaltung der Immobilien und aller damit zusammenhängenden Tätigkeiten geschlossen. Die Beschäftigten aus diesem Bereich sind zur ABG gewechselt oder abgestellt.

Ein besonderes Bauprojekt stellt die Nachverdichtung der Platensiedlung dar. Durch Aufstockungen und Neubauten entstehen bis 2024 insgesamt rund 680 Wohnungen, davon etwa die Hälfte öffentlich gefördert.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Eigenkapitalquote beträgt rund 19 %. Das Anlagevermögen macht 89,9 % der Bilanzsumme aus und ist fast vollständig durch eigene und mittel- bis langfristige Fremdmittel finanziert. Der Finanzmittelbestand ist gesunken. Die Hausbewirtschaftung macht über 90 % der Gesamtleistung aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg durch die Mieterlöse von Neubauten und wesentlich gestiegene Erlöse der Parkhäuser im Kurzparkerbereich zu verzeichnen. Die gestiegenen Beträge auf Grundlage von Gewinnabführungsverträgen kamen im Wesentlichen von der Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH. Die Eigenkapitalrentabilität näherte sich der 40 %.

Das deutlich bessere Jahresergebnis gegenüber der Planung ist vor allem auf die geringeren Instandhaltungsaufwendungen durch Verzögerungen bei den geplanten Projekten zurückzuführen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

• Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

• Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 4 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 10.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 09.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 25.04.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf folgende Internetseiten verwiesen:

[ABG FRANKFURT HOLDING – Wir machen Räume wahr](#)

[FAAG TECHNIK | ARCHITEKTEN + INGENIEURE \(faag-technik.de\)](#)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	500.452	474.971	25.481	5,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	496.369	470.888	25.481	5,4
Finanzanlagen	4.083	4.083	0	0,0
Umlaufvermögen	55.960	60.971	-5.011	-8,2
Vorräte	16.733	16.423	310	1,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39.227	44.548	-5.320	-11,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	0	0	-0	-
Rechnungsabgrenzungsposten	290	345	-55	-16,0
Bilanzsumme	556.702	536.287	20.415	3,8
PASSIVA				
Eigenkapital	105.545	105.545	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	14.592	14.592	0	0,0
Kapitalrücklage	88.813	88.813	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	2.141	2.141	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	56.394	58.292	-1.898	-3,3
Rückstellungen	8.910	3.776	5.134	136,0
Verbindlichkeiten	377.539	361.296	16.243	4,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	238.119	246.386	-8.267	-3,4
Rechnungsabgrenzungsposten	8.313	7.378	936	12,7
Bilanzsumme	556.702	536.287	20.415	3,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	108.130	104.967	3.164	3,0
Bestandsänderung UE / FE	310	-334	644	-192,8
andere aktivierte Eigenleistungen	5	16	-11	-69,2
Gesamtleistung	108.445	104.649	3.797	3,6
sonstige betriebliche Erträge	4.720	3.092	1.628	52,6
Materialaufw and	-43.498	-37.679	-5.818	15,4
Personalaufw and	-4.987	-7.083	2.096	-29,6
Abschreibungen	-11.856	-11.575	-281	2,4
sonstige betriebliche Aufw endungen	-8.936	-8.854	-82	0,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	43.888	42.549	1.340	3,1
Finanzergebnis	-2.084	-3.334	1.250	-37,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	41.804	39.215	2.589	6,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	-
Ergebnis nach Steuern	41.804	39.215	2.589	6,6
Sonstige Steuern	-1	-1	0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0	-
Gew innabführung	-41.803	-39.214	-2.589	6,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-

Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	58	85	-27	-31,8
Anzahl Wohnungen preisfrei	5.449	5.430	19	0,3
Anzahl Wohnungen preisgebunden	778	709	69	9,7
Anzahl Wohnungen gesamt	6.227	6.139	88	1,4
davon Neubaufertigstellungen	88	33	55	166,7

3.1.3 SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH

Gründung: 12.05.2011		Unternehmensgegenstand: Verwaltung und Vermietung von Bürgergemeinschaftshäusern, Volksbildungsheimen und Saalbauten sowie Vermietung und Vermittlung externer Räumlichkeiten im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main und die Einziehung fremder Forderungen. Dieser Unternehmensgegenstand soll vorwiegend den Zwecken der Gemeinschaftspflege, der Förderung des kulturellen Lebens, der Volksbildung, der Heimatpflege, der Jugendhilfe, der Gesundheitspflege, der Förderung des Sports und der sozialen Betreuung dienen.	
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH		Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Frank Junker			
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:		6 Mitglieder Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau StRin Dr. Renate Sterzel	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Markus Debus Herr Stefan Goslar (AN) Herr Eberhard Sachse (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:	Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:	
100,00 % bezogen auf städt. Mandate 50,00 % bezogen auf AR gesamt	0,00 %	1. Führungsebene: 100,00 % 2. Führungsebene: 0,00 %	

A. Allgemeines

Die SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH betreibt die im Eigentum der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) stehenden Bürgergemeinschaftseinrichtungen und erhält hierfür ein im Geschäftsbesorgungsvertrag geregeltes Betreiberentgelt. Dies beträgt derzeit 8 Mio. €. Auflaufende Verluste der Gesellschaft hat die ABG auszugleichen. Die Vermietung der Räumlichkeiten erfolgt im Namen und für Rechnung der ABG. Die Einrichtungen werden überwiegend durch von der Stadt Frankfurt am Main bezuschusste Vereine und Organisationen genutzt. Weitere Kunden/-innen sind im geringeren Umfang Privat- und Firmenkunden/-innen. Im Rahmen der Vermietungstätigkeit bietet die Gesellschaft damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen wie Veranstaltungstechnik und die Vermittlung von Cateringleistungen an.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren der Gesellschaft sind der Umsatz und das Jahresergebnis vor Ergebnisabführung. Wesentliche nicht-finanzielle Leistungsindikatoren bestehen nicht. Die Umsätze sind gestiegen, wobei 91,9 % der Umsätze auf das Betreiberentgelt entfallen. Die übrigen Umsätze wurden durch Dienstleistungen für das Bildungs- und Kulturzentrum Höchst sowie durch Cateringservices und andere Leistungen in Zusammenhang mit der Vermietungstätigkeit erzielt. Die Personalkosten sind, auch bedingt durch Einstellungen, gestiegen. Dies führt dazu, dass die Verluste der Gesellschaft im Geschäftsjahr gestiegen sind.

Das Anlagevermögen ist durch Eigenkapital gedeckt, das kurzfristige Fremdkapital durch kurzfristiges Umlaufvermögen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Bei der Saalbau handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. An Bezügen für die Aufsichtsratsmitglieder wurden im Geschäftsjahr 240 € gezahlt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 10.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 09.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 18.04.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[SAALBAU | Wir machen Begegnungen möglich \(saalbau.com\)](https://www.saalbau.com)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2	4	-2	-42,7
Sachanlagen	2	4	-2	-42,7
Umlaufvermögen	1.027	568	459	80,7
Vorräte	11	7	3	44,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.016	561	455	81,2
Bilanzsumme	1.029	572	457	79,9
PASSIVA				
Eigenkapital	25	25	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	206	248	-42	-17,1
Verbindlichkeiten	798	299	499	167,1
Bilanzsumme	1.029	572	457	79,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	8.697	8.466	231	2,7
Gesamtleistung	8.697	8.466	231	2,7
sonstige betriebliche Erträge	3	4	-0	-13,4
Materialaufwand	-1.690	-1.392	-298	21,4
Personalaufwand	-6.261	-5.825	-435	7,5
Abschreibungen	-2	-2	0	-10,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.669	-1.711	42	-2,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-921	-460	-460	100,1
Finanzergebnis	40	-10	50	-514,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-881	-470	-411	87,5
Ergebnis nach Steuern	-881	-470	-411	87,5
Sonstige Steuern	-0	-0	0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	881	470	411	87,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	105	103	2	1,9
Besucher:innen	958.566	742.083	216.483	29,2

3.1.4 WOHNHEIM GmbH

Gründung: 11.09.1951	Unternehmensgegenstand: Zum Zwecke der sicheren und sozial verantwortlichen Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung kann die Gesellschaft geeignete Bauten errichten, betreiben und verwalten und alle damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben erfüllen.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	34.103.200 € = 98,81 %
Stadt Frankfurt am Main	367.200 € = 1,06 %
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	42.000 € = 0,12 %
	34.512.400 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Frank Junker

Aufsichtsrat:	17 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Elke Voitl
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Julia Frank-Millman Herr Stv Abdenassar Gannoukh Frau Stv Elisa Grote Herr Stv Johannes Lauterwald Herr Stv Holger Tschierschke Frau StRin Elke Voitl Herr Rolf Würz
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Heike Bandze (AN) Herr Stefan Bund Frau Katharina Bundschuh (AN) Herr StK a. D. Dr. h. c. Ernst Gerhardt Herr Uwe Hillmer (AN) Herr Patrick Matzner (AN) Herr Frank Möhler (AN) Herr Karl-Heinz Rimkus (AN) Herr Mirko Streipert (AN) Frau Felicia Wenderoth (AN)

Geschlechterquoten:		
Anteil Frauen Aufsichtsrat:	Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:
42,86 % bezogen auf städt. Mandate 35,29 % bezogen auf AR gesamt	0,00 %	1. Führungsebene: 0,00 % 2. Führungsebene: n. v.

A. Allgemeines

Seit dem 01.01.2020 besteht mit der ABG ein Geschäftsbesorgungsvertrag, nach dem das gesamte operative Geschäft durch die Konzern-Obergesellschaft abgewickelt wird. Zum 01.01.2024 sind sämtliche Arbeitnehmer:innen der Gesellschaft in das Mutterunternehmen gewechselt. Die WOHNHEIM GmbH wird in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens einbezogen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das Eigenkapital machte 30,9 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Das Ergebnis fiel wesentlich besser aus als im Vorjahr. Die Bewirtschaftung des Hausbesitzes machte den größten Teil des Umsatzes der Gesellschaft aus. Sollmieten und Instandhaltungskosten waren höher als geplant. Niedrigere

sonstige betriebliche Aufwendungen und höhere Zinserträge haben zudem zu der Ergebnissteigerung beigetragen. In den Folgejahren ist mit hohen Instandhaltungsaufwendungen zu rechnen und es sind Investitionen für Neubau und Modernisierungen geplant.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Im Jahr 2023 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2022 von 12 T€ an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 2 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 10.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 09.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 18.04.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Muttergesellschaft verwiesen:

[ABG FRANKFURT HOLDING – Wir machen Räume wahr](#)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der WOHNHEIM GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	374.810	380.895	-6.085	-1,6
Sachanlagen	374.810	380.895	-6.085	-1,6
Umlaufvermögen	82.529	66.646	15.883	23,8
Vorräte	35.882	31.008	4.874	15,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	46.535	35.522	11.013	31,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	112	116	-4	-3,7
Rechnungsabgrenzungsposten	127	469	-342	-72,9
Bilanzsumme	457.466	448.009	9.456	2,1
PASSIVA				
Eigenkapital	141.150	135.994	5.156	3,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	34.512	34.512	0	0,0
Kapitalrücklage	2.147	2.147	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	48.276	48.276	0	0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	51.059	50.283	776	1,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	5.156	776	4.380	564,7
Rückstellungen	17.315	8.238	9.077	110,2
Verbindlichkeiten	288.956	298.342	-9.386	-3,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	150.618	161.914	-11.296	-7,0
Rechnungsabgrenzungsposten	10.044	5.435	4.609	84,8
Bilanzsumme	457.466	448.009	9.456	2,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	116.094	115.623	471	0,4
Bestandsänderung UE / FE	4.874	-1.087	5.961	-548,5
andere aktivierte Eigenleistungen	0	-	0	-
Gesamtleistung	120.968	114.537	6.431	5,6
sonstige betriebliche Erträge	3.969	3.554	415	11,7
Materialaufw and	-90.099	-82.484	-7.615	9,2
Personalaufw and	-1.620	-3.663	2.043	-55,8
Abschreibungen	-16.311	-16.952	641	-3,8
sonstige betriebliche Aufw endungen	-9.654	-10.980	1.326	-12,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	7.252	4.012	3.241	80,8
Finanzergebnis	-2.096	-3.236	1.140	-35,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	5.156	776	4.380	564,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-0	0	-
Ergebnis nach Steuern	5.156	776	4.380	564,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	5.156	776	4.380	564,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	5.156	776	4.380	564,7
Gew inn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	51.059	50.283	776	1,5
Bilanzergebnis	56.215	51.059	5.156	10,1
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	22	50	-28	-56,0
Anzahl Wohnungen preisfrei	6.628	7.150	-522	-7,3
Anzahl Wohnungen preisgebunden	7.805	7.769	36	0,5
Anzahl Wohnungen gesamt	14.433	14.919	-486	-3,3
davon Neubaufertigstellungen	0	0	0	-

3.2 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern

Gründung: 26.06.1928	Unternehmensgegenstand: Zweck der Gesellschaft ist eine sichere und verantwortungsbewusste Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten. Dabei sind im Besonderen auch Wohnungssuchende zu berücksichtigen, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet, verwaltet und veräußert Wohnungen und sonstige bauliche Anlagen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen, in allen Rechts- und Nutzungsformen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, bei der Wohnungs- und Städtepolitik des Landes Hessen mitzuwirken.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Land Hessen	78.281.811 € = 61,43 %
Stadt Frankfurt am Main	34.762.988 € = 27,28 %
GWI Gewerbeimmobilien GmbH	7.908.420 € = 6,21 %
Sonstige	6.476.851 € = 5,08 %
	127.430.070 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Monika Fontaine-Kretschmer

Herr Dr. Thomas Hain

Herr Dr. Constantin Westphal

Aufsichtsrat:	21 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Staatsmin Tarek Al-Wazir
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Prof. Dr. Marcus Gwechenberger
	Herr Stv Sebastian Papke
	Frau StRin Elke Voitl
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Oliver Baltes (AN)
	Herr Jens Bersch (AN)
	Frau MinR Dagmar Brinkmann
	Herr MinDirigent Dr. Michael Bruder
	Herr Ulrich Caspar
	Herr MinDirigent Eimar Damm
	Herr Uwe Eckart (AN)
	Frau LAbg Hildegard Förster-Heldmann
	Frau LAbg Birgit Heitland
	Herr Guido Jurock (AN)
	Herr RegD Dr. Johannes Kalusche
	Herr LAbg Heiko Kasseckert
	Herr Wolfgang Koberg (AN)
	Herr MinR Dr. Frank Roland
	Frau Simone Stock (AN)
	Herr Ulrich Türk (AN)
	Herr Mark Weinmeister

Geschlechterquoten:

Anteil Frauen Aufsichtsrat:

33,33 % bezogen auf städt. Mandate
23,81 % bezogen auf AR gesamt

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
Bauland-Offensive Hessen GmbH	200.000 € = 100,00 %
NH ProjektStadt GmbH	200.000 € = 100,00 %
WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	36.722.950 € = 88,95 %
Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	15.600 € = 60,00 %
Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH	1.710.500 € = 33,33 %

A. Allgemeines

Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Bewirtschaftung der eigenen Wohnungen und sonstigen Einheiten. Die Tochtergesellschaften haben kein eigenes Personal. Im Berichtsjahr wurden 61,3 Mio. € für Instandhaltungsmaßnahmen aufgewandt und in aktivierungspflichtige Modernisierungsmaßnahmen 58,5 Mio. € investiert. 224 Eigentumswohnungen im Schönhofviertel in Frankfurt am Main befanden sich im Bau. In Planung sind weitere Wohnungen. Auch werden Wohnungen durch Aufstockungen geschaffen. Die Gesellschaft ist weiterhin in der Stadtentwicklung tätig.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Einzelabschluss der GmbH

Die Bilanzsumme hat sich erhöht. Das Sachanlagevermögen ist gestiegen aufgrund von Übergaben und Fertigstellungen von Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen. Die Eigenkapitalquote ist auf rund 36 % gesunken.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind leicht gestiegen, die Umsätze aus dem Verkauf von Grundstücken sind jedoch gesunken. Der Anstieg der Beschäftigten und Tarifierhöhungen ließen die Personalkosten ansteigen.

Konzernabschluss

Auch die Konzernbilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Das Sachanlagevermögen ist gestiegen aufgrund von Übergaben und Fertigstellungen von Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen. Die Eigenkapitalquote belief sich auf 36,0 %.

Das Konzernjahresergebnis hat sich verschlechtert. Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind gestiegen. Die Umsätze aus dem Verkauf von Grundstücken sind gesunken. Es sind auch geplant weniger Instandhaltungskosten angefallen. Höhere Investitionen sind in aktivierungspflichtige modernisierungsbegleitende Instandhaltungen geflossen. Die Abschreibungen fallen höher aus durch Sonderabschreibungen.

Vertiefende Informationen zum Konzernabschluss finden sich auf der Internetseite der Gesellschaft:

[Geschäftszahlen \(nhw.de\)](https://www.nhw.de)

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

• Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 HGO liegen für das Unternehmen vor.

• Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2023 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2022 von 167 T€ an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

• Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge der drei Geschäftsführer:innen 950 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 25 T€.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte | Wohnstadt \(nhw.de\)](https://www.nhw.de)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.633.384	2.380.210	253.174	10,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.245	802	443	55,3
Sachanlagen	2.475.919	2.223.178	252.741	11,4
Finanzanlagen	156.220	156.230	-10	-0,0
Umlaufvermögen	422.720	432.104	-9.384	-2,2
Vorräte	188.814	187.408	1.406	0,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	121.390	118.131	3.258	2,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	112.517	126.565	-14.048	-11,1
Rechnungsabgrenzungsposten	4.052	3.620	432	11,9
Bilanzsumme	3.060.157	2.815.935	244.222	8,7
PASSIVA				
Eigenkapital	1.104.528	1.096.056	8.472	0,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	127.430	127.430	0	0,0
Kapitalrücklage	392.821	392.821	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	575.037	564.968	10.069	1,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	9.240	10.837	-1.597	-14,7
Sonderposten	961	0	961	-
Rückstellungen	26.581	26.708	-126	-0,5
Verbindlichkeiten	1.901.093	1.675.257	225.836	13,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.227.018	1.061.453	165.565	15,6
Rechnungsabgrenzungsposten	26.995	17.915	9.080	50,7
Bilanzsumme	3.060.157	2.815.935	244.222	8,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	365.407	360.260	5.147	1,4
Bestandsänderung UE / FE	24.651	30.064	-5.413	-18,0
andere aktivierte Eigenleistungen	13.552	10.614	2.938	27,7
Gesamtleistung	403.610	400.938	2.673	0,7
sonstige betriebliche Erträge	1.869	2.148	-279	-13,0
Materialaufwand	-186.910	-206.949	20.040	-9,7
Personalaufwand	-75.685	-72.450	-3.235	4,5
Abschreibungen	-83.000	-63.833	-19.167	30,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-28.262	-29.257	995	-3,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	31.623	30.597	1.027	3,4
Finanzergebnis	-22.437	-19.223	-3.214	16,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	9.187	11.374	-2.188	-19,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	155	-396	551	-139,2
Ergebnis nach Steuern	9.342	10.978	-1.637	-14,9
Sonstige Steuern	-102	-141	39	-27,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	9.240	10.837	-1.597	-14,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	9.240	10.837	-1.597	-14,7
Bilanzergebnis	9.240	10.837	-1.597	-14,7

Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	874	835	39	4,7
Auszubildende (Jahresdurchschnitt)	21	20	1	5,0
Anzahl Wohnungen preisfrei	32.675	32.276	399	1,2
Anzahl Wohnungen preisgebunden	11.873	11.700	173	1,5

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	3.014.799	2.760.477	254.321	9,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.245	802	443	55,3
Sachanlagen	2.971.458	2.717.562	253.896	9,3
Finanzanlagen	42.096	42.114	-18	-0,0
Umlaufvermögen	356.182	358.301	-2.119	-0,6
Vorräte	220.776	214.205	6.571	3,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.852	17.480	5.372	30,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	112.553	126.616	-14.063	-11,1
Rechnungsabgrenzungsposten	2.762	2.281	482	21,1
Bilanzsumme	3.373.743	3.121.059	252.684	8,1
PASSIVA				
Eigenkapital	1.215.252	1.196.700	18.552	1,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	127.430	127.430	0	0,0
Kapitalrücklage	392.821	392.821	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	607.622	591.852	15.770	2,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	71.465	69.270	2.195	3,2
Anteile anderer Gesellschafter	15.914	15.327	587	3,8
Sonderposten	1.296	0	1.296	-
Rückstellungen	39.699	39.742	-43	-0,1
Verbindlichkeiten	2.088.513	1.864.553	223.960	12,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.403.925	1.244.532	159.393	12,8
Rechnungsabgrenzungsposten	28.983	20.064	8.919	44,5
Bilanzsumme	3.373.743	3.121.059	252.684	8,1

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	438.912	432.897	6.015	1,4
Bestandsveränderung UE/ FE	29.538	31.936	-2.398	-7,5
andere aktivierte Eigenleistungen	15.596	11.929	3.667	30,7
Gesamtleistung	484.046	476.763	7.283	1,5
sonstige betriebliche Erträge	2.492	3.831	-1.339	-34,9
Materialaufw and	-228.599	-244.275	15.676	-6,4
Personalaufw and	-76.128	-72.565	-3.563	4,9
Abschreibungen	-106.548	-85.571	-20.976	24,5
sonstige betriebliche Aufw endungen	-30.341	-31.386	1.045	-3,3
Betriebsergebnis	44.923	46.797	-1.874	-4,0
Finanzergebnis	-25.397	-22.708	-2.689	11,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	19.526	24.089	-4.563	-18,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-91	-1.042	951	-91,3
Ergebnis nach Steuern	19.435	23.047	-3.611	-15,7
Sonstige Steuern	-116	-156	40	-25,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	19.319	22.891	-3.571	-15,6
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-587	-794	208	-26,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	18.733	22.096	-3.363	-15,2
Gew inn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	52.732	47.174	5.558	11,8
Bilanzergebnis	71.465	69.270	2.195	3,2
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	874	835	39	4,7
Auszubildende	21	20	1	5,0
Anzahl Wohnungen preisfrei	43.873	43.435	438	1,0
Anzahl Wohnungen preisgebunden	16.456	16.276	180	1,1
Anzahl Wohnungen gesamt	60.329	59.711	618	1,0
davon Neubaufertigstellungen	556	391	165	42,2

4.1 Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH

Gründung: 02.10.1978		Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch Betrieb und Unterhaltung der Alten Oper Frankfurt, verwirklicht durch Darbietungen künstlerischer, kultureller, wissenschaftlicher oder sozialer Art und Berücksichtigung der Interessen aller Bevölkerungskreise, insbesondere durch Konzerte und Theateraufführungen (mit Vorrang von Konzerten) sowie durch Kongressveranstaltungen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 255.650 € = 100,00 % 255.650 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Markus Fein			
Aufsichtsrat:		8 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
Mandatsträger der Stadt:		Herr Stv Thomas Böppler-Wolf	
		Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
		Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
		Frau Stv Mirriane Mahn	
		Herr Stv Uwe Paulsen	
		Herr Wolfgang Weyand	
		Frau Stv Britta Wollkopf	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Frau Daniela Fliege (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene:
57,14 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	1. Führungsebene: 55,56 %
62,50 % bezogen auf AR gesamt			2. Führungsebene: n. v.

A. Allgemeines

Während im Gebäude der Alten Oper bis zur Zerstörung im Zweiten Weltkrieg tatsächlich die Frankfurter Oper residierte, verbirgt sich seit der Wiedereröffnung 1981 hinter der historischen Fassade ein modernes Konzert- und Kongresshaus, dessen Veranstaltungsangebot von Klassik (inklusive Festivals, Kinder- und Jugendprogramm „Pegasus“ und Musikvermittlung) bis Entertainment reicht. Das Haus wird auch für Kongresse/Tagungen u. ä. genutzt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Das Eigenkapital macht 9,5 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Umsatzerlöse haben sich sehr positiv entwickelt, nachdem die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen deutlich über dem noch von Corona-Beschränkungen belasteten Vorjahr lag. Korrespondierend fielen auch der Materialaufwand und die veranstaltungsbezogenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen höher aus. Bei den hohen sonstigen betrieblichen Erträgen wirkte sich insbesondere die Energiepreisbremse positiv aus und konnte zumindest einen Teil der deutlichen Mehraufwendungen im Bereich Energie (sonstige betriebliche Aufwendungen) ausgleichen. Beim Personalaufwand wirkten sich der ausgezahlte Inflationsausgleich, die leicht gestiegene Beschäftigtenzahl sowie die Neubewertung von Pensionsrückstellungen erhöhend aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Bei der Alten Oper GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2023 Mittel von 7,40 Mio. € sowie Reste von rund 3,51 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von 7,15 Mio. € erfolgt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge des Geschäftsführers 209 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 35,79 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr 0,4 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 04.10.2022 für das Planjahr 2023 und am 06.10.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 16.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Alte Oper Frankfurt](#)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.800	1.918	-118	-6,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	86	42	44	104,7
Sachanlagen	1.714	1.876	-162	-8,6
Umlaufvermögen	7.559	8.897	-1.338	-15,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.780	5.278	-2.497	-47,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.779	3.619	1.160	32,0
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	4	-
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	133	388	-255	-65,7
Bilanzsumme	9.496	11.203	-1.707	-15,2
PASSIVA				
Eigenkapital	901	2.355	-1.455	-61,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	256	256	0	0,0
Kapitalrücklage	9.249	9.461	-212	-2,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-8.605	-7.362	-1.243	16,9
Sonderposten	678	778	-100	-12,9
Rückstellungen	3.920	3.404	516	15,2
Verbindlichkeiten	3.817	4.522	-705	-15,6
Rechnungsabgrenzungsposten	180	144	37	25,5
Bilanzsumme	9.496	11.203	-1.707	-15,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	13.778	10.803	2.975	27,5
Gesamtleistung	13.778	10.803	2.975	27,5
sonstige betriebliche Erträge	1.691	680	1.011	148,7
Materialaufwand	-8.339	-6.632	-1.707	25,7
Personalaufwand	-4.229	-3.678	-551	15,0
Abschreibungen	-479	-596	116	-19,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.756	-7.839	-2.916	37,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-8.334	-7.262	-1.072	14,8
Finanzergebnis	-175	-22	-154	708,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-8.509	-7.284	-1.226	16,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-79	-62	-17	27,8
Ergebnis nach Steuern	-8.589	-7.346	-1.243	16,9
Sonstige Steuern	-16	-16	-0	1,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-8.605	-7.362	-1.243	16,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-8.605	-7.362	-1.243	16,9
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	40	39	1	2,6
Veranstaltungen	455	403	52	12,9
Besucher:innen	458.398	269.104	189.294	70,3

4.2 Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

Gründung: 20.12.2007	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kultur und Kunst in der Region Frankfurt Rhein Main durch Beschaffung von Mitteln zur Fortführung und Durchführung kultureller Projekte im nationalen und internationalen Bereich, Pflege der Zusammenarbeit in Form von Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte sowie Unterstützung steuerbegünstigter Träger und Veranstalter einschließlich Öffentlichkeitsarbeit.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	30.000 € = 23,08 %
Land Hessen	30.000 € = 23,08 %
Landkreis Hochtaunus	15.000 € = 11,54 %
Landkreis Main-Taunus	15.000 € = 11,54 %
Stadt Wiesbaden	15.000 € = 11,54 %
Stadt Darmstadt	10.000 € = 7,69 %
Stadt Offenbach am Main	8.000 € = 6,15 %
Stadt Hanau	5.000 € = 3,85 %
Stadt Bad Vilbel	1.000 € = 0,77 %
Stadt Oestrich-Winkel	1.000 € = 0,77 %
	130.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Karin Wolff	
Aufsichtsrat:	26 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Dr. Ina Hartwig
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau Stv Natascha Kauder Frau Stv Mirriane Mahn Herr StR Christian Setzepfandt Herr Stv Hüseyin Sitki Herr Wolfgang Weyand
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Dr. Ulrich Adolphs Frau Staatssekretin Ayse Asar Frau StRin Iris Bachmann Herr Staatsminister Jürgen Banzer Herr OB Hanno Benz Herr BM Dr. Bernd Blisch Herr MinDirigent Elmar Damm Herr KrBg Axel Fink Herr Wolf-Dieter Hasler Herr Nikolas Jacobs Herr OB Claus Kaminsky Frau Ulrike Kiesche Herr Rolf Krämer Herr LRat Ulrich Krebs Herr Claus Kunzmann Herr BM Dr. Stefan Naas Frau Stv Dorothee Rhiemeier Herr StK Dr. Hendrik Schmehl Herr MinDirigent Johannes Stein Herr Dr. Ralph Philipp Ziegler

Kuratorium:	12 Mitglieder
Kuratoriumsvorsitz:	Herr Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann
Weitere Kuratoriumsmitglieder:	Frau Bar Avni Frau Anett Baumeister Herr Dr. Michael Eissenhauer Frau Prof. Dr. Nina Gallion Frau Christina Nord Herr Dr. Thomas Sparr Dr. Wolfgang Ullrich Frau Annemie Vanackere Frau Dr. Rena Wandel-Hoefer Herr Feridun Zaimoglu Frau Melanie Zimmermann

Geschlechterquoten:

Anteil Frauen Aufsichtsrat:

50,00 % bezogen auf städt. Mandate

26,92 % bezogen auf AR gesamt

A. Allgemeines

Die Gesellschaft wurde 2007 von fünf Gründungsgesellschaftern (Land Hessen, Stadt Frankfurt am Main, Landkreise Hochtaunus und Main-Taunus, Stadt Darmstadt) mit dem Zweck gegründet, Kunst und Kultur in der Region Frankfurt Rhein-Main zu fördern. Als neue Gesellschafterinnen sind seit der Gründung die Städte Wiesbaden (2012), Hanau (2013), Bad Vilbel (2020), Oestrich-Winkel (2020) und Offenbach (2020) hinzugekommen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Wie bisher war die Geschäftstätigkeit dadurch gekennzeichnet, dass die wesentlichen Posten der Aktivseite aus Bankguthaben bestanden. Dem gegenüber standen, in unmittelbarem Zusammenhang mit der Fördertätigkeit, Verpflichtungen in Form von Bewilligungen (Rücklagen) und Rückstellungen. Das Eigenkapital machte 43,3 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Erträge haben sich nach dem Beschluss über die neue Finanzierungsvereinbarung vor allem durch die nun ganzjährigen Beiträge der beiden neuen Kooperationspartner erhöht. Seit dem 01.07.2022 sind der Kreis Offenbach und der Rheingau-Taunus-Kreis Kooperationspartner. Der Anstieg des Personalaufwands resultierte insbesondere aus einer zusätzlichen Stelle im Projektmanagement und mehreren Personalwechseln mit sich ergebenden Überschneidungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Die Gesellschafter tragen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft durch Beiträge bei, die in der Finanzierungsvereinbarung festgelegt sind (Stadt Frankfurt am Main 1,53 Mio. €).

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Kulturausschuss (Aufsichtsrat) und das Kuratorium.

Die Geschäftsführerbezüge betragen im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 173 T€. Die Kulturausschussmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

davon:	Frau Wolff
Festvergütung	150 T€
variable Vergütung	keine

D. Corporate Governance Kodex

Bei der Gesellschaft, einer Minderheitsbeteiligung der Stadt Frankfurt am Main, kommt zwar nicht der Public Corporate Governance Kodex der Stadt Frankfurt am Main zur Anwendung. Die Gesellschafterversammlung hat aber am 19.05.2022 den Corporate-Governance-Kodex des Kulturfonds beschlossen. In der jährlichen Entsprechenserklärung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat wurde für 2023 über eine Abweichung berichtet: Bei den drei Stellenbesetzungen des Geschäftsjahres konnte keine angemessene Berücksichtigung von Männern erfolgen, da nicht ausreichend Bewerbungen mit entsprechenden Qualifikationen vorlagen.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Kulturfonds Frankfurt RheinMain \(kulturfonds-frm.de\)](http://kulturfonds-frm.de)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	34	50	-16	-31,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	32	45	-13	-29,6
Sachanlagen	2	5	-3	-51,5
Umlaufvermögen	13.554	13.880	-326	-2,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.291	3.020	-729	-24,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	11.263	10.860	403	3,7
Rechnungsabgrenzungsposten	3	2	1	76,6
Bilanzsumme	13.591	13.932	-340	-2,4
PASSIVA				
Eigenkapital	5.890	4.712	1.178	25,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	130	130	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	2.065	1.330	735	55,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	3.695	3.252	443	13,6
Rückstellungen	7.646	9.177	-1.531	-16,7
Verbindlichkeiten	55	43	12	28,4
Bilanzsumme	13.591	13.932	-340	-2,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	9.124	8.086	1.038	12,8
Gesamtleistung	9.124	8.086	1.038	12,8
sonstige betriebliche Erträge	369	203	166	81,7
Materialaufw and	-7.440	-7.795	355	-4,6
Personalaufw and	-730	-611	-119	19,4
Abschreibungen	-30	-23	-8	33,6
sonstige betriebliche Aufw endungen	-220	-235	14	-6,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	1.073	-374	1.447	-386,6
Finanzergebnis	106	-13	119	-889,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	1.179	-388	1.566	-404,0
Ergebnis nach Steuern	1.179	-388	1.566	-404,0
Sonstige Steuern	-1	-0	-0	18,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1.178	-388	1.566	-403,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.178	-388	1.566	-403,5
Gew inn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	3.252	3.112	140	4,5
Entnahme aus den Gew innrücklagen	950	1.443	-492	-34,1
Einstellungen in die Gew innrücklagen	-1.685	-915	-770	84,3
Bilanzergebnis	3.695	3.252	443	13,6
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	10	9	1	11,1

4.3 Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH

Gründung: 16.12.1976		Unternehmensgegenstand: Durchführung kultureller Veranstaltungen: Die Förderung und Pflege von Kulturwerten durch Dichterlesungen, Konzerte, Theater- und Jugendveranstaltungen, die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, die Pflege des Liedgutes und des Chorgesanges in Bergen-Enkheim.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main		15.600 € = 60,00 %	
Vereinsring Bergen-Enkheim e. V.		7.800 € = 30,00 %	
Evangelische Kirchengemeinde Bergen-Enkheim		2.600 € = 10,00 %	
		26.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Mark Gläser			
Aufsichtsrat:		9 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
Mandatsträger der Stadt:		Frau Vivian Grudde	
		Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
		Frau Marion Kling	
		Herr Günther Kraus	
		Herr Frank Weil	
		Frau OV Dr. Alexandra Weizel	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Walter Fix	
		Frau Beatrix Müller-Mamerow	
		Frau Christine Schmidt-Gärtner	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene: n. v.
66,67 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	entfällt
66,67 % bezogen auf AR gesamt			

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

4.4 Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH

Gründung: 22.05.2001	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch den Betrieb der Einrichtung Künstlerhaus Mousonturm. Entwicklung und Durchführung sonstiger kultureller Aktivitäten. Gastspiele und Teilnahme an Koproduktionen im In- und Ausland.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 35.500 € = 100,00 % 35.500 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Markus Droß Frau Anna Wagner		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr Stv Thomas Böppler-Wolf Frau Stv Julia Eberz Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr Stv Peter Thoma Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Herr Carsten Schrauff (AN)	
Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 60,00 % bezogen auf städt. Mandate 50,00 % bezogen auf AR gesamt	Anteil Frauen Geschäftsführung: 50,00 %	Anteil Frauen Führungsebene: 1. Führungsebene: 50,00 % 2. Führungsebene: 100,00 %

A. Allgemeines

Das Künstlerhaus Mousonturm wurde 1988 als Spiel- und Produktionsstätte für (inter)nationale freischaffende Künstler:innen aus den Bereichen Tanz, Theater, Performance, Musik, Literatur und Bildende Kunst geschaffen und zählt heute international zu den wichtigsten und erfolgreichsten freien Produktionszentren. Angesiedelt ist das Künstlerhaus im denkmalgeschützten Turm der ehemaligen Mouson-Seifenfabrik. 2001/2002 erfolgte die Ausgliederung aus der Kulturgesellschaft Frankfurt mbH (heute: Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH) in die Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Die Gesellschaft weist einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag aus.

Das Geschäftsjahr war in starkem Maße durch Projekte, insbesondere durch das Großprojekt Theater der Welt geprägt, was sich auf zahlreiche Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung auswirkte. Der Anstieg des Materialaufwands korrespondierte mit der Erlösentwicklung.

Die Finanzierung erfolgte zu 53 % durch Drittmittel, zu 39 % durch städtische Mittel und zu 8 % durch Umsätze aus Kartenverkäufen u. ä.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2023 Betriebsmittel von 4,13 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind bis zum Jahresende Auszahlungen von 4,13 Mio. € erfolgt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betrugen die Gesamtbezüge von Herrn Droß 78 T€ und von Frau Wagner 85 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 50 € pro Person und Sitzung) betrugen im Geschäftsjahr 450 €.

davon:	Herr Droß	Frau Wagner
Festvergütung	77,8 T€	84 T€
variable Vergütung	keine	keine

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 01.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 31.10.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 04.06.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Künstler*innenhaus Mousonturm](#)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	283	241	41	17,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	15	10	5	52,5
Sachanlagen	268	232	36	15,6
Umlaufvermögen	1.244	1.211	33	2,7
Vorräte	4	3	2	69,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	432	858	-426	-49,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	807	350	458	130,8
Rechnungsabgrenzungsposten	45	21	23	109,2
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	110	134	-23	-17,5
Bilanzsumme	1.681	1.607	74	4,6
PASSIVA				
Eigenkapital	0	0	0	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	36	36	0	0,0
Kapitalrücklage	4.133	4.144	-11	-0,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.279	-4.314	34	-0,8
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	110	134	-23	-17,5
Rückstellungen	318	233	85	36,4
Verbindlichkeiten	1.295	1.353	-58	-4,3
Rechnungsabgrenzungsposten	68	21	47	218,5
Bilanzsumme	1.681	1.607	74	4,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	6.363	5.056	1.307	25,8
Gesamtleistung	6.363	5.056	1.307	25,8
sonstige betriebliche Erträge	241	246	-4	-1,8
Materialaufw and	-5.263	-4.268	-995	23,3
Personalaufw and	-3.185	-3.062	-123	4,0
Abschreibungen	-92	-101	9	-8,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.141	-1.995	-146	7,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.077	-4.124	47	-1,1
Finanzergebnis	-14	-10	-4	45,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-4.091	-4.133	43	-1,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-12	-4	-8	184,4
Ergebnis nach Steuern	-4.103	-4.138	35	-0,8
Sonstige Steuern	-0	-0	0	-32,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.103	-4.138	35	-0,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.103	-4.138	35	-0,8
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-4.314	-4.624	310	-6,7
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	4.137	4.448	-311	-7,0
Bilanzergebnis	-4.279	-4.314	34	-0,8
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	47	51	-4	-7,8
Auszubildende	7	7	0	0,0
Theater-Besucher:innen	41.761	33.852	7.909	23,4
Theater-Veranstaltungen	524	334	190	56,9

4.5 MuseumsBausteine Frankfurt GmbH

Gründung: 15.05.2012	Unternehmensgegenstand: Planung und Bau städtischer kultureller Einrichtungen, insbesondere des Museums der Weltkulturen sowie die Erweiterung des Jüdischen Museums Frankfurt und des Zentraldepots für die städtischen Museen der Stadt Frankfurt am Main.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Andreas Schröder		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau Stv Julia Frank-Millman Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau Stv Sylvia Morsen Frau Brigitte Helene Reifschneider-Groß Frau StRin Sylvia Weber	
Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 100,00 % bezogen auf städt. Mandate	Anteil Frauen Geschäftsführung: 0,00 %	Anteil Frauen Führungsebene: 1. Führungsebene: 100,00 % 2. Führungsebene: n. v.

A. Allgemeines

Die MuseumsBausteine Frankfurt GmbH (MBF) übernimmt die Bauherrenvertretungs- und Projektsteuerungsaufgaben für Baumaßnahmen des Kulturamtes und des Dezernats Kultur und Wissenschaft der Stadt Frankfurt am Main. So war die MBF für die Sanierung und Erweiterung des Jüdischen Museums Frankfurt, das in 2020 fertiggestellt wurde, zuständig. Seit 2014 ist sie mit der Projektentwicklung und Planung eines Zentraldepots für die städtischen Museen beauftragt. Aktuelles Kernprojekt der Gesellschaft ist das Kinder- und Jugendtheater im Zoogesellschaftshaus. Weitere Projekte sind u.a. die Sanierung des Museums Liebieghaus und die Entwicklung des „Frankfurt Conservation Center“ im Ostteil des Zoos.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Das Eigenkapital machte 52,76 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch monatliche Abrechnung der Leistungen der in Bearbeitung befindlichen Projekte und der personellen Unterstützung des Kulturamtes sichergestellt. Der Bestand an flüssigen Mitteln hat sich erhöht.

Im Geschäftsjahr 2023 hat die Gesellschaft einen über der Prognose liegenden Jahresüberschuss erwirtschaftet. Den Umsatzerlösen standen insbesondere Personalaufwendungen und Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüber. Gegenüber der Prognose haben sich vor allem höhere Nettoerlöse ergebnissteigernd ausgewirkt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Bei der MBF handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten von der Gesellschaft keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden jeweils telefonisch statt am 24.10.2022 für das Planjahr 2023 und am 03.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 30.04.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[MuseumsBausteine Frankfurt](#)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der MuseumsBausteine Frankfurt GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	143	263	-120	-45,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	96	242	-145	-60,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	46	21	25	117,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	-0	-
Bilanzsumme	143	263	-121	-45,8
PASSIVA				
Eigenkapital	75	43	32	74,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	18	45	-27	-60,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	32	-27	60	-217,6
Rückstellungen	22	25	-3	-11,6
Verbindlichkeiten	46	195	-150	-76,7
Bilanzsumme	143	263	-121	-45,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	483	471	12	2,6
Gesamtleistung	483	471	12	2,6
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	1.851,5
Materialaufwand	-71	-193	122	-63,2
Personalaufwand	-312	-247	-65	26,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-61	-63	2	-2,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	38	-33	71	-217,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	38	-33	71	-217,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6	5	-11	-218,1
Ergebnis nach Steuern	32	-27	60	-217,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	32	-27	60	-217,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	32	-27	60	-217,6
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	6	5	1	20,0

4.6 Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH

Gründung: 23.01.1985		Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch die Unterhaltung und Führung der Schirn Kunsthalle sowie die Durchführung von Kunstausstellungen und kulturellen Veranstaltungen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 245.140 € = 100,00 % 245.140 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Sebastian Philipp Baden			
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:		6 Mitglieder Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr Frank Maiwald Frau Stv Sylvia Momsen Herr StR Christian Setzepfandt	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Frau Laura Heeg (AN)	
Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 60,00 % bezogen auf städt. Mandate 66,67 % bezogen auf AR gesamt		Anteil Frauen Geschäftsführung: 0,00 %	Anteil Frauen Führungsebene: 1. Führungsebene: 77,78 % 2. Führungsebene: n. v.

A. Allgemeines

Der Gebäudekomplex der Schirn Kunsthalle stellt seit den 1980er Jahren eine moderne städtebauliche Verbindung zwischen Dom und Römer und grenzt unmittelbar an die neue Altstadt. Der Name der Kunsthalle leitet sich historisch ab: bis weit in das 19. Jahrhundert befanden sich „an der Schern“ die Verkaufsstände der Frankfurter Metzgerzunft. Das Ausstellungshaus verfügt über keinen eigenen Bestand an Kunstwerken.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Das Eigenkapital machte 33,9 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein neuer Allzeit-Besucherrekord aufgestellt. Die sehr positive Umsatzentwicklung in 2023 ging auf den Publikumsrekord und eine veränderte Preispolitik mit höheren Durchschnittserlösen zurück (preislich gestaffelte Wochen-/Wochenend-/Flex-Tickets). Mehrkosten ergaben sich durch den Publikumserfolg in den Bereichen Führungen, Shops und Kataloge. Im Personalbereich wirkten sich Tarifkostensteigerungen sowie personelle Aufstockungen des Foyerteams (Kasse, Infostand, Audioguide, Shop) aufgrund des Publikumandrangs aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der Schirn Kunsthalle handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2023 Mittel von 5,35 Mio. € sowie Reste von 1,39 Mio. € zur Verfügung, hiervon sind bis zum Jahresende Auszahlungen von 4,97 Mio. € erfolgt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge des Geschäftsführers 96 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 50 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr 0,5 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 20.10.2022 für das Planjahr 2023 und am 20.10.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 30.04.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[SCHIRN KUNSTHALLE FRANKFURT](#)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	182	139	43	31,3
Sachanlagen	182	139	43	31,3
Umlaufvermögen	4.841	3.303	1.538	46,6
Vorräte	68	26	42	163,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	409	393	16	4,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.363	2.884	1.479	51,3
Rechnungsabgrenzungsposten	45	38	8	20,5
Bilanzsumme	5.068	3.479	1.589	45,7
PASSIVA				
Eigenkapital	1.716	904	812	89,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	245	245	0	0,0
Kapitalrücklage	5.630	6.109	-479	-7,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.159	-5.450	1.292	-23,7
Rückstellungen	246	398	-152	-38,3
Verbindlichkeiten	2.961	2.082	879	42,2
Rechnungsabgrenzungsposten	145	95	50	53,1
Bilanzsumme	5.068	3.479	1.589	45,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	5.803	3.067	2.736	89,2
Gesamtleistung	5.803	3.067	2.736	89,2
sonstige betriebliche Erträge	1.121	1.118	3	0,3
Materialaufw and	-4.802	-3.916	-886	22,6
Personalaufw and	-3.333	-2.843	-489	17,2
Abschreibungen	-62	-45	-17	38,3
sonstige betriebliche Aufw endungen	-2.874	-2.794	-81	2,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.146	-5.412	1.266	-23,4
Finanzergebnis	4	-2	6	-257,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-4.143	-5.415	1.272	-23,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-10	-28	18	-63,5
Ergebnis nach Steuern	-4.153	-5.443	1.290	-23,7
Sonstige Steuern	-6	-8	2	-24,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.159	-5.450	1.292	-23,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.159	-5.450	1.292	-23,7
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	41	40	1	2,5
Besucher:innen	502.961	249.768	253.193	101,4

4.7 Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH

Gründung: 25.01.2001		Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch Opern-, Ballett- und Theateraufführungen sowie Konzertaufführungen in der Oper Frankfurt, im Schauspiel Frankfurt und an anderen von der Gesellschaft festzulegenden Orten mit Schwerpunkt in Frankfurt und Umgebung. Außerdem: Vorträge, Diskussionen, Kulturveranstaltungen aller Art, soweit sie in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit Oper, Ballett, Schauspiel und weiteren dramatisierten Darstellungsformen stehen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Bernd Loebe Herr Anselm Weber			
Aufsichtsrat:		7 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
Mandatsträger der Stadt:		Herr Stv Thomas Böppler-Wolf	
		Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
		Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
		Frau Stv Mirriane Mahn	
		Herr Stv Uwe Paulsen	
		Herr Stv Peter Thoma	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Roland Sittner (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:		Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebenen:
50,00 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	1. Führungsebene: 40,00 %
42,86 % bezogen auf AR gesamt			2. Führungsebene: 31,25 %

A. Allgemeines

2004 ging der Betrieb der Städtischen Bühnen vom städtischen Regiebetrieb auf die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (SBF) über. Mit Oper und Schauspiel verfügt das Haus über zwei künstlerische Sparten. Aufgrund des erheblichen Sanierungsbedarfs des Bühnengebäudes laufen Vorplanungen für den Neubau von Oper und Schauspiel; da das Bühnengebäude im Eigentum der Stadt Frankfurt am Main steht, handelt es sich um ein städtisches und nicht um ein Bauprojekt der SBF.

Die Gesellschaft hat ein abweichendes Geschäftsjahr, das sich an der Spielzeit orientiert und jeweils im September beginnt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2022/2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Das Eigenkapital machte 43,15 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote). Der Anstieg des Eigenkapitals und der Rückgang der Verbindlichkeiten sind darauf zurückzuführen, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main am 02.03.2023 auf die Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens aus der Eröffnungsbilanz zum 01.09.2024 in Höhe von 11,00 Mio. € verzichtet hat und gemäß Gesellschafterbeschluss eine Umbuchung in die Kapitalrücklage (Passivtausch) erfolgte. Die deutliche Verbesserung des Jahresergebnisses ging auf einen Umstellungseffekt zurück. So machte sich beim Materialaufwand erstmals die veränderte Erfassung der Personal-Gestellten bemerkbar; ab 01.2023 erfolgte keine Kostenerstattung mehr durch die Bühnen GmbH (Verfahrensumstellung wegen § 2 b UStG), zugleich wurde der Betriebsmittelzuschuss an die GmbH entsprechend gekürzt. Die Umsätze sind im Vergleich zu den Corona-Jahren wieder deutlich gestiegen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der SBF handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2023 Betriebsmittel von 52,56 Mio. € sowie Reste von 2,30 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind bis zum Jahresende Auszahlungen von 54,85 Mio. € erfolgt. Auf die Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens aus der Eröffnungsbilanz von 11,00 Mio. € wurde durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.03.2023 verzichtet.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2022/2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Loebe 390 T€ und von Herrn Weber 266 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 50 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr 0,7 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 04.04.2022 für das Planjahr 2022/2023 und am 22.03.2023 für das Planjahr 2023/2024. Das Abschlussgespräch 2022/2023 fand am 07.03.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Städtische Bühnen Frankfurt am Main | Bühnenservice \(buehnen-frankfurt.de\)](https://www.buehnen-frankfurt.de)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH

Bilanz	31.8.2023	31.08.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	17.697	19.211	-1.515	-7,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	44	60	-16	-26,2
Sachanlagen	17.652	19.151	-1.499	-7,8
Umlaufvermögen	42.904	46.898	-3.993	-8,5
Vorräte	1.523	1.737	-214	-12,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	41.284	44.831	-3.547	-7,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	97	330	-232	-70,5
Rechnungsabgrenzungsposten	564	451	113	25,0
Bilanzsumme	61.165	66.560	-5.395	-8,1
PASSIVA				
Eigenkapital	26.390	19.155	7.235	37,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	92.993	100.994	-8.002	-7,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-66.627	-81.864	15.237	-18,6
Sonderposten	6.664	7.298	-634	-8,7
Rückstellungen	18.141	19.548	-1.408	-7,2
Verbindlichkeiten	9.926	20.447	-10.521	-51,5
Rechnungsabgrenzungsposten	45	113	-68	-60,4
Bilanzsumme	61.165	66.560	-5.395	-8,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.8.2023	31.8.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	12.617	7.666	4.951	64,6
Gesamtleistung	12.617	7.666	4.951	64,6
sonstige betriebliche Erträge	3.256	6.923	-3.667	-53,0
Materialaufwand	-19.552	-33.502	13.950	-41,6
Personalaufwand	-50.927	-48.557	-2.370	4,9
Abschreibungen	-2.782	-2.893	111	-3,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.415	-10.428	1.014	-9,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-66.802	-80.792	13.990	-17,3
Finanzergebnis	187	-932	1.119	-120,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-66.615	-81.724	15.109	-18,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-13	-110	97	-88,1
Ergebnis nach Steuern	-66.628	-81.834	15.206	-18,6
Sonstige Steuern	1	-30	32	-103,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-66.627	-81.864	15.237	-18,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-66.627	-81.864	15.237	-18,6
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	1.158	1.168	-10	-0,9
davon Arbeitnehmer:innen GmbH	885	875	10	1,1
davon gestellte Mitarbeitende	273	293	-20	-6,8
Aufführungen Oper	263	286	-23	-8,0
Aufführungen Schauspiel	410	379	31	8,2
Besucher:innen Oper	183.000	120.000	63.000	52,5
Besucher:innen Schauspiel	119.000	76.000	43.000	56,6

5.1 Frankfurt Ticket RheinMain GmbH

Gründung: 10.11.1997		Unternehmensgegenstand: Marketing, Vertrieb und Verkauf von Eintrittskarten für kulturelle, künstlerische, sportliche oder sonstige Veranstaltungen, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, sowie von damit zusammenhängenden oder damit verbundenen Leistungen.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main		7.800 € =	30,00 %
Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main		5.200 € =	20,00 %
Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v.d. Höhe		3.250 € =	12,50 %
Stadt Hanau		2.470 € =	9,50 %
TriWiCon Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden		2.100 € =	8,08 %
Stadt Bad Vilbel		1.300 € =	5,00 %
Stadt Dreieich		1.300 € =	5,00 %
Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH		650 € =	2,50 %
Offenbacher Stadtinformation GmbH		650 € =	2,50 %
Stadt Neu-Isenburg		520 € =	2,00 %
Wissenschaftsstadt Darmstadt Marketing GmbH		500 € =	1,92 %
Centralstation Veranstaltungs-GmbH		260 € =	1,00 %
		26.000 € =	100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Fedá			
Aufsichtsrat:		7 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr OB Claus Kaminsky	
Mandatsträger der Stadt:		Herr Frank Maiwald Herr StR Claus Möbius Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Martin Michel Herr Dr. OB a. D. Helmut Müller Herr Holger Reuter	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:	Anteil Frauen Geschäftsführung:	Anteil Frauen Führungsebene	
33,30 % bezogen auf städt. Mandate 14,29 % bezogen auf AR gesamt	0,00 %	1. Führungsebene: 75,00 % 2. Führungsebene: 100,00 %	

A. Allgemeines

Die Frankfurt Ticket RheinMain GmbH wurde 1997 gegründet und hat seit 2004 neben der Stadt Frankfurt am Main und der städtischen Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main weitere Städte und kommunale Gesellschaften als Gesellschafter:innen. Aufgaben sind die Vermarktung und der Verkauf von Eintrittskarten für kulturelle, künstlerische, sportliche oder sonstige Freizeitveranstaltungen. Das Unternehmen ist daher überwiegend im RheinMain-Gebiet als Dienstleister tätig. Das Geschäftsjahr läuft vom 01.07. bis zum 30.06. des Folgejahres und weicht vom Kalenderjahr ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Ticketverkäufe haben sich im Geschäftsjahr 2022/2023 mit fortschreitender Aufhebung der Corona-Maßnahmen deutlich erholt, das Weihnachtsgeschäft entwickelte sich sehr gut. Für den Palmengarten wurden wieder Karten für die Veranstaltung „Winterlichter“ verkauft, ebenso die Tickets für den Carl Busch Great Christmas Circus. Die Veranstaltungen in der Alten Oper Frankfurt wurden ab Januar 2023 wieder ohne Kapazitätsbeschränkungen angeboten, insbesondere das Musical „Cats“ wurde von den Kunden stark nachgefragt.

Tickets für die Burgfestspiele in Bad Vilbel und Gebrüder-Grimm Festspiele in Hanau wurden ebenfalls von der Gesellschaft vertrieben.

Am 01.12.2022 feierte die Frankfurt Ticket RheinMain GmbH ihr 25-jähriges Jubiläum, es gab Sonder- und Rabattaktionen in den Vorverkaufsstellen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Die Stadt Frankfurt am Main hat der Gesellschaft ein Darlehen von 300 T€ gewährt (Stand 30.06.2023).

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Herrn Fedas 25 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 0,6 T€.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Frankfurt Ticket RheinMain Tickets Hospitality Zelt / Konzerte Fan Zone Mainufer Frankfurt](#)

**Jahresabschluss zum 30.06.2023 der
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH**

Bilanz	30.6.2023	30.06.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	30	43	-13	-29,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	17	25	-8	-31,6
Sachanlagen	12	17	-5	-28,5
Finanzanlagen	2	2	0	0,0
Umlaufvermögen	2.128	1.886	241	12,8
Vorräte	40	32	8	25,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	125	161	-36	-22,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.962	1.694	269	15,9
Rechnungsabgrenzungsposten	15	11	3	31,2
Bilanzsumme	2.172	1.940	232	12,0
PASSIVA				
Eigenkapital	812	393	420	106,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	143	143	0	0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	224	230	-6	-2,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	420	-6	426	-6.923,3
Rückstellungen	382	364	17	4,7
Verbindlichkeiten	978	1.183	-205	-17,3
Bilanzsumme	2.172	1.940	232	12,0
Gewinn- und Verlustrechnung	30.6.2023	30.6.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	3.012	2.329	683	29,3
Gesamtleistung	3.012	2.329	683	29,3
sonstige betriebliche Erträge	205	184	21	11,3
Materialaufwand	-936	-832	-104	12,5
Personalaufwand	-1.396	-1.227	-168	13,7
Abschreibungen	-26	-21	-5	24,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-407	-395	-13	3,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	452	38	413	1.076,1
Finanzergebnis	-32	-45	12	-27,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	420	-6	426	-6.934,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-0	0	-307,8
Ergebnis nach Steuern	420	-6	426	-6.923,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	420	-6	426	-6.923,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	420	-6	426	-6.923,3
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	47	41	6	14,6

5.2 Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)

Gründung: 01.01.2008		Unternehmensgegenstand: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ab 8 Wochen bis zum Ende der Grundschulzeit in Kindertageseinrichtungen und/oder in Schulen unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen gemäß SGB VIII sowie auf Grundlage des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans in Kooperation mit Schulen sowie den im Land Hessen geltenden Bestimmungen und städtischen Vorgaben.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 3.000.000 € = 100,00 % 3.000.000 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Frau Gabriele Bischoff			
Betriebskommission:		15 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:		Frau StRin Sylvia Weber	
Mandatsträger der Stadt:		Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
		Frau Stv Ayse Dalhoff	
		Frau Stv Sabine Fischer	
		Frau StRin Ina Hauck	
		Frau Stv Dana Kube	
		Frau Stv Sylvia Kunze	
		Frau Stv Marlene Riedel	
		Herr Stv Peter Thoma	
		Frau StRin Elke Voitl	
		Frau StRin Sylvia Weber	
		Frau StRin Stephanie Wüst	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder		Herr Ralf Burger (AN)	
		Herr Ralf Fröhlich (AN)	
		Frau Gaby Hagmans	
		Frau Prof. Dr. Ute Schaich	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Betriebskommission:		Anteil Frauen Betriebsleitung:	Anteil Frauen Führungsebene:
90,00 % bezogen auf städt. Mandate		100,00 %	1. Führungsebene: 60,00 %
73,33 % bezogen auf BK gesamt			2. Führungsebene: 79,61 %

A. Allgemeines

Der Eigenbetrieb hat seit 01.10.2008 die Betriebsträgerschaft für alle städtischen Einrichtungen für Kinder von null bis zwölf Jahren mit der entsprechenden pädagogischen und organisatorischen Verantwortung inne. Die durch den Eigenbetrieb erbrachten Leistungen tragen dazu bei, das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern gemäß § 5 SGB VIII sicherzustellen. Zu diesen Leistungen gehören die Sicherung und Weiterentwicklung von Qualitätsstandards für die Arbeit mit Kindern und ihren Familien ebenso wie die anforderungsgerechte, personelle und materielle, betriebliche Ausstattung und Organisation, weiterhin die Bereitstellung von hierzu benötigten Räumen und Flächen, einschließlich deren Instandhaltung und Wartung.

Insgesamt betreibt der Eigenbetrieb zehn Krippen, 21 Kindergärten (teilweise mit U3-Erweiterung), 101 Doppel- oder Dreifachbetriebe (gemischte Kindergärten und Horte, teilweise mit U3-Erweiterung), elf Horte und fünf erweiterte schulische Betreuungen in eigenen und teils in angemieteten Räumlichkeiten bzw. in Schulgebäuden. In nunmehr 148 Kindertagesstätten wurden im Berichtszeitraum durchschnittlich 13.084 Betreuungsplätze für Kinder im Alter von null bis zwölf Jahren angeboten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das Eigenkapital machte 29,3 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote). Der Jahresfehlbetrag hat sich aufgrund der im Vergleich zu den gestiegenen Umsatzerlösen deutlich stärker gestiegenen Material- und betrieblichen Aufwendungen erhöht. Die Stadt Frankfurt am Main hat zur Verlustdeckung unterjährig 168,99 Mio. € in die Kapitalrücklage eingezahlt. Auf der Ertragsseite wurden im Vorjahresvergleich aufgrund von gestiegenen Zuschüssen der Stadt Frankfurt am Main für Kinder mit Inklusionsbedarf sowie höheren Verpflegungsleistungen infolge der zum 01.03.2023 erhöhten Verpflegungspauschale Mehrlöse erzielt. Die gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträge resultierten v. a. aus Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse und aus der Auflösung von Rückstellungen. Der gestiegene Materialaufwand wurde insbesondere durch die gestiegenen Instandhaltungsaufwendungen infolge von Sanierungsmaßnahmen und Instandhaltung von Außenanlagen sowie der Prüfung von Technischen Anlagen verursacht. Zudem haben sich die Energiekosten durch Preissteigerungen sowie die Verpflegungsaufwendungen aufgrund höherer Portionspreise des Dienstleisters sowie insgesamt gestiegenen Einkaufspreisen im Lebensmittelbereich erhöht. Ursächlich für den höheren Personalaufwand sind vor allem der Anstieg von 89 angestellten Vollzeitbeschäftigten im Jahresdurchschnitt, Sonderzahlungen und Inflationsausgleichsprämien infolge der Tarifverhandlungen sowie die Erhöhung der Beamtenbezüge um 1,9 % zum 01.08.2023. Die gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind durch höhere Fort- und Weiterbildungskosten, Werbekosten sowie Versicherungsprämien bedingt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommission des Eigenbetriebs in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 01.09.2022 für das Planjahr 2023 und am 31.08.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 29.06.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite des Eigenbetriebs verwiesen:

www.kitafrankfurt.de

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	165.463	162.509	2.954	1,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	348	497	-150	-30,1
Sachanlagen	165.115	162.012	3.104	1,9
Umlaufvermögen	41.961	33.600	8.361	24,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	41.423	33.127	8.296	25,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	539	474	65	13,8
Rechnungsabgrenzungsposten	879	843	36	4,3
Bilanzsumme	208.304	196.952	11.352	5,8
PASSIVA				
Eigenkapital	61.120	52.986	8.133	15,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	3.000	3.000	0	0,0
Kapitalrücklage	218.948	192.402	26.546	13,8
Gewinnrücklagen / variables Kapital	27	27	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-160.855	-142.443	-18.412	12,9
Sonderposten	100.732	98.651	2.082	2,1
Rückstellungen	35.307	32.076	3.231	10,1
Verbindlichkeiten	10.860	13.006	-2.147	-16,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	174	515	-341	-66,2
Rechnungsabgrenzungsposten	285	233	52	22,3
Bilanzsumme	208.304	196.952	11.352	5,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	66.379	64.867	1.513	2,3
Gesamtleistung	66.379	64.867	1.513	2,3
sonstige betriebliche Erträge	7.919	7.536	383	5,1
Materialaufwand	-58.883	-49.319	-9.564	19,4
Personalaufwand	-163.014	-152.763	-10.251	6,7
Abschreibungen	-7.772	-7.411	-361	4,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.414	-4.972	-442	8,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-160.784	-142.061	-18.723	13,2
Finanzergebnis	-68	-378	310	-82,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-160.852	-142.439	-18.412	12,9
Ergebnis nach Steuern	-160.852	-142.439	-18.412	12,9
Sonstige Steuern	-3	-3	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-160.855	-142.443	-18.412	12,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-160.855	-142.443	-18.412	12,9
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2.869	2.724	145	5,3
Auszubildende (Jahresdurchschnitt)	260	262	-2	-0,8
Plätze in Kinderkrippen (8 Wochen bis i.d.R. 3 Jahre)	1.293	1.287	6	0,5
Auslastung der Kinderkrippen (in %)	86	87	-2	-1,7
Plätze in Kindergärten (3 bis i.d.R. 6 Jahre)	6.481	6.530	-49	-0,8
Auslastung der Kindergärten (in %)	96	97	-1	-0,9
Plätze in Horten (6 bis i.d.R. 10 bzw. 12 Jahre)	5.310	5.301	9	0,2
Auslastung der Horte (in %)	95	94	1	1,2

5.3 Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH (SSF)

Gründung: 25.10.1985		Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und des Sports durch Bereitstellung des Stadions und weiterer Sporteinrichtungen für die Bevölkerung der Stadt Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main. Daneben sollen innerhalb und außerhalb dieser Einrichtungen sportliche und kulturelle – auch internationale – Großveranstaltungen durchgeführt werden.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 255.750 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Clarissa Böckl			
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:		6 Mitglieder Herr OB Mike Josef Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Herr OB Mike Josef Frau Stv Natascha Kauder Herr Stv Jan Klingelhöfer Herr StR Claus Möbius Frau StRin Stephanie Wüst	
Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 33,30 % bezogen auf städt. Mandate 33,30 % bezogen auf AR gesamt		Anteil Frauen Geschäftsführung: 100,00 %	Anteil Frauen Führungsebene: 1. Führungsebene: 60,00 % 2. Führungsebene: 79,61 %

A. Allgemeines

Die Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH (SSF) betreibt das Frankfurter Fußballstadion am Stadtwald, das im Rahmen eines mehrjährigen Mietvertrages an die Betreibergesellschaft der Eintracht Frankfurt vermietet ist. Darüber hinaus ist die SSF für die Sportanlage am Bornheimer Hang mit der PSD-Bank Arena verantwortlich, für die ein Nutzungs- und Betreuungsvertrag mit dem FSV Frankfurt besteht. Die SSF betreibt zudem die Wintersporthalle sowie die Sportanlage Louisa, die an das Sportamt der Stadt Frankfurt am Main verpachtet ist und von der Sportjugend Frankfurt genutzt wird.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war geprägt von der Kapazitätserweiterung des Stadions durch den Ausbau der Hintertor-Tribüne (Nordwestkurve) auf eine Gesamtkapazität von knapp 60.000 Plätzen. Das Geschäftsjahr 2024 zeichnet sich durch die vorbereitenden Planungen und Maßnahmen zur Fußball-Europameisterschaft der Männer (Euro 2024) in Deutschland aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Als Ausdruck der Investitionsaktivität insbesondere durch den Ausbau der Nordwestkurve zeichnete sich auf der Aktivseite ein deutlicher Anstieg der Sachanlagen ab, während im Gegenzug die Forderungen an die Gesellschafterin und die flüssigen Mittel zurückgingen. Auf der Passivseite wirkte sich die Einzahlung der Gesellschafterin in die Kapitalrücklage erhöhend auf das Eigenkapital aus. Zur Stärkung der Investitionskraft hatte die Gesellschafterin in 2022 eine Einzahlung in die Kapitalrücklage der SSF in Höhe von 12,00 Mio. € beschlossen, wovon 6,00 Mio. € erst in 2023 eingelegt worden sind. Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2023 betrug 62,7 % (Vorjahr 60,2 %).

Während sich die Erträge leicht über Vorjahresniveau bewegten, führten hohe Materialaufwendungen (insb. für Energie) sowie hohe sonstige betriebliche Aufwendungen für Instandhaltungen (insb. im Zuge der Euro 2024) zu einem Jahresfehlbetrag. Der Anstieg im Personalaufwand ergab sich vornehmlich aufgrund der Tarifsteigerungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der SSF handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2023 Betriebsmittel von 3,59 Mio. € sowie Reste aus dem Vorjahr von 1,49 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind bis zum Jahresende Auszahlungen von 5,07 Mio. € erfolgt. Zur Stärkung der Investitionskraft erfolgten ferner zwei Einlagen in die Kapitalrücklage durch die Gesellschafterin in Höhe von 6,00 Mio. € sowie in Höhe von 750 T€, die per 31.12.2023 voll eingezahlt waren. In Summe erfolgten damit Zuführungen in Höhe von 11,82 Mio. €. Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2023 auf 25,63 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Gesamtbezüge von Frau Böckl 163 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 50 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr 0,6 T€.

davon:	Frau Böckl
Festvergütung	125,0 T€
variable Vergütung	8,0 T€

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 10.11.2022 für das Planjahr 2023 und am 10.11.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 19.03.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Sportpark Stadion - Sportpark](#)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	121.686	113.573	8.113	7,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0,0
Sachanlagen	121.686	113.573	8.113	7,1
Umlaufvermögen	6.625	14.380	-7.756	-53,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.078	6.225	-4.147	-66,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.547	8.155	-3.608	-44,2
Rechnungsabgrenzungsposten	96	68	27	40,3
Bilanzsumme	128.407	128.021	385	0,3
PASSIVA				
Eigenkapital	80.513	77.041	3.472	4,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	256	256	0	0,0
Kapitalrücklage	126.445	120.621	5.824	4,8
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-43.836	-44.714	878	-2,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-2.352	878	-3.229	-367,9
Sonderposten	11.103	11.623	-520	-4,5
Rückstellungen	2.309	2.000	309	15,4
Verbindlichkeiten	33.255	37.357	-4.102	-11,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.814	28.569	-2.754	-9,6
Rechnungsabgrenzungsposten	1.226	0	1.226	-
Bilanzsumme	128.407	128.021	385	0,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	13.851	10.460	3.391	32,4
Gesamtleistung	13.851	10.460	3.391	32,4
sonstige betriebliche Erträge	951	3.307	-2.357	-71,3
Materialaufwand	-3.930	-2.805	-1.125	40,1
Personalaufwand	-1.087	-966	-120	12,4
Abschreibungen	-4.794	-4.719	-75	1,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.211	-3.029	-3.182	105,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.220	2.247	-3.467	-154,3
Finanzergebnis	-813	-1.091	278	-25,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-2.033	1.156	-3.189	-275,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-40	0	-40	-
Ergebnis nach Steuern	-2.073	1.156	-3.229	-279,4
Sonstige Steuern	-278	-278	0	-0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2.352	878	-3.229	-367,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.352	878	-3.229	-367,9
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	9	8	1	12,5

5.4 Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Gründung: 01.01.1999		Unternehmensgegenstand: Durch Weiterbildungsangebote allen Erwachsenen und Heranwachsenden im Sinne lebenslangen Lernens die Möglichkeit zu bieten, ihre individuelle Bildung zu vertiefen und zu erweitern, den Lebensalltag aktiv und kreativ zu gestalten, Berufsqualifikationen zu erwerben sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse und Zusammenhänge zu beurteilen und interessenorientiert mitgestalten zu können.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 154.000 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Danijel Dejanovic			
Betriebskommission:		16 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:		Frau StRin Sylvia Weber	
Mandatsträger der Stadt:		Herr Stv Dimitrios Bakakis	
		Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
		Frau Stv Monika Christann	
		Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
		Frau Stv Claudia Korenke	
		Frau Stv Dana Kube	
		Frau Stv Sylvia Kunze	
		Herr StR Claus Möbius	
		Frau StRin Dr. Renate Sterzel	
		Herr Stv Peter Thoma	
		Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder		Herr Prof. Dr. Diether Döring	
		Frau Dr. Brigitte Scheuerle	
		Frau Ute Schlagehan (AN)	
		Herr Thomas Winhold	
		Frau Gabriele Wörrlein (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Betriebskommission:		Anteil Frauen Betriebsleitung:	
63,64 % bezogen auf städt. Mandate		0,00 %	
62,50 % bezogen auf BK gesamt		Anteil Frauen Führungsebene:	
		1. Führungsebene: 87,50 %	
		2. Führungsebene: 25,00 %	

A. Allgemeines

Die Volkshochschule Frankfurt am Main (VHS) bietet jährlich über 6.000 Kurse an und leistet damit einen wertvollen Beitrag zum Zusammenhalt in der Stadt Frankfurt am Main. Das Bildungsangebot hat infolge der Pandemie deutlich schneller mehr Digitalisierungsformate erhalten als geplant, so dass die VHS mittlerweile ca. 1.000 Kurse und damit rund 16 % ihres Gesamtkursangebotes auf Online-Lernen ausgerichtet hat. Der Austausch und die Begegnung beim gemeinsamen Lernen - physisch oder digital - bleiben weiterhin das Erkennungsmerkmal der VHS. Die VHS arbeitet an der inhaltlichen und räumlichen Umsetzung des TUMO-Lernzentrums im Nordwestzentrum. Mit dem Anspruch „Bildung für Alle“ wird erstmalig ein Lernzentrum für die jüngeren Zielgruppen in den MINT-Fächern etabliert, bei dem sich 12- bis 18-Jährige schulübergreifend und unabhängig von der Herkunft an einem außerschulischen Lernort austauschen und gemeinsam lernen können.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme hat sich im Vorjahresvergleich aufgrund des Unterschiedsbeitrags zwischen erhaltener Vorab-Verlustabdeckung und tatsächlichem Jahresverlust 2023 erhöht. Das Eigenkapital machte 20,2 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Das Geschäftsjahr 2023 schloss mit einem geringeren Jahresfehlbetrag ab. Die Umsatzerlöse haben den Vorjahreswert deutlich übertroffen und lagen damit bei einer Zielerreichung von 89,0 %. Das Nachfrageverhalten nach Bildungsangeboten, das die letzten Jahren infolge von diversen Krisen, Unsicherheiten und hoher Inflation zögerlich ausfiel, änderte sich im Laufe des Geschäftsjahres 2023. Der Eigenbetrieb konnte eine Umsatzsteigerung erzielen, die insbesondere aus dem Fachbereich Deutsch als Fremdsprache resultierte. Insgesamt betrachtet konnte das Umsatzniveau vor Corona jedoch nicht erreicht werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen infolge der Auflösung von Rückstellungen aufgrund einer Nebenkostenabrechnung für das BZO aus dem Jahr 2018 sowie aufgrund abgelehnter Höhergruppierungen über dem Vorjahreswert. Die im Materialaufwand erfassten Aufwendungen für bezogene Leistungen fielen höher aus als im Vorjahr, zum einen aufgrund von gestiegenen Honoraraufwendungen aufgrund des Anstiegs der Unterrichtseinheiten sowie aufgrund der Honorarsteigerung für Kursleitende ab dem 01.09.2023 und zum anderen aufgrund des in 2023 erstmalig gewährten Zuschusses zur Pflegeversicherung sowie eines einmaligen Inflationsausgleichs an arbeitnehmerähnliche Kursleitende. Im Verhältnis zu den Umsatzerlösen fiel der Anstieg des Materialaufwands unterproportional aus. Die Personalaufwendungen lagen aufgrund geringerer Pensions- und Beihilferückstellungen unter dem Vorjahresaufwand. Gegenläufig dazu entwickelten sich die Gehaltskosten, da im Berichtsjahr ein Inflationsausgleich ausgezahlt wurde. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind hauptsächlich aufgrund höherer Bewirtschaftungskosten gestiegen. Seit Oktober 2022 erhält die VHS wieder Zinserträge auf ihr Stadtkassenguthaben, wodurch das Finanzergebnis im Berichtsjahr positiv ausfällt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommission des Eigenbetriebs in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 02.05.2022 für das Planjahr 2023 und am 07.09.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 23.05.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite des Eigenbetriebs verwiesen:

vhs.frankfurt.de

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der

Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	437	547	-110	-20,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	5	-4	-74,4
Sachanlagen	436	542	-106	-19,5
Umlaufvermögen	22.017	18.639	3.377	18,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.967	18.506	3.461	18,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	49	133	-84	-63,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	4	-4	-
Bilanzsumme	22.454	19.190	3.264	17,0
PASSIVA				
Eigenkapital	4.544	2.844	1.700	59,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	154	154	0	0,0
Kapitalrücklage	15.733	15.206	527	3,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-11.343	-12.516	1.173	-9,4
Sonderposten	13	0	13	-
Rückstellungen	15.122	14.212	909	6,4
Verbindlichkeiten	2.537	1.907	630	33,0
Rechnungsabgrenzungsposten	238	226	12	5,1
Bilanzsumme	22.454	19.190	3.264	17,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	9.231	7.631	1.600	21,0
Gesamtleistung	9.231	7.631	1.600	21,0
sonstige betriebliche Erträge	1.355	917	438	47,8
Materialaufwand	-7.337	-6.508	-829	12,7
Personalaufwand	-9.411	-9.507	96	-1,0
Abschreibungen	-183	-208	25	-12,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.218	-4.660	-559	12,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-11.563	-12.333	771	-6,2
Finanzergebnis	220	-183	403	-220,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-11.343	-12.516	1.173	-9,4
Ergebnis nach Steuern	-11.343	-12.516	1.173	-9,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-11.343	-12.516	1.173	-9,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-11.343	-12.516	1.173	-9,4
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	142	143	-1	-0,7
Teilnehmer:innen-Unterrichtseinheiten	1.754.081	1.452.118	301.963	20,8
Teilnehmer:innenbelegungen	54.717	47.774	6.943	14,5
davon in den Stadtteilen	11.589	9.253	2.336	25,2

6.1 Kliniken Frankfurt Main Taunus GmbH und Konzern

Gründung: 18.02.2016		Unternehmensgegenstand: Strategische Dachgesellschaft für die angeschlossenen Krankenhäuser und weiterhin auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätiger Unternehmen	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Landkreis Main-Taunus		Kapitalanteile: 100.000 € = 50,00 % 100.000 € = 50,00 % 200.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Patrick Frey Herr Michael Osypka			
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:		11 Mitglieder Herr Harald Schmidt Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau Stv Almuth Meyer Herr Nico Strott	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr KrBg Johannes Baron Herr LRat Michael Cyriax Herr Ralf Greiner (AN) Frau Carmen Meinhold-Bentzien (AN) Frau KrBg Madlen Overdick Herr Peter Seres (AN) Frau Monika Thiex-Kreye	
Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 33,33 % bezogen auf städt. Mandate 36,36 % bezogen auf AR gesamt		Anteil Frauen Geschäftsführung: 0,00 %	Anteil Frauen Führungsebene: n. v.
Beteiligungen: Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH Klinikum Frankfurt Höchst GmbH		Kapitalanteile: 13.630.000 € = 94,00 % 9.400.000 € = 94,00 %	

A. Allgemeines

Die Kliniken Frankfurt Main Taunus GmbH ist die Dachgesellschaft des Konzerns Kliniken Frankfurt Main Taunus. Der Zusammenschluss wurde zum 01.01.2016 gegründet. Im Konzern sind Krankenhausbetriebsgesellschaften, Medizinische Versorgungszentren sowie Pflege- und Dienstleistungsgesellschaften verbunden. Die Coronavirus-Pandemie ab dem Jahr 2020 hat bis heute erhebliche Folgen auf die Krankenhausbranche, insbesondere sind die Fallzahlen der stationären Behandlung strukturell gesunken. Seit dem Jahr 2022 arbeitet die Bundesregierung an einer Reform der Krankenhausversorgung (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz – KHVVG), die auch auf eine wirtschaftliche Stabilisierung der Krankenhäuser abzielt. Der Konzern Kliniken Frankfurt Main Taunus setzt unabhängig davon eigene Maßnahmen um, damit die wirtschaftliche Lage der Gesellschaften und der Standorte verbessert wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2022

Einzelabschluss der GmbH

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Bilanzsumme 2022 der Kliniken Frankfurt Main Taunus GmbH ist gegenüber dem Vorjahr gesunken. Das Eigenkapital machte 14,1 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Erfolgslage war weiterhin durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem ebenfalls von der Corona-Pandemie geprägten Vorjahr nur leicht.

Der Personalaufwand stieg tarifbedingt an, während der Materialaufwand entsprechend der niedrigen Behandlungsmengen sank.

Konzernabschluss

Der testierte Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2023 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Konzernbilanzsumme 2022 hat sich gegenüber dem Vorjahr (2021) erhöht. Die Eigenkapitalquote belief sich auf rd. 2 %. Die Verbindlichkeiten hatten einen Anteil von 21 % an der Bilanzsumme.

Das Konzernjahresergebnis hat sich deutlich verschlechtert. Die Umsatzerlöse schlossen gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Der Materialaufwand blieb, entsprechend der geringen Leistungsmengen, unter dem Vorjahresniveau, wobei Folgen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine mit Lieferkettenschwierigkeiten und teils extremen Energiepreiserhöhungen den positiven Effekt geringer Mengen überwiegend nivellierte. Gleichzeitig stieg der Personalaufwand tarifbedingt erheblich an.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Bei der KFMT handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 keine Mittel zur Verfügung.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Mutterunternehmen und den Tochterunternehmen im Geschäftsjahr 2022 gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung betragen 611 T€. Die Gesamtbezüge beziehen sich auf die Geschäftsführung zum Stand 31.12.2022.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (zwölf Mitglieder, fünf Sitzungen, elf Konzerngesellschaften) betragen im Geschäftsjahr 180 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Gesellschaft ist nicht im Mehrheitsbesitz der Stadt Frankfurt am Main. Der PCGK Frankfurt wurde von der Gesellschaft nicht als verbindlich erklärt. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 08.11.2021 für das Planjahr 2022 und am 14.11.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 fand am 22.01.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Home](#) | [varisano](#) | [Kliniken Frankfurt-Main-Taunus](#)

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Kliniken Frankfurt Main Taunus GmbH und Konzern**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	39	58	-18	-31,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	24	37	-13	-35,3
Sachanlagen	15	21	-5	-25,9
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	1.530	1.930	-400	-20,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.472	1.841	-369	-20,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	57	89	-31	-35,2
Rechnungsabgrenzungsposten	41	85	-44	-51,7
Bilanzsumme	1.610	2.073	-462	-22,3
PASSIVA				
Eigenkapital	227	230	-2	-1,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	30	22	7	31,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-2	7	-9	-132,5
Rückstellungen	433	444	-11	-2,4
Verbindlichkeiten	484	398	86	21,5
Rechnungsabgrenzungsposten	466	1.001	-535	-53,5
Bilanzsumme	1.610	2.073	-462	-22,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.379	4.340	39	0,9
Gesamtleistung	4.379	4.340	39	0,9
sonstige betriebliche Erträge	47	50	-3	-6,5
Materialaufw and	-31	-92	61	-66,0
Personalaufw and	-2.592	-2.544	-49	1,9
Abschreibungen	-20	-9	-11	122,9
sonstige betriebliche Aufw endungen	-1.753	-1.707	-46	2,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	29	38	-10	-24,8
Finanzergebnis	-0	0	-0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	29	38	-10	-24,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-31	-31	-0	0,0
Ergebnis nach Steuern	-2	7	-10	-131,5
Sonstige Steuern	-0	-0	0	-91,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2	7	-9	-132,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2	7	-9	-132,5
Bilanzergebnis	-2	7	-9	-132,5
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	25	22	3	13,6

Bilanz Konzern	31.12.2023	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	434.120	416.872	17.248	4,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.008	3.005	1.003	33,4
Sachanlagen	430.057	413.861	16.195	3,9
Finanzanlagen	55	5	50	1.000,0
Umlaufvermögen	182.179	191.453	-9.274	-4,8
Vorräte	5.621	4.366	1.254	28,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	170.894	180.515	-9.621	-5,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	5.664	6.572	-907	-13,8
Rechnungsabgrenzungsposten	1.197	1.033	164	15,9
Bilanzsumme	617.496	609.357	8.139	1,3
PASSIVA				
Eigenkapital	11.639	17.095	-5.457	-31,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Kapitalrücklage	48.481	37.447	11.034	29,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-37.685	-21.516	-16.169	75,1
Anteile anderer Gesellschafter	642	964	-321	-33,4
Sonderposten	428.479	412.866	15.613	3,8
Rückstellungen	45.057	46.160	-1.103	-2,4
Verbindlichkeiten	129.493	132.388	-2.894	-2,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58.871	62.168	-3.297	-5,3
Rechnungsabgrenzungsposten	2.829	849	1.980	233,2
Bilanzsumme	617.496	609.357	8.139	1,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	371.861	354.350	17.512	4,9
Bestandsveränderung UE / FE	962	-186	1.148	-617,2
Gesamtleistung	372.823	354.164	18.660	5,3
sonstige betriebliche Erträge	52.160	77.080	-24.920	-32,3
Materialaufw and	-84.175	-87.172	2.996	-3,4
Personalaufw and	-259.021	-242.391	-16.630	6,9
Abschreibungen	-13.690	-13.131	-558	4,3
sonstige betriebliche Aufw endungen	-83.298	-95.878	12.580	-13,1
Betriebsergebnis	-15.201	-7.328	-7.873	107,4
Finanzergebnis	-1.617	-1.694	77	-4,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-16.818	-9.022	-7.796	86,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-86	-410	325	-79,1
Ergebnis nach Steuern	-16.904	-9.432	-7.471	79,2
Sonstige Steuern	-291	-270	-20	7,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-17.194	-9.703	-7.492	77,2
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	1.026	-529	1.555	-294,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-16.169	-10.232	-5.937	58,0
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-21.516	-11.284	-10.232	90,7
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	4.457	4.222	235	5,6

6.1.1 Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Gründung: 03.08.2006		Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch die bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten, stationären, teilstationären, vor- und nachstationären und sonstigen Krankenhausleistungen durch den Betrieb eines Krankenhauses in Frankfurt am Main-Höchst und aller damit verbundenen zweckdienlichen Einrichtungen.	
Gesellschafter: Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 9.400.000 € = 94,00 % 600.000 € = 6,00 % 10.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Patrick Frey Herr Michael Osypka			
Beteiligungen: Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH		Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt das Krankenhaus in Höchst und ist seit dem Jahr 2016 in den Konzern Kliniken Frankfurt-Main-Taunus eingebunden. Das Klinikum wird als Maximalversorger betrieben.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2022

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr (2021) erhöht. Das Eigenkapital machte 14,7 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Erfolgslage war weiterhin durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Die Umsatzerlöse aus Krankenhausleistungen lagen ungefähr auf dem Niveau der von Corona-bedingten Betriebseinschränkungen noch stärker betroffenen Vorjahr. Damit verfehlten sie weiterhin das Niveau des Jahres 2019. Der Personalaufwand stieg tarifbedingt erheblich. Der Materialaufwand sank leicht, was einerseits die niedrigen Leistungsmengen widerspiegelt. Andererseits ist der Materialaufwand vom Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine geprägt. Ab dem Frühjahr 2022 stieg das Preisniveau erheblich, weil insbesondere Lieferketten beeinträchtigt waren sowie Heiz- und Energiekosten (Gaslieferungen) einen extremen Preissprung zeigten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Bei dem Klinikum Frankfurt Höchst handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 keine allgemeinen Betriebsmittel zur Verfügung. Aus Haushaltsresten der Vorjahre standen 11,50 Mio. € zur Verfügung und wurden im Jahr 2022 an die Gesellschaft vollständig ausgezahlt. § 10 des Konsortialvertrags des Klinikums Frankfurt Höchst, der Kliniken des Main-Taunus-Kreises und der Dachgesellschaft Kliniken Frankfurt Main-Taunus GmbH haben der Main-Taunus-Kreis und die Stadt Frankfurt am Main die Finanzierung des Konzerns und der Tochtergesellschaften geregelt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft ist den Aufsichtsrat der Dachgesellschaft KFMT GmbH integriert. Die Geschäftsführung wird von geschäftsführenden Personen und leitenden Angestellten der KFMT Dachgesellschaft ausgeübt; sie erhalten für die Geschäftsführung keine gesonderte Vergütung.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der PCGK Frankfurt wurde von der Gesellschaft nicht als verbindlich erklärt. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 08.11.2021 für das Planjahr 2022 und am 14.11.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 fand am 22.01.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Home](#) | [varisano](#) | [Kliniken Frankfurt-Main-Taunus \(www.varisano.de\)](#)

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	34.391	18.815	15.576	82,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.356	1.151	205	17,8
Sachanlagen	31.731	16.438	15.292	93,0
Finanzanlagen	1.304	1.226	79	6,4
Umlaufvermögen	89.090	98.718	-9.628	-9,8
Vorräte	3.555	2.524	1.032	40,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	81.597	91.898	-10.300	-11,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	3.937	4.296	-359	-8,4
Rechnungsabgrenzungsposten	956	818	137	16,8
Bilanzsumme	124.436	118.351	6.086	5,1
PASSIVA				
Eigenkapital	18.294	21.445	-3.151	-14,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.000	10.000	0	0,0
Kapitalrücklage	74.090	67.539	6.551	9,7
Gew innrücklagen / variables Kapital	227	227	0	0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	-56.321	-51.831	-4.490	8,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-9.702	-4.490	-5.212	116,1
Sonderposten	30.273	15.989	14.283	89,3
Rückstellungen	31.188	33.584	-2.396	-7,1
Verbindlichkeiten	44.681	47.332	-2.651	-5,6
Bilanzsumme	124.436	118.351	6.086	5,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	211.764	221.485	-9.721	-4,4
Bestandsänderung UE / FE	963	-204	1.168	-571,7
Gesamtleistung	212.727	221.281	-8.554	-3,9
sonstige betriebliche Erträge	30.372	35.246	-4.874	-13,8
Materialaufwand	-53.794	-66.372	12.578	-19,0
Personalaufwand	-152.913	-143.674	-9.239	6,4
Abschreibungen	-4.169	-4.054	-115	2,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-41.818	-46.580	4.762	-10,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-9.594	-4.153	-5.442	131,0
Finanzergebnis	-85	-233	148	-63,5
Ergebnis v or Steuern (EBT)	-9.680	-4.386	-5.293	120,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-19	-100	81	-81,0
Ergebnis nach Steuern	-9.699	-4.487	-5.212	116,2
Sonstige Steuern	-3	-3	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-9.702	-4.490	-5.212	116,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-9.702	-4.490	-5.212	116,1
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2.493	2.485	8	0,3
Patientenzahlen (Somatik)	30.164	31.374	-1.210	-3,9
Casemix-Punkte (Somatik)	26.129	26.724	-595	-2,2
Patientenzahlen (Psychiatrie)	1.375	1.278	97	7,6
Bew ertungsrelationen (Psychiatrie)	33.348	31.706	1.642	5,2

6.1.1.1 MVZ Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Gründung: 28.10.2005	Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch die bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten medizinischen Leistungen, die Sicherstellung der vertragsärztlichen ambulanten Versorgung sowie die Ausübung von ärztlichen Tätigkeiten unter Berücksichtigung des ärztlichen Berufsrechts, vertragsärztlicher Vorschriften und des Grundsatzes der freien Arztwahl, durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V als fachübergreifend ärztlich geleitete Einrichtung in Frankfurt am Main-Höchst.
Gesellschafter: Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Godfried Hangx	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH. Sie betreibt eines von drei MVZ im Konzernverbund Kliniken Frankfurt-Main-Taunus. Als Anbieterin ambulanter medizinischer Leistungen unterliegt sie anderen Finanzierungsmechanismen als sie bei den im Konzern dominierenden Krankenhäusern gelten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2022

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Bilanzsumme 2022 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr stark.

Die Gesellschaft weist einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag aus. Im Vorjahr lag die Eigenkapitalquote bei 5,1 %.

Die Erfolgslage verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr. Die Umsatzerlöse lagen zwar nur leicht unter Vorjahresniveau. Die Personalkosten stiegen allerdings tarifbedingt erheblich. Der Materialaufwand sank leicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine das Preisniveau erheblich stieg, weil insbesondere Lieferketten beeinträchtigt waren sowie Heiz- und Energiekosten (Gaslieferungen) einen extremen Preissprung zeigten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Bei der MVZ handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 keine Mittel zur Verfügung.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Geschäftsführung hat die Beschlüsse des Aufsichtsrates der Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH zu beachten. Die Geschäftsführung wird von geschäftsführenden Personen und leitenden Angestellten der KFMT Dachgesellschaft ausgeübt; sie erhalten für die Geschäftsführung keine gesonderte Vergütung.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der PCGK Frankfurt wurde von der Gesellschaft nicht als verbindlich erklärt. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche

fanden statt am 08.11.2021 für das Planjahr 2022 und am 14.11.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 fand am 22.01.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Home | varisano | Kliniken Frankfurt-Main-Taunus \(www.varisano.de\)](#)

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
MVZ Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.134	1.083	51	4,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.053	989	63	6,4
Sachanlagen	81	93	-12	-13,4
Umlaufvermögen	445	557	-112	-20,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	292	551	-258	-46,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	153	6	146	2.268,1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	-1	-62,5
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	679	0	679	-
Bilanzsumme	2.258	1.641	617	37,6
PASSIVA				
Eigenkapital	0	83	-83	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	58	293	-235	-80,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-762	-235	-527	224,3
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	679	0	679	-
Rückstellungen	375	125	251	201,3
Verbindlichkeiten	1.883	1.433	449	31,4
Bilanzsumme	2.258	1.641	617	37,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.013	2.145	-132	-6,2
Gesamtleistung	2.013	2.145	-132	-6,2
sonstige betriebliche Erträge	98	105	-7	-7,1
Materialaufwand	-93	-115	22	-18,9
Personalaufwand	-1.753	-1.546	-207	13,4
Abschreibungen	-170	-230	61	-26,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-854	-594	-261	43,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-760	-235	-525	223,6
Finanzergebnis	-2	-0	-2	2.581,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-762	-235	-527	224,3
Ergebnis nach Steuern	-762	-235	-527	224,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-762	-235	-527	224,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-762	-235	-527	224,3
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	34	33	1	3,0

6.1.1.2 ZEG Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH

Gründung: 03.07.1995	Unternehmensgegenstand: Die Neubau- Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie gegebenenfalls die Instandhaltung der Gebäude am Klinikum Frankfurt Höchst. Dies umfasst auch ein nachhaltiges Energiecontracting bzw. auch die Betreuung der Energiezentrale für den Neubau im Passivhausstandard, die Finanzierung, die Vergabe, die Durchführung und das Projektcontrolling der Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen. Die Gesellschaft wird Eigentümerin der Neu-Immobilien.
Gesellschafter: Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Menger	

A. Allgemeines

Im Jahr 2022 wurden die baulichen Maßnahmen am Neubau des Klinikums Höchst weitestgehend abgeschlossen. Nach Prüf- und Abnahmarbeiten wurde der Neubau im Februar 2023 in Betrieb genommen. Auf dem Campus Höchst laufen die Arbeiten am Abriss der nicht mehr benötigten Gebäude.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2022

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Bilanzsumme 2022 ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Die Bilanzsumme ist auf der Aktivseite vom Neubau des Krankenhauses Höchst und auf der Passivseite von den dafür gewährten Zuschüssen dominiert. Die Gesellschaft arbeitet als Bauprojektgesellschaft nach Aufträgen der KFH GmbH, die Betriebskosten werden von der KFH vollständig ersetzt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Bei der ZEG handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 investive Mittel von 35,05 Mio. € zur Verfügung, davon 22 Mio. € für den ersten Bauabschnitt und 13,05 Mio. € für den zweiten Bauabschnitt bzw. dessen Planung. Hiervon sind bis zum Jahresende Auszahlungen von 8 Mio € erfolgt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Auf die Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird in Anwendung von § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 08.11.2021 für das Planjahr 2022 und am 14.11.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 fand am 22.01.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf folgende Internetseite verwiesen:

[Home](#) | [varisano](#) | [Kliniken Frankfurt-Main-Taunus](#)

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der ZEG Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	270.265	264.143	6.122	2,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	3	-1	-39,3
Sachanlagen	270.263	264.140	6.123	2,3
Umlaufvermögen	3.414	2.621	793	30,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.552	1.019	1.534	150,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	862	1.603	-740	-46,2
Bilanzsumme	273.679	266.764	6.915	2,6
PASSIVA				
Eigenkapital	68	59	8	14,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	34	24	10	40,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	8	10	-1	-13,9
Sonderposten	272.337	264.337	8.000	3,0
Rückstellungen	572	487	85	17,3
Verbindlichkeiten	702	1.880	-1.178	-62,6
Bilanzsumme	273.679	266.764	6.915	2,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.400	866	1.534	177,2
Gesamtleistung	2.400	866	1.534	177,2
sonstige betriebliche Erträge	333	160	174	108,7
Materialaufw and	-8	-1	-6	488,2
Personalaufw and	-132	-139	8	-5,5
Abschreibungen	-4	-6	1	-20,2
sonstige betriebliche Aufw endungen	-2.481	-764	-1.716	224,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	109	115	-6	-5,0
Finanzergebnis	-0	-0	0	-92,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	109	115	-6	-5,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-4	4	-109,0
Ergebnis nach Steuern	110	111	-1	-1,2
Sonstige Steuern	-101	-101	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	8	10	-1	-13,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	8	10	-1	-13,9
Bilanzergebnis	8	10	-1	-13,9
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	3	3	0	0,0

6.2 Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Gründung: 01.01.1999		Unternehmensgegenstand: Förderung der Jugendhilfe durch den Aufbau, das Betreiben und Unterhalten dezentraler städtischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 511.292 € = 100,00 % 511.292 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Frau Angelika Stock			
Betriebskommission:		15 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:		Frau StRin Elke Voitl	
Mandatsträger der Stadt:		Frau Stv Beatrix Baumann	
		Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
		Frau Stv Ayse Dalhoff	
		Herr Stv Abdenassar Gannoukh	
		Frau StRin Ina Hauck	
		Herr Stv Yanki Pürsün	
		Frau Stv Christina Ringer	
		Herr Stv Dr. Christoph Rosenbaum	
		Frau StRin Dr. Renate Sterzel	
		Frau StRin Elke Voitl	
		Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder		Herr Michael Köhler (AN)	
		Herr Werner Krone (AN)	
		Herr Benjamin Landes	
		Herr Manfred Oschkinat	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Betriebskommission:		Anteil Frauen Betriebsleitung:	Anteil Frauen Führungsebene:
63,64 % bezogen auf städt. Mandate		100,00 %	1. Führungsebene: 66,67 %
46,67 % bezogen auf BK gesamt			2. Führungsebene: 63,89 %

A. Allgemeines

In enger partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe hat der Eigenbetrieb die Aufgabe, im Auftrag des Jugend- und Sozialamtes der Stadt Frankfurt am Main wie auch im Rahmen der städtischen Jugendhilfeplanung und des Sozialgesetzbuches (SGB VIII), zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in den Stadtteilen beizutragen, individuelle Problemlagen lindern beziehungsweise lösen zu helfen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Das Eigenkapital machte 9,2 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Der Eigenbetrieb schloss das Berichtsjahr mit einem aufgabenbedingten Jahresfehlbetrag ab, der im Vorjahresvergleich geringer ausfällt. Die Ergebnisverbesserung ergab sich dadurch, dass die Mehraufwendungen

durch den Anstieg der Erträge kompensiert werden konnten. Im Berichtsjahr wurden gestiegene Erträge aus den Einrichtungen der Jugend- und Erziehungshilfen durch höhere Entgelte und gestiegene Pflage tage erzielt. Zudem haben sich die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen erhöht, da im Berichtsjahr eine Pensionslast infolge einer Abfindungszahlung gemäß Versorgungslastenausgleich aufgelöst wurde.

Der Personalaufwand, der mit 70,7 % der Gesamtaufwendungen den größten Aufwandsposten des Eigenbetriebs darstellt, ist im Berichtsjahr infolge von Tarifsteigerungen sowie der ausgezahlten Inflationsausgleichsprämie gestiegen. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergab sich ein Anstieg, der hauptsächlich auf höhere Mietnebenkosten sowie gestiegene Energiekosten infolge der anhaltenden Energiekrise zurückzuführen ist.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2023 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommission des Eigenbetriebs in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplanengespräche fanden statt am 14.07.2022 für das Planjahr 2023 und am 26.09.2023 für das Planjahr 2024. Das Abschlussgespräch 2023 fand am 19.06.2024 statt.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite des Eigenbetriebs verwiesen:

[Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe](#)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.179	2.027	152	7,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	122	34	88	257,6
Sachanlagen	2.058	1.993	65	3,2
Umlaufvermögen	11.309	11.162	147	1,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.737	10.861	-124	-1,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	573	301	271	90,0
Rechnungsabgrenzungsposten	47	45	1	3,1
Bilanzsumme	13.535	13.235	301	2,3
PASSIVA				
Eigenkapital	1.239	2.151	-911	-42,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	511	511	0	0,0
Kapitalrücklage	16.479	17.804	-1.325	-7,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-15.751	-16.165	414	-2,6
Sonderposten	83	36	46	128,8
Rückstellungen	11.167	10.047	1.120	11,1
Verbindlichkeiten	1.047	1.000	46	4,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	314	440	-126	-28,6
Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	-1	-
Bilanzsumme	13.535	13.235	301	2,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	9.909	9.046	862	9,5
Gesamtleistung	9.909	9.046	862	9,5
sonstige betriebliche Erträge	1.052	579	473	81,7
Materialaufwand	-981	-910	-70	7,7
Personalaufwand	-18.977	-18.595	-382	2,1
Abschreibungen	-374	-334	-40	11,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.382	-5.794	-587	10,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-15.752	-16.008	256	-1,6
Finanzergebnis	1	-157	158	-100,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-15.751	-16.165	414	-2,6
Ergebnis nach Steuern	-15.751	-16.165	414	-2,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-15.751	-16.165	414	-2,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-15.751	-16.165	414	-2,6
Bilanzergebnis	-15.751	-16.165	414	-2,6
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	314	301	13	4,3
Kinder-, Jugend- u. Elternberatung (bearb. Fälle)	2.197	2.152	45	2,1
Belegung entgeltfinanzierte Einrichtungen (Auslast. in %)	88	91	-2	-2,6

6.3 Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH

Gründung: 06.09.1983		Unternehmensgegenstand: Verfolgung mildtätiger Zwecke durch Unterstützung hilfebedürftiger Personen im Sinne des § 53 Ziff. 1 Abgabenordnung (AO), insbesondere durch Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Die Eingliederungshilfe umfasst die Bereiche „Arbeit“, „Wohnen“ und „Freizeit“ mit dem Ziel, behinderten Menschen eine aktive Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Weiterer Gegenstand der Gesellschaft ist die gemeinnützige Förderung der Wohlfahrtspflege.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main		13.294 € = 49,06 %	
Verein Arbeits- und Erziehungshilfe e.V.		12.271 € = 45,28 %	
Lebenshilfe Frankfurt am Main e. V.		1.023 € = 3,77 %	
Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung, Kreisvereinigung Main-Taunus e.V.		511 € = 1,89 %	
		27.098 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Andreas Schadt			
Aufsichtsrat:		9 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau StRin Elke Voitl	
Mandatsträger der Stadt:		Herr Dr. Dimitrios Gotsis	
		Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch	
		Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Frau Kerstin Blüm	
		Frau Jenny Grünewald	
		Frau Julia Reister	
		Herr Wolfgang Rhein	
		Herr StR Stephan Siegler	
Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 66,67 % bezogen auf städt. Mandate 66,67 % bezogen auf AR gesamt			

A. Allgemeines

Die Praunheimer Werkstätten gGmbH (PW) ist der größte Arbeitgeber für Menschen mit geistiger Behinderung in Frankfurt am Main. Sie gehört zum bundesweiten und flächendeckenden Betreuungsangebot „Werkstätten für behinderte Menschen“.

Die Gesellschaft betreibt und unterhält neben den drei Werkstätten (Praunheim, Fechenheim und Höchst) Wohnanlagen und Wohngruppen für Menschen mit geistiger Behinderung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme hat sich verringert. Auf der Aktivseite haben sich die Sachanlagen vor allem aufgrund der planmäßigen Abschreibung des Neubaus der Werkstatt für behinderte Menschen in Preungesheim reduziert. Auf der Passivseite wirkten sich der Rückgang der Sonderposten für Investitionszuschüsse durch die planmäßige Auflösung entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Anlagengüter sowie bei den Verbindlichkeiten die planmäßigen Tilgungen der Darlehensverbindlichkeiten aus.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schloss mit einem Jahresfehlbetrag ab. Die Leistungsentgelte der Rehabilitationsträger stellten die Haupteinnahme der Gesellschaft dar. Trotz Rückgang der Mitarbeitenden sind die Personalkosten aufgrund der Tarifierhöhungen und Sonderzahlungen gestiegen. Darüber hinaus haben sich die Kosten von notwendigen Personaldienstleistungen, Fahrtkosten für Menschen mit Behinderung sowie Personalfremdleistungen negativ auf die sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewirkt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der PW handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[Teilhabe, Frankfurt, Werkstätten, Assistenz, BehinderteHome - pw• \(pw-ffm.de\)](http://Teilhabe.Frankfurt.Werkstätten.Assistenz.BehinderteHome-pw-pw-ffm.de)

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	27.533	28.609	-1.076	-3,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	9	22	-13	-60,1
Sachanlagen	27.334	28.432	-1.098	-3,9
Finanzanlagen	190	155	35	22,6
Umlaufvermögen	7.522	8.268	-746	-9,0
Vorräte	438	410	28	6,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.728	5.286	-558	-10,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.357	2.572	-216	-8,4
Rechnungsabgrenzungsposten	41	67	-26	-38,4
Bilanzsumme	35.097	36.945	-1.848	-5,0
PASSIVA				
Eigenkapital	14.531	14.787	-256	-1,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	27	27	0	0,0
Kapitalrücklage	12.467	12.467	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	2.041	2.041	0	0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	252	199	53	26,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-256	53	-309	-584,9
Sonderposten	8.982	9.454	-472	-5,0
Rückstellungen	1.847	1.710	137	8,0
Verbindlichkeiten	9.737	10.994	-1.257	-11,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.019	7.441	-422	-5,7
Bilanzsumme	35.097	36.945	-1.848	-5,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	37.887	35.363	2.523	7,1
Bestandsänderung UE / FE	7	29	-22	-76,4
Gesamtleistung	37.894	35.393	2.501	7,1
sonstige betriebliche Erträge	6.641	6.209	431	6,9
Materialaufw and	-2.008	-1.760	-249	14,1
Personalaufw and	-32.000	-30.312	-1.687	5,6
Abschreibungen	-1.271	-1.273	2	-0,1
sonstige betriebliche Aufw endungen	-9.265	-7.990	-1.275	16,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-10	267	-277	-103,7
Finanzergebnis	-242	-212	-30	14,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-252	55	-307	-557,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1	1	-3	-204,0
Ergebnis nach Steuern	-253	56	-309	-548,8
Sonstige Steuern	-3	-4	1	-14,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-256	53	-309	-584,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-256	53	-309	-584,9
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	555	576	-21	-3,6
Belegte Plätze Tagesförderstätten (Durchschnittsw erte)	185	181	4	2,2
Belegte Plätze Wohnheime (Durchschnittsw erte)	121	123	-2	-1,6
Belegte Plätze Betreutes Wohnen (Durchschnittsw erte)	119	123	-4	-3,3
Belegte Plätze Schulintegration (Durchschnittsw erte)	154	144	10	6,9

III. Trägerbericht Nassauische Sparkasse („Naspa“)

Vorstand: Herr Marcus Nähser (Vorsitzender) Herr Michael Baumann Herr Frank Diefenbach	Träger: Sparkassenzweckverband Nassau	Anteile: 100%
Verwaltungsrat: 27 Mitglieder, davon 9 Vertreter der Arbeitnehmer		
Mandatsträger der Träger und Beteiligten: Herr OB Gert-Uwe Mende Herr Burkhard Albers Herr Michael Cyriax Herr Carsten Filges Herr Dr. Oliver Franz Frau Sabine Häuser-Eltgen Herr Prof. Lorenz Jarass Herr Michael Köberle Herr Ulrich Krebs Herr Roger Podstatny Herr Udo Rau Herr Harald Schindler Herr Dr. Hendrick Schmehl Herr Dr. Frank Schmidt Herr Achim Schwickert Herr André Stolz Herr Dr. Stephan Wetzel		AN-Vertreter: Herr Markus Geis Frau Rita Gröschel Herr Patrick Hannappel Herr Andreas Immel Herr Karima Khabbach Herr Markus Molitor Herr Jens Prange-Wegemann Herr Andreas Sommerfeld Frau Anna Wagner

Anteilsbesitz	Kapitalanteile
Naspa-Direkt-Service GmbH, Wiesbaden	100,00 %
Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100,00 %
Naspa Immobilien GmbH, Wiesbaden	100,00 %
Naspa-Versicherungs-Service GmbH, Wiesbaden	75,00 %
Nassovia Beteiligungs GmbH, Wiesbaden	100,00 %
S-Servicepartner Rhein-Main	70,00 %
Schloß Vollrads GmbH, Oestrich-Winkel	100,00 %
Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG, Oestrich-Winkel	100,00 %
Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG, Oestrich-Winkel	100,00 %

Darüber hinaus ist die Naspa u. a. unmittelbar mit 10,4 % am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen („SGVHT“) und mittelbar mit durchgerechnet rd. 7 % an der Landesbank Hessen-Thüringen („Helaba“) sowie jeweils mit rd. 1,2 % an der DekaBank und der Landesbank Berlin beteiligt.

Unternehmenszweck, Träger und Organe

Die Naspa ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Vollbanklizenz, die aus der 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogtum Nassau“ hervorging.

Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Dieser wird gebildet durch die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie den Hochtaunuskreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Taunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen sowie den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz.

Organe der Naspa sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers obliegt der Naspa danach insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs.

Bei abermals erfreulichem Anstieg der Girokonten wuchs das Mittelaufkommen von Kunden 2023 um 2,9 (Vj. 2,4 %). Infolge der durch die EZB eingeleiteten Zinswende kam es zu einer Umschichtung von Sicht- und Spareinlagen zu Termingeldern. Das Kundenkreditvolumen konnte die Naspa– im Stichtagsvergleich – um 0,5 (Vj.3,3%), bei unverändert risikobewusster Vergabepolitik, ausweiten.

Anzahl bzw. Mio. €	2021	2022	2023
Anzahl Privatgirokonten	305.871	313.121	318.208
Anzahl Geschäftsgirokonten	45.881	46.356	46.771
Anzahl Kundendepots	56.094*	55.353	58.270
Forderungen an Kunden	10.033	10.363	10.377
Mittelaufkommen von. Kunden	11.187	11.455	11.792
Depotbestand	3.839*	3.489*	4.317*
Stiftungskapital Naspa Stiftung	27	27	27

*) inkl. S-Broker-Depots sowie DekaBank-Depots; ab 2022 ohne S-Broker-Depots.

Im rd. 4.000 km² umfassenden Geschäftsgebiet mit z. T. überdurchschnittlich attraktivem Kaufkraftumfeld und über 2 Mio. Einwohnern stehen den Kunden aktuell zur Verfügung:

- stationär im Jahresultimovergleich insgesamt 71 (Vj. 71) Geschäftsstellen sowie 15 Private Banking-Center, sechs Finanzierungs-Center, drei Firmenkunden-Center, sowie 30 (Vj. 31) Selbstbedienungs-Center offen. Darüber hinaus betreibt die Naspa 197 (Vj. 199) Geldautomaten. Ferner berät die Naspa ihre Kunden individuell nach Vereinbarung auch außerhalb der Öffnungszeiten am gewünschten Ort.
- digital „rund um die Uhr“ die Internetfiliale und die Sparkassen-Apps. Mit dem Business-Center (BC) für Gewerbe- und Geschäftskunden und dem Direkt-Beratungs-Center (DBC) für Privatkunden stehen moderne Kanäle für eine ganzheitliche Betreuung und Beratung und den Abschluss via Telefon oder Videokonferenz zur Verfügung.

Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalen, sozialen und kulturellen Bereich zu fördern. Eventuelle Ausschüttungen der Naspa, die aus bankbetrieblichen Gründen derzeit unverändert nicht geboten sind, wären vom Verwaltungsrat zu beschließen und satzungsgemäß vom Sparkassenzweckverband an die Naspa Stiftung weiterzuleiten.

Im Berichtsjahr hat die Naspa selbst abermals zahlreiche Vereine, Einrichtungen und Projekte in Höhe von insgesamt rd. 1,9 (Vj. 1,5) Mio. € finanziell unterstützt. Seit Gründung der Naspa Stiftung „Initiative und Leistung“ vor gut 25 Jahren wurden mehr als 13.500 Projekte und Aktivitäten in der Region unterstützt und Fördergelder von rd. 21 Mio. € ausgeschüttet, davon alleine 0,6 (Vj. 0,6) Mio. € in 2023.

Darüber hinaus hat die Naspa CSR-Grundsätze (Corporate Social Responsibility) erarbeitet und in die drei Säulen der Nachhaltigkeit - Ökonomie, Ökologie und Soziales – unterteilt. Nachhaltigkeitsbezogene Informationen nichtfinanzieller Art werden im sogenannten „Nichtfinanziellen Bericht der Nassauischen Sparkasse“ veröffentlicht. Diese durch die neuen ESRS-Regelungen deutlich erweiterte Berichterstattung erfolgt gesondert vom Lagebericht und ist unter <https://www.naspa.de/de/home/ihre-naspa/presse-center/infomaterial.html?n=true&stref=hnav> im Internet veröffentlicht.

Geschäfts- und Risikoentwicklung

Bestimmende Faktoren für die Geschäftsentwicklung 2023 waren primär die geopolitischen und volkswirtschaftlichen Entwicklungen, welche sich im Anstieg des Zinsniveaus sowie der hohen Inflation niederschlugen. Die Effekte hieraus wirkten sich insbesondere auf Zinsüberschuss, Bewertungsergebnis und die Bestandsentwicklung aktivisch wie passivisch aus. Daneben bestanden die vielfältigen branchentypischen Herausforderungen fort - wie demographische Entwicklung / verändertes Kundenverhalten / Digitalisierung / fortschreitende Regulierungsdichte / wettbewerbsgetriebener Margendruck.

Dank abermals großen Engagements und Umsicht von Mitarbeitenden und Vorstand konnten auch diese Herausforderungen im volatilen und sich zum Jahresende insbesondere im Immobilienbereich verschlechterten Umfeld gut bewältigt werden.

Das Geschäftsjahr 2023

- verlief volumenmäßig im Kundengeschäft und gemessen am Betriebsergebnis vor Bewertung abermals besser als erwartet. Dabei wurde die margen- und risikoorientierte Geschäftspolitik ebenso fortgesetzt wie die Anstrengungen zur Vertriebs-, Kosten-, Prozess- und Portfoliooptimierung. Als umfassendes Programm für Wachstum und Effizienzverbesserung wurden entsprechende Maßnahmen des Strategieprogramms „Naspa 4.0“ fortgeführt.

Während im Kreditgeschäft die Planrisikovorsorge von per Saldo 21 Mio. € unter Berücksichtigung des Wertaufhellungszeitraumes bis zur Abschlusserstellung deutlich überschritten wurde (Ist -30 Mio. €), war das Bewertungsergebnis des Wertpapiergeschäfts aufgrund der „Zinsdelle“ am Bilanzstichtag zuschreibungsbedingt mit rd. 19 Mio. € höher als geplant (rd. 13 Mio. €). Sämtliche Wertpapiere werden von Naspa unverändert konservativ nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Nach Wiederauffüllung / Stärkung der ohne Anrechnung auf die Eigenmittel gebildeten Vorsorgereserven um 23 Mio. € (Vj- Entnahme von 18 Mio. €) konnte ein Jahresüberschuss von 64 Mio. € (Vj. 40 Mio. €) ausgewiesen werden.

- erlaubt überschlägig eine Netto-Vermögensbildung (unter Berücksichtigung der Veränderung von stillen Reserven und Lasten) von rd. 122 (Vj. Verminderung rd. 80) Mio. €.
- zeigte insgesamt erneut zufriedenstellende wirtschaftliche Verhältnisse. Die Prüfungsstelle des SGVHT beurteilt die Vermögenslage darüber hinaus aber unverändert als noch verbesserungswürdig. Es gab abermals keine berichtspflichtigen Anlässe nach § 29 Abs. 3 KWG (= u.a. solche, die den Bestand eines Institutes gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können). Die Vermögenslage ist geordnet, die Finanzlage gibt keinen Anlass zu besonderen Feststellungen, die Mindest-Liquiditätsanforderungen wurden übertroffen, die Risikotragfähigkeit war immer gegeben.

- verlief auch im Betriebsvergleich durchaus zufriedenstellend: Die Naspa lag in Prozent der Durchschnittsbilanzsumme gemessen am
 - Betriebsergebnis vor Bewertung zwar unter dem Durchschnitt der Großsparkassen (G9) und über dem Mittelwert der hessischen Sparkassen.
 - Betriebsergebnis nach Bewertung jeweils leicht unter dem Durchschnitt der hessischen Sparkassen und dem Mittelwert der G9-Institute.

Dabei ist zu sehen, dass

- im Durchschnitt der hess. Sparkassen das Bewertungsergebnis nach dem Verlust im Vorjahr wieder positiv war dank Umkehreffekt / Zuschreibung bei den Wertpapierbeständen;
- sich die Durchschnittsbilanzsumme der Naspa trotz planmäßiger Rückführung der großvolumigen Refinanzierungsgeschäfte der EZB aus 2021 von rd. 1,4 Mrd. € im Berichtsjahr gegenüber dem Durchschnitt der SGVHT Sparkassen prozentual nur wenig vermindert hat (2023: 15,2 nach 2022:15,5 nach 2021:14,8 Mrd. € 2020:13,2 Mrd. €).

Die Zahl der **Beschäftigten** zum Jahresende 2023 betrug 1.591 (Vj. 1.557).

Gewinn- und Verlustrechnung (betriebswirtschaftliche Sicht)

	2021	2022	2023
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsüberschuss	196,7	202,8	235,0
Provisionsüberschuss	92,4	96,1	96,5
Personal-/Sachaufwand	191,1	197,5	203,9
Sonstiger ordentlicher Aufwand	2,4	2,4	3,2
Handelsergebnis	1,6	0,9	0,9
Betriebsergebnis vor Bewertung	97,2	99,9	125,2
Bewertungsergebnis	-17,5	-30,5	-34,3
Betriebsergebnis nach Bewertung	79,7	69,4	90,9
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	-23,9	-12,4	1,1
Steuern	-16,4	-17,6	28,1
Bilanzgewinn	39,4	39,4	63,9

Der **Zinsüberschuss** lag um rd. 21 Mio. € über dem Planwert und rd. 32 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Dies ist primär Folge aus der Zinsentwicklung 2023. Die Zinserträge sind stärker gestiegen als die Zinsaufwendungen. Im Wettbewerb um Einlagen wurden den Kunden wieder Produkte – marktgerecht – mit positiver Verzinsung angeboten.

Das Wachstum des Zinsüberschusses i.e.S. wird aber dadurch unterzeichnet, dass vorausschauend zu dessen Stabilisierung in den Folgejahren, Zins-Swaps vorzeitig geschlossen wurde. Dies belastete den diesjährigen Zinsüberschuss mit 43 Mio. €.

Der **Provisionsüberschuss** übertraf ebenfalls abermals die Erwartungen. Höheren Erträge im Giro- und Kartensowie im Wertpapierdienstleistungsgeschäft standen niedrigeren Erträgen aus dem Vermittlungsgeschäft gegenüber.

Der Verwaltungsaufwand lag bei unverändert stringentem Kostenmanagement, in Summe über dem Vorjahr, aber im Rahmen der Planung. Höheren Personalaufwendungen dank Einstellungen von Mitarbeitenden sowie Zahlung des ersten Teils der Inflationsausgleichsprämie standen niedriger als geplante Sachaufwendungen gegenüber. Ursächlich waren eine geringere Dotierung von Bankenabgabe und Sparkassenstützungsfonds. Investitionen in die personelle und technische Zukunftsfähigkeit der Naspa (strategische Projekte) wurden – wie auch in den Vorjahren - in gebotenem Umfang getätigt.

Bei einem Vergleich mit anderen Sparkassen ist zu berücksichtigen, dass bei der Naspa die Altersversorgungsverpflichtungen 2015 komplett ausfinanziert wurden. Systembedingt seither entstehende stille Lasten werden im Anhang veröffentlicht (insg. rd. 221 Mio. € ggü. 245 Mio. € im Vorjahr, dav. entfallen auf den Pensionsfonds 173 Mio. € nach 200 Mio. €). Der Rückgang erklärt sich auch aus biometrischen Faktoren). Dagegen hat die weit überwiegende Zahl der Sparkassen nur indirekte Zusagen auf niedrigerem Versorgungsniveau. Diese werden per (aufgrund der Rahmenbedingungen steigenden) Umlagen von zentralen Versorgungskassen abgewickelt („ZVK-Sparkassen“).

Im unerwartet leicht verschlechterten und gegenüber dem Vorjahr stark verbesserten Bewertungsergebnis gab es strukturell deutliche Verschiebungen:

- Kreditgeschäft: Bei insgesamt unverändert guter Qualität des Kreditportfolios in der Breite und besonnenem Risikomanagement auch in der Vergangenheit überstiegen die Neubildungen und Wertberichtigungsverbräuche der nach unverändert konservativen Maßstäben ermittelten laufenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft die Auflösungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen unter Einbeziehung des Wertauffhellungszeitraums ungeplant deutlich. Ursächlich sind ungünstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Vorsorge für Einzelrisiken insbesondere im Immobiliensektor. Die Risikoabschirmung lag mit 30 Mio. € deutlich über der geplanten Netto-Risikovorsorge von 21 Mio. €.

Tatsächlich verbraucht wurden Einzelwertberichtigungen / Rückstellung in Höhe von 3 (Vj. 4) Mio. €.

Die unverändert gute Qualität des Kundenkreditportfolios zeigt sich im hohen Anteil der in die DSGV-Ratingklassen 1-5 fallenden Engagements. Dieser beträgt am Stichtag der Kreditprüfung (30.08.2023) 80,9% (Vj. 80,6%) des Kreditvolumens gegenüber 76,5 (Vj. 77,1)% im Durchschnitt der hessischen Sparkassen. Die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Kreditportfolios (ohne Kredite mit Ausfallkriterium) beträgt 0,45 (Vj. 0,47)% ggü. 0,58 (Vj. 0,56)% im Durchschnitt der hessischen Sparkassen.

- Wertpapiergeschäft: Erwartungsgemäß hat sich – bedingt durch die Zinsentwicklung - das Wertpapierergebnis von -53 Mio. € im Vorjahr auf 19 Mio. € gedreht.
- Sonstige Bewertungen haben sich nach den Sondereffekten im Vorjahr (Einmalserträge aus Beteiligungsabgängen 6 Mio. €) normalisiert.

Per Saldo hat das gesamte Bewertungsergebnis der Naspa die Ertragslage deutlich weniger belastet als im Vorjahr. Die hessischen Sparkassen profitierten dagegen im Durchschnitt stärker von der Wiederaufholung ihrer drastischen Wertpapierabschreibungen 2022.

Das in Summe trotz Swap Close-Out-Zahlungen von 43 Mio. € noch deutlich bessere Ergebnis nach allen Bewertungen sowohl ggü. Vorjahr (+62 Mio. €) als auch Plan (+21 Mio. €) erlaubte es, nicht nur den im

Vorjahr aus den Vorsorgereserven nach § 340f HGB entnommenen Betrag von 18 Mio. € wieder zuzuführen, sondern darüber hinaus den ohne aufsichtsrechtliche Anrechnung auf die haftenden Eigenmittel designierten Teil der Vorsorge nach § 340f HGB um 5 Mio. € aufzustocken.

Der Umschwung des Aufwandsüberhangs in neutraler Rechnung ist wesentlich auf die handelsrechtlich erforderliche Auflösung von Rückstellungen und zinsentwicklungsbedingt geringere Aufwendungen für die Altersvorsorge zurückzuführen.

Bilanzstruktur

	2021	2022	2023
Aktiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €
- Forderungen an Kreditinstitute	653	2.359	1.552
- Forderungen an Kunden	10.033	10.363	10.377
- Wertpapiere	1.805	1.953	2.082
- Finanzanlagen	107	113	114
- Übrige Aktiva	2.439	643	596
Bilanzsumme	15.037	15.432	14.722
Passiva			
- Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	2.280	2.351	1.188
- Verbindlichkeiten ggü. Kunden	11.187	11.455	11.792
- Verbriefte Verbindlichkeiten	162	169	170
- Eigene Mittel (nach Thesaurierung)	1.286	1.326	1.390
- Übrige Passiva	122	131	182
Gesamt	15.037	15.432	14.722
Eventualverbindlichkeiten	261	269	311

Im Berichtsjahr konnte das Volumen des Kundenkreditgeschäfts insgesamt gehalten werden. Bestandsrückgängen im Geschäftsfeld Privatkunden (bei mehr als halbierten Zusagen für Wohnungsbaufinanzierungen) standen Zuwächse in den Geschäftsfeldern Firmenkunden sowie Kommunen und Institutionellen gegenüber.

Rd. 59% (Vj. 60%) der Forderungen an Kunden hatten eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren. Hierin spiegelt sich v.a. das Immobiliengeschäft und der Kundenwunsch nach langfristigen Finanzierungen im Zuge der tatsächlichen und erwarteten Zinsniveaumentwicklung wider.

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute resultiert insbesondere aus der Rückführung der Geldanlage im Rahmen der Einlagenfazilität bei der Deutschen Bundesbank.

Die Wertpapierbestände wurden unter Risiko-/Ertragsgesichtspunkten im kurz- bis mittelfristigen Laufzeitbereich sowie in Wertpapierspezial- sowie in Immobilienfonds ausgeweitet.

Die Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten haben sich durch die planmäßige Rückführung der 2021 von der Deutschen Bundesbank angebotenen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (TLTRO1) halbiert.

Das Wachstum der Verbindlichkeiten ggü. Kunden lag trotz nicht wettbewerbsaggressiver Konditionspolitik deutlich über den Erwartungen.

Von den der Naspas anvertrauten Kundengeldern sind rechtlich 8.557 Mio. € (Vj. 9.222 Mio. €) bzw. 73 (Vj. 80)% des Gesamtbestandes täglich fällig. Hierin spiegelt sich das gestiegene Zinsbewusstsein der Kunden wider.

Die sich aus den fristeninkongruenten Finanzierungen ergebenden, gem. Risikostrategie als wesentlich eingestufte Risiken (insbesondere Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiko), sind aus heutiger Sicht steuerbar durch

- abgeschlossene Zins-Swaps (Nominalwerte 6,8 Mrd. € nach 5,7 Mrd. € im Vorjahr) und
- das allen aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht werdende Risikomanagementsystem der Naspas. Nach der aufsichtlich relevanten „Zinsschock-Kennzahl“ würde eine ad-hoc Zinserhöhung um 200 Basispunkte zu einem barwertigen Eigenkapital-Verlust von 10,2% (Vj. 9,3%) führen. Dieser liegt damit deutlich unter dem (aufsichtlichen) Beobachtungswert von 20%.

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich inzwischen v.a. durch die Gewinnthesaurierungen auf 1.389,6 Mio. € (Vj. 1.325 Mio. €) erhöht.

Die bankaufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen (einschließlich des unverändert 1%igen SREP-Zuschlages) für 2023 von insgesamt 12,60 (Vj. 11,51)% werden bei einer Gesamtkennziffer von 16,5 (Vj. 16,4)% überschritten. Aufsichtlich betrachtet, also v.a. im Hinblick auf Risikotragfähigkeit und Geschäftspotential, besteht nach wie vor kein Kapitalmangel.

Historisch bedingt (im Rahmen der Rekommunalisierung in Zeiten der Gewährträgerhaftung hatte die Eigenkapitalausstattung keine große Bedeutung) ist die Eigenkapitalausstattung der Naspas im Vergleich zu den Sparkassen in Hessen nach wie vor unterdurchschnittlich und damit weiter verbesserungswürdig. Dies ist institutstypisch primär durch Innenfinanzierung / Gewinneinbehalt möglich oder durch entsprechende vornehmlich von den Trägern zu zeichnende Eigenkapitalinstrumente.

Im Zeitvergleich hat sich die Eigenkapitalausstattung der Naspas, relativ betrachtet, verbessert:

Quoten:

Per 31.12.	Naspas	Ø hess. Spk's	Δ Naspas zum Ø
Kernkapital CRR			
2017	14,52%	18,63%	-4,11%-Pkte.
2022	14,59%	17,17%	-2,58%-Pkte
2023	14,94%	17,24%	-2,30%-Pkte
Gesamtkapital CRR			
2017	16,63%	20,61	-3,98%-Pkte
2022	16,43%	18,22%	-1,79%-Pkte
2023	16,52%	18,26%	-1,74%-Pkte

Wirtschaftl. EK			
2017	17,5%	22,7%	-5,20%-Pkte
2022	17,2%	19,2%	-2,00%-Pkte
2023	18,0%	20,1%	-2,10%-Pkte

Dabei ist zu sehen, dass im wirtschaftlichen Eigenkapital die stille Einlage von 100 Mio. € vollständig berücksichtigt wird, nach CRR dagegen restlaufzeitbedingt nur noch mit 40 Mio. € (jährlich um 20 Mio. € abschmelzend) und ferner 35 Mio. € nicht gebundene Reserven nach § 340f HGB im CRR-Kapital nicht erfasst werden.

Um die Lücke beim wirtschaftlichen Eigenkapital (Δ) aufzuholen, benötigt die Naspa rechnerisch knapp 130 Mio. € Gewinneinbehalt unter der fiktiven Annahme, dass die anderen Sparkassen keine Gewinne thesaurieren würden.

Der o.g. Gewinneinbehalt ist bei der Naspa theoretisch nach der lt. Prüfungsstelle aussagefähigen Mittelfristplanung 2024 -2028 darstellbar.

Die o.g. Kennzahlen sind nicht um die Auswirkungen der unterschiedlichen Altersversorgungssysteme bereinigt (Pensionsverpflichtungen bei Naspa 2015 ausfinanziert; bei den ZVK-Sparkassen Umlageverfahren).

Die für die 2024 geplante Geschäftsentwicklung erforderlichen Eigenmittel (normative Perspektive) können, bei einem unterstellt normalen Geschäftsverlauf, aus eigener Geschäftstätigkeit erwirtschaftet werden.

Gemäß Kapitalplanung bis 2026 nebst Ausblick 2027 und 2028 werden die Eigenmittelanforderungen im Normalszenario auch unter Berücksichtigung des antizyklischen und des Kapitalerhaltungspuffers und des Systemrisikopuffers für Wohnimmobilien-besicherte Risikopositionen eingehalten (Pufferwirkung ca. 0,35% Kapitalbedarf).

Die Kapitalplanung geht vom Fortbestand der stillen Einlage (100 Mio. €) durch eine geplante Kapitalmaßnahme aus. Überlegungen / Einzelheiten werden rechtzeitig vor Auslauf der bestehenden Stillen Einlage zum 31.12.2025 erörtert.

Kennzahlen 2021 - 2023

Mio. € bzw. %	2021	2022	2023
Eigenmittel gem. CRR	1.355*	1.374*	1.413*
<i>* nach Feststellung JA</i>			
Kernkapitalquote (%)	14,0	14,6	14,9
Gesamtkennziffer (%)	16,1	16,4	16,5
Eigenkapitalrentabilität nach HGB (%)	6,6	3,4	9,6
Cost-Income-Ratio (%)	66,3	66,4	62,0**
<i>** bereinigt um Swap Close-Out Zahlungen</i>			54,7

Im Rahmen des Risikomanagements baut die Naspa auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risiko-(früh-)erkennung, zur Risikomessung und –bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur Risikokontrolle

auf. Diese Instrumente werden – nicht zuletzt auch im Rahmen bankaufsichtsrechtlicher Vorgaben – kontinuierlich weiterentwickelt und geprüft. Die Prüfungsstelle des SGVHT hat wiederum bestätigt, dass das installierte Risikotragfähigkeitskonzept nebst den Prozessen zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken den Anforderungen der MaRisk entspricht.

Demzufolge werden der Verwaltungsrat und sein Kredit- und Risikoausschuss mindestens vierteljährlich über die Risikosituation schriftlich informiert. Ferner werden mit dem Verwaltungsrat die Geschäfts- und die Risikostrategie erörtert.

Die angemessene Vorsorge für akute, latente Risiken und allgemeine Bankrisiken (im Sinne von §§ 340f und g HGB) im Kundenkreditgeschäft ist volumenbedingt gemessen an der Vorsorgequote, bei unverändert konservativer Vorsorgepolitik, etwas gestiegen:

Mio. € bzw. %	2021	2022	2023
Kundenkreditvolumen (nach Risikovorsorge)	10.347	10.689	10.747
Bestand EWB und Rückstellungen	38	36	60
Bestand PWB	14	12	15
Vorsorge gem. §§ 340 f und g HGB	242	224	247
„Vorsorgequote insg. (%)“	2,8	2,5	3,0

Die Prüfungsstelle des SGVHT beurteilt die Risikotragfähigkeit der Naspa als gegeben. Weitere Einzelheiten zum Risikomanagement finden sich auch im Risikobericht des Lageberichts der Naspa.

Die Prüfung des Jahresabschlusses durch die Prüfungsstelle des SGVHT hat zu keinen Einwendungen geführt. Da uneingeschränkte Testat wurde unter dem 28. März 2024 erteilt.

Prognosebericht

Für das Jahr 2024 rechnet die Naspa ggü. Vorjahr mit

- einem Zinsüberschuss von 221 Mio. € (Ist 2023: 235 Mio. €).

Bereinigt um den

- ergebnisbelastenden Swap-Effekt in 2023 ergibt sich überschlägig ein Rückgang um beachtliche rd. 58 Mio. €.
- auch hieraus resultierenden ergebnisverbessernden Swap-Effekt in 2024 von rd. 15 Mio. €.

summiert der gesamte geplante Rückgang auf rechnerisch rd. 70 Mio. €.

- einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 101 Mio. € (Ist 2023: 125 Mio. €),
- einem planerischen Bewertungsbedarf von 20 Mio. € (Ist 2023: 34 Mio. €),
- einem Jahresüberschuss von 47 Mio. € (Ist 2023: 64 Mio. €),

- einer Verschlechterung der Cost-Income-Ratio auf 67,8% (Ist 2023: 62,0%). Damit würde abermals die strategische Zielgröße von $\leq 70\%$ eingehalten.

Die aktuelle Hochrechnung nach Abschluss des ertragsmäßig erfreulichen ersten Quartals 2024 lässt einen höheren als den geplanten Jahresüberschuss erwarten.

Volumenseitig sind die Bremsspuren der von der EZB eingeleiteten Zinswende insbesondere im Bereich Immobilienfinanzierungen bereits deutlich sichtbar.

Gesamtbeurteilung

Der Naspa ist es in den letzten Jahren gelungen,

- die wirtschaftlichen Verhältnisse auf einem auch lt. Prüfungsstelle insgesamt zufriedenstellenden Niveau zu halten – v.a. dank guter Ertragslage insbesondere im laufenden Kundengeschäft und trotz zuletzt Einzelfall-bedingt höher als geplanter Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei überdurchschnittlich guter Qualität des Kreditportfolios.
- externe, durch Marktzinsveränderungen ausgelöste, damit vom Management nicht steuerbare Ergebnisschwankungen in der Altersversorgung durch deren – im Rahmen des rechtlich Möglichen – Ausfinanzierung aus den Jahresabschlüssen zu minimieren.
- Leistungskennzahlen zu erreichen, die 2023 nicht dramatisch schlechter waren als im Durchschnitt der – strukturell am ehesten vergleichbaren – Großsparkassen.
- das Eigenkapital durch Stärkung der Vorsorgen für Bankrisiken nach § 340f und § 340g HGB sowie Theaurierung der Bilanzgewinne zu stärken und somit auch in aufsichtlicher Betrachtung einen Risikopuffer z.B. mit Blick auf Basel IV aufzubauen. Gleichwohl ist die Eigenkapitalausstattung im Vergleich zum Durchschnitt der hessischen Sparkassen bekanntlich noch unterdurchschnittlich.

Trotz unverändert materieller Risiken für die künftige Geschäfts- und Ertragsentwicklung angesichts schleppender Konjunktorentwicklung, sich erst allmählich dem mittelfristigen EZB-Zielbild nähernder Inflationsraten, hoher Etatdefizite und geopolitischer Unwägbarkeiten bestehen geschäftsstrategische Chancen nicht zuletzt in der Begleitung des Transformationsprozesses der Kunden in Richtung zu mehr Nachhaltigkeit. Geschäftschancen ergeben sich aufgrund der Zinswende insbesondere bei der Förderung des Sparens und der Vermögensbildung unserer Kunden.

Vorstand und Gremien beobachten und begleiten die Entwicklung zeitnah und eng, u.a. anhand der krisenunabhängig ohnehin regelmäßig erstellten Risiko- und Ergebnis-(hoch-)rechnungen.

Vor diesem Hintergrund, dem guten Jahresstart und der vorhandenen – wenn auch etwas knappen - Risikovorsorgepuffer im Vergleich zu den hessischen Sparkassen sowie dem Sicherungssystem der Sparkassenorganisation als weitere „Brandmauern“, sehen wir derzeit auf Basis der vorliegenden Informationen keine Risiken für die Gewährträger.

Die Verzinsung der bis 31.12.2025 laufenden stillen Einlage über insgesamt 100 Mio. € erscheint gesichert; deren Fortbestand durch eine auch im Trägerkreis noch zu erörternde geplante Kapitalmaßnahme ist seitens der Naspa im Rahmen der Kapitalplanung unterstellt.

1. DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH und Konzern

Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Baden-Württemberg e.V.		44.146.828 €	= 38,39 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Hessen e.V.		22.213.424 €	= 19,32 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Badisches Rotes Kreuz e.V.		18.920.048 €	= 16,45 %
Stadt Frankfurt am Main		8.885.496 €	= 7,73 %
Gesundheit Nordhessen Holding AG		8.885.496 €	= 7,73 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Sachsen e.V.		5.687.013 €	= 4,95 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Brandenburg e.V.		3.305.463 €	= 2,87 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Schleswig-Holstein e.V.		2.838.432 €	= 2,47 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Hamburg e.V.		117.800 €	= 0,10 %
		115.000.000 €	= 100,00 %
Geschäftsführung:			
Herr Dr. Peter Mein			
Herr Dipl.-Wirtsch.-Ing. Wolfgang Rüstig			
Herr Prof. Dr. Torsten Tonn			
Aufsichtsrat:		12 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau Barbara Bosch	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Thomas Börner (AN)	
		Herr Thomas Christoph (AN)	
		Herr Harald Geipel	
		Herr Dr. Frank W. Hülsenbeck	
		Herr Dr. Sixten Körper (AN)	
		Frau Sieglinde Ristau-Müller-Nestler (AN)	
		Herr BM a. D. Norbert Södler	
		Herr Axel Strunk	
		Herr André Urmann (AN)	
		Herr Leonard von Hammerstein	
		Frau Kirsten Welle (AN)	
Geschlechterquoten:			
Anteil Frauen Aufsichtsrat:			
25,00 % bezogen auf AR gesamt			
Beteiligungen:		Kapitalanteile:	
Klinik Dr. Becker gGmbH		500.000 €	= 100,00 %
Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gGmbH, Ulm		26.000 €	= 100,00 %
DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gGmbH, Dresden		46.921.568 €	= 99,83 %
Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immungenetik Ulm gGmbH		2.253.000 €	= 75,10 %
Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH		1.126.500 €	= 75,10 %
Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH		187.750 €	= 75,10 %
ZIT - Zentralinstitut für Transfusionsmedizin GmbH		75.175 €	= 75,10 %

A. Allgemeines

Zum 31.12.2022 ist Herr Prof. Dr. Seyfried als medizinischer Geschäftsführer aus dem Konzern ausgeschieden. Seine Nachfolge als medizinischer Geschäftsführer hat Herr Prof. Dr. med. Tonn angetreten. Er wurde vom Aufsichtsrat zum 01.09.2023 bestellt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Einzelabschluss der gGmbH

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Eigenkapitalquote ist marginal um 0,2 %-Punkte auf 60,0 % gesunken. Die Eigenkapitalrentabilität ist aber von 3,0 % auf 9,0 % gestiegen.

Die Umsatzerlöse sind insbesondere durch den Plasmabestandsabbau gestiegen, was gleichzeitig bedeutet, dass der Anteil der Materialkosten an der Gesamtleistung rückläufig war. Der Anteil der Abschreibungen an den Gesamtleistungen ist gesunken, ebenso wie der Anteil der sonstigen betrieblichen Aufwendungen an den Gesamtkosten. Der Anteil der Personal- und Sozialkosten an der Gesamtleistung ist wegen den Tarifverhandlungen gestiegen. Dies führte insgesamt zu einem deutlich über Vorjahr und Plan liegenden Ergebnis.

Konzernabschluss

Im laufenden Jahr wurde die ZIT – Zentralinstitut für Transfusionsmedizin Hamburg GmbH erstmalig im Konzern integriert. Wie im Einzelabschluss ist auch im Konzernabschluss die Bilanzsumme gestiegen. Die Eigenkapitalquote ist von 76,0 % auf 74,5 % gesunken. Der Konzernjahresüberschuss vor Gewinnverwendung hat sich aufgrund der stark positiven Umsatzsteigerung und aufgrund der unterproportionalen Kostensteigerungen sehr positiv entwickelt und liegt über dem des Vorjahres und über den geplanten Erwartungen, bei dem von einem operativen Ergebnismrückgang ausgegangen worden war.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

• Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der DRK BSD handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

• Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

www.blutspende.de

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
 DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	127.856	134.020	-6.164	-4,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	696	369	327	88,4
Sachanlagen	60.751	61.501	-750	-1,2
Finanzanlagen	66.409	72.150	-5.741	-8,0
Umlaufvermögen	239.726	199.350	40.377	20,3
Vorräte	12.065	19.435	-7.370	-37,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	20.272	17.698	2.574	14,5
Wertpapiere	155.101	138.250	16.851	12,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	52.288	23.966	28.321	118,2
Rechnungsabgrenzungsposten	673	541	132	24,5
Bilanzsumme	368.256	333.911	34.345	10,3
PASSIVA				
Eigenkapital	220.968	201.005	19.963	9,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	115.000	115.000	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	105.962	86.002	19.960	23,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	6	3	3	78,4
Rückstellungen	14.771	10.615	4.156	39,2
Verbindlichkeiten	132.517	122.290	10.226	8,4
Bilanzsumme	368.256	333.911	34.345	10,3
Gewinn- und Verlustrechnung				
	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	193.088	171.739	21.349	12,4
Bestandsänderung UE / FE	-7.595	4.238	-11.833	-279,2
Gesamtleistung	185.493	175.977	9.516	5,4
sonstige betriebliche Erträge	10.610	10.280	330	3,2
Materialaufw and	-54.825	-53.296	-1.529	2,9
Personalaufw and	-72.917	-68.108	-4.809	7,1
Abschreibungen	-7.947	-7.664	-283	3,7
sonstige betriebliche Aufw endungen	-40.971	-50.725	9.754	-19,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	19.444	6.464	12.979	200,8
Finanzergebnis	1.119	388	731	188,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	20.563	6.852	13.711	200,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-600	-910	310	-34,0
Ergebnis nach Steuern	19.963	5.943	14.020	235,9
Sonstige Steuern	-0	-0	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	19.963	5.942	14.020	235,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	19.963	5.942	14.020	235,9
Gew inn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	3	1	2	271,7
Einstellungen in die Gew innrücklagen	-19.960	-5.940	-14.020	236,0
Bilanzergebnis	6	3	3	78,4
Kennzahlen				
	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	1.218	1.230	-12	-1,0

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
 DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	161.469	167.530	-6.060	-3,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.054	3.979	2.075	52,2
Sachanlagen	110.985	109.659	1.326	1,2
Finanzanlagen	44.430	53.892	-9.461	-17,6
Umlaufvermögen	285.392	237.459	47.933	20,2
Vorräte	25.291	34.095	-8.805	-25,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	48.437	39.680	8.757	22,1
Wertpapiere	155.101	138.250	16.851	12,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	56.563	25.434	31.129	122,4
Rechnungsabgrenzungsposten	1.163	889	274	30,8
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	739	835	-97	-11,6
Bilanzsumme	448.763	406.713	42.050	10,3
PASSIVA				
Eigenkapital	334.332	309.195	25.137	8,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	115.000	115.000	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	211.895	183.938	27.957	15,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	3.337	6.039	-2.702	-44,7
Anteile anderer Gesellschafter	4.101	4.219	-119	-2,8
Rückstellungen	68.423	62.000	6.423	10,4
Verbindlichkeiten	45.652	35.021	10.631	30,4
Rechnungsabgrenzungsposten	355	497	-142	-28,5
Bilanzsumme	448.763	406.713	42.050	10,3

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	389.993	343.643	46.350	13,5
Bestandsveränderung UE/ FE	-8.847	5.522	-14.369	-260,2
Gesamtleistung	381.146	349.165	31.981	9,2
sonstige betriebliche Erträge	16.885	18.090	-1.205	-6,7
Materialaufw and	-127.825	-120.152	-7.674	6,4
Personalaufw and	-156.714	-139.841	-16.873	12,1
Abschreibungen	-17.408	-14.901	-2.507	16,8
sonstige betriebliche Aufw endungen	-73.509	-78.703	5.194	-6,6
Betriebsergebnis	22.574	13.657	8.916	65,3
Finanzergebnis	4.095	1.005	3.090	307,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	26.669	14.663	12.006	81,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.522	-1.457	-65	4,5
Ergebnis nach Steuern	25.147	13.205	11.941	90,4
Sonstige Steuern	-10	-0	-9	2.374,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	25.137	13.205	11.932	90,4
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-82	-192	110	-57,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	25.055	13.013	12.042	92,5
Gew inn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	6.039	7.284	-1.246	-17,1
Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	201	-	201	-
Einstellungen in die Gew innrücklagen	-27.957	-14.258	-13.699	96,1
Bilanzergebnis	3.337	6.039	-2.702	-44,7
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	2.820	2.829	-9	-0,3

2. House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH

Gründung: 29.06.2010	Unternehmensgegenstand: Unterstützung der Entwicklung der Logistik und Mobilitätswirtschaft, die Förderung und Erhaltung von vorhandenen Logistik- und Mobilitätspotentialen, die Verfügbarmachung von Räumen für Hochschulen und Unternehmen für die Zwecke von Lehre, Forschung, Transfer und Weiterbildung im Bereich Logistik und Mobilität durch den Aufbau und Betrieb eines interdisziplinären Forschungs- und Entwicklungs- sowie Bildungs- und Wissenstransferzentrums für Logistik und Mobilität.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Land Hessen	173.000 € = 86,50 %
Stadt Frankfurt am Main	25.000 € = 12,50 %
HOLM (House of Logistics and Mobility) e. V.	2.000 € = 1,00 %
	200.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung:	
Herr Michael Kadow	
Aufsichtsrat: 6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Staatssekr Jens Deutschendorf
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Wolfgang Siefert
	Frau StRin Stephanie Wüst
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Staatssekrin Ayse Asar
	Herr Prof. Knut Ringat
	Herr Staatssekr Dr. Martin Worms
Geschlechterquoten:	
Anteil Frauen Aufsichtsrat:	
50,00 % bezogen auf städt. Mandate	
33,30 % bezogen auf AR gesamt	

A. Allgemeines

Die House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH erbringt Dienstleistungen im Bereich kommunikative Vernetzung und stellt ein Bindeglied für den Informations- und Wissensaustausch zwischen Unternehmen und Forschungsinstitutionen dar. Ihre Leistungen stützen sich auf die vier Säulen „Vermietungs- und Gebäudeverwaltung“, „Veranstaltungsmanagement“, „Innovations- und Netzwerkmanagement“ sowie „hybrides Kommunikationsmanagement“.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2023 entsprach im Ergebnis nahezu dem Vorjahresniveau. Neben gestiegenem Aufwand für Personal und Material stiegen auch die Umsatzerlöse, wodurch die zusätzlichen Kosten kompensiert wurden. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2022, in dem die Auswirkungen der Pandemie noch deutlich spürbar waren, war der operative Geschäftsverlauf im Jahr 2023 ganzjährig nicht davon beeinflusst. Dies zeigte sich vor allem im Veranstaltungsmanagement, welches nahezu das Vor-Corona-Niveau erreichen konnte. Belastend wirkte sich im Geschäftsjahr 2023 dagegen die hohe Inflationsrate aus, was sich vorwiegend im Personalbereich zeigte. Der Bereich Vermietung war weiterhin stabil und wies bezogen auf die maximal vermietbaren Flächen eine durchschnittliche Auslastung von über 95 Prozent auf, wenngleich sich ein Trend zur Verkleinerung von Büroflächen abzeichnet, was die Erarbeitung neuer Mietkonzepte erforderlich macht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2023 Betriebsmittel von 200 T € zur Verfügung. Hiervon sind bis zum Jahresende Auszahlungen von 196 T € erfolgt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

[HOLM | Entwicklungs- & Vernetzungsplattform für Logistik & Mobilität \(frankfurt-holm.de\)](https://www.frankfurt-holm.de)

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
 House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	67.521	69.420	-1.899	-2,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	57	42	14	34,3
Sachanlagen	67.464	69.377	-1.913	-2,8
Umlaufvermögen	2.862	2.813	49	1,8
Vorräte	369	682	-313	-45,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	419	169	250	147,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.074	1.962	112	5,7
Rechnungsabgrenzungsposten	58	45	12	27,5
Bilanzsumme	70.441	72.278	-1.837	-2,5
PASSIVA				
Eigenkapital	1.783	1.815	-32	-1,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Kapitalrücklage	4.164	4.115	49	1,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-2.581	-2.500	-81	3,2
Rückstellungen	107	129	-23	-17,4
Verbindlichkeiten	68.295	70.021	-1.726	-2,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	67.332	69.090	-1.758	-2,5
Rechnungsabgrenzungsposten	257	313	-57	-18,1
Bilanzsumme	70.441	72.278	-1.837	-2,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	7.038	6.096	942	15,5
Bestandsänderung UE / FE	-313	93	-406	-435,2
Gesamtleistung	6.725	6.189	536	8,7
sonstige betriebliche Erträge	61	66	-5	-7,5
Materialaufw and	-1.956	-1.610	-346	21,5
Personalaufw and	-2.780	-2.697	-83	3,1
Abschreibungen	-2.272	-2.249	-23	1,0
sonstige betriebliche Aufw endungen	-1.003	-809	-194	24,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.224	-1.109	-115	10,3
Finanzergebnis	-1.342	-1.376	34	-2,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-2.566	-2.485	-81	3,3
Ergebnis nach Steuern	-2.566	-2.485	-81	3,3
Sonstige Steuern	-15	-15	0	-0,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2.581	-2.500	-81	3,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.581	-2.500	-81	3,2
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	42	39	3	7,7

3. Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH

Gründung: 21.12.2005	Unternehmensgegenstand: Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	6.000 € = 16,93 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	2.800 € = 7,90 %
Landkreis Offenbach	2.800 € = 7,90 %
Stadt Wiesbaden	2.800 € = 7,90 %
Eigener Anteil	1.800 € = 5,08 %
Landkreis Groß-Gerau	1.700 € = 4,80 %
Landkreis Main-Taunus	1.700 € = 4,80 %
Landkreis Hochtaunus	1.600 € = 4,51 %
Landkreis Wetterau	1.500 € = 4,23 %
Landkreis Rheingau-Taunus	1.450 € = 4,09 %
Stadt Darmstadt	1.300 € = 3,67 %
Stadt Offenbach am Main	1.100 € = 3,10 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	1.000 € = 2,82 %
Stadt Hanau	800 € = 2,26 %
Stadt Aschaffenburg	600 € = 1,69 %
Stadt Rüsselsheim	550 € = 1,55 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	500 € = 1,41 %
Stadt Dreieich	400 € = 1,13 %
Stadt Maintal	350 € = 0,99 %
Stadt Bad Vilbel	300 € = 0,85 %
Stadt Langen	300 € = 0,85 %
Stadt Friedberg	250 € = 0,71 %
Stadt Friedrichsdorf	250 € = 0,71 %
Stadt Bingen	250 € = 0,71 %
Stadt Ingelheim	250 € = 0,71 %
Stadt Alzenau	200 € = 0,56 %
Stadt Eschborn	200 € = 0,56 %
Stadt Hattersheim	200 € = 0,56 %
Stadt Seligenstadt	200 € = 0,56 %
Stadt Büdingen	200 € = 0,56 %
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	150 € = 0,42 %
Stadt Kelsterbach	150 € = 0,42 %
Stadt Kronberg	150 € = 0,42 %
Stadt Raunheim	150 € = 0,42 %
Gemeinde Bischofsheim	150 € = 0,42 %
Stadt Eltville	150 € = 0,42 %

Markt Großostheim	150 € = 0,42 %
Stadt Erlensee	150 € = 0,42 %
Stadt Michelstadt (Odenwaldkreis)	150 € = 0,42 %
Gemeinde Niederdorfelden	100 € = 0,28 %
Stadt Miltenberg	100 € = 0,28 %
Gemeinde Wölfersheim	100 € = 0,28 %
Stadt Geisenheim	100 € = 0,28 %
Stadt Ortenberg	100 € = 0,28 %
Stadt Bad Orb	100 € = 0,28 %
Stadt Wächtersbach	100 € = 0,28 %
Gemeinde Brachtal	50 € = 0,14 %
	35.450 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Dr. Jennifer John
 Frau Sabine von Bebenburg

Aufsichtsrat:

20 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Frau StRin Dr. Ina Hartwig

Mandatsträger der Stadt:

Frau StRin Dr. Ina Hartwig

Herr StR Dr. Bernd Heidenreich

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

- Herr BM Dirk Antkowiak
- Herr Jörg Fabig
- Frau StRin Irina Gerybadze-Haesen
- Herr BM Dennis Grieser
- Herr OB Claus Kaminsky
- Herr LRat Frank Kilian
- Herr Joachim Kolbe
- Herr KrBg Wolfgang Kollmeier
- Herr Erster Bg Rouven Kötter
- Herr LRat Ulrich Krebs
- Herr OB Jochen Partsch
- Herr LRat Oliver Quilling
- Herr LRat Klaus Peter Schellhaas
- Herr OB Dr. Felix Schw enke
- Herr Erster StR Karl-Heinz Spengler
- Herr BM Dr. Thomas Stöhr
- Herr LRat Jan Weckler
- Herr LRat Thomas Will

Geschlechterquoten:

Anteil Frauen Aufsichtsrat:

50,00 % bezogen auf städt. Mandate
 10,00 % bezogen auf AR gesamt

A. Allgemeines

Zum 31.12.2023 ist die Geschäftsführerin Frau Sabine Bebenburg aus der Gesellschaft ausgeschieden. Ihre Nachfolge übernimmt Frau Dr. Jennifer John. Sie wurde zum 01.12.2023 als neue Geschäftsführerin bestellt. Die Stadt Lorch und die Gemeinde Glauburg sind zum 31.12.2023 als Gesellschafterinnen ausgetreten. Neu

hinzugekommen ist die Stadt Wiesbaden. Sie hat zum 01.12.2023 einen Anteil in Höhe von 2.800 € an der Gesellschaft erworben.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Ertragslage stellte sich das zweite Jahr in Folge negativ dar. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus gestiegenen Kosten für Personal sowie für Druck und Gestaltung und folgt steuerlichen Anforderungen, welche sich aus der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft ergaben.

Die Gesellschaft hat ihre Öffentlichkeitsarbeit im Geschäftsjahr 2023 vermehrt in den digitalen Bereich verlegt. Hierzu gehörten die Neugestaltung der eigenen Website sowie die Erhöhung der eigenen Präsenz in den sozialen Netzwerken. Im Vordergrund standen dabei eine verbesserte Zugänglichkeit von Informationen, die Erhöhung der eigenen Reichweite und die Einsparung von Druckprodukten. Zudem hat die Gesellschaft ihr Leistungsangebot angepasst und erweitert. Der daraus resultierende Mehraufwand hat im Geschäftsjahr 2023 zu Stundenaufstockungen und somit zu höheren Personalkosten geführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der Kulturregion handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

Die Gesellschafter tragen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft durch Beiträge von 0,12 € pro Einwohner:innen und Jahr bei. Im Jahr 2023 belief sich der Beitrag der Stadt Frankfurt am Main auf 91 T€.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

www.krfrm.de

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
 Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	245	9	236	2.501,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	38	9	28	298,7
Sachanlagen	3	0	3	35.187,5
Finanzanlagen	205	0	205	-
Umlaufvermögen	206	596	-391	-65,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	120	67	53	79,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	85	529	-444	-83,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0,0
Bilanzsumme	451	606	-155	-25,5
PASSIVA				
Eigenkapital	375	535	-161	-30,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	35	35	0	0,0
abzüglich eigene Anteile	2	5	-3	-60,0
Kapitalrücklage	126	126	0	0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	379	389	-10	-2,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-163	-10	-154	1.575,7
Rückstellungen	11	14	-3	-23,3
Verbindlichkeiten	47	51	-4	-7,3
Rechnungsabgrenzungsposten	18	5	13	260,0
Bilanzsumme	451	606	-155	-25,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.013	895	117	13,1
Gesamtleistung	1.013	895	117	13,1
sonstige betriebliche Erträge	2	3	-1	-24,2
Materialaufw and	-224	-209	-15	7,0
Personalaufw and	-603	-426	-178	41,7
Abschreibungen	-2	-3	1	-37,2
sonstige betriebliche Aufw endungen	-350	-270	-80	29,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-165	-10	-155	1.587,4
Finanzergebnis	1	0	1	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-163	-10	-154	1.575,7
Ergebnis nach Steuern	-163	-10	-154	1.575,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-163	-10	-154	1.575,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-163	-10	-154	1.575,7
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	15	12	3	25,0

4. Regionalpark Ballungsraum RheinMain gemeinnützige GmbH

Gründung: 15.07.2003	Unternehmensgegenstand: Förderung des Projekts "Regionalpark RheinMain" durch die Beschaffung und Organisation von Finanzmitteln sowie deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, Koordination und Steuerung der Projekte im Sinne einer übergeordneten regionalen Planung und die Definition von Gestaltungsstandards.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	12.500 € = 6,67 %
Land Hessen	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Groß-Gerau	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Hochtaunus	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Main-Kinzig	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Main-Taunus	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Offenbach	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Rheingau-Taunus	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Wetterau	12.500 € = 6,67 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	12.500 € = 6,67 %
Stadt Hanau	12.500 € = 6,67 %
Stadt Offenbach am Main	12.500 € = 6,67 %
Stadt Rüsselsheim	12.500 € = 6,67 %
Stadt Wiesbaden	12.500 € = 6,67 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	12.500 € = 6,67 %
	187.500 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Kjell Schmidt
--

Aufsichtsrat:	15 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Erste KrBg Claudia Jäger
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr KrBg Hansjörg Bathke
	Herr MinR Matthias Bergmeier
	Herr LRat Michael Cyriax
	Herr Verb.dir. Thomas Horn
	Herr BM Dr. Oliver Jedynak
	Herr StR Andreas Kowol
	Herr StR Nils Kraft
	Herr StR Thomas Morlock
	Herr Erster KrBg Thorsten Schorr
	Frau Erste KrBg Susanne Simmler
	Herr KrBg Matthias Walther
	Herr StR Paul-Gerhard Weiß
	Herr LRat Thomas Will

Geschlechterquoten: Anteil Frauen Aufsichtsrat: 100,00 % bezogen auf städt. Mandate 20,00 % bezogen auf AR gesamt

A. Allgemeines

Der Geschäftszweck der Gesellschaft ist die Förderung des Projekts Regionalpark RheinMain in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Landkreisen, dem Regionalverband und dem Land Hessen. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Im abgebildeten Geschäftsjahr 2023 wurden 14 Einzelprojekte gefördert. Zu den Projekten zählen u. a.: Entree Mainhafen Kostheim, Gundhof Mörfelden-Walldorf, Sitzstufen am Main in Wiesbaden, Alter Flugplatz Bonames und Spielpark Hochheim.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Auf der Aktivseite dominierten die liquiden Mittel; auf der Passivseite das Eigenkapital. Dieses machte 52,9 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Das Geschäftsjahr schloss mit einem leichten Jahresfehlbetrag ab (Vj. Jahresüberschuss). Das Jahresergebnis hat sich somit vermindert. Die Ergebnisveränderung resultierte im Wesentlichen aus höheren Aufwendungen für die Projektförderung im Geschäftsjahr 2023. Hierbei sind insbesondere die Aufwendungen für die Förderung von Einzelprojekten erheblich gestiegen.

Die Erlöse enthielten Zuschüsse der Gesellschafter, den Betriebskostenzuschuss des Landes Hessen, den Projektkostenzuschuss des Regionalverbands RheinMain und Sponsoren-Projektkostenzuschüsse.

Neben der Förderung von 14 (Vj. 13) Einzelprojekten wurden projektübergreifende Förderungen vorgenommen. Die Erhöhung ist unter anderem auf die Durchführung von Kooperationsprojekten und der gesteigerten Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen.

Durch die in den letzten Jahren aufgebauten Rücklagen wird es der Gesellschaft möglich sein, auf Krisen zu reagieren und auch die in Planung befindlichen Projekte zu finanzieren.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

• Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

• Beziehungen zum Haushalt

Gemäß § 7 Absatz 1 der Satzung wurde in 2023 als Gesellschafterbeitrag ein jährlicher Zuschuss von 100 T€ an die Gesellschaft gezahlt.

• Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

www.regionalpark-rheinmain.de

**Jahresabschluss zum 31.12.2023 der
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	252	253	-1	-0,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	-0	-33,0
Sachanlagen	251	253	-1	-0,5
Umlaufvermögen	3.622	3.155	467	14,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9	10	-0	-4,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	3.613	3.145	468	14,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0	4	-4	-
Bilanzsumme	3.874	3.412	462	13,5
PASSIVA				
Eigenkapital	2.050	2.095	-45	-2,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	188	188	0	0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	1.907	1.361	546	40,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-45	546	-591	-108,2
Rückstellungen	1.807	1.303	504	38,7
Verbindlichkeiten	17	14	2	15,4
Bilanzsumme	3.874	3.412	462	13,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.396	2.397	-1	-0,1
Gesamtleistung	2.396	2.397	-1	-0,1
sonstige betriebliche Erträge	41	96	-55	-57,1
Materialaufw and	-1.533	-961	-572	59,5
Personalaufw and	-706	-697	-9	1,2
Abschreibungen	-61	-72	10	-14,5
sonstige betriebliche Aufw endungen	-205	-217	12	-5,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-69	546	-615	-112,6
Finanzergebnis	24	0	24	49.224,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-45	546	-591	-108,2
Ergebnis nach Steuern	-45	546	-591	-108,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-45	546	-591	-108,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-45	546	-591	-108,2
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	14	11	3	27,3

5. Regionalpark Rhein-Main Süd-West gGmbH

Gründung: 27.05.1998	Unternehmensgegenstand: Realisierung des Regionalparks Rhein-Main im Gebiet des Planungsverbandes BallungsraumFrankfurt/Rhein-Main
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Regionalverband FrankfurtRheinMain	10.400 € = 11,76 %
Stadt Frankfurt am Main	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Egelsbach	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Nauheim	5.200 € = 5,88 %
Stadt Dreieich	5.200 € = 5,88 %
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	5.200 € = 5,88 %
Stadt Kelsterbach	5.200 € = 5,88 %
Stadt Langen	5.200 € = 5,88 %
Stadt Mörfelden-Walldorf	5.200 € = 5,88 %
Stadt Neu-Isenburg	5.200 € = 5,88 %
Stadt Raunheim	5.200 € = 5,88 %
Stadt Rüsselsheim	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Bischofsheim	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Trebur	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Büttelborn	5.200 € = 5,88 %
Stadt Groß-Gerau	5.200 € = 5,88 %
	88.400 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Manfred Ockel

Herr Klaus Wichert

Aufsichtsrat:

17 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr Erster Bg Rouven Kötter

Mandatsträger der Stadt:

Frau StRin Rosemarie Heilig

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

Herr BM Martin Burlon

Herr BM Jochen Engel

Frau BM Lisa Gößwein

Herr BM Dirk Gene Hagelstein

Herr Verb.dir. Thomas Horn

Herr Roland Kappes

Herr StR Nils Kraft

Herr StR Kurt Linnert

Herr BM Marcus Merkel

Herr BM David Rendel

Herr BM Thorsten Siehr

Herr BM Erhard Walther

Herr BM Jan Werner

Herr BM Tobias Wilbrand

Herr BM Thomas Winkler

Geschlechterquoten:

Anteil Frauen Aufsichtsrat:

100,00 % bezogen auf städt. Mandate

17,65 % bezogen auf AR gesamt

A. Allgemeines

Die langfristige Entwicklung der Gesellschaft, d. h. die weitere Durchführung gesellschaftsvertraglich fixierter Aufgaben, wird wesentlich vom Umfang der Zuwendungen privater Dritter beeinflusst. Die zukünftige Finanzierung ist laut Geschäftsführung trotzdem gesichert.

Der entwickelte Rahmenplan zum Regionalpark Routennetz wird hier ständig fortgeschrieben. Das Netz der Gesellschafter verknüpft im engeren Umfeld des Flughafens die Freiflächen zwischen den Kommunen und schließt auch den südlichen Abschnitt des GrünGürtels Frankfurt in Schwanheim sowie den Frankfurter Stadtwald mit ein.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2022

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der testierte Jahresabschluss 2023 noch nicht vor. Daher erfolgt eine Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das Eigenkapital machte 11,3 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss erzielen. Dieser hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der gestiegenen Betriebsaufwendungen verringert.

Die Bestandsveränderungen betrafen ausschließlich den Raddirektweg Frankfurt am Main – Darmstadt, ebenso die Aufwendungen für bezogene Leistungen. Der größte Posten der Projektkosten betraf die „Opelvillen“, die restlichen Kosten verteilten sich auf weitere sechs Projekte.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Beziehungen zum Haushalt**

2022 wurden als Gesellschafterbeitrag Leistungen von 15 T€ von der Stadt Frankfurt am Main gezahlt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Für weitere Informationen wird auf folgende Internetseite verwiesen:

www.regionalpark-rheinmain.de

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Regionalpark Rhein-Main Süd-West gGmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	3.798	4.399	-601	-13,7
Sachanlagen	3.798	4.399	-601	-13,7
Umlaufvermögen	10.939	8.872	2.067	23,3
Vorräte	10.609	8.250	2.359	28,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	330	622	-292	-46,9
Bilanzsumme	14.738	13.272	1.466	11,0
PASSIVA				
Eigenkapital	1.659	1.641	18	1,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	88	88	0	0,0
Gew innrücklagen / variables Kapital	1.413	1.413	0	0,0
Gew innvortrag / Verlustvortrag	139	0	139	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	18	139	-121	-86,9
Sonderposten	3.007	3.612	-605	-16,8
Rückstellungen	20	20	0	0,0
Verbindlichkeiten	10.052	7.999	2.053	25,7
Bilanzsumme	14.738	13.272	1.466	11,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Bestandsänderung UE / FE	2.359	2.018	341	16,9
Gesamtleistung	2.359	2.018	341	16,9
sonstige betriebliche Erträge	944	915	30	3,3
Materialaufw and	-2.342	-2.018	-325	16,1
Abschreibungen	-605	-640	34	-5,4
sonstige betriebliche Aufw endungen	-338	-136	-202	148,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	18	139	-121	-86,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	18	139	-121	-86,9
Ergebnis nach Steuern	18	139	-121	-86,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	18	139	-121	-86,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	18	139	-121	-86,9
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

6. Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH

Gründung: 22.03.2001	Unternehmensgegenstand: Realisierung des Regionalparks RheinMain im Gebiet der Städte, die Gesellschafter sind.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	25.000 € = 10,00 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	25.000 € = 10,00 %
Stadt Eschborn	25.000 € = 10,00 %
Stadt Friedrichsdorf	25.000 € = 10,00 %
Stadt Kronberg	25.000 € = 10,00 %
Stadt Oberursel	25.000 € = 10,00 %
Stadt Schw albach	25.000 € = 10,00 %
Stadt Steinbach	25.000 € = 10,00 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	25.000 € = 10,00 %
Stadt Königstein	25.000 € = 10,00 %
	250.000 € = 100,00 %
Aufsichtsrat:	10 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Alexander Hetjes
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr BM Steffen Bonk
	Frau Stv Bärbel Grade
	Herr BM Leonhard Helm
	Herr Verb.dir. Thomas Horn
	Herr BM Alexander Immisch
	Herr BM Lars Keitel
	Frau BM Antje Runge
	Herr Erster StR Heiko Wolf
Geschlechterquoten:	
Anteil Frauen Aufsichtsrat:	
100,00 % bezogen auf städt. Mandate	
30;00 % bezogen auf AR gesamt	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Die Entwicklung der Gesellschaft und der Umfang der Realisierung von Projekten hängen von den Nebenleistungen der Gesellschafter und der Gewährung von Zuschüssen ab. Die Realisierung der Projekte dient insbesondere den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Zu den im Jahr 2022 durchgeführten Projekten zählen u. a. die „Wanderbienen am Taunushang“ und das Projekt „Landschaft schreibt“.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2022

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der testierte Jahresabschluss 2023 noch nicht vor. Daher erfolgt eine Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das Eigenkapital machte 99,5 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag verbucht. Dieser wird durch die Nebenleistungen der Gesellschafter zur Verwirklichung des Gesellschaftszwecks vollständig ausgeglichen. Die Gesellschaft hat für die Projekte „Wanderbienen am Taunushang“ und „Landschaft schreibt“ Aufwendungen verbucht. Außerdem fielen Aufwendungen für ein Entwicklungskonzept Alter Flughafen Bonames und für die Renovierung des Sonnendecks in Friedrichsdorf an.

Die Vermögenslage ist durch Sachanlagen und den Bestand an liquiden Mitteln geprägt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

• Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und ist als solche steuerlich vom Finanzamt anerkannt. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung; die Realisierung des Regionalparks dient insbesondere den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Ziffer 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

• Beziehungen zum Haushalt

2022 wurden als Gesellschafterbeitrag Nebenleistungen von 75 T€ von der Stadt Frankfurt am Main in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingezahlt.

• Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Für weitere Informationen wird auf folgende Internetseite verwiesen:

www.regionalpark-rheinmain.de

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	846	820	26	3,2
Sachanlagen	846	820	26	3,2
Umlaufvermögen	1.607	1.601	6	0,4
Wertpapiere	500	0	500	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.107	1.601	-494	-30,9
Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	0	0,0
Bilanzsumme	2.456	2.425	32	1,3
PASSIVA				
Eigenkapital	2.443	2.406	38	1,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	250	250	0	0,0
Kapitalrücklage	2.193	2.156	38	1,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	12	12	0	0,0
Verbindlichkeiten	1	7	-6	-89,3
Bilanzsumme	2.456	2.425	32	1,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	12	21	-9	-42,9
Abschreibungen	-95	-95	0	-0,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-151	-192	41	-21,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-233	-265	32	-12,0
Finanzergebnis	-	0	0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-233	-265	32	-12,0
Ergebnis nach Steuern	-233	-265	32	-12,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-233	-265	32	-12,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-233	-265	32	-12,0
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	233	265	-32	-12,0
Bilanzergebnis	0	0	0	-
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

7. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Gründung: 30.06.1994	Unternehmensgegenstand: Gemeinsame Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV).
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	25.565 € = 3,70 %
Land Hessen	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Fulda	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Gießen	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Groß-Gerau	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Hochtaunus	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Lahn-Dill	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Limburg-Weilburg	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Main-Kinzig	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Main-Taunus	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Marburg Biedenkopf	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Odenwald	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Offenbach	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Rheingau-Taunus	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Vogelsberg	25.565 € = 3,70 %
Landkreis Wetterau	25.565 € = 3,70 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	25.565 € = 3,70 %
Stadt Darmstadt	25.565 € = 3,70 %
Stadt Fulda	25.565 € = 3,70 %
Stadt Gießen	25.565 € = 3,70 %
Stadt Hanau	25.565 € = 3,70 %
Stadt Marburg	25.565 € = 3,70 %
Stadt Offenbach am Main	25.565 € = 3,70 %
Stadt Rüsselsheim	25.565 € = 3,70 %
Stadt Wetzlar	25.565 € = 3,70 %
Stadt Wiesbaden	25.565 € = 3,70 %
	690.244 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Dr. Andre Kawai Herr Prof. Knut Ringat
--

Aufsichtsrat:	28 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr LRat Ulrich Krebs
Mandatsträger der Stadt:	Herr OB Mike Josef
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr KrBg Johannes Baron

Herr Staatssekr Jens Deutschendorf
 Herr LRat Manfred Görig
 Frau BM Sabine Groß
 Frau StRin Isabelle Hemsley
 Frau Erste KrBg Claudia Jäger
 Herr BM Dr. Oliver Jedynak
 Herr LRat Michael Köberle
 Herr Erster KrBg Lutz Köhler
 Herr StR Dr. Michael Kopatz
 Herr StR Norbert Kortlüke
 Herr StR Andreas Kowol
 Herr StR Nils Kraft
 Herr LRat Frank Matiaske
 Herr KrBg Winfried Ottmann
 Herr LRat Wolfgang Schuster
 Herr StR Paul Georg Wandrey
 Herr LRat Jan Weckler
 Frau StRin Gerda Weigel-Greilich
 Herr LRat Thomas Will
 Herr OB Dr. Heiko Wingenfeld
 Herr LRat Bernd Woide
 Herr Staatssekr Dr. Martin Worms
 Herr Erster KrBg Marian Zachow
 Herr LRat Sandro Zehner
 Herr KrBg Christian Zuckermann

Geschlechterquoten:

Anteil Frauen Aufsichtsrat:

0,00 % bezogen auf städt. Mandate
 14,29 % bezogen auf AR gesamt

Beteiligungen:

Kapitalanteile:

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH	100.000 € = 100,00 %
Rhein-Main Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH	125.000 € = 100,00 %
Mobility Inside Holding GmbH & Co. KG	4.960.000 € = 21,85 %
Mobility Inside Verwaltungs GmbH	10.010 € = 20,02 %

A. Allgemeines

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) ist einer der größten deutschen Verkehrsverbünde. Er koordiniert und organisiert den regionalen Bus- und Bahnverkehr auf rund 14.000 Quadratkilometern. Das sind rund zwei Drittel der Fläche des Bundeslandes Hessen. Im Verbundgebiet wohnen ca. 5 Millionen Menschen, werden die Einwohner:innen in den Übergangstarifgebieten dazu gezählt, sind es sogar 6,7 Millionen Menschen.

808 Millionen Fahrgäste (Stand 2019) bewegt er jährlich. Das sind rund 2,5 Millionen pro Werktag. Damit trägt der RMV maßgeblich zur Entwicklung des Rhein-Main-Gebiets als pulsierende Metropolregion bei.

Zu den Verbundaufgaben zählen Tarifgestaltung und Einnahmenaufteilung, Planung und Vergabe der Verkehrsdienstleistungen sowie die Finanzierung und die Abrechnung der Verkehrsserviceverträge. Neue Herausforderungen im Sinne der Verkehrswende und Erreichung der Klimaziele wie z. B. der Einsatz von

alternativen Antriebstechnologien oder Projekte im Rahmen der Digitalisierung erweitern das Aufgabenspektrum des Verbundes.

Die Finanzierung der RMV GmbH erfolgt für die Regiekosten sowie für die bezogenen Leistungen nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter gemäß Wirtschaftsplan.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2022

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der testierte Jahresabschluss 2023 noch nicht vor. Daher erfolgt die Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf die Erhöhung des Bestandes des Anlagevermögens, der Vorräte und der Forderungen gegen verbundene Unternehmen zurückzuführen. Gegenläufig hat sich der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände ausgewirkt. Auf der Passivseite ist dies im Wesentlichen auf die Erhöhung des Sonderpostens des Anlagevermögens, der Rückstellungen, der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der Verbindlichkeiten aus Projektfinanzierungen zurückzuführen. Gegenläufig hat sich der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewirkt. Das Eigenkapital inkl. Sonderposten machte 44 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote). Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2022 jederzeit gewährleistet.

Das Jahresergebnis war wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen. Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2022 im Vergleich zu 2021 gestiegen. Im Wesentlichen betraf dies die Mehraufwendungen für bezogene Leistungen. Des Weiteren hat sich die Zuführung zum Sonderposten des Anlagevermögens erhöht. Ferner gab es aufgrund von Neueinstellungen und Tarifsteigerungen einen Anstieg beim Personalaufwand.

Den Aufwendungen stehen Beiträge der kommunalen Aufgabenträger sowie Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung gegenüber. Hinzu kamen sonstige betriebliche Erträge und Erträge aus Projektzuwendungen.

Die Erträge aus Gewinnabführung fallen höher als im Vorjahr aus und betreffen die übernommenen Ergebnisse der fahma GmbH sowie der rms GmbH. Das Zinsergebnis ist negativ und im Wesentlichen bestimmt durch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

• Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der RMV GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

• Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Für weitere Informationen wird auf die Internetseite der Gesellschaft verwiesen:

www.rmv.de

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	26.873	22.074	4.799	21,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	13.251	11.518	1.733	15,0
Sachanlagen	924	625	299	47,8
Finanzanlagen	12.698	9.931	2.767	27,9
Umlaufvermögen	38.350	39.903	-1.553	-3,9
Vorräte	3.186	1.493	1.693	113,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	33.793	37.266	-3.473	-9,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.371	1.144	227	19,8
Rechnungsabgrenzungsposten	857	219	639	292,1
Bilanzsumme	66.081	62.196	3.885	6,2
PASSIVA				
Eigenkapital	2.172	2.172	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	690	690	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	1.481	1.481	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	26.873	22.074	4.799	21,7
Rückstellungen	26.586	25.575	1.011	4,0
Verbindlichkeiten	10.450	12.365	-1.915	-15,5
Rechnungsabgrenzungsposten	0	10	-10	-
Bilanzsumme	66.081	62.196	3.885	6,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	73.365	70.295	3.069	4,4
Materialaufwand	-43.919	-39.476	-4.442	11,3
Personalaufwand	-15.689	-15.357	-332	2,2
Abschreibungen	-3.993	-3.388	-605	17,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-14.258	-12.514	-1.744	13,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.494	-440	-4.054	920,7
Finanzergebnis	4.496	442	4.054	917,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	1	2	-0	-22,4
Ergebnis nach Steuern	1	2	-0	-22,4
Sonstige Steuern	-1	-2	0	-22,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	167	156	11	7,1
Auszubildende (Jahresdurchschnitt)	2	2	0	0,0
Anzahl der Linien im Verbundgebiet (lokal und regional)	1.000	1.000	0	0,0
Angebotskilometer (lokal. Verkehr, in TNutzkm)	158.038	151.794	6.244	4,1
Angebotskilometer (region. Verkehr, TNutzkm)	73.959	72.474	1.485	2,0
Haltestellen (beide Richtungen)	12.000	12.000	0	0,0

8. RMA Rhein-Main Abfall GmbH

Gründung:

21.12.1998

Unternehmensgegenstand:

Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main-Gebiet und ihre Koordination unter den Gesellschaftern

Gesellschafter:

Stadt Frankfurt am Main
Landkreis Hochtaunus
Landkreis Main-Taunus
Landkreis Offenbach
Stadt Offenbach am Main
Stadt Maintal

Kapitalanteile:

53.050 € = 19,23 %
53.050 € = 19,23 %
53.050 € = 19,23 %
53.050 € = 19,23 %
53.050 € = 19,23 %
10.650 € = 3,86 %
275.900 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jens Will

Aufsichtsrat:

26 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr Erster KrBg Uw e Kraft

Mandatsträger der Stadt:

Frau StRin Rosemarie Heilig
Herr Dr. Manfred Kircher
Frau Stv Anna Pause
Herr Stv Thomas Schlimme
Herr Stv Omar Shehata

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

Herr MinR Matthias Bergmeier
Herr BM Dr. Frank Blasch
Herr LRat Michael Cyriax
Herr BM Götz Esser
Herr BM a.D. Peter Freier
Herr Lutz Gehrke
Herr Dr. Joachim Glasenapp
Frau Erste KrBg Claudia Jäger
Herr Erster StR Karl-Heinz Kaiser
Herr StR Adolf Kannengießner
Herr Carsten Müller
Herr Robert Müller
Herr Werner Müller
Frau KrBg Madlen Overdick
Herr LRat Dirk-Oliver Quilling
Herr Erster KrBg Thorsten Schorr
Frau Dr. Sybille Schumann
Herr BM Gregor Sommer
Herr Peter Walther
Herr StK Martin Wilhelm

Geschlechterquoten:

Anteil Frauen Aufsichtsrat:

40,00 % bezogen auf städt. Mandate

19,23 % bezogen auf AR gesamt

A. Allgemeines

Das Hauptziel der RMA ist die wirtschaftliche und sichere Entsorgung der regional anfallenden Siedlungsabfälle. Die Entgeltstabilität sowie die Auslastung vorhandener Müllheizkraftwerke und anderer Entsorgungsanlagen sind die Ziele der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften Stadt Frankfurt am Main, Stadt Offenbach, Stadt Maintal und den Landkreisen Kreis Offenbach, Main-Taunus-Kreis und Hochtaunuskreis. Diese beiden Ziele sind nachhaltig sozial (Entgeltstabilität) und ökonomisch (Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit) sinnvoll zu erreichen. Die transparente Berechnung einheitlicher Entgelte an die sechs Gebietskörperschaften, die alle Aufwendungen der Abfallentsorgung decken, ist eine weitere wesentliche Aufgabe der RMA.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Ertragslage 2023

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das Eigenkapital machte 28 % der Bilanzsumme aus (Eigenkapitalquote).

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr reduziert. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist bei gestiegenen Vertragsmengen die Entgeltsenkung im Berichtsjahr. Der Materialaufwand respektive die Aufwendungen für bezogene Leistungen sanken gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung ist vor allem durch die vertraglichen Regelungen zwischen FES und RMA hinsichtlich der Betreibervergütung für das MHKW Frankfurt geprägt. Die Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultierte aus den erhöhten Dienstleistungs- und Beratungskosten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Bei der RMA handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Jahresabschluss zum 31.12.2023 der RMA Rhein-Main Abfall GmbH

Bilanz	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	280	270	11	4,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	10	-10	-
Sachanlagen	280	259	21	8,1
Umlaufvermögen	16.469	12.618	3.851	30,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.595	7.987	-391	-4,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	8.874	4.632	4.242	91,6
Aktive latente Steuern	176	169	7	4,0
Rechnungsabgrenzungsposten	41	33	8	24,9
Bilanzsumme	16.966	13.090	3.876	29,6
PASSIVA				
Eigenkapital	4.750	4.236	514	12,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	276	276	0	0,0
Kapitalrücklage	0	0	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	3.960	3.573	387	10,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	514	387	127	32,9
Rückstellungen	1.400	1.388	12	0,9
Verbindlichkeiten	10.816	7.466	3.350	44,9
Bilanzsumme	16.966	13.090	3.876	29,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	56.959	58.748	-1.789	-3,0
Gesamtleistung	56.959	58.748	-1.789	-3,0
sonstige betriebliche Erträge	26	17	9	52,4
Materialaufwand	-53.326	-55.516	2.190	-3,9
Personalaufwand	-1.802	-1.847	45	-2,4
Abschreibungen	-54	-64	10	-15,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.070	-747	-323	43,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	732	591	141	23,9
Finanzergebnis	12	-21	33	-157,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	744	570	174	30,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-230	-183	-47	25,7
Ergebnis nach Steuern	515	387	128	33,0
Sonstige Steuern	-0	-0	-0	44,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	514	387	127	32,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	514	387	127	32,9
Kennzahlen	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	19	21	-2	-9,5
Abfallmenge in t	328.957	326.322	2.635	0,8

9. Genossenschaften

Die Stadt Frankfurt am Main ist Mitglied in fünf Wohnungsgenossenschaften.

Im Folgenden werden Angaben zum Genossenschaftsanteil der Stadt, zur Haftsumme, Mitgliederanzahl und Anzahl der Geschäftsanteile gemacht.

Bauverein für Höchst am Main und Umgebung eG

Genossenschaftsanteil: 4.805 € (31 Anteile á 155 €)

Haftsumme: keine

Mitgliederanzahl: 1.805

Anzahl der Geschäftsanteile: 20.311

Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft eG

Genossenschaftsanteil: 320 € (ein Anteil)

Haftsumme: keine

Mitgliederanzahl: 1.282

Anzahl der Geschäftsanteile: 4.940

Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergen-Enkheim eG (Stand: 31.12.2022)

Genossenschaftsanteil: 440 € (zwei Anteile á 220 €)

Haftsumme: 225.940 €

Mitgliederanzahl: 344

Anzahl der Geschäftsanteile: 1.027

Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG

Genossenschaftsanteil: 18.750 € (750 Anteile á 25 €)

Haftsumme: 4.699.375 €

Mitgliederanzahl: 7.519

Anzahl der Geschäftsanteile: 495.344

Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG (GIMA Frankfurt eG)

Genossenschaftsanteil: 2.000 € (zwei Anteile á 1.000 €)

Haftsumme: 2.000 €

Mitgliederanzahl: neun

Anzahl der Geschäftsanteile: 18

Nachrichtlich:

Die Stadt Frankfurt am Main ist ferner Mitglied in einer genossenschaftlichen Regionalbank.

Frankfurter Volksbank eG

Genossenschaftsanteil: 250 € (fünf Anteile á 50 €)

Haftsumme: keine

Mitgliederanzahl: 245.618

Anzahl der Geschäftsanteile: 1.968.680

1.1 FrankfurtRheinMain Corp.

Gründung: 14.10.2009	Unternehmensgegenstand: Internationales Standortmarketing des Wirtschaftsraums FrankfurtRheinMain in Amerika. Aktive Ansprache von Firmen, die sich potenziell in der Region geschäftlich niederlassen wollen und Unterstützung, in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften bei der konkreten Ansiedlung in FrankfurtRheinMain.
Gesellschafter: FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	Kapitalanteile: 10.000 USD = 100,00 %
Vice President: Herr Julius Bosak	
Board of Directors: <i>2 Mitglieder</i> Herr Eric Menges (Sole Director) Herr Klaus U. Thiedmann (Assistant Secretary)	

A. Allgemeines

Da US-Firmen trotz des sog. Inflation Reduction Act, der umfangreiche staatliche Subventionen vorsieht, die Notwendigkeit einer globalen Expansion sehen, ist der Ausblick für die FrankfurtRheinMain Corp. auch für das Jahr 2024 vielversprechend. Deutschland bleibt weiterhin ein attraktiver Standort für US-Firmen in Europa und die Region FrankfurtRheinMain kann sich als Standort Nr. 1 in Deutschland für US-Firmen behaupten, auch wenn die Anzahl der Ansiedlungen aus den USA in der Region im vergangenen Jahr hinter China zurückgeblieben ist. Die gute Anbindung innerhalb Europas aufgrund der zentralen Lage, die hochqualifizierten Arbeitskräfte, die Lebensqualität sowie die stabile wirtschaftliche Entwicklung gepaart mit einer hervorragenden Forschungslandschaft werden immer wieder für FrankfurtRheinMain als Auswahlkriterien genannt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die FrankfurtRheinMain Corp. in Chicago vermarktet seit 2009 in den USA die Region FrankfurtRheinMain gegenüber potentiellen US-Investor:innen. Die Aktivitäten des in Chicago ansässigen Vice President der FrankfurtRheinMain Corp. verliefen weiter sehr positiv und umfassten Firmenbesuche, Veranstaltungen von Seminaren für Investor:innen, Kongress- und Messeteilnahmen sowie Akquisen von potentiellen Investor:innen. Geographisch sind diese Maßnahmen sowohl auf das gesamte Land als auch auf Teile Kanadas ausgedehnt. Branchenschwerpunkte bei der proaktiven Ansprache von US-Firmen bilden die Gesundheitswirtschaft, die Informationstechnologie (IT), die Finanzwirtschaft, die Automobilbranche, die erneuerbaren Energien, Beratungsdienstleistungen sowie alle Firmen, die sog. Headquarter-Funktionen oder Research-, Development-, Sales- oder Distributionskapazitäten in Europa aufbauen wollen. Grundsätzlich finanziert sich die FrankfurtRheinMain Corp. durch Zuschüsse der Muttergesellschaft. Daher wird der Buchwert der Beteiligung an der FrankfurtRheinMain Corp. in der Bilanz der Muttergesellschaft von 1 EUR als Erinnerungswert beibehalten. Zudem besteht eine Kooperationsvereinbarung mit der Hessen Trade & Invest GmbH, die sich mit Finanzmitteln am dort ansässigen Büro beteiligt. Die nachstehenden Zahlen geben den Jahresabschluss 2023 wieder.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung (Board of directors).

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
20	12	1

2.1 Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Gründung: 18.12.2003	Unternehmensgegenstand: Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen und Ausstellungen im In- und Ausland und alle mit dem Messe- und Ausstellungsgeschäft zusammenhängenden Tätigkeiten. □ Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen. Sie darf daneben alle Geschäfte vornehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar und mittelbar förderlich sind.
Gesellschafter: Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000.000 € = 100,00 % 25.000.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Uwe Behm Herr Detlef Braun Herr Wolfgang Marzin	
Beteiligungen: MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong Messe Frankfurt France S. A. S., Paris Messe Frankfurt Inc., Atlanta Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexiko-City Messe Frankfurt Middle East GmbH Messe Frankfurt South Africa (Pty) Ltd., Johannesburg Messe Frankfurt UK Limited, Guildford Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires fairnamic GmbH nmedia GmbH	Kapitalanteile: 77.000 € = 100,00 % 389.727.618 HKD = 100,00 % 50.000 € = 100,00 % 30.000 USD = 100,00 % 11.000 € = 100,00 % 8.290.714 MXN = 100,00 % 75.000 € = 100,00 % 26.763.502 ZAR = 100,00 % 100 GBP = 100,00 % 370.000 TL = 99,99 % 127.500 ARS = 85,00 % 24.500 € = 49,00 % 24.548 € = 20,00 %

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und einem höheren positiven Ergebnis vor Gewinnabführung gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 179,1 Mio. € erwirtschaftet, die um 46,7 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Die Gesellschaft befindet sich in einer steuerlichen Organschaft mit der Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH. Das Ergebnis wird aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages vollständig an die Muttergesellschaft abgeführt oder von dieser übernommen. Das Ergebnis vor Gewinnabführung beträgt 9,5 Mio. € (Vorjahr: Ergebnis vor Verlustübernahme -30,5 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
191.112	9.548	290

2.1.1 fairnamic GmbH, Friedrichshafen

Gründung: 28.07.2021	Unternehmensgegenstand: Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen im In- und Ausland und allen mit dem Messe- und Ausstellungsgeschäft zusammenhängenden Tätigkeiten; insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Veranstaltungen EUROBIKE und AERO
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH Messe Friedrichshafen GmbH	Kapitalanteile: 24.500 € = 49,00 % 25.500 € = 51,00 % 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Stefan Mittag Herr Stefan Reisinger	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr und einem Rückgang des Jahresüberschusses ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 24,5 Mio. € erzielt, die 4,8 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 6,2 Mio. € und liegt 1,9 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 25,3 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.093	6.176	19

2.1.2 Indexport Messe Frankfurt S.A., Buenos Aires

Gründung: 28.02.2003	Unternehmensgegenstand: Organisation und Durchführung von Messen, Veranstaltungen und Kongressen und diesbezügliche Werbung und Öffentlichkeitsarbeit.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH Herr Fernando Pablo Gorbarán	Kapitalanteile: 127.500 ARS = 85,00 % 22.500 ARS = 15,00 % 150.000 ARS = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Fernando Pablo Gorbarán	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Rückgang der Umsatzerlöse und des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 12,0 Mio. € erwirtschaftet, die um 2,8 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 2,1 Mio. € und liegt um 0,1 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 17,2 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.275	2.057	36

2.1.3 MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart

Gründung: 24.06.1982	Unternehmensgegenstand: Beratung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Tagungen, Kongressen im Eigen- und Fremdauftrag, EDV-Dienstleistungen für Fremdgemeinschaften und Übernahme von Vertretungen im Bereich des Gegenstands des Unternehmens, Vermittlung von Media- und Agenturleistungen, jegliche Tätigkeiten im Bereich einer Werbeagentur sowie Tätigkeiten auf dem Gebiet des Verlagswesens.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 77.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Petra Haarburger Herr Martin Roschkowski	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongreß GmbH & Co. oHG, Nürnberg	Kapitalanteile: 75.000 € = 75,00 %

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und einem höheren positiven Ergebnis vor Gewinnabführung gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 49,4 Mio. € erzielt, die um 9,8 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 15,0 Mio. € und liegt um 4,9 Mio. € über dem Vorjahr. Er wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft Messe Frankfurt Exhibition GmbH abgeführt. Die Nachsteuerrendite beträgt 30,4 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
25.194	15.011	145

2.1.3.1 SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe Kongress GmbH Co. oHG, Nürnberg

Gründung: 01.04.1992	Unternehmensgegenstand: Durchführung der internationalen Fachmesse- und Kongressveranstaltung SMT/ASIC/Hybrid.
Gesellschafter: MESAGO Messe Frankfurt GmbH Nürnberg Messe Service GmbH	Kapitalanteile: 75.000 € = 75,00 % 25.000 € = 25,00 % 100.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Petra Haarburger Herr Walter Hufnagel Herr Martin Roschkowski	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft erwartet für das Jahr 2024 Umsatzerlöse in Höhe von 184 T€ und ein Jahresergebnis von 147 T€.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch das Halten der Marken- und Titelrechte an der Fachmesse und dem Kongress SMT Hybrid Packaging. Die Gesellschaft beschäftigt kein Personal und erhält nur die Einnahmen aus der Nutzung der Messerechte durch die MESAGO Messe Frankfurt GmbH.

Im Jahr 2023 erzielt die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 184 T€ und einen Jahresüberschuss von 151 T€. Die Nachsteuerrendite beträgt 82,1 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
121	151	0

2.1.4 Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong

Gründung: 19.12.2003	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren und anderen Veranstaltungen in Hongkong und außerhalb, Förderung der ausländischen, internationalen und sonstigen Industrien und der Wirtschaft sowie alle damit verbundenen Aktivitäten.
--------------------------------	---

Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 389.727.618 HKD = 100,00 %
---	--

Geschäftsführung: Herr Stephan Buurma

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):	Kapitalanteile:
Messe Frankfurt (H.K.) Ltd., Hongkong	200.000 HKD = 100,00 %
Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt. Ltd., Mumbai	6.300.000 INR = 100,00 %
Messe Frankfurt Japan Ltd.	12.500.000 JPY = 100,00 %
Messe Frankfurt Korea Ltd., Seoul	71.736.000 KRW = 80,00 %

A. Allgemeines

Die Gesellschaft erwartet 2024 eine Verbesserung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse aufgrund ihrer Holding-Funktion im Wesentlichen durch konzerninterne Verrechnungen. Darüber hinaus weist die Gesellschaft Beteiligungserträge aus ihren asiatischen Tochtergesellschaften aus. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 684 T€ erwirtschaftet. Es werden Beteiligungserträge in Höhe von 3,2 Mio. € ausgewiesen. Der Jahresüberschuss beträgt 2,3 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag: 1,2 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
82.962	2.308	3

2.1.4.1 Messe Frankfurt (H. K.) Limited, Hongkong

Gründung: 08.03.1994	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren sowie jegliche andere Arten von Veranstaltungen weltweit.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Asia Holding Ltd.	Kapitalanteile: 200.000 HKD = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Wendy Wen Herr Richard Li	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):	Kapitalanteile:
Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd., Schanghai	4.138.250 CNY = 100,00 %
Messe Frankfurt Traders-Link (Beijing) Co., Ltd. Beijing (bis zum 13.09.2023)	70.000 CNY = 70,00 %
Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co. Ltd., Guangzhou	20.044.625 CNY = 50,00 %
Messe Frankfurt Shenzhen Co. Ltd., Shenzhen	9.298.650 CNY = 100,00 %
Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co. Ltd., Guangzhou	1.100.000 CNY = 55,00 %

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und das Vertriebsgeschäft. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 70,1 Mio. € erwirtschaftet, die um 53,4 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 10,6 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag: 7,3 Mio. €). Die Nachsteuerrendite beträgt 15,1 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
70.588	10.642	170

2.1.4.1.1 Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co. Ltd., Guangzhou

Gründung: 09.01.2006	Unternehmensgegenstand: Entwicklung, Bewerbung, Organisation und Durchführung aller Arten von internationalen Ausstellungen und Erbringung entsprechender Dienstleistungen.
Gesellschafter: Messe Frankfurt (H.K.) Ltd. Guangzhou Guangya Exhibition & Trade Co. Ltd.	Kapitalanteile: 20.044.625 CNY = 50,00 % 20.044.625 CNY = 50,00 % 40.089.250 CNY = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Wendy Wen	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft erwartet 2024 in lokaler Währung eine Steigerung der Umsatzerlöse und des Ergebnisses.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 27,6 Mio. € erwirtschaftet, die um 15,6 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 7,2 Mio. € und liegt um 5,3 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 26,0 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) <small>(Angabe ohne Geschäftsführung)</small>
24.045	7.165	43

2.1.4.1.2 Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co. Ltd., Guangzhou

Gründung: 14.11.2014	Unternehmensgegenstand: Entwicklung, Vermarktung, Organisation und Durchführung von internationalen Messen.
Gesellschafter: Messe Frankfurt (H.K.) Ltd. Guangdong Toy Association	Kapitalanteile: 1.100.000 CNY = 55,00 % 900.000 CNY = 45,00 % 2.000.000 CNY = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Cheng Huang Man Herr Li Zhou Ming Frau Wilmet Shea Frau Wendy Wen	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft erwartet 2024 einen Anstieg bei den Umsatzerlösen und beim Jahresüberschuss im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 4,8 Mio. € erwirtschaftet, die um 0,7 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 1,6 Mio. € und liegt 0,5 Mio. € unter Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 32,9 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) <small>(Angabe ohne Geschäftsführung)</small>
6.993	1.581	10

2.1.4.1.3 Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd., Schanghai

Gründung: 08.11.2001	Unternehmensgegenstand: Beratungsleistungen für internationale Handelsunternehmen.
Gesellschafter: Messe Frankfurt (H.K.) Limited	Kapitalanteile: 4.138.250 CNY = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Richard Li	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft erwartet 2024 einen Rückgang der Umsatzerlöse und im Ergebnis.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 37,0 Mio. € erwirtschaftet, die um 34,9 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 7,3 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 9,7 Mio. €). Die Nachsteuerrendite beträgt 19,8 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
10.663	7.333	158

2.1.4.1.4 Messe Frankfurt Shenzhen Co. Ltd., Shenzhen

Gründung: 19.12.2012	Unternehmensgegenstand: Gestaltung, Erzeugung, Vermittlung und Herausgabe von inländischem und länderübergreifendem Anzeigengeschäft.
Gesellschafter: Messe Frankfurt (H.K.) Limited	Kapitalanteile: 9.298.650 CNY = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Carol Quan	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und im Ergebnis ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 7,7 Mio. € erwirtschaftet, die 7,3 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 2,8 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 0,5 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.439	2.803	23

2.1.4.2 Messe Frankfurt Japan Ltd., Tokio

Gründung: 29.08.2000	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen, sowie diesbezügliche Marktuntersuchungen und Werbung.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Asia Holding Ltd.	Kapitalanteile: 12.500.000 JPY = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Yasushi Kajiwara	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft erwartet 2024 eine Steigerung der Umsatzerlöse und einen Rückgang im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 19,3 Mio. € erwirtschaftet, die um 2,6 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 3,3 Mio. € und liegt um 0,2 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 16,9 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
14.712	3.252	36

2.1.4.3 Messe Frankfurt Korea Ltd., Seoul

Gründung: 14.05.2001	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen sowie diesbezügliche Marktuntersuchungen und Werbung.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Asia Holding Ltd. Herr Yong-Joon Jin	Kapitalanteile: 71.736.000 KRW = 80,00 % 17.934.000 KRW = 20,00 % 89.670.000 KRW = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Yong-Joon Jin	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Rückgang der Umsatzerlöse und des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse in den geraden Jahren durch das Vertriebsgeschäft. Die einzige Messe RailLog Korea wird zweijährlich in den ungeraden Jahren durchgeführt. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 2,0 Mio. € erwirtschaftet, die um 1,3 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 0,6 Mio. € und liegt um 0,5 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 31,1 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.554	621	9

2.1.4.4 Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt. Ltd., Mumbai

Gründung: 01.07.1998	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Events, Konferenzen und Symposien im In- und Ausland.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Asia Holding Ltd.	Kapitalanteile: 6.300.000 INR = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Rajul Manek	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft erwartet 2024 einen Anstieg bei den Umsatzerlösen und einen Rückgang beim Jahresüberschuss im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2023 und Ausblick 2024

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen und durch Vertriebsaktivitäten. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 9,1 Mio. € erwirtschaftet, die um 2,7 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 2,4 Mio. € und liegt um 0,9 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 26,1 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
17.491	2.366	93

2.1.5 Messe Frankfurt France S.A.S., Paris

Gründung: 12.02.2002	Unternehmensgegenstand: Erwerb und Durchführung von Messen, Salons und Ausstellungen in Frankreich und im Ausland, Durchführung von Kongressen und Seminaren sowie sämtliche damit verbundene Aktivitäten, die Beteiligung an Gesellschaften, die in ähnlichen oder komplementären Bereichen tätig sind, der Erwerb oder die Nutzung von Lizenzen, Industrie- und sonstigen Rechten im Rahmen des Aktivitätenbereichs.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frédéric Bougeard	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 22,4 Mio. € erwirtschaftet, die um 16,1 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 3,3 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 2,7 Mio. €). Die Nachsteuerrendite beträgt 14,7 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
 Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- Organe der Gesellschaft**
 Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
11.591	3.280	22

2.1.6 Messe Frankfurt Inc., Atlanta

Gründung: 21.08.1991	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Kongressen.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 30.000 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Constantin von Vieregge	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): PAACE Automechanika Mexico LLC, Atlanta PE Events LLC Kingpins LLC	Kapitalanteile: 750 USD = 75,00 % 4.450.000 USD = 50,00 % 2.625.000 USD = 35,00%

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem turnusbedingten Rückgang der Umsatzerlöse und des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen sowie durch die Vertriebstätigkeiten. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 16,3 Mio. € erwirtschaftet, die um 0,1 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 0,1 Mio. € und liegt um 2,2 Mio. € unter dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 0,7 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
8.494	111	42

2.1.6.1 PAACE Automechanika Mexico LLC, Mexiko-City

Gründung: 22.03.2006	Unternehmensgegenstand: Durchführung der Veranstaltung PAACE Automechanika.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Inc. Motor and Equipment Manufacturers Association	Kapitalanteile: 750 USD = 75,00 % 250 USD = 25,0 % 1000 USD = 100,0 %
Geschäftsführung: Herr Constantin von Vieregge	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und einem Rückgang des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation der Veranstaltung INA PAACE Automechanika. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 2,7 Mio. € erwirtschaftet, die um 1,5 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 0,2 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag: 10 T€). Die Nachsteuerrendite beträgt 8,2 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.667	223	0

2.1.6.2 PE Events LLC, Atlanta

Gründung: 01.07.2020	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Kongressen.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Inc., Atlanta Food Processing Suppliers Association, Delaware	Kapitalanteile: 4.450.000 USD = 50,00 % 4.450.000 USD = 50,00 % 8.900.000 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Matthew Malott Herr David Seckman Herr Constantin von Vieregge Herr Nader Youssef	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird aufgrund des veranstaltungsfreien Jahres von keinen Umsatzerlösen ausgegangen. Es wird mit einem Jahresfehlbetrag gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation der zweijährlichen Veranstaltung Process Expo, die in den ungeraden Jahren stattfindet. Insgesamt wurden im Veranstaltungsjahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 6,6 Mio. € (Vorjahr: 47 T€) erwirtschaftet. Der Jahresfehlbetrag beträgt 1,7 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.682	-1.673	0

2.1.6.2.1 Kingpins LLC, Atlanta

Gründung: 18.07.2023	Unternehmensgegenstand: Durchführung der Veranstaltungen Kingpins.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Inc. Olah Inc.	Kapitalanteile: 4.875.000 USD = 35,0 % 2.625.000 USD = 65,0 % 7.500.000 USD = 100,0 %
Geschäftsführung: Herr Constantin von Vieregge	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber Vorjahr und einem Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag) ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden im Veranstaltungsjahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 1,7 Mio. € erwirtschaftet. Der Jahresfehlbetrag beträgt 0,7 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.431	-688	0

2.1.7 Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul

Gründung: 31.10.2000	Unternehmensgegenstand: Durchführung, Veranstaltung, Planung, Organisation, Management und Verwaltung aller Arten von Fachmessen, Ausstellungen und ähnlichen Aktivitäten, Organisation von Reisen zu Messen und Ausstellungen in der Türkei und im Ausland.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH Messe Frankfurt GmbH	Kapitalanteile: 999.925 TRY = 99,99 % 75 TRY = 00,01 % 1.000.000 TRY = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Işın Sağlam Herr Tayfun Yardım	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft erwartet 2024 einen Anstieg bei den Umsatzerlösen und einen Rückgang beim Jahresüberschuss im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation von Veranstaltungen sowie durch Vertriebsaktivitäten. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 7,9 Mio. € erwirtschaftet, die um 3,7 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 3,2 Mio. € und liegt um 1,5 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 40,7 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.264	3.223	12

2.1.8 Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand

Gründung: 09.12.1998	Unternehmensgegenstand: Durchführung und Förderung, Planung, Leitung und Verwaltung jeder Art von Messeveranstaltung sowie jegliche andere gleichartige Tätigkeit, die Beteiligung an jeder Art von Werbung und Öffentlichkeitsarbeit sowie hiermit verbundene Tätigkeiten und die Organisation von Reisen zu jeglicher in Italien oder im Ausland stattfindenden Messeveranstaltung.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 11.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dr. Donald Wich	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Rückgang der Umsatzerlöse und des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch Vertriebstätigkeiten sowie durch die Organisation von Veranstaltungen, Kongressen und Foren. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 9,6 Mio. € erwirtschaftet, die um 1,8 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt wie im Vorjahr 1,9 Mio. €. Die Nachsteuerrendite beträgt 19,9 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
 Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- Organe der Gesellschaft**
 Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.586	1.918	41

2.1.9 Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexiko-City

Gründung: 07.12.2001	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen sowie diesbezügliche Marktforschung, Werbung und Vertrieb.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 8.290.714 MXN = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Constantin von Vieregge	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft wird ruhend gestellt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Geschäftstätigkeit ruht. Die Gesellschaft hat im Jahr 2023 keine Veranstaltungen organisiert und folglich keine Umsatzerlöse erzielt. Der Jahresfehlbetrag beträgt 69 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
211	-69	0

2.1.10 Messe Frankfurt Middle East GmbH, Frankfurt

Gründung: 12.12.2001	Unternehmensgegenstand: Ausrichtung, Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Kongressen, Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen, insbesondere in den Vereinigten Arabischen Emiraten und im Nahen Osten.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 75.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Wolfgang Marzin Herr Simon Mellor	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen durch eine Betriebsstätte in Dubai. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 61,6 Mio. € erwirtschaftet, die um 19,0 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 7,4 Mio. €. und liegt um 4,7 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 12,1 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
33.535	7.421	119

2.1.11 Messe Frankfurt South Africa Ltd., Johannesburg

Gründung: 01.07.2014	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen sowie diesbezügliche Marktuntersuchungen und Werbung.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 26.763.502 ZAR = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Michael Dehn	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft erwartet 2024 einen Rückgang der Umsatzerlöse und einen Anstieg im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 3,9 Mio. € erwirtschaftet, die um 1,3 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 0,7 Mio. € und liegt um 0,4 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.681	-673	25

2.1.12 Messe Frankfurt UK Ltd., Guildford

Gründung: 28.02.2018	Unternehmensgegenstand: Durchführung von Messen und Veranstaltungen in Großbritannien sowie Erbringung aller damit verbundenen Serviceleistungen
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 100 GBP = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Simon Albert	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Rückgang der Umsatzerlöse und des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von turnusbedingten Veranstaltungen, durch das Vertriebsgeschäft und durch eine digitale Plattform. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 5,7 Mio. € erwirtschaftet, die um 4,0 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 1,2 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag: 0,9 Mio. €). Die Nachsteuerrendite beträgt 21,1 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.527	1.203	13

2.2 Messe Frankfurt Venue GmbH

Gründung: 17.12.2002	Unternehmensgegenstand: Erbringung und Vermarktung sämtlicher Serviceleistungen, insbesondere die Durchführung von Messen, Kongressen und Tagungen sowie Einrichtung, Erwerb, Besitz, Verwaltung und Vermietung von Immobilien. Die Gesellschaft betreibt das gesamte Facility-Management einschließlich Baumanagement, Logistik und Baueinkauf und erbringt alle Service- und Technikaufgaben im Zusammenhang mit dem vorher beschriebenen Gegenstand des Unternehmens.
--------------------------------	--

Gesellschafter: Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 151.000.000 € = 100,00 % 151.000.000 € = 100,00 %
---	--

Geschäftsführung: Herr Uwe Behm Herr Detlef Braun Herr Wolfgang Marzin
--

Beteiligungen: Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 260.000 € = 100,00 % 26.000 € = 100,00 %
--	---

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und einem niedrigeren negativen Ergebnis vor Verlustübernahme gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Vermarktung des Geländes und entsprechende Serviceleistungen für Aussteller und Messeveranstalter. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 162,8 Mio. € erwirtschaftet, die um 14,4 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Die Gesellschaft befindet sich in einer steuerlichen Organschaft mit der Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH. Das Ergebnis wird aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages vollständig an die Muttergesellschaft abgeführt oder von dieser übernommen. Das Ergebnis vor Verlustübernahme beträgt -30,8 Mio. € (Vorjahr: Ergebnis vor Gewinnabführung 27,9 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
766.032	-30.798	218

2.2.1 Accente Gastronomie Service GmbH

Gründung: 14.12.1959	Unternehmensgegenstand: Unterhaltung bzw. Betrieb von Gaststätten auf dem Gelände des Konzerns Messe Frankfurt am Standort Frankfurt, eines Catering- und Bankettservices innerhalb und außerhalb des Messegeländes, die Tätigkeit eines Personalverleihers im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, der Betrieb eines Möbel- und Teppichmanagements sowie die Ausübung eines Bewachungsgewerbes für bzw. auf Veranstaltungen des Konzerns Messe Frankfurt.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Venue GmbH	Kapitalanteile: 260.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Holger Heinrich Schuster Herr Oliver Schell	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und einem Ergebnis vor Gewinnabführung ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Unterhaltung bzw. den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen und eines Catering- und Bankett-Services auf dem Gelände des Konzerns Messe Frankfurt. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 36,4 Mio. € erwirtschaftet, die um 3,5 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Die Gesellschaft befindet sich in einer steuerlichen Organschaft mit der Muttergesellschaft Messe Frankfurt Venue GmbH. Das Ergebnis wird aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages vollständig an die Muttergesellschaft abgeführt oder von dieser übernommen. Das Ergebnis vor Verlustübernahme beträgt -2,0 Mio. € und liegt um 0,6 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.165	-2.043	309

2.2.2 Messe Frankfurt Medien und Service GmbH

Gründung: 20.07.1984	Unternehmensgegenstand: Anbieten von Leistungen für Aussteller und Besucher im Zusammenhang mit der Beteiligung an Messerveranstaltungen am Messeplatz Frankfurt am Main wie an anderen Orten, insbesondere das Anbieten eines umfassenden Standservice, sowie von Marketing-Dienstleistung auch und insbesondere im Zusammenhang mit Messebeteiligungen, auch und insbesondere durch digitale Medien, Internet etc., Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Messe- und Ausstellungsgeschäft, insbesondere Planung, Vorbereitung, Durchführung, Kontrolle und Abrechnung von Werbe- und Promotion-Aufgaben im Inland und Ausland, Presse und Öffentlichkeitsarbeit, die Durchführung von Messen und Ausstellungen im Ausland, das Durchführen von Messen im Internet („virtuelle Messe“) inklusive electronic-commerce-Geschäfte.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Venue GmbH	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Martina Bergmann Herr Heiko Strutz	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und einem höheren positiven Ergebnis vor Gewinnabführung gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch Serviceleistungen für Aussteller und Messeveranstalter. Diese umfassen im Wesentlichen die Konzeptionierung und Realisierung von Messeständen sowie Publikationen, Messekataloge und Werbung für Messeveranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 36,9 Mio. € erwirtschaftet, die um 4,4 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Die Gesellschaft befindet sich in einer steuerlichen Organschaft mit der Muttergesellschaft Messe Frankfurt Venue GmbH. Das Ergebnis wird aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages vollständig an die Muttergesellschaft abgeführt oder von dieser übernommen. Das Ergebnis vor Gewinnabführung beträgt 0,6 Mio. € (Vorjahr: Ergebnis vor Verlustübernahme -1,1 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.462	604	75

3.1 FES Abfallmanagement- und Service GmbH

Gründung: 14.10.2002	Unternehmensgegenstand: Die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung, der Abfall- und Recyclingwirtschaft, der Stadt-, Flächen- und sonstigen Reinigung sowie der Verkehrssicherung in öffentlichem und privatem Auftrag.
Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dirk Remmert Herr Benjamin Scheffler	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft ist eine 100%-Tochter der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) und auf zwei Geschäftsfeldern tätig: der Durchführung von Logistikleistungen im Bereich der Entsorgung und dem Betrieb von Entsorgungsanlagen. Die Gesellschaft wird innerhalb der FES-Gruppe für Logistikleistungen eingesetzt, die nicht dem Kommunalgeschäft mit der Stadt Frankfurt am Main zuzurechnen sind. Zum Auftragsumfang zählen die Sammlung von Verkaufsverpackungen, Logistikleistungen im Rahmen von kommunalen Entsorgungsaufträgen im Frankfurter Umland und die Großbehälterabfuhr. Die Gesellschaft ist teilweise als Nachunternehmer von Unternehmen der FES-Gruppe und teilweise auf eigene Rechnung tätig.

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 160 T€ und Umsätze von 14,7 Mio. €. Für Investitionen sind 2024 Mittel von 40 T€ für Betriebs- und Geschäftsausstattung vorgesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Für die Entsorgungsbranche wurde auch das Geschäftsjahr 2023 von einem anhaltend hohen Wettbewerbsdruck geprägt. Die Auslastung der Entsorgungskapazitäten für Abfälle aus Haushalten und Gewerbe war nach wie vor hoch.

Die Menge der von FAS im Frankfurter Stadtgebiet eingesammelten Leichtverpackungen (LVP) liegt mit ca. 13.800 t (Vj. ca. 13.800 t) auf dem Vorjahresniveau. Nach wie vor unverhältnismäßig hoch ist der Anteil der Fehlwürfe in den LVP-Tonnen.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von 89 T€ (VJ. 100 T€) erzielt. Das erzielte Ergebnis lag damit etwas unter dem Vorjahresergebnis, aber über dem für 2023 geplanten Jahresüberschuss von 22 T€.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 8.039 T€ (Vj. 7.951 T€). Darin enthalten ist eine Gewinnrücklage aus dem erstmalig per 31.12.2010 erfolgten Ausweis von aktiven latenten Steuern. Die Eigenkapitalquote beträgt 89,1% (Vj. 89,0%).

Der Umsatz ist im Geschäftsjahr 2023 um 3,9 % auf 13.472 T€ (Vj. 12.972 T€) gestiegen und liegt damit 5,9 % unter dem für 2023 geplanten Umsatz von 14.311 T€. Der Umsatzanstieg ist auf Preisanpassungen zurückzuführen, die Nichterreichung des Planumsatzes auf weniger Transporte von Abfallgroßbehältern.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr Investitionen in Höhe von 5 T€ (Vj. 30 T€) in die Geschäftsausstattung getätigt. Das Anlagevermögen ist auf 14 T€ zurückgegangen (Vj. 22 T€).

Der Cashflow ist auf 101 T€ gesunken. Damit konnte die Gesellschaft die laufende Geschäftstätigkeit vollständig mit eigenen Mitteln finanzieren.

Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende über insgesamt 144 Mitarbeiter (Vj. 146 Mitarbeiter), davon 13 Angestellte (Vj. 13 Angestellte) und 131 Arbeiter (Vj. 133 Arbeiter). Die Aufgaben der Berufsausbildung werden von FES zentral wahrgenommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.028 T€	89 T€	144 Mitarbeiter

3.2 FES Wohnen und Leben GmbH

Gründung: 01.06.2022	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und der Betrieb von Betriebswohnungen
Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dirk Remmert Herr Benjamin Scheffler	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft wurde im April 2022 als 100%-Tochtergesellschaft der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) gegründet und im Juni 2022 ins Handelsregister eingetragen.

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresfehlbetrag von T€ 13 und keine Umsatzerlöse. Für Investitionen sind 2024 Mittel von insgesamt 5,6 Mio. € vorgesehen. Diese betreffen die Errichtung des Wohn- und Geschäftsgebäudes in Frankfurt-Höchst. Die Finanzierung soll durch konzerninterne Darlehen erfolgen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Laufe des Geschäftsjahres wurde die Planung des Bauvorhabens vorangetrieben. Außerdem wurden Preisabfragen für fast alle Gewerke durchgeführt. Die Resonanz war sehr gut und die Gesellschaft hat eine Vielzahl von belastbaren Angeboten erhalten. Auf Basis dieser Angebote und erster Gespräche mit Anbietern lässt sich feststellen, dass die Gesellschaft, sowohl was die Verfügbarkeit von Bauleistungen als auch was deren Preisniveau betrifft, von dem Einbruch der Baukonjunktur profitiert.

Zum Ende des Geschäftsjahres hat die Gesellschaft die beiden Grundstücke erworben, die sie für die Realisierung des Bauvorhabens benötigt. Daraufhin konnte der Bauantrag Anfang Februar 2024 eingereicht werden.

Die Gesellschaft ist in das Cashpooling-System der FES eingebunden. Die Liquiditätsversorgung war somit kontinuierlich gewährleistet.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 15 (Vj. T€ 11) erzielt.

Wesentliche Steuerungskennzahl sind die Investitionen. Die Gesellschaft hatte zu Ende des Geschäftsjahres 2022 die bis zu diesem Zeitpunkt für das Bauvorhaben erbrachten Vorleistungen, im Wesentlichen Planungsleistungen, von FES erworben. Im Laufe des Geschäftsjahres 2023 kamen weitere aktivierungsfähige Vorleistungen in Höhe von insgesamt 2.626 T€ hinzu, darunter der Erwerb der betriebsnotwendigen Grundstücke.

Der Wertansatz des Anlagevermögens betrug zum Bilanzstichtag T€ 3.163 (Vj. T€ 537) und betrifft ausschließlich Grundstücke und Anlagen im Bau.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.179	-15	0

3.3 FFR GmbH

Gründung: 14.10.2002	Unternehmensgegenstand: Die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung, der Abfall- und Recyclingwirtschaft, der Stadt-, Flächen- und sonstigen Reinigung sowie der Verkehrssicherung in öffentlichem und privatem Auftrag sowie das Halten von Beteiligungen an Unternehmen, die einen entsprechenden Unternehmensgegenstand verfolgen.
--------------------------------	---

Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
--	---

Geschäftsführung: Herr Rolf Niemann Herr Dirk Remmert Herr Benjamin Scheffler

Unmittelbare Beteiligungen: Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin ohne Kapitaleinlage der FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG mit Sitz in Frankfurt am Main.
--

A. Allgemeines

Die Gesellschaft ist eine 100%-Tochter der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES). Sie ist Marktführerin im Rhein-Main-Gebiet für gewerblichen Winterdienst und private Flächenreinigung. Darüber hinaus bietet die Gesellschaft Dienstleistungen in den Bereichen Verkehrssicherung, Veranstaltungsservice, Grünpflege, Innen- und Industriereinigung sowie Abfallbehälterstandplatzbewirtschaftung an.

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 1.146 T€ und Umsätze von 33.345 T€. Für Investitionen sind Mittel in Höhe von 6.200 T€ vorgesehen, überwiegend für Nutzfahrzeuge.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft hat im Laufe des Geschäftsjahres ihre führende Marktposition im Rhein-Main-Gebiet, insbesondere in den Geschäftsfeldern Winterdienst und Flächenreinigung, in einem von zunehmendem Wettbewerb gekennzeichneten Umfeld behaupten können. Zahlreiche Aufträge konnten akquiriert und gehalten werden.

Als Beitrag zur Reduzierung von Luftschadstoff- und Lärmemissionen wurden im Laufe des Geschäftsjahres insgesamt vier vollelektrische Sattelzugmaschinen in Dienst gestellt, mit denen vor allem Abfalltransporte auf dem Frankfurter Stadtgebiet lokal emissionsfrei durchgeführt werden.

Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 deutlich besser als geplant entwickelt. Die wirtschaftlichen Aussichten beurteilen wir als stabil.

In 2023 wurde ein Jahresüberschuss von 1.926 T€ (Vj. 1.610 T€) erzielt und liegt damit über dem Vorjahresergebnis. Die positive Ergebnisentwicklung, zu der am stärksten die Geschäftsbereiche Winterdienst, Verkehrssicherung und Mainz/Wiesbaden beigetragen haben, ist vor allem auf den Gewinn zusätzlicher Aufträge und diverse Maßnahmen zur Optimierung der betrieblichen und administrativen Prozesse sowie auf die Witterung zurückzuführen.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 16.241 T€ (Vj. 14.315 T€). Die Umsätze stiegen um 9,8 % auf 36.352 T€ (Vj. 33.103 T€) und liegen damit um 17,1 % über der Planvorgabe. Der umsatzstärkste Geschäftsbereich war wiederum Reinigung und Grünpflege (39 %, Vj. 38 %), gefolgt von Winterdienst (22 %, Vj. 24 %), der Niederlassung Wiesbaden/Mainz (20%, Vj. 21%), Verkehrssicherung (11%, Vj. 10%) und der Niederlassung Darmstadt (8 %, Vj. 7 %):

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr insgesamt 3.875 T€ (Vj. 2.950 T€) investiert. Der überwiegende Teil dieser Investitionen entfällt auf die Ausweitung und Modernisierung des Fuhrparks. Der Wertansatz des Anlagevermögens ist auf 9.061 T€ (Vj. 8.415 T€) gestiegen.

Der Cash Flow beträgt 5.047 T€ (Vj. 4.845 T€) und hat es der Gesellschaft ermöglicht, neben der laufenden Geschäftstätigkeit auch alle Investitionen mit eigenen Mitteln zu finanzieren.

Der Fuhrpark bestand zum Bilanzstichtag aus 548 Fahrzeugen (Vj. 539 Fahrzeuge) und 18 Kehrmaschinen (Vj. 17 Kehrmaschinen).

C. Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
25.284	1.926	288

3.4 FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7 Wiesbaden KG

Gründung: 19.07.2010	Unternehmensgegenstand: Die Verwaltung, die Verpachtung und die Entwicklung des Grundstücks Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7 in Wiesbaden.
Gesellschafter (Kapitalanteile Kommanditist): FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 1.200.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: FFR GmbH (Vertreten durch Herrn Rolf Niermann, Herr Dirk Remmert, Herr Benjamin Scheffler)	

A. Allgemeines

Pächterin des im Unternehmensgegenstand genannten Grundstücks ist die Remondis GmbH & Co. KG, Region Südwest. Remondis ist 49 %-Gesellschafter der FES.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Berichtsjahr wie erwartet entwickelt. Die wirtschaftlichen Aussichten werden als stabil beurteilt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von 83 T€ (Vj. 43 T€) erzielt. Das Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 1,2 Mio. €, die Eigenkapitalquote ging auf 60,2 % (Vj. 63,4%) zurück. Die Umsätze, die aus der Verpachtung des Grundstückes stammen, betragen im Geschäftsjahr 2023 120 T€ (Vj. 100 T€). Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 wiederum keine Investitionen getätigt. Der Wertansatz des Anlagevermögens betrug zum Bilanzstichtag 989 T€ (Vj. 1.000 T€). Die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte über den Cashflow, der im Geschäftsjahr 99T€ (Vj. 59 T€) betrug. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter/-innen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.994	83	0

3.5 MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH

Gründung: 06.01.2003	Unternehmensgegenstand: Der Betrieb, die Unterhaltung und Instandhaltung des Müllheizkraftwerks (MHKW) in Frankfurt am Main-Nordweststadt, nämlich die Müllverbrennung sowie die Erzeugung und Lieferung von Wärme (Heizwasser) und elektrischem Strom.
Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH Mainova AG	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dirk Remmert Herr Winand Zeggel	

A. Allgemeines

Das Unternehmen agiert in zwei voneinander unabhängigen Branchen, zum einen im Entsorgungsmarkt und zum anderen im Versorgungsmarkt.

Die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH (AVA GmbH) ist Eigentümerin des Verbrennungsteils (AVA), Mainova ist Eigentümerin des Heizkraftwerkteils (HKW). Die AVA GmbH hat das HKW von der Mainova gepachtet und die Gesellschaft hat die Gesamtanlage von der AVA GmbH gepachtet.

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2024 ein ausgeglichenes Jahresergebnis nach Steuern und Umsätze von 60.593 T€. Für Investitionen sind im Jahr 2024 Mittel von insgesamt 891 T€ vorgesehen. Dieser Betrag entfällt überwiegend auf die Ergänzung bzw. Erneuerung von technischen Anlagen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Der Entsorgungsmarkt war auch im Geschäftsjahr 2023 von einer hohen Auslastung der Entsorgungskapazitäten für Abfälle aus Haushalten und Gewerbe gekennzeichnet. Zur guten Auslastung der deutschen Müllverbrennungsanlagen beigetragen hat der durch einen Großbrand verursachte Ausfall einer niederländischen Müllverbrennungsanlage mit einer Behandlungskapazität von 1,3 Mio. t Abfälle jährlich.

Der Versorgungsmarkt umfasst sowohl den lokalen Markt für Fernwärme als auch den bundesweiten Strommarkt. Im Fernwärmeversorgungsmarkt hat das MHKW die Wärmeversorgung für mehrere Frankfurter Stadtteile sicherzustellen. Daher hat die Produktion von Heizwasser Vorrang vor der Stromerzeugung, dem anderen Teilmarkt.

Der Betrieb des MHKW verlief im Geschäftsjahr 2023 weitestgehend stabil. Der überwiegend durch Betriebsstörungen verursachte Produktionsausfall bei der Müllverbrennung lag 2023 – gemessen an der möglichen Verbrennungsleistung – mit 3.773 t deutlich unter dem Vorjahreswert (Vj. 12.927 t). Dieser Wert entspricht 1,5 % (Vj. 2,5 %) der genehmigten Verbrennungskapazität. Zum Verlust von Verbrennungsleistung beigetragen haben auch die hohen Außentemperaturen. Die Anzahl der Entschlackerstörungen ist auf 23 (Vj. 14) gestiegen.

Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr bei der Vermarktung von Strom über die Strombörse EEX einen durchschnittlichen Preis von 103,11 €/MWh (Vj. 65,97 €/MWh) Erlösen.

Die Witterung spielt für die Nachfrage von Fernwärme eine wesentliche Rolle. Im Jahr 2023 lagen die Gradtagszahlen im Rhein-Main-Gebiet unter dem Erwartungswert. Dies ist die wesentliche Ursache dafür, dass der Fernwärmeabsatz um 11,9 % unter dem Planansatz lag. (Vj. ./ 1,4 %).

Auch im Laufe des Geschäftsjahres 2023 wurden verschiedene Modernisierungen der Anlagentechnik durchgeführt bzw. vorbereitet. So wurden an den Verbrennungslinien zwei Brenner ausgetauscht und der Austausch der verbleibenden zwei Brenner im Jahr 2024 vorbereitet. Die neuen bivalenten Brenner, die zukünftig auch mit Erdgas oder Wasserstoff betrieben werden können, erzeugen bei der Verbrennung von Heizöl deutlich weniger Stickoxide als die alten Brenner.

Aufgrund der Verpflichtung von FES, sämtliche notwendigen und nachgewiesenen Kosten der MHKW GmbH auszugleichen, soweit sie nicht durch Energieerlöse gedeckt werden, sind die Kosten und die Energieerlöse wesentliche Steuerungsgrößen der Gesellschaft.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr ein Jahresergebnis von 0 € (Vj. 0 €) erzielt. Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag unverändert 39 T€ (Vj. 39 T€).

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 511.551 t (Vj. 508.461 t) Abfälle verbrannt. Damit konnte zwar die mit 514.037 t geplante Durchsatzmenge nicht realisiert, wohl aber die Vorjahresmenge etwas übertroffen werden.

Das MHKW speiste 487.326 MWh (Vj. 533.113 MWh) Heizwasser in das Fernwärmesystem der Mainova und 185.025 MWh (Vj. 204.103 MWh) Strom in das Mittelspannungsnetz der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH ein. Der Rückgang der Stromeinspeisung ist auf einen Wirkungsgradverlust an der Hauptturbine zurückzuführen, der durch einen Schaden am Heizkondensator verursacht wurde.

Die Umsätze erreichten 42,2 Mio. € (Vj. 52,9 Mio. €) und liegen damit unter dem Planansatz für 2023 von 47,4 Mio. €. Hauptsache hierfür sind geringere Verbrennungskosten, die von der Gesellschaft an die FES weiterbelastet wurden. Die Umsätze entfallen zum überwiegenden Teil auf die Veräußerung von Heizwasser und Strom an Mainova und zum geringeren Teil auf den Abfalllieferungsvertrag mit FES.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 491 T€ (Vj. 381 T€) investiert. Dieser Betrag verteilt sich auf Modifikationen der Anlagentechnik, IT-Ausstattung und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Der Cashflow lag im Geschäftsjahr bei 317 T€ (Vj. 280 T€).

Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende über 87 direkt angestellte Mitarbeiter (Vj. 87 Mitarbeiter), davon 20 Angestellte (Vj. 18 Angestellte), 64 Arbeiter (Vj. 66 Arbeiter) und 3 Auszubildende (Vj. 3 Auszubildende). Das übrige für die Betriebsführung erforderliche Personal wird von der FES zur Verfügung gestellt. Die Gesellschaft musste mehrere Abgänge kompensieren, die zum Teil mit der bevorstehenden Inbetriebnahme einer neuen Abfallverbrennungsanlage im Rhein-Main-Gebiet im Zusammenhang stehen.

Im Laufe des Geschäftsjahres wurde ein Betriebsrat gegründet. In der Vergangenheit wurden die Interessen der Beschäftigten von den Betriebsräten der beiden Gesellschafter vertreten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
18.917 T€	0 T€	87 Mitarbeiter

3.6 RMB Rhein-Main Biokompost GmbH

Gründung: 30.06.1995	Unternehmensgegenstand: Die Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Behandlung und Verwertung organischer Abfälle und anderer geeigneter Materialien sowie die Vermarktung der Erzeugnisse.
Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	Kapitalanteile: 51.129 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Peter Dumin Herr Aloys Oechtering Herr Benjamin Scheffler	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt im Frankfurter Osthafen im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main (Stadt) eine Bioabfallbehandlungsanlage. In dieser Anlage werden organische Abfälle, z. B. Bioabfälle aus der kommunalen Sammlung in Frankfurt am Main, in einem kombinierten Verfahren aus Vergärung und nachgeschalteter Tunnelrotte zu Kompost verarbeitet. Dabei entsteht Biogas, das entweder in Erdgasqualität ins lokale Versorgungsnetz eingespeist oder im eigenen Blockheizkraftwerk (BHKW) verstromt wird. Zusätzlich werden noch weitere organische Abfälle verwertet. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) schreibt vor, dass Bioabfälle aus Haushalten getrennt zu sammeln und zu verwerten sind. Im Rhein-Main-Gebiet wurde die Bioabfallsammlung flächendeckend eingeführt. Die Verwertung der kommunalen Bioabfälle erfolgt entweder in Eigenregie oder wird im Rahmen von Vergabeverfahren europaweit ausgeschrieben. Die Gesellschaft beteiligt sich – als Nachunternehmer von FES - an diesen Ausschreibungen, so dass regelmäßig auch Bioabfälle aus dem Frankfurter Umland bei der Gesellschaft zur Verwertung anliefern werden.

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 1.187 T€ und Umsätze von 11.214 T€. Für Investitionen sind 2024 Mittel von insgesamt 1.385 T€ vorgesehen. Der weitaus überwiegende Teil dieser Mittel entfällt auf Ersatzbeschaffungen für Anlagentechnik und Fahrzeuge.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Der Betrieb der Bioabfallbehandlungsanlage der Gesellschaft verlief im Geschäftsjahr 2023 stabil. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, die immer noch hohe Inflation und die damit verbundene Schwächung der Konjunktur hatten keine spürbar negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft. Insgesamt wurden 2023 ca. 60.265 t (Vj. ca. 59.715 t) Bio-, Grün- und andere organische Abfälle. Dies entspricht einem geringfügigen Anstieg um 0,9 % (Vj. ./. 15,8 %). Von den angelieferten Abfällen wurden ca. 49.894 t (Vj. 47.288 t) der Anlage zur Verarbeitung zugeführt. Dies entspricht einem Anstieg um 5,5 % (Vj. ./. 5,9 %). Damit war die Anlage im Geschäftsjahr 2023 abermals sehr gut ausgelastet. Der absolute Anteil der Störstoffe ist auf 1.727 t (Vj. 1.807 t) zurückgegangen und liegt 4,4 % unter dem Vorjahresniveau (Vj. ./. 3,5 %). Die Menge der angelieferten Bioabfälle aus der Hausmüllsammlung in Frankfurt am Main hat um 3,1 % (Vj. ./. 14,9 %) auf 26.684 t (Vj. 25.881 t) zugenommen.

Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Berichtsjahr besser als geplant entwickelt. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von 2.737 T€ (Vj. 1.951 T€) erzielt. Dieses Ergebnis liegt deutlich über dem geplanten Jahresüberschuss von 1.882 T€. Der Ergebnisanstieg gegenüber dem Vorjahr und dem Plan ist im Wesentlichen auf eine vertragliche Preisanpassung und auf höhere Erlöse aus der Vermarktung des Bioerdgases zurückzuführen. Das Vorjahresergebnis wurde an die Gesellschafterin FES ausgeschüttet.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 4.495 T€ (Vj. 3.709 T€). Die Eigenkapitalquote stieg auf Grund des hohen Jahresüberschusses auf 44,1 % (Vj. 38,7 %). Die Umsätze lagen 2023 mit 12.540 T€ um 8,4 % über dem Vorjahresniveau (11.569 T€). Der Anstieg der Umsätze ist auf höhere Preise für und einen höheren Input von Bioabfällen sowie auf höhere Bioerdgaserlöse zurückzuführen. Der überwiegende Teil der Umsatzerlöse entfällt auf die Verwertung der Bioabfälle aus der kommunalen Bioabfallsammlung in Stadt Frankfurt am Main. Die restlichen Umsätze wurden vor allem mit dem Verkauf von Bioerdgas, Strom und Kompostprodukten erzielt. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 477

T€ (Vj. 666 T€) investiert, der überwiegende Teil entfällt auf Maßnahmen zur Ertüchtigung des BHKW. Das Anlagevermögen ist auf 6.764 T€ zurückgegangen (Vj. 7.386 T€). Dank des hohen Cashflows von 3,8 Mio. € konnten neben der laufenden Geschäftstätigkeit auch die Investitionen mit eigenen Mitteln finanziert werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
12.049	2.737	17

3.7 RMS Rhein-Main Solarpark GmbH

Gründung: 10.01.2011	Unternehmensgegenstand: Der Betrieb der Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Deponie Dreieich-Buchsschlag sowie die Errichtung, der Betrieb und der Erwerb von Eigentum an Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie.
Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH Stadtwerke Dreieich GmbH	Kapitalanteile: 50.000 € = 50,00 % 50.000 € = 50,00 % 100.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Steffen Arta Herr Benjamin Scheffler	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft ist ein Joint Venture der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES), Frankfurt am Main, und der Stadtwerke Dreieich GmbH (SWD), Dreieich.

Die Photovoltaikanlage (PVA) Dreieich-Buchsschlag hat eine Nennkapazität von 8,2 MWp und wurde im Jahr 2011 von der FES errichtet. Die Gesellschaft hat im Jahr 2012 Anlagenteile mit einer Nennleistung von ca. 4 MWp von der FES erworben. Die übrigen Anlagenanteile wurden von der FES an 175 Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Gebiet, drei regional ansässige Energieversorgungsunternehmen, zwei Energiegenossenschaften sowie ein Unternehmen veräußert, das mit dem Generalübernehmer für den Bau der PVA verbunden ist. Seit Anfang April 2012 wird der von der PVA erzeugte Solarstrom in das Versorgungsnetz der SWD eingespeist.

Die Gesellschaft erbringt im Auftrag aller Eigentümer/-innen die gesamte technische und kaufmännische Geschäftsbesorgung sowie die Stromvermarktung und die Abrechnung der auf die einzelnen Eigentümer/-innen entfallenden Erträge und Aufwendungen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft im Auftrag des Grundstückseigentümers, des Landesbetriebes Hessenforst, bzw. der für die Deponienachsorge verantwortlichen Stadt Frankfurt am Main weitere Aufgaben übernommen, z. B. Grünpflege und Anlagensicherung. Zur Durchführung der diversen Aufgaben bedient sich die Gesellschaft, die selbst keine Mitarbeiter/-innen beschäftigt, der Leistungen Dritter und hat zu diesem Zweck u. a. Geschäftsbesorgungsverträge mit der FES und SWD abgeschlossen.

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 187 T€ und Umsatzerlöse von 1,9 Mio. €. Investitionen sind 2024 nicht vorgesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2023

Im Jahr 2023 wurden in Deutschland geschätzte 61,1 TWh Solarstrom produziert. Die Solarenergie trug damit mit 12 % (Vj. 11 %) zur Stromerzeugung in Deutschland bei.

Für den Zeitraum Januar bis Dezember 2023 wurde eine Gesamtstromeinspeisung von 7.854 MWh erwartet, die tatsächliche Solarstromeinspeisung 2023 betrug 7.857 MWh (Vj. 8.368 MWh), d. h. der Planwert wurde um 3.378 KWh (+ 0,04 %), (Vj. 851 MWh, + 6,1 %) überschritten. Während in den Monaten Januar, Februar, März, April, August, November und Dezember des Geschäftsjahres die Sonneneinstrahlung unter dem Erwartungswert lag, wurde der Planwert in allen anderen Monaten des Jahres übertroffen, besonders im September um 40,8 %. Im Mai, Juni und Oktober wurden 15,4%, 19,8%, 6,9% bzw. 16,7% mehr als erwartet produziert. Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Berichtsjahr besser als geplant entwickelt, die wirtschaftlichen Aussichten werden als weiterhin stabil beurteilt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von 183 T€ (Vj. 154 T€) erzielt. Dieses Ergebnis liegt über dem für 2023 geplanten Jahresüberschuss von 175 T€. Ursachen sind u.a. höher als erwartete

Erlöse aus der Stromvermarktung und voraussichtlich niedriger als bisher erwarteten Kosten einer Instandhaltungsmaßnahme.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 2,5 Mio. € (Vj. 2,3 Mio. €). Die Eigenkapitalquote liegt bei 43,2 % (Vj. 39,3 %).

Die Umsätze betragen 1.878 T€ (Vj. 2.190 T€) und entfallen überwiegend auf den Verkauf des von der PVA erzeugten Solarstroms. Die Unterschreitung des geplanten Umsatzvolumens von 1.885 Mio. T€ ist auf die Repoweringmaßnahme des Südhanges und einen Ausfall des Trafos der Station B im Dezember zurückzuführen. seine witterungsbedingt höhere Einspeisung von Solarstrom zurückzuführen.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 Investitionen von 235 T€ (Vj. 0 T€) getätigt. Die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte über den Cashflow, der im Geschäftsjahr 579 T€ (Vj. 517 T€) betrug. Die Finanzierung der von der Gesellschaft erworbenen Anlagenteile der PVA erfolgt über ein langfristiges Schuldscheindarlehen.

Die Gesellschaft beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter/-innen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)
5.773	182,7	0

3.8 Trapp Handelsgesellschaft mbH

Gründung: 14.12.2010	Unternehmensgegenstand: Die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfall- und Recyclingwirtschaft sowie auf dem Gebiet des Handels von Wert- und Rohstoffen, insbesondere des Altpapierhandels und der Altpapiervermarktung.
Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH KG Ludwig Melosch Vertriebs GmbH & Co., Ahrensburg	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dr. Christian Werner Dommermuth Herr Gerhard-Bülent Orkunt Herr Lars Sievers	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft konzentriert sich auf den internationalen Handel mit hochwertigen Altpapiersorten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Das Geschäftsjahr 2023 war unter anderem geprägt durch eine erstmalige Stagnation des Handelsvolumens, das zum einen hauptsächlich in dem zurückhaltenden Konsumverhalten der Bürger begründet und zum anderen auf die schwache Auftragslage der Gewerbetreibenden und Industrie zurückzuführen ist. Bei den regionalen kommunalen PPK-Ausschreibungen konnten alle angestrebten Kommunen gewonnen bzw. erfolgreich verlängert werden. Das Lager-/Drittgeschäft konnte trotz der genannten widrigen Umstände und massiven Kostensteigerungen auf einem stabilen Niveau gehalten werden.

Die Umsätze im Geschäftsjahr betragen 17,1 Mio. € (Vj. 30,5 Mio. €). Der Rückgang ist auf den Preisrückgang und gleichzeitig die stark absinkende Nachfrage nach Altpapier auf dem europäischen Markt im Jahr 2023 zurückzuführen.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 1.261 T€ (Vj. 1.491 T€). Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von 270 T€ (Vj. 548 T€) erzielt. Die Gesellschaft beschäftigte zum Bilanzstichtag 6 Mitarbeiter/-innen (Vj. 6).

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 256 T€ und Umsätze von 17,5 Mio. €. Für Investitionen sind Mittel von 50 T€ vorgesehen. Die wirtschaftlichen Aussichten werden als stabil beurteilt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.671	270	6

4.1 SWF- NIG Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
12.12.2003	Bereitstellung von Infrastruktur für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung:	
Herr Thomas Raasch	

A. Allgemeines

Aufgrund der Vereinbarung mit der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) über die Nutzung der Gebäude für die Gleichrichterwerke und der damit verbundenen Kostenerstattung, geht die Geschäftsführung für die kommenden Jahre von Ergebnissen in Höhe des Berichtsjahres aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft (NIG) wurde am 12.12.2003 als Vorratsgesellschaft gegründet, um die Option zu wahren, Teile der Verkehrsinfrastruktur (U-Bahn-Tunnel und Trassen) in die NIG einzulegen. Im Geschäftsjahr 2004 hatte die Gesellschaft lediglich Gebäude und Grundstücke von Gleichrichteranlagen (für rund 1,5 Mio. €) erworben. Über die bestehende wirtschaftliche Tätigkeit – die Bereitstellung von Gleichrichterwerken für den öffentlichen Personennahverkehr – hinaus, hat die NIG auch im Jahr 2023 keine weiteren Tätigkeiten aufgenommen. Die geschäftlichen Aktivitäten begrenzten sich im Geschäftsjahr 2023 auf die, von der SWF Holding abgewickelte, laufende Verwaltung der Gesellschaft. Die hieraus resultierende Überdeckung summiert sich zu einem Gewinn von rund 1 T€ (Vj. 1 T€), der gemäß Gewinnabführungsvertrag mit der SWF Holding vollständig an diese abgeführt wird. Der in der Gewinn- und Verlustrechnung - vor Gewinnabführung - ausgewiesene Jahresgewinn resultiert daraus, dass den betrieblichen Erträgen in Höhe von 65 T€ (Vj. 72 T€) insgesamt betriebliche Aufwendungen und sonstige Steuern von 64 T€ (Vj. 71 T€) entgegenstehen. Zum Bilanzstichtag ergaben sich gegenüber dem Vorjahr nur geringe Veränderungen bei den Kapitalstruktur- und Bilanzrelationen. Die Bilanzsumme hat sich um 39 T€ auf 1.091 T€ verringert. Das Anlagevermögen, welches ausschließlich Grundstücke und Gebäude für Gleichrichterwerke enthält, hat sich aufgrund von planmäßigen Abschreibungen um 33 T€ auf 1.038 T€ verringert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt unverändert bei 95 %. Die Eigenkapitalquote liegt unverändert bei 2 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.091	1 (vor Gewinnabführung)	0

5.1 Afriport S.A

Gründung: 20.10.2006	Unternehmensgegenstand: Investitionen in Flughafenprojekte in Afrika.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 1.552.449 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Siehe Aufsichtsrat	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsmitglieder:	4 Mitglieder Herr Christian Bühlmann Herr Guido Hanebrink Herr Grégoire Mure Herr Kai Zobel
unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %): Daport S.A.	Kapitalanteile: 1.452.499 € = 100,00 %

A. Allgemeines

Holdinggesellschaft für Flughafenprojekte, gegründet im Zusammenhang mit dem Fraport-Engagement im Senegal.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft verfügt über kein operatives Geschäft. Eine Liquidation ist in Planung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
8	-27	0

5.1.1 Daport S. A.

Gründung: 07.12.2006	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Aéroport International Blaise Diagne in Dakar, Senegal.
Gesellschafter: Afriport S. A.	Kapitalanteile: 1.452.499 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Ulrich Heppe	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsmitglieder:	2 Mitglieder Herr Christoph Nanke Herr Alexander Zinell

A. Allgemeines

Betriebsgesellschaft gegründet im Zusammenhang mit dem Fraport-Engagement im Senegal. Der Konzessionsvertrag für den neuen Flughafen im Senegal wurde im Jahr 2016 aufgehoben.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft verfügt über kein operatives Geschäft und eine Liquidation ist in Planung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
0	0	0

5.2 AirIT Services GmbH

Gründung: 18.02.2000	Unternehmensgegenstand: Lieferung und Errichtung von Informations- und Kommunikationsanlagen auf den Liegenschaften von Flughäfen (u. a. Flughafen Frankfurt und Umgebung sowie Flughafen Hahn) sowie die Erstellung von Softwareprogrammen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 500.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Fritz Oswald Herr Klaus Schultz-Fademrecht	

A. Allgemeines

AirIT bietet herstellerunabhängige Beratungen und maßgeschneiderte IT-Lösungen in Bereichen wie Kommunikationstechnik, Netzwerkmanagement, Rechenzentrumsleistungen und Hardwarebeschaffung an.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Sowohl der Umsatz als auch der Jahresüberschuss konnten im vergangenen Geschäftsjahr gesteigert werden. Bei einer positiven Auftragslage entwickelt sich der Campus Flughafen Frankfurt zunehmend als bedeutsamer Markt für die AirIT.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.482	949	38

5.3 Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH

Gründung: 22.12.1989	Unternehmensgegenstand: Vermittlung/Verwaltung von Versicherungen und Beteiligungen. Vergabe, Verwaltung, Abtretung, Veräußerung und Versicherung von Darlehen an mit der Fraport AG verbundene Unternehmen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 52.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Simone Hub	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft ist als Maklerin zwischen verschiedenen Versicherungsgesellschaften und dabei primär für ihre alleinige Gesellschafterin, der Fraport AG sowie deren Tochtergesellschaften, tätig.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Sowohl die Umsatzerlöse als auch der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung lagen im Jahr 2023 über denen des Vorjahres. Für 2024 ist bei einem konstanten Prämien- und Courtagevolumen im Versicherungsgeschäft mit Umsatzerlösen und einem Jahresüberschuss in Höhe des Vorjahres zu erwarten. Aufgrund des ab 2016 geltenden Ergebnisabführungsvertrages wird dieser in voller Höhe an die Fraport AG abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
174.371	9.548	9

5.3.1 Fraport Malta Business Services Ltd

Gründung: 25.11.2005	Unternehmensgegenstand: Vergabe von Darlehen an Gesellschaften/Beteiligungen der Fraport AG.
Gesellschafter: Fraport Malta Ltd. Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH	Kapitalanteile: 24.001.499 € = 99,99 % 1 € = 00,01 % 1.500 € = 100,00 %
Board of Directors (Geschäftsführung): Herr Achim Gaydos Herr Dirk Klaus Harant Herr Michael Schütt Herr Patrick Beresford Brown Frau Yvette Stevens	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft vergibt Darlehen an andere Konzern Gesellschaften und Joint Ventures / Minderheitsbeteiligungen. Das Jahresergebnis hängt primär von der Darlehensvergabe sowie von der Entwicklung der Zinsen am Kapitalmarkt ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2023 und Ausblick 2024

Das positive Jahresergebnis ergibt sich aus steuerlichen Effekten (u. a. der Bildung aktiver latenter Steuern) sowie den Zinserträgen von Darlehen an Gesellschaften bzw. Beteiligungen. Aufgrund steigender Zinserträge aus internationalen Finanzierungen wird für 2024 ein positives Jahresergebnis erwartet, was den bestehenden Verlustvortrag resultierend aus der Abschreibung des Thalita Trading Ltd. Darlehens in 2022 weiter reduziert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
328.278	37.625	4

5.4 Airport Cater Service GmbH

Gründung: 01.01.1997	Unternehmensgegenstand: Bewirtschaftung von Verpflegungseinrichtungen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.565 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dirk Glasner	

A. Allgemeines

Die Umsatzerlöse der Airport Cater Service GmbH (ACS) generieren sich aus den gegenüber der Fraport AG abgerechneten Aufwendungen und der Bewirtschaftungsvergütung. Grundlage hierfür ist der Kantinenbewirtschaftungsvertrag vom 01.06.2001.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Aufgrund der im Jahr 2023 höheren Anzahl an Kantinenbesucher:innen sowie den deutlich gestiegenen Aufwendungen für Personal und auch des Materialeinsatzes (Lebensmittel) liegen die Erlöse über denen des Vorjahres.

Aufgrund der weiterhin hohen Anzahl an Kantinenbesucher:innen, steigender Preise für Lebensmittel wie auch des zusätzlichen Personaleinsatzes am Standort Frankfurt ist im Geschäftsjahr 2024 mit einem positiven Geschäftsverlauf zu rechnen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.108	90	147

5.5 FRA-Vorfeldkontrolle GmbH

Gründung: 05.12.2011	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Vorfeldkontrolldienstleistungen, insbesondere die Steuerung der Luftfahrzeuge zwischen der Schnittstelle Rollfeld/Vorfeld und Flugzeugpositionen, und sonstige damit zusammenhängenden flughafenbezogenen Dienstleistungen auf dem Flughafen Frankfurt am Main sowie auch auf anderen internationalen Flughäfen im In- und Ausland einschließlich der Personalvermittlung auf Grundlage des AÜG.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jörn Muthmann Herr Simon Graf	

A. Allgemeines

Die Entgelte der operativen Mitarbeiter:innen steigen im Jahr 2024 gem. Entgelttarifvertrag, ERTV AC, um 3 %. Gemäß diesem Manteltarifvertrag entfällt der Arbeitgeberanteil an den vermögenswirksamen Leistungen. Im Gegenzug steigt der Einzahlungsbetrag der geleisteten Schicht in das Zweitwertkonto der operativen Mitarbeiter:innen. Die Personalplanung 2025 ff. erfolgt unter der Prämisse eines mittelfristigen Zweistandortbetriebes nach Eröffnung des neuen Terminals 3. Fünf der sechs aus dem Jahr 2020 verbliebenen Trainees werden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Zum 01.09.2024 erfolgten 13 planmäßige Neueinstellungen, primär zum Fluktuationsausgleich in den Folgejahren.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Das finanzielle Planergebnis der Vorfeldkontrolle wurde eingehalten. Der ERTV AC sah für das Geschäftsjahr 2023 keine Entgeltsteigerungen vor. Die Gesellschaft hat 1.500 €/MA als erste, hälftige Rate einer steuerfreien Inflationsausgleichsprämie an die Belegschaft ausgezahlt. Sechs der aus dem Jahrgang 2020 verbliebenen Trainees haben ihre Ausbildung zum Vorfeldlotsen planmäßig fortgesetzt. Wegen herstellereitiger Probleme wurde die Apron Controller Working Position, ACWP zunächst nur als reine Bodenlagendarstellung in Betrieb genommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.514	124	88

5.6 Fraport Ground Services GmbH

Gründung: 27.10.2003	Unternehmensgegenstand: Arbeitnehmerüberlassung
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dr. Markus Kleiner Herr Carsten Röcken	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: weitere Aufsichtsratsmitglieder:	12 Mitglieder Frau Julia Kranenberg Herr Mahir Deniz Arslan Herr Baris Yagis Herr Mathias Dudek Herr Peter Dudenhöfer Herr Devrim Arslan Herr Sidar Kaya Frau Monika Kohler Herr Ahmet Agatay Frau Brigitte Press Frau Cornelia Wächter Herr Özgür Yalcinkaya

A. Allgemeines

Mit der Eintragung ins Handelsregister im Februar 2024 wurde der Name zu Fraport Ground Services GmbH geändert (vormals FraGround Fraport Ground Handling Professionals GmbH). Die Gesellschaft erbringt Abfertigungsleistungen in einem Gemeinschaftsbetrieb mit den Rampe-/Passagebereichen der Fraport Bodenverkehrsdienste und wird dabei auch direkt gegenüber Airlines als Abfertigungsvertragspartner auftreten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Da das Verkehrsaufkommen 2023 weiter angestiegen ist, bestand auch eine erhöhte Nachfrage nach den Personalleistungen der FraGround. Aufgrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt erfolgte eine deutliche Tarifsteigerung, um ausreichend Mitarbeiter gewinnen zu können. Die Steigerung wird über die Preise an die Kunden (Bodenverkehrsdienste) weitergegeben, so dass die Umsatzerlöse um 46,3 Mio. € über dem Vorjahreswert liegen. Das Jahresergebnis ist mit -0,3 Mio. € (vor Verlustübernahme) leicht negativ.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
32.956	-331	3.586

5.7 Fraport Antalya Havalimanı İşletme ve Yatırım A.S

Gründung: 12.11.2021	Unternehmensgegenstand: Betrieb von Flughäfen in der Türkei und im Ausland.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 7.351.200 TRL = 100,00 %
Geschäftsführung: Siehe Board of Directors	
Board of Directors:	2 Mitglieder Herr Holger Schaefers Frau Denizta Weismantel

A. Allgemeines

Die Gesellschaft wurde 2021 als potenzielle Investmentholding im Rahmen der Neuausschreibung der Terminalbetriebskonzession am Flughafen Antalya gegründet. Aktuell findet keine operative Geschäftstätigkeit statt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Keine operative Geschäftstätigkeit im Jahr 2023. Negatives Jahresergebnis im Wesentlichen durch Anwendung von Hochinflationrechnungslegung in der Türkei.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
420	-334	0

5.8 Fraport Asia Ltd.

Gründung: 09.03.2007	Unternehmensgegenstand: Beteiligungsholding im Bereich Betrieb und Unterhaltung von Flughäfen sowie der damit zusammenhängenden Dienstleistungen und Aufgaben.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 10.000 HK\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Matthias Engler Frau Denitza Weismantel	
unmittelbare Beteiligungen: Pantares Tradeport Asia Ltd., Hong Kong/China	Kapitalanteile: 12.550.000 HK\$ = 50,00 %

A. Allgemeines

Die Gesellschaft verzeichnet keine Umsatzerlöse, da sie in ihrer Hauptfunktion lediglich eine Holdinggesellschaft ist. Das Ergebnis der Fraport Asia Ltd. ist abhängig von der Entwicklung der unmittelbaren Beteiligung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Das Jahresergebnis wird belastet durch Währungskurseffekte auf den Verkaufserlös, resultierend aus dem Anteilsverkauf an der Beteiligung an Xi'an Xianyang International Airport Co. Im Anschluss an den Anteilsverkauf der Beteiligung in Xi'an wurde im Jahr 2023 eine Kapitalherabsetzung über rund 110 Mio. € durchgeführt und dieser Betrag an die Fraport AG gezahlt.

Für das laufende Jahr 2024 werden keine bedeutenden Investitionen oder Desinvestitionen erwartet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.125	-1.804	0

5.9 Fraport Ausbau Süd GmbH

Gründung: 04.08.2016	Unternehmensgegenstand: Gesamthafte oder teilweise Projektleitung, Planung, Bauüberwachung und Realisierung des Baus des Terminal 3 am Flughafen Frankfurt.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000,00 € = 100 %
Geschäftsführung: Frau Stephanie Pudwitz Herr Harald Rohr	
Aufsichtsrat: Vorsitzender	5 Mitglieder Herr Dr. Stefan Schulte Frau Anke Giesen Frau Julia Kranenberg Herr Dr. Pierre Dominique Prümm Herr Prof. Dr. Matthias Zieschang

A. Allgemeines

Die Fraport Ausbau Süd GmbH (FAS) übernimmt weiterhin die gesamthafte oder teilweise Projektleitung, Planung, Bauüberwachung und Realisierung des Baus des Terminal 3 am Flughafen Frankfurt. Der Start mit dem operativen Betrieb ist für den Sommerflugplan 2026 geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2023 bestand in der bauherrenseitigen Projektleitung des Baus des Terminal 3 inklusive der dazugehörigen Maßnahmen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.728	-208	17

5.10 Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH

Gründung: 09.12.2013	Unternehmensgegenstand: Beteiligung an Gesellschaften gleich welcher Art, die Verwaltung eigenen Vermögens sowie jede erlaubte Tätigkeit für die keine Genehmigung nach dem Kreditwesengesetz erforderlich ist.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 75.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Glock Herr Bastian Mueller	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft ist eine reine Holdinggesellschaft. Ihre Geschäftstätigkeit im Jahr 2023 bestand entsprechend in der Verwaltung der von ihr gehaltenen Beteiligungen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Für das Geschäftsjahr 2024 werden aufgrund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie im Jahr 2023 erwartet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
62	-1	0

5.11 Fraport Brasil Holding GmbH

Gründung: 23.10.2018	Unternehmensgegenstand: Finanzierung, Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen an Flughafenkonzessionen in Brasilien
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000 EUR = 100 %
Geschäftsführung Herr Alexander Köhnen Herr Holger Schaefers	

A. Allgemeines

Die Fraport AG beabsichtigt, im Falle von aufkommenden Opportunitäten zur Finanzierung, dem Erwerb oder der Verwaltung von neuen Beteiligungen an Flughafenkonzessionen in Brasilien, diese über die Gesellschaft Fraport Brasil Holding GmbH abzuwickeln.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft ist derzeit inaktiv und betrieb im Jahr 2023 keine Geschäfte.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
24	-0,5	0

5.12 Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza

Gründung: 20.04.2017	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Pinto Martins, Fortaleza (Brasilien)
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 184.467.947,55 € = 100 %
Geschäftsführung Frau Andreea Pal, (CEO & CFO) Herr Leonardo Carnielle, (CCCO) Herr Edgar Nogueira, COO	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsmitglieder:	5 Mitglieder Herr Dr. Stefan Schulte Herr Holger Schaefers Frau Esther Nitsche Frau Tamara Weyer Herr Alexander Köhnen

A. Allgemeines

Das Passagieraufkommen am brasilianischen Flughafen Fortaleza ist stark vom inländischen Originärverkehr geprägt. Der Anteil liegt hier bei rund 95,0 %. Die drei großen Fluggesellschaften LATAM Brazil, GOL und Azul dominieren weiterhin den brasilianischen Markt und bieten dementsprechend auch in Fortaleza zahlreiche Verbindungen an.

Der Flughafen Fortaleza ist stark touristisch geprägt und liegt mit seiner Lage günstig für Flugverbindungen nach Europa und Nordamerika und dient zudem als Tor für den beliebten Nationalpark Lençóis Maranhenses.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Fortaleza begrüßte im Gesamtjahr 5,30 Mio. inländische (-4,5 % ggü. 2022) und rund 0,30 Mio. internationale Passagiere (+26,0 % ggü. 2022). Hauptgründe für den Rückgang der Passagierzahlen sind sowohl der Rückgang inländischer touristischer Reisen sowie der Abzug einiger GOL-Verbindungen. Dadurch liegen die Umsatzerlöse (IFRIC-12 bereinigt) mit 39,10 Mio. € insgesamt unter den Erwartungen. Im Geschäftsjahr wird zudem eine Einigung mit dem brasilianischen Staat zum konzessionsvertraglich vorgesehenen Ausgleich verlorener Einnahmen in Folge der Covid-19 Pandemie (sog. "Re-Equilibrium") erzielt und EBITDA- bzw. Jahresüberschusserhöhend in Höhe von 10,70 Mio. € verbucht. Der Jahresüberschuss der Gesellschaft beträgt zum Ende des Jahres 2,40 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
376.311	2.351	162

5.13 Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre

Gründung: 20.04.2017	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Salgado Filho, Porto Alegre (Brasilien)
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 194.058.867,00 € = 100 %
Geschäftsführung Frau Andreea Pal, (CEO & CFO) Herr Leonardo Carnielle, (CCCO) Herr Edgar Nogueira, COO	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsmitglieder:	5 Mitglieder Herr Dr. Stefan Schulte Herr Holger Schaefers Frau Esther Nitsche Frau Tamara Weyer Herr Alexander Köhnen

A. Allgemeines

Das Passagieraufkommen am brasilianischen Flughafen Porto Alegre ist stark vom inländischen Originärverkehr geprägt. Der Anteil liegt hier bei rund 95,0 %. Die drei großen Fluggesellschaften LATAM Brazil, GOL und Azul dominieren weiterhin den brasilianischen Markt und bieten dementsprechend auch in Porto Alegre zahlreiche Verbindungen an. Zusätzlich profitiert der Standort aufgrund seiner geographischen Nähe zum wirtschaftlichen Zentrum Brasiliens und den wichtigen Drehkreuzen Guarulhos und Congonhas in São Paulo.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Porto Alegre verzeichnete 7,10 Mio. inländische (+10,9 % ggü. 2022) und rund 0,40 Mio. internationale Passagiere (+ 53,0 % ggü. 2022). Die Relevanz als Industriestandort im Süden Brasiliens sowie der Zuwachs von Frequenzen und Routen auf internationalen Strecken, wie z. B. nach Uruguay, Argentinien und Chile, sind hierbei die wesentlichen Erfolgsfaktoren. Das hat auch direkten Einfluss auf die wesentlichen Umsatzerlöse, welche weiter steigen. Im Geschäftsjahr wird zudem eine Einigung mit dem brasilianischen Staat zum konzessionsvertraglich vorgesehenen Ausgleich verlorener Einnahmen in Folge der Covid-19 Pandemie (sog. "Re-Equilibrium") erzielt und EBITDA- bzw. Jahresüberschusserhöhend in Höhe von 7,90 Mio. € verbucht. Der Jahresüberschuss der Gesellschaft beträgt zum Ende des Jahres 1,50 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
439.316	1.470	250

5.14 Fraport Casa Commercial GmbH

Gründung: 05.09.2013	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Besitz, Verwaltung und Verkauf von Immobilien, einschließlich des Immobilien- bzw. Real Estate Asset Managements, des Facility Managements, des Property Managements für eigene und fremde Immobilien, sowie allen anderen damit in Verbindung stehenden Dienstleistungen, jeweils unter Einschluss sowohl der gewerbsmäßigen Vermittlung und des gewerbsmäßigen Nachweises zum Abschluss von Verträgen über Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, gewerbliche Räume oder Darlehen als auch der Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr oder als Baubetreuer (§ 34c GewO).
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 250.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jörg Guderian Herr Roland Schmidt	

A. Allgemeines

Die kommerziellen Aktivitäten (insbesondere die Verwaltung der Betriebsvorrichtungen) aus dem Casa Portfolio werden von der Fraport Casa Commercial GmbH wahrgenommen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Zukünftig wird erwartet, dass die Gesellschaft die Ausübung ihres Gesellschaftszwecks in oben beschriebener Weise weiter ausbaut. Neben dem Ankauf von gewerblich geprägten Wohnimmobilien, wird strategisch ebenfalls die Übernahme von Property Management Dienstleistungen angestrebt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.193	302	2

5.15 Fraport Casa GmbH

Gründung: 07.09.2011	Unternehmensgegenstand: An- und Verkauf von bebauten oder unbebauten Grundstücken und Immobilien sowie die Vermietung, Verpachtung, Verwaltung und Vermarktung eigener Immobilien.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 1.000.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jörg Guderian Herr Roland Schmidt	

A. Allgemeines

Im Rahmen des Casa-Programms in Flörsheim erwirbt und verwaltet die Gesellschaft Wohnimmobilien. Zum 31.12.2015 wurde das Casa-Ankaufsprogramm beendet. Es wurden 297 Wohnungen erworben.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Das Wohnungsportfolio wird nachhaltig bewirtschaftet. Der Leerstand soll unter 5,0 % gehalten werden. Einzelne Zukäufe zur Arrondierung sind möglich. Am Außenwohnbereichsentschädigungsprogramm wird teilgenommen. Die Ergebnisse des Dachverklammerungsprogramm werden auch in den Folgejahren durch Kontrollen überwacht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
45.382	-16	1

5.16 Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG

Gründung: 02.06.2005	Unternehmensgegenstand: Erwerb und/oder die Betreuung, Entwicklung und Vermarktung eigener oder fremder gewerblicher und privater Immobilien innerhalb und außerhalb des Flughafens Frankfurt am Main sowie die damit verbundenen Nebengeschäfte zur Nutzung und Verwaltung (Vermietung/Verpachtung/Verkauf) des Gesellschaftsvermögens.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Fraport AG (Kommanditistin)	25.000 € = 100,00 %
Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH (persönlich haftende Gesellschafterin)	0 € = 0,00 %
	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Felix Kreutel
--

unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %):	Kapitalanteile:
Fraport Objekt Mönchhof GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Objekt 162 163 GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG (Kommanditistin)	25.000 € = 100,00 %
Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG (Kommanditistin)	25.000 € = 100,00 %

A. Allgemeines

Das Ergebnis ist künftig weiterhin abhängig von den Beteiligungserträgen der Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG und Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft wies im Jahr 2023 einen positiven Geschäftsverlauf auf und schloss mit einem Jahresüberschuss von rd. 4,06 Mio. € ab. Das Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus den Beteiligungserträgen der Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG sowie der Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
29.487	4.059	0

5.16.1 Fraport Objekt Mönchhof GmbH

Gründung: 28.12.2005	Unternehmensgegenstand: Der Erwerb, die Veräußerung und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der Geschäftsführung und der persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an Kommanditgesellschaften.
Gesellschafter: Fraport Immobilienservice und –entwicklungs GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Felix Kreutel	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 werden aufgrund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie im Jahr 2023 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Der Geschäftsverlauf ist regelmäßig geprägt durch die Haftungsvergütung für die Komplementärtätigkeit bei der Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
34,46	1,6	0

5.16.2 Fraport Objekte 162 163 GmbH

Gründung: 09.12.2005	Unternehmensgegenstand: Der Erwerb, die Veräußerung und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der Geschäftsführung und der persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an Kommanditgesellschaften.
Gesellschafter: Fraport Immobilienservice und - entwicklungs GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Bastian Mueller	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 werden aufgrund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie im Jahr 2023 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Der Geschäftsverlauf ist regelmäßig geprägt durch die Haftungsvergütung für die Komplementärtätigkeit bei der Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
35	1,6	0

5.16.3 Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG

Gründung: 10.12.2005	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Errichtung, Veräußerung, Verwaltung, Vermietung und Verpachtung von direkt oder indirekt gehaltenen Immobilien, insbesondere von Grundstücken des Mönchhof-Geländes in den Gemarkungen Raunheim und Kelsterbach, und das aktive Management des eigenen Immobilienbestandes.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG (Kommanditistin)	25.000 € = 100,00 %
Fraport Objekt Mönchhof GmbH (persönlich haftende Gesellschafterin, Komplementärin)	0 € = 0,00 %
	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Felix Kreutel
--

unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %):	Kapitalanteile:
M-Port Verwaltungs GmbH	12.500 € = 50,00 %
M-Port GmbH & Co. KG	12.500 € = 50,00 %
D-Port Logistik GmbH	12.500 € = 50,00 %

A. Allgemeines

Das Nutzungskonzept des Mönchhofgeländes konzentriert sich vor allem auf Logistik, Büro und kleinteiligen Einzelhandel. Angesprochen werden flughafenaffine Unternehmen aber auch Firmen, die eine verkehrsgünstige Lage benötigen sowie Hotels und Restaurants.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Das Mönchhofgelände ist bis auf zwei kleinere Grundstücke vollständig entwickelt und vermarktet. Im Geschäftsjahr 2023 erfolgte die Vorbereitung, die restlichen Grundstücke zu veräußern sowie die Fortführung der Erschließungsmaßnahmen auf dem Mönchhofgelände.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
11.396	5,5	0

5.16.4 Fraport Real Estate 162 163 GmbH Co. & KG

Gründung: 06.12.2005	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Errichtung, Veräußerung, Verwaltung, Vermietung und Verpachtung von direkt oder indirekt gehaltenen Immobilien, insbesondere der Gebäude 162 und 163 am Flughafen Frankfurt am Main, und das aktive Management des eigenen Immobilienbestandes.
Gesellschafter: Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG (Kommanditistin) Fraport Objekt 162 163 GmbH (persönlich haftende Gesellschafterin, Komplementärin)	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 0 € = 0,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Bastian Mueller	

A. Allgemeines

Es werden Mieterträge aus der Vermietung an die Fraport AG erwirtschaftet. Notwendige Sanierungsmaßnahmen werden der Fraport AG weiterberechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Es erfolgte die Vermietung der Gebäude 162 und 163 an die Fraport AG zu gleichbleibenden Mietkonditionen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
34.137	4.192	0

5.17 Fraport Malta Investment Ltd.

Gründung: 31.10.2016	Unternehmensgegenstand: Die Gesellschaft wurde im Zuge der Beteiligung an der Ausschreibung zur Privatisierung des Flughafens Sofia/Bulgarien als Zwischen-Holding gegründet.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.658.750,00 € = 100,00 %
Geschäftsführung Herr Achim Gaydos Frau Denitza Weismantel	
unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %): Fraport Bulgaria EAD	Kapitalanteile: 25.565,15 € = 100,00 %

A. Allgemeines

Um an der Ausschreibung für die Konzession am Flughafen Sofia teilzunehmen, hat die Gesellschaft am 23.12.2016 sämtliche Anteile an der zuvor gegründeten Fraport Bulgaria EAD erworben. Eine weitergehende Kapitalisierung zur Erfüllung der bulgarischen Mindestkapitalanforderungen auf 25,70 Mio € wurde am 19.01.2017 vorgenommen. Die Gesellschaft erzielt derzeit nur Zinserträge aus der kurzfristig angelegten Liquidität.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2023 und Ausblick 2024

Der Ausschreibungsprozess ist mit dem Gerichtsurteil zugunsten eines Konsortiums um den Fonds Meridiam und den Flughafen München beendet. Die Gesellschaft wird in 2024 mit der Fraport Malta Ltd. als aufnehmende Gesellschaft verschmolzen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
26.462	611	0

5.17.1 Fraport Bulgaria EAD

Gründung: 07.11.2016	Unternehmensgegenstand: Beteiligung an Unternehmen und Projektzweckgesellschaft (ehemals Ausschreibung Konzession Sofia)
Gesellschafter: Fraport Malta Investment Ltd.	Kapitalanteile: 25.565,15 € = 100.00 %
Geschäftsführung Herr Michael Reusch Herr Holger Schaefers Frau Denitza Weismantel	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft erzielt keine Umsatzerlöse. Es fallen gegenwärtig nur administrative Verwaltungskosten an. Sie bleibt damit wie bisher voraussichtlich weiterhin inaktiv.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft wurde ursprünglich für die Teilnahme an der Ausschreibung der Konzession für den Flughafen Sofia gegründet und dient nun als Projektgesellschaft und Beteiligungsvehikel. Aktuell dient sie zudem als Managementgesellschaft für die Beteiligung Fraport Twin Star Airport Management (Konzession Flughäfen Varna und Burgas).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
0	0	0

5.18 Fraport Malta Ltd

Gründung: 24.11.2005	Unternehmensgegenstand: Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Fraport AG	1.499 € = 99,93 %
Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH	1 € = 0,07 %
	1.500 € = 100,00 %

Board of Directors (Geschäftsführung):
Herr Achim Gaydos
Herr Dirk Klaus Harant
Herr Michael Schütt
Herr Klaus Vahsen

Aufsichtsrat:	2 Mitglieder
	Herr Martin Budweth
	Herr Thorsten Korff

unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %):	Kapitalanteile:
Fraport Malta Business Services Ltd.	24.001.499 € = 99,99 %

A. Allgemeines

Fraport Malta Ltd. hält eine Beteiligung an Fraport Saudi Arabien sowie Fraport Malta Business Services Ltd. Letztere erwirtschaftet ihr Jahresergebnis im Wesentlichen aus Finanzierungstätigkeiten für Konzerngesellschaften und Joint Ventures / Minderheitsbeteiligungen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2023 und Ausblick 2024

Das Jahresergebnis ist abhängig von den Dividendenausschüttungen der Fraport Malta Business Services Ltd. aus deren Finanzierungstätigkeit. Das positive Jahresergebnis ergibt sich aus steuerlichen Effekten (u.a. der Bildung aktiver latenter Steuern) sowie den Zinserträgen von Darlehen an Fraport Joint Ventures und Konzernunternehmen auf Ebene der Fraport Malta Business Services Ltd. Für 2024 werden keine Dividendenerträge aus der Beteiligung an der Fraport Malta Business Services Ltd. aufgrund der bei dieser bestehenden Verlustvorräte erwartet. Die Fraport Malta Investment Ltd. wird im Laufe des Jahres 2024 auf die Fraport Malta Ltd. als aufnehmende Gesellschaft verschmolzen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
316.368	24.801	4

5.19 Fraport Passenger Services GmbH

Gründung: 26.07.2006	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Passagierdienstleistungen sowie von sonstigen Dienstleistungen am Standort Frankfurt am Main.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Mira Fischer	

A. Allgemeines

Für 2024 wird eine weitere Erholung des Flugverkehrs und damit ein Anstieg der Nachfrage nach Abfertigungsleistungen erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Da der Verkehr im Jahr 2023 gegenüber 2022 weiter angestiegen ist, liegen die Umsatzerlöse um +2,6 Mio. € über dem Vorjahreswert. Das Ergebnis liegt um +0,7 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.754	580	276

5.20 Fraport Peru S.A.C.

Gründung: 28.03.2001	Unternehmensgegenstand: Serviceleistungen für Flughäfen und luftfahrtbezogenen Bereich
Gesellschafter: Fraport AG Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH	Kapitalanteile: 34.999 PEN = 99,997 % 1 PEN = 0,003 % 34.999 PEN = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Charles Weinland Frau Sabrina Hoppe (Bevollmächtigte)	

A. Allgemeines

Die Umsatzerlöse werden dadurch generiert, dass Fraport Peru S.A.C. Manager an die Gesellschaft Lima Airport Partners (LAP) vermittelt und LAP die daraus entstehenden Kosten sowie eine Managementgebühr in Rechnung stellt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Für die Geschäftsjahre 2023 bis 2025 hat die Gesellschaft einen Vertrag für ORAT-Services mit LAP abgeschlossen. Für das Geschäftsjahr 2024 werden auf Grund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie im Jahr 2023 erwartet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.869	1.367	13

5.21 Fraport Phillipines Services Inc. i.L

Gründung: 19.09.2001	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Dienstleistungen (wie Beratung, Training, Project Management) mit Bezug zu Betrieb, Unterhaltung, Ausbau und Planung von Flughäfen auf den Philippinen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 26.180.300 PHP = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Aletta von Massenbach	
Aufsichtsrat:	4 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Peter Henkel
Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Ferdinand M. Hidalgo Herr Cesar P. Manalaysay Frau Aletta von Massenbach

A. Allgemeines

Die Gesellschaft ist inaktiv beziehungsweise in Liquidation.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Das Unternehmen befindet sich in Liquidation und unterhält keine Geschäftstätigkeit mehr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
0	0	0

5.22 Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH

Gründung: 08.06.2005	Unternehmensgegenstand: Der Erwerb von Beteiligungen sowie die Übernahme der Geschäftsführung und persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an Kommanditgesellschaften.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Felix Kreutel	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 werden aufgrund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie im Jahr 2023 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Der Geschäftsverlauf ist regelmäßig geprägt durch die Haftungsvergütung für die Komplementärtätigkeit bei der Fraport Immobilienservice und -entwicklung GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
52	2	0

5.23 Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd. i.L.

Gründung: 29.04.2008	Unternehmensgegenstand: Airport Consulting in Saudi Arabien
Gesellschafter: Fraport AG Fraport Malta Ltd.	Kapitalanteile: 480.000 USD = 90,00 % 53.333 USD = 10,00 % 533.333 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Alexander Larisch Frau Nina Malinowski	

A. Allgemeines

Die Fraport Saudi Arabia (FSA) bietet in Saudi Arabien flughafenbezogene Beratungsleistungen an.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die FSA konnte während des Geschäftsjahres 2023 keine neuen Projekte akquirieren und entsprechend keine Umsatzerlöse generieren. Anfang 2024 konnten die seit Ende 2023 andauernden Akquisitionsbemühungen mit der Unterschrift eines neuen Auftrages für Beratungsleistungen am Flughafen Jeddah erfolgreich abgeschlossen werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.569	-268	1

5.24 Fraport Slovenija d.o.o. Zgornji Brnik

Gründung: 14.04.2015	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Jože Pučnik, Ljubljana (Slowenien)
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 40.130.285,10 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Dr. Babett Stapel	
Investors Committee: Gremienvertreter:	3 Mitglieder Herr Alexander Laukenmann Herr Holger Schaefers Frau Tamara Weyer

A. Allgemeines

Fraport Slovenija d.o.o. ist Betreiberin des Flughafens Jože Pučnik der slowenischen Hauptstadt Ljubljana. Der slowenische Luftverkehr hat sich 2023 weiter erholt, jedoch zeigt die Insolvenz der staatlichen Airline Adria Airways im Jahr 2019 weiterhin negative Auswirkungen, weshalb die Erholungsraten für Slowenien nur bedingt im Internationalem Vergleich mithalten können.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete der Flughafen Ljubljana im Jahr 2023 mit rund 1,3 Mio. Passagieren einen Anstieg von 31 %. Dementsprechend stiegen auch die Flugbewegungen um 6 % gegenüber dem Vorjahr. Nachdem das Cargo-Aufkommen in den letzten Jahren angestiegen war, ist es 2023 im Vergleich zum Vorjahr um rund 9 % zurückgegangen. Für 2024 wird ein positiver Geschäftsverlauf erwartet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
233.025	1.797	428

5.25 Fraport Turkey Havalimani Yatirimlari A.S.

Gründung: 18.03.1996	Unternehmensgegenstand: Betrieb von Flughäfen in der Türkei und im Ausland.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 68.372.538 TRL = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Gudrun Telöken	
Board of Directors: 2 Mitglieder Frau Denitza Weismantel Herr Holger Schaefers	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft hat zum 14.09.2007 ihre operative Tätigkeit eingestellt, wird jedoch als Investmentholding und zur Verrechnung von Personalkosten mit der aktuellen Antalya Betriebsgesellschaft aufrechterhalten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Der operative Geschäftsverlauf 2023 entsprach dem erwartbaren Verlauf. Das Jahresergebnis wurde im Wesentlichen durch Einkünfte aus Joint-Ventures sowie Wechselkursgewinne realisiert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
51.334	24.084	12

5.26 Fraport USA Inc.

Gründung: 26.07.2010	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen an verschiedenen Flughäfen in den USA.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 3.000 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dennis Koster Frau Nia Newton Frau Sabine Trenk	
Board of Directors: Gremienvertreter:	2 Mitglieder Herr Karl-Heinz Dietrich Herr Michael Reusch
unmittelbare Beteiligungen: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 3.000 US\$ = 100,00 %

A. Allgemeines

Für die Unternehmensgruppe Fraport USA Inc. wird im Geschäftsjahr 2024 eine weiterhin positive Geschäftsentwicklung erwartet. Die Erholung des Verkehrs nach der Corona-Pandemie, die 2023 erlebt wurde, wird voraussichtlich im Jahr 2024 weiter gestärkt, was zusammen mit dem Beginn der neuen Konzessionsverträge an den Flughäfen Dulles und Reagan ab dem 01.01.2024 eine Grundlage für eine starke Leistung im Jahr 2024 schaffen sollte.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Fraport USA Inc. ist die Holding der Unternehmensgruppe. Sie hält 100 % an der Airmall Inc., die ihrerseits jeweils 100 % an den operativen Gesellschaften Fraport Maryland Inc., Fraport Cleveland Inc., Fraport New York Inc., Fraport Tennessee Inc., Fraport Newark LLC, Fraport Washington LLC sowie der Entwicklungsgesellschaft Airmall USA Inc. halten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
70.728	-2.818	0

5.26.1 Airmall Inc.

Gründung: 17.07.1991	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen an verschiedenen Flughäfen in den USA.
Gesellschafter: Fraport USA Inc.	Kapitalanteile: 3.000 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung Herr Dennis Koster Frau Nia Newton Frau Sabine Trenk	
Board of Directors: Gremienvertreter:	3 Mitglieder Frau Sabine Trenk Herr Dennis Koster Frau Nia Newton
unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %):	Kapitalanteile:
Fraport Maryland Inc.	1.000 USD = 100,00 %
Fraport Cleveland Inc.	1.000 USD = 100,00 %
Fraport New York Inc.	100 USD = 100,00 %
Fraport Tennessee Inc.	10 USD = 100,00 %
Fraport Newark LLC	10 USD = 100,00 %
Fraport Washington LLC	1.000 USD = 100,00 %
Airmall USA Inc.	1.000 USD = 100,00 %
Fraport Baltimore Partnership LLC	70 USD = 70,00 %
Fraport Washington Partnership LLC	0 USD = 85,00 %

A. Allgemeines

Die Airmall Inc. ist eine Holding-Gesellschaft. Sie hält jeweils 100 % an den operativen Gesellschaften Fraport Maryland Inc., Fraport Cleveland Inc., Fraport New York Inc., Fraport Tennessee Inc., Fraport Newark LLC und Fraport Washington LLC sowie der Entwicklungsgesellschaft Airmall USA Inc. Zudem hält sie Anteile an den Einzelgesellschaften Fraport Baltimore Partnership LLC (70 %) und Fraport Washington Partnership LLC (85 %). Die Fraport USA-Gruppe ist an den Flughäfen Baltimore, Cleveland, New York JFK (Terminal 5), Nashville, Newark (Terminal B), Washington Dulles International und Reagan National Airport operativ tätig.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Es liegen keine Daten zum Geschäftsverlauf vor.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
65	0	0

5.26.1.1 Airmall USA Inc.

Gründung: 11.03.1993	Unternehmensgegenstand: Geschäftsentwicklung für die Fraport USA-Gruppe.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 1.000 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Sabine Trenk Herr Dennis Koster Frau Nia Newton	
Board of Directors: Gremienvertreter:	3 Mitglieder Frau Sabine Trenk Herr Dennis Koster Frau Nia Newton

A. Allgemeines

Alle Kosten die für Geschäftsentwicklungsaktivitäten (z. B. Akquisitionsprojekte) anfallen, werden bei der Airmall USA Inc. verbucht. Darüber hinaus werden in der Gesellschaft sämtliche Kosten für Personal, das nicht den operativen Gesellschaften zugeordnet ist (z. B. die Finanzabteilung), erfasst.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Weiterhin werden alle Kosten, die für Geschäftsentwicklungsaktivitäten (z. B. Akquisitionsprojekte) anfallen sowie sämtliche Kosten für Personal, welches nicht den operativen Gesellschaften zugeordnet ist, in der Airmall USA Inc. verbucht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
56.573	-5.845	24

5.26.1.2 Fraport Cleveland Inc.

Gründung: 26.02.2008	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Cleveland.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 1.000 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Tina LaForte	
Board of Directors:	1 Mitglied
Gremienvertreter:	Frau Sabine Trenk

A. Allgemeines

Die Fraport Cleveland Inc. plant, baut und vermietet Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Cleveland.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Der Vertrag in Cleveland lief im Januar 2024 aus. Fraport USA ist es gelungen, den Konzessionsvertrag um ein weiteres Jahr zu verlängern. Fraport USA versucht den Vertrag über 2024 hinaus zu verlängern oder zu erneuern.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21.035	284	4

5.26.1.3 Fraport Maryland Inc.

Gründung: 03.02.2004	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Baltimore.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 1,000 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Faraji Whalen-Robinson	
Board of Directors:	1 Mitglied
Gremienvertreter:	Frau Sabine Trenk

A. Allgemeines

Die Fraport Maryland Inc. plant, baut und vermietet Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Baltimore.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Der ursprüngliche Konzessionsvertrag von Fraport Maryland Inc. am Flughafen Baltimore lief Ende März 2023 aus und wurde auf Monatsbasis verlängert. Im September 2023 wurde die Neuausschreibung des Vertrags am Flughafen Baltimore über eine Laufzeit von 23 Jahren veröffentlicht. Im Dezember 2023 hat Fraport Maryland Inc. ein Angebot eingereicht. Das Ergebnis der Ausschreibung steht weiterhin aus. Bis zur Bekanntgabe der Ausschreibungsergebnisse und Beginn des neuen Vertrags (voraussichtlich ab Juli 2024) wird das Management der kommerziellen Flächen am Flughafen auf Monatsbasis fortgesetzt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
48.911	5.458	7

5.26.1.4 Fraport New York Inc.

Gründung: 27.01.2017	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am John F. Kennedy Flughafen (Terminal 5) in New York.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 100 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jose Cuevas	
Board of Directors:	1 Mitglied
Gremienvertreter:	Frau Sabine Trenk

A. Allgemeines

Die Gesellschaft plant, baut und vermietet Einzelhandels- und Konzessionsflächen am John F. Kennedy Flughafen (Terminal 5) in New York, welches sie gemeinsam mit der Fluggesellschaft JetBlue Airways betreibt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Für Fraport New York Inc. wird im Geschäftsjahr 2024 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem pandemiebedingten Verkehrsrückgang wird eine Fortsetzung der Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet. Das Investitionsprogramm für die kommerziellen Flächen wird voraussichtlich im Jahr 2024/25 anlaufen, sobald die Flughafenbehörde und JetBlue die entsprechenden Verträge für die Terminalmodernisierungen abgeschlossen haben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
115.424	3.856	4

5.26.1.5 Fraport Tennessee Inc.

Gründung: 10.08.2018	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Nashville International (Tennessee).
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 10 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Matt Jennings	
Board of Directors:	1 Mitglied
Gremienvertreter:	Frau Sabine Trenk

A. Allgemeines

Die Fraport Tennessee Inc. wurde 2018 gegründet, um die Planung, den Bau und die Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Nashville International in Tennessee aufzunehmen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Für Fraport Tennessee Inc. wird im Geschäftsjahr 2024 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem Corona-Pandemie bedingten Verkehrsrückgang wird im Jahr 2024 eine Fortsetzung der Erholung des Verkehrsaufkommens prognostiziert. Das Bauprogramm der Phase 3 wurde erfolgreich abgeschlossen. Die letzten zwei Einheiten wurden im April 2024 planmäßig eröffnet. Die Flughafenbehörde hat inzwischen mit der Erweiterung des Flugsteigs D begonnen, für die sich Fraport USA die kommerzielle Entwicklungsrechte gesichert hatte. Die Inbetriebnahme der neuen Flächen ist für Juli 2025 geplant.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
113.072	4.964	6

5.26.1.6 Fraport Washington LLC

Gründung: 10.08.2018	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Dulles und Washington Reagan.
Gesellschafter: Fraport USA Inc.	Kapitalanteile: 1000 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Alyson Murphy	
Board of Directors:	1 Mitglied
Gremienvertreter:	Frau Sabine Trenk

A. Allgemeines

Die Fraport Washington LLC Inc. hält 85 % an der operativ tätigen Gesellschaften Fraport Washington Partners LLC, welche seit dem 01.01.2024 die Konzessionsflächen an den Flughäfen Dulles und Washington Reagan managt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Das Management der Flächen an den Flughäfen Dulles und Reagan in Washington wurde planmäßig am 01.01.2024 übernommen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von zehn Jahren und drei Monaten.

Für Fraport Washington LLC wird im Geschäftsjahr 2024 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Die tatsächliche Geschäftsentwicklung übersteigt in der ersten Jahreshälfte bereits den Planwert. Es wird erwartet, dass sich dieser Trend auch in 2024 fortsetzt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
0	-101	0

5.26.2 Fraport Newark LLC

Gründung: 16.01.2020	Unternehmensgegenstand: Management von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Newark Liberty International Airport Terminal B
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 10 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Brock Myers	
Board of Directors:	1 Mitglied
Gremienvertreter:	Frau Sabine Trenk

A. Allgemeines

Die Fraport Newark LLC wurde 2020 gegründet, um das Management von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Newark Liberty International Airport Terminal B aufzunehmen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Für Fraport Newark LLC wird im Geschäftsjahr 2024 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Die Gesellschaft hat mit der Flughafenbehörde einen Managementvertrag mit einem festgelegten Grundbetrag abgeschlossen. Dieser stellt sicher, dass alle Kosten gedeckt sind und eine festgesetzte Mindestgrenze nicht unterschritten wird.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.471	681	4

5.27 FraSec Fraport Security Services GmbH

Gründung: 13.03.2007	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Overhead-Dienstleistungen und Schulungsmaßnahmen für Sicherheitspersonal am Frankfurter Flughafen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 470.450 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Budweth Herr Frank Haindl	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	12 Mitglieder Herr Dr. Ulrich Kipper Frau Özge Aygün Frau Julia Dege Herr Jan Eisbrenner Herr Nsimba Gore Herr Dr. Markus Kleiner Frau Kalliopi Megalomidou Frau Sarah Meyer Herr Wilfried Pieper Herr Dr. Pierre Dominique Prümm Frau Ulrike-Monika Schmidt Frau Tatjana Tarara
unmittelbare Beteiligungen: FraSec Flughafensicherheit GmbH FraSec Services GmbH FraSec VG GmbH FraSec Aviation Security GmbH	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 % 26.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 % 12.250 € = 49,00 %

A. Allgemeines

In der Gesellschaft sind die übergeordneten administrativen Tätigkeiten für die FraSec-Gruppe und die FraSec-Academy abgebildet. Bei den Konzern Leistungen fließen Mehrkosten z. B. aus Tarifierhöhungen in die Verrechnungspreise ein. Bei der Academy wird aufgrund von Neueinstellungen bei den Sicherheitsdienstleistern ein steigender Schulungsbedarf erwartet, so dass auch für 2024 mit steigenden Umsätzen gerechnet wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

In 2023 wurden höhere Leistungen für die Konzerngesellschaften und bei der Academy erbracht, was zu einem Anstieg der Umsätze geführt hat. Für die Mehr-Leistungen wurde auch mehr Personal benötigt. Insgesamt ist das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
11.136	9.430	166

5.27.1 FraSec Flughafensicherheit GmbH

Gründung: 31.12.2020	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Personal- und Warenkontrollen sowie Sicherheitsdienstleistungen nach § 8 LuftSiG an und auf Flughäfen.
Gesellschafter: FraSec Fraport Security Services GmbH	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Ruth Evers Herr Michael Böhler	
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Jana Baschir
Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Mohamed Anakhrouch Herr Martin Budweth Frau Perihan Kafadar Frau Simone Schwab Herr Frank Haindl

A. Allgemeines

Die FraSec Flughafensicherheit GmbH erbringt an den Standorten Frankfurt und Berlin die Personal- und Warenkontrolle, sowie weitere Sicherheitsdienstleistungen nach § 8 LuftSiG. Die weitere Erholung der Verkehrsmengen führt auch bei der Flughafensicherheit zu hohem Personalbedarf und -aufbau, um den operativen Betrieb zu gewährleisten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

In Verbindung mit den steigenden Verkehrszahlen in Frankfurt erhöhte sich auch die Anforderung, was den Betrieb förderte während in Berlin vom Auftraggeber Stunden gekürzt wurden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
12.046	-24	1.214

5.27.2 FraSec Services GmbH

Gründung: 31.12.2020	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Serviceleistungen, wie dem Mobilen Terminals-service und Supportdienstleistungen, am Frankfurter Flughafen.
Gesellschafter: FraSec Fraport Security Services GmbH	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Sascha Marx	
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Martina Zimmermann
Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Yücel Asihan Herr Martin Budweth Herr Frank Haindl Frau Janine Sieling Frau Phyllis Winkler

A. Allgemeines

Das Verkehrswachstum wird sich im Jahr 2024 weiter fortführen und hat auch auf die Services-Gesellschaft einen positiven Einfluss. Insbesondere der Mobile Terminals-service (Mitarbeitende sind Ansprechpartner:innen für Passagiere und lenken die Passagierströme, um einen gleichmäßigen Betrieb zu gewährleisten) ist von der Verkehrsentwicklung abhängig.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2023 sind die Erlöse um ca. 5,5 Mio. € gestiegen. Neben dem Hauptgewerk, dem Mobilen Terminals-service, vor allem aus Sonderaufträgen wie Smartway und weiteren Sonderprojekten. Zur Umsetzung des Mehrbedarfs wurden zum einen mehr eigene Mitarbeiter:innen eingestellt, zum anderen wurde zur kurzfristigen Abdeckung des Bedarfs auch vermehrt auf Fremdpersonal zurückgegriffen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.699	1.220	297

5.27.3 FraSec VG GmbH

Gründung: 31.12.2020	Unternehmensgegenstand: Verwaltung eigenen Vermögens
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Budweth Herr Frank Haindl	

A. Allgemeines

Der Betrieb der VG GmbH ist noch nicht in Planung. Sie wurde vorsorglich gegründet, um bei Bedarf ohne Verzögerung ihren Zweck zu erfüllen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Derzeit noch keine Geschäftstätigkeit.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
25	0	0

5.28 Fraport Facility Services GmbH

Gründung: 19.12.1997	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Facility-Services vorrangig am Flughafen Frankfurt am Main
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Mathias Dudek Herr Thomas Schmidt	
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Mathias Müller
Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Felix Kreutel Herr Jürgen Deischl Herr Recep Sahin Herr Meydan Simsek Frau Martina Zimmermann

A. Allgemeines

Die Fraport Facility Services GmbH erbringt Leistungen in der Reinigung, im Technischen Service, in der Schädlingsbekämpfung, beim Gepäckwagenmanagement und in der Kanalreinigung vorrangig am Flughafen Frankfurt am Main. Seit dem Geschäftsjahr 2023 besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag (BEAV) mit der Fraport AG, so dass die Fraport Facility Services GmbH auch ertragsteuerlich als Organgesellschaft in den Organkreis der Fraport AG einbezogen ist.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse der Fraport Facility Services GmbH liegen infolge von Umsatzsteigerungen in sämtlichen Geschäftsbereichen mit 51,0 Mio € im Jahr 2023 um 7,6 Mio € über Vorjahr. Der Personalaufwand steigt aufgrund von mehr Personal und Tariferhöhungen um 5,4 Mio €. Der Materialaufwand wächst um 2,0 Mio €, da verstärkt Fremdpersonal eingesetzt worden ist sowie Mengen- und Preisanstiege beim Reinigungsmaterial und weiteren bezogenen Waren zu verzeichnen sind. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen um 1,5 Mio € über dem Vorjahr, was auf Malus-Zahlungen infolge von Passagierbewertungen zur Sauberkeit im Terminal sowie höhere Mietaufwendungen zurückzuführen ist. Aufgrund des überproportionalen Anstiegs der Aufwendungen wird ein EBITDA erzielt, welches bei 2,0 Mio € und damit um -1,3 Mio € unter dem Vorjahreswert liegt. Im Jahr 2022 wurde aufgrund einer Rechtsformänderung ein latenter Steuerertrag von 2,1 Mio € eingebucht, der im Jahr 2023 in gleicher Höhe ausgebucht worden ist.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.046	0	705

6.1 ABGnova GmbH

Gründung: 09.07.2009	Unternehmensgegenstand: Die Erbringung von Beratungsleistungen und Lobbyarbeit im Bereich des Innovationsmanagements und der Energieeffizienz bei Gebäuden für Gesellschafter und Dritte.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Mainova AG	Kapitalanteile: 50.000 € = 50,00 % 50.000 € = 50,00 % 100.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Herbert Kratzel Herr Bernd Utesch Herr Lothar Stanka	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die Geschäftsführung, dass die Wirtschaftsplanung mit einem Jahresüberschuss von 82 T€ erreicht wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse in Höhe von 816 T€ (Vj. 739 T€) resultieren aus Weiterverrechnungen an die beiden Gesellschafterinnen, aus Verrechnungen für gesondert beauftragte Dienstleistungen durch verschiedene Bereiche der Mainova, aus Verrechnung für gesondert beauftragte Dienstleistungen für ABG, aus Dienstleistungen für Dritte, aus Mieterträgen von Dritten sowie aus Erlösen von Beratungsleistungen Business Energie-Effizienz der Mainova. Die Personalkosten betragen 425 T€ (Vj. 320 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 266 T€ (Vj. 248 T€) und setzen sich im Wesentlichen aus Kosten für Personalgestellung, Miete und Mietnebenkosten, IT-Kosten, Kosten der kaufmännischen Geschäftsbesorgung, Prüfungs- und Beratungskosten, Kfz-Kosten, Miete für Büroausstattung, Kosten für Marketing/Kommunikation, Kosten der Fortbildung, Reinigungskosten sowie Kosten für Wissensmanagement zusammen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
909	102	4

6.1.1 ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG

Gründung:

07.02.2012

Unternehmensgegenstand:

Der Erwerb bzw. die Errichtung sowie der Betrieb eines gemeinsam genutzten Umspannwerks für die von den Gesellschaftern geplanten, errichteten und betriebenen Windenergieanlagen und Solarparks, insbesondere der Abschluss aller hierfür erforderlichen Verträge und Inanspruchnahmen aller hierfür erforderlichen Rechte, die Unterhaltung und Wartung dieser Umspannwerk-Infrastruktur sowie die Durchleitung der von den Gesellschaftern-WEA erzeugten elektrischen Energie und deren Einspeisung in das öffentliche Elektrizitätsnetz. Weiterhin gehören zum Unternehmensgegenstand die Abrechnung der von den Gesellschafter-WEA eingespeisten elektrischen Energie gegenüber dem örtlichen Netzbetreiber und die Verteilung der Stromerlöse an die Gesellschafter.

Gesellschafter:

ABO Wind AG
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG
ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG
Green City Energy Windpark Altertheim GmbH & Co. KG
SunTec Solarpark GmbH & Co. IV KG

Kapitalanteile:

1.620 € = 32,40 %
1.440 € = 28,80 %
720 € = 14,40 %
720 € = 14,40 %
500 € = 10,00 %
5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

B & F Windpark GmbH (vertreten durch Herrn Dr. Jochen Ahn und Herrn Matthias Bockholt)

A. Allgemeines

Die Anlagen sowie die Infrastruktur des Umspannwerks wurden im Oktober 2012 mit dem Anschluss der SunTec Solarpark GmbH & Co. IV KG in Betrieb genommen. Es speisen über das Umspannwerk drei Windparks und ein Solarpark ins Netz ein. Die Infrastruktur-Nutzungsverträge sind darauf ausgelegt, die Betriebskosten, die Finanzierungskosten und die Betriebsführungskosten vollständig auf die Anschlussnehmer:innen umzulegen. Für die Geschäftsjahre 2023 und 2024 wird mit einem fast ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2022 wurden aus den Umlagen der Anschlussnehmer:innen Umsatzerlöse in Höhe von 279 T€ (Vj. 275 T€) erzielt. Den Umsatzerlösen stehen gegenüber dem Vorjahr unveränderte Abschreibungen von 97 T€, sonstige betriebliche Aufwendungen von 133 T€ (Vj. 125 T€) und Zinsaufwendungen von 45 T€ (Vj. 49 T€) gegenüber. Der Jahresüberschuss beträgt 6 T€ (Vj. 1 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.026	6	0

6.2 Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH

Gründung: 12.07.2002	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und der Betrieb eines Biomasse-Heizkraftwerks in Frankfurt am Main-Fechenheim sowie die Lieferung von in diesem Heizkraftwerk erzeugtem Dampf und elektrischem Strom an Dritte. Darüber hinaus die Planung, Entwicklung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen, die der Erzeugung von Energie aus regenerativen Energien dienen. Dies umfasst unter anderem auch die Erstellung und Umsetzung von Energiekonzepten für Dritte und die Erbringung sonstiger Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem vorgenannten Geschäftszweck.
Gesellschafter: Mainova AG WISA Wiederverwertungsgesellschaft für Sperrmüll und Altholz mbH	Kapitalanteile: 5.740.200 € = 90,00 % 637.800 € = 10,00 % 6.378.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Matthias Ertmer Herr Dennis Harold Smith	

A. Allgemeines

Die Ergebnisplanung für das Jahr 2024 geht nochmals von einem deutlich geringeren Ergebnis (EBT) im Vergleich zum Vorjahresplan aus. Dies ist im Wesentlichen in der Annahme begründet, dass sich der Strompreis weiter reduziert, aber weiterhin über dem Preis vor der Energiekrise liegen wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 2023 10.408 T€ (Vj. 23.155 T€). Dieser Umsatzrückgang resultiert ganz wesentlich aus den Stromerlösen. Der Strompreis betrug im Jahresdurchschnitt rund 98 €/MWh und lag somit das dritte Jahr in Folge deutlich über dem garantierten EEG-Vergütungssatz von rund 90 €/MWh. Dieser Effekt hat sich durch die Strompreisentwicklung ergeben, der vor allem nach Beginn des Ukrainekriegs im letzten Jahr stark angestiegen war und im Jahresverlauf schwankend gesunken ist. Die Dampferlöse trugen aufgrund der rückläufigen Preisentwicklung auf dem Markt ebenfalls zum Rückgang der Umsatzerlöse bei.

Den Erlösen steht ein Materialaufwand von 7.451 T€ (Vj. 6.984 T€) gegenüber.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 1.224 T€ (Vj. 1.718 T€) und beinhalten im Wesentlichen Versicherungsaufwand, Objektschutzkosten sowie Aufwand für kaufmännische Dienstleistungen.

Nach Berücksichtigung von Zinsen und Steuern wird für das Berichtsjahr ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung in Höhe von 729 T€ ausgewiesen. Dieser wurde aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an den Mehrheitsgesellschafter abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Gesellschafterausschuss und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.064	729	14

6.3 book-n-drive mobilitätssysteme GmbH

Gründung: 27.04.2000	Unternehmensgegenstand: Angebot von Mobilitätsdienstleistungen aller Art sowie die Organisation gemeinschaftlicher Fahrzeugnutzung, insbesondere durch den Betrieb von Carsharing, sowie der An- und Verkauf von Mobilitätsdienstleistungen.
Gesellschafter: Herr Udo Otto Mielke ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Mainova AG	Kapitalanteile: 17.383,93 € = 34,00 % 16.872,63 € = 33,00 % 16.872,63 € = 33,00 % 51.129,19 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Andreas Hornig Herr Martin Trillig	
Beteiligungen: HEAG book-n-drive Carsharing GmbH Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH	Kapitalanteile: 12.500 € = 100,00 % 12.500 € = 100,00 %

A. Allgemeines

Der Fokus der Geschäftsführung liegt auf der weiteren Stabilisierung der Gesellschaft, der Optimierung des Angebots sowie der Straffung interner Abläufe und der Modernisierung der IT, insbesondere des Buchungssystems.

Auch in Zukunft stellt die Sicherung der finanziellen Stabilität und des nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolges durch ständige Verbesserung der Leistungen und des Angebotes im Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus das wesentliche Unternehmensziel der book-n-drive mobilitätssysteme GmbH dar.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse sind um 2,6 % von 9.474 T€ im Vorjahr auf 9.721 T€ im Geschäftsjahr 2023 gestiegen. Der Materialaufwand sank um 5,0 % von 6.968 T€ auf 6.619 T€. Damit beträgt die Materialkostenquote 68,1 % (Vj. 73,5 %). Der Fuhrpark wurde im Berichtszeitraum weiter verjüngt und wuchs im Gesamtbestand mit im Mittel 1.080 Fahrzeugen geringfügig. Zu beachten ist, dass sich der Fuhrpark teilweise in geleaste und teilweise in eigene Fahrzeuge unterteilt, sodass sich die Erhöhung des Fuhrparks nicht vollständig auf das Sachanlagevermögen auswirkt. Die Abschreibungen stiegen auf 1.103 T€ (Vj. 959 T€). Das Jahresergebnis sank von 570 T€ im Vorjahr auf 490 T€ im abgelaufenen Geschäftsjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.596	490	42

6.3.1 HEAG book-n-drive Carsharing GmbH

Gründung: 13.04.2018	Unternehmensgegenstand: Entwicklung regionaler Mobilitätslösungen für den Personenindividualverkehr, insbesondere Carsharing, das Angebot von Mobilitätsdienstleistungen und -beratungen aller Art, ferner ist die Gesellschaft berechtigt, Carsharing-Stellplätze und sonstige Stellplätze zu mieten und zu vermieten.
Gesellschafter: book-n-drive mobilitätssysteme GmbH HEAG Holding AG – Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (HEAG)	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Reinhard Claus Becker Herr Ulrich Natterer	

A. Allgemeines

Die HEAG book-n-drive Carsharing GmbH wird sich auf weitere Stellplätze in der Wissenschaftsstadt Darmstadt bewerben. Hierdurch erhofft man sich mittelfristig ein weiteres Wachstum von Fahrzeugen und in diesem Zusammenhang auch eine weitere Steigerung der Anzahl an aktiven Kunden. Es wird davon ausgegangen, dass die Umsatzerlöse im Jahr 2024 ansteigen und ein leicht positives Ergebnis für das Geschäftsjahr 2024 erwirtschaftet wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse in Höhe von 60 T€ (Vj. 53 T€) ergeben sich aus Mieteinnahmen und Provisionszahlungen der book-n-drive mobilitätssysteme GmbH für die Anzahl der Carsharing-Fahrzeuge und aktive Carsharing-Kunden. Die Anzahl der aktiven Kunden wie auch die Anzahl der Fahrzeuge konnten leicht gesteigert werden. Der Materialaufwand beträgt 43 T€ (Vj. 40 T€) und ist geprägt durch den Aufwand aus der Anmietung der Stellplätze. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 7 T€ (Vj. 7 T€) betreffen im Wesentlichen die Bildung von Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschlusses und für Steuerberatung, kaufmännische Dienstleistungen sowie Aufwendungen für eine D&O Versicherung. Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresüberschuss von 6 T€ (Vj. 4 T€) ausgewiesen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
 Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
 Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
56	6	0

6.3.2 Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH

Gründung: 14.12.2018		Unternehmensgegenstand: Koordination und Bündelung der gemeinsamen Aktivitäten der Gesellschafter mit dem Ziel des Ausbaus des Carsharing Angebotes im Verkehrsgebiet der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH und dem angrenzenden Umland.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
book-n-drive mobilitätssysteme GmbH		12.500 € =	50,00 %
Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH		12.500 € =	50,00 %
		25.000 € =	100,00 %
Geschäftsführung:			
Herr Christian Hoffmann			
Herr Marco René Zerban			

A. Allgemeines

Im Jahr 2024 liegt das Hauptaugenmerk der Geschäftstätigkeit auf der geplanten Vergabe von Stellplätzen im öffentlichen Raum durch die Stadt Mainz. Für das Jahr 2024 wird mit einer leicht ansteigenden Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr 2023 gerechnet - das Planergebnis liegt bei 13 T€.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft in Höhe von 46 T€ (Vj. 48 T€) teilen sich auf in Mieteinnahmen und in Provisionen, die book-n-drive mobilitätssysteme GmbH laut dem Kooperationsvertrag zu zahlen hat.

Der Materialaufwand beträgt 22 T€ (Vj. 30 T€) und ist geprägt durch den Aufwand aus der Anmietung der Stellplätze. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 8 T€ (Vj. 8 T€) betreffen vornehmlich Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses und für Steuerberatung sowie für die kaufmännischen Dienstleistungen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 11 T€ (Vj. 7 T€) erwirtschaftet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
71	11	0

6.4 Chargemaker GmbH

Gründung: 07.07.2020	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienst-, Werk- und Serviceleistungen im Bereich der Elektromobilität. Hierzu gehören insbesondere die Beschaffung, die Installation sowie Service- und Beratungsleistungen in Bezug auf Ladeinfrastruktur für alle Arten von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen sowie Dienstleistungen betreffend den Betrieb, die Abrechnung und das Kundenmanagement.
Gesellschafter: Dussmann Service Holding GmbH Mainova AG	Kapitalanteile: 15.000 € = 50,00 % 15.000 € = 50,00 % 30.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Björn Dethlefsen	

A. Allgemeines

Insgesamt wurden im Jahr 2023 849 Ladepunkte von Kunden beauftragt. Es konnten über 820 Ladepunkte (z.T. auch aus Beauftragung aus dem Vorjahr) bei Kunden umgesetzt werden, sodass Chargemaker GmbH Ende 2023 insgesamt über 1.950 Ladepunkte seit 2020 realisiert hat. Für Leistungen im Bereich der Planung gingen bis Jahresende 2023 85 Aufträge ein, von denen 61 Kundenprojekte im selben Jahr umgesetzt werden konnten. Für das kommende Jahr 2024 konnte bereits eine Auftragspipeline von über 2.300 T€ im Bereich der Planung und Ladeinfrastruktur und ca. 1.100 T€ an wiederkehrenden Betriebsservices (inkl. Ladestromerlösen) gesichert werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Chargemaker GmbH hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 6.423 T€ erzielt. Hiermit konnte die Chargemaker GmbH eine deutliche Steigerung ggü. dem Vorjahr erreichen (Vj. 4.689 T€). Die Umsatzerlöse teilen sich auf in Planung und Konzeption 373 T€, Installation Ladeinfrastruktur 5.213 T€ sowie Betriebsservice und Mietlösungen 837 T€. Aufgrund der geplanten erhöhten Investitionskosten in die Organisation und das Wachstum weist die Chargemaker GmbH nach wie vor ein geplantes negatives Ergebnis aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.371	-2.303	31

6.5 Dynega Energiehandel GmbH

Gründung:		Unternehmensgegenstand:	
11.08.2008		Die Beschaffung von Gas und Strom in eigenem Namen oder in Namen ihrer Gesellschafter, auf Rechnung ihrer Gesellschafter, sowie die Erbringung aller damit und mit dem Bezugsmangement mittelbar oder unmittelbar verbundenen Dienstleistungen. Die Gesellschaft kann auch den Handel mit Gas und/oder Strom auf eigene Rechnung betreiben.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Mainova AG		10.000 € =	6,67 %
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH		10.000 € =	6,67 %
Energieversorgung Alzenau GmbH		10.000 € =	6,67 %
Energieversorgung Main-Spessart GmbH		10.000 € =	6,67 %
Oberhessische Gasversorgung GmbH		10.000 € =	6,67 %
Ohra Energie GmbH		10.000 € =	6,67 %
Stadtwerke Bad Homburg v.d.H.		10.000 € =	6,67 %
Stadtwerke Büdingen		10.000 € =	6,67 %
Stadtwerke Dreieich GmbH		10.000 € =	6,67 %
Stadtwerke Langen GmbH		10.000 € =	6,67 %
Stadtwerke Mühlheim am Main GmbH		10.000 € =	6,67 %
Stadtwerke Neu-Isenburg GmbH		10.000 € =	6,67 %
WerraEnergie GmbH		10.000 € =	6,67 %
Eigene Anteile		20.000 € =	13,33 %
		150.000 € =	100,00 %
Geschäftsführung:			
Herr Harald Herzig (bis 30.09.2023)			
Herr Hans-Ulrich Kimpel			

A. Allgemeines

Die Entwicklung der Gesellschaft kann weiterhin positiv gesehen werden. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2024 einen stabilen Geschäftsverlauf und ein Ergebnis auf dem Niveau des Vorjahres.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse von 782 T€ (Vj. 603 T€) setzen sich im Wesentlichen aus 461 T€ (Vj. 313 T€) Basisdienstleistungen und 321 T€ (Vj. 290 T€) Weiterverrechnung von Zusatzdienstleistungen zusammen.

Der Personalaufwand beträgt 471 T€ (Vj. 383 T€) und resultiert aus den Gehaltsaufwendungen, den sozialen Abgaben und der betrieblichen Altersversorgung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit einer Summe von 312 T€ (Vj. 215 T€) setzen sich im Wesentlichen aus Beratungsleistungen Dritter, Kosten für Personalgestellungen, IT- und EDV-Kosten, kaufmännische Geschäftsbesorgung und Mieten zusammen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
498	5	4

6.6 ENERENT GmbH

Gründung:		Unternehmensgegenstand:	
01.09.2021		Gegenstand des Unternehmens ist die Gründung, der Erwerb, die Veräußerung, das Halten und Verwalten von Beteiligungen an Unternehmen, deren Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung, die Übernahme von zentralen Verwaltungs- und Kontrollaufgaben sowie die Beratung und Verrichtung von Dienstleistungen für Unternehmen sowie der Erwerb, die Veräußerung, Nutzung und Verwaltung von Schutzrechten aller Art sowie Finanzgeschäfte.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Mainova AG		25.001 € = 93,72 %	
Andreas Lutzenberger		837 € = 3,14 %	
Helmut Schäffer		837 € = 3,14 %	
Geschäftsführung:			
Herr Uwe Kettner			
Herr Andreas Lutzenberger			
Herr Helmut Schäffer			
Beteiligungen:		Kapitalanteile:	
ENERENT Schweiz GmbH		20.000 CHF = 100,00 %	
ENERENT Service GmbH		25.000 € = 100,00 %	
Hotmobil Deutschland GmbH		26.000 € = 100,00 %	
mobiheat GmbH		25.500 € = 100,00 %	

A. Allgemeines

Mit Anteilskauf- und Abtretungsvertrag vom 20. Dezember 2023 erwarb die Gesellschaft von der mobiheat GmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2024 sämtliche Geschäftsanteile an der ENERENT Austria GmbH.

Die Gesellschaft finanziert sich über die Erbringung von Beratungsdienstleistungen für die Tochtergesellschaften sowie deren Gewinnausschüttungen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse in Höhe von 4.643 T€ (Vj. 620 T€) resultieren aus erbrachten internen Dienstleistungen an die Tochterunternehmen.

Der Personalaufwand in Höhe von 4.021 T€ (Vj. 700 T€) enthält Aufwendungen für Gehälter, Sozialaufwendungen und Aufwendungen für die Altersvorsorge. Abschreibungen sind in Höhe von 33 T€ (Vj. 1 T€) planmäßig entstanden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 1.364 T€ (Vj. 285 T€) betreffen im Wesentlichen Werbe- und Reisekosten, Mieten, IT-Kosten und eine Vielzahl weiterer Einzelsachverhalte.

Im Finanzergebnis in Höhe von 10.493 T€ (Vj. 7.687 T€) sind als Ertrag die Ausschüttungen und die Ergebnisabführungsverträge der Tochterunternehmen in Höhe von 10.805 T€ (Vj. 7.914 T€) enthalten. Gegenläufig stehen 312 T€ (Vj. 227 T€) Zinsaufwendungen aus der Verzinsung von Cash Pool und Gesellschafterdarlehen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
60.109	9.692	48

6.6.1 ENERENT Schweiz GmbH

Gründung: 03.01.2017	Unternehmensgegenstand: Die Gesellschaft bezweckt den Verkauf und die Vermietung von mobilen Energiezentralen (mobile Heizzentralen sowie mobile Kälte-, Dampf-, Stromerzeugungs- und Druckluftanlagen), den Handel mit Sanitär- und Heizungsprodukten sowie Brennstoffen.
Gesellschafter: ENERENT GmbH	Kapitalanteile: 20.000 CHF = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Brukner (seit 01.01.2023) Herr Andreas Schwarzenbach (seit 01.01.2023)	

A. Allgemeines

Die bestehenden Geschäftstätigkeiten der mobiheat und Hotmobil in der Schweiz wurden zum 01.01.2023 unter der ENERENT GmbH zusammengeführt. Hierzu wurde die mobiheat Schweiz GmbH zum 01.01.2023 in die ENERENT Schweiz GmbH umfirmiert und die Geschäftsanteile an die ENERENT GmbH übertragen. Die ENERENT Schweiz GmbH tritt seit Jahresbeginn als gemeinsamer Anbieter für mobile Energie im Schweizer Markt auf.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Durch ein gestiegenes Geschäftsvolumen konnten die Umsatzerlöse auf 2.850 TCHF gesteigert werden (Vj. 1.341 TCHF). Die Materialaufwendungen liegen auf Vorjahresniveau. Der Anstieg der Personalaufwendungen um 70 TCHF auf 476 TCHF ist auf die steigende Mitarbeiterzahl im Geschäftsjahr zurückzuführen. Die Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen über dem Vorjahresniveau. Die Gesellschaft erwirtschaftet im Geschäftsjahr 2023 ein Jahresergebnis in Höhe von 186 TCHF (Vj. Verlust 66 TCHF).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in TCHF	Jahresergebnis in TCHF	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.128	186	< 10

6.6.2 ENERENT Service GmbH

Gründung: 28.08.2023	Unternehmensgegenstand: Der Unternehmensgegenstand ist die Herstellung, der Kauf, die Vermietung und der Vertrieb von Anlagen zur dezentralen Energie- und Medienversorgung bzw. von mobilen Energiezentralen (vor allem Anlagen zur Versorgung mit Wärme, Dampf, Kälte, Klima, Strom und Stromerzeugungs- und Druckluftanlagen), der Handel mit Sanitär- und Heizungsprodukten und Brennstoffen, sowie Dienstleistungen für Notfalllösungen auf dem Gebiet der Gebäudetechnik sowie von Produktionsprozessen, insbesondere der Abschluss von Dienstleistungsverträgen im Bereich der Sicherstellung von Wärme, Dampf, Kälte, Klima und der Stromversorgung.
Gesellschafter: ENERENT GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Bernd Becherer	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2023 für das Anbieten von Dienstleistungen im direkten Zusammenhang mit den originären Geschäftszwecken der Hotmobil Deutschland GmbH und mobiheat GmbH gegründet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft schließt seit September 2023 Kundenaufträge zur Wärmeversorgungsgarantie ab. Es wurden bisher ca. 23 Verträge abgeschlossen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
131	14	0

6.6.3 Hotmobil Deutschland GmbH

Gründung: 25.01.1996	Unternehmensgegenstand: Die Herstellung, Vermietung und der Vertrieb von Anlagen zur dezentralen Energie- und Medienversorgung (vor allem Anlagen zur Versorgung mit Wärme, Dampf, Kälte, Klima und Strom) sowie Dienstleistungen für Notfalllösungen auf dem Gebiet der Gebäudetechnik sowie von Produktionsprozessen, insbesondere der Abschluss von Dienstleistungsverträgen im Bereich der Sicherstellung von Wärme, Dampf, Kälte, Klima und Stromversorgung.
Gesellschafter: ENERENT GmbH	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Bernd Becherer	

A. Allgemeines

Durch geplante Investitionen in den eigenen Mietpark sowie der Erhöhung der Auslastung der Mietanlagen ist für 2024 von einem Anstieg der Umsatzerlöse auszugehen. Das außergewöhnliche Jahr 2023 kann aufgrund des Wegfalls von Sondereffekten beim Ergebnis jedoch nicht erreicht werden, so dass die Geschäftsführung für 2024 von einem deutlichen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ausgeht.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis vor Steuern und Gewinnabführung in Höhe von 6.215 T€ (Vj. 3.419 T€). Die positive Abweichung resultiert im Wesentlichen aus geringeren Personalaufwendungen sowie überplanmäßigen Verkaufserlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen.

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 31.364 T€ und lagen um 2.069 T€ (+7,1 %) über dem geplanten Wert. Der Großteil der Umsatzerlöse wurden in der Vermietung von Anlagen und Zubehör erwirtschaftet, was auch in den Vorjahren der Fall war. Die Materialaufwendungen bewegten sich quotal auf einem erhöhten Niveau im Vergleich zur Vorperiode und beliefen sich auf 13.202 T€.

Mit 5.225 T€ liegen die Personalaufwendungen 32 % unter Planniveau. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen der Übergang von 20 Mitarbeiter von der Hotmobil in die ENERENT GmbH, welcher im Planansatz nicht berücksichtigt war.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 5.603 T€ über dem geplanten Niveau. Ursächlich hierfür sind erhöhte Kosten, welche im Zusammenhang mit der Verrechnung aus der ENERENT GmbH stehen. Die Abschreibungen befinden sich mit 2.859 T€ etwas unter Planniveau.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
25.025	6.169	83

6.6.4 mobiheat GmbH

Gründung: 05.04.2006	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist der Verkauf und die Vermietung von mobilen Energiezentralen (mobile Heizzentralen sowie mobile Kälte- und Dampfanlagen), der Handel mit Sanitär- und Heizungsprodukten sowie Brennstoffen. Der Vertrieb erfolgt sowohl über das Direktgeschäft als auch über den Großhandel.
Gesellschafter: ENERENT GmbH	Kapitalanteile: 25.500 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Tobias Meisl	
Beteiligungen: ENERENT Austria GmbH	Kapitalanteile: 35.000 € = 100,00 %

A. Allgemeines

Durch geplante Investitionen in den eigenen Mietpark sowie die Erhöhung der Auslastung der Mietanlagen, wird mit einem Anstieg der Umsatzerlöse auf 33.552 T€ sowie einem EBT in Höhe von 4.629 T€ für das Geschäftsjahr 2024 geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Aufgrund des vorangegangenen Rumpfgeschäftsjahres sind die Zahlen des Berichtsjahres mit dem Vorjahr (Rumpfgeschäftsjahr vom 01.04.2022 bis 31.12.2022) nur eingeschränkt vergleichbar.

Die Umsatzlage der Gesellschaft wird im Berichtszeitraum als positiv bewertet. Die Umsatzerlöse konnten gegenüber dem Vorjahr von 23.694 T€ auf 34.564 T€ gesteigert werden, wobei auch die Planzahl in Höhe von 31.647 T€ überschritten wurde.

Die Materialaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 11.013 T€ auf 17.430 T€ angestiegen. Dies ist im Wesentlichen im Zusammenhang mit den höheren Umsatzerlösen zu sehen. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 7.729 T€ (Vj. 5.434 T€) resultiert die Steigerung im Wesentlichen aus der Verrechnung von Dienstleistungen der ENERENT GmbH, die von 300 T€ auf 2.258 T€ angestiegen sind.

Die Gesellschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Ergebnis vor Steuern und Gewinnabführung in Höhe von 4.652 T€. Für das Geschäftsjahr 2023 wurde mit einem EBT in Höhe von 3.064 T€ gerechnet. Somit liegt das Ergebnis des Geschäftsjahres um 1.588 T€ aufgrund der positiv unerwarteten Umsatzentwicklung über Plan.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
17.421	4.636	74

6.6.4.1 ENERENT Austria GmbH (vormals: mobiheat Österreich GmbH)

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
06.10.2017	Der Verkauf und die Vermietung von mobilen Energiezentralen (mobile Heizzentralen sowie mobile Kälte-, Dampf- und Stromerzeugungs- und Druckluftanlagen), der Handel mit Sanitär- und Heizungsprodukten sowie Brennstoffen in Österreich.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
mobiheat GmbH	35.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung:	
Herr Thomas Brukner	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2023 umfirmiert in die ENERENT Austria GmbH. Die Anteile der ENERENT Austria GmbH wurden mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2024 an die ENERENT GmbH veräußert.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft erwirtschaftete Umsatzerlöse in Höhe von 2.552 T€ (Vj. 1.781 T€). Der Materialaufwand erhöhte sich von 494 T€ auf 989 T€. Nach Abzug der Personalaufwendungen in Höhe von 432 T€ (Vj. 356 T€), der Abschreibungen in Höhe von 291 T€ (Vj. 212 T€), des sonstigen betrieblichen Aufwands in Höhe von 684 T€ (Vj. 474 T€) sowie des Finanzergebnisses und den Steuern vom Einkommen ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 208 T€ (Vj. 253 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.505	208	5

6.7 Energieversorgung Main-Spessart GmbH

Gründung: 30.05.1975	Unternehmensgegenstand: Die Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wärme, Wasser, Flüssiggas sowie artverwandten Dienstleistungen der Versorgung, insbesondere Betriebsführung und Geschäftsbesorgungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Beteiligungen an Unternehmungen und Gesellschaften zu erwerben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 5.000.000 € = 100,00 %
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	7 Mitglieder Frau Diana Rauhut Herr Peter Arnold Herr Marcus Grimm Frau Sina von Ketelhodt Herr Alexander Mench Herr Kersten Nebel Herr Andreas Zenglein
Geschäftsführung: Frau Sabine Borchert	

A. Allgemeines

Im laufenden Geschäftsjahr 2024 sind Investitionen von insgesamt 0,8 Mio. € geplant. Hiervon sind 0,7 Mio. € für Netzerweiterungsmaßnahmen in den Konzessionsgemeinden, für den Ausbau der Versorgung in den neu angeschlossenen Versorgungsgebieten und für die Modernisierung der technischen Gasinfrastruktur vorgesehen. Die Erlöse aus dem Erdgasabsatz belaufen sich dabei auf 23,0 Mio. € bei einer Absatzmenge von 254,4 Mio. kWh. Für das Geschäftsjahr 2024 werden Erlöse aus dem Stromabsatz von 6,0 Mio. € bei einer Absatzmenge von 24,7 Mio. kWh prognostiziert.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird mit einem Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung auf Vorjahresniveau gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen mit 28.581 T€ (Vj. 19.731 T€) aus dem Gasverkauf, mit 7.170 T€ (Vj. 4.157 T€) aus dem Stromverkauf und mit 5.650 T€ (Vj. 6.264 T€) aus sonstigen Umsätzen. Die sonstigen Umsätze beinhalten vor allem weiterberechnete Leistungen an die NRM im Wesentlichen aus Pacht, aus Arbeitnehmerüberlassung sowie aus Serviceleistungen.

Die Materialaufwendungen in Höhe von 33.647 T€ (Vj. 21.602 T€) werden überwiegend vom Gasbezug, von den Netznutzungsentgelten Gas, den CO₂-Zertifikaten, dem Strombezug und den Netzentgelten Strom bestimmt.

Wesentliche Posten in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen, EDV-Kosten, Prüfungs- und Beratungskosten, Mieten und Pachten, Kosten des Fachbetreuungsvertrags mit Mainova sowie Konzessionsabgaben an die Gemeinden.

Das Ergebnis nach Steuern beträgt 1.830 T€ (Vj. 2.851 T€) und wird auf Grund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags an die Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, als alleinige Gesellschafterin abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
25.380	1.830	36

6.8 Energy Air GmbH

Gründung: 30.12.1998	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie, die Versorgung der Kunden am Standort Flughafen Frankfurt Main mit Strom, Wärme und Kälte, die Erbringung von Energiedienstleistungen und die Beteiligung an versorgungswirtschaftlichen Infrastrukturprojekten für Verkehrsflughäfen und luftfahrtnahe Unternehmen.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 52.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Reiner Bergmann	

A. Allgemeines

Insgesamt erwartet die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2024 weitere Auswirkungen durch den intensiven Wettbewerb sowie den Ukraine-Krieg und die weiterhin aufwendige Umsetzung der Entlastungspakete zur Energiekrise. Mengen-/Umsatzrückgänge und steigende Beschaffungspreise wurden entsprechend berücksichtigt. Die Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2024 bei einem Umsatzvolumen von 122.431 T€ ein positives Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 4.430 T€.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Der Umsatz betrug im Geschäftsjahr 2023 140.216 T€ (Vj. 112.055 T€) und liegt damit mit 28.161 T€ über dem des Vorjahres. Auf die Segmente unterteilt entfallen für Strom 69.904 T€ (Vj. 59.049 T€), für Wärme 59.915 T€ (Vj. 41.703 T€) und für Kälte 10.328 T€ (Vj. 11.228 T€). Der Umsatzanstieg ist mit den gestiegenen Bezugskosten der Energiekrise und damit notwendigen Erhöhungen der Preise an Kunden begründet. In der Wärme gab es positive periodenfremde Effekte, zudem konnte die geplante Menge übertroffen werden.

Den Erlösen standen Aufwendungen (ohne Berücksichtigung der Zinsaufwendungen) in Höhe von 129.546 T€ (Vj. 103.202 T€) gegenüber, die sich wie folgt zusammensetzen: Materialaufwendungen in Höhe von 128.443 T€ (Vj. 102.115 T€), die im Wesentlichen die Energielieferungen und Netzdienstleistungen beinhalten, sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 1.103 T€ (Vj. 1.088 T€), wobei 948 T€ (Vj. 950 T€) auf anteilige Verwaltungskosten mit Mainova (SLA) entfallen. Die Materialaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 26.328 T€ gestiegen, erklärt durch die stark gestiegenen Bezugskosten aufgrund der Energiekrise.

Somit weist die Energy Air ein Ergebnis nach Steuern vor Ergebnisabführung an die Mainova in Höhe von 10.933 T€ (Vj 8.935 T€) aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
20.758	10.933	0

6.9 Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH

Gründung: 28.02.1991	Unternehmensgegenstand: Beteiligung an Energieversorgungsunternehmen im Land Thüringen einschließlich der Vertretung in den Organen dieser Unternehmen..
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 7.300.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Kögler	
Beteiligungen: Ohra Energie GmbH WerraEnergie GmbH Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH	Kapitalanteile: 1.628.464 € = 49,00 % 3.773.000 € = 49,00 % 1.577.400 € = 23,90 %

A. Allgemeines

Die Ertragslage der Gesellschaft als Beteiligungsholding ist von der operativen Ergebnisentwicklung der Beteiligungsgesellschaften abhängig. Anlässlich der von den Beteiligungen vorgelegten Unternehmensplanungen sowie eines Temperaturverlaufs entsprechend eines Normaljahres rechnet die Geschäftsführung für das Jahr 2024 mit einem Ergebnis nach Steuern in Höhe von 4,9 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH (EWT) verfügt als Beteiligungsholding über keine operative Geschäftstätigkeit. Der Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen aus den Beteiligungserträgen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr liegen diese mit 3,8 Mio. € über dem Vorjahresniveau (3,4 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen wie im Vorjahr 34 T€. Nach Hinzurechnung der deutlich gestiegenen Zinserträge von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 37 T€) aus der Verzinsung der liquiden Mittel im Cash-Pool der Mainova weist die EWT ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 4,5 Mio. € aus.

Die Vermögens- und Finanzlage der EWT zeigt sich analog zu den Vorjahren auch im abgelaufenen Geschäftsjahr positiv. Die Eigenmittel decken das langfristig gebundene Vermögen in vollem Umfang.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
50.284	4.505	0

6.9.1 Ohra Energie GmbH

Gründung: 27.05.1991		Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung, der Handel, der Transport und die allgemeine Versorgung mit Strom, Gas und Wärme auch aus erneuerbaren Energien sowie die Beratung Dritter und die Erbringung von Dienstleistungen in diesen Bereichen.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Kommunalbeteiligung Ohra Energie GmbH		1.694.933 € =	51,00 %
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH		1.628.464 € =	49,00 %
		3.323.397 € =	100,00 %
Geschäftsführung: Herr Michael Fischer			
Aufsichtsrat:		10 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr Klaus Reißig	
Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Dr. Constantin H. Alsheimer (bis 31.12.2023)	
		Herr Peter Arnold	
		Herr Jürgen Beese	
		Herr Lothar Herbst	
		Frau Anne Irmischer	
		Herr Günther Jobst	
		Herr Jens Leffler	
		Herr Alexander Mench	
		Herr Jörg Schlothauer	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):		Kapitalanteile:	
EDW Energiedienste GmbH		25.000 € =	100,00 %

A. Allgemeines

Die Entwicklung der Ohra Energie wird sehr stark von der zukünftigen Klima- und Energiepolitik und deren Auswirkungen auf die Energiewirtschaft abhängig sein.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Jahresüberschüsse für die Geschäftsjahre 2024 und 2025 leicht unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2023 liegen werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Ohra Energie erzielte im Berichtsjahr einen Gesamtumsatz von 60,1 Mio. € und damit 48,0 % mehr als im Vorjahr (40,6 Mio. €). Der Erdgasabsatz lag bei insgesamt 282,7 Mio. kWh. Dies sind 25,0 Mio. kWh oder 8,1 % weniger als im Vorjahr. Die Erlöse aus dem Erdgasverkauf betragen 34,2 Mio. €, 64,8 % mehr als im Vorjahr (20,7 Mio. €). Im Segment Strom ist der Umsatz preisbedingt und trotz Absatzrückgang um 24,1 % auf 4,5 Mio. € (Vj. 3,6 Mio. €) gestiegen. Der Absatzrückgang lässt sich auf Mengeneinsparungen zurückführen.

Die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Biomethan beliefen sich auf 13,1 Mio. € (Vj. 8,9 Mio. €) und trugen mit einem Anstieg von 4,2 Mio. € wesentlich zur Ergebnisverbesserung bei.

Durch den Anstieg des Preisniveaus ergab sich eine Erhöhung des Materialaufwands um 60,3 % auf 45,7 Mio. €. Der Personalaufwand erhöhte sich aufgrund tariflich orientierter Anpassungen auf 3,1 Mio. € (Vj. 2,6 Mio. €). Unter Berücksichtigung der gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (2,1 Mio. €) und der planmäßigen Abschreibungen (2,5 Mio. €) wird ein im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. € höheres Betriebsergebnis von 7,5 Mio. € erreicht. Der Jahresüberschuss beträgt 5,0 Mio. € (Vj. 4,2 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
53.681	5.013	42

6.9.1.1 EDW Energiedienste GmbH

Gründung: 01.08.2012	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der allgemeinen Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Telekommunikation und des Gebäude- und Facilitymanagements und die Beratung Dritter in diesen Bereichen.
Gesellschafter: Ohra Energie GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Volkmar Braune Herr Michael Fischer	

A. Allgemeines

Die EDW Energiedienste GmbH bemüht sich weiterhin mit ihren Partnern um die Entwicklung und Vermarktung innovativer Produkte. Für das Geschäftsjahr 2024 strebt die Gesellschaft eine Arbeitsgemeinschaft zur Einführung eines Nachhaltigkeitsmanagementsystem (CSR) als Grundlage für die Nachhaltigkeitsberichterstattung an. Im Geschäftsjahr 2024 sowie in den folgenden Jahren rechnet die Geschäftsführung mit positiven Geschäftsergebnissen auf dem Niveau der Vorjahre.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft erzielt im Geschäftsjahr 2023 einen Gesamtumsatz in Höhe von 148 T€ (Vj. 139 T€). Weiterhin werden sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 3 T€ (Vj. 4 T€) ausgewiesen. Unter Berücksichtigung von Personalaufwendungen in Höhe von 126 T€ (Vj. 105 T€) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 34 T€ (Vj. 31 T€) weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 11 T€ (Vj. Jahresüberschuss 2 T€) aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
44	-11	1

6.9.2 WerraEnergie GmbH

Gründung: 28.05.1991	Unternehmensgegenstand: Die Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wärme, Wasser, Flüssiggas, Telekommunikation sowie artverwandten Dienstleistungen der Ver- und Entsorgung.
Gesellschafter: Kommunalbeteiligungsgesellschaft mbH Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 3.927.000 € = 51,00 % 3.773.000 € = 49,00 % 7.700.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Hans Ulrich Nager	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	10 Mitglieder Herr Klaus Bohl Herr Dr. Constantin H. Alsheimer (bis 31.12.2023) Herr Peter Arnold Herr Lothar Herbst Herr Ralf Holland-Nell Herr Thomas Kaminski Herr Alexander Mench Herr Martin Müller Frau Diana Rauhut Herr Ronny Römhild
Beteiligungen: WerraEnergiedienste GmbH Energieversorgung Schmalkalden GmbH Immo.Serv. GmbH	Kapitalanteile: 51.129 € = 100,00 % 12.475 € = 49,90 % 12.475 € = 49,90 %

A. Allgemeines

Die Gesellschaft versorgt thüringenweit Kunden mit Erdgas, Strom und Flüssiggas. Aufgrund der geopolitischen Entwicklungen sind die Prognosen für das Geschäftsjahr 2024 weiterhin herausfordernd. Als Folge der dynamischen Entwicklung auch an den Rohstoffmärkten ist weiterhin von einer erhöhten Volatilität insbesondere der Preise auszugehen. Für das Geschäftsjahr 2024 rechnet die Geschäftsführung mit einem Jahresüberschuss leicht unterhalb des Niveaus des Vorjahres.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Berichtsjahr haben sich die Umsatzerlöse auf 88,1 Mio. € (Vj. 48,1 Mio. €) deutlich erhöht. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus preisbedingt höheren Erlösen aus dem Bereich Gasvertrieb. Der Materialaufwand ist im Wesentlichen wegen höheren Beschaffungskosten von 29,6 Mio. € auf 67,6 Mio. € gestiegen. Unter Berücksichtigung des Personalaufwands (6,3 Mio. €), der Abschreibungen (4,8 Mio. €), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (4,5 Mio. €), des Finanz- und Beteiligungsergebnisses (-1,2 Mio. €) sowie der Ertragssteuern (1,6 Mio. €) ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 3,6 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
90.268	3.594	89

6.9.2.1 WerraEnergiedienste GmbH

Gründung: 04.08.2008	Unternehmensgegenstand: Die Entwicklung, das Angebot und die Durchführung von Energiedienstleistungen und artverwandten Tätigkeiten wie die Übernahme des Produktmanagements für standardisierbare Energiedienstleistungen, die Übernahme des Gesamtprojektmanagements für individuelle Energiedienstleistungen, die Übernahme von Mess- und Abrechnungsdienstleistungen und -abwicklung in kaufmännischer Hinsicht.
Gesellschafter: WerraEnergie GmbH	Kapitalanteile: 51.129 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Hans Ulrich Nager	

A. Allgemeines

Nach einem Verlust im Geschäftsjahr 2023, welcher auf der zeitlich verzögerten Weitergabe der stark gestiegenen Bezugskosten an die Kund:innen zurückzuführen ist, erwartet die Geschäftsführung der WerraEnergiedienste GmbH für 2024 wieder ein positives Ergebnis in Höhe von 191 T€. Infolge der langfristig abgeschlossenen Contractingverträge mit Großkunden sowie der ebenfalls langfristig abgeschlossenen Wärmelieferungsverträge mit Endkunden kann weiterhin von einem operativen Geschäft auf einer stabilen Basis ausgegangen werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1.838 T€ (Vj. 1.417 T€) setzen sich im Wesentlichen aus Wärmelieferungen (1.207 T€), Contractingerlösen (395 T€) und Erlösen aus dem Stromverkauf (132 T€) zusammen.

Der Materialaufwand in Höhe von 1.381 T€ (Vj. 628 T€) beinhaltet mit 1.137 T€ (Vj. 387 T€) vornehmlich den Bezug von Erdgas von der WerraEnergie sowie mit 150 T€ (Vj. 143 T€) Fremdleistungsaufwendungen.

Unter Berücksichtigung des Personalaufwands (330 T€), der Abschreibungen (247 T€) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich ein Jahresverlust in Höhe von rund 166 T€ (Vj. Jahresüberschuss 177 T€), der infolge des Ergebnisabführungsvertrages mit der WerraEnergie GmbH von dieser übernommen wird.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.715	-166	7

6.10 Gasversorgung Main-Kinzig GmbH

Gründung: 16.10.1979	Unternehmensgegenstand: Versorgung mit Gas und Wärme.
Gesellschafter: Mainova AG Kreiswerke Main-Kinzig GmbH	Kapitalanteile: 4.300.000 € = 50,00 % 4.300.000 € = 50,00 % 8.600.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Ivars Gludausis	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	12 Mitglieder Herr Winfried Ottmann Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Tobias Appel Herr Peter Arnold Frau Sabrina Banovsky Herr Daniel Glöckner (bis 16.11.2023) Herr Oliver Habekost Herr Lothar Herbst Herr Jörg Heitzenröder Herr Martin Henkel Herr Christian Litzinger (seit 17.11.2023) Frau Diana Rauhut Herr LRat Thorsten Stolz
Beteiligungen: Main-Kinzig Netzdienste GmbH Energiedienste Main-Kinzig GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 70.000 € = 50,00 %

A. Allgemeines

Für das Jahr 2024 wird ein Rückgang bei den Umsatzerlösen Gas erwartet, diese Entwicklung wird jedoch durch reduzierte Bezugskosten kompensiert. Die Pachterlöse und Dienstleistungsentgelte bewegen sich nach Abzug von Sondereinflüssen auf dem geplanten Niveau. Das Finanzergebnis wird im Wesentlichen durch die Verlustübernahme der Main-Kinzig Netzdienste bestimmt. Aktuell wird davon ausgegangen, dass die Verlustübernahme und somit das Finanzergebnis auf dem Planniveau liegen wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse stiegen um 19.742 T€ auf 85.008 T€. Im Gasgeschäft erhöhten sich diese um 19.150 T€ vor allem durch Preisanpassungen sowie Kundenzuwächse im Bereich der Privatkunden. Die Netzpachterlöse inklusive Ertragszuschüssen und Materialverkauf reduzierten sich um 992 T€, wobei die Wärmedienstleistungen um 1.003 T€ stiegen. Ebenso waren Erhöhungen bei den Dienstleistungen gegenüber der Netzgesellschaft um 564 T€ sowie bei den Sonstigen Umsatzerlösen um 16 T€ zu verzeichnen.

Die Gesamtleistung belief sich auf 86.462 T€ und fiel damit um 20.039 T€ höher aus als im Vorjahr.

Der Materialaufwand betrifft hauptsächlich den Gaseinkauf und die Netzentgelte. Der Aufwand stieg um 18.012 T€ auf 57.692 T€. Der Personalaufwand sank um 244 T€ auf 8.831 T€. Die Abschreibungen fielen mit 4.246 T€ um 253 T€ höher aus als im Vorjahr. Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 4.285 T€ um 125 T€ über dem Vorjahreswert.

Das Betriebsergebnis bezifferte sich auf 11.408 T€ und stieg somit um 1.893 T€. Das Finanzergebnis fiel um 565 T€ auf -3.262 T€. Diese Veränderung ergab sich im Wesentlichen durch die Übernahme des gegenüber dem Vorjahr um 589 T€ höheren Verlusts der Netztochtergesellschaft gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag. Das Ergebnis nach Steuern fiel mit 3.916 T€ um 411 T€ höher aus. Der Jahresüberschuss belief sich auf 3.886 T€ gegenüber 3.468 T€ im Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
95.676	3.886	98

6.10.1 Main-Kinzig Netzdienste GmbH

Gründung: 13.06.2007	Unternehmensgegenstand: Der Betrieb von Gasversorgungsnetzen. Hiervon umfasst sind die Aufgabe der Verteilung von Gas sowie die Verantwortung für den Betrieb, die Wartung und den Ausbau des Gasversorgungsnetzes. Die Gesellschaft ist Netzbetreiberin im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes.
Gesellschafter: Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Andreas Barth	

A. Allgemeines

Um der negativen Ergebnisentwicklung zukünftig entgegenzuwirken, ist geplant, das bestehende Pachtmodell abzulösen und die Netzanlagen sowie die Mitarbeitenden des Netzbereiches auf die Netzgesellschaft zu übertragen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse 2023 liegen mit 16.201 T€ um 1.711 T€ über dem Vorjahr. Wesentliche Bestandteile sind die Durchleitungsentgelte der Gashändler, Erlöse aus der Biogaswälzung und Dienstleistungen gegenüber Dritten und verbundenen Unternehmen. Die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr resultieren im Wesentlichen aus höheren Durchleitungsentgelten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen mit 924 T€ (Vj. 1.697 T€) um 773 T€ niedriger aus. Sie setzen sich überwiegend aus weiterberechneten Herstellungsnebenkosten bei der Erweiterung des Gasnetzes und aus Rückstellungsaufösungen zusammen.

Der Materialaufwand beziffert sich auf 8.053 T€ (Veränderung +1.803 T€) und betrifft hauptsächlich die vorgelagerten Netzentgelte und Fremdleistungen, die sowohl von Arbeitnehmern der Muttergesellschaft als auch von Fremdfirmen erbracht werden.

Als Ergebnis 2023 hat die Gesellschaft einen Verlust von 3.131 T€ zu verzeichnen. Der Verlust wurde im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrags durch den Gesellschafter Gasversorgung Main-Kinzig GmbH übernommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.875	-3.131	2

6.11 Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG

Gründung: 05.08.2013	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die umfassende Erzeugung von und Versorgung mit Energie und Wärme sowie die Erbringung energienaher Dienstleistungen. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch alle Geschäfte, Maßnahmen und sonstigen Rechtshandlungen, die unmittelbar oder mittelbar mit dem Unternehmensgegenstand zusammenhängen.
Gesellschafter: Mainova AG Stadtwerke Hanau GmbH	Kapitalanteile: 20.040 € = 50,10 % 19.960 € = 49,90 % 40.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH (vertreten durch Herrn Matthias Fernitz und Herrn Winand Zeggel)	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft wird auf dem Gelände der ehemaligen Großauheimkaserne in Hanau ein Gasmotorenkraftwerk errichten und nach Auslaufen des Fernwärmebezugs von Stadtwerke Hanau GmbH aus dem Kraftwerk Staudinger voraussichtlich ab der zweiten Jahreshälfte 2025 die Fernwärme für die Stadt Hanau erzeugen. Aufgrund der Anlaufkosten für den Bau des Kraftwerks wird für die folgenden Geschäftsjahre von Jahresfehlbeträgen ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von -603 T€ (Vj. -359 T€) aus, der auf die Kommanditist:innen verteilt wird. Wie im Vorjahr wurden noch keine Umsätze erwirtschaftet. Als sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 41 T€ (Vj. 0 T€) ist eine Kostenerstattung erhalten. Der Materialaufwand in Höhe von 57 T€ (Vj. 48 T€) betrifft im Wesentlichen die Fremdleistungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 169 € (Vj. 155 T€) beinhalten im Wesentlichen Kosten für Versicherungen, Gutachten und Beratungsaufwendungen, Bankgebühren, die Aufwendungen für die kaufmännische Geschäftsbesorgung, Kosten für den Jahresabschluss sowie die Haftungsentschädigung und den Auslagenersatz an die Komplementärin. Das Finanzergebnis beträgt -418 T€ (Vj. 156 T€) und setzt sich aus 655 T€ Zinsaufwendungen und 237 T€ Zinserträgen zusammen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
59.299	-603	0

6.12 Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH

Gründung: 05.08.2013	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG mit Sitz in Hanau, die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszwecks der Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich die umfassende Erzeugung von und Versorgung mit Energie und Wärme sowie die Erbringung energienaher Dienstleistungen.
Gesellschafter: Mainova AG Stadtwerke Hanau GmbH	Kapitalanteile: 12.525 € = 50,10 % 12.475 € = 49,90 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Matthias Fernitz Herr Winand Zeggel	

A. Allgemeines

Der Jahresüberschuss der Gesellschaft resultiert aus der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung im Rahmen ihrer Stellung als Komplementärin bei der Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG. Für das Jahr 2024 wird mit einem Jahresüberschuss auf unverändertem Niveau gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr 2023 ein planmäßiges Ergebnis nach Steuern in Höhe von 1 T€ (Vj. 1 T€) aus. Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 8 T€ (Vj. 19 T€) resultieren aus der vertragsgemäßen Berechnung der Haftungsvergütung sowie der vertragsgemäßen Kostenübernahme durch die Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 7 T€ (Vj. 18 T€) betreffen im Wesentlichen kaufmännische Dienstleistungen sowie Beratungs- und Prüfungskosten. Aus der Verzinsung des Cash-Pools sind Zinserträge in Höhe von 1 T€ (Vj. 0 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
31	1	0

6.13 Hessenwasser GmbH & Co. KG

Gründung: 11.08.2004	Unternehmensgegenstand: Die Wassergewinnung, der Wasserbezug sowie die Aufbereitung, die Speicherung, der Transport und die Lieferung von Wasser an die Gesellschafterkunden und sonstige Dritte, wasserver- und entsorgungsnahе Dienstleistungen, insbesondere Labordienstleistungen, Betriebsführungen und Beratungen, sowie die Entsorgung von Abwasser. Zu diesem Zweck kann sie eigene Anlagen zur Wassergewinnung, zum Transport von Wasser und zur Abwasserentsorgung betreiben.
Gesellschafter: Mainova AG ENTEGA AG Zweckverband Riedwerke Kreis Groß-Gerau ESWE Versorgungs AG	Kapitalanteile: 6.000.000 € = 36,36 % 4.500.000 € = 27,28 % 3.000.000 € = 18,18 % 3.000.000 € = 18,18 % 16.500.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Hessenwasser Verwaltungs-GmbH (vertreten durch Frau Elisabeth Jreisat)	

A. Allgemeines

Im Rahmen der neuen Tarifstruktur werden insbesondere der hohe Anteil der Fixkosten und die im Rahmen der Vorhaltung durch Spitzenlast entstehenden Kosten verursachungsgerecht erfasst und abgerechnet. Um für notwendige Investitionen zukünftig weiterhin finanzielle Stabilität beizubehalten, wird Hessenwasser in den nächsten Jahren 50 % des Ergebnisses nach Steuern in eine Gewinnrücklage einstellen. Bereits die Aufstellung dieses Jahresabschlusses erfolgte unter dieser Voraussetzung der Teilgewinnverwendung. Durch die dargestellten Maßnahmen sieht sich Hessenwasser auch für die nächsten Jahre gut aufgestellt.

Insgesamt rechnet die Hessenwasser für das Jahr 2024 bei sinkenden Umsatzerlösen und entsprechend sinkenden Aufwendungen mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 9,9 Mio. €, von dem 50 % des Ergebnisses nach Ertragsteuern in die Gewinnrücklagen eingestellt werden sollen

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 hat der Wassergebrauch durch den nassen Sommer gegenüber dem Vorjahr deutlich abgenommen. Insbesondere ist der Verbrauch an dem, für die Hessenwasser bedeutsamen Spitzentag deutlich zurückgegangen.

Die Umsatzerlöse von 111.902 T€ (Vj. 104.159 T€) beruhen im Wesentlichen auf den inländischen Umsätzen mit den Gesellschafterkunden Mainova AG, ENTEGA AG, ESWE Versorgungs AG und mit Dritten. Die Erhöhung der Umsatzerlöse aus Wasserverkauf in Höhe von 97.700 T€ (Vj. 90.821 T€) resultiert bei gesunkenen Abgabemengen im Wesentlichen aus der Anwendung des neuen Tarifmodells. Neben den Umsatzerlösen aus Wasserverkauf wurden im Wesentlichen Erträge aus Laborleistungen und Erträge aus Geschäftsführung, hier insbesondere der Geschäftsführung des Wasserverbands Hessisches Ried, von insgesamt 14.202 T€ (Vj. 13.338 T€) erwirtschaftet.

Der Materialaufwand enthält als wesentliche Kostenarten die Aufwendungen für den Wasser- und Strombezug sowie die Abgaben für den Wasserverband Hessisches Ried und bezogene Fremdleistungen.

Insgesamt ist der Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 1.044 T€ auf 7.198 T€ gesunken. Aus dem Jahresüberschuss wird auf Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses eine Einstellung in die Gewinnrücklagen von 3.599 T€ vorgenommen, sodass ein Bilanzgewinn von 3.599 T€ verbleibt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
166.141	7.198	361

6.14 Hessenwasser Verwaltungs-GmbH

Gründung: 11.08.2004	Unternehmensgegenstand: Der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften. Die Gesellschaft ist insbesondere berufen, bei der Kommanditgesellschaft unter der Firma Hessenwasser GmbH & Co. KG die Rechtsstellung einer persönlich haftenden Gesellschafterin einzunehmen und deren Geschäfte zu führen.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Mainova AG	11.100 € = 36,33 %
ENTEKA AG	8.350 € = 27,33 %
Zweckverband Riedwerke Kreis Groß-Gerau	5.550 € = 18,17 %
ESWE Versorgungs AG	5.550 € = 18,17 %
	30.550 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Elisabeth Jreisat

Aufsichtsrat:	16 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Dr. Jörg Becker
Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Patrick Albert
	Herr Dr. Constantin H. Alsheimer
	Herr Dennis Blessing
	Herr Ronny Ehrlich
	Frau Katja Fassoth
	Herr Stefan Haas
	Herr Jörg Höhler
	Frau Anne-Rose Jung
	Frau Dr. Julia Klinger
	Herr Stefan Metzger
	Herr Heiko Müller
	Herr Ralf Schodlok
	Herr Franz-Rudolf Urhahn
	Frau Anja Weygand

A. Allgemeines

Der Jahresüberschuss der Gesellschaft resultiert aus der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung im Rahmen ihrer Stellung als Komplementärin bei der Hessenwasser GmbH & Co. KG. Für das Jahr 2024 wird mit einem Jahresüberschuss auf unverändertem Niveau gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren aus der vertraglich festgelegten Vergütung für die Übernahme der persönlichen Haftung der Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau, sowie aus der vertragsgemäßen Weiterverrechnung der Aufwendungen aus dem laufenden Geschäftsbetrieb.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Aufsichtsratsvergütung, die Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses, die Steuerberatung sowie Beiträgen zur IHK.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
118	3	0

6.15 Infranova Bioerdgas GmbH

Gründung: 16.12.2009	Unternehmensgegenstand: Planung, Errichtung und der Betrieb von Biogas-Aufbereitungsanlagen und deren Nebenanlagen sowie die Lieferung von in diesen Aufbereitungsanlagen erzeugtem Bioerdgas an Dritte.
Gesellschafter: Infrasite Beteiligungs GmbH Mainova AG	Kapitalanteile: 50.100 € = 50,10 % 49.900 € = 49,90 % 100.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Reiner Bergmann Herr Dr. Robert Schleich	

A. Allgemeines

Die Preisregelung der bestehenden Biogaslieferverträge zwischen der Infraseriv Höchst KG und der Infranova Bioerdgas GmbH, sowie zwischen der Infranova Bioerdgas GmbH und der Mainova AG wurden in 2020 neu verhandelt. Die Nachtragsverträge haben eine Laufzeit von sechs Jahren (1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2026). In 2022 gab es weitere Nachtragsverhandlungen zwischen der Infranova Bioerdgas GmbH und der Mainova AG. Hierbei wurde beschlossen, dass ab dem 1. Juli 2022 die jährliche Liefermenge auf 65.000 MWh Gas reduziert wird. Durch die zugrundeliegende Abnahmeverpflichtung bis Ende 2026 ist der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft abgesichert.

Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die Geschäftsführung Umsatzerlöse in Höhe von 5.237 T€ und ein Ergebnis aus Betriebstätigkeit in Höhe von 181 T€. Grund für den Rückgang des Ergebnisses aus Betriebstätigkeit sind die erwarteten steigenden Instandhaltungskosten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 5.158 T€ (Vj. 5.754 T€). Den Umsatzerlösen steht ein Materialaufwand in Höhe von 4.043 T€ (Vj. 4.488 T€) gegenüber, der hauptsächlich für den Bezug von Rohbiogas sowie sonstige Betriebskosten, wie die technische Betriebsführung und Hilfsenergien, anfiel.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (756 T€, Vj. 688 T€) sind die Kosten für die kaufmännische Betriebsführung, die Stellung der Geschäftsführer, Aufwendungen für Instandhaltungen und Versicherungen sowie sonstige Aufwendungen enthalten.

Das Ergebnis aus Betriebstätigkeit beträgt 341 T€ (Vj. 560 T€). Nach Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beträgt der Jahresüberschuss der Infranova Bioerdgas GmbH 254 T€ (Vorjahr 383 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.698	254	0

6.16 Lorenz Energie GmbH

Gründung: 08.11.2010	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und Vertrieb von Umwelanlagen, Solaranlagen und ähnlichen Einrichtungen auf eigenen und fremden Gebäuden und damit zusammenhängende Rechtsgeschäfte.
Gesellschafter: Mike Lorenz Mainova AG	Kapitalanteile: 155.000 € = 50,08 % 154.500 € = 49,92 % 309.500 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Mike Lorenz	

A. Allgemeines

Aufgrund der aktuellen Situation an den Energiemärkten ist die Nachfrage gerade im Bereich Photovoltaik und Speichertechnik sowie Wärmepumpen sehr hoch. Dies führt auch in diesen Segmenten zu Lieferproblemen. Insgesamt geht die Gesellschaft von einer weiterhin positiven Entwicklung aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse in Höhe von 12,0 Mio. € (Vj. 9,0 Mio. €) enthalten im Wesentlichen Erträge aus Photovoltaik, Heizung und Wärme, Elektrik, Stromtankstellen und Wartung.

Der Materialaufwand beläuft sich auf 7,3 Mio. € (Vj. 5,1 Mio. €) und betrifft Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie bezogene Waren. Der Anstieg ist insbesondere durch die Entwicklung der Umsatzerlöse verursacht. Der Anstieg des Personalaufwands um 442 T€ ist insbesondere auf die gestiegene Mitarbeiterzahl sowie auf allgemeine Tarifsteigerungen zurückzuführen.

Nach Abzug der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 969 T€, der Abschreibungen in Höhe von 95 T€, des Finanzergebnisses und der Steuern ergibt sich ein Jahresergebnis von 651 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.886	651	59

6.17 Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH

Gründung: 03.08.2009		Unternehmensgegenstand: Der Erwerb, das Halten und Verwalten sowie die Veräußerung von direkten oder indirekten Beteiligungen (einschließlich Minderheitsbeteiligungen) an anderen Unternehmen, insbesondere an Unternehmen, deren Gegenstand die Versorgung mit Energie und Wasser sowie artverwandte Dienstleistungen ist.	
Gesellschafter: Mainova AG		Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Peter Arnold Herr Martin Giehl Frau Diana Rauhut			
Beteiligungen: Thüga Holding GmbH & Co. KGaA		Kapitalanteile: 2.052.768 € = 20,53 %	

A. Allgemeines

In ihrer Funktion als Beteiligungsgesellschaft führt die MBG kein operatives Geschäft aus. Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft als Beteiligungsholding ist insbesondere von der Ergebnisentwicklung und den damit verbundenen Ausschüttungen der operativen Beteiligungsgesellschaften der Thüga AG abhängig, welche über die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA gehalten werden. Aus den sich hieraus ableitenden Ergebnissen der Thüga AG werden zukünftig mittelbar Ausschüttungen durch die MBG vereinnahmt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 46.459 T€ aus. Im Vorjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 42.250 T€ erwirtschaftet. Die im Jahr 2023 von Thüga Holding GmbH & Co. KGaA vereinnahmte Dividende war im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 Mio. € niedriger und betrug 50.293 T€. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden sonstige Zinsen und ähnliche Erträge aus der Verzinsung des Cashpools in Höhe von 8.291 T€ (Vj. 380 T€) erwirtschaftet.

Den vorgenannten Erträgen stehen in 2023 Zinsaufwendungen und Aufwendungen aus Zins-Swaps in Höhe von 12.061 T€ (Vorjahr 11.253 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 44 T€ (Vorjahr 43 T€) gegenüber. Zusammenfassend wird die Geschäftsentwicklung der MBG positiv bewertet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Beziehungen zum Haushalt**

Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2023 auf 218,40 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
781.589	46.459	0

6.18 Mainova Datacenter Holding GmbH

Gründung: 07.06.2023	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Gründung, der Erwerb, die Veräußerung, das Halten und Verwalten von Beteiligungen an Unternehmen gleichen oder ähnlichen Gegenstandes gem. Ziff. 2.2 in beliebiger Rechtsform, deren Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung, die Übernahme von zentralen Verwaltungs- und Kontrollaufgaben sowie die Beratung und Verrichtung von Dienstleistungen für Unternehmen sowie der Erwerb, die Veräußerung, Nutzung und Verwaltung von Schutzrechten aller Art sowie Finanzgeschäfte, soweit es hierfür keiner gesonderten behördlichen oder gesetzlichen Erlaubnis (insbesondere nach dem Kreditwesengesetz) bedarf. Gegenstand des Unternehmens ist ferner Erwerb, Planung, Bau, Ausbau und Betrieb von Rechenzentren und Rechenzentrumsgebäuden, Bereitstellung von elektrischer Energie, Kühlleistung, Sicherheit und weiterer Leistungen sowie Erwerb und Erschließung von Grundstücken zu diesem Zweck.
--------------------------------	--

Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
--------------------------------------	---

Geschäftsführung: Herr Jens Berger Herr André Domes	
--	--

Beteiligungen: Mainova WebHouse GmbH	Kapitalanteile: 21.250 € = 85,00 %
--	--

A. Allgemeines

Die Mainova Datacenter Holding GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag am 2. Juni 2023 von der Mainova AG als Alleingesellschafterin erworben und am 17. August 2023 im Handelsregister der Stadt Frankfurt am Main eingetragen. Sie fungiert als Holdinggesellschaft für die Mainova WebHouse GmbH.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse betreffen die Erlöse aus der kaufmännischen Dienstleistung gegenüber der Mainova WebHouse GmbH (vormals Mainova WebHouse GmbH & Co. KG) in Höhe von 43 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 96 T€ betreffen im Wesentlichen die Kosten für die kaufmännischen Dienstleistungen und Personalgestaltung gegenüber der Mainova in Höhe von 49 T€, Prüfungs-, Gerichts- und Notarkosten in Höhe von 34 T€, Gutachten und Beratungen in Höhe von 8 T€ sowie für die Prüfung des Jahresabschlusses in Höhe von 5 T€.

Die Zinserträge von verbundenen Unternehmen in Höhe von 1.592 T€ resultieren aus dem Darlehen gegenüber der Mainova WebHouse GmbH in Höhe von 1.586 T€ sowie aus der Saldenverzinsung des Cashpools mit der Mainova in Höhe von 6 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) <small>(Angabe ohne Geschäftsführung)</small>
102.930	1.046	0

6.19 Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Gründung: 29.09.2020	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes, die Beteiligung an Unternehmen zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten und deren Verwaltung.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 1.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH (Herr Moritz Möller, Frau Melanie Burkert)	
Beteiligungen:	Kapitalanteile:
CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG	5.000 € = 30 %
Ferme Eolienne de Migé SARL	100 € = 100 %
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000 € = 100 %
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	4.250 € = 85 %
Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	5.000 € = 100 %
Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	5.000 € = 100 %
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	5.000 € = 100 %
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	5.000 € = 100 %
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	5.000 € = 100 %
SEBG Energiepark GmbH	12.500 € = 50 %
Solea GmbH (ehem. Solea AG)	1.000.000 € = 74,9 %
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	10.000 € = 100 %
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	10.000 € = 100 %
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	25.000 € = 100 %
SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG	10.000 € = 12,5 %
WPE Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	25.000 € = 100 %
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000 € = 100 %

A. Allgemeines

Die Gesellschaft fungiert als Holding für die Beteiligungen der Mainova AG im Bereich Erneuerbare Energien. Wesentliche Ergebnistreiber sind die Beteiligungsergebnisse der Wind- und PV-Parks sowie der Projektentwicklungsgesellschaften sowie die Zinsen aus den Gesellschafterdarlehen. Es wird mit positiven Jahresergebnissen gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Das Geschäftsjahr 2023 war geprägt von der Übertragung der Anteile der CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG und SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG von der Mainova AG in die Gesellschaft und dem Erwerb von Anteilen an der Solea GmbH.

Insgesamt hat die Gesellschaft Erträge in Höhe von 9.101 T€ (Vj. 10.864) erzielt. Diese setzten sich zusammen aus Umsatzerlösen aus der kaufmännischen Betriebsführung für die Projektgesellschaften, Beteiligungserträgen in Höhe von 6.961 T€ (Vj. 10.807 T€), Zinserträgen aus den ausgereichten Gesellschafterdarlehen in Höhe von 1.605 T€ (Vj. 44 T€) sowie einer positiven Saldenverzinsung aus dem Cash-Pooling. Demgegenüber standen im Wesentlichen sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 200 T€ (Vj. 57 T€) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 364 T€ (Vj. 12 T€). Die betrieblichen Aufwendungen betrafen vor allem die kaufmännische Geschäftsbesorgung, Kosten für den Jahresabschluss sowie die Haftungsentschädigung und den Auslagenersatz an die Komplementärin. Im Geschäftsjahr ergab sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 8.442 T€ (Vj. 10.795 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
162.461	8.442	0

6.19.1 Mainova - Ferme Eolienne de Migé SARL

Gründung: 22.01.2007	Unternehmensgegenstand: Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen.
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 100 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Patrick Bessièrè Herr Marc-Peter Nauheim	

A. Allgemeines

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativen Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von 353 T€ (Vj. Jahresfehlbetrag -121 T€) aus. Wesentlicher Treiber für die Ergebnisentwicklung der Gesellschaft ist der Windertrag. Die Umsatzerlöse betragen insgesamt 2,37 Mio. € (Vj. 1,87 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen gegenüber dem Vorjahr unveränderte Abschreibungen von 1,17 Mio. € sowie Materialaufwand von 433 T€ (Vj. 419 T€) gegenüber. Der Materialaufwand beinhaltet die Wartungs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Migé. Das Jahresergebnis wird ferner durch das negative Finanzergebnis von 310 T€ (Vj. -303 T€), bedingt durch Zinsaufwendungen für die Kreditfinanzierung und Gesellschafterdarlehen der Mainova AG, beeinflusst.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.149	353	0

6.19.2 Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH

Gründung: 08.06.2011	Unternehmensgegenstand: Erzeugung von Strom und Gas aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Gases, die Beteiligung an Gesellschaften zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Christoph Hülse Herr Tobias Müller	

A. Allgemeines

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH nimmt die Gesellschaft die Geschäftsführung der nachstehend genannten Mainova Windparkgesellschaften wahr. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärgesellschaft der Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG sowie Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG und hat darüber hinaus kein operatives Geschäft.

Die Erträge von 29 T€ (Vj. 30 T€) resultieren aus den mit den Windparkgesellschaften vertraglich festgelegten Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 22 T€ (Vj. 22 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführungsgestaltung von der Mainova AG, kaufmännische Dienstleistungen durch die Mainova AG sowie Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
133.202	6	0

6.19.3 Mainova - Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG

Gründung: 03.11.2011	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	4.250 € = 85,00 %
Stadtwerke Hanau GmbH	125 € = 2,50 %
Stadtwerke Marburg GmbH	125 € = 2,50 %
Stadtwerke Mühlheim am Main GmbH	125 € = 2,50 %
Stadtwerke Neu-Isenburg GmbH	125 € = 2,50 %
Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH	125 € = 2,50 %
Werraenergie GmbH	125 € = 2,50 %
	5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
 Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Allgemeines

Die Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 1,3 Mio. € (Vj. 2,2 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich durch unterplanmäßige Preise am Strommarkt beeinflusst. Insgesamt hat die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 4,0 Mio. € (Vj. 5,2 Mio. €) erzielt. Den vorgenannten Erträgen stehen der Materialaufwand von 751 T€ (Vj. 758 T€), Abschreibungen in Höhe von 1,1 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 373 T€ (Vj. 461 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinserträge von 115 T€ (Vj. 59 T€) und Zinsaufwendungen in Höhe von 306 T€ (Vj. 391 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
17.356	1.334	0

6.19.4 Mainova PV Park 1 GmbH & Co. KG

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
31.12.2012	Die Errichtung, der Betrieb und die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes. Sie kann zur Erreichung des Gesellschaftszweckes auch Beteiligungen an anderen Gesellschaften eingehen.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	10.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung:	
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	

A. Allgemeines

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort des PV-Parks jeweils zu verzeichnenden Solaraufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1,6 Mio. € (Vj. 1,9 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die überdurchschnittliche Sonneneinstrahlung. Insgesamt hat die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 3,3 Mio. € (Vj. 3,6 Mio. €) erzielt. Diesen stehen der Materialaufwand von 241 T€ (Vj. 266 T€), Abschreibungen von 992 T€ (Vj. 992 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 147 T€ (Vj. 125 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinserträge in Höhe von 44 T€ (Vj. 1 T€) sowie Zinsaufwendungen von 20 T€ (Vj. 35 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.230	1.592	0

6.19.5 Mainova PV Park 3 GmbH & Co. KG

Gründung: 09.05.2011	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung, der Betrieb und die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stroms bzw. die Einspeisung des erzeugten Stroms nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG).
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 10.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	

A. Allgemeines

Die Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort zu verzeichnenden Solaraufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab. Die Ergebnisprognose für 2024 wird durch den noch nicht abgeschlossenen Modultausch negativ beeinflusst.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 0,4 Mio. € (Vj. 2,2 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch mangelhafte Solarmodule, welche die Leistung maßgeblich gemindert und Kosten für deren Austausch verursacht haben. In einer Reklamationslösung mit dem Hersteller wurde sich geeinigt, dass 80 Prozent der verbauten Module durch neue Module mit gleicher Leistung kostenlos ersetzt werden. Die Gesellschaft trägt allerdings die Kosten für den Austausch.

Insgesamt hat die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 3,7 Mio. € (Vj. 5,5 Mio. €) erwirtschaftet. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 294 T€ (Vj. 40 T€) und betreffen im Wesentlichen die Auflösungen von Rückstellungen und den Erlös aus dem Verkauf der mangelhaften Module. Den vorgenannten Erträgen stehen Materialaufwendungen in Höhe von 973 T€ (Vj. 456 T€), Abschreibungen von 1,6 Mio. € (Vj. 1,6 Mio. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 329 T€ (Vj. 315 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 653 T€ (Vj. 759 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
26.459	411	0

6.19.6 Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH

Gründung: 05.03.2012	Unternehmensgegenstand: Die Erzeugung von Strom und Gas aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Gases, die Beteiligung an Gesellschaften zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängenden Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Christoph Hülse Herr Tobias Müller	

A. Allgemeines

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH nimmt die Gesellschaft die Geschäftsführung der Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG und der CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG (bis 31.12.2023) wahr. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärin der Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG sowie bis zum 31.12.2023 gemeinsam mit der CEE 1. Windpark Verwaltungs GmbH als Komplementärin der CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG.

Die Erträge von 19 T€ (Vj. 20 T€) resultieren aus mit den Windparkgesellschaften vertraglich festgelegten Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen. Der Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt rund 16 T€ (Vj. 16 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführergestellung sowie kaufmännische Dienstleistungen durch die Mainova AG

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
35	3	0

6.19.7 Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG

Gründung: 15.11.2019	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. der Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 5.000 € = 100,00%
Geschäftsführung: Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	

A. Allgemeines

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt von der Errichtung des Windparks Kaisten und nach Inbetriebnahme von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnendem Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab. Sofern die gemäß Windgutachten prognostizierten Erträge erzielt werden, wird sich die Gesellschaft zukünftig wirtschaftlich solide entwickeln. Umgekehrt ergibt sich ein wirtschaftliches Risiko, sofern das erwartete Windaufkommen nicht eintritt und geringere Erlöse aus der Stromerzeugung generiert werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 23 T€ (Vj. 47 T€) führen zusammen mit Zinsaufwendungen von 6 T€ (Vj. 1 T€) zu einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 29 T€ (Vj. -48 T€) und beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für kaufmännische Dienstleistungen, die Weiterverrechnung von Kosten und Haftungsvergütung der Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Aufwendungen für Gutachten und Beratung und Fremdleistungen für Verwaltung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
240	-29	0

6.19.8 Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG

Gründung: 02.01.2019	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 5.000 € = 100,00%
Geschäftsführung: Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	

A. Allgemeines

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnendem Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 379 T€ (Vj. 456 T€) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich durch unterplanmäßige Preise am Strommarkt beeinflusst. Das Windaufkommen lag deutlich über dem Plan. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 870 T€ (Vj. 976 T€) erzielt. Den vorgenannten Umsätzen stehen Materialaufwendungen in Höhe von 164 T€ (Vj. 134 T€), Abschreibungen in Höhe von 258 T€ (Vj. 256 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 44 T€ (Vj. 44 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinserträge aus dem Cash-Pooling in Höhe von 13 T€ (Vj. 1 T€) und Zinsaufwendungen in Höhe von 29 T€ (Vj. 34 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.990	379	0

6.19.9 Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG

Gründung: 20.08.2011	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 5.000 € = 100,00%
Geschäftsführung: Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	

A. Allgemeines

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 1,2 Mio. € (Vj. 1,3 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich durch die unterplanmäßigen Strompreise beeinflusst.

Insgesamt erzielt die Gesellschaft Umsatzerlöse von 3,2 Mio. € (Vj. 3,2 Mio. €). Den vorgenannten Umsätzen stehen der Materialaufwand von 420 T€ (Vj. 393 T€), Abschreibungen von 834 T€ (Vj. 829 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 293 T€ (Vj. 277 T€) gegenüber. Der Materialaufwand beinhaltet die Wartungs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Niederhambach sowie die Zuführung zur Rückbaurückstellung.

Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 243 T€ (Vj. 281 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
14.017	1.172	0

6.19.10 Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG

Gründung: 31.08.2010	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 5.000 € = 100 %
Geschäftsführung: Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	
Beteiligungen: ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 1.440 € = 28,80 %

A. Allgemeines

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft ein Ergebnis nach Steuern von 1,5 Mio. € (Vj. 1,9 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich durch unterplanmäßige Preise am Strommarkt beeinflusst. Das Windaufkommen lag über dem Plan.

Insgesamt erzielt die Gesellschaft Umsatzerlöse von 3,5 Mio. € (Vj. 4,1 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen der Materialaufwand von 533 T€ (Vj. 501 T€), Abschreibungen von 887 T€ (Vj. 887 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 247 T€ (Vj. 256 T€) gegenüber. Der Materialaufwand beinhaltet die Wartungs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Remlingen und anteilig für das Umspannwerk Uettingen sowie die Zuführung zur Rückbaurückstellung. Darüber hinaus sind Zinserträge in Höhe von 56 T€ (Vj. 17 T€) und Zinsaufwendungen in Höhe von 184 T€ (Vj. 251 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
14.037	1.468	0

6.19.11 Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co KG

Gründung: 01.12.2009	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 5.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	

A. Allgemeines

Die zukünftige Ertragslage hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 0,8 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich durch unterplanmäßige Preise am Strommarkt beeinflusst. Das Windaufkommen lag über Plan.

Insgesamt erzielt die Gesellschaft Umsatzerlöse von 1,7 Mio. € (Vj. 2,2 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen Materialaufwendungen in Höhe von 244 T€ (Vj. 234 T€), Abschreibungen von 410 T€ (Vj. 408 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 157 T€ (Vj. 196 T€) gegenüber. Der Materialaufwand beinhaltet die Wartungs-, Betriebs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Siegbach. Darüber hinaus sind Zinserträge in Höhe von 30 T€ (Vj. 1 T€) und Zinsaufwendungen in Höhe von 26 T€ (Vj. 28 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.152	805	0

6.19.12 SEBG Energiepark GmbH

Gründung: 14.01.2021	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung und der Betrieb von Energieerzeugungsanlagen, der Vertrieb und die Vermarktung von Strom und damit verbundene Geschäfte und Leistungen.
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG SEBL Holding GmbH Solarenergie Boitzenburger Land GmbH	Kapitalanteile: 12.501 € = 50,004 % 6.251 € = 25,004 % 6.248 € = 24,992 % 25.000 € = 100,000 %
Geschäftsführung: Herr Dietrich Twietmeyer	

A. Allgemeines

Seit der Inbetriebnahme des „PV-Parks Boitzenburger Land“ im Juli 2023 speist der Park Strom aus erneuerbaren Energien in das Netz ein. Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort zu verzeichnenden Solaraufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab. Ab dem 01.01.2024 besteht ein Power Purchase Agreement (PPA) mit der Mainova Aktiengesellschaft.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 929 T€ (Vj. Jahresfehlbetrag -26 T€) aus. Die PV-Anlagen konnten ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme im Juli 2023 Strom aus erneuerbaren Energien in das Netz einspeisen.

Insgesamt hat die Gesellschaft Umsatzerlöse in der Höhe von 5.667 T€ (Vj. 0 T€) erzielt. Diese resultieren im Wesentlichen aus den eingespeisten Erzeugungsmengen, Herkunftsnachweisen sowie Redispatch- und Abregelungsmaßnahmen. Den vorgenannten Erträgen stehen Materialaufwendungen in Höhe von 486 T€ (Vj. 0 T€), Abschreibungen in Höhe von 2.016 T€ (Vj. 0 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 645 T€ (Vj. 24 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 1.237 T€ (Vj. 3 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
121.447	929	0

6.19.13 SOLEA GmbH

Gründung: 12.10.2023		Unternehmensgegenstand: Bau und Projektierung von Anlagen zur Energiegewinnung, insbesondere von Photovoltaikanlagen und solarthermischen Kraftwerken, Handel mit Photovoltaikanlagen, solarthermischen Anlagen, einzelnen Komponenten und Zubehör, Erwerb und Veräußerung von Grundstücken (genehmigungspflichtige Tätigkeiten nach § 34 c) GewO werden nicht ausgeübt) sowie Erbringung von Beratungsleistungen und anderer Dienstleistungen im Bereich der erneuerbaren Energien.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Eimannsberger, Walter		83.666 € =	8,37 %
Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		749.000 € =	74,90 %
Schweiger, Anton		83.666 € =	8,37 %
Sternner, Georg		83.666 € =	8,37 %
Geschäftsführung:			
Herr Anton Schweiger			
Herr Georg Sternner			
Herr Christian Nick			
Beteiligungen:		Kapitalanteile:	
Solea Montage GmbH i.L.		9.000 € =	100,00 %
Solea Service GmbH		413.000 € =	100,00 %
Solea Solarpark Holding GmbH		28.000 € =	100,00 %
Solea Pinpoint Energy GmbH		12.000 € =	50,00 %

A. Allgemeines

Die SOLEA GmbH ist entstanden durch formwechselnde Umwandlung der SOLEA AG mit dem Sitz in Plattling (Amtsgericht Deggendorf HRB 3022). Die Handelsregistereintragung erfolgte am 12.10.2023. Seit dem 30.10.2023 ist die SOLEA GmbH ein Tochterunternehmen der MAINOVA Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG in Frankfurt am Main. Die MAINOVA Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG ist mit 74,9 % an der SOLEA GmbH beteiligt.

Die Projektleistung ist im Berichtszeitraum von 56 MWp im Vorjahr auf 62 MWp in 2023 angestiegen. Mit mehr als 493 MWp (Vj. 431 MWp) insgesamt gebauten Projekten ist die SOLEA GmbH eine etablierte Generalunternehmerin im Markt.

Durch die strategische Entscheidung, die Projektentwicklung zu stärken, sich weitgehend auf das EPC-Geschäft in Deutschland zu konzentrieren sowie die gute Marktaussicht in Deutschland, geht die Gesellschaft davon aus, in der Zukunft die Umsatzerlöse und die Ertragslage weiter zu verbessern.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Umsatzerlöse 49.989 T€ (Vj. 30.822 T€). Die Gesamtleistung in 2023 mit 54.103 T€ liegt deutlich über dem Vorjahreswert von 36.628 T€. Der Materialaufwand mit 41.851 T€ erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreswert von 32.895 T€. Die Personalaufwendungen stiegen von 1.138 T€ auf 1.473 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und damit auch das Jahresergebnis 2023 beinhalten neutrale Aufwendungen im Zusammenhang mit der Bewertung und Ausbuchung von Forderungen in Höhe von 132 T€ (Vj. 411 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen von 1.408 T€ auf 2.514 €. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände betragen 54 T€ (Vj. 44 T€). Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 6.562 T€ (Vj. 393 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
35.424	6.562	

6.19.13.1 Solea Montage GmbH i.L

Gründung: 16.01.2023	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Montageleistungen und Stahlkonstruktionen
Gesellschafter: Solea GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Anton Schweiger	

A. Allgemeines

Die Solea Montage GmbH ist eine Beteiligung der Solea GmbH. Seit dem 30.10.2023 ist die Solea wiederum ein Tochterunternehmen der MAINOVA Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG in Frankfurt am Main. Der geplante Unternehmensgegenstand war im Wesentlichen Erbringung von Montageleistungen und Stahlkonstruktionen. Die Solea Montage verfügt über keine Beteiligungen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Solea Montage GmbH wurde in 2023 von der Solea GmbH gegründet mit dem Ziel Montageleistungen zu erbringen. Der Plan wurde allerdings von Solea verworfen, bevor es zu operativem Geschäft kam. Seit Ende 2023 befindet sich die Gesellschaft in Liquidation.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9	-2	0

6.19.13.2 Solea Pinpoint Energy GmbH

Gründung: 30.12.2013	Unternehmensgegenstand: Anbieten von Leistungen für Solarprojekte sowie Erwerben, Halten, Verwalten und Veräußern von Beteiligungen
Gesellschafter: Solea GmbH Pinpoint Ventures Holding UB	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 %
Geschäftsführung: Herr Pinpati Sudhakar Nandra Kishore Herr Georg Sterner	
Beteiligungen: Pinpoint Energy K1 Private Limited, Bangalore (Indien)	Kapitalanteile: 80.307 € = 39,08 %

A. Allgemeines

Die Solea Pinpoint Energy GmbH ist eine Beteiligung der Solea GmbH. Seit dem 30.10.2023 ist die Solea wiederum ein Tochterunternehmen der MAINOVA Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG in Frankfurt a. Main.

Der Unternehmensgegenstand ist im Wesentlichen das Halten der Beteiligung an der Pinpoint Energy K1 Private Limited.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Solea Pinpoint Energy hat abseits des Haltens der Beteiligung an der Pinpoint Energy K1 kein operatives Geschäft. Bei der Pinpoint Energy K1 handelt es sich um ein geplantes Solarprojekt in Indien, das allerdings nicht erfolgreich abgeschlossen wurde. Aktuell läuft ein Rechtsstreit zwischen den Gesellschaftern. Die Pinpoint Energy K1 verfügt daher auch über kein aktives operatives Geschäft mehr. Es ist geplant die Solea Pinpoint Energy aufzulösen, sobald der Rechtsstreit abgeschlossen ist.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
148	-0,7	0

6.19.13.3 Solea Service GmbH

Gründung: 14.05.2009	Unternehmensgegenstand: Wartung, Service und Installation von elektrischen Anlagen.
Gesellschafter: Solea GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Herr Anton Schweiger	
Herr Christian Nick	

A. Allgemeines

Die Solea Service GmbH ist eine Beteiligung der Solea GmbH. Seit dem 30.10.2023 ist die Solea wiederum ein Tochterunternehmen der MAINOVA Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG in Frankfurt am Main.

Der Unternehmensgegenstand ist im Wesentlichen die Wartung, der Service und die Installation von elektrischen Anlagen. Die Solea Service verfügt über keine Beteiligungen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Umsatzerlöse 1.337 T€ (i. Vj. 1.372 T€). Der Materialaufwand mit 554 T€ verringerte sich gegenüber dem Vorjahreswert von 641 T€. Die Personalaufwendungen stiegen von 480 T€ auf 532 T€. Das Geschäftsjahr 2023 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 41,7 T€ (i. Vj. 41,6 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
441	42	4

6.19.13.4 Solea Solarpark Holding GmbH

Gründung: 30.03.2020	Unternehmensgegenstand: Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen sowie Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften.
Gesellschafter: SOLEA GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Anton Schweiger Herr Georg Sterner Herr Christian Nick	

A. Allgemeines

Die Solea Solarpark Holding GmbH fungiert als Komplementärin für die von der Solea gegründeten Projektgesellschaften, welche der Planung und Errichtung von Solarparks dienen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Verkauf und Neugründung von einer Reihe von Projektgesellschaften.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
15,5	15	0

6.19.14 WPE-Hessische Windpark Entwicklungs GmbH

Gründung: 07.02.2012	Unternehmensgegenstand: Planung, Entwicklung und die Errichtung von Windparks an Land und der Verkauf von entwickelten und gegebenenfalls bereits errichteten Windparks sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Moritz Möller	
Beteiligungen: WP Fischborn Verwaltungs GmbH WP Fischborn GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 8.350 € = 33,33 % 5.000 € = 33,33 %

A. Allgemeines

Die weitere Ergebnisentwicklung der Gesellschaft hängt in besonderem Maße von der Genehmigungsfähigkeit der Projektpipeline ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Seit ihrer Gründung ist die WPE in der Sicherung von Standorten für Windparks aktiv. Seit 2021 wurde mit einer Wiederbelebung einzelner Projekte begonnen. Hierzu wurde u. a. eine Kooperation mit der HessenEnergie Gesellschaft für regenerative und rationelle Energienutzung mbH und der RENERTEC GmbH zur gemeinsamen Entwicklung des Windparks Fischborn in Birstein eingegangen und eine gemeinsame Projektgesellschaft gegründet.

Der Jahresfehlbetrag von 7 T€ (Vj. -8 T€) resultiert im Wesentlichen aus den sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die sich aus Fremdleistungen für die kaufmännischen Dienstleistungen der Mainova, Prüfungs- und Abschlusskosten sowie Steuerberatungskosten zusammensetzen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
183	-7	0

6.19.14.1 WP Fischborn GmbH & Co. KG

Gründung:

20.05.2021

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Einwerbung und Sicherung von Projektrechten sowie die Durchführung von Genehmigungsverfahren für die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. der Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.

Gesellschafter:

HessenEnergie Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH

RENERTEC GmbH Gesellschaft für regenerative und rationelle Energietechnik

WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH

Kapitalanteile:

5.000 € = 33,33%

5.000 € = 33,33%

5.000 € = 33,33%

Geschäftsführung:

WP Fischborn Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Fritz Gemmer)

A. Allgemeines

Es liegen keine aktuellen Daten vor.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Es liegen keine aktuellen Daten vor.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)

6.19.14.2 WP Fischborn Verwaltungs GmbH

Gründung: 28.07.2021	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der geschäftsführenden Komplementärsstellung der WP Fischborn GmbH & Co. KG.
Gesellschafter: HessenEnergie Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH RENERTEC GmbH Gesellschaft für regenerative und rationelle Energietechnik WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	Kapitalanteile: 8.350 € = 33,33% 8.350 € = 33,33% 8.350 € = 33,33%
Geschäftsführung: Fritz Gemmer	

A. Allgemeines

Es liegen keine aktuellen Daten vor.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Es liegen keine aktuellen Daten vor.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)

6.19.15 Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH

Gründung: 19.11.2010	Unternehmensgegenstand: Erzeugung von Strom und Gas aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Gases, die Beteiligung an Gesellschaften zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Christoph Hülse Herr Tobias Müller	

A. Allgemeines

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH nimmt die Gesellschaft die Geschäftsführung der Mainova PV-Parks wahr. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, und der Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main. Sie ist darüber hinaus nicht operativ tätig. Die Erträge von 15 T€ (Vj. 15 T€) resultieren aus den vertraglich festgelegten Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 13 T€ (Vj. 13 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführergestellung von der Mainova AG, kaufmännische Dienstleistungen durch die Mainova AG sowie die Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
32	2	0

6.19.16 CEE Mainova WP Kirchhain GmbH Co. & KG

Gründung: 30.07.2012	Unternehmensgegenstand: Betrieb von Windkraftanlagen.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
CEE Renewable Fund S.A., SICAV-FIS	2.625 € = 52,50 %
Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	1.500 € = 30,00 %
CEE Wind-Beteiligungen GmbH & Co. KG	875 € = 17,50 %
	5.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: CEE 1. Windpark Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christian Bertsch-Engel und Herrn Frank Grafe)	

A. Allgemeines

Gemäß Einbringungsvertrag vom 05.12.2023 wurden die Anteile von der Mainova AG an die Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG übertragen.

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativen Strom ab. Sofern die gemäß Windgutachten prognostizierten Erträge erzielt werden, wird sich die Gesellschaft zukünftig wirtschaftlich solide entwickeln. Umgekehrt ergibt sich ein wirtschaftliches Risiko, sofern das erwartete Windaufkommen nicht eintritt und geringere Erlöse aus der Stromerzeugung generiert werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 113 T€ (Vj. 1.907 T€) aus. Wesentlicher Treiber für die Ergebnisentwicklung ist der Windertrag. Insgesamt erzielt die Gesellschaft Umsatzerlöse von 3.257 T€ (Vj. 3.914 T€). Den vorgenannten Erträgen stehen gegenüber dem Vorjahr unveränderte Abschreibungen von 1.047 T€ sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 1.497 T€ (Vj. 958 T€) gegenüber. Der sonstige betriebliche Aufwand beinhaltet die Pachten sowie Wartungs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Kirchhain. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 551 T€ (Vj. 570 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
18.985	113	0

6.20 Mainova - Erneuerbare Energien Management GmbH

Gründung: 09.10.2020	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszwecks der vorgenannten Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Moritz Möller Frau Melanie Burkert	

A. Allgemeines

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH nimmt die Gesellschaft die Geschäftsführung der Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG wahr. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main. Sie ist darüber hinaus nicht operativ tätig.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 17 T€ (Vj. Umsatzerlöse in Höhe von 18 T€) resultieren aus der vertragsgemäßen Weiterverrechnung der Aufwendungen sowie der vertraglich festgelegten Haftungsvergütung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 17 T€ (Vj. 17 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführergestellung, für die Prüfung des Jahresabschlusses sowie kaufmännische Geschäftsbesorgung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
31	1	0

6.21 Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH

Gründung: 21.04.2005	Unternehmensgegenstand: Die Übernahme von Abrechnungsprozessen für andere Unternehmen, insbesondere Energieversorgungsunternehmen und artverwandte Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Niki Becker Herr Martin Sattler	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft ist dienstleistend für grundzuständige Messstellenbetreiberin tätig und darüber hinaus als wettbewerbliche Messstellenbetreiberin aufgestellt. Darüber hinaus erbringt sie Dienstleistungen für die Energie- und Wasserabrechnung, die Energiemarktprozesse, den Kundenservice und Dienstleistungen für Dritte. Für das Geschäftsjahr 2024 plant die Gesellschaft mit steigenden Umsatzerlösen und als Folge von gestiegenen Kosten für IT-Dienstleistungen und Fremdunterstützung mit einem im Saldo negativem Geschäftsergebnis in der Größenordnung von rund -4 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Insgesamt hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 63,2 Mio. € (Vj. 62,9 Mio. €) erzielt. Die Umsatzerlöse resultierten hauptsächlich aus Erlösen für die Erbringung von Mess-, Abrechnungs- und Servicedienstleistungen für die Mainova AG sowie die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH. Daneben wurden sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 0,7 Mio. € (Vj. 0,8 Mio. €) realisiert, die sich aus periodenfremden Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen sowie übrigen sonstigen Erträgen zusammensetzten. Nach Berücksichtigung von gestiegenen Materialaufwendungen in Höhe von 36,2 Mio. € (Vj. 33,1 Mio. €), Personalaufwendungen von 0,5 Mio. € (Vj. 0,5 Mio. €), planmäßigen Abschreibungen von 9 T€ (Vj. 9 T€) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 30,5 Mio. € (Vj. 29,7 Mio. €) weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 3,3 Mio. € (Vj. Ergebnis vor Gewinnabführung von 0,5 Mio. €) aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
12.152	-3.318	0

6.22 Mainova WebHouse GmbH

Gründung: 03.06.2020		Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, Planung, Bau, Ausbau und Betrieb von Rechenzentren und Rechenzentrumsgebäuden bei Bereitstellung von elektrischer Energie, Kühlleistung, Sicherheit und weiterer Leistungen sowie Erwerb und Erschließung von Grundstücken zu diesem Zweck.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Mainova AG		3.750 € =	15,00 %
Mainova Datacenter Holding GmbH		21.250 € =	85,00 %
Geschäftsführung:			
Herr Oliver Schiebel			
Herr Ewald Winter			
Beteiligungen:		Kapitalanteile:	
Mainova WebHouse Management GmbH		25.000 € =	100,00 %
MWH01 GmbH & Co. KG		5.000 € =	100,00 %

A. Allgemeines

Mit Vertrag vom 29. August 2023 wurden 85 % der Anteile in die Mainova Datacenter Holding GmbH, Frankfurt am Main, eingebracht.

Durch Gesellschafterbeschluss vom 30. August 2023 wurde die Gesellschaft in Mainova WebHouse GmbH (MWH), Frankfurt am Main, umgewandelt und am 25. September 2023 ins Handelsregister der Stadt Frankfurt am Main unter der Nummer HRB 132429 eingetragen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse in Höhe von 32.398 T€ (Vj. 0 T€) resultieren aus der Vertragsübernahmevereinbarung und dem Projektmanagement Vertrag mit der MWH01 GmbH & Co. KG in Höhe von 32.200 T€, der vertraglich festgelegten kaufmännischen Dienstleistung in Höhe von 24 T€, aus Mieterträgen in Höhe von 131 T€ und einer Dienstbarkeitsentschädigung in Höhe von 43 T€. In den Mieterträgen sind 59 T€ für Vorjahre enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 674 T€ (Vj. 12 T€) betreffen im Wesentlichen die Weiterberechnung von Beratungskosten in Höhe von 354 T€ und Miete in Höhe von 190 T€. Im Vorjahr waren Personalerstattungen in Höhe von 10 T€ und die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2 T€ enthalten.

Der Materialaufwand in Höhe von 27.674 T€ (Vj. 6 T€) betrifft die Vertragsübernahmevereinbarung und den Projektservicevertrag mit der MWH01 GmbH & Co. KG. Im Vorjahr war in dieser Position ausschließlich Aufwendungen für Energielieferungen enthalten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
156.057	-2.432	12

6.22.1 Mainova WebHouse Management GmbH

Gründung: 28.07.2020	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova WebHouse GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszweck der Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich Erwerb, Planung, Bau, Ausbau und Betrieb von Rechenzentren und Rechenzentrumsgebäuden bei Bereitstellung von elektrischer Energie, Kühlleistung, Sicherheit und weiterer Leistungen sowie Erwerb und Erschließung von Grundstücken zu diesem Zweck.
Gesellschafter: Mainova WebHouse GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Ewald Winter Herr Oliver Schiebel	

A. Allgemeines

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2024 die Geschäftsführung der MWH01 GmbH & Co. KG sowie der neu gegründeten Gesellschaften MWH02 GmbH & Co. KG, MWH03 GmbH & Co. KG sowie MWH04 GmbH & Co. KG wahrnehmen. Für ihre Tätigkeit und ihr Haftungsrisiko erhält die Gesellschaft neben dem Ersatz ihrer Aufwendungen jährlich eine Haftungsvergütung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 459 T€ (Vj. 601 T€) resultieren aus der vertraglich festgelegten Haftungsvergütung sowie den Kostenweiterbelastungen. Der Personalaufwand beträgt 412 T€ (Vj. 563 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Kosten KFZ Leasing, Bewirtung und Reisekosten, die kaufmännischen Dienstleistungen durch die Mainova, die Prüfung des Jahresabschlusses sowie Steuerberatung. Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresüberschuss von 1 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
 Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- Organe der Gesellschaft**
 Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
208	1	2

6.22.1.1 MWH01 GmbH & Co. KG

Gründung: 16.01.2023	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, Planung, Bau, Ausbau und Betrieb von Rechenzentren und Rechenzentrumsgebäuden bei Bereitstellung von elektrischer Energie, Kühlleistung, Sicherheit und weiterer Leistungen sowie Erwerb und Erschließung von Grundstücken zu diesem Zweck
Gesellschafter: Mainova WebHouse GmbH	Kapitalanteile: 5.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Mainova WebHouse Management GmbH, vertreten durch Herrn Ewald Winter und Herrn Oliver Schiebel	

A. Allgemeines

Die MWH01 ist für ein Grundstück in Frankfurt am Main Ostend einen langfristigen Pachtvertrag eingegangen und errichtet hierauf ein Rechenzentrums-Campus, bestehend aus zwei Gebäuden. Der Rechenzentrums-Campus ist bereits über einen langfristigen Mietvertrag an einen Kunden vermietet. Die Übergabe wird für Gebäude 1 im Herbst 2024 geplant, Gebäude 2 soll im Frühjahr 2025 folgen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.120 T€ aus. Im Geschäftsjahr 2023 wurden keine Umsätze erwirtschaftet. Es sind im Jahr 2023 sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 1.091 T€ angefallen. Wesentliche Posten unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen die Mieten und Pachten in Höhe von 730 T€, die Kostenerstattung und Haftungsvergütung der Komplementärin in Höhe von 242 T€ sowie mehrere kleinere Positionen.

Die Geschäftsentwicklung der MWH01 im Jahr 2023 ist wie geplant erfolgt und wird bis 2025 maßgeblich durch den Bau zweier Rechenzentrumsgebäude (ein Campus bestehend aus zwei Gebäuden) in Frankfurt am Main bestimmt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
172.465	-1.120	0

6.23 Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG

Gründung: 28.12.2007	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. der Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 6.000 € = 100,00%
Geschäftsführung: Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt sechs verschiedene Windparks an unterschiedlichen Standorten. Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 1,1 Mio. € (Vj. 1,6 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich durch unterplanmäßige Preise am Strommarkt beeinflusst.

Insgesamt hat die Gesellschaft im Jahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 4,2 Mio. € (Vj. 5,2 Mio. €) erzielt. Ferner werden sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 96 T€ (Vj. 125 T€) verzeichnet, die sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen, einer Schadensersatzzahlung aus einem Blitzschaden sowie einer Verfügbarkeitspönale ergeben.

Den vorgenannten Erträgen stehen Materialaufwendungen in Höhe von 736 T€ (Vj. 676 T€), Abschreibungen in Höhe von 1,4 Mio. € (Vj. 1,4 Mio. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 268 T€ (Vj. 310 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinserträge im Wesentlichen aus dem Cash-Pooling in Höhe von 71 T€ (Vj. 3 T€) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 136 T€ (Vj. 161 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
13.271	1.098	0

6.24 NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH

Gründung: 21.04.2005	Unternehmensgegenstand: Das Pachten, Verwalten, Betreiben und die Instandhaltung von Elektrizitäts-, Gasversorgungs-, Fernwärme-, Wasserversorgungs- und Abwassernetzen nebst Zubehör und Telekommunikationslinien für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere für die Mainova AG, Frankfurt am Main.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 500.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Torsten Jedzini Herr Mirko Maier	

A. Allgemeines

Die Regulierung und die sich weiter verschärfende diesbezügliche Gesetzgebung werden die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auch zukünftig maßgeblich beeinflussen. Neben Digitalisierungs- und Standardisierungsprojekten wird der Geschäftsverlauf auch durch das hohe Investitionsvolumen in die Versorgungsnetze geprägt. Unter Abwägung der Chancen und Risiken erwartet die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2024 ein negatives Jahresergebnis vor Verlustübernahme von rund 17 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Für das Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag (vor Verlustübernahme) in Höhe von -29,2 Mio. € (Vj. -18,3 Mio. €) aus. Das Geschäftsjahr war weiterhin durch die Anreizregulierung sowie weiter gestiegene Investitionen in die Netze geprägt.

Insgesamt erzielt die Gesellschaft im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 806,4 Mio. € (Vj. 651,4 Mio. €). Die Erlöse aus Netznutzung Strom steigen um 23,5 Mio. € auf 291,4 Mio. €. Die Erlöse aus Netznutzung Gas erhöhen sich um 4,6 Mio. € auf 136,8 Mio. €. Die Erlöse aus Verkäufen eingespeister Strommengen nehmen um 8,8 Mio. € auf 32,6 Mio. € zu. Den Erlösen stehen Aufwendungen für den Bezug der eingespeisten Strommengen gegenüber. Aus Betriebsführungsentgelten für Wasser- und sonstige Netze erwirtschaftet die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 17,6 Mio. € (Vj. 20,5 Mio. €). Ferner werden Erträge aus Investitionsmaßnahmen, Auftragsabrechnung und sonstigen Leistungen von 186,2 Mio. € (Vj. 136,8 Mio. €) erzielt. Die sonstigen betrieblichen Erträge verringern sich um 4,0 Mio. € auf 4,2 Mio. €. Der Materialaufwand steigt um 162,4 Mio. € auf 731,6 Mio. €. Bereinigt um die Aufwendungen aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung Strom und Gas, denen nahezu in gleicher Höhe Erlöse gegenüberstehen, erhöht sich der Materialaufwand um 74,4 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhen sich um 0,6 Mio. € auf 98,2 Mio. €. Im Geschäftsjahr ergab sich im Wesentlichen aufgrund erhaltener Zinserträge im Rahmen der Saldenverzinsung des Finanzmittelkontos ein positives Finanzergebnis.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
106.474	-29.153	26

6.25 Oberhessische Gasversorgung GmbH

Gründung: 14.10.1977	Unternehmensgegenstand: Versorgung mit Gas und Wärme.
Gesellschafter: Mainova AG Ovag Energie AG	Kapitalanteile: 1.800.000 € = 50,00 % 1.800.000 € = 50,00 % 3.600.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Stefan Hammer Herr Holger Reuss	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	10 Mitglieder Frau Diana Rauhut Herr Joachim Arnold Herr Peter Arnold Herr Rene Gehringer Herr Thorsten Hankel Herr Uwe Kettner Frau Elfriede Pfannkuche Frau Christina Stoyanow Herr Oswin Veith Herr Mathias Walther
Beteiligungen: Oberhessengas Netz GmbH	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %

A. Allgemeines

Für 2024 rechnet die Gesellschaft mit Umsatzerlösen von ca. 29 Mio. €, einem Ergebnis vor Ertragssteuern von knapp 1,8 Mio. € sowie einem Jahresüberschuss von 1,0 Mio. €. Für die 100 %ige Tochter Oberhessengas Netz wird 2024 bei niedrigeren Umsatzerlösen und Materialaufwendungen ein höherer operativer Netzverlust bei Verlustübernahme von 1,0 Mio. € erwartet.

Zum 1. Februar 2024 wird der Geschäftsführer Holger Reuss altersbedingt aus dem Unternehmen ausscheiden. Seine Nachfolge übernimmt Andreas Biermann, der schon langjährig dem Unternehmen angehört und zuletzt in der Funktion des Vertriebsleiters tätig war.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 68,7 % auf 37,1 Mio. € erhöht. Diese Veränderung ist im Wesentlichen auf preisbedingt trotz Mengenrückgang gestiegene Gaserlöse und arbeitspreisbedingt sowie durch den Zubau weiter gestiegener Contractingerlöse zurückzuführen.

Die Aufwendungen für den Erdgasbezug stiegen deutlich überproportional zu den Gaserlösen um insgesamt 132,9 % an, während sich die Netznutzungsentgelte nur um 13,1 % erhöhten. Zugleich stieg der Personalaufwand durch die höhere Erfolgsbeteiligung und die Einstellungen von Mitarbeitenden an, während die Abschreibungen nahezu unverändert blieben. Höhere Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsverluste (+97 T€) beeinflussten wesentlich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Das Betriebsergebnis liegt 3,6 Mio. € über dem Vorjahr. Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr wegen der höheren Verlustübernahme für Oberhessengas Netz von 0,7 Mio. € (Vorjahr 0,4 Mio. €) trotz des verbesserten Zinsergebnisses verschlechtert und der Steueraufwand beträgt 2,0 Mio. € (Vorjahr 0,8 Mio. €), sodass ein Jahresüberschuss von 3,6 Mio. € zu verzeichnen ist.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
36.032	3.554	17

6.25.1 Oberhessengas Netz GmbH

Gründung: 06.12.2006	Unternehmensgegenstand: Das Pachten, Verwalten, Betreiben und Instandhalten von Gasversorgungsnetzen nebst Zubehör für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere für die Oberhessische Gasversorgung GmbH.
Gesellschafter: Oberhessische Gasversorgung GmbH	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Markus Summ	

A. Allgemeines

Für 2024 erwartet die Gesellschaft den Bau von ca. 27 neuen Netzanschlüssen und bei Umsatzerlösen von knapp 7,9 Mio. € ein Betriebsergebnis von -985 T€ bei Steuergutschriften von 345 T€.

Trotz der nach wie vor stark zunehmenden regulatorischen Anforderungen sowie der Verwerfungen auf den Energiemärkten ist die Gesellschaft gut aufgestellt, um Herausforderungen zu meistern.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bei konstanten Netznutzungsentgelten gingen sowohl die Konzerndienstleistungen (327 T€; Vj. 630 T€) als auch die abgegrenzte Umlage der Biogasaufwendungen für 2023 (704 T€; Vj. 1.114 T€) deutlich zurück. Das stärker negative Ergebnis nach Steuern beruht überwiegend darauf, dass neben nicht bilanzierten regulatorischen Mindererlösen von rd. 403 T€ nach der verbotenen Erlösobergrenze sich der Materialaufwand nur unterproportional verminderte und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen. Die Umsatzerlöse liegen unter Berücksichtigung der Bestandsänderungen aus zum Jahresende abgeschlossenen und fakturierten Bauleistungen deutlich unter Plan. Da sich zugleich der Personalaufwand und die Abschreibungen nur gering verringerten, hat sich das Betriebsergebnis deutlich verschlechtert.

Das nach zu erstattenden Steuerumlagen in Höhe von 286 T€ ausgewiesene Jahresergebnis vor Verlustausgleich von -670 T€ (Vorjahr -432 T€) wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der Alleingesellschafterin übernommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.477	-670	16

6.26 REmain GmbH & Co. KG

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
08.06.2020	Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung von Immobiliarsachvermögens durch zum Beispiel Kauf, Verkauf, Vermietung, Projektierung der eingebrachten oder später vorhandenen Grundstücke und sonstigen Immobilien.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Mainova AG	5.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung:	
REmain Management GmbH (vertreten durch Herrn Uwe Kettner und Herrn Michael Scholz)	

A. Allgemeines

Die Geschäftsentwicklung ist maßgeblich von der Vermarktung von Grundstücken durch Kauf, Verkauf, Vermietung und /oder Projektierung abhängig.

Die Gesellschaft wird auch im Jahr 2024 mit der Verwaltung und Vermietung von Grundstücken und der darauf errichteten Bauten tätig sein. Dabei liegen die geplanten Umsatzerlöse für das Geschäftsjahr 2024 mit 1.180 T€ annähernd auf dem Niveau der Umsatzerlöse im Berichtsjahr. Dies ist vor allem auf Pachterlöse aus dem Abschluss eines Erbpachtvertrages mit der MWH01 GmbH & Co. KG zurückzuführen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 531 T€ (Vj. 144 T€) aus. Es konnten 1.170 T€ (Vj. 511 T€) an Umsätzen aus laufenden Mietverträgen erwirtschaftet werden. Aus Kostenweiterbelastungen resultieren im Berichtszeitraum sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 11 T€. Den vorgenannten Umsätzen stehen im Jahr 2023 insbesondere Abschreibungen in Höhe von 61 T€ (Vj. 61 T€), sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 89 T€ (Vj. 42 T€) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 483 T€ (Vj. 254 T€) und Ertragsteuern in Höhe von 10 T€ (Vj. 10 T€) gegenüber.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
15.952	531	0

6.27 REmain Management GmbH

Gründung: 01.07.2020	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der REmain GmbH & Co. KG mit Sitz in Frankfurt am Main, die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszwecks der Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich die Verwaltung des Immobiliarsachvermögens durch zum Beispiel Kauf, Verkauf, Vermietung, Projektierung der eingebrachten oder später vorhandenen Grundstücke und sonstige Immobilien.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Uwe Kettner Herr Michael Scholz	

A. Allgemeines

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2024 die Geschäftsführung der REmain GmbH & Co. KG wahrnehmen. Für ihre Tätigkeit und ihr Haftungsrisiko erhält die Gesellschaft neben dem Ersatz ihrer Aufwendungen jährlich eine Haftungsvergütung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Erträge in Höhe von 5 T€ (Vj. 17 T€) resultieren aus der vertragsgemäßen Weiterverrechnung der Aufwendungen sowie der vertraglich festgelegten Haftungsvergütung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 5 T€ (Vj. 16 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die kaufmännischen Dienstleistungen durch die Mainova AG, für die Prüfung des Jahresabschlusses sowie für Steuerberatungskosten. Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresüberschuss von 1 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
32	1	0

6.28 Service4EVU GmbH

Gründung: 23.03.2011	Unternehmensgegenstand: Übernahme des Abrechnungsprozesses und Kundenbetreuung für andere Unternehmen, insbesondere Energieversorgungsunternehmen sowie artverwandte Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova AG N-ERGIE Kundenservice GmbH	Kapitalanteile: 50.000 € = 50,00 % 50.000 € = 50,00 % 100.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Rolf Grus Herr Klaus Reimann	

A. Allgemeines

Die Ertragslage der Gesellschaft basiert auf den Rahmenvereinbarungen mit den Gesellschaften. Diese sehen eine Verrechnung der Leistungen entsprechend des Wirtschaftsplans vor. Für das Geschäftsjahr 2024 wird mit einem Umsatz auf Vorjahresniveau und einem niedrigeren Jahresüberschuss gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 748 T€ (Vj. 368 T€) erwirtschaftet. Das Geschäftsjahr war wesentlich geprägt durch die Umsetzung der gesetzlichen Preisbremsen bei den Auftraggebern und den damit verbundenen Maßnahmen in den Kundenservice-Einheiten der Gesellschaft. Die Umsatzerlöse betragen 13,3 Mio. € (Vj. 13,3 Mio. €) und resultieren in einer Höhe von 8,2 Mio. € aus Leistungen des Standortes Coburg und 5,1 Mio. € aus Leistungen des Standortes Nürnberg. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 245 T€ (Vj. 2,0 Mio. €) betreffen im Wesentlichen die Inanspruchnahme von Service-Center-Dienstleistungen. Der Personalaufwand stieg auf 9,3 Mio. € (Vj. 8,1 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vj. 2,7 Mio. €) setzen sich im Wesentlichen aus Miet- und Pacht aufwendungen, Fremdleistungen für den kaufmännischen Bereich, Kfz-Kosten sowie Fortbildungskosten zusammen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.704	748	243

6.29 SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH

Gründung: 02.11.2006	Unternehmensgegenstand: Planung, Betrieb, Instandhaltung, Erneuerung und Erweiterung von Beleuchtungseinrichtungen für öffentliche und private Beleuchtungsobjekte sowie das Angebot und die Durchführung von damit zusammenhängenden Energiedienstleistungen und artverwandten Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Erfert	

A. Allgemeines

Neben dem Geschäftsfeld der Betriebsführung für die öffentliche Straßenbeleuchtung liegt der Fokus auf der Planung und dem Bau von Beleuchtungsanlagen. Für das Geschäftsjahr 2024 plant die Geschäftsführung ein positives Ergebnis vor Ergebnisabführung unter dem Niveau des Vorjahres.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Rahmen des Betriebsführungsvertrages mit der Mainova AG erbringt die Gesellschaft Wartungs-, Inspektions- und Instandhaltungsdienstleistungen für rund 65.000 Elektroleuchten, rund 3.600 Gasleuchten sowie rund 5.500 U-Bahnleuchten. Der Gesamtumsatz aus der Betriebsführung der Beleuchtungsanlagen in der Stadt Frankfurt ist gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben. Die Umsatzerlöse aus den Betriebsführungen in den Städten Bürstadt und Lampertheim mit rund 6.218 Lichtpunkten liegen über Vorjahresniveau. Im Geschäftsfeld Planung und Bau von Beleuchtungsnetzen konnten leicht mehr als die geplanten Maßnahmen realisiert werden. Diese Umsatzerlöse liegen über dem Niveau des Vorjahres.

Der Gesamtumsatz beträgt im Geschäftsjahr 22,2 Mio. € und liegt um 3,3 Mio. € über dem des Vorjahres. Unter Einbeziehung der Bestandsveränderungen und sonstigen betrieblichen Erträge erhöht sich die Betriebsleistung um 2,6 Mio. € auf 23,9 Mio. €. Die Materialaufwendungen von 16,5 Mio. € (Vj. 15,3 Mio. €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, für bezogene Fremdleistungen sowie für die Personalgestellung durch die Mainova AG. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 2,3 Mio. € (Vj. 2,4 Mio. €). Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung an die Mainova Aktiengesellschaft von 4,7 Mio. € (Vj. 3,4 Mio. €) aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
12.484	4.741	0

6.30 Stadtwerke Hanau GmbH

Gründung: 04.12.1972	Unternehmensgegenstand: Die umfassende Versorgung mit Energie, insbesondere Strom, Gas und Fernwärme und Wasser, die Anbindung städtischer und anderer kommunaler Einrichtungen und Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hanau an Informationswege, der Betrieb des Mainhafens Hanau und öffentlicher Badeanstalten für Bürger/-innen der Stadt Hanau sowie die Beteiligung am öffentlichen Personennahverkehr durch Drittunternehmen.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Beteiligungsholding Hanau GmbH	7.515.050 € = 50,10 %
Mainova AG	7.485.000 € = 49,90 %
	15.000.050 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Martina Butz

Aufsichtsrat:

18 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr OB Claus Kaminsky

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Dr. Constantin H. Alsheimer

Herr Peter Arnold

Herr Günter Betz

Herr Dr. Maximilian Bieri

Herr Jens Böhringer

Herr Thomas Christen

Herr Martin Giehl

Frau Angelika Gunkel

Frau Isabelle Hemsley

Herr Berthold Leinweber

Herr Michael Radtke

Herr Stv Oliver Rehbein

Herr Peter Schmidt

Herr Stv Thomas Straub

Herr Klaus Temmen

Herr Michael Truckenbrodt

Frau Dagmar Wolf

Konsortialausschuss:

5 Mitglieder

Ausschussvorsitz:

Herr OB Claus Kaminsky

Ausschussmitglieder:

Herr Dr. Constantin H. Alsheimer

Herr Peter Arnold

Frau Isabelle Hemsley

Herr Markus Menzen

Beteiligungen:

Kapitalanteile:

Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	19.960 € = 49,90 %
Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	12.475 € = 49,90 %
Hanau Netz GmbH	50.000 € = 100,00 %
PionierWerk Hanau GmbH	12.450 € = 49,90 %

A. Allgemeines

Die Stadtwerke Hanau GmbH (SWH) ist das lokale Energiedienstleistungsunternehmen der Stadt Hanau. Die SWH ist in der Stadt Hanau und den umliegenden Gemeinden die führende Versorgerin für die Lieferung von Strom, Erdgas, Wärme und Trinkwasser. Die Aktivitäten sind in die vier Geschäftsfelder Standardprodukte, dezentrale Energie, Strom- und Gasnetz sowie Wasserversorgung unterteilt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse betragen in 2023 insgesamt 176.248 T€ gegenüber 108.589 T€ im Vorjahr. Davon entfielen 164.371 T€ auf das Energie- und Wassergeschäft. Das bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 69,3 %. Hier schlug sich bei allen Medien mit Ausnahme von Wasser die Weitergabe der Preissteigerungen auf den Energiemärkten an die Kund:innen nieder.

Da der Materialaufwand hauptsächlich Energiebeschaffungskosten beinhaltet, folgt dieser grundsätzlich der Entwicklung der Umsatzerlöse. In 2023 betrug der Materialaufwand 140.122 T€ und lag damit um 88,6 % über dem Vorjahr (74.279 T€).

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter inkl. Sozialabgaben sowie Aufwendungen für Altersvorsorge beliefen sich im Berichtsjahr auf 11.584 T€. Damit ist zum Niveau des Vorjahres (11.408 T€) nur eine geringe Steigerung um 1,5 % zu verzeichnen. Die Abschreibungen lagen mit 7.115 T€ um 7,4 % über dem Vorjahresniveau (6.625 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr (11.697 T€) um 2.685 T€ auf 14.382 T€, insbesondere durch umsatzbedingt gestiegene Konzessionsabgaben und höhere Energiesteuerzahlungen, angewachsen. In der Position sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 459 T€ (i. Vj. 328 T€) enthalten.

Das Finanzergebnis betrug -563 T€ und war damit um 540 T€ besser als im Vorjahr (-1.103 T€). Hier schlagen sich gegenüber dem Vorjahr zusätzliche Zinserträge auf Einlagen bei der BeteiligungsHolding Hanau GmbH (BHG) bei einem negativen Ergebnis der Tochtergesellschaft Hanau Netz GmbH (HNG) nieder.

Aufgrund des mit der BHG abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages wird das Jahresergebnis 2023 in Höhe von 7.715 T€ (Vj. 7.906 T€) vollständig abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, der Konsortialausschuss und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
196.763	7.715	134

6.30.1 Hanau Netz GmbH

Gründung: 15.10.2012	Unternehmensgegenstand: Das Pachten, Verwalten, Betreiben und Instandhalten von Elektrizitäts-, Gasversorgungs-, Fernwärme-, Wasserversorgungs- und Abwassernetzen nebst Zubehör und Telekommunikationslinien für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere für die Stadtwerke Hanau GmbH mit Sitz in Hanau. Die Gesellschaft stellt Dritten die von ihr betriebenen Netze entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Energiewirtschaftsgesetzes, zur Verfügung, eröffnet ihnen den Netzzugang und schließt Dritte, insbesondere Letztverbraucher, in gleicher Weise an das von ihr betriebene Netz an und ermöglicht ihnen so den Netzanschluss. Die Gesellschaft ermittelt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben die wirtschaftlichen Bedingungen und Entgelte für Netzzugang und Netzanschluss und stellt die technischen Bedingungen für einen sicheren und zuverlässigen Transport von Energie und Wasser sicher.
Gesellschafter: Stadtwerke Hanau GmbH	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Adrian Szabó	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	18 Mitglieder Herr OB Claus Kaminsky Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Peter Arnold Herr Günter Betz Herr Dr. Maximilian Bieri Herr Jens Böhringer Herr Thomas Christen Herr Martin Giehl Frau Angelika Gunkel Frau Isabelle Hemsley Herr Berthold Leinweber Herr Michael Radtke Herr Stv Oliver Rehbein Herr Peter Schmidt Herr Stv Thomas Straub Herr Klaus Temmen Herr Michael Truckenbrodt Frau Dagmar Wolf

A. Allgemeines

Die Hanau Netz GmbH (HNG) ist Netzbetreiberin für das Strom- und das Gasverteilungsnetz gemäß dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie grundzuständige Messstellenbetreiberin. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erstreckte sich das Tätigkeitsgebiet der HNG auf das Versorgungsgebiet der Stadt Hanau sowie in der Sparte Gas auf die benachbarte Gemeinde Großkrotzenburg. Das Wasserverteilungsnetz der SWH wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr als Betriebsführerin betrieben.

Zum Geschäftsjahresende hat die HNG die Straßenbeleuchtungsanlagen von der Stadt Hanau sowie Straßenbeleuchtungs- und Verkehrssignalanlagen von der Hanau Energiedienstleistungen und -managementgesellschaft mbH (HEMG), Hanau, übernommen und wird künftig für deren Bewirtschaftung sorgen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 konnte die Gesellschaft deutlich höhere Umsatzerlöse als im Jahr 2022 erzielen. Die Umsatzerlöse betragen 86,7 Mio. € (Vj. 67,2 Mio. €). Dies ist insbesondere auf gestiegene Erträge im Bereich der

Mehr- und Mindermengenabrechnung zurückzuführen. Die Erlöse aus Netznutzung stiegen in der Sparte Strom und Gas im Vergleich zu dem vorherigen Berichtszeitraum. Ferner konnten deutlich gesteigerte Erlöse im Bereich der Bautätigkeit, beeinflusst durch den Bau eines Umspannwerkes, erzielt werden.

Den Erlösen stand ein Materialaufwand von 75,2 Mio. € (Vj. 49,3 Mio. €) gegenüber. Der Anstieg steht in direktem Zusammenhang mit den gestiegenen Beträgen aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung und dem gesteigerten Investitionsmaßnahmenvolumen. Die Aufwendungen für vorgelagerte Netzkosten in der Elektrizitäts- und der Gasverteilung stiegen korrespondierend zu den Erlösen aus Netznutzung an.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
28.888	-539	127

6.31 Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH

Gründung: 17.12.1954	Unternehmensgegenstand: Der Bau, die Errichtung, der Betrieb, die Vermietung und Verpachtung von Anlagen, die der Fortleitung von Energien und Energieträgern aller Art, auch von Wasser und Abwasser, dienen, sowie erforderlichenfalls deren Miete und Pacht, der Tief- und Straßenbau, der Rohrleitungsbau (Gas, Trinkwasser, Fernwärme, Strom, Telekommunikation), die Beteiligung an solchen und ähnlichen Unternehmungen sowie die Erledigung aller den Geschäftszwecken mittelbar oder unmittelbar dienenden Geschäften, Entwicklungs- und Forschungsarbeiten auf den vorgenannten Gebieten.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
HOCHTIEF Infrastructure GmbH	463.500 € = 45,00 %
Mainova AG	307.970 € = 29,90 %
ENTEKA AG	258.530 € = 25,10 %
	1.030.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Dirk Heesen
--

Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Walter Kubick
Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Holger Klein
	Frau Cordelia Müller
	Herr Andreas Niedermaier
	Herr Dirk Schenke
	Herr Winand Zeggel

A. Allgemeines

Die breite Aufstellung der Gesellschaft in sämtlichen Segmenten des Rohrleitungs- und Kabelleitungsbau sowie die überregionale Ausrichtung sichern auch weiterhin das Geschäft. Für 2024 erwartet die Gesellschaft einen Umsatz von 33 Mio. € und ein gegenüber dem Vorjahr reduziertes, aber weiterhin deutlich positives Nachsteuerergebnis.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Das Geschäftsjahr 2023 wurde mit einer Bauleistung von 37.843 T€ und somit 25,7 % über Vorjahresniveau (Vj. 30.115 T€) abgeschlossen. Das Jahresergebnis erhöhte sich von 2.702 T€ auf 5.114 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
24.792	5.114	158

7.1 ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH

Gründung: 17.08.2011	Unternehmensgegenstand: Die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz sowie die Entwicklung und Veräußerung von Grundstücken ist.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Junker	

A. Allgemeines

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Beteiligung als Gesellschafterin an Gesellschaften des ABG-Konzerns, deren Gegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz, ist.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Als Komplementärin der Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG und der ABG Riedberg GmbH & Co. KG, jeweils ohne Kapitaleinlage, hat die ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH im Geschäftsjahr 2023 die Geschäfte der oben genannten zwei Kommanditgesellschaften geführt. Zudem war sie als persönlich haftende Gesellschafterin dieser Gesellschaften tätig. Unternehmensgegenstand dieser Gesellschaften ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Frankfurt am Main, die Errichtung einer Immobilie sowie die langfristige Vermietung und Verwaltung der Liegenschaft. Die Gesellschaft ist bei diesen Unternehmen zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
 Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
 Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) <small>(Angabe ohne Geschäftsführung)</small>
22	-10	0

7.2 ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH

Gründung: 17.08.2011	Unternehmensgegenstand: Die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz sowie die Entwicklung und Veräußerung von Grundstücken ist.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Junker	

A. Allgemeines

Die ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH war persönlich haftende Gesellschafterin der ABG Erste Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz, sowie die Entwicklung und Veräußerung von Grundstücken ist, ohne Kapitalbeteiligung und Stimmrechte. Zum 31.12.2015 ist die ABG Erste Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG aus der Kommanditgesellschaft ausgeschieden. Seitdem ruht das operative Geschäft der Gesellschaft.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ruht zurzeit.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
10	-7	0

7.3 ABG Krifteler Wäldchen GmbH

Gründung: 17.08.2011	Unternehmensgegenstand: Entwicklung von Grundbesitz, seine Baureifmachung, seine Planung und Bebauung mit Gebäuden nebst den dazugehörigen Verkehrseinrichtungen sowie die anschließende wirtschaftliche Verwertung (z. B. Vermietung, Vermarktung und Veräußerung). Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft Projektentwicklungs- und Projektsteuerungsleistungen, auch dienstleistend gegenüber Dritten.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Junker	

A. Allgemeines

Bereits im Geschäftsjahr 2021 hat die Gesellschaft ein Grundstück in Kriftel im Main-Taunus-Kreis erworben. Es war zunächst beabsichtigt, hier ein Wohnungsbauprojekt selbst zu realisieren.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Projektentwicklung wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr zunächst noch weitergeführt. Innerhalb der Unternehmensgruppe wurde Ende 2023 entschieden, das Projekt zur Realisierung auf die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) in 2024 zu übertragen und das Grundstück an die ABG zu veräußern.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
 Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- Organe der Gesellschaft**
 Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.309	-27	0

7.4 ABG Riedberg GmbH & Co. KG

Gründung: 22.06.2017	Unternehmensgegenstand: Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie die Verpachtung, Vermietung und Verwaltung von Gebäuden auf diesen Liegenschaften.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	23.725 € = 94,90 %
Groß & Partner Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	1.275 € = 5,10 %
	25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Junker	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft bewirtschaftet die eigenen Liegenschaften, 97 Wohneinheiten, vier Gewerbeobjekte sowie eine Tiefgarage mit 204 Kfz-Stellplätzen umfassen. Da die Gesellschaft kein eigenes Personal beschäftigt, besteht mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH ein entsprechender Geschäftsbesorgungsvertrag.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Situation auf dem für die Gesellschaft relevanten Wohnungsmarkt ist nach wie vor durch eine zufriedenstellende Nachfrage gekennzeichnet. Eine Änderung dieser Lage ist zumindest kurz- und mittelfristig aufgrund des ständigen Zuzuges in das Rhein-Main-Gebiet nicht in Sicht. Es sind derzeit keine nachhaltigen negativen Entwicklungen des für die Gesellschaft relevanten Marktes mit nennenswerten Auswirkungen auf die Ertragssituation des Unternehmens zu erkennen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
41.851	-158	0

7.5 Bäderbaugesellschaft mbH

Gründung: 11.07.2017	Unternehmensgegenstand: Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz sowie die Entwicklung von Grundstücken einschließlich deren Bebauung ist.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Junker	

A. Allgemeines

Die Bäderbaugesellschaft mbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG, deren Unternehmensgegenstand der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Frankfurt am Main und die Errichtung eines Familienbades in Frankfurt am Main ist. Die Gesellschaft ist bei diesem Unternehmen zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Bäderbaugesellschaft mbH hat im Geschäftsjahr 2023 die Geschäfte der Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG geführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
20	-1	0

7.6 CP Campus Projekte GmbH

Gründung: 23.12.2010	Unternehmensgegenstand: Erwerb von Grundstücken, deren Entwicklung, Bebauung, Bewirtschaftung und Vermarktung sowie die Übernahme von Aufgaben, die im Bereich des Städtebaus und der Infrastruktur anfallen.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jörg Dreisbach Herr Harald Horstkotte	

A. Allgemeines

Auf einem ca. 2.903 qm großen Grundstück in Frankfurt am Main wurden 79 Eigentumswohnungen durch eine gemeinsame Projektgesellschaft der GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen und der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH erstellt. Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal und bedient sich zur Ausführung des Gesellschaftszwecks der Personalkapazitäten ihrer Gesellschafter.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Sämtliche Wohnungen sind bereits im Jahr 2015 an die Erwerber und Erwerberinnen übergeben worden. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich daher auf die Abwicklung von Gewährleistungsansprüchen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.791	-392	0

7.7 EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH

Gründung: 07.12.2017	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Wohnbauflächen in den Kommunen des Rhein-Main-Gebietes unter besonderer Berücksichtigung der Ausweisung von Wohnbauflächen für bezahlbaren Wohnraum. Gegenstand des Unternehmens ist ferner die Förderung und Umsetzung von Wohnraumentwicklungskonzepten in den Kommunen der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main. Gegenstand ist zudem die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Baulandentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte. Hierzu gehören insbesondere die Besorgung der städtebaulichen Planung (einschließlich der damit zusammenhängenden Fachplanung), alle Maßnahmen der Grundstückssicherung und der Herstellung ihrer Baureife sowie die Übernahme der Aufgaben als Erschließungsträger.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	12.500 € = 50,00 %
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, Wiesbaden	12.500 € = 50,00 %
	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Frank Junker
Herr Roland Stöcklin

Aufsichtsrat:	12 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Andreas Kowol
Mandatsträger der Stadt Frankfurt	Herr StR Sieghard Pawlik
	N.N.
	N.N.
	N.N.
	N.N.
	N.N.
Weitere Aufsichtsratsmitglieder	Herr Stv Christian Diers
	Herr Dimitri Schulz (MdL)
	Herr StR Andreas Kowol
	Frau Stv Konstanze Küpper
	Frau Stv Sabine Ludwig-Braun
	Herr Stv André Weck

Frauenquote:
Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)
0 %

A. Allgemeines

Die Gesellschaft bietet Kommunen der Metropolregion weiterhin ihre Dienstleistung als kompetenter Partner u. a. in der Entwicklung von wohnungswirtschaftlichen Flächenpotentialen an. In diesem Rahmen werden über die bestehenden Geschäftskontakte hinaus konstruktive Gespräche mit weiteren Kommunen geführt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2023 wurden drei Projekte bearbeitet. Darüber hinaus erfolgten akquisitorische Aktivitäten. Die Akquisen befinden sich in unterschiedlichen Gesprächs-/Bewerbungs-/Verhandlungsphasen und sind erfahrungsgemäß von langwierigen Entscheidungsprozessen der potentiellen Auftraggeber:innen abhängig.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
83	1	0

7.8 Hellerhof GmbH

Gründung: 20.05.1901		Unternehmensgegenstand: Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, die Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr im eigenen und fremden Namen. Vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Bei der Wohnungsversorgung sind im Besonderen auch Wohnungssuchende zu berücksichtigen, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH		13.238.050 € =	86,83 %
Deutsche Annington Beteiligungsverwaltungs GmbH, Düsseldorf		2.007.950 € =	13,17 %
		15.246.000 € =	100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Junker			
Beteiligungen:		Kapitalanteile:	
Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH		5.200 € =	20,00 %

A. Allgemeines

Mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) bestehen ein Beherrschungs- sowie ein Geschäftsbesorgungsvertrag. Der Wohnungsbestand betrug per 31.12.2023 insgesamt 6.363 Wohnungen. 2.014 Wohnungen (31,7 %) sind preis- bzw. belegungsgebunden. Infolge des Geschäftsbesorgungsvertrags beschäftigt die Hellerhof GmbH kein eigenes Personal mehr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Um eine nachhaltige Vermietbarkeit zu gewährleisten, bilden die Instandhaltungs- und Modernisierungstätigkeit sowie die Verbesserung des Wohnumfeldes die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Hierfür wurden im Geschäftsjahr 2023 € 15,70 Mio. von der Gesellschaft bereitgestellt (Vorjahr 15,80 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
208.257	11.860	0

7.9 Merton Wohnprojekt GmbH

Gründung: 02.10.1969	Unternehmensgegenstand: Der Ankauf von Grundstücken, Gebäuden und grundstücksgleichen Rechten, deren Entwicklung, Erschließung, Beplanung und Bebauung mit Wohn- und Geschäftshäusern im eigenen Namen und für eigene Rechnung sowie deren Bewirtschaftung, Verwaltung, Vermietung, Verpachtung und Veräußerung, ohne Durchführung eigener handwerklicher Tätigkeiten. Es werden Tätigkeiten ausgeübt, die unter § 34c GewO fallen.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH GEA Real Estate GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.600 € = 50,00 % 25.600 € = 50,00 % 51.200 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Gerd Hofmann Herr Frank Junker	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal und bedient sich zur Ausführung des Gesellschaftszwecks der Personalkapazitäten ihrer Gesellschafter.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Tätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Abwicklung der Gewährleistungsansprüche für die bereits in Vorjahren veräußerten Wohngebäude im Mertonviertel in Frankfurt am Main.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
 Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
 Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.342	-11	0

7.10 MIBAU GmbH

Gründung: 06.10.1930		Unternehmensgegenstand: Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH		4.285.050 € =	92,09 %
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH		367.950 € =	7,91 %
		4.653.000 € =	100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Junker			

A. Allgemeines

Mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) bestehen ein Beherrschungs- sowie ein Geschäftsbesorgungsvertrag. Der Wohnungsbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert (1.955 Wohnungseinheiten, davon 84,3 % Stadtgebiet Frankfurt am Main und 15,7 % Stadt Eschborn). 22,2 % (Vj. 21,2 %) der Wohnungen sind preisgebunden. Hinzu kommt das an die Wohnheim GmbH verpachtete Studentenwohnheim mit 84 Zimmern in 21 abgeschlossenen Wohnungen und 484 Garagen- und Kfz-Abstellplätze. Infolge des Geschäftsbesorgungsvertrags beschäftigt die MIBAU GmbH kein eigenes Personal mehr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Interesse einer nachhaltigen Vermietbarkeit des Bestandes bildeten die Instandhaltungs- und Modernisierungstätigkeit sowie Wohnumfeldverbesserungen den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit. Hierfür wurden im Geschäftsjahr 2023 5,8 Mio. € (Vorjahr 5,0 Mio. €) von der Gesellschaft investiert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
42.541	3.706	0

7.11 Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG

Gründung: 21.12.2012	Unternehmensgegenstand: Erwerb von zwei Grundstücken in der Hahnstrasse sowie die Bebauung, Sanierung, Renovierung, Vermietung, Verpachtung und Verwaltung dieser Grundstücke bzw. den darauf stehenden Gebäuden. Ebenfalls umfasst vom Unternehmensgegenstand ist die Tätigkeit nach § 34c Abs. 1 Ziffer 3. Lit. A) GewO. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch anderer Unternehmen bedienen.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Max Baum Speicherstraße GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 9.400 € = 94,00 % 600 € = 6,00 % 10.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	

A. Allgemeines

Mit Wirkung zum 01.01.2015 hat die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) 94 % der Kommanditanteile an der Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG erworben. Die Bebauung umfasst 102 zur Vermietung bestimmte Wohneinheiten, drei Gewerbeobjekte sowie eine Tiefgarage mit insgesamt 181 Kfz-Stellplätzen. Außerdem wurden bereits im Jahr 2018 63 Eigentumswohnungen und 63 Kfz-Stellplätze fertiggestellt und an die Erwerber und Erwerberinnen übergeben.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Bewirtschaftung der Liegenschaften erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die ABG. Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Das Jahresergebnis liegt aufgrund höherer Instandhaltungskosten und des gestiegenen Zinsniveaus unter dem Vorjahreswert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
 Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- **Organe der Gesellschaft**
 Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
38.060	257	0

7.12 Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH

Gründung: 22.02.2017	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und Verwaltung einer Tiefgarage in Frankfurt am Main sowie die Ausübung aller damit zusammenhängenden Geschäfte.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Tower 90 Tiefgaragen GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Junker Herr Marcus Püttmer	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft wurde in 2017 zu dem Zweck gegründet, eine Tiefgarage auf dem Gelände des Güterplatzes zu errichten. Die technische und kaufmännische Betreuung erfolgt durch die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH in Abstimmung mit der zweiten Gesellschafterin.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Tiefgarage wurde im Geschäftsjahr 2023 fertiggestellt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
 Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- Organe der Gesellschaft**
 Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
17.721	-4	0

8.1 ABG Projekte GmbH

Gründung: 14.06.1999	Unternehmensgegenstand: Die Entwicklung von Grundbesitz, seine Baureifmachung, seine Planung und Bebauung mit Gebäuden nebst den dazugehörigen Verkehrseinrichtungen sowie die anschließende wirtschaftliche Verwertung (z. B. Vermietung, Vermarktung und Veräußerung). Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft Projektentwicklungs- und Projektsteuerungsleistungen, auch dienstleistend gegenüber Dritten. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, das Projekt Theodor-Stern-Kai kauf- und werkvertraglich abzuwickeln.
Gesellschafter: Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Eckert	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft erbringt vor allem Projektentwicklungs- und Projektmanagementleistungen für den Konzern ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG). Darüber hinaus übernimmt sie auch den Vertrieb von Eigentumswohnungen des Konzerns und für Dritte. Eigene Bauträgerprojekte werden zurzeit nicht realisiert und sind zurzeit auch nicht geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2023 bestand Vollausslastung des Personals durch die Abwicklung der bestehenden Aufträge und durch die Akquisition neuer Aufträge.

Im Bereich Projektmanagement wurden diverse Baumaßnahmen der ABG in Form von Bauherrenmandaten durch Personalgestellung betreut. In diesem Rahmen wurden auch verschiedene Projektentwicklungen der ABG und das Neubaukostencontrolling unterstützt.

Aufgrund des mit der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages werden die Jahresergebnisse an die FAAG abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
358	97 (vor Gewinnabführung)	17

8.2 FAAG Technik GmbH

Gründung: 21.04.2004	Unternehmensgegenstand: Das Erbringen von Architekten- und Ingenieurleistungen sowie die Durchführung aller damit zusammenhängenden Aufgaben. Die Gesellschaft ist auch zum Betrieb sonstiger Geschäfte berechtigt, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind, insbesondere zur Beteiligung an anderen Unternehmungen gleicher oder verwandter Art sowie zum Abschluss von Kooperations- u. a. Verträgen. Die Gesellschaft ist weiterhin berechtigt zur Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr in eigenem Namen für eigene und fremde Rechnung unter Verwendung von Vermögenswerten von Erwerbern, Pächtern, sonstigen Nutzungsberechtigungen, von Bewerbern um Erwerbs- oder Nutzungsrechte, sowie zur wirtschaftlichen Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Baubetreuer im fremden Namen für fremde Rechnung.
Gesellschafter: Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	Kapitalanteile: 4.000.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jörg Dreisbach Herr Frank Leistner	

A. Allgemeines

Die FAAG Technik GmbH erbringt Architekten- und Ingenieurleistungen im Bereich Hoch- sowie Tiefbau. Darüber hinaus werden auch Leistungen der Projektsteuerung und SiGeKo-Leistungen (Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator) erbracht.

Tätig ist die FAAG Technik GmbH im Hochbau in den Bereichen Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Flughafen, Messe, Sport- und Kulturbauten sowie im Tiefbau im Bereich von Straßen, Brücken, Radwegebau, Erschließungsmaßnahmen und Leitungsbau. Ein Großteil der Leistungen wird für den ABG-Konzern erbracht.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Auftragslage der FAAG Technik GmbH war im Jahr 2023 positiv.

Die bereits im Jahr 2022 zu erkennenden Auswirkungen durch den Krieg in der Ukraine, vor allem auf den Energiemärkten und die damit verbundenen Einschränkungen und Preissteigerungen führten auch im Jahr 2023 dazu, dass Projekte durch Auftraggeber:innen erst mit größerem zeitlichen Verzug wieder aufgenommen werden konnten bzw. Auftraggeber:innen weiterhin auf eine sich beruhigende Marktsituation warten, um ruhende Projekte fortzusetzen. Eine Änderung der Situation ist in Ansätzen zu erkennen, führt aber zurzeit noch nicht zu gesteigerten Auftragseingängen speziell im Bereich des Hochbaus bzw. Wohnungsbaus.

Im Drittmarktgeschäft Hochbau wurden im Jahr 2023 die Leistungen bei diversen Großprojekten weiter erbracht, ohne dass es eine wahrnehmbare Auswirkung der wirtschaftlichen Situation gab. Insbesondere im Bereich des Tiefbaus ist ein gesteigerter Auftragseingang bzw. erhöhtes Anfrageaufkommen zu verzeichnen.

Es konnten in allen Bereichen neue Bauherr:innen gewonnen und so einige neue Projekte gestartet werden. Daneben wurden viele Bau- und Planungsprojekte termingerecht abgeschlossen.

Die entsprechenden Honorarerlöse sorgten im Geschäftsjahr 2023, trotz der Auswirkungen der schwierigen wirtschaftlichen Lage und der damit einhergehenden enormen Preissteigerungen und deren Einfluss auf etliche Bauprojekte, für ein positives Geschäftsergebnis.

Die Jahresergebnisse werden aufgrund des mit der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die FAAG abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
35.878	1.020 (vor Gewinnabführung)	95

8.3 Hofgarten Projektgesellschaft mbH

Gründung: 23.03.2007	Unternehmensgegenstand: Koordination von Planung und Errichtung von Wohnungsbauvorhaben sowie die Entwicklung, Verwaltung, Vermietung und Verwertung eigenen Grundbesitzes und der Erwerb von Grundbesitz für diese Zwecke, insbesondere eines Grundstücks nebst aufstehender Gebäude, gebucht im Grundbuch von Frankfurt Bezirk 21, Blatt 2290, Gemarkung 1, Flur 329, Flurstück 39/1, Richard-Wagner-Straße 7-13 in einer Größe von 13.301 qm. Erlaubnispflichtige Geschäfte nach § 34 c GewO und nach § 7 MaBV sind ebenfalls Gegenstand des Unternehmens.
Gesellschafter: Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft Groß & Partner Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 50,00 % 25.000 € = 50,00 % 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Eckert Herr Peter Matteo	

A. Allgemeines

Die Hofgarten Projektgesellschaft mbH hat das ehemalige Wiesenhüttenstift in Frankfurt am Main zu einer exklusiven Wohnanlage unter dem Projektnamen „The Allure of Frankfurt“ entwickelt. Zu diesem Zweck wurde das einstige Versorgungshaus für Senioren im Jahr 2007 durch die Hofgarten Projektgesellschaft mbH erworben. Unter Wahrung der denkmalschutzrechtlichen Anforderungen wurde das historische Gebäude in 81 Eigentumswohnungen umgebaut. Zum Gesamtareal von ca. 12.000 qm gehört neben dem im 19. Jahrhundert errichteten Gebäude außerdem eine großzügige Parklandschaft. Die Vermarktung der Eigentumswohnungen wurde bereits im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Nachdem sich nun keine Wohnungen mehr im Bestand befinden und nach Abwicklung der Gewährleistungsansprüche der Käufer:innen ruht die Geschäftstätigkeit zurzeit.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
289	-68	0

8.4 Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH

Gründung: 06.07.1959	Unternehmensgegenstand: Betrieb und Verwaltung von Parkhäusern
Gesellschafter: Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Michael Bachmann	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt Parkgaragen des ABG-Konzerns und von Dritten mit zusammen 19.273 Stellplätzen. Sie ist als Dienstleistungsunternehmen von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, im Besonderen von der Entwicklung des Einzelhandels sowie der Besucherverkehre abhängig. In Frankfurt am Main, dem Mittelpunkt des Rhein-Main-Gebietes, bestehen nach wie vor gute Voraussetzungen. Insbesondere in der Innenstadt ist der Bedarf an Parkraum unverändert hoch.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Zahl der Kurzparker:innen hat sich 2023 mit rd. 6,7 Mio. Fahrzeugen gegenüber dem Vorjahr weiter sehr positiv entwickelt (+0,72 Mio. Fahrzeuge = +12,0 %). Die von Kurzparker:innen vereinnahmten Parkentgelte sind im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls weiter gestiegen (+3,2 Mio. € = +15,8 %). Damit fiel das Jahr 2023 das erste Mal nach „Corona“ sowohl bei den Einstellzahlen der Kurzparker (+0,5 Mio.) als auch bei den Parkentgelten der Kurzparker (+560 T€) gegenüber 2019 wieder besser aus.

Die Anzahl und Struktur der Dauermietverhältnisse konnten im Jahr 2023 geringfügig gesteigert werden. Die Einnahmen aus den Dauermietverhältnissen haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 180 T€ (+1,3 %) erhöht. Der Einsatz der Kennzeichenerkennung als neues Parkmedium wurde nach erfolgreicher Einführung 2019 weiter ausgebaut. Des Weiteren wurden weitere digitale Bezahlmöglichkeiten eingeführt.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Elektromobilität wurde zusammen mit dem strategischen Partner die Ausweitung von Ladeinfrastruktur in den Parkgaragen weiter vorangetrieben.

Die Jahresergebnisse werden aufgrund des mit der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die FAAG abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
11.196	1.012 (vor Gewinnabführung)	41

9.1 Bauland-Offensive Hessen GmbH

Gründung: 15.05.2017	Unternehmensgegenstand: Die Förderung des Städtebaus und die Entwicklung von Bauland in Gebieten mit Wohnraumdefiziten. Sie erbringt insbesondere alle notwendigen Leistungen mit dem Ziel, Baurecht für Quartiere und Wohnbauflächen für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sie wird in der Phase 1 im Auftrag von Kommunen geeignete Flächen auf Entwicklungspotenziale untersuchen. In Phase 2 führt sie, nach Beauftragung durch die Kommunen, alle Leistungen zur Entwicklung von Bauland durch. Sie kann als Treuhänder im Sinne des Baugesetzbuches im Auftrag von Kommunen Grundstücke erwerben, belasten und veräußern, Erbbaurechte begründen, verwalten und beenden.
Gesellschafter: Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 200.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Monika Fontaine-Kretschmer Herr Dr. Thomas Hain Herr Dr. Constantin Westphal	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	6 Mitglieder Herr Staatsminister Tarek Al-Wazir Herr Oliver Baltés Herr Jens Bersch Herr MinDirigent Elmar Damm Herr MinR Dr. Frank Roland Frau StRin Elke Voitl
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 0,00 %	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 plant die Bauland-Offensive Hessen GmbH mit Umsatzerlösen von 89 T€. Den Erlösen stehen Aufwendungen von rd. 94 T€ sowie Zinsaufwendungen von rd. 0,5 T€ gegenüber.

Gemäß aktueller Planung wird für das Geschäftsjahr 2024 ein Jahresfehlbetrag von rd. 5,9 T€ veranschlagt. Beeinträchtigungen der künftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ergeben sich durch die EU-Beschwerde eines anderen Marktteilnehmers.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2023 wurde für eine Fläche eine Machbarkeitsstudie (Phase 1) finalisiert. Aufgrund der im Jahr 2023 abgeschlossenen Projekte konnten Umsatzerlöse in Höhe von 41 T€ (Vorjahr 333,5 T€) erzielt werden. Der Jahresfehlbetrag beträgt 13 T€ (Vorjahr 2 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
249	-13	0

9.2 Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH

Gründung: 13.01.1970	Unternehmensgegenstand: Das Errichten und Betreiben von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs im Bereich der Stadt Frankfurt am Main.
Gesellschafter: Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Hellerhof GmbH	Kapitalanteile: 15.600 € = 60,00 % 5.200 € = 20,00 % 5.200 € = 20,00 % 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Helge Bitzer	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	5 Mitglieder Herr Dr. Thomas Hain Herr StR Wolfgang Siefert Frau Monika Fontaine-Kretschmer Herr Frank Junker Herr Dr. Johannes Kalusche
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 0,00 %	

A. Allgemeines

Ein Erweiterungsbedarf des Parkversorgungsangebotes in den versorgten Wohngebieten zeichnet sich angesichts der fehlenden Nachfrage nach Abstellmöglichkeiten auch weiterhin nicht ab.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird gemäß dem Wirtschaftsplan mit einem Jahresüberschuss von 224 T€ gerechnet.

Die Erhöhung des Ergebnisses gegenüber dem Überschuss des Jahres 2023 wird neben gestiegenen Umsatzerlösen infolge von Mieterhöhungen zum 01.06.2023 (13 T€) und durch niedrigere Abschreibungen (44 T€) infolge planmäßiger Vollabschreibungen bei Geschäfts- und anderen Bauten erwartet. Ansonsten wird beim prognostizierten Geschäftsverlauf bei den weiteren Aufwandspositionen von keinen außergewöhnlichen Steigerungen ausgegangen.

Es wird eine Eigenkapitalquote auf Vorjahresniveau erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Aufgrund der gegenüber dem Vorjahr weiterhin verbesserten Leerstandsquote von 4,7 % (Vorjahr 4,9 %) und der Mieterhöhung ab 01.06.2023 sind die Umsatzerlöse auf 348 T€ gestiegen. Weiterhin verlief die Geschäftstätigkeit in 2023 erwartungsgemäß. Der Jahresüberschuss ist gegenüber dem Vorjahr von 52 T€ auf 196 T€ gestiegen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.409	196	7

9.3 NH ProjektStadt GmbH

Gründung: 23.03.1992	Unternehmensgegenstand: Errichtung, Betrieb, Verwaltung und Veräußerung von Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen. Dies beinhaltet den Erwerb, die Belastung und Veräußerung von Grundstücken und die Vergabe von Erbbaurechten sowie Bereitstellung von Immobiliendienstleistungen. Die Gesellschaft soll durch die Betreuung von Projekten zur Weiterentwicklung der gegenwärtigen Formen des Wohnens und Bauens beitragen und darf auch sonstige Geschäfte betreiben, die dem Gegenstand des Unternehmens dienlich sind.
Gesellschafter: Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 200.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Monika Fontaine-Kretschmer Herr Dr. Thomas Hain Herr Dr. Constantin Westphal	

A. Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2024 wird gemäß der aktuellen Planung des Unternehmens mit einem Jahresüberschuss nach Steuern vor Gewinnabführung durch die Alleingesellschafterin Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft von 1,60 Mio. € gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Seit 2017 werden Baurägermaßnahmen wieder durch die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH wahrgenommen, da konzerninterne grunderwerbsteuerbefreite Grundstücksübertragungen nach § 6 a GrEStG nach Auffassung des BFH ggf. gegen das europäische Beihilferecht verstoßen. Mit Urteil vom 19. August 2018 hat der EuGH entschieden, dass § 6a GrEStG keine verbotene staatliche Beihilfe mehr darstellt, weshalb vergangene wie auch künftige Grundstücksübertragungen von der Grunderwerbsteuer begünstigt bleiben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**
 Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.
- Organe der Gesellschaft**
 Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
44.137	0	0

9.4 WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH

Gründung: 06.06.1930	Unternehmensgegenstand: Errichtung, Betrieb, Verwaltung und Veräußerung von Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, die dem Gegenstand des Unternehmens dienlich sind.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	15.322.450 € = 41,72 %
SV Sparkassenversicherung Gebäudeversicherung AG	825.000 € = 2,25 %
Stadt Kassel	478.500 € = 1,30 %
Kreissparkasse Schwalm-Eder	317.900 € = 0,87 %
Kasseler Sparkasse	86.900 € = 0,24 %
Sparkasse Werra-Meißner	51.700 € = 0,14 %
Sparkasse Marburg-Biedenkopf	39.600 € = 0,10 %
Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg	31.900 € = 0,09 %
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH der Stadt Marburg	22.000 € = 0,06 %
Stadt Kirchhain	6.600 € = 0,02 %
GAGFAH GmbH, Bochum	5.500 € = 0,02 %
Handwerkskammer Kassel	5.500 € = 0,02 %
Stadt Bad Wildungen	5.500 € = 0,02 %
Stadt Großalmerode	5.500 € = 0,02 %
Stadt Hessisch Lichtenau	5.500 € = 0,02 %
Stadt Homberg	5.500 € = 0,02 %
Stadt Wolfhagen	5.500 € = 0,02 %
Sparkasse Fulda	5.500 € = 0,02 %
Eigene Anteile	19.496.400 € = 53,09 %
	36.722.950 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Frau Monika Fontaine-Kretschmer Herr Dr. Thomas Hain Herr Dr. Constantin Westphal

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):	Kapitalanteile:
MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH	100.000,00 € = 100,00 %

A. Allgemeines

Das Bestandsinvestitionsprogramm wird auch in den kommenden Jahren auf hohem Niveau fortgesetzt. Im Jahr 2024 sind bei der Wohnstadt Instandhaltungsleistungen in Höhe von 18,9 Mio. € sowie Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 19,2 Mio. € geplant.

Ziel der Unternehmensgruppe ist ein klimaneutraler Bestand gemäß Klimastrategie bis 2045. So werden zukünftig vermehrt sogenannte geringinvestive Maßnahmen zum Einsatz kommen, die den Fokus auf Umstellung zu fossilfreien Energieträgern bzw. Vermeidung von Treibhausgasemissionen (CO₂) haben.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Schwerpunkt der Tätigkeit im Berichtsjahr war die Bewirtschaftung der 18.433 (Vorjahr 18.312) eigenen Verwaltungseinheiten, davon 15.781 Wohnungen. Die Tätigkeit der WOHNSTADT erstreckt sich fast ausschließlich auf die Regionen Nord- und Osthessen.

Im Berichtsjahr wurden 18,8 Mio. € für Instandhaltungsmaßnahmen aufgewandt. In aktivierungspflichtige Modernisierungsmaßnahmen wurden darüber hinaus 14,6 Mio. € investiert.

Im Berichtsjahr konnten 59 Mietwohnungen und drei Gewerbeeinheiten für den eigenen Bestand fertiggestellt werden. Die kalkulierten Herstellungskosten für diese Investitionen belaufen sich auf rd. 18 Mio. €.

Für eine optimierte Planung wird das mehrjährige Investitionsprogramm regelmäßig aktualisiert bzw. erweitert. Neben dem regulären Modernisierungsprogramm wird im Rahmen einer Eigenkapitalerhöhung bei der Muttergesellschaft Nassauische Heimstätte ein zusätzliches energetisches Modernisierungsprogramm bearbeitet. Hierbei werden insbesondere die Gebäudehülle sowie die Heizungstechnik erneuert bzw. optimiert. Im Geschäftsjahr 2023 konnte die Modernisierung von insgesamt 62 Wohnungen erfolgreich abgeschlossen werden. Im Berichtsjahr wurden 2,2 Mio. € in Aufstockungsprojekte investiert und es konnten acht Wohnungen durch Aufstockungen bezugsfertig hergestellt werden.

Die WOHNSTADT ist treuhänderisch oder beratend an den Standorten Kassel und Weimar in 64 Städten und Gemeinden tätig. Das Auftragsvolumen umfasst 103 (Vorjahr 106) Aufträge.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
510.291	5.325	0

9.4.1 MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH

Gründung: 14.06.1994	Unternehmensgegenstand: Die Erbringung von Dienstleistungen in der Breitbandkabel- und Satellitenempfangstechnologie. Erbringung und Verkauf von Versorgungsleistungen im Wärme- und Energiebereich. Erbringung bzw. Organisation von Betreuungsdiensten für ältere und behinderte Mieter/innen im sozialen Wohnungsbau. Erbringung wohnungswirtschaftlicher Dienstleistungen als Geschäftsbesorgung für Vermieter, Wohnungsbauunternehmen und Körperschaften des öffentlichen Rechts.
Gesellschafter: WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	Kapitalanteile: 100.000,00 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Monika Fontaine-Kretschmer Herr Michael Mahlich Herr Dr. Constantin Westphal	

A. Allgemeines

Die MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH hat im Geschäftsjahr unter Beteiligung einer externen Rechtsanwaltskanzlei sowie einer in diesem Marktsegment erfahrenen Beratungsgesellschaft ein neues Geschäftsmodell entwickelt, das den grundsätzlich durch das TKMoG geänderten Rahmenbedingungen entspricht, den Kund:innen der MET eine solide und wettbewerbsfähige Multimediaversorgung ihrer Mieter:innen ermöglicht und für die MET nachhaltig wirtschaftlich tragfähig ist.

Für das Jahr 2024 ist in den Geschäftsfeldern Contracting und Messdienst/Abrechnung ein weiterer stetiger Ausbau sowie in den übrigen Geschäftsfeldern Fortentwicklungen geplant, so dass eine weiterhin erfolgreiche geschäftliche Entwicklung erwartet wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Ertragslage der MET ist maßgeblich durch die positiven Deckungsbeiträge aus dem Multimediabereich als Kerngeschäft des Unternehmens und den Erträgen aus Wärmelieferungen geprägt. Weitere Geschäftsfelder der Gesellschaft sind Photovoltaik, Messdienst/Abrechnung von Wasser und Wärme, sowie Installation und Wartung von Rauchwarnmeldern.

Die MET hat zum 01.06.2015 die Signalversorgung des Wohnungsbestands der Nassauischen Heimstätte übernommen, so dass die MET seitdem konzernweit interner Kabelnetzbetreiber ist.

Im Geschäftsbereich Wärmelieferung betreibt die MET 108 Heizungsanlagen zur Versorgung von 6.183 Wohnungen mit Wärme und Warmwasser. Die Wärme wird überwiegend mittels Gasbrennwerttechnik, z. T. in Verbindung mit BHKW, erzeugt. Daneben entstehen zunehmend multivalente Heizanlagen, die aus Kombinationen von Pellets, thermischen Solaranlagen, PV-Anlagen sowie Wärmepumpen in verschiedenen Ausführungen bestehen.

Insgesamt betreibt die MET inzwischen 37 Photovoltaikanlagen in unterschiedlichen Betriebskonzepten mit einer Gesamtleistung von 892 kWp.

Die MET erstellte im Jahr 2023 für den gesamten Wohnungsbestand der Unternehmensgruppe die verbrauchsgerechte Heiz- und/oder Wasserkostenabrechnung.

In allen rund 59.000 auszustattenden Wohnungen der Unternehmensgruppe sind Rauchwarnmelder installiert. Diese werden in den nächsten Jahren nach Beendigung der technischen Nutzungsdauer in Eigenregie durch neue Geräte getauscht und gewartet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
33.014	3.642	0

10.1 Cook Company gemeinnützige GmbH

Gründung: 27.09.2005	Unternehmensgegenstand: Schaffung und Sicherung zukunftsorientierter Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen. Die Gesellschaft verfolgt diesen Zweck durch die Gründung und den Betrieb von Integrationsprojekten im Sinne von § 215 SGB IX.
Gesellschafter: Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH Frankfurter Werkgemeinschaft e.V. Lebenshilfe Frankfurt am Main e.V.	Kapitalanteile: 12.100 € = 48,40 % 11.900 € = 47,60 % 1.000 € = 4,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Andreas Schadt	

A. Allgemeines

Die Gesellschaft will die vorhandenen Tätigkeitsfelder ausbauen und zwar im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung und dem Verkauf von Eigenprodukten, nämlich mit dem Vertrieb von Bio veganen Suppen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Das Geschäftsjahr 2023 schloss mit einem Verlust von 7 T€ ab (Vj. -31 T€).

Insgesamt ist die Gesellschaft Ende 2023 bilanziell überschuldet und zwar in Höhe von 103 T€. In 2023 wurde ein Jahresumsatz von 1.423 T€ (Vj. 1.420 T€) erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr ist der erzielte Umsatz auf beinahe gleichem Niveau geblieben. Auf der Kostenseite konnten Einsparungen erzielt werden. Vor allem im Bereich des Lebensmitteleinkaufs wurde im letzten Quartal 2023 eine Verbesserung erzielt. Insgesamt sind die Bemühungen, den Betrieb wirtschaftlich zu gesunden, weiter verstärkt worden, auch wenn noch keine zusätzlichen Daueraufträge im stark umkämpften Markt der Gemeinschaftsverpflegung in 2023 realisiert werden konnten.

Die Mitarbeitenden werden in unterschiedlichem Beschäftigungsumfang beschäftigt, acht Personen sind Menschen mit Behinderungen. Damit übersteigt die Cook Company gGmbH die vom Integrationsamt geforderte Quote von mindestens 30 %-Anteil an Schwerbehinderten mit 69 % deutlich. Die Fernküche produzierte werktäglich durchschnittlich ca. 1.100 Speisen. Die Cook Company gGmbH betreibt ein umfangreiches Qualitätsmanagementsystem in Anlehnung an die DIN ISO 9001:2015 und hat eine EU-Zulassung als fleischverarbeitender Betrieb. Am Standort im Bildungszentrum Ostend wird die Cafeteria „timeout“ mit angeschlossenem Kiosk betrieben. Die Umsätze am Standort stiegen nach dem Ende der Pandemie wieder deutlich und in 2023 wurde ein verbessertes Ergebnis in der Zweigstelle erzielt. Vor allem die Kioskversorgung der Schüler:innen der Uhlandschule, des Abendgymnasiums und der VHS führte zu einer Erhöhung des Umsatzes.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

- **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

- **Organe der Gesellschaft**

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
552	-7	13

11.1 Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Gründung:

29.08.1995

Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Zweck wird durch den Betrieb eines wirtschaftlich leistungsfähigen Krankenhauses verwirklicht, das für eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige stationäre und – soweit zweckmäßig – auch ambulante Versorgung der Bevölkerung sorgt und damit einen Beitrag für die Erfüllung des Sicherstellungsauftrages des Main-Taunus-Kreises nach § 3 Abs. 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes ("HKHG") und die Aufgaben des "Klinikverbundes Frankfurt-Main-Taunus" leistet sowie die Notfallversorgung sicherstellt. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere der Betrieb eines Krankenhauses der Schwerpunktversorgung mit den Standorten in Bad Soden und in Hofheim am Taunus einschließlich der Altenpflege- und Altenhilfeeinrichtungen sowie sonstiger Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe.

Gesellschafter:

Kliniken Frankfurt Main-Taunus-Kreis GmbH

Main-Taunus-Kreis

Kapitalanteile:

13.630.000 € = 94,00 %

870.000 € = 6,00 %

14.500.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. Patrick Frey

Herr Michael Osypka

Von der Gesellschaft liegen keine Daten vor.

11.1.1 Fachklinik und Seniorenresidenz Main-Taunus-Kreis gGmbH

Gründung:

19.01.2009

Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Daseinsfürsorge. Dieser Zweck wird insbesondere durch den Betrieb des Seniorenpflegeheims Eppstein, weiterer Altenpflegeeinrichtungen und der nicht gewerbliche Betrieb der Fachklinik Hofheim im Main-Taunus-Kreis verwirklicht. Zweck der Gesellschaft ist auch, anderen steuerbegünstigten Körperschaften insbesondere zur Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, der Wissenschaft und Forschung, der Jugend- und Altenhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe Mittel nach Maßgabe des § 58 Abs. 1 AO zu beschaffen und weiterzuleiten. Die Gesellschaft ist eine karitative und gemeinnützige GmbH, die ohne gewerbliche Gewinnerzielungsabsicht betrieben wird.

Gesellschafter:

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Kapitalanteile:

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. Patrick Frey

Von der Gesellschaft liegen keine Daten vor.

11.1.2 Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH

Gründung:

08.10.1997

Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Zweck wird durch die Unterstützung der Tätigkeit des Klinikverbundes Frankfurt-Main-Taunus durch die Erbringung von klinikbezogenen Dienstleistungen sowie der Betrieb von Krankenpflegeschulen des Main-Taunus-Kreises und ggf. weiterer Krankenpflegeschulen verwirklicht. Dazu gehört ebenfalls die innerbetriebliche Fortbildung von ärztlichem und Krankenpflegepersonal sowie die Wahrnehmung der Aufgaben einer Weiterbildungsstätte im Gesundheitswesen. Ferner gehört zum Gegenstand des Unternehmens die entgeltliche Überlassung von Arbeitnehmern (Pflegerkräfte und Ärzte) an die Gesellschafterin Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH oder an Dritte.

Gesellschafter:

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Kapitalanteile:

100.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. Patrick Frey

Von der Gesellschaft liegen keine Daten vor.

11.1.2.1 MTK Hofheim Leasing GmbH

Gründung: 16.08.2011	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Hofheim am Taunus, der Umbau bzw. Neubau, die Finanzierung und Vermietung der in Hofheim am Taunus errichteten Krankenhausgebäude an die Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH sowie die Vornahme aller zur Erreichung dieses Zwecks erforderlichen Geschäfte.
--------------------------------	---

Gesellschafter: Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH VAMED health project GmbH	Kapitalanteile: 70.500 € = 94,00 % 4.500 € = 6,00 % 75.000 € = 100,00 %
---	---

Geschäftsführung: MTK Hofheim Verwaltungsgesellschaft mbH (vertreten durch Herrn Dr. Patrick Frey)
--

Von der Gesellschaft liegen keine Daten vor.

11.1.3 Main-Taunus-Privatklinik GmbH

Gründung:

16.10.2001

Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Zweck wird durch den Betrieb von Privatkliniken verwirklicht.

Gesellschafter:

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Kapitalanteile:

100.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. Patrick Frey

Von der Gesellschaft liegen keine Daten vor.

11.1.4 Medizinisches Versorgungszentrum Krankenhaus Hofheim gGmbH

Gründung:

29.09.2009

Unternehmensgegenstand:

Ambulante medizinische Versorgung am Klinikum Hofheim gem. SGB V durch zugelassene Leistungserbringer, die an der Versorgung der gesetzlich Krankenversicherten teilnehmen, in dem die Versorgungsaufgaben im Rahmen der vertragsärztlichen, bzw. der vertragspsychotherapeutischen fachübergreifenden Versorgung durch angestellte Ärzte oder Vertragsärzte verwirklicht werden.

Gesellschafter:

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Godfried Hangx

Von der Gesellschaft liegen keine Daten vor.

11.1.5 MVZ GmbH im Main-Taunus-Kreis

Gründung:

17.02.2006

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums.

Gesellschafter:

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Herr Dr. Maier

Herr Dr. Köber

Herr Prof. Dr. Müller-Schimpfle

Herr Dr. Börtlein

Herr Dr. Bayar

Herr Dr. Capell

Herr Dr. Flöter

Herr Dr. Harzer

Herr Dr. Lurz

Herr PD Dr. McKenna-Küttner

Herr Dr. Schlißke

Kapitalanteile:

12.500 € = 50,00 %

2.880 € = 11,52 %

2.760 € = 11,04 %

2.760 € = 11,04 %

1.040 € = 4,16 %

700 € = 2,80 %

530 € = 2,12 %

530 € = 2,12 %

530 € = 2,12 %

120 € = 0,48 %

120 € = 0,48 %

120 € = 0,48 %

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Godfried Hangx

Herr Dr. Thomas Maier

Von der Gesellschaft liegen keine Daten vor.

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ABG	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH
Abs.	Absatz
ACS	Airport Cater Service GmbH
a. D.	außer Dienst
AEO	Association of Event Organisers
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der EU
AG	Aktiengesellschaft
AGVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
AktG	Aktiengesetz
Alte Oper	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH
AMI	Anteilsbesitz-, Management- und Informationssystem
AN	Arbeitnehmervertreter:in
ARA	Abwasserreinigungsanlagen
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ARS	argentinischer Peso
ASE	Amt für Straßenbau und Erschließung
AV	Anlagevermögen
AVA	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BallrG	Hessisches Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main
Bauland	Bauland-Offensive Hessen GmbH
Bäderbau GmbH	Bäderbaugesellschaft mbH
Bäderbau KG	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG
BBF	BäderBetriebe Frankfurt GmbH
BEAV	Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag
beka GmbH	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGF	Bruttogeschossfläche
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BiLRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BM	Bürgermeister:in
BKRZ GmbH	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH
BKRZ KG	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG
BMDV	Bundesministerium für Digitales und Verkehr (früher BMVI)
BMVI	Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (heute BMDV)
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSMF	Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung GmbH
bspw.	beispielsweise
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa

cbm	Kubikmeter
CNY	chinesischer Yuan
c. p.	ceteris paribus (unter sonst gleichen Bedingungen)
CSRD	Corporate Sustainability Reporting Directive
DaF	Deutsch als Fremdsprache
DAWI	Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
d. h.	das heißt
Dipl.-Ing.	Diplom-Ingenieur:in
Dipl.-Verw.	Diplom-Verwaltungswirt:in
DomRömer	Dom Römer GmbH
DPR	Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V.
Dr.	Doktor:in
DRK BSD	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH
DZM	Deutsches Zentrum Mobilität der Zukunft
ear	Elektro-Altgeräte Register
EB	Eigenbetrieb
EBA	Europäische Bankenaufsicht
EBIT	Ergebnis vor Zinsen und Steuern
EBITDA	Ergebnis vor Zinsen und Steuern und Abschreibungen
EBT	Ergebnis vor Steuern
E-Busse	Elektrobusse
EEV	Enhanced Environmentally Friendly Vehicle
EFS	Eintracht Frankfurt Stadion GmbH
EigBGes	Eigenbetriebsgesetz
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EMAS	Eco Management and Audit Scheme
EMEA	Europe, Middle East, Africa
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
ESRS	European Sustainability Reporting Standards
EStG	Einkommensteuergesetz
e. V.	eingetragener Verein
EU	Europäische Union
EUG	Gericht der Europäischen Union
EUGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EU-KOM	Kommission der Europäischen Union
EWT	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH
Exhibition	Messe Frankfurt Exhibition GmbH
EZB	Europäische Zentralbank
FAAG	Frankfurter Aufbau-AG
FAAG Technik	FAAG Technik GmbH
fahma	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH
FAS	FES Abfallmanagement- und Service GmbH
FCB	Frankfurt Convention Bureau
FES	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH
ff.	fortfolgende
FFR	FFR GmbH

FFR KG	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7, Wiesbaden KG
FH	Fachhochschule
FHG	Frankfurter Hippodrom GmbH i. L.
FinTech	FinTech Community Frankfurt GmbH
FIZ	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH
FMT	Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH
Frankfurt Ticket	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH
Fraport	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide
Frischezentrum	Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH
FRM	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region
FRM Corp.	FrankfurtRheinMain Corporation
FRTC	Feuerwehr-Rettungs-Trainings-Center
FRW	Feuer- und Rettungswache
FüPoG I	Führungspositionsgesetz
FWL	FES Wohnen und Leben
G ³	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH
Garagenbau	Garagen- Bau und Betriebs Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GewO	Gewerbeordnung
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GGP	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH
GIMA Frankfurt	Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GU	Generalunternehmer
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GWh	Gigawattstunde
GWp	Giga Watt Peak
HBZ	Hochbegabtenzentrum
Helaba	Landesbank Hessen-Thüringen
HFM	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung
HE	Hessen
HessKiföG	Hessisches Kinderförderungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HGrG	Haushaltsgrundsatzgesetz
HKD	Hongkong-Dollar
HKJGB	Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetz
HKW	Heizkraftwerk
HMWEVL	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HOLM	House of Logistic and Mobility GmbH
ICB	In-der-City-Bus GmbH
i. d. R.	in der Regel

IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IFFA	Internationale Fleischerei-Fachausstellung
IFRS	International Financial Reporting Standards
i. G.	in Gründung
i. L.	in Liquidation
i. R.	im Ruhestand
IHK	Industrie- und Handelskammer
inkl.	inklusive
IMS	Integriertes Managementsystem
INR	indische Rupie
ivm	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)
JED	Jeddah King Abdulaziz
JPY	japanischer Yen
KAG	Gesetz über kommunale Abgaben
KBE	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mit beschränkter Haftung
KdMTK	Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH
KEG	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH
KFH	Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH
KFMT	Kliniken Frankfurt Main-Taunus
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KG	Kommanditgesellschaft
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHZG	Krankenhauszukunftsgesetzes
Kita	Kindertagesstätte
Kita Frankfurt	Eigenbetrieb Kita Frankfurt
KKJF	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
km	Kilometer
Kodex	Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main
Kompass gGmbH	Kompass – Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main – gemeinnützige GmbH
KrBg	Kreisbeigeordnete:r
KRW	koreanischer Won
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
Künstlerhaus Mousonturm	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH
kWh	Kilowattstunde
KWG	Kreditwesengesetz
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
kWp	Kilo Watt Peak
LABg.	Landtagsabgeordnete:r
LAP	Lima Airport Partners
LGF	Landesgeschäftsführung
LHO	Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer:innen
LOI	Letter of Intent

LRat/LRätin	Landrat/Landrätin
Ltd.	Leitender
Ltd.	Limited
Mainova	Mainova Aktiengesellschaft Frankfurt am Main
MBF	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH
MD	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MdL	Mitglied des Landtags
Messe Frankfurt	Messe Frankfurt GmbH
MET	Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH
MetropolIG	Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main
MHKW	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH
MIBAU	MIBAU GmbH
MinDirigent	Ministerialdirigent
MinR	Ministerialrat:rätin
Mio.	Million:en
MMF	Main Mobil Frankfurt GmbH
MP	Ministerpräsident
Mrd.	Milliarden
MSD	Mainova Service-Dienst Gesellschaft mbH
MTK	Main-Tauns-Kreis
MTHL	MTK Hofheimer Leasing GmbH
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH
MWh	Megawattstunde
Nassauische Heimstätte n. F.	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH neue Fassung
NIG	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH
Nr.	Nummer
NRM	NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH
Nwkm	Nutzwagenkilometer
OB	Oberbürgermeister:in
o. g.	oben genannt
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen
OV	Ortsvorsteher:in
p. a.	per anno
PBG	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH
PCGK	Public Corporate Governance Kodex
Pkm	Personenkilometer
PPK	Papier, Pappe und Kartonagen
PPP	Public Private Partnership
PpSG	Pflegepersonalstärkungsgesetz
PpUGV	Pflegepersonaluntergrenzenverordnung
PR	Personalrat
Präs	Präsident:in
Prof.	Professor:in
PVA	Photovoltaikanlage
PW	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH

qm	Quadratmeter
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
rd.	rund
RPG	Rebstock Projektgesellschaft mbH
RegD	Regierungsdirektor:in
RegPräs	Regierungspräsident:in
RMA	RMA Rhein-Main Abfall GmbH
RMB	Rhein-Main-Biokompost GmbH
RMD	RMD Rhein-Main Deponie GmbH
RMS	RMS Rhein-Main-Solarpark GmbH
rms	Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH
RMV	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Ts.
RP	Regierungspräsidium
RPG	Rebstock Projektgesellschaft mbH
RTW	RTW Planungsgesellschaft mbH
RUH	Riad King Khalid
SAALBAU	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH
SANI	State Aid Notification Interactive
SB	Sustainability Board
SBEV	Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
SBF	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH
Schirn Kunsthalle	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH
SEVA	Schlammentwässerungs- und Verbrennungsanlage
SEF	Stadtentwässerung Frankfurt am Main
SGB	Sozialgesetzbuch
SGC	Sustainability Governance Codex
SGVHT	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
sog.	sogenannt
SSF	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH
SRM	Straßenbeleuchtung Rhein Main GmbH
Staatsmin	Staatsminister:in
Städtische Kliniken	Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst (Eigenbetrieb)
StK	Stadtkämmerer/Stadtkämmerin
StR/StRin	Stadtrat/Stadträtin
StS	Staatssekretär:in
Stv	Stadtverordnete:r
StvVorst	Stadtverordnetenvorsteher:in
SuE	Sozial- und Erziehungsdienst
Süwag	Süwag Energie AG
SWD	Stadtwerke Dreieich GmbH
SWFH	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH
SWG	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
T	Tausend
t	Tonnen
t/a	Tonnen pro Jahr
TEU	twenty-foot equivalent unit (Schiffscontainerumschlag)
TCF	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main

TN-UE	Teilnehmer-Unterrichtseinheiten
traffiQ	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
TRAPP Handel	TRAPP Handelsgesellschaft mbH
TRY	türkische Lira
TSM	technisches Sicherheitsmanagement
TVöD	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst
TWh	Tera Watt Stunde/n
u. a.	unter anderem
ÜKK	Überkompensationskontrolle
USD	U.S.-Dollar
USP	Unique Selling Proposition
usw.	und so weiter
v. a.	vor allem
VDV	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
Venue	Messe Frankfurt Venue GmbH & Co. KG
Verb.dir.	Verbandsdirektor:in
VGF	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
vgl.	vergleiche
VHS	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
Vj.	Vorjahr
VKU	Verband kommunaler Unternehmen
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
VZÄ	Vollzeitäquivalente
WHO	World Health Organization
WIFÖ	Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH
WOHNHEIM	WOHNHEIM GmbH
WOHNSTADT	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH
WPE	WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH
z. B.	zum Beispiel
ZAR	südafrikanischer Rand
ZEG	Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung
ZGH	Zoogesellschaftshaus
ZGF	Zoologische Gesellschaft
ZIT	Zentralinstitut für Transfusionsmedizin Hamburg GmbH
ZKRD	Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gemeinnützige GmbH
zzgl.	zuzüglich
z. Zt.	zur Zeit

Gesellschaftenverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Hauptteil oder Nebenteil

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
0	Stadt Frankfurt am Main				
1	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	100,00	100,00%		X
2	ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	100,00	100,00%		X
3	ABG Riedberg GmbH & Co. KG	0,00	94,90%		X
2	ABG Krifteler Wäldchen GmbH	100,00	100,00%		X
2	ABG Riedberg GmbH & Co. KG	94,90	94,90%		X
2	ABGnova GmbH	50,00	87,61%		X
2	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG	89,00	100,00%	X	
2	Bäderbaugesellschaft mbH	100,00	100,00%		X
2	book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	33,00	57,82%		X
3	HEAG book-n-drive Carsharing GmbH	50,00	28,91%		X
3	Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH	50,00	28,91%		X
2	CP Campus Projekte GmbH	50,00	50,00%		X
2	EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH Wiesbaden	50,00	50,00%		X
2	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	96,80	100,00%	X	
3	ABG Projekte GmbH	100,00	100,00%		X
3	FAAG Technik GmbH	100,00	100,00%		X
3	Hofgarten Projektgesellschaft mbH	50,00	50,00%		X
3	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH	100,00	100,00%		X
2	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	20,00	53,73%		X
2	Hellerhof GmbH	86,83	86,83%		X
3	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	20,00	53,73%		X
2	Merton-Wohnprojekt GmbH	50,00	50,00%		X
2	MIBAU GmbH	92,09	94,25%		X
2	Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG	94,00	94,00%		X
2	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH	50,00	50,00%		X
2	WOHNHEIM GmbH	98,81	99,91%	X	
1	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung	100,00	100,00%	X	
1	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG	11,00	100,00%	X	
1	Bauverein für Höchst am Main und Umgebung eG	0,15	0,15%		X
1	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz - und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	0,00	100,00%	X	
1	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	100,00	100,00%	X	
1	Dom Römer GmbH	100,00	100,00%	X	
1	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gGmbH	7,73	7,73%		X

2	DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gGmbH, Dresden	99,83	7,71%	entfällt	
3	ZTB Zentrum für Transfusionsmedizin und Zelltherapie Berlin gemeinnützige GmbH	100,00	7,71%	entfällt	
2	Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	
2	Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immunogenetik Ulm gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	
2	Klinik Dr. Becker gGmbH	100,00	7,73%	entfällt	
3	DRK-Blutspendedienst Medizinische Dienstleistung gGmbH	100,00	7,73%	entfällt	
3	Medizinisches Versorgungszentrum Dr. Becker gGmbH, Bad Krotzingen	100,00	7,73%	entfällt	
3	Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst Frankfurt gGmbH, Frankfurt	100,00	7,73%	entfällt	
3	Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst gGmbH, Ulm	100,00	7,73%	entfällt	
2	Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gGmbH, Ulm	100,00	7,73%	entfällt	
2	Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	
2	ZIT - Zentralinstitut für Transfusionsmedizin GmbH	75,10	5,80%	entfällt	
1	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	51,00	51,00%	X	
2	FES Abfallmanagement- und Service GmbH	100,00	51,00%		X
2	FES Wohnen und Leben GmbH	100,00	51,00%		X
2	FFR GmbH	100,00	51,00%		X
3	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG	0,00	51,00%		X
2	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG	100,00	51,00%		X
2	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	50,00	63,11%		X
2	RMB Rhein-Main Biokompost GmbH	100,00	51,00%		X
2	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	50,00	35,37%		X
2	TRAPP Handelsgesellschaft mbH	50,00	25,50%		X
1	FinTech Community Frankfurt GmbH	25,00	25,00%	X	
1	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	40,00	40,00%	X	
1	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	30,00	50,00%	X	
1	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	3,20	100,00%	X	
1	Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft eG	0,02	0,02%		X
1	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	37,50	37,50%	X	
2	FrankfurtRheinMain Corp.	100,00	37,50%		X
1	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	50,00	53,49%	X	
1	Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergen-Enkheim eG	0,20	0,20%		X
1	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	23,08	23,08%	X	
1	Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG	20,00	30,00%		X
1	Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
2	Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH	25,00	25,00%	X	
1	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	100,00	100,00%	X	
1	House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH	12,50	12,50%		X
1	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	25,10	25,56%	X	
1	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	50,00	50,00%	X	
2	Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG	20,00	30,00%		X
1	Kita Frankfurt	100,00	100,00%	X	
1	Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH	50,00	50,00%	X	

2	Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH	94,00	47,00%		X
3	Fachklinik und Seniorenresidenz Main-Taunus gGmbH	100,00	47,00%		X
3	Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus-Kreises mbH	100,00	47,00%		X
4	MTK Hofheim Leasing GmbH	83,00	39,01%		X
3	Hospiz Lebensbrücke gGmbH	100,00	47,00%	entfällt	
3	Main-Taunus-Privatklinik GmbH	100,00	47,00%		X
3	Medizinisches Versorgungszentrum Krankenhaus Hofheim gGmbH	100,00	47,00%		X
3	MVZ GmbH im Main-Taunus-Kreis	50,00	23,50%		X
2	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	94,00	53,00%	X	
3	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	100,00	53,00%	X	
3	Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	100,00	53,00%	X	
1	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	6,00	53,00%	X	
1	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	60,00	60,00%	X	
1	Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	16,93	16,93%		X
1	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	60,00	60,00%	X	
2	ISF Internationale Schule Frankfurt-Rhein-Main GmbH & Co. KG	0,42	0,45%	entfällt	
2	Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%		X
3	fainamic GmbH	49,00	29,40%		X
3	Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires	85,00	51,00%		X
3	MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	100,00	60,00%		X
4	SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongreß GmbH & Co. oHG Nürnberg	75,00	45,00%		X
3	Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong	100,00	60,00%		X
4	Messe Frankfurt (H.K.) Limited Honkong/China	100,00	60,00%		X
5	Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co.Ltd.Guangzhou/PR China	50,00	30,00%		X
5	Guangzhou Litong Messe Frankfurt Co. Ltd.	55,00	33,00%		X
5	Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd. Shanghai/China	100,00	60,00%		X
5	Messe Frankfurt Shenzhen Co Ltd.	100,00	60,00%		X
4	Messe Frankfurt Japan Ltd.	100,00	60,00%		X
4	Messe Frankfurt Korea Ltd. Seoul/Südkorea	80,00	48,00%		X
4	Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt.Ltd. Mumbai/Indien	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt France S. A. S., Paris	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Inc., Atlanta	100,00	60,00%		X
4	Kingpins LLC, Georgia/ USA	35,00	21,00%		X
4	PAACE Automechanika Mexico LLC Georgia USA	75,00	45,00%		X
4	PE Events LLC, Atlanta	50,00	30,00%		X
3	Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	99,99	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexiko-City	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Middle East GmbH	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt South Africa (Pty) Ltd., Johannesburg	100,00	60,00%		X

3	Messe Frankfurt UK Limited, Guildford	100,00	60,00%		X
3	nmedia GmbH	20,00	12,00%	entfällt	
2	Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	0,01	60,00%		X
2	Messe Frankfurt Venue GmbH	100,00	60,00%		X
3	Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%		X
1	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	27,28	27,28%	X	
2	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG	0,20	0,10%	entfällt	
2	Bauland-Offensive Hessen GmbH	100,00	27,28%		X
2	Butzbacher Wohnungsgesellschaft mbH	4,34	1,18%	entfällt	
2	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	60,00	53,73%		X
2	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Rüsselsheim mbH	0,02	0,01%	entfällt	
3	TDG Technik und Dienstleistungs-GmbH Rüsselsheim	100,00	0,01%	entfällt	
2	Gewobau Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, Wetzlar	1,60	0,44%	entfällt	
2	Hessische Landgesellschaft mbH Kassel	0,33	0,20%	entfällt	
2	MIBAU GmbH	7,91	94,25%		X
2	NH ProjektStadt GmbH	100,00	27,28%		X
2	Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH	1,00	0,39%	entfällt	
3	ASW-Südwest Frankfurt	25,00	0,10%	entfällt	
3	Treuhandgesellschaft für die Thüringer Wohnungswirtschaft (TTW) Erfurt	31,00	0,12%	entfällt	
2	Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH	5,10	1,39%	entfällt	
2	WOHNHEIM GmbH	0,12	99,91%	X	
2	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	88,95	24,27%		X
3	AarealBank AG Wiesbaden	0,01	0,00%	entfällt	
3	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG	0,20	0,10%	entfällt	
3	Baugenossenschaft Frankenber	0,06	0,01%	entfällt	
3	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH der Stadt Marburg	0,23	0,06%	entfällt	
3	gem. Wohnungs- und Siedlungsbaugenossenschaft f.d.Landkreis Marburg/Kappel	0,03	0,01%	entfällt	
3	Hessische Landgesellschaft mbH Kassel	0,44	0,20%	entfällt	
3	MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Kassel	100,00	24,27%		X
4	DNMG Deutsche Netzmarketing GmbH Bonn	3,25	0,79%	entfällt	
3	Sparda Bank Kassel e.G.	0,00	0,00%	entfällt	
3	Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH	0,50	0,39%	entfällt	
2	Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH	33,33	9,09%	entfällt	
3	Grundstücksverwertungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Dietzenbach	33,33	3,03%	entfällt	
1	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	49,06	49,06%	X	
2	Cook Company gemeinnützige GmbH	48,40	23,74%		X
2	Kontexte Frankfurt gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	25,00	12,26%	entfällt	
1	Rebstock Projektgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
1	Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige GmbH	6,67	6,67%		X
1	Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH	5,88	5,88%		X

1	Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH	10,00	10,00%		X
1	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	3,70	3,70%		X
2	Deutschland Tarifverbund GmbH	3,68	0,14%	entfällt	
2	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH	100,00	3,70%	entfällt	
2	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	12,45	25,56%	X	
2	Mobility Inside Holding GmbH & Co. KG	21,85	0,81%	entfällt	
3	Mobility Inside Plattform GmbH	100,00	0,81%	entfällt	
2	Mobility Inside Verwaltungs GmbH	20,02	0,74%	entfällt	
3	Mobility Inside Holding GmbH & Co. KG	0,00	0,81%	entfällt	
2	Rhein-Main Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH	100,00	3,70%	entfällt	
3	Mobilligence GmbH	100,00	3,70%	entfällt	
2	RTW Planungsgesellschaft mbH	16,67	33,95%	X	
2	VDV eTicket Service GmbH & Co. KG	10,13	0,38%	entfällt	
1	RMA Rhein-Main Abfall GmbH	19,23	19,23%	entfällt	
1	RTW Planungsgesellschaft mbH	33,33	33,95%	X	
1	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	100,00	100,00%	X	
1	Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH	49,00	100,00%	X	
1	Stadtentwässerung Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Städtische Kliniken Frankfurt am Main - Höchst	100,00	100,00%	entfällt	
1	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	100,00	100,00%	X	
2	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	BäderBetriebe Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide	20,92	20,92%	X	
3	Afriport S. A., Luxemburg	100,00	20,92%		X
4	Daport S. A., i. L. , Dakar/ Senegal	100,00	20,92%		X
3	AirIT Services GmbH, Lautzenhausen	100,00	20,92%		X
3	AirIT Systems GmbH	50,00	10,46%	entfällt	
4	ANS Active Network Solutions GmbH	100,00	10,46%	entfällt	
4	Topsonic Systemhaus GmbH	100,00	10,46%	entfällt	
3	Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,92%		X
4	Fraport Malta Business Services Ltd., Malta	0,07	20,92%		X
4	Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	0,07	20,92%		X
5	Fraport Malta Business Services Ltd., Malta	99,93	20,92%		X
5	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company	10,00	20,92%		X
4	Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	0,00	20,92%		X
3	Airport Cater Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,92%		X
3	ASG Airport Service Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	49,00	10,25%	entfällt	
3	Delhi International Airport Private Limited	10,00	2,09%	entfällt	
3	FCS Frankfurt Cargo Services GmbH	49,00	10,25%	entfällt	
3	Flughafen Parken GmbH	20,00	4,18%	entfällt	

3	FRA - Vorfeldkontrolle GmbH	100,00	20,92%		X
3	FraAlliance GmbH	50,00	10,46%	entfällt	
3	FraCareServices GmbH	51,00	10,67%	entfällt	
3	FraGround Fraport Ground Handling Professionals GmbH	100,00	20,92%		X
3	Frankfurt Airport Retail GmbH & Co. KG	50,00	10,46%	entfällt	
3	Frankfurt Airport Retail Verwaltungs GmbH	50,00	10,46%	entfällt	
3	Fraport Antalya Havalimani Isletme ve Yatirim A.S., Istanbul/Türkei	100,00	20,92%		X
3	Fraport Asia Ltd., Hong Kong	100,00	20,92%		X
4	Pantares Tradeport Asia Ltd., Hongkong/China	50,00	10,46%	entfällt	
5	Tradeport Hongkong Ltd.	37,50	3,92%	entfällt	
3	Fraport Ausbau Süd GmbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Brasil Holding GmbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza	100,00	20,92%		X
3	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre	100,00	20,92%		X
3	Fraport Casa Commercial GmbH	100,00	20,92%		X
4	PEG Europa Real Estate GmbH, Neu-Isenburg	50,00	10,46%	entfällt	
3	Fraport Casa GmbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Facility Services GmbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	20,92%		X
4	Fraport Objekt Mönchhof GmbH	100,00	20,92%		X
4	Fraport Objekt 162 163 GmbH	100,00	20,92%		X
4	Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co KG	100,00	20,92%		X
5	M-Port GmbH & Co. KG	50,00	10,46%	entfällt	
5	M-Port Verwaltungs GmbH	50,00	10,46%	entfällt	
4	Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co KG	100,00	20,92%		X
3	Fraport Malta Investment Ltd.	100,00	20,92%		X
4	Fraport Bulgaria EAD	100,00	20,92%		X
3	Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	99,93	20,92%		X
3	Fraport Passenger Services GmbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	100,00	20,92%		X
3	Fraport Philippines Services Inc. i. L. , Manila/ Philippinen	100,00	20,92%		X
3	Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,92%		X
3	Fraport Regional Airports of Greece A S.A.	65,00	13,60%	entfällt	
3	Fraport Regional Airports of Greece B S.A.	65,00	13,60%	entfällt	
3	Fraport Regional Airports of Greece Management Company S.A.	65,00	13,60%	entfällt	
3	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	90,00	20,92%		X
3	Fraport Slovenija	100,00	20,92%		X
3	Fraport TAV Antalya Terminal Isletmeciligi Anonim Sirketi, Antalya/Türkei	38,56	10,67%	entfällt	
3	Fraport TAV Antalya Yatirim, Yapim ve Isletme A.S., Istanbul/Türkei	49,00	10,25%	entfällt	
3	Fraport Turkey Havalimani Yatirimlan A.S., Antalya/Türkei	100,00	20,92%		X
4	Fraport TAV Antalya Terminal Isletmeciligi Anonim Sirketi, Antalya/Türkei	12,44	10,67%	entfällt	

3	Fraport Twin Star Airport Management AD, Varna/Bulgarien	60,00	12,55%	entfällt	
3	Fraport USA, Inc.	100,00	20,92%		X
4	Airmall Inc.	100,00	20,92%		X
5	Airmall USA Inc.	100,00	20,92%		X
5	Fraport Cleveland Inc.	100,00	20,92%		X
5	Fraport Maryland Inc.	100,00	20,92%		X
5	Fraport New York, Inc.	100,00	20,92%		X
5	Fraport Tennessee Inc.	100,00	20,92%		X
4	Fraport Newark LLC	100,00	20,92%		X
4	Fraport Washington LLC	100,00	20,92%		X
5	Fraport Washington Partnership LLC	85,00	17,78%	entfällt	
3	FraSec Fraport Security Services GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,92%		X
4	FraSec Aviation GmbH	49,00	10,25%	entfällt	
4	FraSec Flughafensicherheit GmbH	100,00	20,92%		X
4	FraSec Services GmbH	100,00	20,92%		X
5	FraScout GmbH	49,00	10,25%	entfällt	
4	FraSec VG GmbH	100,00	20,92%		X
3	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	6,97%	entfällt	
4	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	50,00	53,49%	X	
3	Ineuropa Handling Alicante U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,18%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Madrid U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,18%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Mallorca U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,18%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Teneriffa U.T.E., Santa Cruz/Spanien	20,00	4,18%	entfällt	
3	ISF Internationale Schule Frankfurt-Rhein-Main GmbH & Co. KG	0,95	0,45%	entfällt	
3	Lima Airport Partners S. R. L. (LAP), Lima/Peru	80,01	16,74%	entfällt	
3	Media Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	51,00	10,67%	entfällt	
3	Medical Airport Service GmbH, Kelsterbach	50,00	10,46%	entfällt	
3	NICE Aircraft Services & Support GmbH, Frankfurt am Main	52,00	10,88%	entfällt	
3	operational services GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	10,46%	entfällt	
3	Perishable-Center Verwaltungs-GmbH Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt	10,00	2,09%	entfällt	
4	Perishable-Center Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt GmbH & Co. Betriebs-KG	60,00	2,09%	entfällt	
3	Perishable-Center Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt GmbH & Co. Betriebs-KG	4,00	2,09%	entfällt	
3	Shanghai Frankfurt Airport Consulting Services Co., Ltd. Shanghai/China	50,00	10,46%	entfällt	
3	Terminal for Kids gGmbH	50,00	10,46%	entfällt	
3	Thalita Trading Limited	25,00	5,23%	entfällt	
4	Northern Capital Gateway LLC	100,00	5,23%	entfällt	
3	THE SQUAIRE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,10	1,07%	entfällt	
3	VVSS Limited Liability Company (im Englischen NCG Holding Limited Liability Company), St. Petersburg	25,00	5,23%	entfällt	
2	In-der-City-Bus GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Mainova AG	75,22	75,22%	X	
3	ABGnova GmbH	50,00	87,61%		X
3	ABO Wind Aktiengesellschaft	10,53	7,92%	entfällt	

4	ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	32,40	24,23%		X
3	Aufwind Energiegenossenschaft Lahn-Dill-Bergland Süd eG	0,88	0,66%	entfällt	
3	Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	90,00	67,70%		X
3	book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	33,00	57,82%		X
3	Chargemaker GmbH	50,00	37,61%		X
3	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
3	ENERENT GmbH	93,72	70,49%		X
4	ENERENT Schweiz GmbH	100,00	70,49%		X
4	ENERENT Service GmbH	100,00	70,49%		X
4	Hotmobil Deutschland GmbH, Gottmadingen	100,00	70,49%		X
4	mobiheating GmbH	100,00	70,49%		X
5	ENERENT Austria GmbH	100,00	70,49%		X
3	Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg	100,00	75,22%		X
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
3	Energy Air GmbH, Frankfurt am Main	100,00	75,22%		X
3	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen	100,00	75,22%		X
4	Eisenacher Versorgungsbetriebe GmbH	23,90	17,98%	entfällt	
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
5	EVN Netze GmbH	100,00	17,98%	entfällt	
5	Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG	7,14	3,92%	entfällt	
4	Ohra Energie GmbH	49,00	36,86%		X
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
5	EDW Energiedienste GmbH	100,00	36,86%		X
5	Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG	7,14	3,92%	entfällt	
4	Werraenergie GmbH	49,00	36,86%		X
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%	entfällt	
5	Energieversorgung Schmalkalden GmbH	49,90	18,39%	entfällt	
5	Immo.Serv. GmbH	49,00	18,06%	entfällt	
5	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	2,50	65,80%		X
5	Werra Energiedienste GmbH	100,00	36,86%		X
3	Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	50,00	37,61%		X
4	Energiedienst Main-Kinzig GmbH	50,00	18,80%	entfällt	
4	Kurbetrieb Kraft-Wärme GmbH	50,00	18,80%	entfällt	
4	Main-Kinzig Netzdienste GmbH	100,00	37,61%		X
3	Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach	25,10	18,88%	entfällt	
3	Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	25,10	18,88%	entfällt	
3	Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	50,10	56,41%		X
3	Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	50,10	56,41%		X
3	Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	15,60	11,73%	entfällt	
3	Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	36,36	27,35%		X
4	IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH Mülheim a.d.Ruhr	15,00	4,10%	entfällt	
3	Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau	36,33	27,33%		X

3	Infranova Bioerdgas GmbH	49,90	37,53%		X
3	Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	20,00	15,04%	entfällt	
3	Lorenz Energie GmbH	49,92	37,55%		X
3	Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	75,22%		X
4	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt	
5	CONTIGAS Deutsche Energie-Aktiengesellschaft	100,00	15,44%	entfällt	
6	Thüga Aktiengesellschaft	18,90	15,44%	entfällt	
7	badenova AG & CO. KG	42,88	6,62%	entfällt	
7	Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG	24,80	3,83%	entfällt	
7	Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-Aktiengesellschaft	24,80	3,83%	entfällt	
7	eins energie in sachsen GmbH & Co. KG	39,85	6,15%	entfällt	
7	EKO2 GmbH	39,97	6,17%	entfällt	
8	Energieversorgung Mittelrhein GmbH	83,14	5,13%	entfällt	
7	energie schwaben gmbh	64,86	10,02%	entfällt	
7	Energie Südbayern GmbH	50,00	7,72%	entfällt	
7	Energie- und Wassergesellschaft mbH	49,90	7,71%	entfällt	
8	Gasversorgung Lahn-Dill GmbH	50,00	3,85%	entfällt	
7	Energie Waldeck-Frankenberg GmbH	32,89	5,08%	entfällt	
7	Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg a.d. Lahn	30,00	5,23%	entfällt	
7	Energieversorgung Lohr-Karlstadt und Umgebung GmbH & Co.	49,00	7,57%	entfällt	
7	Energieversorgung Rudolstadt GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	Energieversorgung Selb-Marktredwitz GmbH	43,37	6,70%	entfällt	
7	Energieversorgung Sylt GmbH	47,00	7,26%	entfällt	
7	Energiewerke Dannstadter Höhe GmbH, Dannstadt-Schauernheim	51,00	7,88%	entfällt	
7	energy COLLECT GmbH & Co. KG	33,33	5,15%	entfällt	
7	Erdgas Mittelsachsen GmbH	48,17	7,44%	entfällt	
7	ESWE Versorgungs AG	49,38	7,63%	entfällt	
7	EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG	25,20	3,89%	entfällt	
7	EVI Energieversorgung Hildesheim Verwaltungs-GmbH	25,20	3,89%	entfällt	
7	e-werk Sachsenwald GmbH	21,45	3,31%	entfällt	
7	EWR Aktiengesellschaft	1,25	0,19%	entfällt	
7	EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG	25,00	3,86%	entfällt	
7	EWR GmbH	20,00	3,09%	entfällt	
7	Freiberger Erdgas GmbH	40,50	6,25%	entfällt	
7	FREITALER Stadtwerke GMBH	15,00	2,32%	entfällt	
7	Gasstadtwerke Zerbst GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Gasversorgung Görlitz GmbH	37,50	5,79%	entfällt	
7	Gasversorgung Pforzheim Land GmbH	31,00	4,79%	entfällt	
7	Gemeindewerke Bodanrück GmbH & Co. KG, Allensbach	9,00	1,39%	entfällt	
7	Gemeindewerke Bodanrück Verwaltungs-GmbH, Allensbach	9,00	1,39%	entfällt	
7	Gemeindewerke Haßloch GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	GEW Wilhelmshaven GmbH	49,00	7,57%	entfällt	

7	Halberstadtwerke GmbH	25,00	3,86%	entfällt
7	Harz Energie GmbH & Co. KG	50,79	7,84%	entfällt
7	Hegauwind - Brand GmbH & Co. KG, Tengen	10,00	1,54%	entfällt
7	Hegauwind - Brand Verwaltungs-GmbH, Radolfzell am Bodensee	10,00	1,54%	entfällt
7	Hegauwind GmbH & Co. KG - Verenafohren	9,09	1,40%	entfällt
7	Hegauwind Verwaltungs GmbH	9,09	1,40%	entfällt
7	High-Tech Gründerfonds III GmbH & Co. KG	0,94	0,15%	entfällt
7	homeandsmart GmbH	50,00	7,72%	entfällt
7	Infrastrukturgesellschaft Singen GmbH & Co. KG	49,90	7,71%	entfällt
7	KALA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG i.L.	18,40	2,84%	entfällt
7	KOM-DIA GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	Licht-, Kraft- und Wasserwerke Kitzingen GmbH	40,00	6,18%	entfällt
7	Licht- und Kraftwerke Sonneberg GmbH	40,00	6,18%	entfällt
7	Mainova AG	24,47	75,22%	X
7	N-ERGIE Aktiengesellschaft	39,80	6,15%	entfällt
8	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt
7	providata GmbH, Schwerin	15,00	2,32%	entfällt
7	REGAB GmbH, Herxheim bei Landau	49,50	7,64%	entfällt
7	Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	37,05	5,72%	entfällt
7	RhönEnergie Fulda GmbH	17,46	2,70%	entfällt
7	smartlab Innovationsgesellschaft mbH	30,10	4,65%	entfällt
7	Städtische Werke AG, Kassel	24,90	3,85%	entfällt
7	Stadtwerk Tauberfranken Beteiligungsgesellschaft mbH	56,00	8,65%	entfällt
8	Stadtwerk Tauberfranken GmbH	8,74	6,92%	entfällt
7	Stadtwerk Tauberfranken GmbH	39,90	6,92%	entfällt
7	Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Stadtwerke Ansbach GmbH	40,00	6,18%	entfällt
7	Stadtwerke Aue - Bad Schliema GmbH	24,50	3,78%	entfällt
7	Stadtwerke Bad Harzburg GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Stadtwerke Bad Hersfeld GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	Stadtwerke Elbtal GmbH	19,00	2,93%	entfällt
7	Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	20,00	3,09%	entfällt
7	Stadtwerke Essen AG	20,00	3,09%	entfällt
7	Stadtwerke Frankenthal GmbH	20,00	3,09%	entfällt
7	Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG	20,00	3,09%	entfällt
7	Stadtwerke Germersheim GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	Stadtwerke Greven GmbH	24,50	3,78%	entfällt
7	Stadtwerke Grünstadt GmbH	20,10	3,10%	entfällt
7	Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	24,00	3,71%	entfällt
8	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt
7	Stadtwerke Heide GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Stadtwerke Homburg GmbH	24,23	3,74%	entfällt

7	Stadtwerke Ilmenau GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Stadtwerke Ingolstadt Beteiligungen GmbH	15,00	2,32%	entfällt
7	Stadtwerke Kelheim Beteiligungs-GmbH	35,00	5,40%	entfällt
7	Stadtwerke Kelheim GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt
7	Stadtwerke Lindenberg GmbH	39,97	6,17%	entfällt
7	Stadtwerke Meerane GmbH	24,50	3,78%	entfällt
7	Stadtwerke Mühlhausen GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH	15,00	2,32%	entfällt
7	Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG	29,69	4,58%	entfällt
7	Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH	25,12	3,88%	entfällt
7	Stadtwerke Pirna Energie GmbH	25,09	3,87%	entfällt
7	Stadtwerke Radolfzell GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Stadtwerke Reichenbach/Vogtland GmbH	24,50	3,78%	entfällt
7	Stadtwerke Rostock Aktiengesellschaft	12,55	1,94%	entfällt
7	Stadtwerke Sondershausen GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	Stadtwerke Stade GmbH	20,00	3,09%	entfällt
7	Stadtwerke Villingen-Schwenningen GmbH	30,00	4,63%	entfällt
7	Stadtwerke Wertheim GmbH	38,93	6,01%	entfällt
7	Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft	24,99	3,86%	entfällt
7	Stadtwerke Zittau GmbH	14,90	2,30%	entfällt
7	Stadtwerke Zweibrücken GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	SWE Energie GmbH	10,00	1,54%	entfällt
7	SWE Netz GmbH	10,00	1,54%	entfällt
7	SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG	25,10	3,88%	entfällt
7	SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt
7	Syneco Trading GmbH	90,00	13,90%	entfällt
8	SK Verbundenergie AG	12,50	1,74%	entfällt
7	TAP Steuerungsgesellschaft mbH & Co. KG	12,50	11,33%	entfällt
8	TAP Steuerungsgesellschaft Verwaltungs-GmbH	100,00	11,33%	entfällt
7	Template4TAP GmbH & Co. KG, München	11,76	1,82%	entfällt
7	Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH	100,00	15,44%	entfällt
7	Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	15,44%	entfällt
7	Thüga Energie GmbH	100,00	15,44%	entfällt
8	DEH Deutsche Energiehandels GmbH	100,00	15,44%	entfällt
8	inCITI Singen GmbH	100,00	15,44%	entfällt
8	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0,43	1,53%	entfällt
9	Batteriespeicher Chemnitz GmbH & Co. KG	49,00	0,75%	entfällt
9	Batteriespeicher Chemnitz Verwaltungs GmbH	49,00	0,75%	entfällt
9	Breite First Nord Wind GmbH & Co. KG	50,00	0,77%	entfällt
9	Buchenau Wind GmbH & Co. KG	50,00	0,77%	entfällt
9	EE Repowering GmbH & Co. KG i.L.	70,00	1,07%	entfällt
9	EE Repowering Verwaltungs GmbH i. L.	70,00	1,07%	entfällt

9	evm Windpark Schneifelhöhe GmbH & Co.	33,40	0,51%	entfällt
9	evm Windpark Verwaltungs GmbH	33,40	0,51%	entfällt
9	Gemeinschaftswindpark Kandrich GmbH &	20,00	0,31%	entfällt
9	Gemeinschaftswindpark Kandrich Verwaltu	20,00	0,31%	entfällt
9	Infrastruktur Windpark Vogelsberg GbR	40,20	0,62%	entfällt
9	Lahnwind Limburg GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Neue Energien Zernsee GmbH & Co. OHG	80,00	1,23%	entfällt
9	Osthessen Wind Verwaltungs GmbH	50,00	0,77%	entfällt
9	Regio Nord Wind GmbH	50,00	0,77%	entfällt
9	Rheinhessische Windpark Beteiligungs Gr	40,00	0,61%	entfällt
9	Rheinhessische Windpark Beteiligungs-Ver	40,00	0,61%	entfällt
9	Stadtwerke Wind Kaiserslautern GmbH & C	33,30	0,51%	entfällt
9	Stadtwerke Wind Kaiserslautern Verwaltun	33,30	0,51%	entfällt
9	Tauberfranken Wind GmbH	25,00	0,38%	entfällt
9	THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH	66,70	1,02%	entfällt
9	THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwa	66,70	1,02%	entfällt
9	THEE PE Verwaltungs GmbH	100,00	1,53%	entfällt
9	THEE Projektentwicklungs GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	THEE 2. Projekt GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	THÜGA BOREAS Wind Verwaltungs GmbH	74,90	1,15%	entfällt
9	Thüga Erneuerbare Energien Verwaltungs	100,00	1,53%	entfällt
9	Thüga Erneuerbare Energien Windparkbet	100,00	1,53%	entfällt
10	WP Sachsen-Anhalt Süd Neun C	100,00	1,53%	entfällt
9	Umspannwerk Kirchberg 2 GmbH & Co. KG	44,40	0,68%	entfällt
9	Umspannwerk Lingelbach GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	UW Nessa GmbH & Co. KG	21,90	0,34%	entfällt
9	UW Nessa Verwaltungs GmbH	21,90	0,34%	entfällt
9	Windkraft Oblersleben I GmbH & Co. KG	74,90	1,15%	entfällt
9	Windkraft Wangenheim GmbH & Co. KG	74,90	1,15%	entfällt
9	Windpark Alsfeld GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark Apfelbacher Höhe GmbH & Co. I	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark Arpke GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co.	66,67	1,02%	entfällt
9	Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co.	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark Biebersdorf GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark Calau GmbH & Co. KG	66,70	1,02%	entfällt
9	Windpark Dedenbach GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark Fahrenwalde GmbH & Co. KG	66,70	1,02%	entfällt
9	Windpark Frauenmark II GmbH & Co. KG	66,70	1,02%	entfällt
9	Windpark Gehau GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark Hohen Birken GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark Kulsheim GmbH & Co. KG	45,00	0,69%	entfällt

9	Windpark Massenhausen GmbH & Co.KG	66,70	1,02%	entfällt
9	Windpark Neuerkirch GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark Rastenberg GmbH & Co. KG	66,70	1,02%	entfällt
9	Windpark Rimberg GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark TEWI GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark THEE Kölsa II GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark THEE Nessa GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark THEE Unzenberg GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark THEE Wansleben GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	Windpark Vogelsberg GmbH & Co. KG	66,70	1,02%	entfällt
9	Windpark Weißenfels GmbH & Co. KG	66,70	1,02%	entfällt
9	Windpark Willmersdorf III GmbH & Co. KG	100,00	1,53%	entfällt
9	WinT Windkraft Tauberfranken GmbH	45,00	0,69%	entfällt
9	WP Fahrenwalde Infrastruktur GbR	29,21	0,45%	entfällt
7	Thüga Energienetze GmbH	100,00	15,44%	entfällt
8	Energie Dannstadter Höhe GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt
8	Gasnetze Linzgau GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt
8	Gasnetze Linzgau Verwaltungs GmbH	35,00	5,40%	entfällt
8	Kommunale Energienetze Rielasingen-Worblingen-G	40,00	6,18%	entfällt
9	Kommunale Energienetze Rielasingen-Wo	100,00	6,18%	entfällt
7	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	5,90	1,53%	entfällt
7	Thüga EVK Beteiligungs GmbH	100,00	15,44%	entfällt
7	Thüga SmartService GmbH	100,00	15,44%	entfällt
8	Geospin GmbH	100,00	15,44%	entfällt
7	thüga solutions GbR, München	60,00	9,27%	entfällt
7	Thüringer Energie AG	15,19	2,35%	entfällt
7	Wasserversorgung Rheinhessen-Pfalz GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	WEMAG AG	25,10	3,88%	entfällt
7	Zwickauer Energieversorgung GmbH	23,00	3,55%	entfällt
5	Thüga Aktiengesellschaft	81,10	15,44%	entfällt
5	Thüga Management GmbH	100,00	15,44%	entfällt
3	Mainova Datacenter Holding GmbH	100,00	75,22%	X
4	Mainova WebHouse GmbH	85,00	75,22%	X
5	Mainova WebHouse Management GmbH	100,00	75,22%	X
6	MWH01 GmbH & Co. KG	0,00	75,22%	X
5	MWH01 GmbH & Co. KG	100,00	75,22%	X
3	Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	100,00	75,22%	X
4	CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG, Hamburg	30,00	22,57%	X
4	Ferme Eolienne de Migé SARL	100,00	75,22%	X
4	Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%	X
5	Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG	0,00	75,22%	X
5	Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	0,00	75,22%	X

5	Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
5	Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
5	Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
6	ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	28,80	24,23%		X
5	Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
4	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	85,00	65,80%		X
4	Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	SEBG Energiepark GmbH	50,00	37,61%		X
4	Solea GmbH	74,90	56,34%		X
5	GSt 14. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 15. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 21. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 25. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 28. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 29. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 31. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 32. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 33. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 34. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 35. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 36. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 37. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 38. Solarpark GmbH & Co. KG	99,00	55,78%		X
5	GSt 39. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 40. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 41. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 42. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 43. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 44. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 48. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 49. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 50. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 51. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 52. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 53. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X

5	GSt 54. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 55. Solarpark GmbH & Co. KG	99,00	55,78%		X
5	GSt 56. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 62. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 63. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 64. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 65. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 66. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 67. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 68. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 69. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 70. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 71. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 72. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 73. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 74. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 75. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 77. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 78. Solarpark GmbH & Co. KG	99,00	55,78%		X
5	GSt 79. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 80. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 81. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 82. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 83. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 84. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 85. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 86. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 87. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 88. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 89. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	GSt 90. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	Nachhaltiger PV-Park Eglseer Breite GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	Solarpark Hausenberg GmbH & Co. KG	10,60	5,97%		X
5	Solarpark Kevenhüll GmbH & Co. KG	98,00	55,21%		X
5	Solarpark Kösching GmbH & Co. KG	98,00	55,21%		X
5	Solarpark Kothingrub GmbH & Co. KG	73,00	41,13%		X
5	Solea Montage GmbH i. L	100,00	56,34%		X
5	Solea Pinpoint Energy GmbH	50,00	28,17%		X
5	Solea Service GmbH	100,00	56,34%		X
5	Solea Solarpark Holding GmbH	100,00	56,34%		X
5	Solea Solarpark Teisendorf GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X
5	SOLEA 5. Solarpark GmbH & Co. KG	100,00	56,34%		X

4	SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG München	12,50	9,40%	entfällt
4	WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	100,00	75,22%	X
5	WP Fischborn GmbH & Co. KG	33,33	25,07%	X
5	WP Fischborn Verwaltungs GmbH	33,33	25,07%	X
4	Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%	X
3	Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH	100,00	75,22%	X
4	Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0,00	75,22%	X
3	Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	100,00	75,22%	X
3	Mainova WebHouse GmbH	15,00	75,22%	X
3	Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG	100,00	75,22%	X
3	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	50,00	63,11%	X
3	Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	26,03	19,58%	entfällt
4	Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf Verwaltung GmbH	100,00	19,58%	entfällt
5	Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	0,00	19,58%	entfällt
3	NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	100,00	75,22%	X
3	Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	50,00	37,61%	X
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%	X
4	Oberhessengas Netz GmbH Friedberg	100,00	37,61%	X
3	REmain GmbH & Co. KG	100,00	75,22%	X
3	REmain Management GmbH	100,00	75,22%	X
4	REmain GmbH & Co. KG	0,00	75,22%	X
3	Service4EVU GmbH	50,00	37,61%	X
3	SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH	100,00	75,22%	X
3	Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich	26,25	19,74%	entfällt
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%	X
4	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	50,00	35,37%	X
3	Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau	49,90	37,53%	X
4	BGS Beteiligungsgesellschaft Strombezug mbH	18,85	7,08%	entfällt
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%	X
4	Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	49,90	56,41%	X
4	Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	49,90	56,41%	X
4	Hanau Netz GmbH	100,00	37,53%	X
4	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	2,50	65,80%	X
4	PionierWerk Hanau GmbH	49,90	18,73%	entfällt
3	Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	29,90	22,49%	X
3	Syneco Verwaltungs GmbH i.L. München	25,10	18,88%	entfällt
3	TAP Steuerungsgesellschaft mbH & Co. KG	12,50	11,33%	entfällt
3	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0,74	1,53%	entfällt
3	8KU Renewables GmbH Berlin	12,50	9,40%	entfällt
4	SolarRegion RengsdorferLAND eG	1,69	0,25%	entfällt
2	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X
2	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X

2	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X	
3	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH	0,16	0,16%		entfällt
3	Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH	51,00	100,00%	X	
2	Süwag Energie AG	5,98	5,98%		entfällt
3	Bionenergie Bad Wimpfen GmbH & Co. KG	51,00	3,05%		entfällt
4	Bionenergie Bad Wimpfen Verwaltungs GmbH	100,00	3,05%		entfällt
3	Bionenergie Kirchspiel Anhausen GmbH & Co. KG	51,00	3,05%		entfällt
4	Bionenergie Kirchspiel Anhausen Verwaltungs GmbH	100,00	3,05%		entfällt
3	Bürgerenergie Untermain eG	3,80	0,23%		entfällt
3	Energie BOL GmbH	49,90	2,98%		entfällt
3	Energiegesellschaft Leimen GmbH & Co. KG	74,90	4,48%		entfällt
4	Energiegesellschaft Leimen Verwaltungs GmbH	100,00	4,48%		entfällt
3	EnergieRegion Taunus Goldener Grund GmbH & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
4	EnergieRegion Taunus Goldener Grund Verw. GmbH	100,00	2,93%		entfällt
3	Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg a.d. Lahn	10,00	5,23%		entfällt
3	KAWAG AG & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
3	KAWAG Netze GmbH & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
3	KAWAG Netze Verwaltungs GmbH	49,00	2,93%		entfällt
3	KEVAG Telekom GmbH	50,00	2,99%		entfällt
3	Kommunale Netzgesellschaft Steinheim a.d. Murr GmbH & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
4	Kommunale Netzgesellschaft Steinheim a.d. Murr Verwaltungs-GmbH	100,00	2,93%		entfällt
3	Kommunalwerk Rudersberg GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	Kommunalwerk Rudersberg Verwaltungs-GmbH	49,90	2,98%		entfällt
3	MAINGAU Energie GmbH, Obertshausen	20,50	1,23%		entfällt
3	Murrhardt Netz AG & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
3	Naturstrom Betriebsgesellschaft Oberhonnefeld mbH, Koblenz	25,00	1,49%		entfällt
3	Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart	12,50	0,75%		entfällt
3	Netzgesellschaft Bühlertal GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe	45,70	2,73%		entfällt
4	Netzgesellschaft Bad Homburg Verwaltungs-GmbH	100,00	2,73%		entfällt
3	Netzgesellschaft Korb GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft Korb Verwaltungs GmbH	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft Lauf GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft Leutenbach GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft Leutenbach Verwaltungs-GmbH	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft Ottersweier GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	SolarRegion RengsdorferLAND eG	1,54	0,25%		entfällt
3	Stadtwerke Oberkirch GmbH, Oberkirch	33,30	1,99%		entfällt
3	Stadtwerke Weilburg GmbH, Weilburg	20,00	1,20%		entfällt
3	Stromnetz Diez GmbH & Co. KG	25,10	1,50%		entfällt
3	Stromnetz Diez Verwaltungs GmbH	25,10	1,50%		entfällt
3	Stromnetz Hofheim GmbH & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt

3	Stromnetz Hofheim Verwaltungs GmbH	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz Neckargemünd GmbH	49,90	2,98%	entfällt	
3	Stromnetz Verbandsgemeinde Katzenelnbogen GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz Verbandsgemeinde Katzenelnbogen Verwaltungsgesellschaft mbH	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz VG Diez GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz VG Diez Verwaltungsgesellschaft mbH	49,00	2,93%	entfällt	
3	Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	5,98%	entfällt	
4	Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH	25,10	1,50%	entfällt	
4	pro regionale energie eG	1,10	0,07%	entfällt	
4	SolarProjekt Mainaschaff GmbH	50,00	2,99%	entfällt	
4	Unterrhein Erneuerbare Energien GmbH	25,00	1,49%	entfällt	
4	Wärmeversorgung Limburg GmbH	50,00	2,99%	entfällt	
4	Wasserversorgung Main-Taunus GmbH	49,00	2,93%	entfällt	
4	Windenergiepark Heidenrod GmbH	45,00	2,69%	entfällt	
4	Windpark Mengerskirchen GmbH	15,00	0,90%	entfällt	
3	Süwag Management GmbH	100,00	5,98%	entfällt	
4	Süwag Vertrieb AG & Co. KG	1,00	5,98%	entfällt	
5	enermarket GmbH, Frankfurt am Main	30,00	1,79%	entfällt	
3	Süwag Vertrieb AG & Co. KG	99,00	5,98%	entfällt	
3	Syna GmbH	100,00	5,98%	entfällt	
4	KAWAG Gas GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
4	Manfred Müller GmbH, Kördorf	100,00	5,98%	entfällt	
4	Netzdienste Oberursel (Taunus) GmbH & Co, KG	49,00	2,93%	entfällt	
5	Netzdienste Oberursel (Taunus) Verwaltungsgesellschaft mbH	100,00	2,93%	entfällt	
4	Netzgesellschaft Hochtaunuskreis Usinger Land GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
5	Netzgesellschaft Hochtaunuskreis Usinger Land Verwaltungs-GmbH	100,00	2,93%	entfällt	
4	Netzgesellschaft Kelkheim GmbH & Co, KG	49,00	2,93%	entfällt	
5	Netzgesellschaft Kelkheim Verwaltungs-GmbH	100,00	2,93%	entfällt	
3	Überlandwerk Mittelbaden GmbH & Co. KG	37,80	2,26%	entfällt	
3	Überlandwerk Mittelbaden Verwaltungs-GmbH	37,80	2,26%	entfällt	
3	Unterrhein EnergieProjekt AG & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
1	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
2	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	20,00	50,00%	X	
1	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X	
1	Volks-, Bau- und Sparverein eG	0,15	0,15%		X
2	Umland Wohnungsbau-Gesellschaft mbH	100,00	0,15%	entfällt	
1	Volkshochschule Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Kompass - Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main - gemeinnützige GmbH	100,00	100,00%	X	
1	WOHNHEIM GmbH	1,06	99,91%	X	

Gesamt

680

Erläuterungen und Begriffsdefinitionen

Abschreibungen

Wertminderung von Vermögensgegenständen, die im Laufe der Nutzungsdauer durch deren (Ab-) Nutzung eintritt. Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) als Aufwand ausgewiesen und wirken sich mindern auf den Gewinn aus. Handelsrechtlich wird zwischen planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen unterschieden. Methodisch werden Abschreibungen verschieden umgesetzt, wobei die am häufigsten vorkommende Methode die lineare Abschreibung ist. Dabei werden die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig (linear) über eine fixe Nutzungsdauer (abhängig vom Vermögensgegenstand) abgesetzt. Die degressive Methode splittet die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in fallende Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen umfasst die Vermögensteile, die dauerhaft dem Geschäftszweck dienen und die nicht zur Veräußerung bestimmt sind, z. B. Produktionsanlagen oder Immobilien. Je nach Branche ist das Anlagevermögen in Relation zur Bilanzsumme höher (Infrastruktur und Produktion) oder niedriger (Dienstleistung). Das Anlagevermögen in der Bilanz teilt sich in Sachanlagen (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen), langfristige Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere) und immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen).

at equity

Eine Methode zur Bilanzierung bestimmter langfristiger Beteiligungen im Konzernabschluss einer Gesellschaft, die am stimmberechtigten Kapital einer anderen Gesellschaft beteiligt ist. Ausgehend von den Anschaffungskosten der Beteiligung zum Erwerbszeitpunkt wird der Buchwert der Beteiligung laufend an die Entwicklung des Eigenkapitals der Beteiligung angepasst. Diese Methode ist das Gegenstück zur Bewertung von Beteiligungen nach dem Anschaffungskostenprinzip (Cost Value Method), bei der Zuschreibungen über die Anschaffungskosten der ausgewiesenen Beteiligung hinaus nicht möglich sind. Im Einzelabschluss (Jahresabschluss) ist die Bewertung von Beteiligungen nach der Equity-Methode unzulässig. Im Konzernabschluss ist die Equity-Methode für die Bewertung von Beteiligungen an sog. assoziierten Unternehmen (§ 312 HGB; vgl. Konzernabschluss) vorgeschrieben. Des Weiteren können Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von § 310 HGB als assoziierte Unternehmen nach § 311 ff. HGB einbezogen und somit *at equity* bewertet werden. Die Konsolidierung ist verpflichtend nach der Buchwertmethode vorzunehmen (§ 312 HGB). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Anschaffungswert und dem anteiligen bilanziellen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens sowie der darin enthaltene Geschäfts- oder Firmenwert oder passiver Unterschiedsbetrag sind demnach im Konzernanhang anzugeben.

Bilanz

Stichtagsbezogene Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Das Vermögen auf der Aktivseite zeigt die konkrete Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel (Anlage- und Umlaufvermögen), während die Passivseite die Mittelherkunft aus Eigen- und Fremdkapital beschreibt. Die Bilanz wird stichtagsbezogen erstellt und kann deshalb nur bedingt zu Prognosezwecken herangezogen werden. § 247 HGB schreibt die Mindestgliederung einer Bilanz vor; das Anlage- und das Umlaufvermögen, das Eigenkapital, die Schulden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten sind gesondert auszuweisen und hinreichend aufzugliedern. Eine Bilanz erfüllt gleichzeitig Dokumentationspflichten.

Bilanzergebnis

= Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
 +/- Gewinnvortrag/Verlustvortrag
 + Entnahme aus der Kapitalrücklage
 +/- Entnahme/Einstellung in Gewinnrücklagen

Die Bilanz darf auch unter Berücksichtigung der vollständigen oder teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt werden. Wird die Bilanz unter Berücksichtigung der teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt, so tritt an die Stelle der Posten "Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag" und "Gewinnvortrag/Verlustvortrag" der Posten "Bilanzgewinn/Bilanzverlust"; ein vorhandener Gewinn- oder Verlustvortrag ist in den Posten "Bilanzgewinn/Bilanzverlust" einzubeziehen und in der Bilanz gesondert anzugeben. Die Angabe kann auch im Anhang gemacht werden, (vgl. § 268 Abs. 1 HGB).

Cashflow

Finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angeben soll. Er wird abgeleitet aus den Daten des Jahresabschlusses, insbesondere aus der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV). Der Cashflow ist Ausdruck (Indikator) der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens (Innenfinanzierung).

Cash-Pooling

Cash-Pooling dient als Instrument zur Steuerung der Konzernfinanzierung und soll einen konzerninternen Liquiditätsausgleich erzielen. Dabei gewähren die Tochtergesellschaften einer Konzerngesellschaft liquide Mittel, die diese Mittel wiederum für alle Gesellschaften zentral verwaltet.

Eigenkapitalrendite

Aus der Kennzahl (Jahresüberschuss / durchschnittliches Eigenkapital * 100) lässt sich die Rendite (Vorteilhaftigkeit) des eingesetzten Eigenkapitals ablesen. Die Kennzahl sagt aus, mit wie viel Prozent das gesamte im Unternehmen während einer Periode gebundene Eigenkapital verzinst wird. Damit zeigt diese Kennzahl die Profitabilität des in diesem Unternehmen gebundenen Eigenkapitals an.

durchschnittliches Eigenkapital

Die Kennzahl wird ermittelt, indem man das Eigenkapital am Ende des Berichtsjahres und am Ende des Vorjahres (alternativ Anfang des Berichtsjahres) addiert und dann durch zwei dividiert.

Gesamtleistung

Als Gesamtleistung bezeichnet man in der GuV (Erfolgsrechnung) das Zwischenergebnis aus Summe aller betrieblichen Erlöse eines Unternehmens (Umsatzerlöse plus Bestandsveränderungen plus andere aktivierte Eigenleistungen).

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

In der Gewinn- und Verlustrechnung (Erfolgsrechnung) werden alle Aufwendungen und Erträge einer Periode zur Ermittlung des Unternehmensergebnisses zusammengetragen. Bei der Erstellung nach HGB ist der Periodenerfolg mit der Differenz aus Vermögensbeständen der aktuellen und der Bilanz der Vorperiode identisch. Bei Kapitalgesellschaften muss die GuV in Staffelform erstellt werden (§ 275 Abs. 1 HGB). Die erforderlichen Bestandteile einer GuV sind ebenfalls vorgegeben (§ 275 Abs. 2 und Abs. 3 HGB).

Gewinn-/Verlustvortrag

Der Gewinn-/Verlustvortrag zeigt die kumulierten Ergebnisse der Vorjahre, die weder ausgeschüttet, in die Rücklagen eingestellt noch durch Rücklagenauflösung ausgeglichen wurden.

Investitionen

Langfristige (auf über ein Jahr angelegte) Kapitalbindung in Anlagevermögen zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Die Kapitalverschiebung in das Sachanlagevermögen wird als Realinvestition (z. B. in Gebäude oder Maschinen), die in Finanzanlagen als Finanzinvestition (z. B. Wertpapiere oder Beteiligungen) und die in immaterielle Vermögensgüter als immaterielle Investition (z. B. in Rechte oder Konzessionen) bezeichnet.

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ergibt sich als positive/negative Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen des betreffenden Geschäftsjahres. Bei der Ermittlung des Jahresüberschusses/-fehlbetrages werden Gewinn- oder Verlustvortrag, Entnahmen und Einstellungen aus/in offene/n Rücklagen nicht berücksichtigt.

kurz-, mittel- und langfristiges Fremdkapital

Von Bedeutung im Hinblick auf die auf das Unternehmen zukommende Liquiditätsbelastung ist die Unterscheidung in kurz-, mittel- und langfristiges Fremdkapital.

Als kurzfristiges Fremdkapital bezeichnet man in der Regel – in Anlehnung an die Angabe der Restlaufzeiten in der Bilanz oder im Anhang des Jahresabschlusses – Fremdkapital, das innerhalb eines Jahres ausgeglichen werden muss.

Als langfristiges Fremdkapital können Schulden bezeichnet werden, die dem Unternehmen länger als fünf Jahre zur Verfügung stehen.

Das mittelfristige Fremdkapital ist dann das Fremdkapital, das innerhalb von ein bis fünf Jahren zurückgezahlt werden muss, z. B. ein Fälligkeitsdarlehen, das in drei Jahren zur Rückzahlung fällig ist.

Liquidität

Unter Liquidität versteht man die Fähigkeit, Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Ein Unternehmen ist dann liquide, wenn es in der Lage ist, die fälligen Verpflichtungen – wie Gehälter der Angestellten, Mieten und offene Rechnungen – zu begleichen. Wenn diese Fähigkeit nicht mehr gegeben ist, spricht man von einer Zahlungsunfähigkeit und es droht eine Insolvenz.

Mitarbeitenden im Jahresdurchschnitt

Die Angabe der durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen richtet sich nach der Angabe im Anhang des Jahresabschlusses gemäß §§ 267 Abs. 5 und 285 Nr. 7 HGB. Auszubildende werden nicht einbezogen.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Ist das Eigenkapital durch Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten, so ist dieser Betrag am Schluss der Bilanz auf der Aktivseite gesondert unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen (§ 268 Abs. 3 HGB).

Der Betrag gehört als letzter Punkt auf die Aktivseite, während das ausgewiesene Eigenkapital mindestens 0,00 € sein muss.

Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten erfassen zeitliche Abgrenzungen von Ausgaben (Aktivseite) bzw. Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand bzw. Ertrag für die Zeit nach diesem Tag darstellen.

Rückstellungen

Rückstellungen sind passivierte Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung und/oder Höhe ungewiss sind. Sie werden gebildet, wenn in einer Periode die Voraussetzungen für das Entstehen einer Verbindlichkeit liegen, deren Eintritt oder Höhe aber noch ungewiss ist. Somit ist eine spätere wirtschaftliche Zurechnung zur Entstehungsperiode möglich. Rückstellungen werden z. B. für Pensionen und Steuern gebildet. Konkretisiert sich eine ungewisse Verbindlichkeit oder entfällt sie endgültig, wird die Rückstellung aufgelöst. § 249 HGB regelt die Pflichten und Verbote bei der Bildung von Rückstellungen.

Umlaufvermögen

Das Pendant zum Anlagevermögen bei den Vermögensgegenständen, hier sind alle Positionen zu Vermögensgegenständen aufgeführt, die nicht dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, die also relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgeschlagen werden (z. B. Vorräte, kurzfristige Forderungen und Bankguthaben).

Erläuterungen zu den Kennzahlen aus Kapitel 4 Allgemeiner Teil

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Aus der Kennzahl zur Anlagenintensität sollen Hinweise über die zukünftige Zahlungsfähigkeit gewonnen werden. Der Wert der Anlagenintensität ist branchenabhängig. Eine zu hohe Anlagenintensität ist eher kritisch zu bewerten, weil der erwartete Mittelrückfluss des Anlagevermögens in der fernerer Zukunft liegt.

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (= Bilanzsumme) dargestellt. Es gilt der Grundsatz: Je größer die Eigenkapitalquote, desto größer sind die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. In der Praxis spielt aufgrund des öffentlich-rechtlichen Anteilseigners die Eigenkapitalquote bei kommunalen Unternehmen in der Regel eine untergeordnete Rolle.

$$\text{Produktivität} = \frac{\text{Gesamtleistung}}{\text{Ø Mitarbeitende}}$$

Die Produktivität ist der Maßstab für die Ergiebigkeit des Einsatzes eines Produktionsfaktors (hier der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeitende).

Gesamtleistung = Umsatzerlöse
+ Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen

Eine Bestandsveränderung ist beispielsweise die Aktivierung fertiggestellter, zum Verkauf stehender Wohnungen bzw. deren Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Unter aktivierten Eigenleistungen versteht man z. B. selbst durchgeführte Modernisierungsmaßnahmen. Die betriebswirtschaftliche Gesamtleistung stellt die monetäre Bewertung der abgesetzten Produkte und geschaffenen Werte der Unternehmen dar.

Gesetzestexte, Internetfundstellen

Ergänzend zu den Ausführungen über die „Gesetzlichen Grundlagen“ im ersten Kapitel des Beteiligungsberichts werden im Folgenden die für den Beteiligungsbericht wichtigsten Rechtsvorschriften im Wortlaut wiedergegeben. Die Angaben sind keineswegs abschließend, sondern beschränken sich vielmehr auf die Kernvorschriften der für den Beteiligungsbericht maßgeblichen Vorschriften. Die gesellschafts- und bilanzrechtlichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des GmbH-Gesetzes und des Aktiengesetzes sowie steuerrechtliche und weitere kommunalrechtliche Vorschriften wie die Gemeindehaushaltsverordnung werden hier nicht gesondert aufgeführt.

Hessische Gemeindeordnung (HGO) (§§ 121 bis 127b HGO)

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(1a) Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betätigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.

(1b) Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 bleiben hiervon unberührt.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

(3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbstständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach

den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.

(5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn

1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

(6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

(7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

(8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass

1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,

3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

(4) Ist die Gemeinde mit mehr als 50 Prozent an einer Gesellschaft unmittelbar beteiligt, so hat sie darauf hinzuwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.

(5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

(6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 123 Unterrichts- und Prüfungsrechte

(1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes in der Fassung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2398), bezeichneten Umfang beteiligt, so hat sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
2. sicherzustellen, dass ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung einer Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde darauf hinwirken, dass ihr in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Befugnisse nach den § 53 und 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Beteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Ge-

sellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist

§ 123a Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Der Bericht ist innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,
1. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Ist eine Gemeinde in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang an einem Unternehmen beteiligt, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

§ 124 Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft oder eines wirtschaftlichen Unternehmens sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Das Gleiche gilt für Einrichtungen im Sinne des § 121 Abs. 2.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden und Gemeindeverbände mit mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, Veräußerungen sowie andere Rechtsgeschäfte im Sinne des Abs. 1 vornehmen will.

§ 125 Vertretung der Gemeinde in Gesellschaften

(1) Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde in Gesellschaften, die der Gemeinde gehören (Eigengesellschaften) oder an denen die Gemeinde beteiligt ist. Der Bürgermeister vertritt den Gemeindevorstand kraft Amtes; er kann sich durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Gemeindevorstandes vertreten lassen. Der Gemeindevorstand kann weitere Vertreter bestellen. Alle Vertreter des Gemeindevorstands sind an die Weisungen des Gemeindevorstands gebunden, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen. Vorbehaltlich entgegenstehender zwingender Rechtsvorschriften haben sie den Gemeindevorstand über alle wichtigen

Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die vom Gemeindevorstand bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Verlangen des Gemeindevorstands jederzeit niederzulegen. Sofern Beamte der Gemeinde von den Gesellschaften für ihre Tätigkeit eine finanzielle Gegenleistung erhalten, zählt diese zu den abführungspflichtigen Nebentätigkeitsvergütungen im Sinne von § 2 der Nebentätigkeitsverordnung in der Fassung vom 21. September 1976 (GVBl. I S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1998 (GVBl. I S. 492).

(2) Abs.1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, in den Vorstand, den Aufsichtsrat oder ein gleichartiges Organ einer Gesellschaft Mitglieder zu entsenden; bei den Aufsichtsgremien soll der Gemeindevorstand darauf hinwirken, dass die Gemeinde möglichst paritätisch durch Frauen und Männer vertreten wird. Der Bürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands führt in den Gesellschaftsorganen den Vorsitz, wenn die Gesellschaft der Gemeinde gehört oder die Gemeinde an ihr mehrheitlich beteiligt ist. Dies gilt nicht, wenn weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde.

(3) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit bei einer Gesellschaft haftbar gemacht, so hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn die Vertreter der Gemeinde nach Weisung gehandelt haben.

§ 126 Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung

Die Vorschriften des § 122 Abs. 1 und 2 mit Ausnahme des Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, der §§ 124 und 125 gelten auch für andere Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts. Für die Mitgliedschaft in kommunalen Interessenverbänden gelten nur die Vorschriften des § 125.

§ 126a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 122 Abs. 1 Nr. 1 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Diese muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten. Die Gemeinde hat die Satzung und deren Änderungen bekannt zu machen. § 127a gilt entsprechend.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 19 Abs. 2 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 5 gilt entsprechend. Die Anstalt kann sich nach Maßgabe der Satzung an anderen Unternehmen beteiligen, wenn der öffentliche Zweck der Anstalt dies rechtfertigt. Die §§ 123a und 125 gelten entsprechend.

(4) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 104 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(5) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas Anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt nach außen.

(6) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über:

1. den Erlass von Satzungen nach Abs. 3 Satz 2,
2. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
3. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
5. die Ergebnisverwendung,
6. die Beteiligung oder die Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen.

Der Verwaltungsrat berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. Entscheidungen nach Satz 3 Nr. 1 bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Satzung im Sinne von Abs. 2 Satz 1 kann vorsehen, dass die Gemeindevertretung dem Verwaltungsrat in bestimmten Fällen Weisungen erteilen kann oder bei Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich ist.

(7) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der Gemeindevertretung für die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die der Gemeindevertretung angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus der Gemeindevertretung. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(8) Der Anstalt kann durch Satzung die Dienstherrnfähigkeit verliehen werden. Die Satzung bedarf insoweit der Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde. Wird die Anstalt aufgelöst, hat die Gemeinde die Beamten und die Versorgungsempfänger zu übernehmen.

(9) Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 3 und 4) entsprechend. Der Haushalt der Anstalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Kredite der Anstalt bedürfen entsprechend den §§ 103 und 105 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Ist die Anstalt überwiegend wirtschaftlich tätig, so kann sie in ihrer Satzung bestimmen, für die Wirtschafts- und Haushaltsführung die Vorschriften über die Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Das für die Gemeinde zuständige Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Anstalt. Das Rechnungsprüfungsamt hat das Recht, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 131 Abs. 1 auftreten, unmittelbar zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der Anstalt einzusehen.

(10) § 14 Abs. 2, § 25 sowie die Bestimmungen des Sechsten Teils über die Gemeindegewirtschaft und die des Siebenten Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

(11) Die Anstalt ist zur Vollstreckung von Verwaltungsakten in demselben Umfang berechtigt wie die Gemeinde, wenn sie aufgrund einer Aufgabenübertragung nach Abs. 3 hoheitliche Befugnisse ausübt und bei der Aufgabenübertragung nichts Abweichendes geregelt wird.

(12) Abs. 1 bis 11 finden auf Anstalten des öffentlichen Rechts nach § 2c des Hessischen OFFENSIV-Gesetzes vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 318), keine Anwendung.

§ 127 Eigenbetriebe

(1) Die Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung der wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) sind so einzurichten, dass sie eine vom übrigen Gemeindevermögen abgeordnete Betrachtung der Verwaltung und des Ergebnisses ermöglichen.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebs ist der Betriebsleitung eine ausreichende Selbständigkeit der Entscheidung einzuräumen.

(3) Die näheren Vorschriften über die Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung einschließlich des Rechnungswesens der Eigenbetriebe bleiben einem besonderen Gesetz vorbehalten.

§ 127a Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens,
2. die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die wesentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft,
3. den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
4. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 124 Abs. 1

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) Abs. 1 gilt für Entscheidungen über mittelbare Beteiligungen im Sinne von § 122 Abs. 5 entsprechend.

§ 127b Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG)

(§§ 53 und 54 HGrG)

§ 53 Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54 Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.

Hessisches Eigenbetriebsgesetz

(EigBGes)

(§§ 1 und 5 bis 8 EigBGes)

§ 1 Rechtsgrundlagen für den Eigenbetrieb

(1) Die Gemeinde führt ihre wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit als Eigenbetriebe nach den Vorschriften dieses Gesetzes sowie nach einer von ihr zu erlassenden Satzung (Betriebssatzung).

(2) Die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) bleiben unberührt, soweit sich aus diesem Gesetz nichts Anderes ergibt.

§ 5 Aufgaben der Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung entscheidet unter Beachtung der § 121 Abs. 8 und § 127 HGO über die Grundsätze, nach denen die Eigenbetriebe der Gemeinde gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden sollen. Sie ist zuständig für:

1. Erlass und Änderung der Betriebssatzung;
2. wesentliche Aus- und Umgestaltung oder Auflösung des Eigenbetriebs;
3. Verschmelzung mit anderen Eigenbetrieben oder Umwandlung in eine andere Rechtsform;
4. Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan nach § 15;
5. Festsetzung der allgemeinen Lieferungsbedingungen und der allgemeinen Tarife;
6. Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen und zu Mehrausgaben nach Maßgabe des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 8;
7. Verfügung über Vermögensgegenstände, die zum Sondervermögen (§ 10 Abs. 1) gehören, soweit sie der Gemeindevertretung durch die Betriebssatzung besonders zugewiesen ist;
8. Entscheidung über die Verminderung des Eigenkapitals nach § 11 Abs. 4;
9. Übernahme von neuen Aufgaben, insbesondere Angliederung sonstiger Unternehmen und Einrichtungen der Gemeinde, die nicht als wirtschaftliche Unternehmen gelten, jedoch wirtschaftlich oder technisch mit dem Eigenbetrieb im Zusammenhang stehen;
10. Übernahme von Bürgschaften und Bestellung anderer Sicherheiten;
11. Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes sowie über den Ausgleich von Verlustvorträgen;
12. Genehmigung der Verträge der Gemeinde mit Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern oder den Betriebsleitern nach Maßgabe des § 3 Abs. 6 und des § 6 Abs. 9;
13. Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss.

In der Betriebssatzung kann sich die Gemeindevertretung die Entscheidung weiterer Angelegenheiten vorbehalten, soweit sie nicht nach § 7 der Entscheidung der Betriebskommission unterliegen oder zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören.

§ 6 Betriebskommission

(1) Der Gemeindevorstand beruft eine Betriebskommission; für mehrere Eigenbetriebe einer Gemeinde kann eine gemeinsame Betriebskommission gebildet werden.

(2) Der Betriebskommission gehören an:

1. Mitglieder der Gemeindevertretung, die von ihr für die Dauer ihrer Wahlzeit aus ihrer Mitte gewählt werden; die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung;
2. kraft ihres Amtes der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder in seiner Vertretung ein von ihm bestimmtes Mitglied des Gemeindevorstandes sowie zwei weitere Mitglieder des Gemeindevorstandes; darunter muss der für das Finanzwesen zuständige Beigeordnete sein. Die Betriebssatzung kann bestimmen, dass und wie viele weitere Mitglieder der Gemeindevorstand aus seinen Reihen in die Betriebskommission entsendet;
3. zwei Mitglieder des Personalrates des Eigenbetriebes, die auf dessen Vorschlag von der Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates gewählt werden.

(3) Der Betriebskommission sollen weitere wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen angehören, die von der Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer ihrer Wahlzeit gewählt werden. Die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung; sie darf ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder der Betriebskommission nicht übersteigen.

(4) In der Betriebssatzung kann geregelt werden, dass die Mitglieder der Betriebskommission sich vertreten lassen können. Die Vertreter sind nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu wählen oder zu berufen, die für die Wahl oder Berufung der Mitglieder der Betriebskommission gelten.

(5) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission bleiben nach Ablauf ihrer Wahlzeit solange Mitglieder der Betriebskommission, bis ihre Nachfolger nach Abs. 7 berufen worden sind.

(6) Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder in Wettbewerb mit dem Eigenbetrieb steht oder für Betriebe tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied der Betriebskommission sein, es sei denn, dass diese Tätigkeit im Auftrage der Gemeinde ausgeübt wird.

(7) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission und deren Stellvertreter müssen ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde haben; sie können durch Beschluss der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter vorzeitig abberufen werden.

(8) Den Vorsitz in der Betriebskommission führt der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder ein von ihm bestimmter Vertreter. An den Sitzungen der Betriebskommission nimmt die Betriebsleitung teil. Sie ist auf Verlangen zu dem Gegenstand der Verhandlungen zu hören. Sie ist verpflichtet, der Betriebskommission auf Anfordern Auskünfte zu den Beratungsgegenständen zu erteilen.

(9) Verträge von Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern mit der Gemeinde in Angelegenheiten des Eigenbetriebs bedürfen der Genehmigung der Gemeindevertretung, es sei denn, dass es sich um Verträge nach feststehendem Tarif oder um Geschäfte der laufenden Betriebsführung handelt, die für die Gemeinde unerheblich sind.

§ 7 Aufgaben der Betriebskommission

(1) Die Betriebskommission überwacht die Betriebsleitung und bereitet die nach diesem Gesetz erforderlichen Beschlüsse der Gemeindevertretung vor. Sie kann Auskunft sowie Akteneinsicht verlangen.

(2) Die Betriebskommission hat einer Maßnahme der Betriebsleitung zu widersprechen, wenn sie das Recht verletzt oder das Wohl der Gemeinde oder des Eigenbetriebs gefährdet. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Über die strittige Angelegenheit entscheidet der Gemeindevorstand.

(3) Die Betriebskommission ist, unbeschadet der Bestimmung in Abs. 1, für folgende Angelegenheiten zuständig, soweit sie nicht zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören:

1. Stellungnahme zum Wirtschaftsplan und Vorlage an den Gemeindevorstand zur Weiterleitung an die Gemeindevertretung;
2. Stellungnahme zu den Vorschlägen der Betriebsleitung für die Festsetzung der allgemeinen Lieferungsbedingungen und der allgemeinen Tarife;
3. Genehmigung von Geschäften aller Art im Rahmen des Wirtschaftsplans, deren Wert einen angemessenen, in der Betriebssatzung festzulegenden Vomhundertsatz des Stammkapitals (§ 10 Abs. 2) übersteigt; trifft die Betriebssatzung keine Bestimmung, so unterliegen alle Geschäfte der Genehmigung, deren Wert zwei vom Hundert des Stammkapitals übersteigt;
4. Verfügung über Vermögensgegenstände, die zum Sondervermögen (§ 10 Abs. 1) gehören, insbesondere Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, Schenkungen und Darlehenshingaben, soweit sie nicht wegen der Bedeutung der Angelegenheit oder wegen des Wertes des Vermögensgegenstandes durch die Betriebssatzung der Gemeindevertretung zugewiesen ist;
5. Stellungnahme zum Jahresabschluss, zum Lagebericht und zum Vorschlag für die Gewinnverwendung;
6. Stellungnahme zur Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten und leitenden Angestellten;
7. Vorschlag für den Prüfer für den Jahresabschluss;

8. Entscheidung über die Führung eines Rechtsstreites und den Abschluss von Vergleichen, wenn sie größere Bedeutung haben;
9. Zustimmung zu Verträgen von größerer Bedeutung, insbesondere über den Bezug von Energie und Wasser durch den Eigenbetrieb;
10. Verzicht auf Forderungen und Stundung von Zahlungsverpflichtungen nach Maßgabe der Betriebssatzung.

Die Betriebssatzung kann der Betriebskommission die Entscheidung in weiteren Angelegenheiten zuweisen, soweit sie nicht nach § 5 der Entscheidung der Gemeindevertretung oder nach § 8 der Entscheidung des Gemeindevorstands unterliegen oder zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören.

(4) Die Betriebskommission hat den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebs rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen.

(5) In den in Abs. 3 genannten Angelegenheiten kann die Betriebsleitung in dringenden Fällen, wenn die vorherige Entscheidung der Betriebskommission nicht eingeholt werden kann, die erforderlichen Maßnahmen von sich aus anordnen. Hiervon hat sie dem Vorsitzenden der Betriebskommission unverzüglich Kenntnis zu geben.

§ 8 Aufgaben des Gemeindevorstands

(1) Der Gemeindevorstand sorgt dafür, dass die Verwaltung und Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs mit den Planungen und Zielen der Gemeindeverwaltung im Einklang stehen. Erfüllt die Betriebskommission eine ihr durch dieses Gesetz oder die Betriebssatzung zugewiesene Aufgabe nicht, so fordert sie der Gemeindevorstand unter Bestimmung einer angemessenen Frist zur Erfüllung der Aufgabe auf; nach ergebnislosem Ablauf der Frist übernimmt der Gemeindevorstand die Aufgabe und entscheidet an Stelle der Betriebskommission.

(2) Der Gemeindevorstand hat einen Beschluss der Betriebskommission nach Anhörung der Betriebskommission aufzuheben, wenn dieser das Recht verletzt; er kann ihn ändern, soweit er gegen die Planung und Ziele der Gemeindeverwaltung verstößt.

(3) Der Gemeindevorstand regelt das Verfahren und den Geschäftsgang der Betriebskommission durch eine Geschäftsordnung.

Glossar zu wichtigen Begriffen des EU-Beihilfenrechts

Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung

In der Allgemeinen Gruppenfreistellungs-verordnung (AGVO) werden Rahmenbedingungen definiert, innerhalb derer die Mitgliedsstaaten ohne vorherige Notifizierung Beihilfen gewähren können. Sie beinhaltet die umfassendste Sammlung von Ausnahmetatbeständen zum grundsätzlichen Beihilfenverbot des Art. 107 Abs. 1 AEUV für ganz unterschiedliche Bereiche des Wirtschaftslebens.

Die unter die AGVO fallenden Beihilfen dürfen zwar ohne vorherige Notifizierung gewährt werden, sie müssen dazu jedoch den Anforderungen der AGVO entsprechen, was von der Kommission kontrolliert werden kann.

Dass gewisse Mittelgewährungen von der Notifizierungspflicht freigestellt sind, beinhaltet im Umkehrschluss aber auch die Bestätigung, dass die in der AGVO umschriebenen Sachverhalte den Beihilfentatbestand erfüllen. Das gilt zum Beispiel für die Förderung kultureller Einrichtungen.

Am 01.07.2014 trat die neu überarbeitete AGVO in Kraft. Die wesentlichen Änderungen sind:

- Die Anhebung der Schwellenwerte: Die Beihilfen-Obergrenzen („Schwellenwerte“) für verschiedene Maßnahmen wurden angehoben. Für einige Beihilfegruppen wurde der Anwendungsbereich durch flexiblere Fördervoraussetzungen, günstigere Beihilfenhöchstintensitäten und höhere Beihilfebeiträge erweitert.
- Die neue AGVO umfasst zusätzliche Gruppen von Beihilfen: Es wurden neue Gruppen von Beihilfen von der Anmeldepflicht freigestellt, z. B. Beihilfen für lokale Infrastruktur, für Breitband-, Forschungs- und Energieinfrastrukturen, Innovationscluster, regionale Stadtentwicklungsfonds, für Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes, für audiovisuelle Werke, Sport- und Freizeitinfrastrukturen sowie Beihilfen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen.

Die AGVO umfasst nunmehr zwölf statt bisher neun Beihilfegruppen, die sich wiederum in mehrere Beihilfekategorien unterteilen.

Erlaubt sind gemäß Art. 5 AGVO nur transparente Beihilfen, deren Bruttosubventionsäquivalent sich im Voraus genau berechnen lässt, wie beispielsweise Zuschüsse. Entsprechend nicht erlaubt sind nicht transparente Beihilfen, wie Risikokapitalbeihilfen.

Die in der alten Fassung (a. F.) verankerten „Verfahrensgrundsätze“ der Transparenz (Art. 9 AGVO a.F.), der Beihilfenkontrolle (Art. 10 AGVO a. F.), sowie der Berichterstattung (Art. 11 AGVO a. F.) sind ebenfalls in der neuen Fassung an anderer Stelle wieder zu finden. Gemäß Art. 11 a) AGVO muss innerhalb von 20 Tagen nach Gewährung einer Beihilfe ein Kurzbericht an die Kommission übermittelt werden. Unterlagen, die zur Gewährung einer Beihilfe angelegt wurden, sind in ausführlicher Form zehn Jahre aufzubewahren und auf Verlangen der Kommission vorzulegen (Art. 12 AGVO). Zudem ist ein Jahresbericht vorzulegen (Art. 11 b) AGVO).

Almunia-Paket

Das Paket der EU-Kommission vom 20.12.2011, das das Maßnahmenpaket vom 15.07.2005 (sog. Monti-Paket) ersetzt und weiterentwickelt hat, beinhaltet Regelwerke für die Behandlung von Beihilfen im Bereich der DAWI:

- Beschluss der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 AEUV auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen – Freistellungsbeschluss - zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (K(2011) 9380 endgültig).

- Mitteilung der Kommission: Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (K(2011) 9406 endgültig).
- Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (K(2011) 9404 endgültig).
- Verordnung der Kommission 360/2012 über die Anwendung der Art.107 und 108 AEUV auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen („DAWI-De-minimis-Verordnung“).

„Altmark Trans“ - Rechtsprechung

Falls zur beihilferechtlichen Absicherung von Ausgleichszahlungen die Regelungen des Beschlusses vom 20.12.2011 nicht eingreifen (bspw. aufgrund einer höheren Ausgleichszahlung an den Begünstigten als 15 Mio. €), kann u. U. eine Betrauung nach den Altmark Trans-Kriterien erfolgen.

Hierzu ist jedoch die zusätzliche Anforderung des "durchschnittlich gut geführten Unternehmens" zu erfüllen (vgl. auch 4. Altmark Trans-Kriterium).

Ultima Ratio stellt die Durchführung eines Notifizierungsverfahrens bei der EU-Kommission dar.

Art. 6 des Beschlusses der Kommission (siehe oben) sieht eine regelmäßige Kontrolle der Höhe der Ausgleichszahlungen, die begünstigte Unternehmen erhalten, vor.

Hiernach haben alle Verwaltungsebenen im Rahmen ihrer Zuständigkeit sicherzustellen, dass die im oben genannten Art. 5 und 6 vorgesehenen Kontrollen durchgeführt werden, damit keine Ausgleichszahlungen erfolgen, die über die in Art. 5 des Beschlusses der Kommission bestimmte Höhe hinausgehen (Überkompensation).

Im kommunalen Bereich kommen für diese Kontrollen eigens mit dieser Aufgabe betraute Organisationseinheiten der Kommune in Betracht.

Durch die Kontrollen soll (auch) sichergestellt werden, dass keine Überkompensation erfolgt, d. h. dass die Unternehmen keine Ausgleichszahlungen erhalten, die über die erforderlichen Beträge hinausgehen, erfolgt. Gleichwohl darf eine Überkompensation von maximal 10% der jährlichen Ausgleichssumme auf die Zuwendungen in der nächstfolgenden Ausgleichsperiode angerechnet werden.

Beihilfe

Eine mit dem Binnenmarkt unvereinbare - und somit verbotene - Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV liegt vor, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Maßnahme zu Gunsten eines Unternehmens
2. aus öffentlichen Mitteln, gleich welcher Art (*Haushaltsmittel, Förderzusagen oder Verlustausgleiche von Bund, Ländern, Kommunen oder öffentlichen bzw. privaten Einrichtungen unter staatlicher Kontrolle*)
3. mit begünstigender (*Vorteil gegenüber Wettbewerbern*) und
4. selektiver Wirkung (*Einfluss auf das Verhältnis Beihilfeempfänger und Wettbewerber - keine Beihilfe bei bspw. Infrastrukturmaßnahmen, die Unternehmen eine allgemeine, gleichberechtigte Nutzung ermöglichen*), die die
5. Gefahr der Verfälschung des Wettbewerbs sowie die Beeinträchtigung des grenzüberschreitenden Handels (*lokaler Bezug genügt nicht*) begründen kann.

Ausnahmsweise sind folgende staatliche Beihilfen zulässig:

1. Gesetzlich erlaubte Beihilfen, Art. 107 Abs. 2 AEUV, bspw. Beihilfen sozialer Art oder Beihilfen bei Katastrophen oder
2. möglicherweise mit dem Binnenmarkt vereinbare Beihilfen, Art. 107 Abs. 3 AEUV, bspw. Beihilfen zur Förderung notleidender Gebiete, wichtiger Vorhaben oder der Kultur.

Art. 106 Abs. 2 AEUV sieht eine Einschränkung der EU-Wettbewerbsregeln für Dienstleistungen in allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) vor. D. h. die Erfüllung der DAWI-Aufgaben darf nicht durch die Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts verhindert werden.

Betrauung

Nach der Kommissionsentscheidung 2005/842/EG vom 28.11.2005 (Teil des früher sog. Monti-Pakets, nunmehr Paket der Kommission vom 20.12.2011,) kann die Legitimation einer tatbestandsmäßigen Beihilfe mittels eines Betrauungsakts erreicht werden.

Ziel des Betrauungsverfahrens ist es, eine Überkompensation bzw. eine Quersubventionierung anderer erwerbswirtschaftlicher Unternehmensbereiche zu verhindern. Dementsprechend wichtig sind Dokumentation und Kontrolle.

Der Betrauungsakt muss an ein bestimmtes Unternehmen gerichtet und rechtlich verbindlich sein.

Inhaltlich muss durch den Betrauungsakt sichergestellt werden, dass das Unternehmen die Leistung, für die die Ausgleichszahlung gewährt wird, tatsächlich erbringt. Ferner müssen Regelungen zu folgenden Punkten enthalten sein (Beschluss der Kommission vom 20.12.2011, K(2011) 9380 endgültig, Art. 2. und 4:

1. Art und Dauer der Gemeinwohlverpflichtungen (*Erbringung von DAWI-Tätigkeiten* - vgl. auch 1. Altmark Trans-Kriterium),
2. das beauftragte Unternehmen und der geografische Geltungsbereich,
3. Art und Dauer der dem Unternehmen ggf. gewährten ausschließlichen und besonderen Rechte,
4. die Parameter für die Berechnung, Überwachung und etwaige Änderung der Ausgleichszahlungen (vgl. auch 2. Altmark Trans-Kriterium),
5. die Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden (vgl. auch 3. Altmark Trans-Kriterium),
6. Beschränkung der Betrauung auf einen Zeitraum von zehn Jahren und
7. Verweisung auf den Beschluss der Kommission vom 20.12.2011, K(2011) 9380 endgültig.

Die Ausgleichszahlung darf nicht mehr als 15 Mio. € betragen (Ausnahmen Bereiche Soziales, Krankenhäuser und Wohnungsbau).

Es gibt keinen „Standard-Betrauungsakt“. Die Kommission nennt in ihrem Leitfaden als mögliche Beispiele für Betrauungsakte:

- Konzessionsverträge und öffentliche Dienstleistungsaufträge,
- Vereinbarungen zwischen der staatlichen Verwaltung und Unternehmen über die Durchführung von Vorhaben in spezifischen Bereichen,
- ministerielle Anweisungen,
- Gesetze und Verordnungen,
- jährliche oder mehrjährige Leistungsverträge,
- Rechtsverordnungen und
- jede Art von hoheitlicher und kommunaler Verfügung oder Entscheidung.

Neben einer vertraglichen Gestaltung - durch öffentlich-rechtlichen oder zivilrechtlichen Vertrag – kommt also die Betrauung durch Verwaltungsakt, durch eine (Betriebs-) Satzung oder durch einen Gesellschaftsvertrag in Verbindung mit einem Beschluss der kommunalen Vertretungskörperschaft bzw. der Gesellschafterversammlung in Betracht.

Geht es um die Betrauung einer kommunalen Eigengesellschaft kann diese auch durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (Gemeindevertretung) - oder des Magistrats (Gemeindevorstands) - in Verbindung mit einer gesellschaftsrechtlichen Weisung, die in der Gesellschafterversammlung der kommunalen Eigengesellschaft umgesetzt wird, erfolgen (sogenannte „gesellschaftsrechtliche Lösung“).

DAWI - Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Unter Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse versteht das primäre EU-Recht (vgl. Art. 106 AEUV) bestimmte Tätigkeiten, die zwar entgeltliche Leistungen, die im Rahmen eines Marktgeschehens erbracht werden, darstellen, die allerdings zusätzlich einen engen Bezug zum Gemeinwohl aufweisen. Diese weisen eine enge Verwandtschaft zu Aufgaben der Daseinsvorsorge auf. Es handelt sich in der Regel um die Bereitstellung der für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendigen Güter und Leistungen.

Was im Einzelfall hierzu gehört, dürfen die Mitgliedsstaaten weitgehend selbst festlegen (Beurteilungsspielraum).

Zu den DAWI zählen auch Leistungen, bei denen Unternehmen sog. gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen übernehmen, da die hieran gestellten Anforderungen nicht kostendeckend erfüllt werden können und somit eine öffentliche Ko-Finanzierung erforderlich ist.

Kennzeichnend für DAWI-Tätigkeiten sind somit folgende Attribute:

Defizitär: Grundsätzlich sind die konkreten Leistungen der Daseinsvorsorge unwirtschaftlich und werden von privaten Marktteilnehmern nicht oder nicht in gleicher Form und in gleichem Umfang angeboten.

Öffentliches Interesse: Leistungen der Daseinsvorsorge sind von besonderem öffentlichen Interesse für ein funktionierendes Gemeinwesen und können vom Einzelnen in der Regel nicht beschafft werden.

Besondere Pflicht: Für die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge besteht eine am Gemeinwohl orientierte Pflicht, die regelmäßig unwirtschaftlich ist, aber jedem Einzelnen ein Mindestangebot bestimmter Leistungen zur Verfügung stellt.

Öffentlicher Zweck: Der öffentliche Zweck im Sinne der Hessischen Gemeindeordnung ist ein Indiz für eine Leistung der Daseinsvorsorge.

Die Tätigkeiten der Daseinsvorsorge lassen sich in vier Bereiche einteilen:

1. Beihilfeirrelevante Daseinsvorsorge,
2. Beihilferelevante Daseinsvorsorge,
3. nichtwirtschaftliche Tätigkeit (d. h. ausschließlich hoheitliches oder solidarisch-soziales Handeln) und
4. wirtschaftliche Tätigkeit (d. h. marktbezogenes Handeln).

Wirtschaftlich ist jede Tätigkeit, die darin besteht, Güter oder Dienstleistungen auf einem bestimmten Markt anzubieten. Dabei muss sie grundsätzlich auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung ausgeübt werden können.

Wirtschaftlich und damit beihilferelevant sind u. a.: Energie-, Wasser- und Verkehrsversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Betrieb von Bädern, medizinische und soziale Dienste, Wohnbau oder Management der Transportinfrastruktur.

Bei Gesellschaften, die gemischt - d. h. innerhalb und außerhalb des DAWI-Bereichs - tätig werden, gilt wie vorliegend auch, dass eine strikte Trennung zwischen den beiden Bereichen zu erfolgen hat (vgl. auch Art. 5 Beschluss der Kommission vom 20.12.2011, K(2011) 9380 endgültig (Früher Monti-Paket, nunmehr Paket der Kommission vom 20.12.2011)). Dabei sollte der Nicht-DAWI-Bereich kostendeckend arbeiten.

Drei-Jahres-Betrachtung und 10%-Schwelle

Im Rahmen der beihilfenrechtlichen Überkompensationskontrolle spielt es eine Rolle, ob bei einer Überschreitung des geplanten DAWI-Kostenausgleichs (Soll-Ausgleichs) in den vorhergehenden oder nachfolgenden Jahren Unterschreitungen festgestellt werden, so dass im Durchschnitt eines Dreijahreszeitraums keine Überkompensation vorliegt. Dabei darf die Überkompensation bezogen auf ein (Wirtschafts-) Jahr max. 10% der jährlichen Ausgleichssumme betragen. Andernfalls kann die Rückgewähr der zu viel geleisteten Beihilfe nicht vermieden werden.

Finanzieller Netto-Effekt

Der finanzielle Netto-Effekt meint die im Freistellungsbeschluss, in der Verordnung 1370/2007 und in der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung enthaltene beihilfenrechtliche Vorgabe, dass eine zu planende oder zu gewährende Ausgleichsleistung für DAWI-Tätigkeiten nicht nur durch Heranziehung der hierdurch verursachten Aufwendungen ermittelt werden darf. Daneben müssen die hiermit verbundenen Erträge saldierend berücksichtigt werden.

Freistellungsbeschluss

Die Europäische Kommission hat am Ende des Jahres 2011 ein Vorschriftenpaket verabschiedet, welches die damalige Revision der Beihilferegulungen über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) – sog. „Almunia-Paket“ oder „Altmark-Paket“, zuvor „Monti-Paket“ – abschloss. Es umfasst u. a. den Freistellungsbeschluss [ABl. L 7 vom 11.01.2012], der das zentrale Dokument des Vorschriftenpakets darstellt und regelt, unter welchen Voraussetzungen Ausgleichsleistungen für bestimmte Kategorien von Dienstleistungen von der Pflicht zur Anmeldung (Notifizierung) bei der Europäischen Kommission freigestellt sind, weil sie als nicht oder nur unerheblich wettbewerbsbeeinträchtigend gelten. Aufgrund dieser Regelungen entfällt eine Meldepflicht (Notifizierung), wenn Beihilfen von bis zu 15 Mio. € zugunsten von Unternehmen gewährt werden, wenn diese DAWI erbringen. Zudem sind Zahlungen an Krankenhäuser und für Sozialwohnungen zuständige Unternehmen sowie für Maßnahmen sozialen Bedarfs von der Notifizierungspflicht freigestellt, unabhängig von ihrem Finanzvolumen. Grundvoraussetzung ist allerdings, dass solche Ausgleichszahlungen für die Erbringung von DAWI auf einem klar umrissenen öffentlichen Versorgungsauftrag basieren (Betrabung) und keine Überkompensation vorliegt.

Die Voraussetzungen im Einzelnen:

1. Höhe der Beihilfe von weniger als 15 Mio. € p. a., ausgenommen bestimmte Bereiche (s. o.).
2. Vorliegen einer Betrabung (z. B. *durch Gesetz, Vertrag, Verwaltungsakt, Ratsbeschluss, Gesellschaftsvertrag, Gesellschafterbeschluss*) sowie
3. Regelungen zu den Kostenparametern, zur Trennungsrechnung, zur Überkompensation und zur Laufzeit der Betrabung.

Gewinnzuschlag

Der Gewinnzuschlag ist ein Begriff der Kalkulation. Dieser ist ein bestimmter Wert, der häufig als Bruchteil oder Prozentsatz der Selbstkosten eines Unternehmens (oder anderer Basiswerte, z. B. des betriebsnotwendigen Kapitals) ausgedrückt wird. Der Ansatz eines Gewinnzuschlags fußt auf der Einsicht, dass ein Unternehmen seine Tätigkeit nur fortführen wird, wenn es Aussichten hat damit nicht nur seine für die Leistungserstellung benötigten Kosten zu refinanzieren, sondern darüber hinaus noch einen Gewinn erwirtschaften kann.

Ausgehend von diesem Gedanken darf bei der Bestimmung des DAWI-Ausgleichs neben den „Nettokosten“ noch ein „angemessener Gewinn“ hinzugerechnet werden. Darunter ist nach dem Freistellungsbeschluss in erster Linie eine Kapitalrendite („interner Ertragssatz“/“internal rate of return“) zu verstehen, die das Unternehmen während des Betrauungszeitraums mit seinem investierten Kapital erziele. Der Aufschlag dient unter anderem als Ausgleich für Liquiditätsrisiken im Zusammenhang mit der Bindung von Kapital für die Erbringung einer Dienstleistung während des Betrauungszeitraums (unternehmerisches Risiko).

Zur Bemessung der Kapitalrendite werden von der Kommission mittlerweile laufend „Swap-Sätze“ ermittelt und veröffentlicht, die verbunden mit einem Aufschlag von 100 Basispunkten eine Orientierung für die Bemessung der Rendite bilden sollen. Daneben ist es „bei besonderen Umständen“ möglich, den Gewinnzuschlag nicht als Kapitalrendite, sondern auf andere Weise zu ermitteln (z. B. als durchschnittliche Eigenkapitalrendite, Gesamtkapitalrendite oder als Umsatzrendite).

Insofern sind jeweils unternehmensindividuell Überlegungen und Festlegungen zu einem angemessenen Gewinn zu treffen. Bei den Unternehmen, die für die Stadt Frankfurt am Main dauerdefizitäre gemeinwirtschaftliche Aufgaben erbringen wurde bislang in der Regel der Gewinnzuschlag, unter Berücksichtigung langjähriger Zins- und Renditebetrachtungen auf den jeweiligen Betrauungszeitpunkt, mit 4% angesetzt.

Ist-Ausgleich

Unter Ist-Ausgleich ist der Geldbetrag zu verstehen, der einem betrauten Unternehmen vom Beihilfengeber (von einer mittelgewährenden Stelle) für einen bestimmten Zeitraum (in der Regel: das Wirtschaftsjahr) als Ausgleichsleistung für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen (DAWI-Tätigkeiten) tatsächlich gewährt wird. Dessen Festlegung erfolgt in der Regel zusammen mit der Feststellung des Jahresabschlusses und errechnet sich aus den tatsächlichen Aufwendungen abzüglich der Erträgen (sog. finanzielle Nettoeffekt) für die betrauten Tätigkeiten. Die Mittelgewährung über den Ist-Ausgleich darf jedoch nicht höher sein als der maximale Soll-Ausgleich, der zuvor im Wirtschaftsplan geplant wurde.

Notifizierung

Grundsätzlich sieht Art. 108 AEUV ein generelles Notifizierungsgebot (Meldepflicht) für geplante staatliche Beihilfen vor. Die Kommission prüft dann auf Grundlage ihrer Mitteilungen und Beschlüsse (Früher Monti-Paket, nunmehr Paket der Kommission vom 20.12.2011), ob die Beihilfe ausnahmsweise ohne Notifizierung gewährt werden kann. Mit der Notifizierungspflicht ist ein Durchführungsverbot verbunden, d. h. bis zum Abschluss der Prüfung (und positiven Bescheid) durch die Kommission darf eine Beihilfe nicht ausgezahlt werden. Im Rahmen der Notifizierung beschließt der Rat auf Antrag über die Vereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt.

Im vereinfachten Notifizierungsverfahren (Abl C 136/3 vom 16.06.2008) erfolgt die Entscheidung binnen eines Monats, wenn die Beihilfemaßnahme nach bestehendem Gemeinschaftsrahmen bereits Gegenstand einer Grundprüfung war und nicht bereits unter die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) fällt und die Beihilfemaßnahme der gefestigten Entscheidungspraxis der Kommission entspricht, bspw. Förderung des kulturellen Erbes oder lokale Infrastruktur.

Das vereinfachte Verfahren gliedert sich in folgende Schritte:

- Vorabkontakte zwischen Kommission und dem anmeldenden Mitgliedstaat,
- Anmeldung durch den Mitgliedstaat,
- Bekanntmachung der Anmeldung,
- Kurzentscheidung,
- Veröffentlichung der Kurzentscheidung.

Im normalen Notifizierungsverfahren entsprechend VO (EG) Nr. 659/1999 erfolgt die Entscheidung möglichst innerhalb von vier Monaten ab Eingang der letzten Stellungnahme in der Sache im Rahmen des förmlichen Verfahrens.

Grundsätzlich dürften anmeldungspflichtige Beihilfen nicht gewährt werden, bevor die Kommission eine diesbezügliche Genehmigungsentscheidung erlassen hat oder die Beihilfe als genehmigt gilt.

Der betreffende Mitgliedstaat übermittelt hierbei der Kommission in seiner Anmeldung (Anmeldeformular in Anhang I Teil I der Verordnung (EG) Nr. 794/2004) alle sachdienlichen Auskünfte, damit diese eine Entscheidung erlassen kann. Änderungen an bereits angemeldeten oder genehmigten Beihilfen werden mit dem Formular im Anhang II der genannten Verordnung beantragt.

Stellt die Kommission nach einer vorläufigen Prüfung fest, dass die angemeldete Maßnahme Anlass zu Bedenken hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem gemeinsamen Markt gibt, so beschließt sie, das Verfahren nach Artikel 108 Abs. 2 AEUV zu eröffnen (förmliches Verfahren).

Im Rahmen des förmlichen Verfahrens können alle Beteiligten Bemerkungen vortragen. Die Entscheidung der Kommission erfolgt danach. Hat die Kommission ernsthafte Bedenken, ob ihre Entscheidungen - Entscheidung, keine Einwände zu erheben, Positiventscheidungen oder mit Bedingungen und Auflagen verbundene Entscheidungen - nicht befolgt werden, so gestattet der betreffende Mitgliedstaat der Kommission die Nachprüfung vor Ort.

In Negativentscheidungen über rechtswidrige Beihilfen entscheidet die Kommission, dass der betreffende Mitgliedsstaat alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen hat, um die Beihilfe vom Empfänger zurückzufordern.

Parameter (zur Berechnung, Überwachung und etwaigen Änderungen der Ausgleichszahlungen)

Diese Anforderung an die Betrauung bedeutet, dass bereits vorab im Sinne einer Budgetierung festzulegen ist, für welche Daseinsvorsorge-Verpflichtungen ein Kostenausgleich auf der Grundlage welcher Parameter und in welcher Form gewährt wird. Eine ergänzende nachträgliche Verlustabdeckung für den Fall, dass die vorab kalkulierten und zur Verfügung gestellten Fördermittel nicht ausreichen, lassen die Regelungen des Pakets der Kommission vom 20.12.2011 nicht zu.

Empfehlenswert ist die Methode der *Fehlbedarfsfinanzierung*: Hiernach werden Zuwendungen zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines Teils der Ausgaben gewährt. Gleichzeitig wird der/die Zuwendungsempfänger:in verpflichtet, einen überschießenden Zuwendungsbetrag zurückzuerstatten.

Eine Überkompensation (vgl. auch 3. Altmark Trans-Kriterium) ist damit ausgeschlossen; gleichzeitig ist diese Methode als Ergänzung zum Kontrollsystem nach dem Paket der Kommission vom 20.12.2011 geeignet.

Der Wirtschaftsplan, der im Rahmen der Zuwendungsgewährung einzureichen ist, enthält die Parameter, die für die Berechnung der Ausgleichszahlung notwendig sind. Er ist insofern beihilferechtlich verbindlich und abschließend. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans sind die Vorgaben des Art. 5 des Beschlusses vom 20.12.2011 (K(2011) 9406 endgültig) zur Berechnung des Kostenausgleichs anhand allgemein akzeptierter Rechnungslegungsgrundsätze zu beachten.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen (vgl. auch Art. 5 Beschluss vom 20.12.2011 (K(2011) 9406 endgültig)):

- Soweit das Unternehmen nur DAWI-Tätigkeiten erbringt, können zur Bestimmung der Ausgleichszahlung dessen Gesamtkosten herangezogen werden.
- Soweit neben DAWI-Tätigkeiten auch Leistungen auf anderen Gebieten erbracht werden, dürfen nur die den DAWI-Tätigkeiten zurechenbaren Kosten bei der Ermittlung der Ausgleichszahlung herangezogen werden.
- Die der DAWI-Tätigkeit zurechenbaren Kosten umfassen sämtliche durch die Erbringung der Tätigkeit verursachten variablen Kosten, einen angemessenen Beitrag zu den sowohl dienstleistungsbezogenen als auch im Rahmen sonstiger Tätigkeit anfallenden Fixkosten und eine angemessene Rendite.
- Kosten für Investitionen, vor allem in die Infrastruktur, können berücksichtigt werden, wenn sie für das Funktionieren der DAWI-Tätigkeit erforderlich sind.
- Auf der Einnahmeseite sind sämtliche mit der DAWI-Tätigkeit erwirtschafteten Erträge zu berücksichtigen, ferner die Erträge, die mit den gewährten besonderen Rechten im Zusammenhang stehen.
- Unter der "angemessenen Rendite" ist ein angemessener Kapitalertrag unter Berücksichtigung des von dem Unternehmen aufgrund des staatlichen Eingreifens eingegangenen Risikos bzw. unter Berücksichtigung des fehlenden Risikos zu verstehen.

In der Regel darf die Rendite die in dem betreffenden Sektor in den Jahren zuvor erzielte durchschnittliche Rendite nicht übersteigen.

- Wenn die DAWI-Tätigkeiten nur einen Teil eines Unternehmens ausmachen, müssen die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung von DAWI- und Nicht-DAWI-Tätigkeiten in den Büchern getrennt ausgewiesen werden. Ferner sind die Parameter der Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben anzugeben.

Rechtsfolgen

Rechtsfolgen von Beihilferechtsverstößen sind zum einen die Rückgewährpflicht, d. h. die Beihilfe muss durch den/die Beihilfeempfänger:in zurückgezahlt werden und die beihilfegewährende Behörde wird zur Rückforderung verpflichtet (Verordnung (EG) 659/1999). Die Verjährungsfrist beläuft sich dabei auf zehn Jahre ab Beihilfegewährung. Zum anderen wird nach der BGH-Rechtsprechung das beihilferechtswidrige Geschäft nach § 134 BGB nichtig. Folgende Konsequenzen können sich daraus ergeben:

- Der/die Beihilfeempfänger:in wird insolvent.
- Schadensersatzansprüche von Mitbewerbern:innen aus UMG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) werden geltend gemacht.
- Mitbewerber:innen haben ein Klagerecht auf Feststellung (siehe BVerwGE v. 16.12.2010, Az.: 3 C 44.09).
- Organe des/der Beihilfeempfängers:in haften gemäß § 43 Abs. 2 GmbHG (Geschäftsführer) bzw. §§ 93 (Vorstand), 116 AktG (Aufsichtsrat) persönlich. Dazu wird auf S. 24 der Anwendungsbeihilfe zum Beihilferecht der VKU verwiesen. Dort wird dem Organ des/der Beihilfeempfängers:in bei Zweifel bzgl. der beihilferechtlichen Vereinbarkeit einer Maßnahme geraten, sich von der Kommune anweisen zu lassen, die fragliche Maßnahme durchzuführen, sodass ihm zumindest in persönlicher Hinsicht ein möglicher Beihilferechtsverstoß nicht vorgeworfen werden kann. Die Haftung der Gesellschafter:innen richtet sich nach der Rechtsform der Gesellschaft. Beispielsweise haften die Gesellschafter:innen einer GmbH für Verbindlichkeiten der Gesellschaft grundsätzlich nicht persönlich, sondern den Gläubigern:innen der Gesellschaft haftet nur das Gesellschaftsvermögen (vgl. § 13 Abs. 2 GmbHG).
- Im Rahmen der Ahndung des Beihilfeverstoßes durch die EU-Kommission werden Bußgelder verhängt.

- **Wirtschaftliche Konsequenzen:** Im Rahmen der Rückforderung europarechtswidrig gewährter Beihilfen sind die Vorschriften des deutschen Kapitalerhaltungs- und Insolvenzrechts zu beachten, soweit hierdurch nicht der Zielsetzung des Beihilfenverbots zuwider gehandelt wird. Ist der/die Beihilfeempfänger:in aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission zur Rückforderung einer Beihilfe verpflichtet, ist diese Rückforderung eine einfache Insolvenzforderung im Rang des § 38 InsO; dem Umstand, dass sie den Regeln über eigenkapitalersetzende Darlehen unterliegt, kommt keine Bedeutung zu.

Rückstellungen wegen unrechtmäßiger Beihilfengewährung

Wird einem betrauten Unternehmen mehr an DAWI-Kostenausgleich gewährt, als nach den Parametern der Betrauung zulässig ist („Überkompensation“), muss der überschießende Betrag von dem Unternehmen - dem Grundsatz nach zwingend - zurückgewährt werden. Hiervon kann unter bestimmten Umständen abgesehen werden, sofern die Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10% überschreitet und die Betrauung eine entsprechende Regelung enthält. In diesem Fall kann die Überkompensation auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden (siehe Überkompensationskontrolle, Dreijahresbetrachtung).

Da der Überkompensationsbetrag zu einer Forderung führt, die sich gegen das Unternehmen richtet, muss diese möglicherweise in der Bilanz zur Ausweisung einer Rückstellung führen. Rückstellungen sind im Rechnungswesen Passivpositionen in der Bilanz, die dem Grunde und der Höhe nach ungewiss sind, jedoch mit hinreichend großer Wahrscheinlichkeit erwartet werden. Den Umgang mit beihilferechtlichen Risiken in der Jahresabschlussprüfung regelt IDW Prüfungsstandard (PS) 700 (Prüfung von Beihilfen nach Artikel 107 AEUV, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen).

Soll-Ausgleich

Unter Soll-Ausgleich ist der Geldbetrag zu verstehen, der von einem/einer Beihilfengeber:in (einer mittelgewährenden Stelle) als Ausgleichsleistung für ein betrautes Unternehmen vorgesehen ist, weil es gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen übernimmt. Die Festlegung erfolgt in der Regel zusammen mit der Aufstellung des Wirtschaftsplans und ergibt sich aus der Zusammenschau von (geplanten) Aufwendungen und Erträgen aus den betrauten Tätigkeiten. Bei einem Unternehmen, das nur betraute Tätigkeiten ausführt, entspricht der Soll-Ausgleich in der Regel dem nach dem Wirtschaftsplan erwarteten (negativen) Ergebnis des Unternehmens, das noch durch einen (fiktiven) Gewinnzuschlag erhöht werden darf.

Spezialregelungen Verkehrsbereich

Das Beihilfeverbot gilt mangels näherer Eingrenzung in Art. 107 Abs. 1 AEUV umfassend und damit für alle Unternehmen und Produktionszweige, welche durch die Begünstigung Einzelner von ihnen einen Nachteil erleiden können. Eine Ausnahme besteht dann, wenn Sondervorschriften bestehen, welche das allgemeine Beihilfenverbot verdrängen bzw. überlagern. Für den Verkehrsbereich enthält das Verkehrskapitel (Art. 90-100 AEUV) umfassende Spezialregelungen. Dem allgemeinen Verkehrstitel unterliegen allerdings gemäß Art. 100 Abs. 1 AEUV nur die Beförderung im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffverkehrsverkehr. Für den Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffverkehrsverkehr greift die Sonderregelung des Art. 93 AEUV. Danach sind Beihilfen gemeinschaftsrechtskonform, die den Erfordernissen der Koordinierung des Verkehrs oder der Abgeltung bestimmter, mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen entsprechen. Im Verkehrsbereich kann die Legitimation einer tatbestandsmäßigen Beihilfe nicht mittels eines Betrauungsaktes, sondern mittels eines öffent-

lichen Dienstauftrages erreicht werden. Die VO (EG) Nr. 1370/2007 regelt abschließend, in welcher Weise zuständige Behörden in den Nahverkehrsmarkt eingreifen dürfen.

Trennungsrechnung

Um zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten einem Unternehmen nur die der Daseinsvorsorge-Aufgabe zurechenbaren Kosten ausgleichen, müssen sich diese zweifelsfrei identifizieren lassen.

Das bedeutet, dass Beihilfeempfänger:innen, die neben dem geförderten Angebot auch wirtschaftlich tätig sind, eine Trennungsrechnung durchführen müssen. Dabei sind die Kosten und Einnahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit separat von den Kosten und Einnahmen der geförderten Tätigkeit zu erfassen und auszuweisen. Es sind daher getrennte Konten zu führen. Dies dient dem Nachweis des/der Beihilfeempfängers:in, dass keine verbotene Quersubventionierung der kommerziell-wettbewerblichen Tätigkeit durch die Beihilfe stattfindet.

Überkompensationskontrolle

Mit Überkompensationskontrolle bezeichnet man die Gesamtheit der Maßnahmen, die dazu dienen, dass ein betrautes Unternehmen nicht mehr an Ausgleichsleistungen erhält, als dies die jeweilige Betrauung nach beihilfenrechtlichen Vorgaben erlaubt. Sie dient dem/der Beihilfengeber:in dazu, die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses dauerhaft einzuhalten und auf diese Weise von beihilfenrechtlichen Notifizierungspflichten entbunden zu bleiben. In der Betrauung ist darauf einzugehen, wie sichergestellt wird, dass dem Unternehmen nicht mehr öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, als ihm nach dieser Methodik gebühren („Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen“). Dabei besteht - sofern die Betrauung das entsprechend regelt - die Möglichkeit, weitergehend noch zu prüfen, ob die der vorgesehene Ausgleich erheblich überschritten wurde. Übersteigt die Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10%, so kann sie auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden (Art. 6 Nr. 2 des Freistellungsbeschlusses; Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen vom 29.04.2013, SWD(2013) 53 final/2, S.78, Nr. 141; Mitteilung der Kommission 2012/C 8/02, Art. 6).

Wirtschaftsplan

Man unterscheidet zwischen Wirtschaftsplänen privater Haushalte oder Unternehmen und Wirtschaftsplänen öffentlicher Haushalte. Ein Wirtschaftsplan privater Haushalte oder Unternehmen ist ein am Beginn einer Wirtschaftsperiode von dem einzelnen Wirtschaftssubjekt aufgestellter Plan über die in dieser Periode beabsichtigte Konsumtion bzw. Produktion und deren Finanzierung. Ein Wirtschaftsplan öffentlicher Haushalte ist ein spezielles Instrument öffentlicher Unternehmen in einer öffentlich-rechtlichen Rechtsform und tritt an die Stelle des Haushaltsplans. Er gliedert sich in einen Erfolgs- und einen Finanzplan. Im Rahmen des Erfolgsplans werden alle voraussehbaren Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres ausgewiesen; die Erfassung hat sich mindestens an der GuV bzw. der Jahreserfolgsrechnung zu orientieren. Im Rahmen des Finanzplans müssen die voraussichtlich vermögenswirksamen Einnahmen und Ausgaben sowie die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthalten sein; die Ausgaben sind hierbei übertragbar.

Links zu Internetfundstellen:

Bundesgesetze:

<http://www.gesetze-im-internet.de/>

Bundesgesetzblatt I und II:

https://www.recht.bund.de/de/home/home_node.html

Bundesanzeiger:

<https://www.bundesanzeiger.de/>

Verwaltungsvorschriften des Bundes:

<http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/erlassstellen.html>

Kommunalrechtliche Vorschriften und Landesrecht Hessen:

<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe>

Staatsanzeiger Hessen:

<https://www.staatsanzeiger-hessen.de/>

Stadt Frankfurt am Main:

<https://frankfurt.de/>

Dezernat VI - Finanzen, Beteiligungen und Personal

[Dezernat VI – Finanzen, Beteiligungen und Personal | Stadt Frankfurt am Main](#)

Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main:

[Beteiligungsmanagement | Stadt Frankfurt am Main](#)

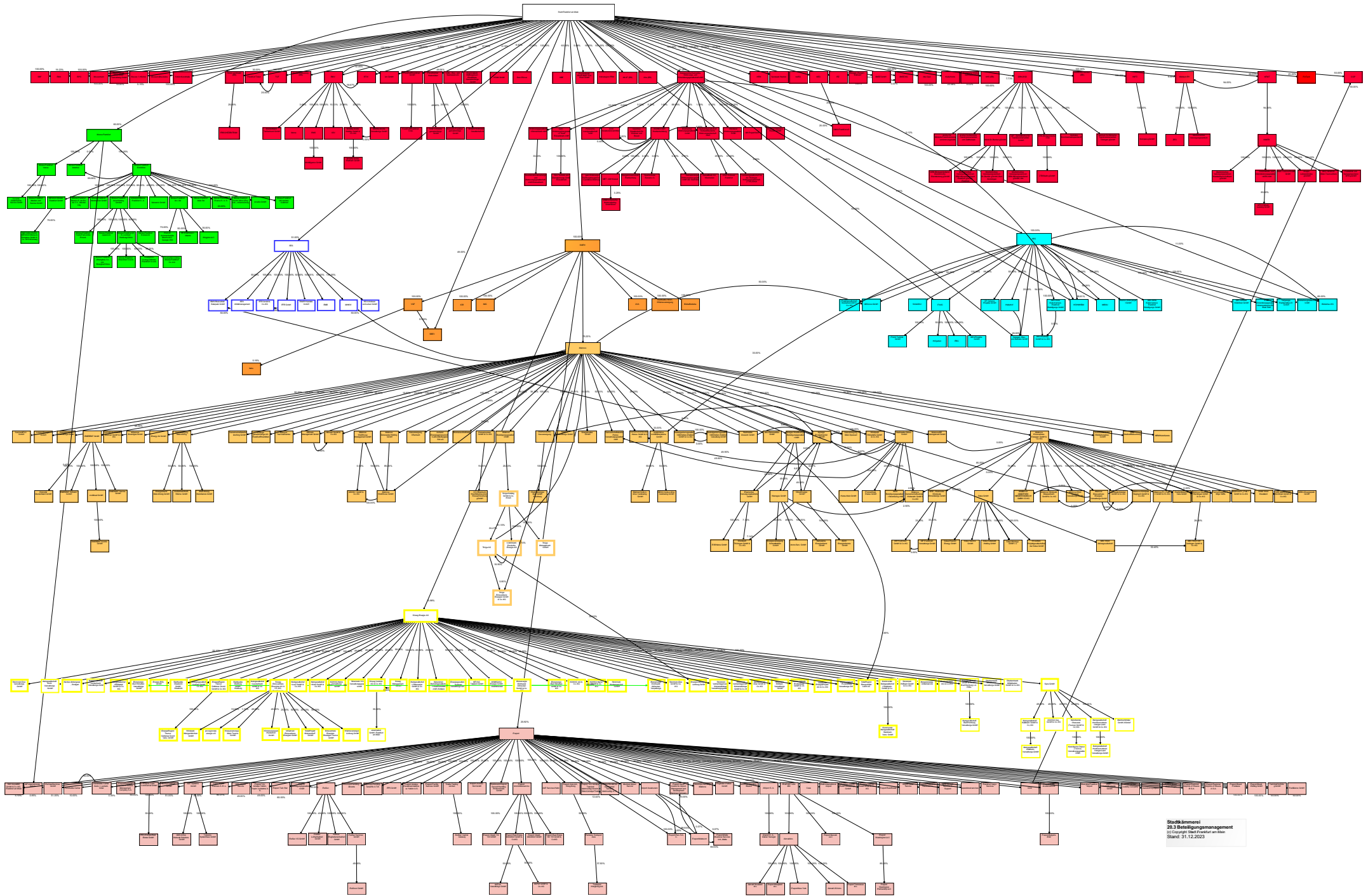
Deutscher Städtetag:

<https://www.staedtetag.de/>

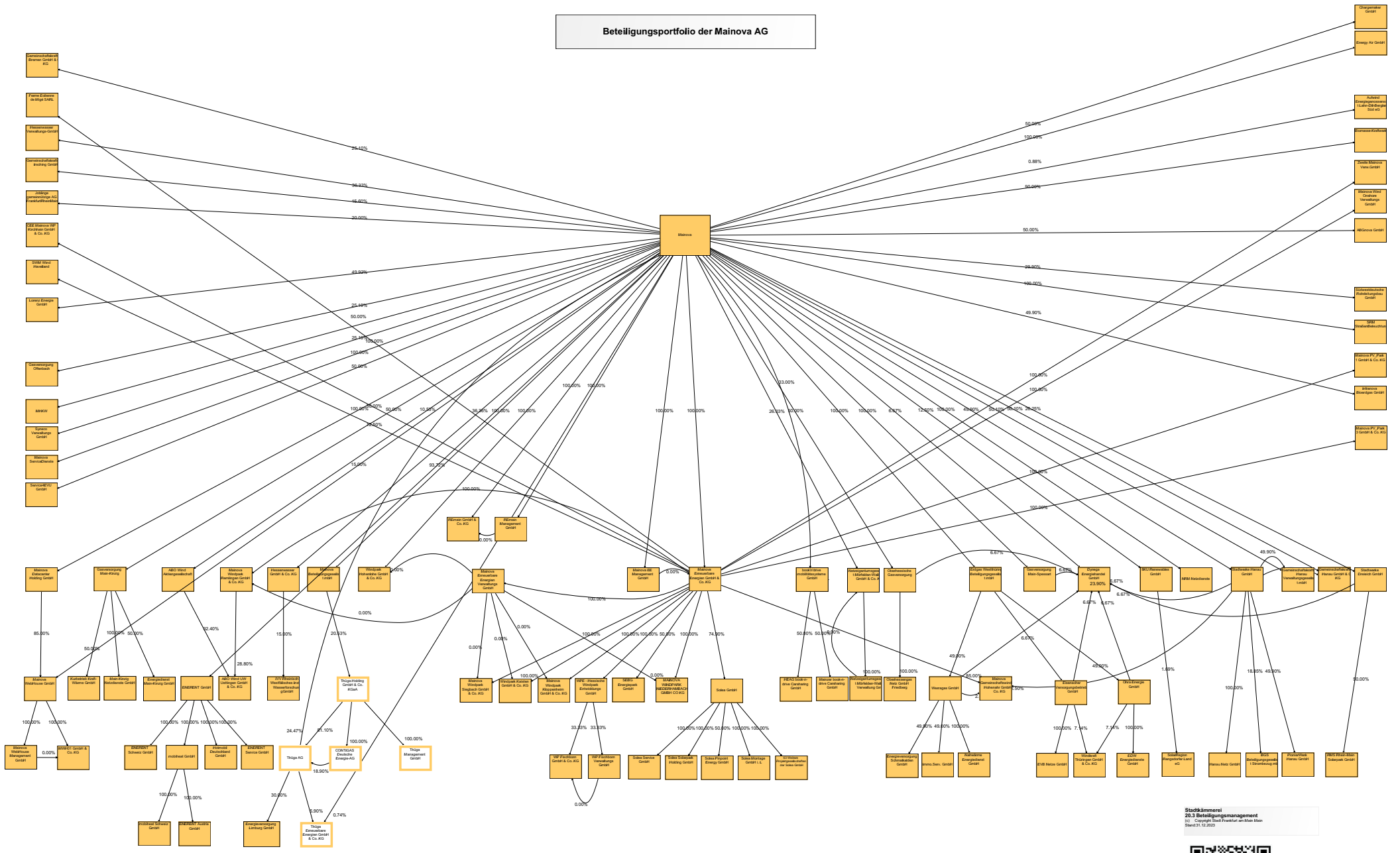
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt):

<https://www.kgst.de/>

Beteiligungsportfolio der Stadt Frankfurt am Main



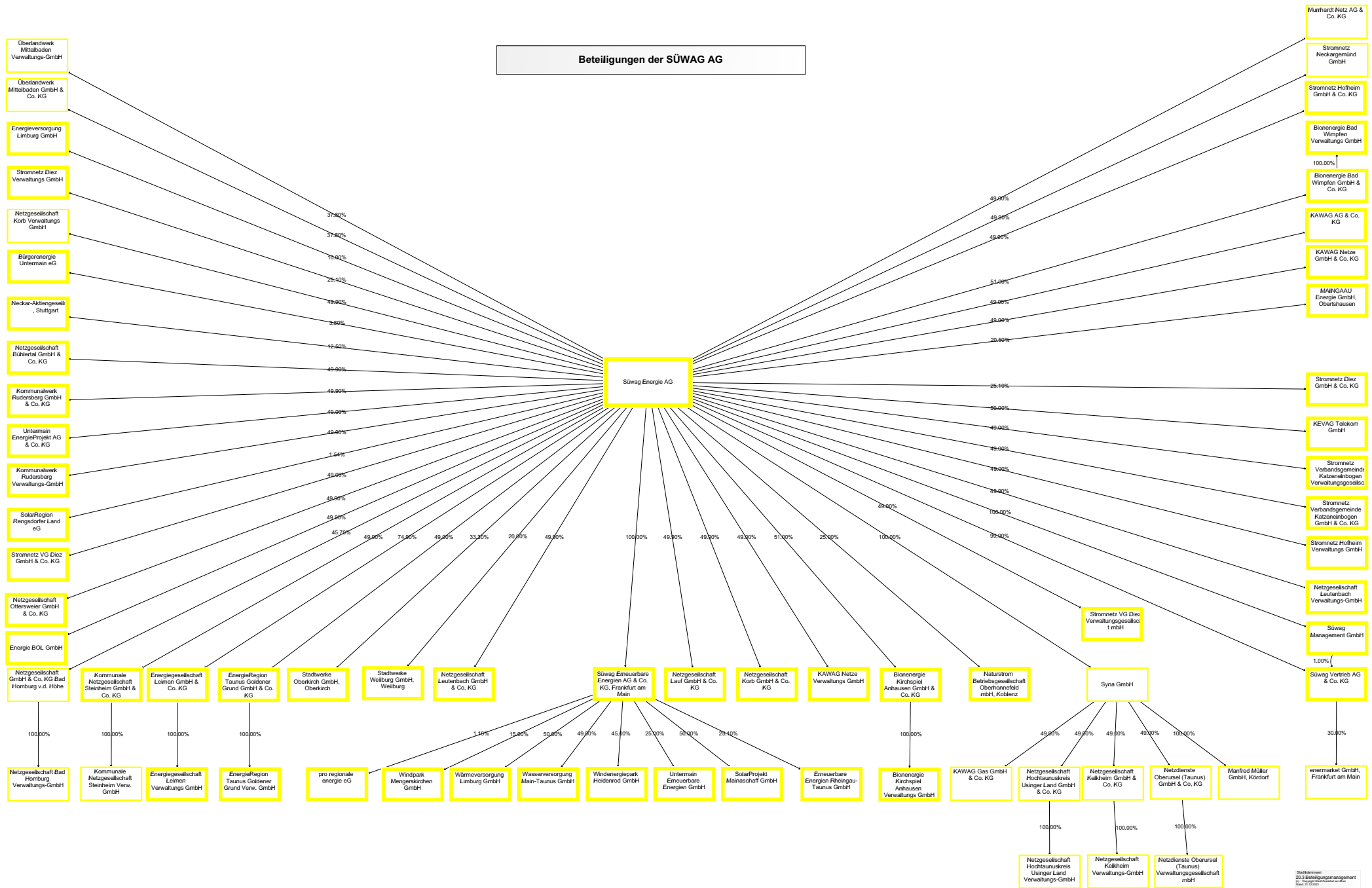
Beteiligungsportfolio der Mainova AG



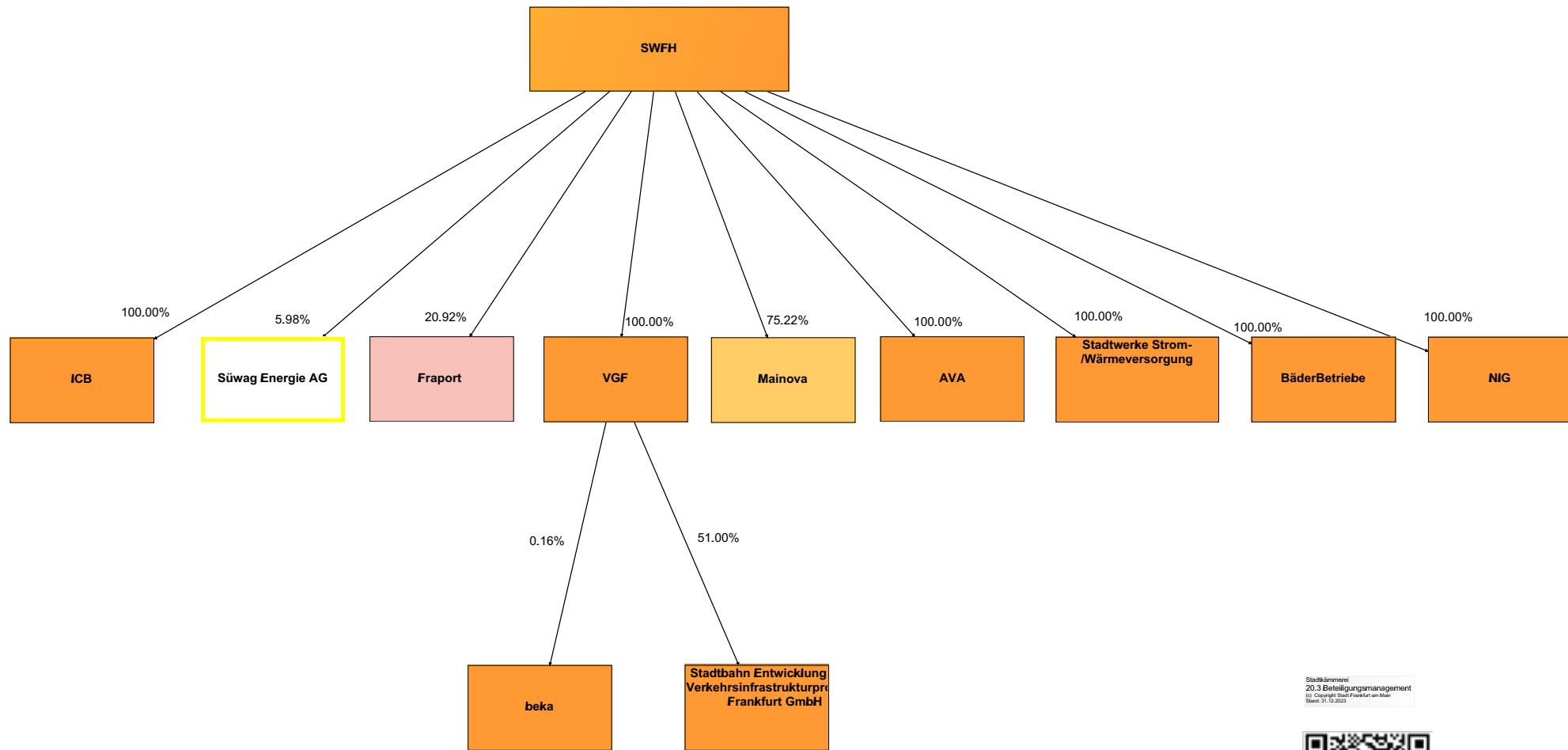
Stadtämmerl
 2023 Beteiligungsmanagement
 © - Copyright Stadt Freudenau am Main Main
 Stand 31.12.2023



Beteiligungen der SÜWAG



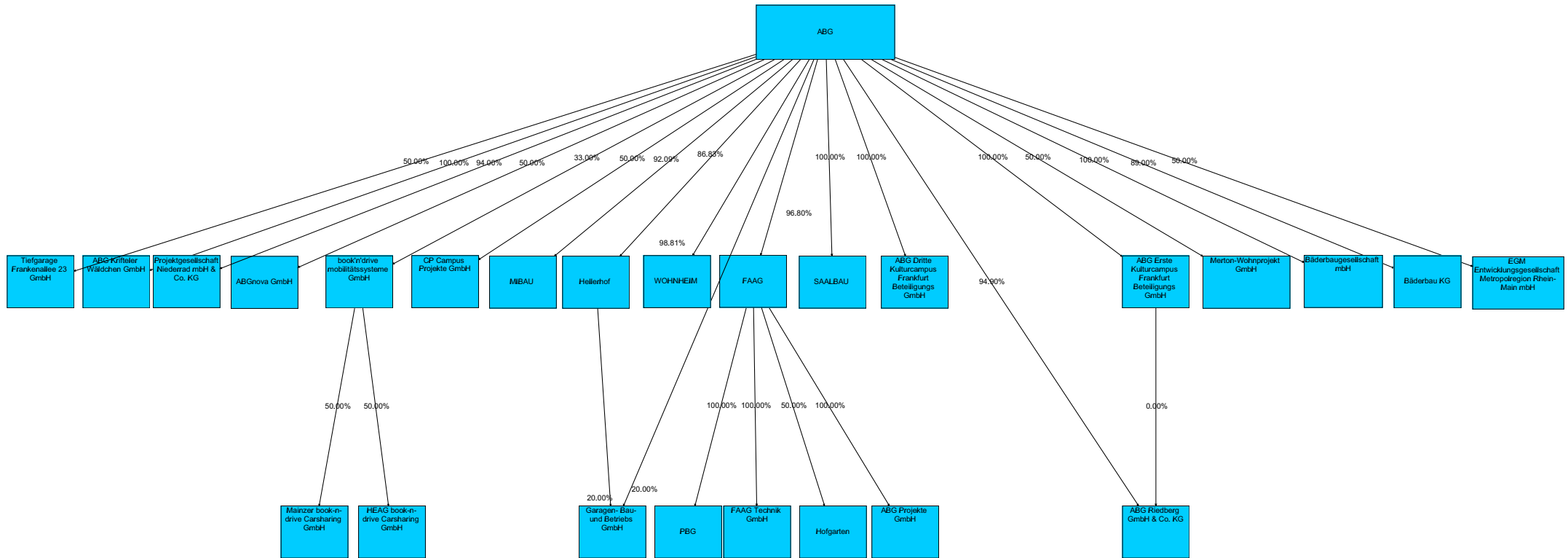
Beteiligungen von Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH



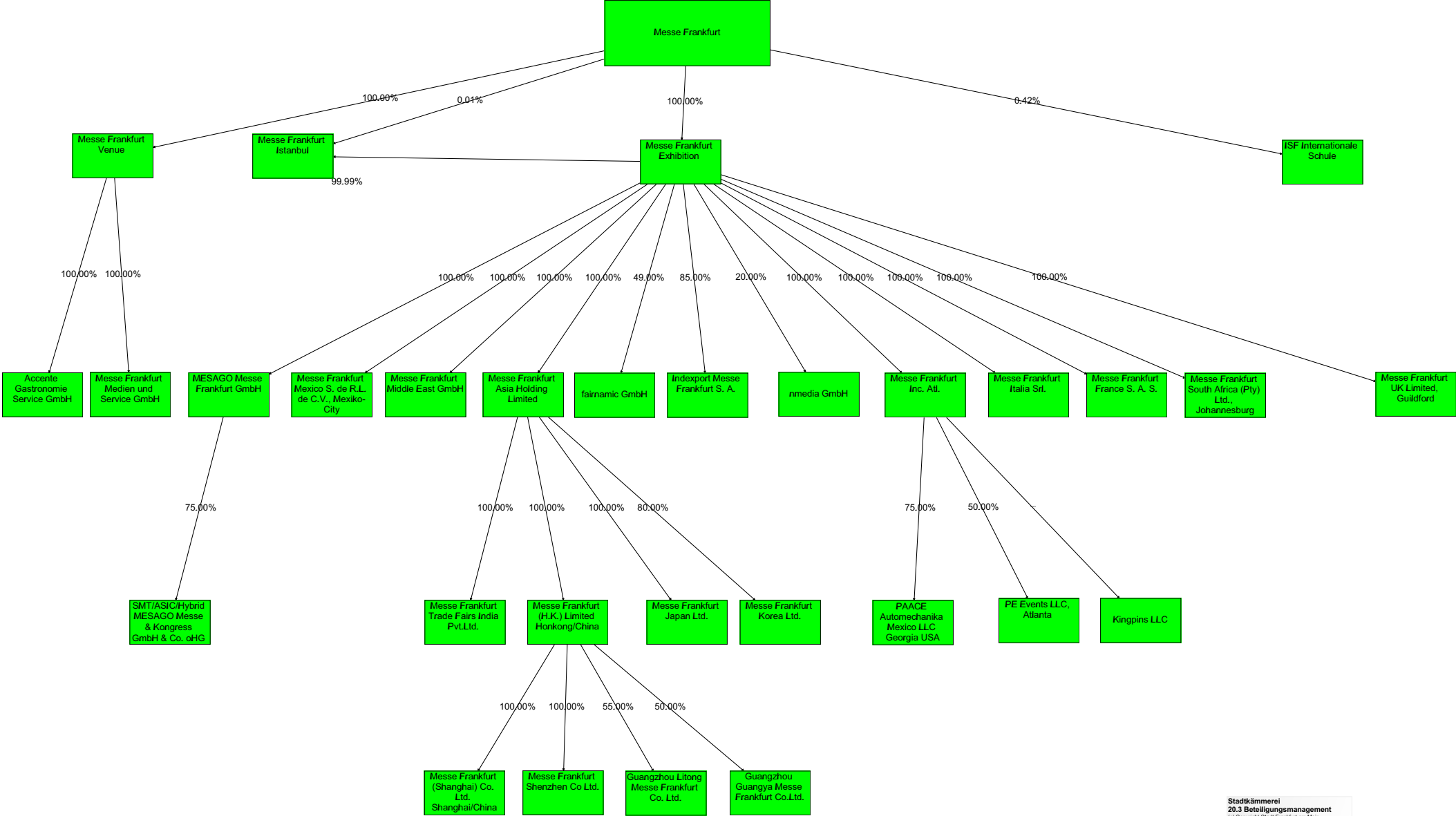
Stadtkämmerei
20.3 Beteiligungsmangement
©. Copyright Stadt Frankfurt am Main
Stand: 31.12.2023



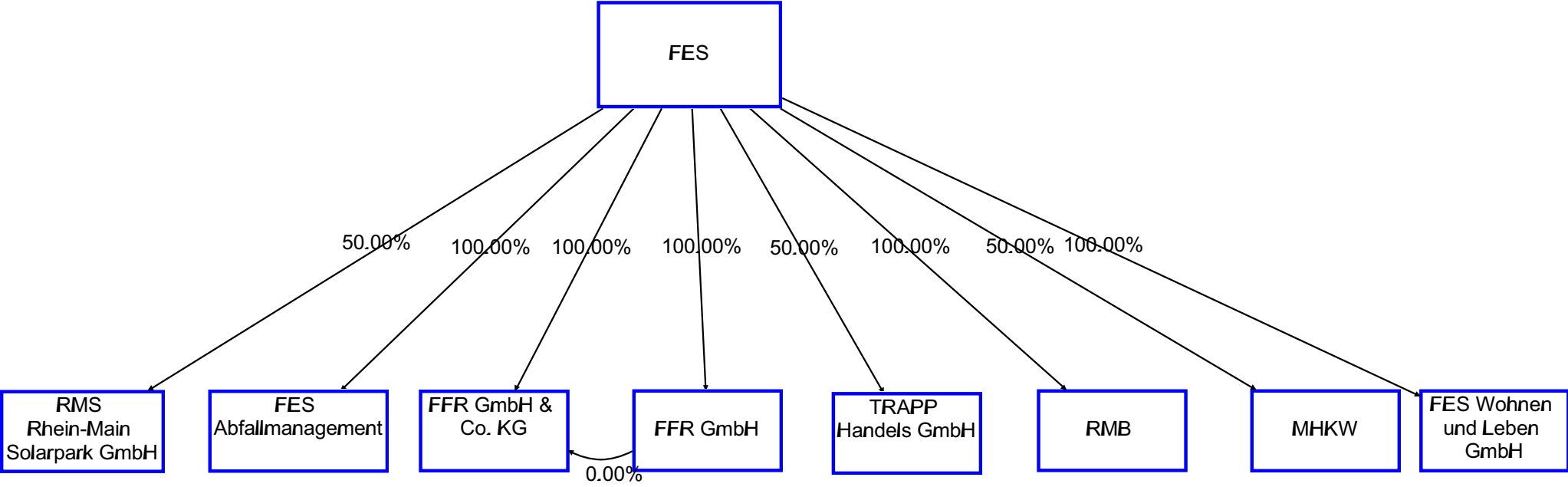
Beteiligungen der ABG



Beteiligungen der Messe Frankfurt GmbH



Beteiligungen der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH



Stadtkämmerei
20.3 Beteiligungsmanagement
(c) Copyright Stadt Frankfurt am Main
Stand: 31.12.2023



